

Daniela Neubacher

Stop Nagymaros! Die Geschichte einer
Grenzüberschreitung

Dissertation

2021

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Interdisziplinäre Doktorschule

Leiterin: Prof. Dr. Ellen Bos

Daniela Neubacher

Stop Nagymaros! Die Geschichte einer Grenzüberschreitung

Betreuerin:

Dr. habil. Ibolya Murber

Promotionsausschuss

Vorsitzende: Prof. Dr. Ellen Bos

Gutachterin/Gutachter:

Dr. Andrea Brait

Dr. habil. Helmut Fehr

Mitglieder:

Prof. Dr. Dieter A. Binder

Dr. habil. Marcell Mártonffy

Dr. Henriett Kovács

Dr. Aron Buzogány, M.A. M.P.S.

Dr. Robert Groß

Eingereicht: 21. Juni 2021

Danksagung

Bildung ist nicht nur eine Eigenleistung, sondern immer auch die Summe an Chancen, die uns gegeben werden. Meine bisherigen Erfolge bauen vor allem auf die Unterstützung meiner Eltern auf, die mir immer eine Quelle der Inspiration und Orientierung waren. Ihnen möchte ich in tiefer Dankbarkeit diese Dissertation widmen. Hinter allen Hochs und Tiefs der vergangenen Jahre steht mein bester Freund und Ehemann, Dr. Doğukan Hazar Apaydin, der mir mit seinem Wissen, seiner Geduld und seiner Liebe so oft den Rücken gestärkt hat. *Çok teşekkür ederim, hayatım!*

Meine Doktorarbeit hätte nie ohne die engagierte Betreuung durch meine Doktormutter Dr. habil. Ibolya Murber das Licht der Welt erblickt. Sie hat mich dank ihrer Gründlichkeit und ehrlichen Kritik über diese lehrreiche Zeit hinweg begleitet. Herzlichen Dank dafür! Der nötige Rückenwind für den Eintritt in die Doktorschule kam von Dr. habil. Helmut Fehr, dem ich für sein Vertrauen und seine Unterstützung außerordentlich dankbar bin. Ohne sämtliche Namen nennen zu können, möchte mich bei den MitarbeiterInnen der besuchten Archive für ihre Unterstützung bei meinen Recherchen vor Ort bedanken. Eine große Hilfe war mir mein Kollege Róbert Balogh, der meinem damaligen Rundmail nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit Studierenden in Ungarn gefolgt war und mir daraufhin immer wieder bei sprachlichen und bürokratischen Hindernissen geduldig beistand. Ich freue mich besonders, dass aus dieser Zusammenarbeit eine Freundschaft entstanden ist.

Auf meinem Weg zur Promotion haben mich zahlreiche Menschen begleitet, von denen ich im Zuge von Publikationsprojekten, Konferenzen und anderen Begegnungen lernen durfte. Ich möchte mich insbesondere bei all meinen Interview-PartnerInnen, insbesondere bei Wolfgang Rehm und Dr. András Szekfü, für ihre Bereitschaft, ihre Zeit und ihr Vertrauen in mich bedanken. Ohne ihre Erinnerungen, kritischen Hinweise und Materialien wäre die vorliegende Arbeit nicht möglich gewesen.

Meinen KollegInnen und Vorgesetzten am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) danke ich herzlich für die kontinuierliche Unterstützung meinen Beruf und meine Forschung zu vereinbaren. Gerade die Ermöglichung einer Bildungskarenz hat mich der Finalisierung des Manuskripts einen großen Schritt nähergebracht. Schließlich möchte ich mich bei meinen FreundInnen und Wegbegleiterinnen Doris Merkle und Angelika Rappold für ihre mentale Unterstützung bedanken, insbesondere bei Mag.^a Judith Wolfframm für Ihre Mühe beim Lektorat meines Manuskripts. Nur mit dem Rückhalt all dieser und vieler weiterer Menschen konnte die folgende Arbeit entstehen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Fragestellungen.....	8
1.1	<i>Hinführung.....</i>	8
1.2	<i>Fragestellung und Hypothesen.....</i>	9
1.3	<i>Eingrenzung und Aufbau der Arbeit.....</i>	10
1.4	<i>Forschungsziel.....</i>	12
2	Forschungsstand und Quellen.....	13
2.1	<i>Forschungsstand.....</i>	13
2.2	<i>Quellen.....</i>	25
2.2.1	<i>Archivalien und Privatbestände.....</i>	25
2.2.2	<i>Interviews.....</i>	28
2.2.3	<i>Zeitungen und sonstige Quellen.....</i>	28
3	Methodische Herangehensweise.....	30
3.1	<i>Kulturhistorische Ansätze und Konzepte.....</i>	30
3.2	<i>Oral History: Kritik und Praxis.....</i>	35
3.3	<i>Definition, Diskussion und Anwendung zentraler Begriffe.....</i>	38
3.3.1	<i>Komplexität, AkteurInnen und Netzwerk.....</i>	39
3.3.2	<i>Protest im Donauraum: Anmerkungen zur räumlichen Verortung.....</i>	44
3.3.3	<i>Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im Wandel.....</i>	49
3.3.4	<i>Europäisierung und Transnationalisierung der Öffentlichkeit.....</i>	59
3.3.5	<i>Ökologisierung und Protestbewegungen.....</i>	66
4	Wasserkraft im Donauraum: Die Anziehungskraft des „Weißen Goldes“.....	72
4.1	<i>Kommunistische Gigantomanie.....</i>	72
4.2	<i>Zur Konstruktion des Wasserkraftlandes Österreich.....</i>	76
5	Vom Prestigeprojekt zur Projektionsfläche:das Staustufensystem GNV.....	87
5.1	<i>Verhandlungen und Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn.....</i>	86
5.2	<i>Österreich springt ein: Beteiligung und Eigeninteressen.....</i>	90
5.3	<i>Ausstieg Ungarns aus dem bilateralen Vertrag mit der ČSSR.....</i>	95
5.4	<i>Variante C und ihre Folgen.....</i>	98
5.5	<i>Vorläufer des Protests: Fachkritik gegen GNV.....</i>	101
6	Umweltproteste und ihre Kontexte.....	107

6.1	<i>Koexistenz with benefits: Nachbarschaftsbeziehungen entlang der Donau</i>	107
6.1.1	Ungarn – Tschechoslowakei	107
6.1.2	Tschechoslowakei – Österreich	112
6.1.3	Österreich – Ungarn	115
6.2	<i>Stromaufwärts: Umweltproteste und Ökologisierung in Österreich</i>	123
6.2.1	Die Brücke des Anstoßes: „Rettet den Neusiedlersee!“	125
6.2.2	Anti-AKW-Bewegung	127
6.2.3	Grüne Parteipolitik in Österreich – Der Einstieg ins parteipolitische Geschäft	130
6.2.4	Aufbegehren in Hainburg: Lehrstück für den Donaauraum	132
6.3	<i>Zwischenstopp Bratislava: Umweltproteste und Ökologisierung in der ČSSR</i>	142
6.4	<i>Stromabwärts: Die Folgen der Liberalisierung unter János Kádár</i>	153
6.4.1	Reformwirtschaft Ungarns ab 1968	153
6.4.2	Die „demokratische Opposition“	155
6.4.3	Umweltproteste und Ökologisierung in Ungarn	162
7	Die Donaubewegung gegen Gabčíkovo-Nagymaros	166
7.1	<i>Gründung des Duna Kör</i>	166
7.2	<i>Massemobilisierung und Systemkritik</i>	170
7.3	<i>Mitgliederstruktur des Duna Kör</i>	173
8	Transnationalisierung der Proteste	178
8.1	<i>Grenzübergreifende Aktionsformen und Protestverlauf</i>	179
8.1.1	1984–1987: Erste Kontakte und Aktionen	179
8.1.2	1988–1989: Politische Transformation und Umweltprotest	191
8.1.3	Verlagerung der Proteste nach Gabčíkovo	202
8.2	<i>Netzwerkbildung und grenzübergreifende Zusammenarbeit aus Sicht zentraler AkteurInnen</i>	209
8.2.1	Ungehorsam als Pflicht – von Hainburg nach Nagymaros	209
8.2.2	Transnationaler Aktivismus hinter dem Eisernen Vorhang	215
8.2.3	Trotzkistische „Gegenstimmen“ als Brückenbauer	224
8.3	<i>Im Bann des Duna Dracula: Gemeinsame und trennende Deutungsrahmen</i>	231
8.4	<i>Phasen der Transnationalisierung</i>	247
9	Zusammenfassung und Ausblick	253
9.1	<i>Konflikt und Kooperation entlang der Donau</i>	253
9.2	<i>Ausblick: Auf dem Weg zu einer Protestgeschichte Mitteleuropas</i>	258
10	Literatur- und Quellenverzeichnis	260
10.1	<i>Ungedruckte Quellen</i>	260

10.1.1	Archivalien	260
10.1.2	Privatbestände.....	266
10.1.3	Oral History Interviews	267
10.1.4	Webseiten und sonstige Quellen.....	269
10.1.5	Dissertationen und Diplomarbeiten	273
10.2	<i>Gedruckte Quellen</i>	275
10.2.1	Zeitungen und Zeitschriften.....	275
10.2.2	Wissenschaftliche Zeitschriften und Jahrbücher	277
10.2.3	Monografien, Handbücher und Sammelbände	281
11	Abbildungsverzeichnis	295
12	Abkürzungsverzeichnis	297

1 Einleitung und Fragestellungen

1.1 Hinführung

„Die Klimakrise kennt keine Grenzen – wir auch nicht!“ Unter Leitsprüchen wie diesem kam es im Frühjahr 2019 zu den ersten länderübergreifenden Streiks der sogenannten „Klimastreikbewegung“. Durch neue zivilgesellschaftliche Gruppen wie *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion* und den Einsatz der Klimaaktivistin Greta Thunberg erhielt die Bewegung für Klimagerechtigkeit (Climate Justice Movement) enormen Aufwind. Die darauffolgenden Protestwellen brachten dabei nicht nur die Politik in Zugzwang, sondern ließen auch etablierte Umweltorganisationen angesichts ihrer globalen Resonanz staunen. Der Bewegung gelang es, einen Kristallisationspunkt für unterschiedlichste Formen des lokalen Aktivismus zu bieten und zugleich als transnational agierender Akteur aufzutreten. Wieviel von dieser Widerstandsfähigkeit und Wirkungskraft am Ende der Corona-Pandemie übrig sein wird, bleibt abzuwarten. Die Erforschung von Prozessen der Transnationalisierung muss jedoch schon bei den Wurzeln jener Bewegungen ansetzen. Diese liegen lange vor den heutigen Vernetzungsmöglichkeiten durch Soziale Medien und der Freizügigkeit und Mobilität innerhalb der Europäischen Union. Bereits in den 1980er Jahren wagten einzelne AkteurInnen¹ lokaler Umweltbewegungen die Grenzüberschreitung – dem Verständnis folgend, dass den Ursachen und Folgen von Umweltverschmutzung solidarisch und transnational begegnet werden muss. Diese Prinzipien der Ökologisierung machten auch vor dem Eisernen Vorhang nicht Halt. Am 12. September 1988 versammelten sich mehrere zehntausend Menschen vor dem Parlamentsgebäude der Ungarischen Volksrepublik, um gegen das Staustufenprojekt an der Donau (Gabčíkovo–Nagymaros Vízlépcső – GNV) zu demonstrieren. Der sogenannten Donaubewegung² gelang es dadurch, die allgemeine Unzufriedenheit mit dem kommunistischen Regime zu befeuern. Das kostenintensive Staudammprojekt wurde zum Symbol sämtlicher Missstände im Land. Als die UngarInnen erstmals seit dem Volksaufstand 1956 ihren Unmut in Form von Massenprotesten Luft machten, befanden sich unter den friedlichen DemonstrantInnen auch zahlreiche ÖsterreicherInnen. Ihre Anwesenheit war kein Zufall, sondern bildete das Ergebnis mehrerer Jahre des Austausches und der Koordination über

¹ Im Folgenden wird der Akteurs-Begriff mit einem Binnen-I versehen, wenn dieser als Sammelbegriff für Organisationen und Einzelpersonen benutzt wird. Ist lediglich von Bewegungen bzw. Bewegungsorganisationen die Rede, so wird in der Folge auf diese Kennzeichnung verzichtet.

² An manchen Stellen ist gleichbedeutend auch von „Blue Danube Movement“ die Rede. Vgl. u.a.: Szabina Kerényi, Máté Szabó, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary, *Environmental Politics* 15, Nr. 5 (2006) 803–820.

die Systemgrenzen hinaus. Die Geschichte dieser Grenzüberschreitungen steht im Zentrum der vorliegenden Arbeit.

1.2 Fragestellung und Hypothesen

Das bilaterale Staustufenprojekt Gabčíkovo–Nagymaros, auf das sich tschechoslowakische und ungarische Verhandler im Jahr 1977 geeinigt hatten, bildet einen vielschichtigen wie auch spannenden Rahmen zur Untersuchung grenzüberschreitender Proteste. Das Mega-Bauprojekt erlangte spätestens durch die Involvierung österreichischer Investoren Aufmerksamkeit im „Westen“. Die spätere Aufkündigung des bilateralen Vertrages mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (Československá socialistická republika – ČSSR)³ seitens Ungarns sowie die darauffolgenden jahrelangen Auseinandersetzungen der einstigen Brüderstaaten geben dem Projekt eine zusätzliche Brisanz.

Im Detail wird der Fragestellung nachgegangen, auf welchen Ebenen die Grenzüberschreitung erfolgte, welche Ursachen damit verbunden waren, wie sich Konflikte und Kooperationen gestalteten und welche Entwicklungen sie beeinflussten. Wie wirkten sich die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Kontexte in den jeweiligen Ländern auf die Transnationalisierung der Proteste aus? Können die Liberalisierungsschritte der Ära János Kádár als Auslöser betrachtet werden oder war es vielmehr der Tatsache geschuldet, dass die Planung und Finanzierung des GNV-Projekts bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten erforderte und damit auch die Türen für zivilgesellschaftliche Kooperation öffnete? Welche Wechselwirkungen zwischen den Ebenen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft beeinflussten den Protestverlauf? Und warum waren es ausgerechnet AkteurInnen der Umweltbewegung, die den Eisernen Vorhang überwinden konnten?

Dabei gilt es, die folgenden Hypothesen zu überprüfen:

- Auf Grundlage der untersuchten Netzwerke lassen sich Stärken und Schwächen der mitteleuropäischen Zivilgesellschaft identifizieren, die für die heutige Erforschung von Umweltbewegungen von Relevanz sind.
- Im Zuge der Grenzüberschreitung von UmweltschützerInnen kam es nicht nur zu einseitigen Transfers zwischen westlichen und östlichen Partnern, sondern ebenso zu Wechselwirkungen, die für westliche Partner Vorteile brachten.

³ Nach der Wende 1989 wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik in Tschechoslowakische Republik umbenannt. Im März 1990 erhielt sie den Zusatz „föderativ“ (Československá federativní republika) und hieß ab April desselben Jahres Česká a slovenská federativní republika (ČSFR). Aus der Föderation entstanden am 1. Januar 1993 schließlich die beiden selbstständigen Staaten, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik.

- Darüber hinaus gelang es den AkteurInnen der Donaubewegung, durch gemeinsame Kampagnen und Protestaktionen entlang der Donau eine mitteleuropäische Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu schaffen. Dabei fördert die Auseinandersetzung auch Selbst- und Fremdbilder unter den AktivistInnen zutage, die ihr Handeln sowie die Widerstandsfähigkeit ihrer Netzwerke beeinflussten.

Dies wirft auch die Frage auf, inwiefern sich nationalistische Tendenzen in der Region hemmend auf die Transnationalisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auswirkten und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Praktiken und Deutungsrahmen der AkteurInnen ausgemacht werden können. Im Zuge der Forschungsarbeit gilt es, mithilfe kulturhistorischer Perspektiven diese Fragen und Annahmen zu überprüfen und die Geschichte der Grenzüberschreitung auf mehreren Ebenen zu rekonstruieren.

1.3 Eingrenzung und Aufbau der Arbeit

Zur Beantwortung der zuvor dargelegten Fragen ist es notwendig, die Grenzüberschreitungen unterschiedlichster AkteurInnen, darunter GegnerInnen wie BefürworterInnen des Kraftwerksprojekts, sowie die unterschiedlichen Interessen hinter dem Projekt nachzuzeichnen. Untersucht werden daher zwei Ebenen: Erstens die staatliche und wirtschaftliche Ebene, zweitens die Ebene der beteiligten zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. Die Wechselwirkungen und Interdependenzen zwischen den Ebenen ergaben die Eigendynamik dieser vielschichtigen Geschichte. Diese Herangehensweise ermöglicht es, zivilgesellschaftliche Entwicklungen im Zuge gesellschaftlichen Wandels zu untersuchen, Prozesse und zentrale Akteure der Transnationalisierung zu identifizieren sowie Verflechtungen, aber auch den Zerfall von Netzwerken über nationalstaatliche Grenzen hinaus nachzuzeichnen. Die vorliegende Arbeit umfasst mehrere zeitliche Abschnitte: angefangen von der Vorgeschichte des Projektes ab den 1950er Jahren, zur beginnenden Thematisierung des Falls in zivilgesellschaftlichen Zirkeln und der Entstehung erster ablehnender Gruppierungen Anfang der 1980er Jahre, bis hin zur schrittweisen Entstehung einer Bewegung, ihrer Vergrößerung und Transnationalisierung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sowie schließlich zum ungarischen Ausstieg aus dem Projekt und zur Verlagerung des Protests stromaufwärts nach Gabčíkovo. Der im Jahr 1984 gegründete Duna Kör (Donaukreis) bildete ein zentrales Sammelbecken der Donaubewegung. Seine Mitglieder dienten dabei als wichtige AnsprechpartnerInnen für AktivistInnen und Medien aus dem Ausland. In der internationalen Perzeption bildete der Duna Kör den Kern der Bewegung. Auch wenn die slowakische Umweltbewegung in diesem Zeitraum keine vorrangige Rolle in

der Transnationalisierung einnahm, ergänzen Perspektiven aus Bratislava diese Untersuchung und tragen damit zu einer differenzierten Rekonstruktion bei.

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit folgt zum Großteil einer chronologischen Logik, die durch analytische Unterkapitel ergänzt wird: Zu Beginn wird ein ausführlicher Überblick über den Forschungsstand und die Quellenlage gegeben. Die methodische Herangehensweise steht im Fokus des Folgekapitels. Hierbei wird neben Ansätzen kulturhistorischer Forschungen auch die Einbindung von Oral History Interviews diskutiert. Im Zuge dessen werden auch zentrale Konzepte und Begrifflichkeiten wie Europäisierung, Transnationalisierung, Zivilgesellschaft und Ökologisierung erläutert und Berührungspunkte zwischen den Sozial- und Geisteswissenschaften ausgelotet. Im Anschluss daran erfolgt die Annäherung an das Staustufenprojekt GNV über eine Erörterung zur hydrologischen Nutzung der Donau, welche als ein gemeinsamer Nenner staatlicher Interessen in der Region verstanden werden kann. Die Auseinandersetzung mit der Forcierung der Wasserkraft über sich politisch verändernde Kontexte hinaus gibt Aufschluss darüber, welche Beweggründe hinter dem staatlichen Handeln stehen und welche Chancen und Grenzen der geteilte Donaustrom für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit sich bringt. Konkretisiert wird dieses Handeln im Anschluss anhand eines umfassenden Kapitels zur Entstehungsgeschichte des Projektes GNV, in das auch die bilateralen Verhandlungen Eingang finden. In der Folge werden zudem die Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei als wichtige Kontexte für das Verstehen von Umweltkonflikten näher erläutert. Ausgehend von Umweltprotesten in Österreich bietet dieser Abschnitt einen Überblick über zentrale Protestereignisse und Etappen der Umweltpolitiken der einzelnen Länder. Im Zuge dessen wird vor allem die grenzübergreifende Strahlkraft der erfolgreichen Aubesetzung bei Hainburg im Winter 1984 deutlich. Zusammengefasst versucht dieser Abschnitt, sich den komplexen Entstehungsprozessen zivilgesellschaftlichen Handelns über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontexte anzunähern. Die Donau mit ihrem Potential der energiewirtschaftlichen Nutzung bildet das verbindende Element dieser Staaten und somit auch den roten Faden dieses Überblickskapitels. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der folgende Abschnitt mit der Entstehung und dem Verlauf der Donaubewegung, wobei die lokalen Entwicklungen in Ungarn im Fokus stehen. Dieses Wissen ist notwendig, um sich im nächsten Schritt uneingeschränkt auf den Aspekt der Transnationalisierung konzentrieren zu können. In diesem Teil der Arbeit werden die zuvor behandelten theoretischen Konzepte und Begrifflichkeiten auf die Donaubewegung angewendet. Nach einer ersten chronologischen Übersicht von der Kontaktaufnahme über gemeinsame und koordinierte Protestaktionen bis hin

zur Verlagerung der Proteste stehen die AktivistInnen selbst im Zentrum der Auseinandersetzung. Ihre Motive, Eindrücke und persönlichen Netzwerke bieten eine wichtige Ergänzung zu den Informationen aus Archiven und Protestmaterialien. Die Stärken und Schwächen jener Netzwerke werden darüber hinaus in der Analyse von gemeinsamen Deutungsrahmen und Praktiken sichtbar. Zur Abrundung dieses Kapitels erfolgt eine Einordnung der Bewegungsgeschichte in verschiedene Phasen der Transnationalisierung. Den Abschluss der Arbeit bilden eine Zusammenfassung und Diskussion der wichtigsten Erkenntnisse sowie eine abschließende Bezugnahme auf eingangs aufgestellte Hypothesen. Ein kurzer Ausblick zeigt zudem wichtige Forschungsdesiderata auf.

1.4 Forschungsziel

Zusammenfassend zielt die vorliegende Dissertation darauf ab, die wichtigsten AkteurInnen der Transnationalisierung zu identifizieren und ihre Netzwerke zu rekonstruieren. Die Analyse von Praktiken des grenzübergreifenden Protests wirft Fragen zur Protestkultur und Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, aber auch zur organisatorischen Umsetzung von grenzübergreifenden Kampagnen auf. Wie wurde Öffentlichkeit hergestellt, welche Formen der Medienarbeit und des wissenschaftlichen Austausches wurden gewählt und wie wurde dieser konkret organisiert? Welche Barrieren galt es zu überwinden?

Basierend auf Oral-History-Interviews, Archivmaterial aus privaten wie öffentlichen Beständen sowie verfügbaren medialen Quellen werden das Protestgeschehen und seine Kontexte rekonstruiert. Die systematische Auseinandersetzung zeichnet hierbei nicht nur Transfer und Diffusionsprozesse hinsichtlich der Professionalisierung und Verwendung gemeinsamer wie unterschiedlicher Deutungsmuster nach, sondern offenbart ebenso Faktoren interner wie externer Aushandlungsprozesse.

Die vorliegende Dissertation bewegt sich mit ihrem Fokus auf eine historische Umweltbewegung im mitteleuropäischen Raum an der Schnittstelle der Protest- und Bewegungsforschung sowie der Umwelt- und Verflechtungsgeschichte. Mittels disziplinübergreifender Ansätze wird versucht, bestehende Lücken jener Disziplinen zu überwinden bzw. auszugleichen. Diese umfassende Auseinandersetzung mit der Donaubewegung öffnet nicht nur den Blick von einzelnen Protestereignissen auf gesellschaftliche Kontexte und Tendenzen, sondern thematisiert auch die zivilgesellschaftlichen Dynamiken am Vorabend der ungarischen Transformation. Die vorliegende Arbeit trägt damit zur Erforschung der ungarischen Umweltbewegung bei und

bietet darüber hinaus eine oftmals vernachlässigte Perspektive auf das Spannungsverhältnis zwischen Nachbarländern entlang des Eisernen Vorhanges.⁴

2 Forschungsstand und Quellen

2.1 Forschungsstand

Als Ausgangsbasis⁵ dieser Literaturübersicht steht die Intention, sich dem Forschungsgegenstand grenzüberschreitender Umweltproteste ausgehend von der Makroebene bis zur Mikroebene zu nähern. Um die Ereignisse und Entwicklungen in den von den Protesten der KraftwerksgegnerInnen vorwiegend betroffenen mitteleuropäischen Staaten Ungarn, Österreich und Tschechoslowakei zu verstehen, müssen die damaligen Ereignisse mit den gesamtgesellschaftlichen Veränderungen jener Zeit, also den Europäisierungs- und Transnationalisierungstendenzen sowie der Ökologiebewegung in Bezug gesetzt werden. Im Folgenden sollen die zentralen Werke zur Beantwortung der Forschungsfragen dargelegt werden. Ziel ist es, Forschungslücken aufzuzeigen und nachvollziehbar zu machen, inwiefern eine Synthese bisheriger Werke der Protest- und Bewegungsforschung, der Umwelt- und Technologiesgeschichte sowie der historischen und soziologischen Auseinandersetzung mit Umweltbewegungen in der Region dabei helfen kann, historische Grenzüberschreitungen strukturiert zu untersuchen, einzuordnen und aufzubereiten. Die enormen Transformationen der 1970er Jahre hat der Umwelthistoriker Joachim Radkau eingängig beschrieben.⁶ Mit Berufung auf Max Nicholsons „Environmental Revolution“⁷ sieht Radkau in jenen Jahren nicht nur einen demografischen Wendepunkt, sondern auch den Beginn einer „großen Kettenreaktion“. Gesteigertes Bewusstsein für Umweltprobleme, Wachstumskritik und die Hinterfragung bisheriger Denkmuster⁸ zeichnen die ökologische Wende jener Jahre, die in ihrer

⁴ In den Jahren 1972/1973 entspannten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten deutlich. U.a. aufgrund der Spannungen zwischen China und der Sowjetunion kam es zu Veränderungen im bisherigen Wettbewerb der zwei Systeme. Gezeichnet vom zunehmend unpopulär werdenden Krieg in Vietnam und dem Wunsch eines baldigen Endes begrüßten die USA die Signale aus Moskau. HistorikerInnen bezeichnen die folgenden Jahre daher als Zeit der Entspannung/détente. Vgl. Astrid Mignon *Kirchhof*, John R. *McNeill*, Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism, In: *Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945-1990*, Astrid Mignon *Kirchhof*, John *McNeill* (Hg.) (Pittsburgh 2019) 5.

⁵ Richard *Hufschmied*, „Weißes Gold“ in der Donaumonarchie, In: *Wasserkraft, Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, Oliver *Radkolb*, Richard *Hufschmied*, Andreas *Kuchler* (Hg.) (Wien 2012) 27–55.

⁶ Vgl. Joachim *Radkau*, *Die Ära Der Ökologie. Eine Weltgeschichte* (2011).

⁷ Max *Nicholson*, *The Environmental Revolution: A Guide for the New Masters of the World* (London 1970).

⁸ Siehe dazu u.a.: Erich *Hörl*, Die Ökologisierung des Denkens, *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 8, Nr. 1 (2016) 33–45, doi:10.25969/mediarep/1713; Dieter *Mersch*, Ökologie und Ökologisierung, *Internationales Jahrbuch für Medienphilosophie* 4, Nr. 1 (01.09.2018) 187–220, doi:10.1515/jbmp-2018-0011.

Prozesshaftigkeit auch als Ökologisierung Eingang in den Diskurs hält, aus.⁹ Die Wurzeln dieser Prozesse, in denen Umweltfragen Eingang in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche erfuhren, reichten natürlich viel weiter zurück. Neu war nun aber, dass „das neue Umweltengagement seine Adressaten bekam und nicht im leeren Raum verpuffte“.¹⁰ Die AgitatorInnen und IdeengeberInnen bildeten eine heterogene Gruppe, deren VertreterInnen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen kamen und nicht zwangsläufig mit der neomarxistisch dominierten Studierendenbewegung des Jahres 1968 gleichgesetzt werden dürfe.¹¹

„In den bundesdeutschen Medien der 1970er und 80er Jahre haftete der Öko-Szene lange Zeit, am längsten bei ihren Gegnern, das Image langhaariger Hippies und Aussteiger an; aber dieser Eindruck war orts- und zeitgebunden. Was sich vielerorts als Subkultur präsentierte, war in Wahrheit ein Segment der neuen Hochkultur.“¹²

Bei der Herausbildung der Ökologisierungsbewegung hatten zweifelsohne auch globalpolitische Kontexte eine zentrale Bedeutung. „Erst musste sich der Bann des Kalten Krieges lösen, damit die Stunde der Ökologie schlug“,¹³ so Radkau. Auf die ideengeschichtliche Relevanz der Ökologisierung (nicht nur für die Gegner, sondern auch für die Agitatoren des Kraftwerksprojekts Gabčíkovo–Nagymaros) wird im Zuge dieser Untersuchung noch näher eingegangen. Angesichts dieses Facettenreichtums überrascht es also nicht, dass sich zahlreiche Forschungen mit dieser Wende näher befassen.¹⁴ Im Bereich der Umweltgeschichte können hierbei wichtige wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen u.a. zur Energiegeschichte¹⁵ genannt werden. Transnationalisierungstendenzen werden vorwiegend in juristischer Hinsicht (Schaffung von Umweltgesetzen) sowie im Hinblick auf Europapolitik und Governance-Ansätze untersucht,¹⁶ wobei zugleich oftmals der Fokus auf westeuropäische Entwicklungen gelegt wird. Gerade die Erforschung von historischen Umweltbewegungen,

⁹ Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte* (München 2011) 126 (ebook).

¹⁰ Ebd., 134.

¹¹ Vgl. ebd., 131 (ebook).

¹² Ebd.

¹³ Ebd., 118 (ebook).

¹⁴ Zu den 1970er Jahren siehe u.a.: G. Migani, Varsori A., *Europe in the International Arena during the 1970s. L'Europe sur la scène internationale dans les années 1970* (Brüssel 2011); Helmut Fehr, *Von der Planungseuphorie zur systemischen Organisationsberatung - Alte und neue Probleme des "Interventionismus". Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, herausgegeben von Aida Bosch, Helmut Fehr, Clemens Kraetsch, Gert Schmidt (Wiesbaden 1999) 53–70; D. Hellema, *The Global 1970s: Radicalism, Reform, and Crisis* (New York 2018).

¹⁵ Vgl. u.a.: Christopher Fabre, *La dimension environnementales des politiques énergétiques française et allemande de 1973 aux années 2000 : de l'antagonisme à la convergence des modèles ?* [Die Umweltdimension der französischen und deutschen Energiepolitik von 1973 bis 2000] (Université Sorbonne Paris IV 2017).

¹⁶ Vgl. u.a.: Jan-Henrik Meyer, *Umweltpolitik*, In: *Die Europäische Kommission 1986-2000: Geschichte und Erinnerungen einer Institution*, Éric Bussière, Piers Ludlow, Federico Romero, Dieter Schlenker, u. a. (Hg.) (Luxemburg 2019) 403–421; Anthony Zito, *Environmental Policy and Governance: Bringing the State Back In (Again)?*, In: *Varieties of Governance: Dynamics, Strategies and Capacities*, Gilberto Capano, Michael Howlett, M. Ramesh (Hg.) (London 2015) 74–100.

insbesondere in Bezug auf ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten entlang des Eisernen Vorhanges, weist nach wie vor große Lücken auf. Trotz der bereits zu nationalen Mythen aufgestiegenen Protestereignisse (Hainburg und Zwentendorf) gehören Umweltbewegungen lediglich zu den Randnotizen in der Protest- und Umweltgeschichte. Umweltgeschichte ist auch in Österreich vorweg aus der Technik- und Wirtschaftsgeschichte entstanden. Folglich legt auch die Literatur ihren Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen und technischen Aspekte der Mensch-Natur-Beziehungen.¹⁷ Zu den wenigen Werken, die sich stärker auf kulturhistorische Ansätze fokussieren, aber letztlich doch auf nationale Grenzen beschränkt bleiben, gehört Martin Schmid und Ortrun Veichtlbauers Studie zur Umweltpolitik in der Zweiten Republik, in der die AutorInnen den Weg „vom Naturschutz zur Ökologiebewegung“ nachzuzeichnen versuchen. Ihre erstellte Zeittafel schließt auch Protestereignisse in diese Geschichte ein.¹⁸

Gesamtgesellschaftliche Phänomene wie die Ökologisierung, ebenso wie Prozesse der Globalisierung und Transnationalisierung haben einen wesentlichen Einfluss auf unser Lebenswelt und wirken sich daher auch auf die Entwicklung von Forschungstrends aus. So gerieten in den 1970er und vor allem in den 1980er Jahren immer mehr Bürgerbewegungen in den Fokus der Forschung. Zentrale Impulse dieser Formierung rund um Bewegungsphänomene kamen vorwiegend aus dem anglo-amerikanischen Bereich. Doch auch in Westdeutschland bildeten sich erste Plattformen. Fachzeitschriften wie das US-amerikanisch Journal „Mobilization“ (1996 bis heute) oder das deutsche „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ (1988 bis heute) formierten sich rund um das Themenfeld. Der Begriff der „Sozialen Bewegung“ fand u.a. durch Arbeiten von Dieter Rucht und Hanspeter Kriesi¹⁹ Eingang in die Literatur und etablierte die Bewegungsforschung damit als Teil der politischen Soziologie. Mit den Transformationen in Osteuropa und der Europäischen Integration gerieten in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren immer mehr die Phänomene der Globalisierung, Europäisierung und Transnationalisierung in den Fokus der Bewegungsforschung.²⁰ Protestereignisse wie das „Battle of Seattle“ im Zuge der WTO-Konferenz 1999 in New York²¹

¹⁷ Bruckmüller/Hanisch/Sandgruber: Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert (2 Bände) Wien 2003.

¹⁸ Martin Schmid, Ortrun Veichtlbauer, Hubert Christian Ehalt Ed., Vom Naturschutz Zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in Der Zweiten Republik, Österreich-Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, 19th ed. (Wien 2007).

¹⁹ Donatella della Porta, Hanspeter Kriesi, Dieter Rucht (Hg.), Social Movements in a Globalizing World, Social Movements in a Globalizing World (London 1999), doi:10.1007/978-1-349-27319-5.

²⁰ Vgl. u.a.: Donatella della Porta, Manuela Caiani, Social Movements & Europeanization (Oxford, New York 2009); della Porta, Kriesi, Rucht, Soc. Movements a Glob. World.

²¹ Auführlicher dazu in: Jan Aart Schlote, Cautionary Cautionary Reflections on Seattle. Millenium, Journal of international Studies 29, Nr. 1 (2000) 115–121.

erhöhten nicht nur die Aufmerksamkeit der Medien, sondern führten ebenso zu einer stärkeren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Transnationalisierung von Sozialen Bewegungen. Aufmerksamkeit erhielten auch Debatten zu Externalisierungseffekten. Bis heute prägende Konzepte des „political opportunity approach“²² sowie das von Margaret Keck und Kathryn Sikkink vorgeschlagene Boomerang-Modell²³ lieferten gemeinsam mit den Arbeiten von Donatella della Porta, Mario Diani und Sydney Tarrow²⁴ zentrale Errungenschaften der Bewegungsforschung.²⁵ Zum Gelingen und Scheitern transnationalen Handelns nehmen Frantz und Kolb²⁶ die Europäisierung zivilgesellschaftlicher Akteure beginnend im 19. Jahrhundert bis in die 2000er Jahre in den Fokus.²⁷ Im Bereich der Umweltbewegungen in Europa schließt Jochen Rooses Monografie zur Europäisierung von Umweltorganisationen eine Forschungslücke, in der er aufzeigt, inwiefern nationale Bewegungen „Akteure auf europäischer Ebene direkt oder indirekt adressieren.“²⁸ Mit Verweis auf vorangehende Arbeiten von Christian Lahusen²⁹ hat Roose erkannt, dass zur Analyse von Transnationalisierungstendenzen nicht nur die Protestaktivitäten von Bewegungen, sondern das gesamte Aktionsrepertoire, darunter auch das Lobbying bei supranationalen Institutionen der EU, herangezogen werden müssen.³⁰ Lahusen schlägt vor, die in den späten Neunzigerjahren und jungen Nullerjahren augenscheinliche Internationalisierung sowie die entstehenden transnationalen Organisationsstrukturen von NGOs anhand der Charakteristika von

²² Für einen Überblick der wichtigsten ersten Ansätze siehe: Doug *McAdam*, John D. *McCarthy*, Zald N. *Mayer* eds., *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings* (Cambridge 1996) 27.

²³ Vgl. Margaret E. *Keck*, Kathryn *Sikkink*, *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics* (New York 1998) Kapitel 1, eBook ohne Seitenangaben.

²⁴ *della Porta*, *Caiani*, *Social Movements & Europeanization*; Sidney *Tarrow*, *Outsiders inside and insiders outside: Linking transnational and domestic public action for human rights*, *Human Rights Review* 11, Nr. 2 (2010) 171–182, doi:10.1007/s12142-009-0115-5.

²⁵ Eine frühe länderübergreifende Studie von Opportunity Structures in vier westlichen Demokratien bietet: Herbert P. *Kitschelt*, *Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies*, *British Journal of Political Science* 16, no. 1 (01/27/1986) 57–85, doi:10.1017/S000712340000380X.

²⁶ Vgl. Christine *Frantz*, Holger *Kolb* (Hg.), *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen* (Münster 2009).

²⁷ Christine *Frantz*, Holger *Kolb* eds., *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen* (Münster 2009).

²⁸ Jochen *Roose*, *Die Europäisierung von Umweltorganisationen. Die Umweltbewegung Auf Dem Langen Weg Nach Brüssel* (Wiesbaden 2003) 30.

²⁹ Christian *Lahusen*, *Internationale Kampagnen. Grundmuster und Kontextfaktoren globalen kollektiven Handelns*, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 9, Nr. 2 (1996) 42–51; Christian *Lahusen*, *Die Organisation kollektiven Handelns - Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen*, In: *Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*, Elmar *Altwater* (Hg.) (Münster 1997) 175–194; Christian *Lahusen*, *Joining the Cocktail Circuit: Social Movement Organizations at the European Union, Mobilization: An International Quarterly* 9, Nr. 1 (01.02.2004) 55–71, doi:10.17813/maiq.9.1.106w4m11367600w4.

³⁰ *Roose*, *Die Europäisierung von Umweltorganisationen. Die Umweltbewegung Auf Dem Langen Weg Nach Brüssel*, 31.

Kampagnen zu untersuchen. Lahusen entwickelt diese „Grundzüge einer Typologie“ für transnational koordinierte Kampagnen, die im Vergleich zu spontaneren Netzwerken davor seiner Ansicht nach nun über den lokalen Bezug hinaus eine „Konfliktualisierung des transnationalen Aktionsrepertoires“ erreichen.³¹ Selbst wenn Lahusen diese Aktionsform als bisher „unterentwickelt“ bezeichnet, kann die Fokussierung auf Kampagnen bei der Analyse von Transnationalisierungstendenzen früherer Sozialer Bewegungen hilfreich sein. Sydney Tarrow³² breitgefächerte Studien zu transnationalem Aktivismus bieten darüber hinaus wertvolle Grundlagen zur Typologisierung. Mit dem Typus des „Rooted Cosmopolitan“ legt Tarrow eine Kategorie vor, die den notwendigen Konnex von der biografischen Analyse zentraler AktivistInnen zur Transnationalisierung einer Bewegung herstellt.³³ Im Zuge der vorliegenden akteurszentrierten Arbeit wird veranschaulicht, dass auch dieser Typus in der untersuchten Umweltbewegung zur Analyse hilfreich sein kann, wenn es um die Verortung und Gelegenheitsstrukturen einzelner AkteurInnen geht. Zur Untersuchung von Sozialen Bewegungen bieten die Sozialforscher Benjamin Görgen, Björn Wendt und Stephan Lessenich das „Modell der Umwelteinbindung zivilgesellschaftlicher Akteure“³⁴ an. Dieses akteurszentriertes Modell dient zur Analyse zivilgesellschaftlichen Handelns mit Fokus auf die Sozialisationsprozesse der Akteure, ohne dabei die Wechselwirkungen der unterschiedlichen (Beziehungs-)Ebenen zu vernachlässigen.³⁵ Auch wenn in der vorliegenden Arbeit mehrere Ebenen untersucht werden und nicht allein die mikrosoziologische Perspektive³⁶ im Vordergrund steht, bieten Ansätze wie diese Inspiration zur Untersuchung von „komplexen Formierungs- und Vergemeinschaftungsprozesse[n]“³⁷ sozialer Bewegungen. Denn diese stellen neben den großen öffentlichen Protestereignissen ebenso die „konkreten alltäglichen

³¹ Christian Lahusen, Transnationale Kampagnen Sozialer Bewegungen, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung* 15, no. 1 (2002) 44f.

³² Vgl. u.a.: Verta Taylor, Mark Traugott (Hg.), *Repertoires and Cycles of Collective Action*. (Durham NC. 1995); Sidney Tarrow, *The New Transnational Activism* (Cambridge 2005) 9; Tarrow, *Outsiders inside and insiders outside: Linking transnational and domestic public action for human rights*.

³³ Tarrow, *The New Transnational Activism*.

³⁴ Vgl. Benjamin Görgen, Björn Wendt, Stephan Lessenich (Hg.), *Formierungsprozesse zivilgesellschaftlicher Initiativen. Impulse aus sozialisationstheoretischer Perspektive, Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016., 2017 1–10*, online unter <http://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2016/issue/view/17>.

³⁵ Benjamin Görgen, Björn Wendt, Stephan Lessenich Ed., *Formierungsprozesse Zivilgesellschaftlicher Initiativen. Impulse Aus Sozialisationstheoretischer Perspektive, Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen Des 38. Kongresses Der Deutschen Gesellschaft Für Soziologie in Bamberg 2016., 2017 2*.

³⁶ Vgl. Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Björn Wendt, *Gesellschaft von unten: Grassroots-Praxis in Bewegung*, In: *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Ansätze, Methoden und Forschungspraxis*, Ingmar Hagemann, Johanna Leinius, Judith Vey (Hg.), 2019 123–137.

³⁷ Ebd., 123.

Vollzugspraktiken zivilgesellschaftlicher Formierung und politischem Protest ‚von unten‘³⁸ ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

In den vergangenen Jahren entstanden vermehrt Arbeiten, welche die roten Fäden der Bewegungsforschung, Umweltgeschichte und Verflechtungsgeschichte miteinander zu verknüpfen versuchen. In dem Sammelband „The Environment and the European Public Sphere“, herausgegeben von Eric Bussière, Anahita Grisoni und Hélène Miard-Delacroix kombinieren die AutorInnen entlang des Betrachtungszeitraums angefangen von den 1970er Jahren bis zu den 2000er Jahren verschiedene Europ aisierungs- und Transnationalisierungsprozesse anhand von Analysen zu den Perzeptionen, AkteurInnen und Policies europäischer Umweltbewegungen.³⁹ Rückenwind erhalten Arbeiten wie diese von neueren Klimaschutz-Bewegungen, welche insbesondere seit den Schulstreiks der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg im Jahr 2018 die weltweite Aufmerksamkeit für Folgen des Klimawandels verstärken. Auch an den politischen Erfolgen von Gr unparteien im Jahr 2019 – sowohl auf nationaler (z.B. bei den Nationalratswahlen in  sterreich⁴⁰) als auch europäischer Ebene (bei den Europäischen Parlamentswahlen⁴¹) – ist ein gesteigertes Interesse an Umweltthemen ablesbar. Zudem erlebt der Katastrophen-Begriff eine Themenkonjunktur, sei es im Hinblick auf grenzüberschreitende Maßnahmen des Katastrophenschutzes⁴² oder hinsichtlich der Technikgeschichte, wie etwa Karena Kalmbachs Untersuchung zu den gesellschaftlichen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe in Frankreich und Großbritannien.⁴³ Andere widmen sich Fragen der Europäisierung und Europäischen Integration⁴⁴ oder untersuchen transnational handelnde Nichtregierungsorganisationen im Bereich Umweltschutz (Environmental Non-Governmental Organization – ENGO), unter denen besonders Greenpeace International eine spannende Struktur aufweist.⁴⁵ Die grenzüberschreitenden Aktivitäten von

³⁸ Ebd., 124.

³⁹ Christian *Wenkel*, Eric *Bussiere*, Anahita *Grisoni*, Hélène *Miard-Delacroix* (Hg.), *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies* (Cambridgeshire, UK 2020).

⁴⁰ Joachim *Riedl*, Es grünt so grün, *Die Zeit*, 2019, online unter <<https://www.zeit.de/2019/47/koalitionsverhandlungen-oesterreich-regierung-oevp>>.

⁴¹ Markus *Becker*, Gerupfte Volksparteien, grüne Gewinner, *Der Spiegel*, 26.05.2019, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-2019-gerupfte-volksparteien-gruene-gewinner-a-1269390.html>>; Katharina *Schuler*, Wie grün wird Europa?, *Die Zeit*, 2019, online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/gruene-parteien-europawahl-klimapolitik-umweltschutz-wahlkampf-eu?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F%2F>.

⁴² See. e.g. Marjolein C.J. *Van Eerd*, Mark A. *Wiering*, Carel *Dieperink*, Solidarity in Transboundary Flood Risk Management: A View from the Dutch North Rhine–Westphalian Catchment Area, *Climate Policy* 17, no. 3 (04/03/2017) 261–279, doi:10.1080/14693062.2015.1075376.

⁴³ Karena *Kalmbach*, *The Meanings of Disaster. Chernobyl and Its Afterlives in Britain and France* (New York, Oxford 2020).

⁴⁴ Wim *van Meurs*, Robin *de Bruin*, Liesbeth *van de Grift*, Carla *Hoetink*, et al., *The Unfinished History of European Integration* (2018), doi:10.2307/j.ctv8pzc5h.

⁴⁵ László *Erd os*, *The Greenpeace-Story*, In: *Green Heroes* (Cham 2019) 159–163, doi:10.1007/978-3-030-31806-2_32.

UmweltschützerInnen wurden speziell in Form der Anti-Atom-Bewegungen Deutschlands und Frankreichs bearbeitet. Der britische Umwelthistoriker Andrew Tompkins hat hier wertvolle Vorarbeit geleistet.⁴⁶

„The circulation of ideas and concepts between different communication spheres and therefore the increasing convergence of debates may be particularly facilitated by the heritage of a centuries-long common history. One of the best examples is the Franco-German one, characterised by particularly dense and deep links, which played a twofold role in the emergence of the European public sphere as well as in the emergence of environmental movements in Europe. It is therefore not surprising that the perceptions, debates, movements and environmental policies within this Franco-German area have been particularly well researched.“⁴⁷

Ebenso stehen militärische Auseinandersetzung und kriegerische Konflikte – hierzu zählt ebenso die Ära des Kalten Krieges – zunehmend im Zentrum der Aufmerksamkeit⁴⁸. Arbeiten wie diese zeigen einerseits die enorme Bandbreite auf, sich mit den grenzüberschreitenden Transfer- und Diffusionsprozessen wie auch mit der Genese und Strukturiertheit von transnationalen Kommunikationsräumen zu beschäftigen, andererseits offenbaren sie erneut unterbelichtete Kapitel im Hinblick auf Ostmittel- und Südosteuropa.

Umweltspezifische Fragen zu Osteuropa rückten erst in den 1990er Jahren in den Fokus von meist auch westeuropäischen ForscherInnen. Aus politikgeschichtlicher Perspektive bilden Fragen nach den Ursachen und Kontexten der Herausbildung und des (Miss-)Erfolges grüner Parteien einen zentralen Punkt der wissenschaftlichen Forschung zu Osteuropa. So legt etwa die Politikwissenschaftlerin Émilie van Haute dar, wie sich in Mittel- und Osteuropa nach 1989 rasch zahlreiche Umweltparteien gründeten und Verbände ähnlich wie in Westeuropa etablierten, diese Anzahl aber rasch wieder abnahm. Als Gründe dafür können neben einer Verschiebung der Aufmerksamkeit auf wirtschaftliche Themen im Zuge der Transformation auch Schwächen im Umweltbewusstsein sowie die oftmals im Vergleich zum Westen strukturellen Hürden zur Parteigründung bzw. zur Wahlteilnahme herangezogen werden.⁴⁹

⁴⁶ Andrew S. *Tompkins*, *Better Active than Radioactive! Anti-nuclear protest in 1970s France and West Germany, Better Active than Radioactive!* (Oxford 2016), doi:10.1093/acprof:oso/9780198779056.001.0001.

⁴⁷ Christian *Wenkel*, Eric *Bussière*, Anahita *Grisoni*, Hélène *Miard-Delacroix*, Editors' Introduction, In: *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies*, Christian *Wenkel*, Eric *Bussière*, Anahita *Grisoni*, Hélène *Miard-Delacroix* (Hg.) (Cambridgeshire, UK 2020) 7.

⁴⁸ Simo *Laakkonen*, Viktor *Pál*, Richard *Tucker*, *The Cold War and Environmental History: Complementary Fields*, *Cold War History* 16, no. 4 (2016) 377–394, doi:10.1080/14682745.2016.1248544. Siehe auch: Maximilian *Graf*, *Eine Neue Geschichte Des "Falls" Des Eisernen Vorhangs*, In: *Jahrbuch Für Mitteleuropäische Studien*, Mitteleuropazentrum an der Andrassy Universität *Budapest* Ed. (Wien 2016) 353f.

⁴⁹ Vgl. u.a.: Giorgio *Grimaldi*, *Will Europe Ever Become „Green“? The Green Parties' Pro-European and Federalist Turning Point since the 1990s*, In: *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies*, Christian *Wenkel*, Eric *Bussière*, Anahita *Grisoni*, Hélène *Miard-Delacroix* (Hg.) (Armonk, London 2020) 184.

Zu den wenigen englischsprachigen Werken über Umweltbewegungen zählen jene von Anna Vári und Pál Tamás⁵⁰ sowie Barbara Jancar Webster⁵¹. Nur wenige setzen sich mit den Besonderheiten in Osteuropa auseinander, etwa Margaret E. Keck und Kathryn Sikkink.⁵² Studien zur Implementierung von Umweltpolitiken in Ostereuropa sind bei Péter Hardi zu finden.⁵³ Zu den jüngeren Werken zählt die vielzitierte Reihe „Protest, Culture and Society General“ der Berghahn Books.⁵⁴ Während sich frühere Bände noch mit nationalen und komparativen Gesichtspunkten auseinandersetzen, setzt der vierte Band mit dem Titel „The Transnational Condition: Protest Dynamics in an Entangled Europe“ aus dem Jahr 2010 das nicht mehr ganz so „neue“ Phänomen in den Mittelpunkt.⁵⁵ Auch der Folgeband zum Thema „Protest Beyond Borders: Revisiting Social Mobilization in Europe after 1945“⁵⁶ verfestigt diese Perspektive. Oftmals sind es umweltpolitische Länderstudien wie Adam Fagans Analyse der Umweltpolitik und Demokratisierung in Tschechien⁵⁷ oder Edward K. Snajdrs Studie zu Umweltprotesten in der Slowakei.⁵⁸ Nur wenige wagen sich an komparative Studien heran, wie etwa die umfassende Arbeit von Arnošt Štanzel zur Umweltpolitik im Staatssozialismus, in der auch der Fall Gabčíkovo–Nagymaros behandelt wird.⁵⁹ Auch innerhalb der ungarischen Forschungslandschaft zeigt sich in den 1990er Jahren Interesse an Umweltbewegungen.⁶⁰ Der Soziologe und Politikwissenschaftler Ferenc Mészáros beschäftigte sich bereits früh mit den Graswurzel-Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Ungarn.⁶¹ Miklós Persányi, der später (2003–2007) Minister für Umwelt und anschließend Minister für Umwelt und Wasser war, widmete sich in den 1980er Jahren den Wurzeln des ungarischen

⁵⁰ Richard N. L. *Andrews*, *Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic*, In: *Environment and Democratic Transition*, Anna Vári, Pál Tamás (Hg.) (Dordrecht 1993) 5–48, doi:10.1007/978-94-015-8120-2.

⁵¹ Barbara *Jancar-Webster*, *Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis*, *Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis* (Armonk, London 1993), doi:10.4324/9781315486932.

⁵² Vgl. dazu: *Keck, Sikkink, Act. beyond Borders*.

⁵³ Péter *Hárdi*, *The Hardi Report. Summary for the Council of Ministers of an expert review concerning the ecological, environmental, technical, economic, international and legal issues of the Bos-Nagymaros Barrage System* (Budapest 1989).

⁵⁴ Kathrin *Fahlenbrach*, Martin *Klimke* (Hg.), *Protest, Culture & Society*, (New York, Oxford o. J.) (Englischsprachige Reihe seit 2008, 21 Bände).

⁵⁵ Vgl. Simon *Teune*, *The Transnational Condition. Protest Dynamics in an Entangled Europe* (New York, Oxford 2010).

⁵⁶ Hara *Kouki*, Eduardo *Romanos* (Hg.), *Protest Beyond Borders. Contentious Politics in Europe since 1945* (Oxford, New York 2011).

⁵⁷ Adam *Fagan*, *Environment and Democracy in the Czech Republic, The Environmental Movement in the Transition Process*, 2004 195, doi:10.4337/9781845420604.00001.

⁵⁸ Vgl. Edward K. *Snajdr*, *Nature Protests: The end of Ecology in Slovakia* (Washington 2008).

⁵⁹ Arnošt *Štanzel*, *Wasserträume Und Wasserräume Im Staatssozialismus, Wasserträume Und Wasserräume Im Staatssozialismus*, 2017, doi:10.13109/9783666301841.

⁶⁰ Vgl. dazu etwa: Viktória *Szirmai*, György *Enyedi*, *Environmental movements and civil society in Hungary*, In: *Environment and Society in Eastern Europe*, Andrew *Tickle*, Ian *Welsh* (Hg.) (London 1998) 146–155.

⁶¹ Vgl. Ferenc *Mészáros*, *Emerging grassroots movements in Eastern Europe: toward a civil society?*, *State and Civil Society*, 1989 99–113; Ferenc *Mészáros*, *Civil Society in Eastern Europe? The case of Hungary*, *World Futures* 29, Nr. 1–2 (04.04.1990) 81–94, doi:10.1080/02604027.1990.9972168.

Umweltschutzes.⁶² Hubertus Knabe knüpfte an diese Forschungen mit seiner umfassenden komparativen Studie zu Umweltkonflikten im sozialistischen Ungarn und der DDR an.⁶³ Der deutsche Historiker beschäftigte sich bereits Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre mit lokalen Umweltprotesten, wie etwa gegen den Betrieb eines Steinbruches am nordungarischen Esztramos-Berg, der zu den ältesten Umweltkonflikten Ungarns zählt. Bereits in den 1960er Jahren wiesen hier Naturschützer auf die pflanzenkundlich wertvolle Földvári-Höhle hin, die besonderen Schutz bei Abbauarbeiten erfordere. Mitte der 1980er Jahre gelang es den NaturschützerInnen durch mehrmaliges Intervenieren, die Annahme eines Kompromissvorschlages seitens der nationalen Behörde für Umwelt- und Naturschutz (OKTH) zu erreichen.⁶⁴ Doch erst die Donaubewegung gegen das Kraftwerksprojekt Gabčíkovo–Nagymaros schaffte es von einem lokalen Protest zu einer nationalen Umweltschutzbewegung.⁶⁵ Neuere Gedanken zum historischen Erbe von Umweltprotesten während des Staatssozialismus‘ und zur Formierung grüner Parteien nach der Wende finden sich beispielsweise bei dem ungarischen Politikwissenschaftler Viktor Glied.⁶⁶ Nur vereinzelt setzen sich AutorInnen mit den grenzübergreifenden Einflüssen und Aktivitäten des GNV-Falls auseinander. Szabina Kerényi und Maté Szabó beschäftigen sich in einer Studie mit den transnationalen Mustern und Einflüssen verschiedener ungarischer Umweltgruppen.⁶⁷ Auf einen Zeitraum von ca. 30 Jahren zurückblickend identifizieren die AutorInnen wesentliche Entwicklungsperioden, die den Verlauf der ungarischen Umweltbewegung darstellen sollen.⁶⁸ Sie kommen zum Schluss, dass die Phase der Transnationalisierungsprozesse und Netzwerkbildung vor allem in den 2000er Jahren verortet werden kann. Die späten 1980er Jahre seien vielmehr von „(non-violent) illegality“⁶⁹ und dem kommunistischen System als einzigem Gegner geprägt gewesen.⁷⁰ Die Verfasserin nimmt diese zentrale Arbeit zur Grundlage, um basierend auf die Forschungsfragen und Hypothesen dieser Arbeit diese als zu enggezogen scheinende Einteilung zu relativieren. So lassen die vorliegenden Quellen vermuten, dass

⁶² Vgl. u.a. : Miklós *Persányi*, A környezetvédelem közgazdasági, jogi eszközei – és a politikai gyarkorlat [Die wirtschaftlichen und rechtlichen Instrumente des Umweltschutzes - und die politische Praxis], Társadalmi Szemle 39, Nr. 2 (1984) 25–38.

⁶³ Vgl. Hubertus *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen (Köln 1993) 178.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Vgl. *Szirmai, Enyedi*, Environmental movements and civil society in Hungary, 158.

⁶⁶ Viktor *Glied*, From the green movement to a party. The Effect of the crisis and democratic movements in Hungary, *Politeja* 11, Nr. 28 (2014) 31–61, doi:10.12797/Politeja.11.2014.28.02.

⁶⁷ Vgl. *Kerényi, Szabó*, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary.

⁶⁸ Vgl. ebd., 806.

⁶⁹ Ebd., 804.

⁷⁰ Vgl. ebd., 806.

bereits zwanzig Jahre früher für die Proteste relevante internationale Netzwerke zwischen UmweltaktivistInnen geknüpft und gepflegt wurden.⁷¹

Der Jurist und spätere Staatspräsident Ungarns László Sólyom befasste sich in einem Dossier aus dem Jahr 1988 der International Foundation for Development Alternatives (IFDA) mit der Donaubewegung. Da er persönlich dem Donaukreis und dessen Anliegen nahestand hatte er Einblick in die Entwicklungen und betrachtete diesen Fall als eines der wesentlichsten Protestthemen Ende der 1980er Jahre.⁷² In den 1990er Jahren beschäftigten sich zahlreiche ForscherInnen mit dem Fall Gabčíkovo–Nagymaros.⁷³ Allerdings stehen juristische Perspektiven im Zentrum der Auseinandersetzung. In dem bereits erwähnten Sammelband von Anna Vári und Pál Tamás behandelt Judit Galambos den Fall Gabčíkovo–Nagymaros.⁷⁴ Als Juristin am Regional Environment Centre for Central and Eastern Europe – REC setzt sie sich in ihrer Studie nicht nur mit den völkerrechtlichen und vertragsrechtlichen Aspekten des Konfliktfalls auseinander, sondern weist auch auf grenzübergreifenden Wissenstransfer seitens der AktivistInnen, IngenieurInnen und PlanerInnen hin. In ihrer Analyse widmet sich Galambos vor allem dem Konfliktmanagement und identifiziert eines der wesentlichen Merkmale des Konfliktes in den Unterschieden der politischen Systeme, die die daraus resultierenden gegenläufigen Verhaltensweisen der „Stakeholder“ erklären.⁷⁵ Galambos betrachtet in ihrer Stakeholder-Studie den Konfliktfall – eingebettet in dem sich abzeichnenden Paradigmenwechsel von wirtschaftlichem Wachstum zu ressourcenschonendem und nachhaltigerem Wirtschaften – und analysiert das Verhalten der betroffenen Parteien im Hinblick auf mögliche Lösungsalternativen. Sie identifiziert dabei nicht nur Ähnlichkeiten in der Anordnung der Kontrahenten in den drei betroffenen Ländern, sondern zeigt auch Transnationalisierungstendenzen auf beiden Seiten auf. Die Unterschiede liegen nach Galambos aber in dem unterschiedlichen politischen Verhalten, das von den politischen Systemdifferenzen geprägt war. Die Autorin hebt in ihrer Analyse hervor, dass vor allem in dem Verständnis notwendiger Einbeziehung gesellschaftlicher Kritik die Systemunterschiede

⁷¹ Vgl. Ebd.

⁷² Vgl. László Sólyom, Hungary: Citizens' participation in the environmental movement, ifda dossier 64, Nr. March/April (1988) 23–34. Vgl. ebenso: László Sólyom, Die Geschichte des Donau-Kreises, In: Michael Köcher (Hg.), Nagymaros (Wien/Budapest 1987) 33–39.

⁷³ Auffällig ist auch, dass die Aufarbeitung jener Ereignisse und Konflikte oftmals von Personen erfolgte, die persönliche Nähe zu AktivistInnen aufwiesen bzw. sich selbst als Teil oder SympathisantIn der Bewegung verstanden. Selten jedoch werden mögliche Fragen zur eigenen Voreingenommenheit (bias) von den AutorInnen diskutiert. Gerade bei der Erforschung von Umweltbewegungen, an denen ForscherInnen aktiv beteiligt waren, scheint es ein gewisses Potential in der Distanzierung zu geben.

⁷⁴ Judit Galambos, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, In: Environment and Democratic Transition, Anna Vári, Pal Tamas (Hg.) (Dordrecht 1993) 176–226, doi:10.1007/978-94-015-8120-2.

⁷⁵ Vgl. ebd., 216ff.

klar zu sehen seien. Zu einer Politisierung des Konflikts kam es aufgrund der Infragestellung der Legitimität des Systems.⁷⁶ Galambos weist jedoch auch auf das widersprüchliche Verhalten der österreichischen Regierung hin, wenn sie schreibt:

„The behavior of the Austrian government in the GNBS case is very illustrative of this: while it was forced to retreat in the face of the citizens' protest in the case of ecologically risky projects on Austrian territory, it did not hesitate to finance and support similar projects in countries where the citizens' rights were suppressed.“⁷⁷

Als Grundlage der vorliegenden Auseinandersetzung dient darüber hinaus John Fitzmaurice vielzitierte Studie „Damming the Danube“.⁷⁸ Auch zahlreiche Abschlussarbeiten und Dissertationen zu diesem Thema (so resultierte auch Hubertus Knabes Umweltkonflikte-Studie aus einem Dissertationsprojekt⁷⁹) sind entstanden und bieten wertvolle Anknüpfungspunkte für die vorliegende Auseinandersetzung.⁸⁰ Zu den neueren Auseinandersetzungen mit dem Fall zählt die Dissertation von Marion Marmorat⁸¹, die sich mit der Kontroverse auf mikrosoziologischer Ebene beschäftigt. Ihr Beitrag besteht nicht nur in der Aufarbeitung des Personenkreises (Prosographie) des Konflikts, sondern bietet auch eine multidisziplinäre Herangehensweise an das Thema, welche Ansätze aus den Internationalen Beziehungen, der Politischen Soziologie und der Geografie verknüpft. Marmorat beschäftigt sich mit dem Fall GNV, wobei sie der Akteur-Netzwerk-Theorie⁸² der französischen Soziologen Michel Callon und Bruno Latour folgend den sozio-technischen Konflikt multiperspektivisch darstellt.⁸³ Marmorat rekonstruiert in ihrer Arbeit akribisch die unterschiedlichen Konfliktlinien und -seiten auf der Makroebene der Internationalen Beziehungen sowie auf der Mikroebene

⁷⁶ Vgl. ebd., 217.

⁷⁷ Ebd., 218.

⁷⁸ Vgl. John *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe* (Oxford 1998).

⁷⁹ *Knabe*, *Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen*.

⁸⁰ Richard von *Fuchs*, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam* (Universität Wien 1995); John *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe* (Oxford 1998); Hubertus *Knabe*, *Umweltkonflikte Im Sozialismus: Möglichkeiten Und Grenzen Gesellschaftlicher Problemartikulation in Sozialistischen Systemen* (Köln 1993); zum Duna Kör und seinen Beziehungen zur DDR siehe: Niklas *Wittmann*, *From Red to Green? The Relationship between Democratic Opposition and Environmentalism in the Hungarian People ' s Republic and the GDR* (Central European University 2018). Vgl. Viktor *Vida*, *A Duna Kör. A Duna Kör története a résztvevők emlékeiben* (Eötvös Loránd Tudományegyetem 2006).

⁸¹ Vgl. Marion *Marmorat*, *Controverse socio-technique autour des barrages danubiens Gabčíkovo-Nagymaros, 1977-2004 (Hongrie / Slovaquie)*. *Etude microsociologique des relations internationales 2004 (2006) 1977–2004*, online unter <http://spire.sciencespo.fr/hdl/2441/53r60a8s3kup1vc9kd4chg7%5Cnhttp://foxfellowship.yale.edu/marion-marmorat>.

⁸² Siehe dazu genauer bei: Ingo *Schulz-Schäeffler*, *Akteur-Netzwerk-Theorie. Zur Koevolution von Gesellschaft, Natur und Technik*, In: *Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, Johannes *Weyer* (Hg.) (Oldenbourg 2000) 187–210, online unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/12215>.

⁸³ Marion *Marmorat*, *Controverse Socio-Technique Autour Des Barrages Danubiens Gabčíkovo-Nagymaros, 1977-2004 (Hongrie / Slovaquie)*. *Etude Microsociologique Des Relations Internationales 2004 (2006) 479*.

unterschiedlicher AkteurInnen in Ungarn und der Tschechoslowakei bzw. der Slowakei und stellt die Besonderheiten der GNV-Kontroverse als Technik-Gesellschaft-Grabenkampf verschiedener Interessen heraus. Zudem zeigt sie die tiefgreifende Polarisierung bis in die Mitte der 2000er Jahre auf. In ihrer Conclusio bleibt Marmorat aber jegliche weitere Interpretation schuldig. Rückbezüge auf theoretische Ansätze aus Bewegungsforschung, Politischer Theorie und Soziologie werden lediglich wiedergegeben. Transnationalisierungstendenzen werden zwar dargestellt, bleiben von einer strukturellen Analyse aber unbedacht. Die Auseinandersetzung bietet deshalb zwar hinsichtlich ihrer umfassenden Betrachtung einen Grundstein für die vorliegende Arbeit, offenbart aber vor allem aufgrund fehlender Interviews mit ZeitzeugInnen sowie strukturierter Aufarbeitung von Primärquellen und Protestkontexten wichtige Forschungslücken, die es nun, mehr als 15 Jahre später, mit der vorliegenden Arbeit zu schließen gilt.

2.2 Quellen

2.2.1 Archivalien und Privatbestände

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens steht die Aufarbeitung von verschiedenen Quellen mittels interdisziplinärer Herangehensweise, wobei die Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte der ungarischen Umweltbewegung hinsichtlich ihrer Transnationalisierung im Fokus steht. Vorwiegend Sekundärquellen von Protesten gegen das Donaukraftwerk-Projekt Gabčíkovo–Nagymaros lieferten Recherchen im Open Society Archive (Budapest). Der Quellenbestand umfasst neben einer multimedialen Sammlung medialer Berichte zu den Protesten und Aktivitäten der Donauebewegung (hierzu zählen etwa die umfassenden Bestände von Radio Free Europe/Liberty Research Institute), Samisdat-Materialien⁸⁴ sowie Bestände aus persönlichen Nachlässen und Sammlungen von AktivistInnen wie János Vargha, welche jedoch noch nicht vollständig archiviert wurden.⁸⁵ Diese Archivalien lieferten einen guten ersten Einblick in das breite Spektrum der Protestbewegung. Ebenso konnten Primärquellen zum Fall GNV im Ungarischen Nationalarchiv gesichtet werden. Der dort vorhandene Bestand wurde vor allem dazu genutzt, die bilateralen Verhandlungen Ungarns mit seinen Nachbarländern, der Tschechoslowakei und Österreich, sowie die Selbst- und Fremdwahrnehmung aus zwischenstaatlicher Korrespondenz und Botschaftsberichterstattung nachzuvollziehen.

Recherchen im Historischen Archiv der Ungarischen Staatssicherheit (Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – ÁBTL) gaben Aufschluss über die Beobachtung und staatliche Einschätzung der AktivistInnen. Einen Überblick zu den Aktivitäten und Beobachtungen der UmweltschützerInnen bieten die „Napi operatív jelentések és információk — NOIJ“, also die Informationen des Tagesreports an das Innenministerium.⁸⁶ Berichte zu den Tätigkeiten und Detailreports der infiltrierenden AgentInnen müssen zwar mit der nötigen

⁸⁴ Samisdat (transliteriert aus dem Russischen „самиздат“) beschreibt die im Selbstverlag herausgegebenen nichtoffiziellen Druckschriften, welche in der UdSSR und in vielen sozialistischen Ländern Osteuropas systemkritische und nicht konforme Inhalte umfassten. Texte, die oftmals durch Schmuggelaktionen in westliche Länder gelangen und dort etwa in Exilverlagen gedruckt wurden, werden auch als Erzeugnisse des Samisdat bezeichnet (das russische „там“ steht für ‚dort‘). Näheres u.a.: bei Jan C. Behrends, Friederike Kind, Vom Untergrund in den Westen: Samizdat, Tamizdat und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren, In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 45, 2005 427–448. Für Studien zu den unabhängigen Formen der Öffentlichkeit siehe u.a.: Helmut Fehr, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen: Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR (Wiesbaden 1996) 392.

⁸⁵ Zum Quellenbestand in Budapest siehe auch: Wittmann, From Red to Green? The Relationship between Democratic Opposition and Environmentalism in the Hungarian People's Republic and the GDR.

⁸⁶ Vgl. dazu: ÁBTL 2.7.1. NOIJ 1984-1989, Duna Kör dosszié, 274 lap.

Distanz betrachtet werden, ermöglichen aber Schlüsse darüber, wie die Aktivitäten der Bewegung von der Staatspolizei eingeschätzt wurden, wie intensiv die Beobachtung durchgeführt wurde und welche Personen von den Behörden als zentrale AkteurInnen der Bewegung identifiziert wurden. Zudem weisen Berichte im ÁBTL auf mögliche Konfliktfelder innerhalb der Bewegung hin. Im Zusammenspiel mit den Aussagen der Beteiligten lassen sich damit wertvolle Aussagen zu den Dynamiken innerhalb der Bewegung treffen.

Eingehende Recherchen im Ungarischen Nationalarchiv (Magyar Nemzeti Levéltár –MNL) ermöglichten die Rekonstruktion der Verhandlungen zwischen der ČSSR und der Volksrepublik Ungarn und zeigten die Details und Schwierigkeiten der Kooperation auf. Darüber hinaus boten Archivalien des MNL Einblicke in die Verhandlungen mit Österreich sowie in die staatliche Perzeption in- und ausländischer Protestaktivitäten.

Digitalisierte Archivalien zur Donaubewegung finden sich darüber hinaus in einem virtuellen Dossier des ÁBTL, welches Dokumente und Fotos von Demonstrationen und Protestaktionen der Jahre 1988 und 1989 online zur Verfügung stellt.⁸⁷ Wertvolle visuelle Einblicke in das Protestgeschehen boten darüber hinaus die digitalisierten Fotos des FORTEPAN-Projekts. In Zusammenarbeit mit Arcanum, dem Archive of Modern Conflict (Toronto), dem Blinken OSA Archive und dem Forum Hungaricum Nonprofit Kft bietet diese Online-Datenbank eine aufschlussreiche Bildersammlung der Demonstrationen.⁸⁸

Um die österreichische Seite der Nagymaros-Verhandlungen mit Ungarn zu rekonstruieren, hat sich die Recherche im Archiv der Republik im Zentralarchiv des Österreichischen Staatsarchives (Wien) bewährt. Nicht nur für den Fall GNV, sondern insgesamt für die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder, waren vor allem die Archivbestände des damaligen österreichischen Handelsministeriums aussagekräftig. In Ergänzung mit interministeriellen Korrespondenzen (zwischen Handelsministerium, Außenministerium und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gaben die bilateralen Korrespondenzen sowie die Briefwechsel mit VertreterInnen der Energiewirtschaft wertvolle Einblicke in die Planungs- und Umsetzungsprozesse, die Verhandlungen zum Wasserkraftausbau auf österreichischem Territorium sowie zu bilateralen Kooperationsprojekten entlang der Donau. Abschließend ermöglichte die Sichtung der oben genannten Archive die Rekonstruktion zwischenstaatlichen Handelns und bot darüber hinaus Aufschluss über wirtschaftliche und politische Interessen hinter dem Kraftwerksprojekt.

⁸⁷ Tüntetések, demonstrációk 1988-1989, online unter <<https://tuntetes-archivum.hu/>>, (08.01.2021).

⁸⁸ FORTEPAN, online unter <<https://fortepan.hu/>>, (08.01.2021).

Gerade im Hinblick auf die geäußerte Kritik an GNV und das Protestgeschehen in Ungarn und der Tschechoslowakei bildeten die von AktivistInnen sorgsam aufbewahrten Originalquellen eine aufschlussreiche wichtige Quelle für die vorliegende Untersuchung. Der österreichische Umweltaktivist Wolfgang Rehm verfügt über ein persönliches Ton-, Zeitungs- und Fotoarchiv, das zahlreiche Medienberichte, Protestmaterialien und Dokumente zu GNV umfasst. Auch der ehemalige Aktivist und Medienreferent der Gruppe „Duna Kör“ András Szekfü hat umfassendes multimediales Material zu den Aktivitäten der Donaubewegung gesammelt, darunter auch erhalten gebliebene handschriftliche Protokolle von Sitzungen, diverse Notizen und eine detaillierte Mitgliederliste des Duna Kör.⁸⁹ Auch zählen digitalisierte Magnetbandaufzeichnungen medialer Berichterstattung sowie gegenständliche Quellen, darunter Originalplakate und -transparente von den Protesten, zu seiner Sammlung. Diese geben einen umfassenden Einblick in die Aktivitäten und Struktur des Duna Kör und ermöglichen darüber hinaus eine Analyse der medialen Kommunikation sowie zentraler grenzübergreifender Aktivitäten der Gruppe. Interviews mit beteiligten UmweltaktivistInnen in Bratislava, darunter der Umweltschützer Jaromír Šíbl, die Ingenieurin und Aktivistin Ľubica Trubíniová und der Geograf und Politiker Mikuláš Huba, ermöglichten eine weitere Perspektive auf das Geschehen. Bei Besuchen bei AktivistInnen in Bratislava konnten auch Broschüren von KraftwerksbefürworterInnen sowie die Ausstellung „Liquid Horizons“ der Nonprofit Organisation Tranzit.sk, die sich u.a. mit den Kraftwerksprotesten gegen Gabčíkovo beschäftigt, gesichtet werden.⁹⁰ Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Privatbestände der AktivistInnen die Grundlage für die Erfassung wichtiger Diskurse innerhalb der Protestbewegung sowie für die Analyse von Praktiken des nationalen wie transnationalen Protests bieten. Quellenkritisch muss festgehalten werden, dass es sich bei den oben erwähnten Privatbeständen um persönliche Selektionen handelt, die vielmals auch auf die Intention ihrer BesitzerInnen schließen lassen, sich vorrangig an die positiven und erfolgreichen Aktivitäten zu erinnern. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Quellen bzw. Erinnerungen, die den Aussagen der InterviewpartnerInnen widersprechen, der Verfasserin vorenthalten bzw. verzerrt dargestellt wurden.

⁸⁹ Die Verfasserin hat mit A. Szekfü vereinbart, die Liste aufgrund ihrer personenbezogenen Daten nur anonymisiert zu verwenden. Eine Kopie der Liste verbleibt im Privatarchiv der Verfasserin.

⁹⁰ „Liquid horizons“ bei tranzit.sk, 2019, online unter <<http://www.erstestiftung.org/de/events/liquid-horizons-bei-tranzit-sk/>>.

2.2.2 Interviews

Insgesamt wurden für die vorliegende Untersuchung 15 GesprächspartnerInnen interviewt. Während ZeitzeugInnen und BeobachterInnen wie der Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien Emil Brix oder AktivistInnen, die weniger grenzübergreifend tätig waren, nur einmalig zu der Thematik befragt wurden, suchte die Verfasserin den mehrmaligen Austausch mit Umweltaktivisten wie András Szekfü und Wolfgang Rehm, welche über ein starkes Netzwerk in den beteiligten Ländern verfügten. Es handelte sich dabei um mehrstündige Gespräche, wobei die Interviews oftmals auch mit der Sichtung und Erklärungen der jeweiligen Privatbestände verknüpft wurde. Alle zitierten Aussagen wurden per Audioaufzeichnungen (einmal auch per Video) und in handschriftlichen Notizen der Verfasserin dokumentiert. Als Ausgangspunkt wurde ein Leitfragebogen entwickelt. Die jeweils sehr unterschiedlichen Situationen, Gesprächskontexte sowie Bereitschaft der InterviewpartnerInnen, Fragen direkt zu beantworten, führten allerdings im Großteil zu Abweichungen vom geplanten Gesprächsverlauf. Mit steigender Erfahrung und vermehrtem Wissen zur Thematik entschied sich die Verfasserin deshalb für eine offene und informelle Gesprächsführung, um u.a. im persönlichen Austausch Informationen und Eindrücke sammeln zu können, die in dem formellen Interviewformat womöglich verschwiegen worden wären. Im wesentlich geringeren Ausmaß wurden von der Verfasserin auch nicht selbstgeführte Interviews genutzt. Wichtige Einblicke bot hierbei etwa ein ausführliches Oral-History-Interview mit dem Historiker und ehemaligen Duna-Kör-Mitglied Gábor Pajkossy aus dem Jahre 2006 (auf Ungarisch)⁹¹ sowie ein kürzeres Interview mit der ungarischen Umweltschützerin Judit Vásárhely (auf Englisch).⁹²

2.2.3 Zeitungen und sonstige Quellen

Für die vorliegende Arbeit waren auch Zeitungsartikel sowie -meldungen (ohne AutorInnen-Angaben) von Bedeutung. Dabei handelt es sich aus sprachlichen Gründen vorwiegend um Medienberichte aus Österreich, in denen grenzüberschreitende Aktivitäten rund um den Fall GNV thematisiert werden. Diese wurden vorwiegend dafür genutzt, die chronologische Abfolge von Protestereignissen zu rekonstruieren und damit lückenhafte ZeitzeugInnen-Aussagen zu ergänzen. Zudem geben Medienberichte Aufschluss über die Perzeption von

⁹¹ Viktor *Vida*, Pajkossy Gábor-interjú, 19 April 2006, 1956-OS INTÉZET ÉS ORAL HISTORY ARCHÍVUM [Das Oral History Archive des 1956er Instituts], 30 Seiten. 2006.

⁹² John *Feffer*, *Toward Local Resilience*, 2014, online unter <<https://www.johnfeffer.com/toward-local-resilience/>>.

Kraftwerksprojekten sowie über die Inhalte der Medienkampagne, insbesondere hinsichtlich verwendeter Deutungsrahmen und Referenzen.

Das Periodikum „Gegenstimmen“, welches in den 1980er Jahren von einer kleinen Gruppe im trotzkistischen Umfeld Wiens produziert und herausgegeben wurde, wurde als wichtige Textquelle für die Rekonstruktion zeitgenössischer Berichterstattung zu GNV herangezogen. Die Zeitschrift nahm hierbei eine wichtige Rolle als journalistisches und aktivistisches Sprachrohr der sogenannten „demokratischen Opposition“ ein, diente den trotzkistischen SympathisantInnen aber zugleich als Instrumentation zur Unterstützung jener Opposition aus Wien. Ihre subjektive Perzeption der damaligen Geschehnisse findet sich ebenso in der Berichterstattung wieder, wie mit journalistischen Standards recherchierte und belegte Analysen. Durch Ergänzung mit selbstgeführten Interviews mit den Redakteuren können somit Aussagen zu ihren Motiven sowie Fremd- und Selbstwahrnehmungen jener Zeit getätigt werden. Das Periodikum kann aber ebenso als Quelle zur Untersuchung medialer Aufmerksamkeit für Umweltthemen in der Region dienen.

Einblicke in das Protestgeschehen in und um Hainburg ermöglichten die digitalen Archive von NGOs, Vereinen und Initiativen, die sich mit Protest- und Umweltthemen befassen.⁹³ Darüber hinaus wurden die digitalen Archive von österreichischen Medien, etwa des Österreichischen Rundfunks (ORF)⁹⁴ sowie von Samisdat-Medien⁹⁵ genutzt. Zahlreiche multimediale Quellen verzeichnet auch die Mediathek des Technischen Museums (Wien).⁹⁶ Eine Chronologie der Ereignisse rund um GNV findet sich auf der Webseite von Arcanum⁹⁷, einem Digitalisierungsprojekt zur ungarischen Geschichte.

⁹³ Infothek zur Nationalparkgeschichte mit umfassender Chronologie der Hainburger Aubesetzung, online unter <<https://www.donauauen.at/nationalpark/chronologie-der-aubesetzung/19429>>, (10.09.2020);

Umweltdachverband, Geschichte & Meilensteine, online unter <<https://www.umweltdachverband.at/ueberuns/wer-wir-sind/geschichte/>>, (08.01.2021); 366 x grün: Weblog des Grünen Archivs zur Geschichte der Grünen und Alternativen in Österreich, o. J., online unter <<http://366xgruen.at>>.

⁹⁴ Vgl. Robert Friess, 25 Hainburg: Bevölkerung gegen Kraftwerk in der Au, ORF TVThek, 2009, online unter <<https://tvthek.orf.at/history/Skandale-und-Aufreger/9627284/25-Jahre-Hainburg-Bevoelkerung-gegen-Kraftwerk-in-der-Au/9497101>>.

⁹⁵ Beszélő Online, o. J., online unter <<http://beszelo.c3.hu>>.

⁹⁶ Österreichische Mediathek, online unter <<https://www.mediathek.at>>, (08.01.2021).

⁹⁷ A bős–nagymarosi vízlépcsőrendszer krónikája, Arcanum Adatbázis, online unter <[29](https://www.arcanum.hu/hu/online-kiadvanyok/TenyekKonyve-tenyek-konyve-1/1990-7B2E/magyarorszaga-A343/a-bos-A614/?list=eyJmaWx0ZXJzIjogeyJNVSI6IFsiTkZPX0tPTllfVGVueWVrS29ueXZlXzEiXX0sICJxdWVyeSI6IjCjXb2xmc3RoYWwifQ>>, (08.01.2021); Vgl. ebenso: György Baló, Iván Lipovecz, Tények könyve [Buch der Tatsachen] (Budapest 1990).</p></div><div data-bbox=)

3 Methodische Herangehensweise

3.1 Kulturhistorische Ansätze und Konzepte

Außenpolitik ist „als Resultat eines Mehrebenenprozesses“⁹⁸ zu verstehen, worin staatliche und gesellschaftliche AkteurInnen sowohl innerhalb eines politischen Systems als auch grenzübergreifend im internationalen Raum miteinander agieren und verhandeln.⁹⁹ Angesichts der Komplexität des vorliegenden Falls ist es also ratsam, sich der vorliegenden Thematik auf mehreren Ebenen zu nähern: Aufgrund der Genese des Kraftwerkprojektes bilden einerseits die staatlichen Kontexte und bilateralen Beziehungen der beteiligten Länder eine wichtige Untersuchungsebene. Gerade hierbei zeigen sich Verflechtungen von Diplomatie- und Wirtschaftsgeschichte sehr deutlich. Die auftretende Protestbewegung macht es andererseits nötig, die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher AkteurInnen als eine zweite Ebene zu untersuchen, um damit Schlüsse über das grenzübergreifende Handeln, die Motive und persönlichen Gelegenheitsstrukturen der gesellschaftlichen Gruppen und Individuen ziehen zu können. Einer kulturhistorischen Perspektive der sogenannten Neuen Diplomatiegeschichte¹⁰⁰ folgend werden in der vorliegenden Arbeit sowohl diese beiden Ebenen betrachtet, als auch etwaige Interdependenzen und Abhängigkeiten zwischen „Politik“ und „Gesellschaft“ analysiert.¹⁰¹ Ursula Lehmkuhls Überlegungen zur „Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte“¹⁰² zeigen auf, inwiefern diese neue Perspektive bzw. dieser „cultural approach“¹⁰³ den Umgang mit Quellenmaterial und die Erkenntnisprozesse verändert. Hierzu hebt Lehmkuhl beispielsweise die Nutzung von sozial- und kulturhistorischem Quellenmaterial

⁹⁸ Ursula *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus, Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 27, Nr. 3 (2001) 395.

⁹⁹ Vgl. ebd., 395f.

¹⁰⁰ Siehe dazu u.a. die Schriftenreihe: André *Krischer*, Barbara *Stollberg-Rilinger*, Hillard *Thiessen*, Christian *Windler* (Hg.), *Externa: Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven* (Köln o. J.); Eckart *Conze*, Ulrich *Lappenküper*, Guido *Müller* (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen: Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin* (Köln 2004); *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*.

¹⁰¹ Vgl. zur kulturhistorischen Perspektive in der Diplomatiegeschichte: Akira *Iriye*, *Culture and International History*, In: *Explaining the History of American Foreign Relations*, herausgegeben von Michael J. Hogan und Thomas G. Paterson (Cambridge 2004), 241–256 (2004); *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*.

¹⁰² *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*.

¹⁰³ Vgl. *Iriye*, *Culture and International History*.

sowie den systematischen, und nicht mehr nur chronologischen, Aufbau von Arbeiten hervor.¹⁰⁴ Halten Kulturbegriffe Einzug in die politikhistorische Forschung, bedeutet dies aber auch die Abwendung von einem engen Staatsverständnis, in dem das Handeln politischer Akteure wie Nationalstaaten, nationale Parlamente oder internationale Organisationen im Vordergrund stand.¹⁰⁵ Oder wie Eckart Conze schreibt:

„Schließlich gilt es, (...) den Politikbegriff aus seiner Staats- und Regierungsfixierung zu lösen, ihn zu dynamisieren und damit für die Analyse von Politik, von politischem Handeln und des politischen Prozesses in modernen Gesellschaften tauglich zu machen.“¹⁰⁶

Internationale Beziehungen sollten nun vielmehr verstanden werden „als Beziehungen zwischen staatlich organisierten Gesellschaften, welche wiederum geprägt sind durch spezifische politische Kulturen, Weltbilder, Normen und Werte“.¹⁰⁷ Selbst nationale Interessen müssen als Produkte „sozialer Interaktion“¹⁰⁸ erkannt werden. Ihre Analyse macht es folglich notwendig, Einflussfaktoren wie Normen, Identitäten und Kultur mitzudenken.¹⁰⁹ Auch Staaten vermitteln und teilen Visionen, Träume und Vorurteile über nationale Grenzen hinweg. Am Beispiel der Wasserkraft wird in der vorliegenden Arbeit deutlich, inwiefern diese geteilten Träume auf staatlicher und wirtschaftlicher Ebene tatsächlich Einfluss auf bilaterale Infrastrukturprojekte genommen haben.¹¹⁰ Als Grundlage für die historische Aufarbeitung dieser Ebene werden hierfür die Bestände aus Archiven in Budapest und Wien herangezogen. Auf gesellschaftlicher Ebene wiederum lässt sich im vorliegenden Fall beobachten, wie gemeinsame Visionen der Natur-Mensch-Beziehung die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen beeinflussten. Hier bieten sich vor allem Interviews und ZeitzeugInnen-Berichte an. Somit wird es möglich, potentielle Wechselwirkungen und gegenseitige Abhängigkeiten zu identifizieren und gleichzeitig auch der beschränkten Quellenlage zivilgesellschaftlichen Engagements jener Jahre gerecht zu werden.

¹⁰⁴ Vgl. *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, 402f.

¹⁰⁵ Ebd., 403.

¹⁰⁶ Eckart *Conze*, *Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik*, In: *Geschichte der internationalen Beziehungen*, Eckart *Conze*, Ulrich *Lappenküper*, Guido *Müller* (Hg.) (Köln/Weimar/Wien 2004) 17.

¹⁰⁷ *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, 403.

¹⁰⁸ Ebd., 408.

¹⁰⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁰ Vgl. Kapitel 4.

Der Historiker Akira Iriyes prägte den Kulturansatz für die Diplomatiegeschichte¹¹¹, indem er die Bedeutung von „dreams, aspirations, and other manifestations of human consciousness“¹¹² für die Internationalen Beziehungen hervorhob.¹¹³

„Demnach sollen Historiker der internationalen Beziehungen sich erstens mit der Entstehung, dem Erhalt und dem Wandel von kulturellen Produkten innerhalb der Nationalstaaten beschäftigen; sie sollten zweitens nach den Auswirkungen dieser Phänomene auf die Interaktionen zwischen Nationalstaaten fragen; und sie sollten sich drittens mit der Frage auseinandersetzen, ob und wie sich nationale kulturelle Systeme durch diesen Interaktionsprozeß verändern und Bestandteil eines globalen kulturellen Systems werden.“¹¹⁴

Internationale Beziehungen dürfen aber nicht nur als Zusammenspiel kultureller Produkte von Nationalstaaten begriffen werden, sondern müssen sich Iriye zufolge „transnationalisieren“ bzw. „entnationalisieren“, was zur Folge hat, dass zunehmend Individuen und gesellschaftliche Gruppen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Außenpolitik betrachtet werden sollten.¹¹⁵ Genau an diesem Punkt der Transnationalisierung findet sich der Anknüpfungspunkt zur Transnationalen Geschichte sowie zur Verflechtungsgeschichte, die beide als relativ neue geschichtswissenschaftliche Perspektiven nationale Einheiten zwar als Voraussetzung ansehen (und sich daher auch auf neuzeitliche Forschungen beziehen), jedoch über den zwischenstaatlichen Vergleich hinaus Fragestellungen entwerfen.¹¹⁶ Die Grundlagen dieses Denkens reichen auf die „Gegendiskurse“ und Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft ab Mitte des 19. Jahrhunderts zurück.¹¹⁷ Diese äußerten sich einerseits in der Bildung eines „proletarischen Gegendiskurs[es] sozialistischer Geschichtsauffassungen“ und zunehmenden Einflüssen der Kultur- und Sozialwissenschaft, andererseits auch in der Einforderung eines historischen Blicks „auf längere Zeiträume und nationsübergreifende geographische Räume“, eine Forderung, die zuerst von den Vordenkern der französischen „Schule der Annales“ vertreten wurde.¹¹⁸ Hierzu ist etwa auch Fernand Braudels Konzept der „longue durée“, die unter anderem in der Umweltgeschichte ihre Anwendung fand.¹¹⁹ Aus der Forderung nach dem Einzug methodischer Herangehensweisen der Sozialwissenschaften in die Geschichte

¹¹¹ Iriye versteht Kultur hierbei als „the sharing and transmitting of consciousness within and across national boundaries“ sowie als „the creation and communication of memory, ideology, emotions, life styles, scholarly and artistic works, and other symbols“. Vgl. *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, 415; *Iriye*, *Culture and International History*, 215.

¹¹² *Iriye*, *Culture and International History*, 214.

¹¹³ Vgl. *Lehmkuhl*, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, 409f.

¹¹⁴ Ebd., 410.

¹¹⁵ Vgl. ebd.; Vgl. *Iriye*, *Culture and International History*, 219.

¹¹⁶ Vgl. Miriam Rürup, *Historikertag 2012: Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte*. H-Soz-Kult, 12.02.2013, online unter <www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2022> (22.02.20201).

¹¹⁷ Vgl. Stefan Jordan, *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft* (Paderborn, München, Wien, Zürich 2009) 67.

¹¹⁸ Vgl. ebd., 67, 80.

¹¹⁹ Vgl. ebd., 82.

entwickelten sich im Zuge des 20. Jahrhunderts mehrere Debatten zu sozialhistorischen Geschichtstheorien, die eine Öffnung der Geschichtswissenschaften, im Fall der StrukturhistorikerInnen sogar eine „Entdisziplinierung“ anstießen.¹²⁰ Mit der Fokussierung auf neue Begriffe wie „Gesellschaft“, die vor allem von Hans-Ulrich Wehler betrieben wurde, sollte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Alternative zu historischen Konzepten von „Volk“ und „Nation“ gefunden werden.¹²¹ Doch schon bevor Wehler den historischen Vergleich als „Königsweg der Geschichte“ proklamierte, hatten *Annales*-Vertreter wie Marc Bloch in der Zwischenkriegszeit gefordert, „die historische Forschung über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus auszudehnen und Ähnlichkeiten der europäischen Gesellschaften (...) zu beschreiben.“¹²² Die Transnationalisierung der historischen Perspektive ist daher eng mit der Genese der historischen Komparatistik verbunden.¹²³ Umso wichtiger ist es, an dieser Stelle eine wichtige Differenzierung vorzunehmen. Denn obwohl die Untersuchung grenzübergreifender Sozialer Bewegungen zwar dem Feld der „gruppenbezogenen Vergleiche“ zuordenbar ist,¹²⁴ wendet die vorliegende Arbeit sie vorwiegend als Betrachtungsperspektive und nicht als ausdifferenzierte Methode an.¹²⁵ Beispielsweise ist es für das Verständnis der Geschichte von GNV durchaus sinnvoll, die Differenzen und Gemeinsamkeiten der länderspezifischen Protestkontexte zu analysieren bzw. gegenüberzustellen. Hierbei bietet sich ein nationalstaatlicher Vergleichshorizont an.¹²⁶ Auch auf Akteurs-Ebene lassen sich gemeinsame Praktiken, Deutungsmuster und Motive nur durch komparatistische Ansätze identifizieren. Charles Tilly bietet hierzu mit dem Vergleichstyp des variationsorientierten Vergleichs (variation-finding comparison) eine Kategorie, in der eine Gruppe mit Gemeinsamkeiten beschrieben werden kann, ohne zugleich auf die Differenzen innerhalb dieser Gruppen verzichten zu müssen.¹²⁷ Die Methoden der Komparatistik stoßen jedoch insbesondere bei transnationalen Perspektiven an ihre Grenzen. So steht die Vergleichsgeschichte seit den 1990er Jahren in der Kritik, Transfers und Wechselwirkungen außer Acht zu lassen und miteinander in Bezug stehende Vergleichsobjekte isoliert zu betrachten.¹²⁸ Auch hierbei sind die Denkanstöße der „Gesellschaftsgeschichte“ von grundlegender Bedeutung, da diese neben

¹²⁰ Vgl. ebd., 104f.

¹²¹ Vgl. ebd., 109.

¹²² Martin *Langwiler*, *Praxisbuch Geschichte: Einführung in die historischen Methoden* (Zürich 2011) 188.

¹²³ Vgl. u.a.: Ebd.

¹²⁴ Vgl. ebd., 191.

¹²⁵ Vgl. zur Unterscheidung: Ebd., 177.

¹²⁶ Vgl. ebd., 195.

¹²⁷ Ebd.; vgl. Charles *Tilly*, *Big structures, large processes, huge comparisons* (New York 1984) 116–143.

¹²⁸ Vgl. *Langwiler*, *Praxisbuch Geschichte: Einführung in die historischen Methoden*, 199.

„Willensbildungsprozessen“¹²⁹ auch prozesshafte und strukturelle Veränderungen in den Blick nahm und damit der Erforschung von Protestbewegungen, aber auch Entwicklungen wie Transnationalisierungen den Weg bahnte.¹³⁰ Die Protagonisten der Gesellschaftsgeschichte waren beispielsweise nicht mehr einzelne Staaten, sondern „soziale Kollektive“¹³¹ wie etwa soziale Klassen.¹³²

Die Bedeutung der transnationalen Herangehens- und Betrachtungsweise von historischen Themen wird unter HistorikerInnen bis heute sehr unterschiedlich bewertet. Während einerseits die konzeptionellen Probleme einer „transnational betriebene[n] Komparatistik“ kritisiert werden¹³³, besteht darin zweifellos eine große „Innovationskraft“, die sowohl den Historismus als auch die Sozialgeschichte herausfordert.¹³⁴ Letztlich führten die oben bereits erwähnten Gegendiskurse zum Historismus und neuen Impulse nicht zu einem Abkommen von der traditionellen hermeneutischen Methode der Geschichtswissenschaften, sondern ergänzten lediglich das Spektrum der Disziplin.¹³⁵ Es ist somit keine Frage des Entweder-Oder, sondern eine der Kombination und gegenseitigen Befruchtung. Beispielsweise können sich Fragen nach Transfers oder Verflechtungen¹³⁶ laut Miriam Rührup durchaus auch mit Gegenständen der klassischen Diplomatiegeschichte überschneiden. In ihrer Zusammenfassung des Deutschen Historikertags 2012 stellt sie dar, dass mit der transnationalen Perspektive nicht die „(neu)modische Ablösung von Ideen wie Verflechtungsgeschichte“¹³⁷ gemeint sei, „sondern transnationale Geschichte mit den bekannten Methoden der *histoire croisée*, der Verflechtungsgeschichte und dem historischen Vergleich betrieben“ wird,

„um nationale Geschichte in ihrer internationalen und globalen Vernetztheit zu beschreiben. Das Deutungspotenzial einer transnationalen Perspektive auf die Geschichte beruht dann womöglich darin, dass man transnational denkend nicht nur der Kontingenz sondern auch der Offenheit und fortwährenden Veränderbarkeit von Geschichte im Spannungsfeld von nationalem, lokalem, individuellem Pragmatismus und internationalen Aushandlungsprozessen und Erfahrungswelten nachspüren kann.“¹³⁸

Dieses Deutungspotenzial haben auch die VertreterInnen der kulturhistorischen Perspektive der Diplomatiegeschichte erkannt, indem sie vorschlagen, den „Zusammenhang von Ideen, Kultur, Institutionen und Strukturen“ genauer ins Visier zu nehmen.¹³⁹

¹²⁹ Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft aus historischer Perspektive, In: Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Ralph Jessen, Sven Reichardt, Ansgar Klein (Hg.) (Wiesbaden 2004) 99.

¹³⁰ Vgl. Jordan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 114f.

¹³¹ Ebd., 117.

¹³² Vgl. ebd., 122.

¹³³ Vgl. ebd., 209.

¹³⁴ Vgl. ebd., 210.

¹³⁵ Vgl. ebd., 122.

¹³⁶ Vgl. zu *histoire croisée* u.a.: Langwiler, Praxisbuch Geschichte: Einführung in die historischen Methoden, 200f.

¹³⁷ Rührup, Historikertag 2012: Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Lehmkuhl, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus, 414.

„Die mikrogeschichtliche oder mikroanalytische Ebene individuell geprägter alltagsweltlicher Erfahrung wird korreliert mit der makrogeschichtlichen oder makroanalytischen Ebene struktureller Einflussfaktoren und Entwicklungsprozesse (Modernisierung, Demokratisierung).¹⁴⁰

Für die vorliegende Erforschung einer grenzüberschreitenden Umweltbewegung bedeutet dies, die Schnittstellen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht zu beleuchten. Umrahmt von der makrogeschichtlichen Ebene der politischen und wirtschaftlichen Transformation Ungarns stehen die zivilgesellschaftlichen Individuen und Gruppen als AkteurInnen des Wandels im Blickpunkt. Neben der multiarchivarischen Forschung integriert dieser Ansatz daher auch bewusst alltags- und mikrogeschichtliche Erfahrungen in die Analyse. Eine besondere Rolle nimmt hierbei die Oral History ein, also Quellenmaterial, „das bereits die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit interpretiert“¹⁴¹ und Schlüsse auf „dreams, aspirations, and other manifestations of human consciousness“¹⁴² zulässt.

3.2 Oral History: Kritik und Praxis

Die Frage, ob Oral History eine Forschungsmethode oder eine historische Disziplin ist, wird in der Forschungsliteratur ausgiebig diskutiert. Abseits dieser theoretischen Diskussion rückt die Frage ins Zentrum, inwiefern Oral History für die Beantwortung der Forschungsfragen hilfreich ist. Alexander Geppert stellt grundsätzlich fest, dass

„unter ‚Oral History‘ gemeinhin eine geschichtswissenschaftliche Methode verstanden wird, mündliche Erinnerungsinterviews mit Zeitzeugen durchzuführen und gleichzeitig auf einen Tonträger zur späteren Auswertung durch den Historiker aufzunehmen – der Oral Historian ist an der Produktion seiner Quellen folglich selbst beteiligt. Indem mit dem Interviewverfahren eine Methode empirischer Feldforschung eingesetzt wird, weist diese im Vergleich zu anderen Forschungstechniken der Historiographie ungewöhnliche Verfahrensweisen eine große Nähe zur Sozial- und Kulturanthropologie auf.“¹⁴³

Die Wissenschaftlichkeit und Verlässlichkeit von Methoden der Oral History und der Alltagsgeschichte ist unter HistorikerInnen umstritten. Gerade die von Geppert erwähnte Rolle des Historikers bzw. der Historikerin sei hierbei problematisch. KritikerInnen sehen Risiken in dem Instrumentarium der ZeitzeugInnen-Interviews bereits in der Anbahnung jener Gespräche, der eine subjektive Selektion vorausginge (vor allem bei öffentlichen Aufrufen und Annoncen).¹⁴⁴ Zudem könne aufgrund von Erinnerungslücken, verzerrten Wahrnehmungen

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd., 402.

¹⁴² *Iriye*, Culture and International History, 214.

¹⁴³ Alexander C.T. *Geppert*, Forschungstechnik oder historische Disziplin, Methodische Probleme der Oral History. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Bd 45 (1994) 320, online unter <http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/fmi/arbeitsbereiche/ab_nolte/geppert/Geppert_-_Oral_History.pdf>.

¹⁴⁴ Vgl. dazu u.a.: Paul *Thompson*, Joanna *Bornat*, *The Voice of the Past: Oral History*, 4. Aufl. (2017); Donald A. *Ritchie*, *Doing Oral History: A Practical Guide*, 2. Aufl. (Oxford 2003); Herwart *Vorländer* (Hg.), *Oral History: Mündlich erfragte Geschichte* (Göttingen 1990); Paula *Hamilton*, Linda *Shopes* (Hg.), *Oral History and Public Memories* (Philadelphia 2008).

oder absichtlich falschen Erzählungen wenig historischer Wahrheitsgehalt daraus bezogen werden.¹⁴⁵

„Erinnerung stellt immer einen Rekonstruktionsprozeß dar. Zu der mühsamen Einsicht, daß durch ein offenes Interviewverfahren kaum wirklich "saubere" Daten erhoben, sondern höchstens individuell und idiosynkratisch verarbeitete historische Erlebnisse – einschließlich der in der Zwischenzeit erfolgten Reaktionen und Verzerrungen – erfragt werden können, mußten auch schon andere Geistes- und Sozialwissenschaften kommen.“¹⁴⁶

Gerade in der Gedächtnisforschung wird das Instrumentarium aber oft und gern verwendet, da sich die Aussagekraft von Interviews vorwiegend in den dadurch erkannten Wahrnehmungen und Erinnerungen der Befragten nachvollziehen lässt. In der Alltagsgeschichte bilden diese Wahrnehmungen exemplarische Einheiten, die auf das „Große“ verweisen: „Das historische Individuum ist also nicht darum interessant, wie es geschichtswirksame Veränderungen leistet, wie zum Beispiel die ‚großen Männer‘ im Historismus; es ist darum interessant, weil es exemplarisch für soziale Verbände steht.“¹⁴⁷ Zu VertreterInnen dieses Ansatzes gehören unter anderem auch Paul Thompson und Joanna Bornat, die mit „The Voice of the Past“ bereits 1978 die Grundlagen für die Oral History lieferten.¹⁴⁸ In ihrer vierten und erweiterten Auflage zeigen sie sich nach wie vor von dem Wert der lebensgeschichtlichen Erzählungen für die Geschichtswissenschaften überzeugt.

„The challenge of oral history lies partly in relation to this essential social purpose of history. This is a major reason why it has so excited some historians, and so frightened others. In fact, fear of oral history as such is groundless.“¹⁴⁹

Die AutorInnen heben dabei heraus, dass jede historische Erzählung eine gewisse soziale Absicht habe. Sich dieser Absicht bewusst zu sein, sei wesentlich für den Einsatz der Oral History.¹⁵⁰

„But oral history certainly can be a means for transforming both the content and the purpose of history. It can be used to change the focus of history itself, and open up new areas of inquiry. It can break down barriers between teachers and students, between generations, between educational institutions and the world outside. And in the writing of history – whether in books, or museums, or radio and film – it can give back to the people who made and experienced history, through their own words, a central place.“¹⁵¹

Selbst Geppert, der die beinahe schon missionarisch anmutende Ansicht von Thompson und Bornat kritisch sieht, räumt ein, dass selbst traditionelle und etablierte Methoden nicht von Unschärfen und heuristischen Problemen ausgenommen sind.¹⁵²

„Das Problem der Genauigkeit stellt sich beispielsweise auch bei der Arbeit mit schriftlichen Quellen, deren schwarz-auf-weiß-gedruckter Zustand oftmals über ihre Unfertigkeit, Unzulänglichkeit und eben

¹⁴⁵ Vgl. *Geppert*, *Forschungstechnik oder historische Disziplin*, 320.

¹⁴⁶ Ebd.

¹⁴⁷ *Jordan*, *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft*, 158.

¹⁴⁸ Vgl. *Thompson, Bornat*, *The Voice of the Past: Oral History*.

¹⁴⁹ Ebd., 2.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., 3.

¹⁵¹ Ebd. Siehe dazu: Swetlana *Alexijewitsch*, aus dem Russischen von Ingeborg *Kolinko* (Hg.), *Tschernobyl : eine Chronik der Zukunft* (Berlin 1997).

¹⁵² Vgl. *Geppert*, *Forschungstechnik oder historische Disziplin*, 320.

Ungenauigkeit hinwegtäuscht. Demgegenüber hat die Oral History vor allem heuristischen Wert, indem sie neue Fragestellungen und Erkenntnisfelder erschließt, die in der traditionellen Historiographie unbeachtet und unbearbeitet geblieben sind.“¹⁵³

Aus dem Forschungsinteresse, Erfahrungs- oder Lebenswelten in Gesellschaften zu untersuchen, entwickelte sich schließlich in Abgrenzung zur Gesellschaftsgeschichte die „Neue Kulturgeschichte“.¹⁵⁴ Neben der Historischen Anthropologie, der Zeitgeschichte, und hier vor allem in der Dokumentation von ZeitzeugInnen des Nationalsozialismus, kommt die Oral History daher vor allem in der Neuen Kulturgeschichte zur Anwendung.¹⁵⁵

Trotz der Schwierigkeiten und des hohen Aufwandes stellen aus Sicht der Verfasserin ZeitzeugInnen-Interviews eine wichtige Quelle für die Beantwortung der Forschungsfragen dar. Die Chance einer historischen Dokumentation von Erinnerungen und Erzählungen der handelnden AkteurInnen darf nach Ansicht der Verfasserin bei einer akteurszentrierten Untersuchung von Umweltbewegungen nicht fehlen. Während im Hinblick auf westliche UmweltschützerInnen bereits zahlreiche Oral-History-Studien vorhanden sind, mangelt es etwa in der historischen Osteuropaforschung noch an Auseinandersetzungen. Mehr Arbeiten wie jene der Journalistin Swetlana Alexijewitsch¹⁵⁶ sind notwendig.¹⁵⁷

Das Instrumentarium der Oral History wurde in der vorliegenden Arbeit nur unter gewissen Einschränkungen genutzt. Aufgrund der diskutierten Risiken wurden die Interviews mit AktivistInnen, wenn nicht anders ausgewiesen, nur dann zur Rekonstruktion von Ereignissen herangezogen, wenn die geäußerten Tatsachen von anderen Quellen unterstützt werden. Die Erkenntnisse aus den Gesprächen wurden vorrangig für Einblicke in persönliche Motivationen und Selbst- und Fremdwahrnehmungen genutzt. Im Zentrum standen vor allem die Protestereignisse in den 1980er Jahren und persönliche Erfahrungen der Befragten in Bezug auf grenzübergreifende Aktivitäten und Netzwerke. Biografische Vorgeschichten wurden nur kurz und hierbei lediglich im Kontext ihrer persönlichen Motivation für die Teilnahme an Protestaktionen gegen GNV thematisiert. Auch wurde von der Verfasserin vorwiegend auf die inhaltlichen Aussagen der Interviewpartner Wert gelegt. Weniger Aufmerksamkeit erhielt – wie in Oral-History-Projekten sonst oft üblich – die Art, wie etwas erzählt wurde (Mimik, Gestik). Die Gespräche können folglich nicht als umfangreiche lebensgeschichtliche Interviews

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ Vgl. *Jordan*, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 159.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., 160–163.

¹⁵⁶ Svetlana Alexievich, *Voices from Chernobyl: The Oral History of a Nuclear Disaster*, US edition (2005).

¹⁵⁷ Vgl. *Thompson, Bornat*, *The Voice of the Past: Oral History*, 141; Vgl. ebenso: *Jordan*, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 175.

angesehen werden, sondern bilden lediglich einen sehr lückenhaften, auf die Protestereignisse und die grenzüberschreitenden Kontakte bezogenen, Ausschnitt der Erinnerung der Befragten. Ebenso konnten in den Interviews die Anfänge, Beschaffenheiten und Besonderheiten der persönlichen Netzwerke erfragt werden. Dies lieferte Erkenntnisse, die über traditionelle historische Methoden aufgrund der eingeschränkten Quellenlage nicht zugänglich sind. Darüber hinaus bietet das persönliche Gespräch die Möglichkeit, sprachliche „Überreste“ oder persönliche Erfahrungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (etwa gemeinsam verwendete Ausdrücke sowie nichtdokumentierte Protestparolen) zu ermitteln. Ebenso zählen „Traditionen“, die sich auf gemeinsam Erlebtes und Geisteshaltungen zurückverfolgen lassen, zu jenen Zeugnissen, welche für die Beantwortung der Fragestellung relevant sein können. Im Zusammenspiel mit Referenzen in anderen Interviews und den in den Primärquellen nachvollziehbaren Ereignissen bieten Oral-History-Interviews auch wertvolle Ergänzungen zu Berichten der Geheimpolizei, um beispielsweise vermutete interne Konfliktlinien der Bewegung zu verifizieren oder falsifizieren. Die strikte und transparente Quellenkritik umfasst hierbei die Darlegung von identifizierten Absichten der GesprächspartnerInnen, der persönlichen Verflechtungen sowie der Analyse des jeweiligen lokalen und zeitlichen Kontextes. Die Verfasserin wählte Instrumente aus dem journalistischen Repertoire, um ähnlich zur Reportage auch die unmittelbaren Bedingungen, unter denen die Interviews geführt wurden, bei Bedarf nachvollziehbar zu machen. Die Interview-Aussagen ebenso wie die Erinnerungen aus Ego-Dokumenten oder Selbstzeugnissen¹⁵⁸ flossen aus diesem Grund vorwiegend in die Typologisierung der AkteurInnen, in die Rekonstruktion ihrer Netzwerke und in die Analyse der Praktiken und Konflikte der Bewegung sowie ihres Umfeldes ein.

3.3 Definition, Diskussion und Anwendung zentraler Begriffe

Verstehen wir einen Begriff als „semantisches Feld, eine Idee, ein Konzept, das durchaus mit verschiedenen Wörtern bezeichnet werden kann“¹⁵⁹, so untersucht die Begriffsgeschichte „das Begriffsverständnis in einzelnen Texten, versucht also zu verstehen, wie bestimmte Personen ihre jeweilige Wirklichkeit begrifflich gefasst haben.“¹⁶⁰ Wichtig dabei zu betonen ist, dass diese Personen mit ihren Begriffen die Wirklichkeit nicht nur abbilden zu versuchen, sondern diese auch mitformen. Begriffe gelten daher sowohl als Indikatoren als auch als Faktoren der

¹⁵⁸ Für Autorbiografien und Erlebnisberichte siehe u.a.: Nick Thorpe, *Die Donau: eine Reise gegen den Strom* (Wien: Paul Zsolnay Verlag, 2003). / Raimund Löw, *Der Charme der Widersprüche*, In: *Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach*, Raimund Löw (Hg.) (Wien 2007) 81–126. / Freda Meissner-Blau, *Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre* (Wien 2014).

¹⁵⁹ Jordan, *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft*, 123.

¹⁶⁰ Ebd., 125.

Wirklichkeit. Auch wenn dieser in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Reinhart Koselleck geprägte Bereich der Geschichtswissenschaft versucht, die Gesellschaft zu untersuchen, unterscheidet er sich durch seinen Realitätsbezug radikal von der Gesellschaftsgeschichte. Während letztere darauf abzielt, die Wirklichkeit darzustellen, geht es der Begriffsgeschichte vielmehr um die Perspektive der ZeitgenossInnen. Koselleck hat hierzu etwa die Begriffe „Erfahrungshorizont“ und „Erfahrungsraum“ geprägt¹⁶¹ und wertvolle Grundlagen für die Diskursgeschichte gelegt.¹⁶² Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es für die vorliegende Arbeit notwendig ist, das jeweilige „semantische Feld“¹⁶³ zentraler Begriffe zu ergründen. Einerseits dienen die Darstellung und Diskussion von Definitionen und Konzepten dazu, die Untersuchung nachvollziehbar zu gestalten. Andererseits ermöglicht die Analyse von Begriffen wie „Donauraum“, „Umwelt“ und „Zivilgesellschaft“ auch die kritische Auseinandersetzung mit den Wirklichkeitsbezügen der InterviewpartnerInnen.

3.3.1 Komplexität, AkteurInnen und Netzwerk

Im Fall des Staustufenprojektes GNV handelt es sich grundsätzlich um einen sehr komplexen Gegenstand, der zahlreiche AkteurInnen unterschiedlicher Länder miteinschließt, welche über Jahrzehnte hinweg auf verschiedenen Ebenen aktiv waren und zum Teil bis heute noch aktiv sind. Innerhalb des Betrachtungszeitraumes änderten sich nicht nur die Erfahrungshorizonte und Gelegenheitsstrukturen der untersuchten AkteurInnen, sondern mit der Transformation 1989/90 die politischen und wirtschaftlichen Systeme selbst.¹⁶⁴ Melanie Nagel, die den politischen Diskurs rund um das umstrittene Verkehrs- und Städtebauprojekt des Eisenbahnknotens Stuttgart, auch bekannt als „Stuttgart 21“, aus netzwerkanalytischer Perspektive untersucht hat, fasst die Komplexität eines derartigen Forschungsgegenstandes wie folgt zusammen:

„Komplexe Systeme bestehen aus Mikro-Prozessen, die eingebettet sind in Meso-Ebenen, deren gemeinsame Dynamik wiederum zu einer Makro-Struktur zusammengeführt wird und somit eine Art ‚System von Systemen‘ darstellen.“¹⁶⁵

Aus Sicht der Komplexitätstheorie handelt es sich bei Großbauprojekten (zu den auch GNV gezählt werden kann) folglich um ein komplexes System¹⁶⁶, in dem sowohl die Heterogenität

¹⁶¹ Vgl. ebd., 125f.

¹⁶² Vgl. ebd., 128.

¹⁶³ Ebd., 123.

¹⁶⁴ Vgl. Melanie Nagel, *Polarisierung im politischen Diskurs: Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“* (Wiesbaden 2016) 18f.

¹⁶⁵ Ebd., 19.

¹⁶⁶ Wir können uns darunter „ein Geflecht von miteinander verbundenen Variablen“ vorstellen. Vgl. Dietrich Dörner, *Die Logik des Mißlingens: Strategisches Denken in komplexen Situationen* (Reinbek bei Hamburg 1989) 109. R.E. Fagen und A.D. Hall präzisieren den System-Begriff als „eine Ansammlung von Elementen und deren

der AkteurInnen, die Unterschiedlichkeit und Veränderbarkeit ihrer Wahrnehmungen sowie die Verhaltensoffenheit politischer AkteurInnen mitbedacht werden muss.¹⁶⁷ Mit dem Auftreten von ökologischen Bedenken, die vor allem von den KraftwerksgegnerInnen geäußert wurden, bildete sich ein Konflikt zwischen ökologischen Problemen und dem „Systemdenken“, weshalb ökologischer Protest auch zum Systemprotest wird.¹⁶⁸

„Die Probleme der Gegenwart sind jedoch zunehmend interdependent, es gibt Veränderung sowohl in Richtung Ursache wie auch in Richtung Wirkung. Dadurch wird unsere Welt zunehmend vernetzter: Aus der Gesellschaft entstandene Kausalketten wirken sich auf unsere sozialen und ökonomischen Systeme aus. Da sie nicht geeignet ist all diese Interdependenzen zu erfassen, ist die Aufsplitterung keine optimale Methode (vgl. Kofman; Senge 1993, S. 18). Viel mehr als die Eigenschaften der Einzelteile selbst muss man die Beziehung zwischen den Systemteilen hervorheben. Lineares, mechanistisches Denken muss ergänzt werden um nichtlineares, organisches Denken, um das Gesamtheitliche in den Vordergrund zu stellen.“¹⁶⁹

Für die vorliegende Untersuchung bedeutet diese Erkenntnis, dass zur Analyse transnationaler Proteste und ihrer AkteurInnen auch ihre Beziehungen und Wechselwirkungen mit dem „System“ GNV betrachtet werden müssen. Aus diesem Grund werden sowohl Mikroprozesse wie die Kontaktaufnahme zwischen AktivistInnen in den Fokus genommen, als auch Mesoprozesse wie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontexte auf nationaler Ebene untersucht. Schließlich bilden Beobachtungen zur Wasserkraft, Ökologisierung und Transnationalisierung die Makroebene dieses komplexen Systems. In diesem Sinne verfolgt die Verfasserin eine der Neuen Kulturgeschichte zuordenbaren Ansatz, wonach eine akteurszentrierte Sicht auf die Geschichte von GNV mit strukturalen Aspekten verbunden wird.¹⁷⁰ „In der Neuen Kulturgeschichte gibt es sowohl das Handeln (von AkteurInnen) als auch das Wirken von (strukturalen) Prozessen.“¹⁷¹

Die Auswahl der AkteurInnen innerhalb der dargestellten Netzwerke erfolgt auf der Grundlage mehrere Faktoren: Einerseits bilden sich die Verknüpfungen aufgrund von gegenseitigen Namensnennungen in Interviews. Diese Strategie basiert auf der sogenannten „snowballing technique“ der Sozialen Netzwerkanalyse.¹⁷² Hierbei wird eine geringe Zahl an Personen untersucht und gebeten, andere Personen zur weiteren Untersuchung zu nominieren. “In the snowballing method, the social relation itself is used as a chain of connection for building the

Eigenschaften, die durch Wechselbeziehungen miteinander verbunden sind“. Vgl. A. D. Hall, R. E. Fagen, Definition of Systems, In: General Systems, 1. Aufl. (Ann Arbor 1956) 18.

¹⁶⁷ Vgl. Nagel, Polarisierung im politischen Diskurs: Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“, 20f.

¹⁶⁸ Zum Thema Systemdenken und Ökologisierung siehe u.a.: A. Peskoller, Nachhaltigkeitsgruppen als Orte der Bildung und des Lernens in einer flüssigen Gesellschaft, Dissertation (Karl-Franzens-Universität 2014) 160.

¹⁶⁹ Ebd., 161.

¹⁷⁰ Vgl. Jordan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 210.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Vgl. John Scott, Social Network Analysis: A Handbook, 2. Aufl. (London, Thousand Oaks, New Delhi 2000) 56.

group.”¹⁷³ Da sich dissidentische Netzwerke und oppositionelle Gruppen oftmals entlang von informellen Beziehungen entwickeln und sich die „Mitgliedschaft“ in zumeist illegalen Gruppierungen stark durch gegenseitiges soziales Vertrauen konstituiert, nehmen soziale Beziehungen eine zentrale Rolle in der Auswahl ein.¹⁷⁴ Beispielsweise erfolgte die „Mitgliedschaft“ im Donaukreis nur durch Nominierung eines bestehenden Mitgliedes.¹⁷⁵ Da die Snowballing-Technik auch klare Schwächen aufweist, bietet es sich an, weitere Faktoren für die Auswahl heranzuziehen.¹⁷⁶ Die Partizipation in zentralen Protestereignissen (Schlüsselereignissen)¹⁷⁷ und Teilhabe an Entscheidungsprozessen innerhalb der Akteursgruppen bilden dabei weitere Kategorien. Da sich die vorliegende Untersuchung auf AkteurInnen der Transnationalisierung konzentriert, bieten auch ausländische Medienberichte und die darin zitierten oder interviewten Personen eine wichtige Selektionsgrundlage. Mit ihrem öffentlichen Auftreten riskierten sie hinter dem Eisernen Vorhang nicht nur Repressalien, sondern arbeiteten aktiv an der Schaffung einer grenzüberschreitenden Öffentlichkeit mit. Indem wir Soziale Bewegungen als Netzwerke informeller Interaktionen verstehen¹⁷⁸ zählen jene dynamischen und empirisch aufgrund der lückenhaften Quellenlage nicht immer eindeutigen sozialen Beziehungen zu den Bausteinen der grenzüberschreitenden Netzwerke. Der Netzwerk-Begriff bietet zur Rekonstruktion von Akteursbeziehungen und -konstellationen eine gern genutzte und praktikable Kategorie, die jedoch aufgrund ihrer Begriffskarriere seit den 1950er Jahre eine präzise Definition erfordert. Als Metapher nimmt der Netzwerk-Begriff Bezug auf die einem Fischernetz ähnliche Beschaffenheit sozialer Beziehungen. Dabei sind die AkteurInnen wie Schnüre miteinander verbunden und bilden Knotenpunkte eines Netzwerkes.¹⁷⁹ Auch wenn die Verlockung groß ist, die Geschichtswissenschaften aus dem engen Korsett der „historischen Methode“ zu befreien und neuere Ansätze nutzen, wie dies

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Darüber hinaus ist zu bedenken, dass sich die Auswahl der AkteurInnen zwangsläufig auch durch die persönliche Bereitschaft ergibt, über die eigenen Erfahrungen jener Zeit zu sprechen. Die Verfasserin hat im Zuge der Recherchen nur eine Interview-Absage einer vormals trotzkistischen Akteurin erhalten. Alle weiteren Angefragten haben einem Interview zugestimmt.

¹⁷⁵ Interview der Verfasserin mit dem ungarischen Duna Kör-Aktivisten András Szekfü (b), 27.10.2018, Budapest. Sprache: Deutsch und Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufnahme im Besitz der Verfasserin.

¹⁷⁶ Vgl. *Scott*, *Social Network Analysis: A Handbook*, 56.

¹⁷⁷ Protestereignisse wie Demonstrationen und Pressekonferenzen können hierbei vorwiegend durch die mediale Berichterstattung identifiziert werden. Informelle Treffen zwischen VertreterInnen aus AT, ČSSR und HU können anhand von Archivquellen, Interviews und Aufzeichnungen der Akteure nachvollzogen und eingeordnet werden.

¹⁷⁸ Vgl. Mario *Diani*, *The Concept of Social Movement*, *The Sociological Review* 40, Nr. 1 (03.02.1992) 3, doi:10.1111/j.1467-954X.1992.tb02943.x.

¹⁷⁹ Vgl. Heiner *Keupp*, Renate *Höfer*, Anil *Jain*, Wolfgang *Kraus*, u. a., *Zum Formenwandel sozialer Landschaften in der reflexiven Moderne : Individualisierung und posttraditionale Ligaturen, Psychologie und Gesellschaftskritik* 24, Nr. 3/4 (2000) 18, online unter <<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-287934>>.

etwa VertreterInnen der Historischen Netzwerkforschung versuchen¹⁸⁰, so bleibt dies aufgrund der Heterogenität und Lückenhaftigkeit von Quellen oftmals ein aussichtsloses Unterfangen. Die Fragmentierung der Quellen zwingt jedoch HistorikerInnen nur scheinbar dazu, den Netzwerk-Begriff rein metaphorisch zu verwenden. Denn selbst die umfangreichste Netzwerkanalyse spiegelt kein vollständiges Abbild der Realität wider, sondern zeigt vielmehr Beziehungsmuster systematisch auf. Selbst wenn sich eine computergestützte Netzwerkanalyse aus anderen Gründen nicht anbietet, empfehlen VertreterInnen der Historischen Netzwerkforschung, die untersuchten Beziehungen und Wechselwirkungen präziser zu definieren, um so den Weg zu einer systematischen Analyse zu ebnen. Ähnlich wie in der Bewegungsforschung bietet auch die Netzwerkforschung hilfreiche Analysekategorien und eine Terminologie, die HistorikerInnen in der Beschreibung von Beziehungen (Ausmaß, Dichte, etc.) unterstützt.¹⁸¹

„Using a network vocabulary—and, when data are available, methodology—is therefore only interesting if we are prepared to say something precise about our “network”: not only that ties matter, but that they are organized in a significant way, that this or that individual has an interesting position in terms of his or her ties, that two people from the same family will be more likely to also have credit relationships, etc.”¹⁸²

Für die Geschichtswissenschaften eignet sich die Netzwerkanalyse für die Darstellung von „weichen“ sozialen Integrationsmechanismen, etwa das wechselseitige Vertrauen oder informelle Kommunikationsformen¹⁸³. Aus historischer Sicht eignet sie sich insbesondere für die Kombination von Mikro- und Makroperspektiven, etwa bei der Frage nach den über einen gewissen Zeitraum sich verändernden Handlungsspielräumen und Arrangements sozialer Strukturen.¹⁸⁴ Für die Erforschung von Gruppen, die Einfluss auf die Politik ausüben wollen, darunter Protestbewegungen und NGOs, haben Margaret E. Keck und Kathryn Sikkink den Begriff der „advocacy networks“ geprägt und diesen vor allem in Bezug zu Transnationalisierungsprozessen gesetzt:

“Groups in a network share values and frequently exchange information and services. The flow of information among actors in the network reveals a dense web of connections among these groups, both formal and informal.”¹⁸⁵

¹⁸⁰ Johanna *Bethge*, Max *Gawlich*, Von Knoten und Kanten? Netzwerktheoretische Ansätze zur Untersuchung der osmanischen und deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 2014, online unter <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5394>>; Markus *Gamper*, Linda *Reschke*, Marten *Düring* (Hg.), Knoten und Kanten III: Soziale Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung (Bielefeld 2015).

¹⁸¹ Vgl. dazu vor allem: Claire *Lemercier*, Formal network methods in history : why and how ?, *Social Networks, Political Institutions, and Rural Societies*, 2015 281–310, online unter <<https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00521527/document>>.

¹⁸² Ebd., 16.

¹⁸³ *Langwiler*, Praxisbuch Geschichte: Einführung in die historischen Methoden, 173f.

¹⁸⁴ Vgl. ebd., 174f.

¹⁸⁵ Margaret E. *Keck*, Kathryn *Sikkink*, *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics* (New York 1998) Kapitel 1, eBook ohne Seitenangaben.

Die Untersuchung von Netzwerken liefere Aufschlüsse über die Dichte, die Stärke der Verbindungen zwischen AkteurInnen sowie die Verlässlichkeit von Informationsflüssen, so die Autorinnen. Gerade die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen AkteurInnen unterschiedlicher Länder könnten so identifiziert werden.

„Network theory can thus provide a model for transnational change that is not just one of ‘diffusion’ of liberal institutions and practices, but one through which the preferences and identities of actors engaged in transnational society are sometimes mutually transformed through their interactions with each other.“¹⁸⁶

In diesem Sinne werden einige Denkanstöße der Netzwerkforschung in der vorliegenden Untersuchung angewandt. Vorwiegend dient der Netzwerkbegriff aber dazu, den „systemhaften Zusammenhang zwischen einzelnen Elementen“¹⁸⁷ zu veranschaulichen, Rückkopplungseffekte bzw. Wechselwirkungen aufzuzeigen, und darzustellen, wie „kulturelle Elemente nicht unilinear verändert werden, sondern in komplexen Netzverhältnissen stehen“¹⁸⁸. Sie werden dazu genutzt, die historischen Informationen zu abstrahieren, um herauszufinden, inwiefern Bindungen entstehen, wie sie in Relation zu geografischen Orten stehen, wie die Bindungen von den AkteurInnen definiert werden und welchen Einflüssen diese Strukturen ausgesetzt sind.

¹⁸⁶ Ebd., Kapitel 1 (ohne Seitenangaben, eBook).

¹⁸⁷ *Jordan*, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 182.

¹⁸⁸ Ebd., 209.

3.3.2 Protest im Donaauraum: Anmerkungen zur räumlichen Verortung

Im Zuge einer räumlichen Verortung der vorliegenden Arbeit ist es sinnvoll, auf wesentliche wissenschaftliche Diskurse um die Begriffe *place/Ort* und *space/Raum* hinzuweisen. In den 1960er und 1970er Jahren setzten sich zahlreiche GeografInnen zunehmend kritisch mit den gegebenen Raumkonzepten auseinander¹⁸⁹ und zeigten mit ihren Untersuchungen auf, dass sich geografische Orte nicht nur als fragmentierte Raumeinheiten, sondern ebenso als Ideen und Konzepte des Menschen, wie er in der Welt ist („Being in the world“) verstehen lassen. Überlegungen zu den vielfältigen Beziehungen zwischen Orten und Menschen fruchteten in den 1980er Jahren in Kooperationen mit poststrukturalen Konzepten der Soziologie, Philosophie und Kulturwissenschaften, die das Verhältnis von *place-identity* oder *place-meaning* näher untersuchten.¹⁹⁰ So schreibt Charles Withers:

„Place identity came in cultural geography to be a matter of identity politics and differential access to power in given locales. (...) Place thus came to be seen not as the locale (and never just the location of given social events) but as the consequence of social processes.“¹⁹¹

Neue Sichtweisen wie diese läuteten den sogenannten „Spatial Turn“ in den Geistes- und Sozialwissenschaften ein.

„Als ‚Spatial Turn‘, ‚Topographical Turn‘ oder ‚Topological Turn‘ bezeichnet man neuere Theorien innerhalb der Neuen Kulturgeschichte, die sich damit beschäftigen, was Menschen in verschiedenen Zeiten als ‚Umwelt‘ im Sinne sozialer und natürlicher Lebensbezüge wahrgenommen haben.“¹⁹²

Welche weitreichenden Folgen diese Veränderung der Raumwahrnehmung für die Sozial- und Geisteswissenschaften und damit ebenso für die Geschichtswissenschaften bringen würden, zeigten in den 1980er Jahren u.a. Arbeiten von Allan Pred¹⁹³ und John A. Agnew und James S. Duncan¹⁹⁴, die die Raumkonzepte mit der Ausübung von Macht in Bezug setzten. Withers weist zwar darauf hin, dass es auch davor bereits, etwa in Frankreichs Schule der *Annales*, durchaus

¹⁸⁹ Yi-Fu Tuan, *Topophilia: A Study of Environmental Perception, Attitudes and Values* (Englewood Cliffs, N.J. 1974); Yi-Fu Tuan, *Space and place: The Perspective of Experience* (Minneapolis 1977); Anne Buttner, David Seamon, *The Human Experience of Space and Place* (London 1980); Edward Relph, *Place and placelessness* (London 1976).

¹⁹⁰ Als Wegbereiter der soziologischen Raumforschung gilt Henri Lefebvre: *Henri Lefebvre, La production d'espace* (Paris 1974); Spätere Werke finden sich bei: Edward Casey, *Getting Back into Place: Toward a Renewed Understanding of the Place-World* (Bloomington 1993); Edward Casey, *The Fate of Place: A Philosophical History* (Berkeley 1998); Martina Löw, *Raumsoziologie* (Frankfurt am Main 2001); Diskussionen in der Sprach- bzw. Literaturwissenschaften und Geographie sind etwa bei: Anja Schlotmann, *RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie* (Stuttgart 2005); Hans-Dietrich Schultz, „Natürliche Grenzen“ als politisches Programm, In: *Grenzenlose Gesellschaft?*, Claudia Honegger, Stefan Hradi, Franz Traxler (Hg.), 1. Aufl. (Opladen 1999) 328–343.

¹⁹¹ Charles W.J. Withers, *Place and the „spatial turn“ in geography and in history*, *Journal of the History of Ideas* 70, Nr. 4 (2009) 642. Zitat aus: Tim Cresswell, *Place: a short introduction* (Malden, Oxford, Carlton 2004), 29.

¹⁹² Jordan, *Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft*, 212.

¹⁹³ Allan Pred, *Place as Historically Contingent Process: Structuration and the Time- Geography of Becoming Places*, *Annals of the Association of American Geographers* 74 (1984) 279–297.

¹⁹⁴ John A. Agnew, James S. Duncan, *The Power of Place* (RLE Social & Cultural Geography) (2014), doi:10.4324/97811315848617.

eine traditionelle Sensibilität für die Verortung historischer Entwicklungen gab.¹⁹⁵ Nichtsdestotrotz zeige die gesteigerte Auseinandersetzung mit „local histories“ und die Debatte zur Einbettung des Lokalen in globale Triebkräfte die sogenannte Wiederentdeckung des Raumes in den 1980er und 1990er Jahren.¹⁹⁶ Für die vorliegende Untersuchung bedeuten diese neuen Gesichtspunkte, dass die zu untersuchenden Grenzüberschreitungen weit über die Überwindung von geografischen oder politischen Barrieren hinaus betrachtet werden müssen.¹⁹⁷ Durch soziale Prozesse des Protests und der Kooperation agierten die AkteurInnen der Umweltbewegung nicht nur innerhalb eines spezifischen geografischen Raumes, sondern konstruierten diesen aktiv mit.

„Während sich die Alltagsvorstellungen von Raum vervielfältigen, ist es jedoch in der wissenschaftlichen Kommunikation notwendig, *einen* [Hervorhebung im Original] Raumbegriff zu entwickeln, der so prozessual formuliert ist, daß er die Vielfältigkeit sowohl möglicher Alltagsvorstellungen als auch der Konstitution von primär materiellen oder primär symbolischen Räumen und die Gleichzeitigkeit verschiedener Räume an einem Ort erfaßt. Dies kann dadurch gewährleistet werden, daß man Räume als zu konstituierende begreift.“¹⁹⁸

So bildete der geografische wie symbolische Aktionsradius der KraftwerksgegnerInnen und -befürworterInnen den Rahmen für die vorliegende Untersuchung. Der in diesem Kontext genutzte und beeinflusste Raum zieht sich beginnend bei den Protestorten in der Hainburger Au und Wien stromabwärts nach Bratislava, weiter entlang der mittleren Donau und der Strecke der geplanten Staustufe Gabčíkovo–Nagymaros bis nach Budapest, wo die Grenzüberschreitung mit Gründung des Donaukreises (Duna Kör) im Jahr 1984 ihren Ausgang nahm. Die folgenden Kapitel werden zeigen, in welche Richtungen, mit welchen Mitteln und über welche Netzwerke die Grenzüberschreitung und der gemeinsame Protest von statten gingen.

Wie ein roter Faden zieht sich die Donau durch die vorliegende Arbeit. Während der zweitlängste und zweitgrößte Strom Europas schon allein durch seine Eigenschaft als Handels- und Transportroute von historischer Bedeutung für die Region ist, wird er durch die Proteste gegen Kraftwerkspläne in Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn zum Schauplatz gesellschaftlicher und grenzüberschreitender Konflikte und Kooperationen. Krista Harper hält

¹⁹⁵ *Withers*, Place and the „spatial turn“ in geography and in history, 645.

¹⁹⁶ *Withers*, Place and the „spatial turn“ in geography and in history; Vgl. ebenso: John *Agnew*, Place and Politics (Boston 1987); Michel *Foucault*, Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings, 1972– 1977 (Brighton 1980); Doreen *Massey*, Places and their Pasts, History Workshop Journal 39 (1995) 183–192.

¹⁹⁷ „Austria being a ‘second’ or even a ‘better’ German state, in the middle of the Second World War, which saw the definite end of the concept of Austria relations with Central European neighbors to the east partly maintained in political and economic terms, and only in cultural terms were special became a “neutral” country, which meant that the country looked west and, in the 1980s, slowly enlivened.” Emil *Brix*, Austria and Central Europe, In: Global Austria. Austria’s Place in Europe and the World, Günter *Bischof*, Fritz *Plasser*, Anton *Pelinka*, Alexander *Smith* (Hg.), Bd. 20 (Innsbruck 2011) 200.

¹⁹⁸ *Löw*, Raumsoziologie, 103.

in ihrer Untersuchung zu den Ökologisierung-Diskursen der Umweltbewegung gegen GNV fest, welchen Mehrwert die Erforschung von Grenzfluss-Konflikten bietet:

„Transboundary river issues are particularly interesting to scholars of environmental politics, not only because they provide an opportunity to reflect on what it means to be a “good neighbor,” ecologically speaking, but also because they present the opportunity to reflect on how environmental issues are framed within different national political cultures and constituencies.“¹⁹⁹

Gemeinsame Ressourcen wie auch Umweltschäden und damit verbundenes Interesse an Umweltschutz bildeten vor allem ab den 1970er Jahren mehrere Anlässe zur Zusammenarbeit, wie auch Astrid Mignon Kirchhof und John R. McNeil hervorheben:

„Detente in the mid-1970s provided an opening for such collaboration (as, in time, did the end of the Cold War). The same was true of the Danube River, which rises in Bavaria and flows through lands that lay on both sides of the Iron Curtain on its way to the Black Sea.²⁰ The conservation of migratory birds and the limitation of regional air pollution were also impractical if not approached internationally in Europe. Thus the commuting habits of the white stork and the sulfur [sic!] content of coal encouraged cooperation across borders among environmental policymakers, including those on both sides of the Iron Curtain. Detente after 1972 provided the best opportunity for such cooperation during the Cold War.“²⁰⁰

Die Anziehungskräfte zunehmend globaler werdender Wirtschaftspolitik gepaart mit der wirtschaftlichen Liberalisierung der Ära Kádár eröffneten neben PolitikerInnen auch VertreterInnen der Energiewirtschaft und KraftwerksplanerInnen reizvolle Möglichkeiten der Zusammenarbeit in diesem Teil des Donauraums. „Im Namen des Fortschritts gehörte die kultivierende [Verbesserung der Flüsse] nicht nur zur Aufgabe der planenden Ingenieure, sondern zur moralischen Pflicht einer ‚guten‘ Regierung.“, schreibt die Anthropologin und Umwelthistorikerin Ortrun Veichtlbauer „über die Herrschaft der Ingenieure“ am „Donau-Strom“.²⁰¹ Viele Ingenieure, Unternehmer und PolitikerInnen verstanden die Donau bzw. den gesamten Donaauraum als Ressource, die durch Synergieeffekte grenzüberschreitend genutzt werden sollte. Den KraftwerksgegnerInnen war die Donau wiederum ein die Völker verbindendes Naturjuwel, das es zu schützen gilt. In den Diskursen zu Mitteleuropa und dem steigenden Ökologie-Bewusstsein der 1980er Jahre fanden sie die nötige intellektuelle und normative Einbettung.²⁰² Die Donau galt dabei als Sinnbild für das mentale und physische Durchbrechen der damaligen Ordnung Europas und wurde auch visuell entsprechend in Szene gesetzt.

Der Fall des Staustufenprojektes Gabčíkovo-Nagymaros wirft Fragen nach den Wechselwirkungen zwischen geografischen Merkmalen und sozialen Prozessen auf. Die Donau

¹⁹⁹ Krista Harper, “Wild Capitalism” and “Ecocolonialism”: A Tale of Two Rivers, *American Anthropologist* 107, Nr. 2 (2008) 221, doi:10.1525/aa.2005.107.2.221.

²⁰⁰ Kirchhof, McNeill, Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism, 9.

²⁰¹ Ortrun Veichtlbauer, Donau-Strom. Über die Herrschaft der Ingenieure, In: Graue Donau, Schwarzes Meer, Christian u.a. Reder (Hg.) (Wien 2008) 172.

²⁰² Vgl. Kapitel 6.

wirkt als Kontinuität eines sich wandelnden Raumes, einer „sozialen Landschaft“²⁰³, in der die Donau als Ressource, Identitätsstifter, aber auch als Bedrohung wahrgenommen wird. Als Grenzfluss ist die Donau ein Instrument politischer Ordnung zwischen den Völkern, als Wasserstraße gilt sie als wichtiger Transport- und Handelsweg und als mäandernder und sich verändernder Wasserlauf fordert der Strom sowohl Anpassung als auch Bezwingung. In Überlegungen zu jenen Subjekten (BaumeisterInnen) kennzeichnen die PsychologInnen rund um Heiner Keupp soziale Landschaften der Moderne durch ihre starke Begrenztheit.²⁰⁴

„Differenzen und raumzeitliche Koordinaten für kollektive Identitäten und Lebensmuster wurden geschaffen, um die angestrebte Ordnung, die die Fiktion einer basalen Sicherheit erzeugte, zu zementieren und um die Folgen von Freisetzung- und Individualisierungsschüben, die die Moderne begleiteten, immer wieder aufzufangen. Die sozialen Landschaften der Moderne waren also durch ein hohes Maß an Abgeschlossenheit gekennzeichnet (...). Was außerhalb der eher willkürlich gezogenen individuellen wie kollektiven Grenzen und Koordinatensysteme lag, erschien bedrohlich.“²⁰⁵

Bleiben wir bei der Landschafts-Metapher, können wir den Donauroaum als soziale Landschaft verstehen, in dem unterschiedliche Subjekte (darunter sowohl VertreterInnen des Staates als auch Ingenieure und KraftwerksplanerInnen) als „Baumeister“ ihre sozialen Landschaften gestalten.²⁰⁶ Mit den Protesten gegen Kraftwerkspläne stellen sich UmweltschützerInnen in den 1980er Jahren somit nicht nur den Baustellen entgegen, sondern fordern Partizipation in der Gestaltung der sozialen Landschaft und darüber hinaus ebenso einen Wandel an Gestaltungsprinzipien ein. Indem sie das bisherige „Systemdenken“ in Frage stellen und über geografische, nationale und politische Grenzen hinaus agieren, bedrohen sie die vorhandene Ordnung und setzen Grenzen und Identitätsbezüge neu. Vor diesem Hintergrund kann schließlich auch der Mitteleuropa-Diskurs der 1980er Jahre betrachtet werden.

Mit Bezug auf ein geteiltes kulturelles Erbe, das sich während der vierhundertjährigen Dominanz der Habsburger entlang der Donau entwickelt hatte, belegten vor allem Intellektuelle des damaligen „Ostblocks“ den Mitteleuropa-Begriff mit einer neuen politischen Dimension, die nichts mehr mit Friedrich Naumanns Großmachtsfantasien zur militärischen Vormachtstellung Deutschlands in der Region zu tun hatte,²⁰⁷ sondern vorwiegend auf

²⁰³ Der Begriff der „sozialen Landschaft“ (sozioscape) wurde von dem indisch-amerikanischen Ethnologen Arjun Appadurai geprägt und später von dem britischen Soziologen Martin Albrow aufgegriffen. Es handelt sich dabei um soziale „Netzwerke von Individuen und die spezifische Ausformung, in der sie kollektive Identitäten und Lebensmuster konstituieren.“ Siehe dazu: *Keupp, Höfer, Jain, Kraus, u. a.*, Zum Formenwandel sozialer Landschaften in der reflexiven Moderne : Individualisierung und posttraditionale Ligaturen, 30. Näheres auch bei: Martin Albrow, *The Global State and Society Beyond Modernity* (Cambridge 1996); Arjun Appadurai, *Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy, Theory, Culture & Society* 7 (1990) 295–310.

²⁰⁴ Vgl. *Keupp, Höfer, Jain, Kraus, u. a.*, Zum Formenwandel sozialer Landschaften in der reflexiven Moderne : Individualisierung und posttraditionale Ligaturen, 13.

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Vgl. zum Thema „soziale Landschaften“ u.a.: *Keupp, Höfer, Jain, Kraus, u. a.*, Zum Formenwandel sozialer Landschaften in der reflexiven Moderne : Individualisierung und posttraditionale Ligaturen.

²⁰⁷ Vgl. dazu: Friedrich Naumann, *Mitteleuropa* (Berlin 1915).

kulturelle Zusammenhänge Bezug nahm. Während österreichische VerfechterInnen der Mitteleuropa-Idee, darunter der Diplomat Emil Brix sowie der Osteuropa-Kenner und damalige ÖVP-Politiker Erhard Busek, in den 1980er Jahren darin ein „Symbol für liberale Weltläufigkeit“ und „Gegenbild gegen Provinzialismus, Kleinkariertheit und Marginalisierung“²⁰⁸ sahen, spricht der tschechische Essayist, Menschenrechtler und spätere Staatspräsident der Tschechischen Republik Václav Havel vom „skeptischen, nüchternen, anti-utopischen, anti-emphatischen und von der tagtäglichen Konfrontation mit der rücksichtslosen Macht zermürbten mitteleuropäischen“ Geist.²⁰⁹ Während der tschechisch-französische Schriftsteller Milan Kundera²¹⁰ von den „großen gemeinsamen Erfahrungen, die die Völker wieder zusammenführen“ würde, und einer Region, in der „die gleiche Erinnerung, die gleiche Erfahrung, die Gemeinsamkeit einer gleichen Tradition fortlebt“, sprach, war Mitteleuropa für den ungarischen Autor György Konrád „eigentlich nicht mehr als ein Traum“, welcher nur wenig mit der europäischen Realität der 1980er Jahre zu tun hätte.²¹¹ So sehr sich die persönlichen Sichtweisen auf die Eigenschaften der MitteleuropäerInnen und die Einschätzung der politischen Möglichkeiten unter den Intellektuellen Ungarns, Österreichs oder der Tschechoslowakei auch voneinander unterschieden, so verband die AkteurInnen des „Mitteleuropafiebers der Achtzigerjahre“²¹² doch letztlich die Ablehnung eines durch den Eisernen Vorhang getrennten Kontinents ebenso wie die Hoffnung auf die Überwindung der vorherrschenden „mental map des Kalten Krieges“²¹³. Die vorwiegend über Selbst- oder Exilverlage verbreiteten Aufsätze blieben letztlich einer reduzierten LeserInnenschaft vorbehalten.²¹⁴ Selbst innerhalb der österreichischen Öffentlichkeit wurde die Mitteleuropa-Debatte nur marginal thematisiert. So erinnert sich der österreichische Diplomat Emil Brix wie folgt:

„Only some liberal intellectuals and parts of the ÖVP (mainly liberal and Christian-democratic party elites), who felt that Austria loses out by turning the doctrine of “neutrality” into a rejection to connect with historical traditions and into a somewhat isolationist worldview (‘Schicksalslosigkeit’), promoted Central European activities.“²¹⁵

²⁰⁸ Erhard Busek, Emil Brix, Projekt Mitteleuropa (Wien 1987) 129.

²⁰⁹ Ebd., 87.

²¹⁰ Milan Kundera, Un occident kidnappé ou la tragédie de l’Europe centrale, *Le Débat* 5, Nr. 27 (1983) 3–23; Milan Kundera, Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas, *Kommune. Forum für Politik und Ökonomie* 2, Nr. 7 (1984) 43–52.

²¹¹ György Konrád, *Antipolitik: Mitteleuropäische Meditationen* (Frankfurt am Main 1985).

²¹² Behrends, Kind, *Vom Untergrund in den Westen: Samizdat, Tamizdat und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren*, 442.

²¹³ Ebd., 437; Ausführlicher bei: Daniela Neubacher, *Mitteleuropa von unten*, In: *Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen. Mitteleuropa im 20. Jahrhundert*, Réka Szentiványi, Béla Teleky (Hg.) (Wien 2017) 269–292.

²¹⁴ Die unterschiedliche Reichweiten und die Rollen der Samizdat-Medien in den jeweiligen Ländern werden bei Behrends und Kind ausführlich dargestellt: Behrends, Kind, *Vom Untergrund in den Westen: Samizdat, Tamizdat und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren*, 431.

²¹⁵ Brix, *Austria and Central Europe*, 201.

Die jeweiligen Protestkontexte und politischen wie wirtschaftlichen Gelegenheitsstrukturen werden in den späteren Kapiteln ausgiebiger behandelt. An dieser Stelle ist es jedoch wichtig zu betonen, dass sich die Verortung des Geschehens auf den oben nachgezeichneten Abschnitt des „Donauraums“ bezieht. Die Verfasserin wählt für die folgenden Kapitel bewusst den geografisch konnotierten Begriff des „Donauraums“, um damit die notwendige Distanz zum historischen, teils auch normativen Begriff „Mitteleuropa“ einhalten zu können. Letzterer bleibt dennoch ein historischer Analysebegriff, dessen Genese und intellektuelle Perzeption für das Verständnis der handelnden AkteurInnen wichtig war. Nicht ohne Grund ging der Diskurs um Mitteleuropa in den 1980er zeitlich einher mit der sogenannten Wiederentdeckung des Zivilgesellschaftsbegriffs. Auch hierbei handelte es sich um den Versuch, „der Praxis des zivilen Protests in Ostmitteleuropa eine intellektuelle Basis zu verleihen und ihn so zu stärken bzw. die unterschiedlichen oppositionellen Ansätze zusammenzuführen“²¹⁶. Im Folgenden soll daher – mit Blick auf die konkrete Untersuchung von Protestereignissen und Entwicklungen im Donauraum – auf die Begriffs- und Ideengeschichte von „Zivilgesellschaft“, „Soziale Bewegung“ und „bürgerlicher Öffentlichkeit“ näher eingegangen werden.

3.3.3 Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im Wandel

Eine gängige Definition von Zivilgesellschaft lässt sich auf Michael Walzer zurückführen.²¹⁷ Er versteht Zivilgesellschaft als eine Sphäre nicht erzwungener menschlicher Assoziation zwischen Individuum und Staat, in der Menschen relativ unabhängig von Regierung und Markt kollektive Maßnahmen ergreifen, um einen normativen oder inhaltlichen Zweck zu erreichen.²¹⁸ Auf den ersten Blick scheint diese Definition praktikabel. Auf den zweiten Blick verbirgt sich hinter dieser Annäherung ein Konvolut an Herausforderungen für die Forschung. So treffen etwa bei der Absicht, zivilgesellschaftliche AkteurInnen kurz vor und während der Transformationsprozesse Ostmitteleuropas zu untersuchen, unter anderem zwei zentrale Herausforderungen aufeinander.

Erstens existieren zahlreiche, sich überlappende, aber teilweise auch widersprechende Konzepte von Zivilgesellschaft. Schnell kann ein präziser Überblick in eine komplexe ideengeschichtliche Abhandlung abdriften, die ausgehend von Konzepten der Antike (*societas civilis*) über aufklärerische Werke zum Thema Staatstheorie und Naturrecht (John Locke, Baron Montesquieu oder Immanuel Kant) ebenso essentielle Werke des 19. Jahrhunderts,

²¹⁶ Jörg Hackmann, *Zivilgesellschaft und die osteuropäische Geschichte - einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion*, In: *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart*, Jörg Hackmann, Klaus Roth (Hg.) (München 2011) 11.

²¹⁷ Vgl. dazu u.a.: Michael Edwards, *The Oxford Handbook of Civil Society* (Oxford, New York 2011) 4.

²¹⁸ Vgl. ebd.

darunter Alexis de Tocquevilles Bericht über die „Demokratie in Amerika“, bis hin zu den radikalen Kritiken an der „bürgerlichen Gesellschaft“ (Karl Marx und Friedrich Engels) führen würde. Michael Edwards bringt in seinem Vorwort zum Oxford Handbook for Civil Society die Problematik auf den Punkt, wenn er schreibt:

„Indeed, this is the crucial task if the promise of civil society is to be rescued from the confusion and manipulation that have grown up around it.“²¹⁹

Zweitens benötigt dieses Vorhaben im Hinblick auf die Anwendung im Feld der Osteuropaforschung die kritische Auseinandersetzung mit westlichen Maßstäben, die gerade im Zivilgesellschaftsdiskurs der 1980er und 1990er Jahre zum Tragen kamen und die auch als „Rückständigkeitstheorem“ Eingang in die Forschungsliteratur gefunden haben.²²⁰ Es sind Unschärfen wie diese, die gerade im deutschsprachigen Raum dazu führten, dass SozialwissenschaftlerInnen weiterhin lieber an Begriffen wie „bürgerliche Gesellschaft“ festhielten oder sich neueren Terminologien wie der „Sozialen Bewegung“ widmeten.²²¹ In den Geschichtswissenschaften führten die definatorischen Schwierigkeiten und die „normative Aufladung“ des Zivilgesellschaftsbegriffs dazu, dass das Potenzial dieser historischen Kategorie lange übersehen wurde. Ralph Jessen und Jens Reichardt diagnostizierten selbst Mitte der 2000er Jahre noch eine „Distanz der Geschichtswissenschaft“²²² zum Begriff der Zivilgesellschaft:

„Ausprägung, Entwicklung, soziale Träger, Ziele und Reichweite der Zivilgesellschaft wie der ihr zugeordneten Organisationen und Praktiken sind historisch außerordentlich variabel und hängen von den durch die Institutionen moderner Gesellschaften gesetzten ‚Umweltbedingungen‘ sowie von der politischen Kultur dieser Gesellschaften ab – ein weites Feld für historische Forschungen.“²²³

Die Autoren verstehen Zivilgesellschaft als „Handlungsmodus“, der „auf Öffentlichkeit, Freiwilligkeit, Selbstorganisation, Anerkennung von Differenz, Zivilität und kommunikatives Handeln ausgerichtet ist.“²²⁴ Dieser Modus habe sich vor allem durch die Konfliktlinien und Gegnerschaft zu zivilgesellschaftlichem Handeln herausgebildet. Dies erkläre die unterschiedlichen regionalen Realitäten und politischen Ansprüche an den Begriff, weshalb „Zivilgesellschaft“ auch als „Konfliktbegriff“ zu verstehen ist.²²⁵

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Vgl. Michael G. Müller, Die Historisierung des bürgerlichen Projekts – Europa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit, *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 29 (2000) 163–170.

²²¹ Vgl. Jörg Hackmann, Klaus Roth (Hg.), *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart*, *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart* (München 2011) 10; Siehe auch: Hans-Ulrich Wehler, Die Zielutopie der „Bürgerlichen Gesellschaft“ und die „Zivilgesellschaft“ heute, In: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums* (Göttingen 2000) 85–92; Donatella della Porta, Mario Diani, *Social Movements: An Introduction*, 2. Aufl. (Boulder, CO 2004).

²²² Ralph Jessen, Sven Reichardt, Einleitung, In: *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Ralph Jessen, Sven Reichardt, Ansgar Klein (Hg.) (Wiesbaden 2004) 7.

²²³ Ebd., 8.

²²⁴ Ebd., 9.

²²⁵ Ebd.

Vor dem Hintergrund der oben erläuterten Herausforderungen ist es erforderlich, die ideengeschichtlichen Entwicklungen dieses Begriffs und die damit zusammenhängenden Grundzüge der definatorischen Schwierigkeiten innerhalb der Theorien der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die regionalen Pfadabhängigkeiten und historischen wie kulturellen Aspekte zu bedenken. Ebenso wichtig ist es, Konjunkturen innerhalb der Forschungsliteratur sichtbar zu machen und kritisch zu hinterfragen. Bei all dem darf nicht die konkrete Anwendung dieser Erkenntnisse anhand aktueller Konzepte und Modelle zur Beantwortung der vorliegenden Forschungsfragen aus den Augen verloren werden.

Bürgergesellschaft und Partizipation

Als roter Faden der Auseinandersetzung mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ dienen, wie auch der deutsche Gesellschaftshistoriker Jürgen Kocka festhält, die Verhältnisse von Zivilgesellschaft und Markt sowie Zivilgesellschaft und Staat.²²⁶ Im Verlauf des europäischen Aufklärungsprozesses emanzipierte sich das Verständnis von „Zivilgesellschaft“ vom absolutistischen Staat. Seine Vertreter entwarfen eine utopische Vorstellung der Wirklichkeit, in der das private Individuum „selbständig und frei, kooperierend, unter der Herrschaft des Rechts, aber ohne Gängelung durch den Obrigkeitsstaat, mit Toleranz für kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt, aber ohne allzu große soziale Ungleichheit“ als mündiger Bürger in der Öffentlichkeit stehen könne.²²⁷ Mit der Industrialisierung erfuhr der bisher positiv besetzte Begriff neue Deutungen. Aus den deutschsprachigen Termini „Zivilgesellschaft“ oder „Bürgergesellschaft“, welche sich auf das Bürgertum und die bürgerliche Kultur bezogen, wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die „bürgerliche Gesellschaft“. Marxistische Theorien schrieben dieser Gesellschaft Partikularinteressen zu. In der Kritik Marx‘ und Hegels hielt die *Bourgeoisie* oftmals auch polemisch Einzug in die ideologische Auseinandersetzung.²²⁸ Mit der Industrialisierung und dem Vormarsch des Kapitalismus machte der Begriff der Zivilgesellschaft nicht nur Abgrenzungsprozesse gegenüber dem Staat, sondern auch gegenüber den Kräften des Marktes nötig.²²⁹ Jürgen Kocka weist allerdings darauf hin, dass auch dieses Spannungsverhältnis Ambivalenzen aufweist und der Markt unter gewissen Umständen auch stärkenden Einfluss auf die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen haben kann.²³⁰ Wie spätere Kapitel zeigen werden, nehmen beide Stoßrichtungen in

²²⁶ Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16, Nr. 2 (2003) 29–37, doi:10.1007/978-3-322-98428-9.

²²⁷ Kocka, Zivilgesellschaft aus historischer Perspektive, 30.

²²⁸ Vgl. ebd.

²²⁹ Vgl. ebd., 31.

²³⁰ Vgl. ebd., 35.

der Auseinandersetzung mit den Motiven und Konfliktlinien der untersuchten Umweltbewegung eine zentrale Position ein.

Ein Blick zurück in die Ideen- und Sozialgeschichte Osteuropas zeigt gerade im Hinblick auf die Erforschung der Zivilgesellschaft wichtige regionale Unterschiede in der Entwicklung des Aktionsfeldes zwischen Staat und Individuum auf. In seinem Buch „The Idea of Civil Society“ begibt sich Adam Seligman kurz nach der Wende auf eine Spurensuche nach der Idee der Zivilgesellschaft und trifft dabei auf unterschiedliche Entwicklungspfade zwischen dem östlichen Europa und dem nordamerikanischen und europäischen Westen. Mehrere Faktoren seien ausschlaggebend, weshalb sich die Idee von Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa bis in die frühen 1990er Jahre anders entwickelt habe als im Westen. Im Vergleich zu den USA würden sich die BürgerInnen in Osteuropa über individuelle Identitäten definieren, also als private Subjekte, deren Autonomie von Staat und Gesellschaft anerkannt werde.²³¹ In Westeuropa sei in Folge der Staatsbildung auch die nationale Integration ethnischer Gruppen erfolgt. Zusammen mit der Herausbildung von Massenpartizipation konnten sich somit Agenten der Umverteilung, aktive Mitgliedschaften und autonome Körperschaften bilden, die unabhängig von der Staatsmacht agierten, so Seligman.²³² Osteuropa hätte zwar nicht das „Eastern model“ Russlands erlebt und infolge auch nicht die dramatische Atomisierung und Homogenisierung der Gesellschaft mitgemacht, trotzdem war es zwischen den beiden Modellen eingekesselt, so der Religionsforscher und Soziologe in den 1990er Jahren. Diese und andere Faktoren hätten die Herausbildung einer unabhängigen UnternehmerInnenschaft erschwert, so Seligman. Anders als in westlichen Nationalstaaten war die nationale Identität nicht von der ethnischen Solidarität getrennt. Traditionelle Kriterien der Solidarität wichen nie den Modernen Werten, wie individuellen Rechten, universaler Citizenship und der Idee autonomer Personen.²³³ Für die Entwicklung der Zivilgesellschaft müssten laut Seligmann zwei zentrale Prozesse stattgefunden haben: 1) der Prozess der nationalen Integration („national integration“) und 2) die Universalisierung der Staatsbürgerschaft innerhalb des Nationalstaats („universalization of citizenship within the nation-state“).²³⁴ Der erste Prozess fand im östlichen Europa nur teilweise, und wenn, dann unter Regie der Habsburger statt, so Seligman.²³⁵ Der zweite Prozess der Universalisierung wurde nie realisiert. Während sich im Westen

²³¹ Vgl. Adam *Seligman*, *The Idea of Civil Society* (New York 1992) 155.

²³² Vgl. ebd., 156.

²³³ Vgl. ebd., 160.

²³⁴ Vgl. ebd., 163.

²³⁵ So argumentiert etwa auch Pieter M. Judson, dass die Abspaltungstendenzen der Nationalitäten durch einen Mangel an nationaler Integration zum Zerfall der Habsburgermonarchie nach dem Ersten Weltkrieg beitrugen. Vgl. dazu: Pieter M. *Judson*, *Habsburg: Geschichte eines Imperiums* [aus dem Englischen übersetzt von Michael Müller] (München 2017).

Interessensgruppen bildeten, fand im Osten die Trennung zwischen Staat und Interessensgruppen nie vollständig statt. Der Staat habe das Prinzip der individuellen Autonomie und Gleichheit als Basis des Gemeinwesens niemals akzeptiert, schreibt Seligmann. Gleiches gelte für Unternehmensinteressen. Selbst die Kirche und die Religion würden in Ländern wie Ungarn nicht als Privatsache angesehen, betont Seligman.²³⁶

Neuere kulturhistorische Forschungen distanzieren sich von Befunden, die eher dem „Paradigma der Rückständigkeit“²³⁷ folgen. Der deutsche Gesellschaftshistoriker Joachim von Puttkamer weist darauf hin, dass das Bürgertum in der Habsburgermonarchie „als vielfältiges und distinktes soziales Geflecht“ gesehen werden kann, welches „in seinen kulturellen Wertvorstellungen und Ausdrucksformen den europäischen Vergleich nicht zu scheuen braucht.“²³⁸ So könnte man in gewissen Bereichen sogar von Prozessen „einer kulturellen Orientierung des Adels an bürgerliche Normen“²³⁹ sprechen und liberale Vorstellungen von Partizipation, Freiheit und individueller Gleichheit vor dem Recht dem ostmitteleuropäischen Adel zuordnen.²⁴⁰

Sowohl Seligman als auch Puttkamer weisen darauf hin, dass strukturelle Probleme wie die verzögerte Herausbildung autonomer Städte als eine von mehreren Ursachen des geschwächten osteuropäischen Bürgertums gedeutet werden können.²⁴¹ Jene im Mittelalter urbanisierten Sphären der Pluralität und Autonomie wie im Westen erreichten im Osten aufgrund des Expansionsdrucks der Osmanen und der Macht der Habsburger nie ähnliche Größenordnung. Während ältere Forschungen allerdings die Vielfalt an ethnischen und sozialen Mittelschichten vorwiegend als Erschwernis für die Herausbildung eines eigenständigen Bürgertums bewerteten, wird diese Diversität in jüngeren Arbeiten auch als Triebkraft der gesellschaftlichen Organisation begriffen.²⁴²

„Die Revision europäischer Adelsgeschichte wie die Ergebnisse einer auch kulturgeschichtlich interessierten Bürgertumsforschung haben das Gespür für die Spezifika gesellschaftlicher Entwicklung in Ostmitteleuropa geschärft und das Bild vielfältiger, kulturell vergleichsweise offener und anpassungsfähiger Eliten entstehen lassen.“²⁴³

²³⁶ Vgl. *Seligman*, *The Idea of Civil Society*, 164.

²³⁷ Joachim von *Puttkamer*, *Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert* (München 2010) 174.

²³⁸ Ebd., 175; mit Verweis auf: Ernst *Bruckmüller u.a.* (Hg.), *Bürgertum in der Habsburgermonarchie* (Wien, Köln 1990).

²³⁹ *Puttkamer*, *Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert*, 173.

²⁴⁰ Vgl. ebd.

²⁴¹ Ebd., 174.

²⁴² Ebd., 183.

²⁴³ Ebd., 171.

Für die Betrachtung zum Konzept der Zivilgesellschaft und Identifikation zivilgesellschaftlicher Formen richtet Puttkamer daher den Blick anstatt auf „soziale Formationen und Schichtungen“ lieber auf „Prozesse gesellschaftlicher Selbstorganisation“. ²⁴⁴ Überlegungen zur ständischen Gesellschaft der Habsburgermonarchie und zivilgesellschaftlichen Traditionen bieten zweifellos spannende Anknüpfungspunkte für die Analyse selbstorganisierten Handelns und Denkens sowie die Ideen der Zivilgesellschaft in den mitteleuropäischen Debatten der 1980er Jahre. Mögliche Folgen bzw. Kontinuitäten der von Seligman angesprochenen mangelnden nationalen Integration für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zeigten sich etwa anhand der gespaltenen sogenannten „demokratischen Opposition“. Damals wie heute zeichnet Ungarns politische Elite eine starke Trennung der ländlich geprägten, „völkischen“ und der urban-jüdisch geprägten Elite aus. Nur wenigen politischen Parteien oder Sozialen Bewegungen wie der Umweltbewegung ist es bisher gelungen, die oftmals stark divergierenden Interessen und die (selten in gegenseitigem Austausch stehenden) Teile der Gesellschaft zu überbrücken. ²⁴⁵ Dem polnischen Soziologen Wiktor Marzec zufolge ist die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Handelns an dieser Brückenfunktion messbar. Gelingt es zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, über soziale Klassen hinaus Menschen für ihre Interessen hinter sich zu vereinen, verfügen sie auch über demokratisches Potential. Führen Aktivitäten jener AkteurInnen jedoch dazu, die Atomisierung einer Gesellschaft zu verstärken, etwa indem eng definierte Interessen für gewisse soziale Teilbereiche verfolgt werden, könnten sie genau das Gegenteil von Demokratisierung bewirken. ²⁴⁶ Es ist nicht verwunderlich, dass gerade in jener Situation Ideen von Selbstorganisation, Partizipation und individueller Freiheit über die Grenzen des Eisernen Vorhangs hinweg kursierten und Konzepte und Begrifflichkeiten rund um die Beschaffenheit und normativen Funktionen der Zivilgesellschaft („Antipolitik“) zu lebhaften intellektuellen Debatten führten.

Öffentlichkeit im Wandel

Mit ihrem Konzept der „proletarischen Öffentlichkeit“ entwickelten Oskar Negt und Alexander Kluge in den 1970er Jahren ein marxistisch geprägtes Pendant zur „bürgerlichen

²⁴⁴ Ebd., 191.

²⁴⁵ Siehe dazu u.a.: András Gerő, *Modern Hungarian Society in the Making. The unfinished Experience* (Budapest 1995).

²⁴⁶ Vgl. Wiktor Marzec, *Civil society and the public sphere. Historical trajectories in Poland, Hungary and Bulgaria*, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 28, Nr. 1 (02.01.2020) 7–28, doi:10.1080/25739638.2020.1812941.

Öffentlichkeit“.²⁴⁷ Dahinter steht die Kritik der Autoren an einer nicht ausreichend dargestellten Lebenswelt der Arbeiter, zu der etwa auch Elemente wie „Kindererziehung, Arbeit im Betrieb, Fernsehen in den eigenen vier Wänden“ zählen.²⁴⁸ Diese als privat geltenden Bereiche seien allerdings von öffentlicher Bedeutung.²⁴⁹ Hintergrund dieser Debatte ist die heute veraltete Dichotomie zweier Öffentlichkeitsbegriffe, die die Problematik unzureichender Erfahrungen und Bedürfnisse der verschiedenen AkteurInnen offenbarte und schließlich auch zu einem breiteren Öffentlichkeitsbegriff führte, der in Folge auch partikulare (Teil-)Öffentlichkeiten berücksichtigt. Die damalige Kritik an einem unzureichenden etablierten Öffentlichkeitsbegriff bildete auch die Grundlage für die Entstehung von „Gegenöffentlichkeiten“. Der Medienwissenschaftler Jeffrey Wimmer versteht diese als „die Organisations- und Kommunikationsformen all jener sozialen Akteure (...), die mit ihren Erfahrungen und Interessen aus der hegemonialen Öffentlichkeit ausgeschlossen bleiben“.²⁵⁰ Der Begriff der „Gegenöffentlichkeit“ kam in Deutschland vor allem durch die Studierendenbewegung der 1960er Jahre in Umlauf. Die AktivistInnen bezeichneten damals ihre politische Praxis als eine „Gegenöffentlichkeit“, die sich gegen die Struktur und Arbeitsweise des etablierten Mediensystems richtete. In der „Arena“²⁵¹ der Studierenden würden Themen artikuliert und Personen zu Wort kommen können, die in den herkömmlichen Medien unzureichend oder überhaupt nicht vorkommen. Ihre gesellschaftliche Funktion der Gegenöffentlichkeit bestehe Wimmer zufolge in der Verschiebung der Wahrnehmungsgrenzen, was schließlich auch die Integration dieser Teilöffentlichkeit in die Öffentlichkeit ermöglicht.²⁵² Überhaupt erlebte in den folgenden Jahrzehnten die politische und gesellschaftliche Debatte über die Beschaffenheit und die gesellschaftlichen Einflüsse der Öffentlichkeit²⁵³ eine erhöhte Aufmerksamkeit, die auch mit dem Aufkommen sogenannter Neuer Sozialer Bewegungen (NSB) in den 1980er Jahren zusammenhängt. Jeffrey Wimmer versteht darunter eine von insgesamt vier

²⁴⁷ Diese ist als Pendant zum Strukturwandel der Öffentlichkeit bei Habermas zu verstehen. Vgl. Oskar Negt, Alexander Kluge, *Öffentlichkeit und Erfahrung: zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit* (Frankfurt am Main 1972) 10 f.

²⁴⁸ Ebd., 7.

²⁴⁹ Vgl. ebd., 10.

²⁵⁰ Jeffrey Wimmer, *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses* (Wiesbaden 2007) 163.

²⁵¹ Vgl. Jürgen Gerhards, Friedhelm Neidhardt, *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*, Nr. August (1990) 12, online unter <<http://skylla.wzb.eu/pdf/1990/iii90-101.pdf>>.

²⁵² Vgl. Wimmer, *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*, 160.

²⁵³ Siehe u.a. zur Funktion der Öffentlichkeit im Zuge von Demokratisierungsprozessen: Gerhards, Neidhardt, *Strukt. und Funktionen Mod. Öffentlichkeit*.

„Institutionen von Gegenöffentlichkeit“²⁵⁴. Indem AkteurInnen der NSB Themen setzen, die in der Öffentlichkeit bisher nicht oder zu wenig präsent waren, sei die mit den NSB verbundene Gesellschaftskritik auch eine Kritik an der Öffentlichkeit. Reicht der Begriff der Sozialen Bewegung bereits weit länger in die Geschichte zurück und wurde beispielsweise im Zusammenhang mit den Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts behandelt, sollte die Beifügung „Neu“ auf Eigenschaften der seit den 1960er Jahren präsenten Sozialen Bewegungen hinweisen, zu denen eine starke Autonomie der jeweiligen Gruppen sowie die Ablehnung von bürokratischen, institutionalisierten oder professionalisierten Strukturen gehören. Diese neue Generation von Bewegungen bilde sich unter anderem auf Grundlage von gemeinsamen Deutungsrahmen und einer gewissen kollektiven Identität.²⁵⁵ Der britische Politikwissenschaftler Adam Fagan liefert eine passende Definition für die Untersuchung von Umweltbewegungen:

„The activities that fall under the banner of a social movement must have a common identity, must include a non-institutionalised element enmeshed within civil society, must oppose the dominant power structure and must operate outside the formal political institutions.“²⁵⁶

Systemtransformation von unten?

In den 1980er Jahren entstand vor allem unter westeuropäischen SozialwissenschaftlerInnen ein wachsendes Interesse an der Transformationskraft der Zivilgesellschaft.²⁵⁷ Angeregt durch die Demokratisierungshoffnungen in Ostmitteleuropa erlebte auch die Konzeptualisierung der Zivilgesellschaft eine Renaissance. ForscherInnen versuchten auf Basis von systemtheoretischen oder akteurstheoretischen Ansätzen den Beitrag zivilgesellschaftlichen Handelns an der Transformation zu erklären.²⁵⁸ Als eine zentrale Schwierigkeit sollte sich auch hier wieder die für eine in Transformation befindliche Gesellschaft einengende Perspektive auf Zivilgesellschaft entpuppen, welche sich im Kontext gefestigter Demokratien etablierte.²⁵⁹ Nach Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel müsse der Begriff daher einerseits offen genug konzipiert werden, damit er „sinnvoll auf unterschiedliche Reifestadien der Demokratie

²⁵⁴ Wimmer, (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses, 193.

²⁵⁵ Vgl. ebd., 200.

²⁵⁶ Alberto Costi, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process, *European Environment* 16, Nr. 3 (05.2006) 32, doi: 10.1002/eet.411.

²⁵⁷ Vgl. u.a. Jean L. Cohen, Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, 4. Aufl. (Cambridge, London 1997) 15. / Hans-Joachim Lauth, Wolfgang Merkel, *Zivilgesellschaft und Transformation*. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10, Nr. 1 (1997) 12–34.

²⁵⁸ Vgl. u.a. Wolfgang Merkel, *Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?*, In: Ders.(Hg), *Systemwechsel* 1, 1996. / Lauth, Merkel, *Zivilgesellschaft und Transformation*. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, 1997.

²⁵⁹ Vgl. Hans-Joachim Lauth, Wolfgang Merkel, *Zivilgesellschaft und Transformation*. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10, Nr. 1 (1997) 12.

angewendet werden kann²⁶⁰. Andererseits müsse Zivilgesellschaft als „historische[s] Phänomen“ betrachtet werden, welches sich „in einem ständigen Form- und Funktionswandel“ befindet.²⁶¹ Im Zuge der Wende gebe es den Autoren zufolge „ganz offensichtlich phasenabhängige Konjunkturzyklen zivilgesellschaftlicher Vitalität“.²⁶² Der amerikanische Politikwissenschaftler Philippe C. Schmitter betont, dass es vor allem während Phasen der Liberalisierung, aufgrund der reduzierten Gewährung von individuellen Bürgerrechten und der leichten Öffnung des politischen Systems, zu einer Differenzierung der etablierten Elite in Reformer und Hardliner sowie zu einem „Aufblühen der Zivilgesellschaft“ komme.²⁶³ Tatsächlich bildeten sich, so der Politikwissenschaftler Helmut Fehr,²⁶⁴ mit den zunehmenden Legitimationsproblemen sozialistischer Regime politische Netzwerke heraus, die in der Erschaffung und Stärkung der zivilen Gesellschaft ein neues Selbstbewusstsein entdeckten:

„Während sich in der Sowjetunion, Bulgarien, Rumänien und den baltischen Ländern auch nach der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki 1975 lediglich Wandlungen innerhalb der dissidentischen Intelligenz – vom marginalisierten Intellektuellen zu informellen Zirkeln wie Helsinki-Gruppen – abzeichneten, bildeten sich in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei bürgerschaftliche Orientierungen heraus. Diese beruhten auf Verbindungen von Ideen der Selbstorganisation, moralischer (Anti-)Politik und ethischen Maßstäben einer aufzubauenden Bürgergesellschaft.“²⁶⁵

Ihnen gemeinsam waren die „Forderungen nach Öffentlichkeit als unabhängiger Sphäre“ sowie ihr Wille zu sozialem Aktivismus als Handlungsperspektive.²⁶⁶ Den Erwartungen der frühen Neunzigerjahre, wonach sich mit der wirtschaftlichen Transformation auch demokratische Prozesse analog entwickeln würden, erteilten die Wirklichkeiten der 2000er Jahre aber eine desillusionierende Abfuhr. So betont der Soziologe und Bewegungsforscher Charles Tilly:

„(...) during the early 1990s many observers of communist regimes' last days thought that the destruction of centralized superstructures in those states would rapidly open the way to social movements, which would then facilitate construction of a democratic civil society. Many analysts followed an analogy with the market's expected transformation of economic activity. Through most of the former Soviet Union, neither the explosion of social movements nor the sweeping market transformation has happened (Nelson, Tilly, & Walker 1998).“²⁶⁷

Der Optimismus damaliger ForscherInnen zeigt sich auch in Jürgen Habermas' Vorwort zur 1990 erschienen Neuauflage von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ aus dem Jahr 1962 zur

²⁶⁰ Ebd., 16.

²⁶¹ Vgl. ebd.

²⁶² Lauth, Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, 1997, 30.

²⁶³ Vgl. Lauth, Merkel, Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, 1997, 13. / Siehe auch: Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter, Laurence Whitehead, Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives (1986).

²⁶⁴ Vgl. Helmut Fehr, Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31, Nr. 1–2 (2018) 356, doi:10.1515/fjsb-2018-0040.

²⁶⁵ Helmut Fehr, Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31, Nr. 1–2 (2018) 355, doi: 10.1515/fjsb-2018-0040.

²⁶⁶ Fehr, Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa, 2018, 355.

²⁶⁷ della Porta, Diani, Social Movements: An Introduction, 125.

gegenwärtigen „Konjunktur des Begriffs der Zivilgesellschaft“, die seiner Ansicht nach auf das gesteigerte Interesse des Westens an dissidentischen Aktivitäten im staatssozialistischen Osten zurückzuführen sei.²⁶⁸ Jene Gruppen an Freiwilligen, welche für Frauen- und Menschenrechte ebenso wie für Umweltschutz einstanden, haben Habermas zufolge als „Schrittmacher der Revolution“ einen „latenten Einfluß“ auf die „totalitäre Öffentlichkeit“ ausgeübt.²⁶⁹ Habermas verweist hierbei auf Hannah Arendts²⁷⁰ Totalitarismus-Konzept, welches u.a. „die politische Durchdringung einer atomisierten Gesellschaft“²⁷¹ thematisiert.

„Totalitarian rule does not only rob men of their capacity to act; rather, with inexorable consistency, it makes them – as if they were really only a single man – into accomplices in all actions undertaken and crimes committed by the totalitarian regime.“²⁷²

Inwiefern dieser Einfluss bestand, wird von Habermas nicht weiter ausgeführt. Konkrete Entstehungsprozesse von politischer Öffentlichkeit zeichnen erst wesentlich später Autoren wie Ray Rühle anhand von Umweltschutzgruppen in der DDR nach.²⁷³ Nichtsdestotrotz weist der Soziologe treffend darauf hin, dass der Zivilgesellschaftsbegriff eine „Konkretisierung nicht nur im Hinblick auf Sozialisationsmuster und kulturelle Überlieferungen“ erfordere, sondern auch die „Verkehrs- und Organisationsformen“, also die „Institutionalisierungen von Trägern einer nichtvermachteten politischen Öffentlichkeit“ einzubeziehen sind.²⁷⁴ Da im Ungarn der Jahre 1980-1989 für Umweltschützer selten bis keine Möglichkeit bestand, die Organisationsform der Gruppe zu legalisieren, muss der Begriff der Institutionalisierung breiter gefasst werden. In der vorliegenden Arbeit werden folglich auch zahlreiche Formierungsprozesse im Abseits bzw. Grenzbereich staatlicher Genehmigung untersucht. Die Verfasserin versteht Zivilgesellschaft als Sphäre, deren institutionellen Kern „nicht-staatliche und nicht-ökonomische Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis“ bilden, darunter „Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und

²⁶⁸ Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit e. Vorw. zur Neuaufl. (Berlin 1990) 47. Der Optimismus hinsichtlich einer erstarkenden Zivilgesellschaft schrieb sich in den 2000er Jahren in Form von Ideen wie der „third-way“ Politik fort. Aus der Intention des „capacity-buildings“ für NGOs in der Region entsprang jedoch nicht nur Positives, sondern sie führte auch zu einer Homogenisierung und folglich einer Schwächung der Zivilgesellschaft, worauf später noch näher eingegangen wird. Vgl. Edwards, The Oxford Handbook of Civil Society, 5,8.

²⁶⁹ Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 47.

²⁷⁰ Ausführlicher bei Jürgen Habermas, Thomas McCarthy, Hannah Arendt's Communications Concept of Power, Social Research 44, Nr. 1 (1977) 3–24, online unter <<http://www.jstor.org/stable/40970268>>. / Basierend auf: Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism (New York 1955). Siehe auch die von H. Arendt ins Deutsche übertragene und neubearbeitete Ausgabe: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (Frankfurt am Main 2008).

²⁷¹ Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel, Die demokratische Frage, 1. Aufl. (Frankfurt am Main 1989) 84f.

²⁷² Arendt zitiert in: Habermas, McCarthy, Hannah Arendt's Communications Concept of Power, 10.

²⁷³ Vgl. u.a. Ray Rühle, Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR (Münster, Hamburg, London 2003) 24.

²⁷⁴ Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 45.

Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen.“²⁷⁵ Zivilgesellschaft wird dabei als Raum verstanden, in dem die BürgerInnen untereinander und mit den Institutionen des Marktes und des Staates interagieren. Aufgrund der in diesem Kapitel diskutierten Problematik wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff „Zivilgesellschaft“ allerdings mit der nötigen Zurückhaltung verwendet. Vielmehr wird der Fokus auf den für den Forschungsgegenstand präziseren Begriff der Neuen Sozialen Bewegung (NSB) gelegt.²⁷⁶ Ein Teil der AkteurInnen dieser Bewegung können als AkteurInnen der Zivilgesellschaft verstanden werden. Andere AkteurInnen, wie etwa österreichische Politiker, die sich für Umweltagenden einsetzten, werden jedoch gesondert untersucht. Auch wenn eine derartige Typologisierung zwangsläufig Unschärfen und Überlappungen nicht ausschließen kann, zeigt sich im Zuge der Auseinandersetzung, dass die Personen unabhängig von ihrer typologischen Zuordnung gewisse Wertvorstellungen teilen. Um auf Jessen und Reichardt zurückzukommen, knüpft diese Arbeit an den Vorschlag an, unter anderem die „gesellschaftliche Kontextualisierung zivilgesellschaftlicher Werte“ als lohnenden Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschung zu betrachten.²⁷⁷ Bevor wir uns den geteilten Werten, wie Natur- und Umweltschutz und Ökologisierung gesellschaftspolitischer Themen zuwenden, muss näher ausgeführt werden, welche Konzepte von Transnationalisierung und Europäisierung zur Analyse der Praktiken und Typologien von Umweltbewegungen beachtenswert sind und unter welchen kommunikativen Bedingungen die Grenzüberschreitung in den 1980er Jahren überhaupt möglich war.

3.3.4 Europäisierung und Transnationalisierung der Öffentlichkeit

Im Hinblick auf die Erforschung von Grenzüberschreitungen und Tendenzen der Transnationalisierung von AkteurInnen der Umweltbewegung müssen jene Aktionsfelder in den Fokus genommen werden, die die „Arenen“ aller Teilnehmenden bilden. Die Europäisierung von Kommunikationsräumen sowie die Entwicklung transnationaler (Teil)Öffentlichkeit bilden hierbei wichtige Anknüpfungspunkte.

²⁷⁵ Ebd., 46.

²⁷⁶ Siehe dazu u.a.: Alberto *Melucci*, The new social movements: A theoretical approach, *Social Science Information* 19, Nr. 2 (1980) 199–226, doi:10.1177/053901848001900201; Albert *Melucci*, The Symbolic Challenge of Contemporary Movements, *Social Research* 52, Nr. 4 (1985) 789–816, doi:10.2307/40970398; Karl-Werner *Brand*, Neue soziale Bewegungen: Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz (Opladen 1982), doi:10.1007/978-3-322-85982-2.

²⁷⁷ *Jessen, Reichardt*, Einleitung, 14.

Europäisierung

Seit den 1990er Jahren beschäftigt sich die Forschungsliteratur mit Europäisierungsprozessen, die vor allem auf politische und institutionelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der Geschichte der Europäischen Union untersucht werden. Erst wesentlich später gerät das Phänomen der Europäisierung in das Blickfeld breiter historischer Analysen.²⁷⁸ Auch hier liegen die Gründe in der Berührungsangst vieler HistorikerInnen gegenüber Konzepten der Politikwissenschaft:

„Their apparent reluctance to do so of course reflects the instinctive distrust with which historians tend to regard concepts derived from political science or from contemporary political debates. Fears about such present-mindedness are, perhaps, particularly evident in the case of Europeanization.“²⁷⁹

Für die Forschung schlagen Ulrike von Hirschhausen und Kiran Klaus Patel vor, die Europäisierung im 20. Jahrhundert nicht als Fakt zu verstehen, sondern als These, die anhand der Geschichte überprüft werden soll.²⁸⁰ Ihr Verständnis von Europäisierung fassen die beiden wie folgt zusammen:

„In short, we understand Europeanization as a variety of political, social, economic and cultural processes that promote (or modify) a sustainable strengthening of intra-European connections and similarities through acts of emulation, exchange and entanglement and that have been experienced and labelled as ‘European’ in the course of history. However, Europeanization is not limited to integrative elements such as these, but also encompasses parallel processes of delimitation and ‘othering’, as well as fragmentation and conflict.“²⁸¹

Gerade die Betonung der Notwendigkeit, neben integrativen Prozessen ebenso Konflikte und Abgrenzungsprozesse in den Fokus von Untersuchungen zu nehmen, bereichert bisherige Annäherungen an das Phänomen der Europäisierung und bieten dabei auch für die vorliegende Untersuchung wichtige Anknüpfungspunkte. Vor allem die These, „Europeanization is not a uniform, unidirectional and teleological process“ erfordert erneut nötige Distanz zu überholten, und doch latent vorhandenen Denkmodellen der „Modernisierung“ und „Rückständigkeit“ innerhalb westlicher Forschungsliteratur.²⁸² An den kommunikativen Netzwerken dissidentischer Intellektueller während des Kalten Krieges sei nach Jessica Wardhaugh, Ruth Leiserowitz und Christian Bailey ein Europäisierungsprozess zu beobachten, der vor allem die kulturelle Dimension dieses Phänomens offenlege.²⁸³

²⁷⁸ Vgl. Ulrike v. Hirschhausen, Kiran Klaus Patel, *Europeanization in History: An Introduction*, In: *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Martin Conway, Kiran Klaus Patel (Hg.) (2010) 1–18.

²⁷⁹ Ebd., 1–2.

²⁸⁰ Vgl. ebd., 2.

²⁸¹ Ebd., 2–3.

²⁸² Vgl. ebd., 6.

²⁸³ Vgl. Jessica Wardhaugh, Ruth Leiserowitz, Christian Bailey, *Intellectual Dissidents and the Construction of European Spaces, 1918-1988*, In: *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, Martin Conway, Kiran Klaus Patel (Hg.) (New York 2010) 22.

„For such writers, the tracing of Europe as a mental map was also inseparable from the creation of European spaces of sociability and communication. Through their writing, meetings and networks, they contributed to the creation and strengthening of intra-European ties and to the discernment of European boundaries and values – in brief, to a process of cultural Europeanization that has ebbed and flowed with the passage of time.“²⁸⁴

In Folge der Helsinki Konferenz von 1975, und der daran angelehnten Schriften von György Konrád, Milan Kundera und Adam Michnik zu Mitteleuropa, erlebte Europa eine „konzeptionelle Wende“²⁸⁵, die die Idee eines gemeinsamen Europas ermöglichte. Prozesse der Grenzüberschreitung gingen mit der Reflektion nationaler Identität einher, ein Denk- und Findungsprozess, der AnhängerInnen von Helsinki Gruppen in Russland und im Baltikum ebenso wie ungarische und slowakische Intellektuelle, aber auch AnhängerInnen der tschechischen Menschenrechtsbewegung „Charta 77“ sowie Mitglieder der polnischen Bürgerrechtsbewegung, des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotnikow – KOR), miteinander verband.²⁸⁶ Die öffentliche bzw. teilöffentliche Kritik an der geopolitischen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht in allen sozialistischen Ländern der Region gleich intensiv, was durch die unterschiedlichen Spielräume der dissidentischen Zirkel erklärt werden kann. Die Gelegenheitsstrukturen einzelner AkteurInnen – dazu zählten etwa persönliche Reiseprivilegien und der Zugang zu grenzübergreifenden professionellen Netzwerken – bestimmten die Entwicklung des kommunikativen Austausches über den Eisernen Vorhang hinaus.²⁸⁷

Die Relevanz zentraler AkteurInnen, die über „Zugang zu beiden Welten“²⁸⁸ verfügten, findet sich später auch in Sidney Tarrow's Konzept des „Transnational Activism“ und seiner Typologie des „Rooted Cosmopolitan“ wieder.²⁸⁹ Vorhandene Sprachbarrieren konnten durch die Sprachkenntnisse Einzelner und die verstärkten gegenseitigen Übersetzungsarbeiten im Samisdat und Tamisdat ausgeglichen werden. Neben dem Verfassen offener Briefe und der Zirkulation von Solidaritätsbekundungen gehörte auch die aktive Einladungskultur westlicher Intellektueller und Wissenschaftler zu den Bildungsaktionen dissidentischer Kreise zum taktischen Repertoire, um gemeinsam Öffentlichkeit herzustellen. Persönliche Kontakte – auch zu JournalistInnen – bildeten dabei das wertvollste Gut. Hierbei ist zu erwähnen, dass nicht nur zwischen Ost und West Netzwerke gebildet wurden, sondern auch Verbindungen zwischen

²⁸⁴ Ebd.

²⁸⁵ Ebd., 33.

²⁸⁶ Anzumerken ist hier, dass sich die ChartistInnen selbst nicht als Gruppe oder politische Organisation bezeichneten. Vielmehr verstanden sie sich als loses Netzwerk individueller BürgerInnen, die sich weniger durch physische Treffen als durch den Austausch geschriebener Worte und ihren Einsatz für die Menschenrechte verbunden fühlten. Siehe dazu *Snajdr*, *Nature Protests: The end of Ecology in Slovakia*, 65.

²⁸⁷ Vgl. *Wardhaugh, Leiserowitz, Bailey*, *Intellectual Dissidents and the Construction of European Spaces, 1918–1988*, 34.

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ *Tarrow*, *The New Transnational Activism*, 2.

sozialistischen Staaten eine bedeutende Rolle einnahmen. Nicht zu unterschätzen ist etwa der Austausch polnischer KOR-AnhängerInnen mit tschechoslowakischen BürgerrechtlerInnen.²⁹⁰

Ohne die konkrete Wirkungskraft jener Netzwerke zu überschätzen, sehen HistorikerInnen einen expliziten Einfluss auf ihre jeweiligen Umfeldler und LeserInnenschaft sowie einen „impliziten“ Einfluss durch grenzüberschreitende Publizität.²⁹¹

„(...) intellectual dissidents succeeded in making some of their projected authority a reality. This was perhaps a by-product in the pursuit of unrealized ‘dream-Europes’, but it was nonetheless an important contribution to the uneven process of Europeanization. (...) By offering forums for the expression of alternative visions of Europe, intellectual groups and periodicals encouraged the development of intra-European ties and transnational values.“²⁹²

Für die Untersuchung von Sozialen Bewegungen und die Rolle der Zivilgesellschaft bei Europäisierungsprozessen haben die Bewegungsforscherinnen Donatella Della Porta und Manuela Caiani den Begriff „Europeanization from below“ geprägt.²⁹³ Auch wenn die Autorinnen dabei die Partizipation zeitgenössischer Sozialen Bewegungen in europäischer Politik (hier gemeint: EU-Politik) untersuchten, kann ihre analytische Herangehensweise ebenso für die Untersuchung historischer Prozesse von Nutzen sein. So zählen die Studienautorinnen auch Konflikte innerhalb der Zivilgesellschaft über divergierende Vorstellungen von Europa zu Indikatoren der Europäisierung. Ebenso können die Referenz auf europäische, also grenzübergreifende Themen wie auch die Identifikation mit Europa unter den AktivistInnen oder Fragen der Perzeption²⁹⁴ untersucht werden. Bleibt die Gruppe der Adressaten zivilgesellschaftlicher Forderungen auf nationale Kontexte reduziert oder erweitert sich der Fokus der AktivistInnen über den nationalen Horizont hinaus? Aus diesen Fragen der „Externalisierung“²⁹⁵ leiten Della Porta und Caiani ein wichtiges Charakteristikum für die „Europäisierung von unten“ ab. Im Fall ihrer Untersuchung zu Euroskeptikern identifizieren die Autorinnen Anzeichen einer Europäischen Sozialen Bewegung, der AktivistInnennetzwerke zu Grunde lägen, die aus zahlreichen sich überlappenden assoziativen Mitgliedschaften bestünden und deren Mitglieder ein gemeinsames Wertekorsett teilten.²⁹⁶ Die Autorinnen halten in ihrer Analyse allerdings auch die Grenzen des Begriffs der Europäisierung

²⁹⁰ Vgl. *Wardhaugh, Leiserowitz, Bailey*, Intellectual Dissidents and the Construction of European Spaces, 1918–1988, 35.

²⁹¹ Vgl. ebd., 38.

²⁹² Ebd.

²⁹³ Vgl. dazu: Donatella *della Porta*, Manuela *Caiani*, Europeanization from below? Social movements and Europe, Mobilization: An International Quarterly 12, Nr. 1 (2007) 1–20; *della Porta, Caiani*, Social Movements & Europeanization.

²⁹⁴ Siehe dazu etwa: Till *Geiger*, Europeanization on the Periphery: Irish Elite Responses to European Integration, 1929 – 1963, In: Europeanization: institution, identities and citizenship, Robert *Harmsen*, Thomas M. *Wilson* (Hg.) (Amsterdam u.a. 2016) 105–134, doi: 10.1163/9789004333369_007.

²⁹⁵ *della Porta, Caiani*, Social Movements & Europeanization, 170.

²⁹⁶ Vgl. ebd.

fest, indem sie darauf hinweisen, dass sich Tendenzen der Transnationalisierung von Sozialen Bewegungen selten nur auf Europa beschränken, sondern oft auch von einer „Globalisierung von unten“ gesprochen werden müsse.²⁹⁷ In der konzeptionellen Annäherung an die vorliegende Untersuchung ist es daher unumgänglich, auch über das Phänomen der Transnationalisierung zu sprechen.

Transnationale Geschichte und Transnationalisierung

Der Begriff „transnationalism“ lässt sich nach Kiran Klaus Patel auf die Identitäts- und Migrationsdiskurse in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückführen, die nach dem Ersten Weltkrieg zu einer „Internationalisierung“ der amerikanischen Politik geführt haben. Zu breiterer Aufmerksamkeit avancierte der Begriff „Transnationalismus“ jedoch erst in den 1980er Jahren, als sich „multinationale“ Konzerne aufgrund steigender Kritik am globalisierten Neokapitalismus für ein „Rebranding“ entschieden.²⁹⁸ In den Sozialwissenschaften erlangte der Begriff bereits in den 1970er Jahren Beachtung.²⁹⁹ In den Geschichtswissenschaften etablierten vor allem ForscherInnen der World History und Global History den Begriff, was jedoch mit der steigenden Anzahl an Studien zu einigen Unschärfen führte.³⁰⁰ Bei allen Ansätzen zur Untersuchung transnationaler Phänomene geht es immer darum, in welchem Verhältnis diese mit dem Nationalstaat stehen.³⁰¹

„The value of transnationalism lies in its openness as an historical concept. Transnational history also allows us to reflect on, while at the same time going beyond, the confines of the nation. It sheds new, comparative light on the strengths and the fragilities of the nation-state and underlines the ways in which local history can be understood in relation to world history.“³⁰²

Für die vorliegende historische Untersuchung von Transnationalisierungstendenzen im Donaauraum der 1980er Jahren bedeutet dies, sich zugleich mit nationalistischen Bestrebungen in der Region und ihren Wechselwirkungen mit Prozessen der Europäisierung auseinanderzusetzen. Die Verfasserin teilt dabei die Ansicht Patels, dass es sich bei

²⁹⁷ Angesichts der Besonderheiten der Geschichte europäischer Integration und der einmaligen Konstruktion von makro-regionalen Institutionen weise die Europäisierung ein besonderes Charakteristikum auf. Siehe dazu: Ebd., 183.

²⁹⁸ Vgl. Patricia Clavin, Defining transnationalism, *Contemporary European History* 14, Nr. 4 (2005) 433, doi:10.1017/S0960777305002705. Vgl. auch: Kiran Klaus Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, In: *Weltgeschichte: Basistexte*, Jürgen Osterhammel (Hg.) (Stuttgart 2008) 67–90. Originaltext aus dem Jahr 2004.

²⁹⁹ Vgl. u.a.: Susan Strange, Transnational Relations, *International Affairs* 52, Nr. 3 (1976) 333–45; Clavin, Defining transnationalism.

³⁰⁰ Vgl. Clavin, Defining transnationalism, 424. Zur Unterscheidung der Felder siehe auch Seite 436.

³⁰¹ Vgl. ebd., 436; Vgl. zum Thema Transnationale Kultur bzw. Neue Kulturgeschichte: Jordan, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft, 211f.

³⁰² Clavin, Defining transnationalism, 438.

„transnationalen Geschichte“ um keine Methode, sondern um eine Forschungsperspektive handelt, in der die Nation weiterhin von wichtiger Bedeutung ist.³⁰³

„Sie [Transnationale Geschichte, Anm. der Verf.] ruht auf quellennaher Arbeit und eröffnet zugleich eine verfremdende Perspektive auf ihren Gegenstand. Transnationale Geschichte versteht den Raum als gleichberechtigte historische Zentralkategorie neben der Zeit. Auf der Ebene methodischer Verfahren setzt sie in besonderem Maße auf den Vergleich und die Transferanalyse. Außerdem versucht sie, den Begriff des Transnationalen von allen normativen Konnotationen zu lösen.“³⁰⁴

Für eine transnationale Forschungsperspektive hat die strikte Unterscheidung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen AkteurInnen wenig Nutzen. Eine strenge Gegenüberstellung zwischen „internationalen“ und „transnationalen“ Beziehungen, wie sie etwa in der politikwissenschaftlichen Forschungsliteratur üblich ist, ist Patel zufolge für die Geschichtswissenschaften wenig sinnvoll. Einen Ansatz, wie „transnationale Geschichte“ zu verstehen sei, bietet die Frage, inwiefern AkteurInnen den Nationalstaat als Rahmendeutung überwinden. Einflüsse kämen dabei vor allem aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, etwa den Post-Colonial Studies.³⁰⁵ In Anlehnung an Shalini Randeria's Begriff der „geteilten Geschichte“³⁰⁶ schreibt Patel:

„Der transnationale Blick interessiert sich demnach für Abhängigkeiten und Transfers über (nationale) Grenzen hinweg sowie für die wechselseitigen Wahrnehmungen, auf denen Übertragungen jeder Art aufbauen. Ebenso sehr geht es um Formen der Verflechtung, das heißt um strukturelle Verbindungen, die eine nationalhistorische Perspektive per definitionem relativieren.“³⁰⁷

Letztlich bedeutet die transnationale Geschichte keineswegs die Absage an die Nationalgeschichtsschreibung, sondern versteht sich vielmehr als „eine von mehreren gleichberechtigten Spielarten der Historiografie“.³⁰⁸

Auch wenn es bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer verstärkten Transnationalisierung von Kommunikationsräumen in Europa gekommen ist³⁰⁹, befand sich der Kontinent im untersuchten Zeitraum der 1980er Jahre in einer neuen Phase des Transnationalismus. Die HistorikerInnen sind sich zwar uneinig darüber, wann genau diese neue Zeit begann. Vieles spricht laut der britischen Forscherin Patricia Clavin allerdings dafür, den Übergang rund um das Jahr 1970 festzumachen. Kennzeichen dieser neuen Zeit sei der signifikante Anstieg sogenannter Non-governmental Organisations – NGOs, die sich mit gesellschaftspolitischen Themen wie Umweltproblemen, Menschenrechten oder Abrüstung

³⁰³ Vgl. Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, 69.

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Vgl. ebd., 72f.

³⁰⁶ Shalini Randeria, Geteilte Geschichte und verwobene Moderne, In: Zukunftsentwürfe: Ideen für eine Kultur der Veränderung (Frankfurt am Main 1999) 87–96.

³⁰⁷ Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, 73.

³⁰⁸ Ebd., 76.

³⁰⁹ Vgl. dazu u.a. Christian Wenkel, Barbara Lambauer, Entstehung und Entwicklung transnationaler Kommunikationsträume in Europa zu Kriegszeiten, 1914-1945, Special issue of *Comparativ* 28, Nr. 1 (2018).

(vor allem im Zuge des SALT-Abkommens 1972³¹⁰) auseinandersetzen. Auch die Erfahrungen des grenzüberschreitend agierenden organisierten Terrorismus, welche sich u.a. im gleichen Jahr durch den Anschlag der palästinensischen Gruppe „Schwarzer September“³¹¹ äußerten, seien Anzeichen neu erlebter Grenzenlosigkeit.³¹²

„However, the emergence of a genuine European communication sphere, as described by Hartmut Kaelble, started only after the reconstruction of Europe following World War II, the first steps in European integration and the establishment of a climate of détente in East-West relations.“³¹³

Anhand von dissidentischen Aktivitäten und Protestbewegungen zeigt sich, wie die Transnationalisierung von Kommunikationsräumen mit Transferprozessen von Waren, Wissen und kulturellen Praktiken verbunden ist. Die Bewegungsforschung unterscheidet hierbei zwischen drei Prozessen: *Diffusion*, *Domestication* und *Externalization*. Der Prozess der *Diffusion* bezeichnet einen Vorgang, bei dem AktivistInnen eines Landes die Organisations- und Aktionsformen oder Deutungsrahmen (Frames) oder Ziele aus anderen Ländern übernehmen oder anpassen. Unter *Domestication* bzw. *Internalization* versteht man die Austragung eines Konfliktes auf lokaler Ebene, obwohl dessen Ursache extern, etwa auf der supranationalen Ebene der EU-Institutionen, zu finden ist. Wenn Bewegungsorganisationen bewusst supranational aktiv werden, um ihre Interessen durchzusetzen (Stichwort *Alliance-building*), spricht man auch von *Externalization*.³¹⁴

„As for externalization, the ‘vertical’ experience of individual national movements operating internationally has placed many actors in contact with others like themselves and thus encouraged them to develop a more globalized framing of their messages and their domestic appeals.“³¹⁵

Für die Analyse von Transnationalisierungsprozessen liefert Christopher Rootes nützliche Forschungsfragen an die Beschaffenheit einer Bewegung: Welche Organisationsformen wurden entwickelt, um die AktivistInnen-Netzwerke zu verbinden? Welches Protestrepertoire wurde übernommen? Inwiefern konnten neue öffentliche Räume/Öffentlichkeit geschaffen werden? Wie haben sich Identitäten durch die Transnationalisierung in ihrem Inhalt und in ihrer Struktur verändert? Wie verändert sich die Toleranz zu inneren Differenzen? Entwickelt sich ein Master-Frame in Opposition zum Adressaten? Auf welche Ressourcen wird bei der Mobilisierung zurückgegriffen? Welche nationalen und lokalen Gelegenheitsstrukturen beeinflussen die Strategien der Bewegung? Welche Allianzen werden gebildet (u.a. auch zu

³¹⁰ Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung zwischen der UdSSR und den USA, auf Englisch: Strategic Arms Limitation Talks – SALT.

³¹¹ Die palästinensische Terrorgruppe „Organisation des Schwarzen Septembers“ verübte u.a. das Münchner Olympia-Attentat im Jahr 1972.

³¹² Vgl. *Clavin*, Defining transnationalism, 429.

³¹³ *Wenkel, Bussière, Grisoni, Miard-Delacroix*, Editors’ Introduction, 3.

³¹⁴ Vgl. Christopher Rootes, A Limited Transnationalization? The British Environmental Movement, *Transnational Protest and Global Activism*, 2005 3–5.

³¹⁵ Ebd., 9.

Parteien)?³¹⁶ Obwohl der Umweltprotestforscher diese Fragen auf zeitgenössische Bewegungen zugeschnitten hat, spricht nach Ansicht der Verfasserin nichts dagegen, einige davon als Inspiration für die historische Bewegungsforschung zu nutzen. Die Forschungsliteratur weist bereits bestehendes Potential in der Untersuchung von Transnationalisierungsprozessen auf. Schon in den 1960er und 1970er Jahren ist es, wie Jakob Tanner zeigt, gegenkulturellen Strömungen gelungen, den Eisernen Vorhang zu überwinden:

„The Iron Curtain, serving as the political–military line of demarcation in the Cold War, was also a big hurdle for the international diffusion of countercultural practices. But the infiltrating powers of the counterculture, and especially pop music, supported by mass media, proved to be so strong that they even reached a wide audience in Eastern Europe, and in East Germany they provoked phenomena such as “rowdies,” long-haired youths, and ‘loafers.’“³¹⁷

Selbst im stark isolierten Rumänien der 1970er Jahre konnten sich Transfer- und Diffusionsprozesse in der Jugendkultur durchsetzen.³¹⁸ Auch auf Seiten der Ingenieure und KraftwerksplanerInnen ebenso wie im Bereich der Umweltpolitik konnten Diffusionsprozesse identifiziert werden, wie in den Arbeiten von Jiří Janáč oder Arnošt Štanžel nachzuverfolgen ist.³¹⁹ Besonders deutlich zeigen sich jene Transferprozesse anhand der Ökologie- bzw. Umweltbewegung und deren Themenkonjunktur in den 1970er und 1980er Jahren.

3.3.5 Ökologisierung und Protestbewegungen

Ähnlich zur vorab diskutierten Begriffsproblematik im Hinblick auf „Zivilgesellschaft“ eignen sich AutorInnen, die sich mit der Erforschung von Umweltbewegungen beschäftigen, zwangsläufig einen gewissen Pragmatismus an, der sich beispielsweise gut in Adam Fagans Definition von *environmental movements* veranschaulichen lässt:

„This study employs the concept to refer to the overarching form within which a variety of activities relating broadly to environmental protection occur. The aggregations that emerge within the movement will be both ideologically and organisationally diverse; they will pursue very different campaigns and have access to a variety of resources. Activists will perhaps be involved or have links with more than one organisation and may be active in other social movement campaigns. Links between groups and organisations will be fluid and informal. At a macro level the movement will resemble a network of disparate individuals and aggregations loosely united on the common theme of environmental protection. The strength of certain factions and the predominance of particular campaigns and ideologies will alter over time. In this sense the dominant characteristics of an environmental movement are flux and diversity.“³²⁰

³¹⁶ Vgl. ebd., 11.

³¹⁷ Jakob Tanner, *Motions and Emotions*, In: 1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956-1977, M. Klimke, J. Scharloth (Hg.) (New York 2008) 71–80.

³¹⁸ Vgl. dazu u.a. Andra-Octavia Cioltan-Draghiciu, „Gut gekämmt ist halb gestutzt“: Jugendliche im sozialistischen Rumänien (Münster 2019).

³¹⁹ Jiří Janáč, *European Coasts of Bohemia: Negotiating the Danube-Oder-Elbe Canal in a Troubled Twentieth Century* (Amsterdam 2012); Arnošt Štanžel, *Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus*, 2017, doi:10.13109/9783666301841.

³²⁰ Costi, *Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process*, 21.

Scheint diese Erläuterung auch schwer greifbar, so wird die Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Fall zeigen, dass jene erwähnte Vielfalt und fließende Dynamik tatsächlich kennzeichnend für Soziale Bewegungen und in diesem Fall für Umweltbewegungen sind. Für die historische Rekonstruktion bietet zudem Joachim Radkau einen Ausweg aus den definitiven Annäherungsversuchen. Der deutsche Historiker betont die Einsicht, Überlappungen bei den unterschiedlichen Begriffen „Umwelt“, „Ökologie“ etc. nicht ausschließen zu können:

„Für alle die, die terminologische Haarspaltereien lieben, ist das alltägliche Durcheinander der Begriffe ‚Natur‘, ‚Umwelt‘, ‚Ökologie‘ ein einziger Skandal, der nach dem Sezierschaber des Analytikers schreit. Aber wenn man den environmentalism als historisches Phänomen nimmt, kommt man nicht umhin, diese breiten, sich überlappenden Begriffsfelder der Alltagssprache zu übernehmen: In dieser Form hat ‚Ökologie‘ Geschichte gemacht, und historisch gesehen haben diese Überlappungen ihren Grund.“³²¹

Um die Entwicklung von Umweltbewegungen nachvollziehen zu können, müssen nichtsdestotrotz einige bestehende Spannungsverhältnisse konkretisiert werden. Hierbei ist es wichtig, aufzuzeigen, auf welche Traditionen sich die Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre bezieht, wo Abgrenzungsprozesse stattgefunden haben und welche neuen Einflüsse prägend für die Bewegung waren. Radkau verweist in seinem Versuch einer Weltgeschichte der Ökologie auf die lang zurückliegenden Wurzeln der Öko-Ära, welche etwa in Deutschland auf die unterschiedlichen Reformbewegungen der Jahrhundertwende (Stichwort Lebensreform) zurückzuführen sind.

„Über weite Strecken gewinnt man den Eindruck, dass sich etwas Ähnliches wie jene Umweltbewegung, die in den 1970er Jahren Gestalt annahm, schon nach 1900 entwickelt hätte, wären die damaligen Ansätze nicht durch die Kriegs- und Nachkriegsnöte unterbrochen worden – und in den USA durch jenen Boom, der die Illusion unbegrenzter Ressourcen reaktivierte.“³²²

Aktives Umweltengagement bildete sich in Europa vorwiegend als Reaktion auf die rapide Industrialisierung im 19. Jahrhundert. In Folge der Luft- und Wasserverschmutzung sowie der Urbanisierung gründete sich schon im Jahr 1865 die Commons Preservation Society³²³ in Großbritannien, deren Nachfolgeorganisation bis heute besteht.³²⁴ Auch in Österreich lassen sich Praktiken des Naturschutzes auf das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert zurückführen. Ein bekannter Vorläufer des offensiven Umweltprotests war Josef Schöffel, der in den Jahren 1870–1892 Widerstand gegen die Zerstörung des Wienerwalds leistete. Assoziationen wie der Österreichische Naturschutzbund – ÖNB, gegründet 1913, „Die Naturfreunde in Österreich“,

³²¹ Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte (eBook, ohne Seitenzahlen).

³²² Ebd.

³²³ Großbritanniens älteste Naturschutzorganisation wurde 1865 als „Commons Preservation Society“ gegründet. Heute heißt die Organisation „Open Spaces Society“ und hat ihren Sitz in Henley-on-Thames, England.

³²⁴ Vgl. Our History - Three Key People, Open Spaces Society, online unter <<https://www.oss.org.uk/about-us/our-history/>>, (12.01.2021).

gegründet 1895, oder der „Alpenverein“, gegründet 1862, bildeten die ersten InteressensvertreterInnen für naturbewusste ArbeiterInnen und BürgerInnen.³²⁵

„Ging es den konservativen Naturschützern darum, Einzelobjekte, Arten und Denkmäler vor dem Menschen zu schützen und zu bewahren, so ging es den Sozialdemokraten um die Erschließung der Natur für die Arbeiter und um den damit assoziierten Erholungswert im Rahmen einer kulturellen Arbeiterbewegung. War diese Kulturbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts noch relativ stark, so verlor sie in den Kriegsjahren und in der anschließenden Phase der nachholenden Modernisierung weitgehend an Bedeutung in der Arbeiterbewegung, ohne gänzlich verloren zu gehen.“³²⁶

Die unterschiedlichen Sichtweisen und Traditionen der NaturschützerInnen – Radkau nennt sie die verschiedenen Arten der Naturliebe – trugen auch in den später aufkommenden Umweltbewegungen der 1970er Jahre zur heterogenen Beschaffenheit und zu Abgrenzungsversuchen ihrer VertreterInnen bei und äußerten sich etwa in Konfliktlinien hinsichtlich der Kompromissbereitschaft gegenüber politischen Lösungsvorschlägen, aber auch in den Selbst- und Fremdbildern der EinzelakteurInnen und Gruppen selbst. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Europa erneut Stimmen laut und namhafte Autoren wie der amerikanische Historiker John W. Dower oder der britische Pflanzenökologe Arthur George Tansley setzten sich für Umwelt- und Naturschutz ein. Zweifellos kennzeichnete die „ökologische Dekade“³²⁷ der 1970er Jahre jedoch ein neues Selbstverständnis in den Mensch-Natur-Beziehungen. Gehörten ökologische Fragen bis dahin eher zu den gesellschaftlichen Randthemen³²⁸, formten Publikationen wie Rachel Carsons „Silent Spring“³²⁹ aus dem Jahr 1962 und „The Limits to Growth report“³³⁰ aus dem Jahr 1972 zentrale „milestones of modern international environmentalism“³³¹ und trugen gemeinsam mit Aktionen wie dem ersten „Earth Day“ 1970 oder der Stockholm-Konferenz der Vereinten Nationen 1972 in Helsinki zu einem global gesteigerten Bewusstsein für Umwelt und Ökologie bei.³³² Anstöße für diese neuen Sichtweisen bildeten die zunehmende Kritik an neoliberalen Dogmen innerhalb der kapitalistischen Industriegesellschaften und – in Bezug auf Osteuropa – steigender Ärger über privilegierte Eliten des Staatssozialismus. Damit reiht sich die Ökologisierung unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche auch in die globalen Entwicklungstendenzen der

³²⁵ Dieter *Pesendorfer*, Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik. Von den Anfängen der Umwelt- zu einer Nachhaltigkeitspolitik: Modellfall Österreich? (Wiesbaden 2007).

³²⁶ Ebd., 49.

³²⁷ *Radkau*, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte.

³²⁸ Für einen genaueren Überblick siehe: *Simo Laakkonen*, *Viktor Pál*, *Richard Tucker*, The Cold War and environmental history: complementary fields, *Cold War History* 16, Nr. 4 (2016) 2, doi:10.1080/14682745.2016.1248544.

³²⁹ *Rachel Carson*, *Silent spring*, *Encyclopedia of Toxicology*, First Mari (Boston, New York 1962).

³³⁰ *Donella H. Meadows*, *Dennis L. Meadows*, *Randers Jorgen*, *William W. III Behrens*, *The Limits to Growth: A Report for the Cluf of Rome's Project on the Predicament of Mankind* (New York 1972).

³³¹ *Laakkonen*, *Pál*, *Tucker*, *The Cold War and environmental history: complementary fields*, 2. Vgl. auch *John McNeill*, *Something New Under the Sun: An Environmental History of the 20th-Century World* (New York 2000).

³³² Vgl. *Laakkonen*, *Pál*, *Tucker*, *The Cold War and environmental history: complementary fields*, 2. Vgl. auch *McNeill*, *Something New Under the Sun: An Environmental History of the 20th-Century World*.

1970er Jahre ein – in ein Jahrzehnt des Überganges, weshalb dieses von Reinhart Koselleck auch als „Sattelzeit“ bezeichnet wurde.³³³ Auch wenn die Naturschutzbewegungen des frühen 20. Jahrhunderts mit jenen der späteren Jahrzehnte die Absicht teilen, bestehende Werte und Logiken der Industriegesellschaft zu verändern, so unterschieden sie sich doch hinsichtlich ihrer Gesellschaftsvisionen und konkreten Zielsetzungen.³³⁴ Standen bislang der Schutz von Arten oder der Erhalt von beeindruckenden Landschaften im Blickfeld der NaturschützerInnen, wurde die Debatte nun um den „Diskurs über komplexe Nutzungsansprüche und den damit verbundenen Konflikten und ihren Akteuren“ erweitert.³³⁵ Hinterfragung und Reflektion zur Nutzung von natürlichen Ressourcen, den Grenzen des Wachstums und den negativen Folgen des technischen Fortschrittes führten auch abseits der Bewegungen zu einem veränderten Diskurs. Die geänderte Sichtweise zeigen die AutorInnen von „The Limits to Growth“³³⁶ wie folgt auf:

„Applying technology to the natural pressures that the environment exerts against any growth process has been so successful in the past that a whole culture has evolved around the principle of fighting against limits rather than learning to live with them. (...) But the relationship between the Earth's limits and man's activities is changing.“³³⁷

Vereinfacht gesagt argumentieren die AutorInnen dafür, dass der Mensch bzw. eine Gesellschaft sich eigene Grenzen des Wachstums setzen soll, anstatt solange weiterzuwachsen bis eine neue natürliche Grenze erscheint, in der Hoffnung, bis dahin eine technologische Lösung zu ihrer Überwindung gefunden zu haben.³³⁸ Durch ihr Ziel, gesellschaftlichen Wandel zu ermöglichen, wurden Umweltbewegungen zu einem Sammelbecken für AgitatorInnen des beschränkten Wachstums und der Technik-Kritik. Mit der Entstehung von Sozialen (Umwelt)Bewegungen als „New Politics“³³⁹ erhält die Ökologie als rein naturwissenschaftlicher Begriff eine Kategorie, die mit politischer Macht in Verbindung steht. Für die Umweltbewegungen im zweigeteilten Europa der 1970er und 1980er Jahre bedeutet

³³³ Vgl. Reinhart *Koselleck*, Einleitung, In: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Otto *Brunner*, Werner *Conze* (Hg.) (Stuttgart 1979) XV; Vgl. dazu ebenso: Niklas *Perzi*, Václav *Šmidrkal*, Die langen 1970er Jahre: Die Sattelzeit an der Systemgrenze zwischen „Ost“ und „West“, In: *Nachbarn. Ein Österreich-Tschechisches Geschichtsbuch*, Niklas *Perzi*, Hildegard *Schmoller*, Ota *Konrád*, Václav *Šmidrkal* (Hg.) (Weitra 2019) 265–290.

³³⁴ Vgl. *Costi*, *Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process*, 27.

³³⁵ *Pesendorfer*, *Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik. Von den Anfängen der Umwelt- zu einer Nachhaltigkeitspolitik: Modellfall Österreich?*, 50. Siehe ebenso: Harald *Payer*, *Der Nationale Umweltplan (NUP) für Österreich*. In: *Nationale Umweltpläne in ausgewählten Industrieländern*, herausgegeben von Martin *Jänicke*, Alexander *Carius*, Harald *Payer*, 121-139 (Berlin; Heidelberg; New York 1997); *Costi*, *Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process*, 26.

³³⁶ *Meadows, Meadows, Jorgen, Behrens*, *The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*.

³³⁷ Ebd., 150.

³³⁸ Vgl. ebd., 152f.

³³⁹ Vgl. *Costi*, *Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process*.

dies zwangsläufig die Provokation der damaligen Machtverhältnisse. Die Autoren Simo Juhani Laakkonen, Viktor Pál und Richard Tucker sind überzeugt, dass sich der Kalte Krieg (1946–1991) und die Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen wechselseitig beeinflussten.³⁴⁰

„On the one hand, concerns over environmental contamination or destruction called into question the meaningfulness of the Cold War itself. A growing number of people across the globe realised that the Cold War endangered not only individual freedom, democracy, and the sovereignty of states, but also the state of the environment, the existence of the human race, and even the viability of Planet Earth. On the other hand, the specific socio-political structures of the Cold War deeply affected the physical and mental environment and emergence of related ideas, ideals, organisations and activities. (...) Cold-War-dominated political discourse framed the agendas and set the parameters of policy that strongly affected the kind of environmental politics that emerged.“³⁴¹

Die historische Rekonstruktion und Analyse von Umwelt- und Protestbewegungen bildet somit nicht nur für die Umweltgeschichte, sondern ebenso für die *Cold War history* ein spannendes Terrain. Die deutsche Historikerin und Kulturwissenschaftlerin Astrid Mignon Kirchhof und der US-amerikanische Umwelthistoriker John McNeill versammeln in ihrem 2019 erschienenen Sammelband „Nature and the Iron Curtain“³⁴² mehrere Fallstudien aus kapitalistischen und kommunistischen Ländern und zeigen darin auf, wie unterschiedlich die jeweiligen lokalen Bedürfnisse, politischen Spielräume und Dynamiken von Umweltbewegungen waren. Zugleich weisen die HerausgeberInnen aber auch auf die Wichtigkeit transnationaler Perspektiven hin, indem sie die Durchlässigkeit des Eisernen Vorhanges hinsichtlich der AktivistInnen und ihrer Ideen hervorheben.³⁴³

„Despite the resonance of Churchill’s phrase, the Iron Curtain was never watertight. People, goods, and ideas seeped through. Ideas need mediators such as activists, politicians, experts, social organizations, and the media. All act as transmitting agents for relevant information, ideas, and values. But the successful transmission of ideas needs more than a mere placing of ideas into a different context. A willingness to accept new ideas and values, absorb them, and adjust them to the specific circumstances is also needed. One of the arenas in which ideas seeped, and eventually flowed, through cracks in the Iron Curtain was environmentalism and environmental policy.“³⁴⁴

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Umweltbewegungen als eine Form von Sozialer Bewegung verstanden werden können, deren AkteurInnen gesellschaftlichen Wandel hinsichtlich des Schutzes der Umwelt herbeiführen wollen, für die Reduktion oder Vermeidung von Umweltschäden eintreten und die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen fordern.³⁴⁵ Für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse sind dabei die entstehenden

³⁴⁰ Mehrere Fallstudien siehe bei: Astrid Mignon Kirchhof, John R. McNeill (Hg.), *Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945–1990* (Pittsburgh 2019).

³⁴¹ Laakkonen, Pál, Tucker, *The Cold War and environmental history: complementary fields*, 3.

³⁴² Kirchhof, McNeill, *Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945-1990*.

³⁴³ Vgl. Kirchhof, McNeill, *Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism*, 8.

³⁴⁴ Ebd.

³⁴⁵ Angelehnt an die Definition bei Oxford Reference: „Environmental movements“, Oxford Reference, online unter <<https://www.oxfordreference.com/view/10.1093/oi/authority.20110803095753651>> (22.02.2021).

Spannungsverhältnisse zwischen Gesellschaft, politischer Macht und wirtschaftlichen Partikularinteressen sowie die Beschaffenheit der Protestarenen und die Durchlässigkeit³⁴⁶ der jeweiligen (Teil)Öffentlichkeiten im Kontext eines zweigeteilten Europas.

³⁴⁶ Mehr zum Thema Durchlässigkeit des Eisernen Vorhanges bei: Włodzimierz *Borodziej*, Jerzy *Kochanowski*, Joachim *Puttkamer* (Hg.), »Schleichwege« (Köln 2010), doi:10.7788/boehlau.9783412213060.

4 Wasserkraft im Donauraum: Die Anziehungskraft des „Weißen Goldes“

4.1 Kommunistische Gigantomanie

Der Tradition des berühmten Propaganda-Ausspruchs „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“³⁴⁷ folgend bildeten Wasserkraftwerksprojekte Beispiele des „sozialistischen Aufstiegs“.³⁴⁸ Trotz permanenter Streitigkeiten über die „Leitsektoren der Industrialisierung im Speziellen und der Gesamtökonomie im Allgemeinen“³⁴⁹ feierte die UdSSR 1932 die Einweihung des ersten großen sowjetischen Wasserkraftwerkes „Wolchow“, des zu diesem Zeitpunkt größten Flusskraftwerks Europas.³⁵⁰ Unter anderem der steigende Elektrizitätsbedarf – von 1946 bis 1950 fand eine Verdopplung statt – führte zu einem beschleunigtem Ausbau der Wasserkraft.³⁵¹ Es war die rasante Entwicklung jener Jahre, die den sowjetischen Journalisten Michail Iljin kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges dazu drängte, seine „Erzählungen zur Umgestaltung der Natur“ zu verfassen und darin zu resümieren: „Die Zeiten der Freiheit für die Flüsse gehen ihrem Ende entgegen.“³⁵² Das Loblied auf die kommunistische Ingenieurskunst wurde Teil der Propaganda:

„Populärwissenschaftliche Schriften, Broschüren, Sammelbände, belletristische Veröffentlichungen, Gemälde, Plakate und Filmproduktionen halfen ihrerseits mit, den ‚Ruhm‘ der ‚Großbauten des Kommunismus‘ zu vermehren.“³⁵³

Die Energiepolitik der Sowjetunion erlebte in den späten 1950er Jahren unter dem KPdSU-Generalsekretär Nikita Sergejewitsch Chruschtschow zwar eine Kehrtwende, die auch die zusätzliche Elektrizitätsgewinnung durch andere Energieformen, etwa durch Wärme- und Kondensationskraftwerke vorsah, nichtsdestotrotz setzte man im Kalten Krieg mit Blick auf die Systemkonkurrenz auf die kommunistischen Wassergiganten:³⁵⁴

³⁴⁷ Hannes *Leidinger*, Lenins Traum, In: Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Wien 2012) 164.

³⁴⁸ Ebd., 165.

³⁴⁹ Ebd., 169.

³⁵⁰ Vgl. ebd., 165. Sowie: Fedor Ja. *Nesteruk*, Razvitie gidroenergetiki SSSR (Moskau 1963).

³⁵¹ *Leidinger*, Lenins Traum, 179.

³⁵² Vgl. Martin *Schmid*, Ortrun *Veichtlbauer*, Hubert Christian *Ehalt* (Hg.), Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, Österreich-Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive, 19. Aufl. (Wien 2007) 28f; zitiert aus: Michail *Iljin*, Berge und Menschen. Erzählungen von der Umgestaltung der Natur (Wien 1946) 157.

³⁵³ *Leidinger*, Lenins Traum, 180; zitiert aus: Nikolaj Stepanovič *Černyh*, Očerki istorii Kujbyševskoj organizacii KPSS (1967) 518; Zu den stalinschen Großbauten siehe die umfangreiche Studie: Klaus *Gestwa*, Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus, Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus (Oldenbourg 2010) 256-57. u. 262-280, doi:10.1524/9783486707250.

³⁵⁴ *Leidinger*, Lenins Traum, 172.

„Über Dekaden förderte der Wettlauf der Supermächte solcherart eine obsessive Fixierung russischer Eliten auf das ‚Land der unbegrenzten Möglichkeiten‘. Großsprecherisch glaubte Moskau mit der Entstehung der Hydrogiganten die Vorzüge des eigenen planwirtschaftlichen Konzeptes gegenüber den US-Experten hervorheben zu müssen. Nur im ‚Arbeiterparadies‘ ließen sich, signalisierte man Washington, großräumige Aktionen durchführen, riesige Flächen für Dämme und Stauseen opfern und unzählige Haushalte ohne Massenprotest und juristische Auseinandersetzungen umsiedeln.“³⁵⁵

Auch wenn die Schiffbarmachung der mittleren Donau nach der Zweiteilung Europas für die Sowjetunion militärische Vorteile mit sich bringen würde, stellt Arnošt Štanzel in seiner Studie auf Basis der Aktenlage im Prager Nationalarchiv fest, dass vor allem die Energienutzung und der Hochwasserschutz zentrale Beweggründe für die Wasserkraftwerk-Projekte nach 1945 bildeten.³⁵⁶

„In der ersten Zentralkomiteesitzung der KSČ zur geplanten Nutzung der Donau im Jahr 1951 hat Wasserkraft die wichtigste Rolle inne: ‚Die Bedeutung der Wasserbauwerke auf der Donau aus einer gesamtstaatlichen Perspektive liegt darin, dass die Energieproduktion aus dem Wasser der Donau ungefähr ein Drittel der Produktion in der ganzen ČSR umfasst.‘“³⁵⁷

Die künftige Energienot in der Tschechoslowakei wurde in den 1950er Jahren so hoch eingeschätzt, dass sogar kurzzeitig überlegt wurde, das Staustufen-Projekt GNV vollständig auf eigenem Territorium durchzuführen und damit auch einen bilateralen Konflikt mit Ungarn in Kauf zu nehmen. Vor allem der rohstoffarme slowakische Teil sei auf die Energie der Wasserkraft angewiesen.³⁵⁸ Überhaupt schienen die tschechoslowakischen Ingenieure keinen Gefallen an der Zweiteilung Europas zu finden. Der Technikhistoriker Jiří Janáč zeigt anhand der Planung des Donau-Oder-Elbe-Kanals (DOE) auf, wie die Kanal- und KraftwerksplanerInnen an der Idee eines gesamteuropäischen Wasserstraßennetzes festhielten, so als gäbe es keinen Kalten Krieg.

„Despite the victorious march of sovietization and ensuing division of the continent into two halves, as epitomized by the Comecon waterway integration scheme, Czechoslovak engineers on the DOE project never abandoned the ideal scenario of a pan-continental waterways network. They tended to ignore the political barrier of the Iron Curtain that was threatening to detach their dream project from one of the three seas it once boasted to connect.“³⁵⁹

In Ungarn reichen die Ideen und ersten Pläne einer Wasserkraft-Nutzung entlang der Donau bis in die Vorkriegszeit zurück. Bereits um 1911/1912 entstanden Pläne zur Nutzung der Donau bei Moson und Soroksár. Auch das Potenzial des Karpatenbeckens wurde untersucht. Die Friedensverträge von Trianon (1920) schoben diesen ersten Plänen jedoch vorerst einen Riegel vor. Nun lag der Großteil des Potentials an Wasserkraft außerhalb des ungarischen Territoriums. Den Interpretationen der Tschechoslowakei zufolge besagte Teil II der

³⁵⁵ Ebd., 183; zitiert aus: *Gestwa*, Die Stalinschen Großbaut. des Kommunismus, 479.

³⁵⁶ Vgl. *Štanzel*, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 131f.

³⁵⁷ Ebd., 132.

³⁵⁸ Vgl. ebd.

³⁵⁹ *Janáč*, *European Coasts of Bohemia: Negotiating the Danube-Oder-Elbe Canal in a Troubled Twentieth Century*, 181.

Friedensverträge, in dem die Häfen, Wasserstraßen und Zugstrecken geregelt werden, dass der Nachfolgestaat das alleinige Recht auf Nutzung der Wasserkraft der Donau auf der Länge des Grenzflusses habe.³⁶⁰ Die Möglichkeit eines gemeinsamen Projektes konkretisierte sich schließlich in den 1950er Jahren. Anlässlich des 125-jährigen Bestehens der Ungarischen Akademie der Wissenschaften schlug der deutsch-ungarische Wasserbauingenieur Emil Mosonyi den Bau eines Wasserkraftwerks in Visegrád vor. Er forderte Gespräche mit der Tschechoslowakei, um das Potenzial von Wasserkraftwerken an der gemeinsamen Donau zu untersuchen.³⁶¹ 1951 wird schließlich in Visegrád ein Planungsbüro für Wasserkraft (Víztervező Iroda – Viti) gegründet. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung eines Abkommens zur zwischenstaatlichen Nutzung des gemeinsamen Donauabschnittes. Lange bevor die Pläne für Visegrád umgesetzt werden sollten, wurde 1954 der Tiszalök-Damm an der Theiß unter der Leitung von Mosonyi fertiggestellt.³⁶² Der Staudamm galt als Meilenstein des ersten Fünfjahresplans der Volksrepublik (1950–1954). Für die Konstruktion holte sich Ungarn sowjetische Ingenieurexpertise. L.A. Eliava, der den Mtkvari-Staudamm in Georgien entwarf, nahm an der Konferenz „A Dunai és tiszai vízlépcsők létesítésének hidrologia kérdései“ (Hydrologische Fragen für den Bau der Donau- und Theißdämme) im Juni 1951 Teil und gab sein Urteil zum Staudambau ab. Auch beim Tiszalök-Staudamm kam es zu schweren Umweltschäden im Nordosten Ungarns, nicht zu vergessen das menschliche Leid, das die Gefangenen des ungarischen Arbeitslagers Tiszalök (1951–53) erfahren mussten.³⁶³

Energiewirtschaftlich gesehen nimmt die Wasserkraft eine vergleichsweise kleine Rolle in Ungarn ein. Eine Studie aus dem Jahr 1992 zu alternativen Energiequellen verzeichnet eine Gesamtkapazität der ungarischen Kraftwerke von 7062 Megawatt (MW). Während 2885 MW auf Öl- und Gasverbrennung, 2087 MW auf Kohle und 1840 MW auf nukleare Energie zurückzuführen ist, kommen lediglich 48 MW von Wasserkraftwerken.³⁶⁴ Ungarn war und ist energiewirtschaftlich stark von Einkäufen aus dem Ausland abhängig. Im Betrachtungszeitraum wurden jährlich 28 Prozent des Bruttostromverbrauchs importiert.³⁶⁵ Schon in den 1970er und 1980er Jahren entfiel ein Großteil der Investitionen auf den

³⁶⁰ Baló, Lipovecz, Tények könyve [Buch der Tatsachen]; Treaty of Trianon (1920), online unter <https://wwi.lib.byu.edu/index.php/Treaty_of_Trianon>.

³⁶¹ Vgl. Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 187; Baló, Lipovecz, Tények könyve [Buch der Tatsachen].

³⁶² Vgl. Baló, Lipovecz, Tények könyve [Buch der Tatsachen].

³⁶³ Vgl. No Name (N.N.), Internment Camp, Tiszalök (1951–1953), Labour camps, online unter <<https://munkataborok.hu/en/tiszalok/>>, (12.01.2021).

³⁶⁴ 202 MW entfallen auf Gasturbinen mit offenem Kreislauf. Vgl. P. Dörfner, J. Hoffer, Assessment of alternative electricity system expansion strategies for Hungary, In: Electricity, health and the environment: Comparative Assessment in support of decision making (Wien 1996) 699.

³⁶⁵ Vgl. ebd., 700.

Energiesektor. Im Vergleich dazu investierte das Land bedeutend weniger in seine Industrie. Ungarns Wirtschaft konnte mit jener seiner sozialistischen Nachbarstaaten wie Polen und der Tschechoslowakei nicht mithalten.³⁶⁶ Andererseits hatte Ungarn aufgrund seiner vergleichsweise geringen Abhängigkeit von Kohle den Vorteil, geringere Umweltverschmutzung in Form von Kohlenstoffdioxid-Ausstößen zu verbuchen.³⁶⁷ Fragen der Umweltverträglichkeit bildeten bereits vor GNV Anlass zum bilateralen Austausch zwischen Österreich und Ungarn. So untersuchte Österreich die ökologischen Auswirkungen der Braunkohle-Lagerstätte in Torony. Ungarn befürchtete, dass die „österreichischen Ansprüche (besonders was die Reaktion der umliegenden Bevölkerung betrifft)“ zu hoch wären und es zu einem „Fall Zwentendorf II“ kommen könnte.³⁶⁸ Bessere Anknüpfungspunkte sehe Ungarn im Stromhandel zwischen den beiden Ländern. In einer Studie zur Energiewirtschaft Ungarns aus dem Jahr 1981³⁶⁹ kommt der Autor Bálint Balkay zum Schluss:

„Die bisherige Entwicklung der Ost-West-Beziehungen im Energiesektor läßt vermuten, daß die Energiebezüge des Westens aus dem RGW-Raum auch in Zukunft ansteigen werden (...). Bei einem Zustandekommen und Ausbau der Ost-West Kooperation bietet sich Österreich als natürliches Komplementär-Transitland von Ungarn an.“³⁷⁰

Dies zeigt, dass nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn Interesse an einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation im Energiesektor hatte. Zugleich rät der Autor aufgrund der Abhängigkeit von teurem Weststrom, die Westimporte zu verringern sowie Energie in Ungarn einzusparen.³⁷¹ Der Autor fasst zudem die energiepolitische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte zusammen.³⁷² Während das Energiekonzept Ungarns von 1964 noch dem „Prinzip der Substituierung von Kohle durch Kohlenwasserstoffe“ folgte, fokussierte sich das Energiekonzept von 1979 auf die Vernachlässigung von Kohlenwasserstoffen zugunsten der Atomenergie und der Kohle. Balkay äußerte auch Kritik daran, die Folgen der Ölkrise 1973 unterschätzt zu haben.³⁷³ Hinsichtlich der Wasserkraft sei Ungarns Potential als gering einzuschätzen. Im Vergleich zu thermischen Kraftwerken seien Wasserkraftwerke unwirtschaftlich, so der Studienautor. Die Staudämme des GNV-Projektes bezeichnet er als „Nebenprodukte eines Projektes (...), dessen Hauptzweck die erhöhte Schiffbarkeit der Donau sein soll.“³⁷⁴ Tatsächlich bildete die Schiffbarmachung der mittleren Donau ein wichtiges

³⁶⁶ Vgl. Samuel Jr. *Hale*, *Economic Restructuring in Hungary: Environmental Implications and Policy Choices* (Wirtschaftsuniversität Wien 1994) A-2f.

³⁶⁷ Vgl. ebd., A-4.

³⁶⁸ Vgl. Bálint *Balkay*, *Die Energiewirtschaft Ungarns* (Wien 1981) 38.

³⁶⁹ Vgl. *Balkay*, *Die Energiewirtschaft Ungarns*.

³⁷⁰ Ebd., 39.

³⁷¹ Vgl. ebd., 35.

³⁷² Vgl. ebd., 14.

³⁷³ Vgl. ebd., 13f.

³⁷⁴ Ebd., 8.

Argument der BefürworterInnen des Donaukraftwerkprojektes. Die Industrialisierung der damaligen Ostblockstaaten hatte in den 1930er bis 1960er Jahren zu einem starken Ansteigen der Transportmenge auf der Donau (Erz und Kohle aus der UdSSR) geführt.³⁷⁵ So wie der Rhein-Main-Donaukanal erst die Gründung der Hermann-Göring-Werke³⁷⁶ und damit die gemeinsame Verhüttung von Ruhrkohle und Erz aus dem Erzberg ermöglichte, sollte auch GNV die Wasserstraße Donau deutlich aufwerten.³⁷⁷ Anzumerken ist, dass selbst bei Großprojekten stalinistischen Ursprungs wie GNV grenzübergreifender Wissenstransfer auf Seiten der IngenieurInnen eine bedeutende Rolle einnahm. Die PlanerInnen orientierten sich somit nicht nur an den Megabauten der UdSSR, sondern blickten über die Systemgrenzen hinaus auch zum Columbia River sowie zum Nil.³⁷⁸ Die Trennlinien verliefen hier auf Ebene der Planung weniger zwischen Ost und West, sondern zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Kraftwerksprojekte.

„So unterstützten teils Manager aus Österreich sozialistische Großprojekte hinter dem Eisernen Vorhang, Gengnerinnen und Gegner in der Alpenrepublik wie auch in der Tschechoslowakei hingegen beriefen sich auf gemeinsame ökologische, fortschrittskritische Standpunkte, die im globalen Kontext der weltweit agierenden Bewegung gegen große Staudämme standen.“³⁷⁹

GNV wie auch das Eiserne Tor seien demnach „weniger stalinistische als vielmehr hochmoderne Projekte“ waren.³⁸⁰ Diese These lässt sich laut Arnošt Štanzel auch am Fall der Tschechoslowakei beweisen.

„In der Tschechoslowakei orientierten sich die kommunistischen Politikerinnen und Politiker und vor allem die an den Planungen beteiligten Experten weitaus weniger an den sowjetischen Beispielen, sondern vertrauten vielmehr auf die eigenen Berechnungen und Studien – auch wenn diese vor allem Verzögerungen für das Projekt [GNV] zur Folge hatten. Dies lag wohl auch an der unterschiedlichen Position der Wasserbauexperten in beiden Ländern. In den 1960er Jahren wollte der Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistinnen und Kommunisten Antonín Novotný die Wasserbauexperten am liebsten einsperren, um von ihnen endlich eine Entscheidung präsentiert zu bekommen. Die Stellung der Experten blieb über vierzig Jahre sehr stark (...).“³⁸¹

4.2 Zur Konstruktion des Wasserkraftlandes Österreich

Die ersten Vorschläge eines Donaukraftwerks reichen bis 1880 zurück. Österreich-Ungarn konnte bei der Nutzung von Wasserkraft mit dem deutschen Kaiserreich, Frankreich und

³⁷⁵ Bernd H. Kortschak, Rhein-Main-Donau-Kanal. Ein Traum ist Wirklichkeit, Der Donauraum, Nr. 4 (1993) 43.

³⁷⁶ Dieser Begriff steht vereinfachend für die Reichswerke Hermann Göring, ein Konzern, der unter dem nationalsozialistischen Regime u.a. die Reichswerke AG Linz umfasste. Nach 1945 wurden die Stahlwerke in die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (VÖEST) umgewandelt.

³⁷⁷ Kortschak, Rhein-Main-Donau-Kanal. Ein Traum ist Wirklichkeit, 34.

³⁷⁸ Vgl. Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 316.

³⁷⁹ Ebd., 316f.

³⁸⁰ Ebd., 316.

³⁸¹ Ebd.

insbesondere den USA „aufgrund der autoritären politischen Rahmenbedingungen“³⁸², der ökonomischen Rückständigkeit und der schwierigen Kapitallage nicht mithalten. Auch wenn sich die Wasserkraftanlagen der Elektrizitätswirtschaft vergleichsweise nur langsam entwickelten, wurden in der Monarchie 21 Großkraftwerke gebaut.³⁸³ Für die 1918 gegründete Republik Deutschösterreich galt das Wasserkraftpotential der jungen Republik als Hoffnungsträger. Durch den Zerfall der Habsburgermonarchie herrschte akute Kohlennot. Das „Fesseln der Wasserkräfte“, angelehnt an den Slogan der „Arbeiter-Zeitung“ vom 27. Dezember 1918, sollte Beschäftigungsmöglichkeiten und bessere Luft bringen sowie die Umwelt schützen.³⁸⁴ Schon damals wurde die Wasserkraft von VertreterInnen der Politik und Wirtschaft als „weiße Kohle“ bezeichnet.³⁸⁵ Der Wasserkraftenthusiasmus sollte auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nachlassen. Ein Grund für das „Wasserkraft-Fieber“ am Beginn der Zweiten Republik lag im Energieengpass, der nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Ostösterreich erheblich war.³⁸⁶

„So kristallisierten sich die Erzeugung von elektrischer Energie verbunden mit dem Ausbau der heimischen Wasserkräfte sowie die Schaffung eines überregionalen Verbundnetzes zum Hauptanliegen der Energiewirtschaft der Ersten Republik heraus; noch dazu, weil es galt, Industrieproduktion und landwirtschaftlichen Ertrag zu heben, um die wirtschaftliche Not der ersten Nachkriegsjahre einigermaßen abfangen zu können. Außerdem argumentierten die Entente-Mächte auf geäußerte Zweifel an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs durch das Fehlen geeigneter Energieträger mit der vorhandenen Möglichkeit, die Wasserkräfte des Landes auszubauen.“³⁸⁷

1947 wurde mit dem 2. Verstaatlichungsgesetz der Verbundkonzern gegründet (1988 wieder teilprivatisiert). Der „Technikenthusiasmus“ zeigte sich etwa in der Festschrift der Tauernkraftwerke AG aus dem Jahr 1951, in dem von der „weißen Kohle“ die Rede ist, „an dem es mit Österreich als Volk wieder aufwärtsgeht!“³⁸⁸ SPÖ-Verkehrs- und Verstaatlichungsminister Karl Waldbrunner bezeichnete das durch den Spatenstich von Hermann Göring persönlich und durch die Einsetzung von mehr als 10.000 Kriegsgefangenen „historisch belastete“ Kraftwerk in Kaprun als „Nationalheiligtum“.³⁸⁹

³⁸² Oliver Rathkolb, Einleitung, In: Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft: Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Kremayr & (Wien 2012) 22.

³⁸³ Vgl. Ebd.; Vgl. ebenso: Hufschmied, „Weißes Gold“ in der Donaumonarchie, 49.

³⁸⁴ Vgl. Hufschmied, „Weißes Gold“ in der Donaumonarchie, 86.

³⁸⁵ Ebd.

³⁸⁶ Andreas Kuchler Oliver Rathkolb, Hannes Leidinger, Richard Hufschmied, Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft : Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Wien 2012); Vgl. dazu auch ein Online-Interview mit dem Co-Autor Andreas Kuchler: *N.N.*, Faszination Wasserkraft, online unter <<https://www.verbund.at/de-at/artikel/2012/06/19/kuchler-geschichte-buch-interview>>, (12.01.2021).

³⁸⁷ Stefan Karner, Der Kampf zwischen „weißer“ und schwarzer Kohle. Zu den Anfängen einer gesamtsteirischen Elektrizitätswirtschaft, *Blätter für Heimatkunde* 51 (1977) 123.

³⁸⁸ Schmid, *Veichtlbauer*, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 32; Vgl. auch: Johann Götz, Die Hauptstufe des Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun der Tauernkraftwerke A.G. (Zell am See 1951) 21.

³⁸⁹ Vgl. Schmid, *Veichtlbauer*, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 35.

„Elektrizität selbst hat eine dramatische Karriere von einer Kuriosität zu einer unser Alltagsleben vollständig verändernden Technologie genommen; sie wurde zu einem – für die janusköpfige Moderne typischen – Machtinstrument. Die gemeinsame Inszenierung von Funktionalität und Symbolkraft ermöglichte ihre Etablierung: Elektrifizierung wurde prototypisch mit der Idee eines gesellschaftlichen Fortschritts verbunden. Das neue elektrische Licht galt als *die* [Hervorhebung im Original] Chiffre der Moderne und Garant der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse unabhängig von ideologischen Systemen: Roosevelts New Deal, dessen Tennessee Valley Authority (TVA) den Ausbau des Tennessee-Flusses betrieb, sowie das während des Stalinismus erbaute monumentale Wasserkraftwerk Dneproges bei Saporoshje am Dnepr stehen für einen Umgang mit Natur, in dem deren Bezwingung auch das Bewusstsein von Gemeinschaft befördern sollte.“³⁹⁰

Die Macht der Elektrizität war aber auch späteren österreichischen AkteurInnen sehr bewusst. Der damalige Verbund-Chef Walter Fremuth vertrat eine Vision, in der er Österreich als „Stromdreh Scheibe Europas“ positionieren würde.³⁹¹ Um diesen Traum zu verwirklichen mussten neue, leistungsstarke „Stromautobahnen“ entstehen, die ohne große Schwankungsunterschiede die Netze verbinden würden. Ziel war es 380kV-Höchstspannungsleitungen zu installieren und somit das UCPT-Netz des Westens³⁹² mit den „Staaten hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘“ zu verbinden.³⁹³ Seine Idee zur Beteiligung der DOKW an dem Kraftwerksprojekt GNV wurde auch im Kanzleramt wohlwollend unterstützt. „Zu bemerken bleibt, dass Dr. Kreisky schon knapp vor und dann besonders während seiner Regierungszeit Gedanken im Rahmen seiner Zielvorstellung von einer Détente zwischen West und Ost als eines der Ziele der verstärkten friedlichen Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und naturgemäß Österreich mit den Oststaaten, insbesondere auch mit der UdSSR öffentlich und international geäußert hatte. Dies kam meinen Teilplänen für die elektrische Energie selbstverständlich sehr zu gute“, berichtet Fremuth in seiner Autobiografie.³⁹⁴

Zu wegweisenden Kontinuitäten im Bereich der Elektrizitätswirtschaft und damit auch der Wasserkraft gehört die komplexe Struktur der Kompetenzen, welche sich auf die Gründung der Ersten Republik zurückführen lässt. Damalige Machtkämpfe zwischen Ländern und Bund führten dazu, dass das 1920 verabschiedete Bundesverfassungsgesetz die meisten Kompetenzen den Ländern zusprach und das Bundeskanzleramt in einer „Beobachterrolle“ beließ.

„Der tatsächliche Ausbau der Wasserkräfte und damit eine Umstrukturierung der Elektrizitätswirtschaft wurde einerseits von den Ländern durch Gründung von vorwiegend gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaften in Angriff genommen, wobei das Hauptinteresse an der Beteiligung von ausländischem

³⁹⁰ Ebd., 26–27.

³⁹¹ Walter Fremuth, *Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter* (Wien 2012) 373.

³⁹² Die *Union pour la coordination de la production et du transport de l'électricité (UCPTE)* ist ein ehemaliger Verbund mehrerer bis 1987 vor allem westeuropäischer Länder, der den Betrieb und Ausbau des grenzübergreifenden Stromnetzes koordinierte.

³⁹³ Fremuth, *Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter*, 373.

³⁹⁴ Ebd. f.

Kapital lag, damit verbunden in der Zurückdrängung aller Sozialisierungstendenzen und somit auch aller Ansätze zu einer bundeseinheitlichen Planung.“³⁹⁵

Die Pläne zum Ausbau der Wasserkraft mussten aufgrund der 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise auf Eis gelegt werden. Obwohl erste Ansätze bereits in den späten 1940er Jahren gemacht wurden, sollte es Jahrzehnte dauern, bis schließlich in den 1970er Jahren der österreichische „Energieplan 1976“ (eine Erstfassung wurde bereits 1975 veröffentlicht) auf den Tisch gelegt wurde. Ein wichtiger rechtlicher Schritt war zudem das Energieförderungsgesetz (BGBl. Nr. 567/1979), welches 1979 verabschiedet wurde.³⁹⁶ In der ArbeitnehmerInnen-Zeitschrift zu „20 Jahre 2. Republik“ (1965) findet sich ein Beitrag von Franz Hintermayer, einem seit den 1940er Jahren einflussreichen Experten³⁹⁷ für Elektrizitätswirtschaft zur Geschichte und Zukunft dieses „für den Fortgang des nationalen Lebens“³⁹⁸ so wichtigen Sektors. Der enorme Strommangel der Nachkriegszeit konnte u.a. mithilfe des Lastverteilungsgesetzes von 1946 bis zum Jahr 1952 weitgehend überwunden werden. Wegweisend für die Elektrizitätswirtschaft der Zweiten Republik sollte auch die Neuordnung des Verbundbetriebes werden. Mit dem 1947 verabschiedeten Zweiten Verstaatlichungsgesetz (BGBl. Nr. 81/1957) entstanden auch die Landesgesellschaften, denen in der Folge die Stromversorgung der Bundesländer obliegt. Der Verbundkonzern, welcher sich aus der Verbundgesellschaft und mehreren Sondergesellschaften, darunter auch die Donaukraftwerke, Wien (DoKW) zusammensetzte, war für den Bau und Betrieb der Großkraftwerke sowie für das Verbundnetz zuständig. Während die Sondergesellschaften also für die Konzeption, den Bau und den Betrieb der Kraftwerke und Kraftwerksgruppen in ihren regionalen Zuständigkeitsbereichen verantwortlich zeichneten, kümmerte sich die als Ganzes dem Bund gehörende Verbundgesellschaft u.a. um die Erweiterung des Netzwerkes und verteilte den Strom an die Landesgesellschaften und Großverbraucher. Diese föderale Teilung der Aufgabenbereiche wird von Hintermayer als „Organisationsproblem“ bezeichnet.³⁹⁹ Auch für Stromexporte war die Verbundgesellschaft allein verantwortlich während die Elektrizitätswirtschaft in den 1950er Jahren vorwiegend jene Projekte, welche im Krieg begonnen wurden, fertigstellte. Hierzu zählte u.a. die Fertigstellung des Grenzkraftwerks Braunau am Inn, das von der Sondergesellschaft Österreichisch-Bayrische Kraftwerke (ÖBK)

³⁹⁵ Wilhelm *Frank*, Zur Geschichte der Energieplanung in Österreich, *Wirtschaft und Gesellschaft* 8, Nr. 2 (1982) 238.

³⁹⁶ Vgl. *Frank*, 261-64.

³⁹⁷ Hintermayer war u.a. Direktor der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG und Vorstandsmitglied verschiedener einschlägiger Gesellschaften, darunter auch die Donaukraftwerke AG.

³⁹⁸ Franz *Hintermayer*, Die österreichische Elektrizitätswirtschaft - Vergangenheit und Zukunft, *Arbeit und Wirtschaft* 19, Nr. 4 (1965) 9.

³⁹⁹ *Ebd.*, 13.

gebaut wurde. Mit dem ersten sogenannten „Fünf-Jahres-Plan“ (1955-1959) der Verbundgesellschaft sollte schließlich die Bautätigkeit strategisch vorangetrieben werden.⁴⁰⁰ In dieser Zeit entstand u.a. das Grenzkraftwerk Jochenstein (Donaukraftwerk Jochenstein). Zwischen 1960 und 1964 erfolgte der zweite Fünfjahresplan (u.a. das Flusskraftwerk Aschach). Die Anforderungen an das Stromnetz stiegen: „Der rasche Anstieg von Erzeugung, Inlandverbrauch und Stromaustausch mit dem Ausland macht nebst dem ununterbrochenen Kraftwerksausbau auch eine laufende Erweiterung des *Verbundnetzes* [Hervorhebung im Original] nötig,“ so Hintermayer.⁴⁰¹ Während die Atomkraft in das Ausbauprogramm bis 1970 nicht aufgenommen wurde, zählte der rasche Ausbau der Wasserkraft in diesen Jahren zu einem vorrangigen Ziel der Elektrizitätswirtschaft.

„Realisiert ja der Ausbau eine ‚ewige‘ Energiequelle, das heißt, praktisch kann ein Wasserkraftwerk auf Bestandsdauer wirtschaftlich, bei verschwindend kleinen Betriebskosten, arbeiten. Dabei haben Wärmekraftwerke nur eine relativ kurze Lebensdauer, bei sehr großen und mit der Geldentwertung ständig ansteigenden Betriebskosten. Daher erben Wasserkraftwerke, auf ihre Lebenszeit gerechnet, niedrigere Stromkosten als Dampfkraftwerke.“⁴⁰²

Zudem merkt Hintermayer an, dass es sich lohne, nach Fertigstellung eines Großkraftwerkes aufgrund des plötzlichen Leistungs- und Erzeugungszuwachs ein paar Jahre lang Strom zu exportieren und diesen durch niedrig verzinsten Auslandskrediten vorteilhaft auszugleichen.⁴⁰³ Nachdem weder das Atomkraftwerk Zwentendorf, noch das Wasserkraftwerk bei Hainburg in Betrieb genommen werden konnten, bestand aus österreichischer Sicht hohes Interesse an Stromimporten aus Osteuropa. Walter Fremuth, seit 1979 Generaldirektor der Verbundgesellschaft, zu der auch die Donaukraftwerke als Sondergesellschaft gehörten, schilderte die Situation Ende der 1970er Jahre wie folgt:

„Die bedeutendsten Problemkomplexe, denen ich mein ganzes Nachdenken widmen musste, bestanden in der inneren Rationalisierung und in den Geschäftsplänen für Stromabnahme, Stromdurchleitung, Stromexport und -import sowie allem voran die Bedarfsdeckung für Österreich, die eine zwangsläufige Deckungslücke für die nähere Zukunft angesichts der Nichtinbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf aufwies – immerhin fielen auf der Stromaufkommenseite ja 720 MW (etwa 5 % der geplanten installierten Leistung) aus – und dafür galt es schnellstens Ersatz zu schaffen.“⁴⁰⁴

Sowohl bei der erfolgten Kapitalumschichtung von den Sondergesellschaften zur Verbundgesellschaft, als auch bei Projekten und Verhandlungen ausländischer Investitionen kamen Fremuth seine exzellenten Kontakte zu Gute. In seiner Autobiografie wies er mehrmals auf das „äußerst innige Freundschaftsverhältnis“ mit Josef Staribacher hin, der von 1970 bis 1983 als Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie tätig war. „In der darauffolgenden

⁴⁰⁰ Ebd., 9.

⁴⁰¹ Ebd., 12.

⁴⁰² Ebd., 14.

⁴⁰³ Ebd., 12.

⁴⁰⁴ *Fremuth, Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter*, 369.

Periode [ab 1983, Anm. der Verf.] standen [wir] in Wahrheit alleine da [hier sind vor allem die innerösterreichischen Wasserkraftwerksprojekte gemeint]“.⁴⁰⁵ Die erwartete Deckungslücke sollte durch den Ausbau von Kraftwerken, aber auch durch den Netzausbau ausgeglichen werden. Bei dem bereits erwähnten Ziel, Österreich zu einer Stromdrehscheibe in Europa zu machen,⁴⁰⁶ sollte Ungarn eine wichtige Rolle einnehmen. Das Nachbarland sollte an das „Westnetz“ anschließen und gegen eine Durchlieferungsgebühr Strom zwischen der UdSSR und Österreich – quasi als „Inselbetrieb“ – liefern. Nach einem erfolgreichen ersten Gespräch mit dem Energieexperten und sowjetischen Botschafter in Wien Michail Jefremow reiste Fremuth im November 1979 nach Moskau und traf u.a. den für Elektrizitätswirtschaft zuständigen Minister Pjotr Neporoschny sowie Außenwirtschaftminister Nikolai Patolitschew.⁴⁰⁷ Das Ergebnis daraus war ein Stromtauschvertrag im Umfang von rund einer Milliarde Kilowattstunden über mehrere Jahre Laufzeit, bis er von Fremuths Nachfolger im Jahr 1995 schließlich gekündigt wurde (mit Einbeziehung eines neuen Annexes nach der Zerfall der UdSSR).⁴⁰⁸

„Sowohl zur Erleichterung der Abwicklung dieses Stromtauschvertrags, aber insbesondere mit Blickrichtung auf die für die Nagymaros-Verträge zu gewärtigenden Stromlieferungen aus Ungarn war zwischen der Verbundgesellschaft und der staatlichen ungarischen MVMT (quasi die ungarische Verbundgesellschaft) ein Vertrag über die Errichtung einer 380-kV-Leitung vom Umspannwerk Wien-Südost ‚Oberlaa‘ [...] vertraglich vereinbart worden.“⁴⁰⁹

Neben Vortragstätigkeiten zur Marktwirtschaft, standen in Folge dieser Beziehungen auch Besuche in sowjetischen Kraftwerksanlagen auf Fremuths Programm, darunter das Kraftwerk Bratsk in Sibirien sowie Kraftwerke in Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan. Auch Gespräche mit ukrainischen, tschechischen und polnischen VertreterInnen der Elektrizitätswirtschaft folgten. Fremuth initiierte zudem – allerdings dann schon nach 1989 – eine Konferenz in Győr, bei der er sich in seinen Eröffnungsworten für die Integration der Netze aussprach. Ziel war ein „Stromverbund zwischen uns (und damit von Mittel-, Ost- und Westeuropa)“.⁴¹⁰ Die guten Kontakte Fremuths zu Ungarn sollten sich auch beim Projekt GNV lohnen.

Hohe Importabhängigkeit im Zuge der Ölkrise der 1970er Jahre (1973, 1979) bei steigendem Energiebedarf sowie das Argument der Konkurrenzfähigkeit bildeten die zentralen Beweggründe der österreichischen Energiewirtschaft.⁴¹¹ So wie die Wirtschaftsleistung stieg

⁴⁰⁵ Ebd., 397.

⁴⁰⁶ Vgl. ebd., 373.

⁴⁰⁷ Vgl. ebd., 378.

⁴⁰⁸ Vgl. ebd., 381f.

⁴⁰⁹ Ebd., 382.

⁴¹⁰ Ebd., 390.

⁴¹¹ Vgl. *N.N.*, *Wirtschaftsspiegel, Arbeit und Wirtschaft*, Nr. 1 (1988) 44.

auch der Energieverbrauch Österreichs in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik enorm, nämlich von 1955 bis 1973 um 139 Prozent. Das Land war zunehmend von Importen abhängig. Doch während Energieträger wie Erdöl, Erdgas und Steinkohle Mitte der 1970er Jahre zusätzlich eingeführt werden mussten, verzeichnete die Bilanz bei elektrischem Strom (noch) einen Exportüberschuss.⁴¹² Österreich sah angesichts der großen Einfuhren an Energieträgern einer belasteten Zahlungsbilanz entgegen, die den ExpertInnen vor allem aufgrund der steigenden Ölpreise Sorgen bereitete. Eine Alternative zu den Importen schien in den 1970er Jahren jedoch nicht sichtbar. Der 1963 von den österreichischen Sozialpartnern gegründete „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“⁴¹³ verfasste mehrere Gutachten und Studien zur energiewirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Neben der Hoffnung auf Erschließung neuer inländischer Lagerstätten an Kohle und Kohlenwasserstoffe stand auch der Ausbau der Wasserkraft zur Diskussion.⁴¹⁴ In ihrem Bericht zu „Kurz- und mittelfristige[n] Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung“ (1978) wiesen die AutorInnen im Hinblick auf das Wasserkraftpotential Österreichs darauf hin, dass im „Wasserkraftland“ lediglich ca. sechs Prozent der Energiebilanz der Wasserkraft zuzuschreiben seien. Als Schlussfolgerung befürworteten sie vor allem den Ausbau von Laufkraftwerken. Dennoch warnten die ExpertInnen davor, dass selbst ein derartiger Ausbau nicht das Problem der steigenden Energieimporte und damit der Zahlungsbilanz lösen würde.⁴¹⁵ Bereits zwei Jahre später, in einer Studie von 1980, schreibt das Gremium der „Ausschöpfung des Wasserkraftpotentials“ im Zuge der inländischen Energieerzeugung besondere Bedeutung zu.⁴¹⁶ Nicht unwesentlich scheint bei dieser Kursänderung der Fall Zwentendorf⁴¹⁷ und die damit einhergehende Absage

⁴¹² Beirat für Wirtschafts- und *Sozialfragen*, Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung (Wien 1978) 139ff.

⁴¹³ Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen wurde 1963 auf Basis einer informellen Vereinbarung der vier großen österreichischen Sozialpartnervverbände ins Leben gerufen. Er versteht sich als Kompetenzzentrum der österreichischen Sozialpartnerschaft mit der Hauptaufgabe der wissenschaftlich fundierten Politikberatung. Der Beirat setzt sich aus Expertinnen und Experten der vier Sozialpartnerorganisationen zusammen: der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), der Bundesarbeitskammer (BAK), der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ) und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB). Vgl. Webseite der Sozialpartner, online unter <<https://www.sozialpartner.at/>>, (16.07.2020).

⁴¹⁴ Vgl. *Sozialfragen*, Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung, 144.

⁴¹⁵ Vgl. ebd., 148.

⁴¹⁶ Beirat für Wirtschafts- und *Sozialfragen*, Bericht zur Zahlungsbilanz (Wien, München, Zürich 1980) 24.

⁴¹⁷ 1978 fand begleitet durch Anti-Atom-Kampagnen zivilgesellschaftlicher Akteure eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten Kernkraftwerks im niederösterreichischen Zwentendorf an der Donau statt. Zur Überraschung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky sprach sich dabei eine knappe Mehrheit (50,5%) der Abstimmenden für ein „Nein“ zum Kraftwerk aus, was eine heftige politische Diskussion auslöste. Kreisky reagierte mit einer Kursänderung und erließ daraufhin das sogenannte „Atomsperrgesetz“ (BGBl. Nr. 676/1978), welches die Nutzung der Kernspaltung für Österreichs Energieversorgung untersagte. Auf dieser Grundlage wurde 1999 das Gesetz in den Verfassungsrang erhoben (Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich – BGBl. Nr. 149/1999). Vgl. dazu u.a.: *Schmid, Veichtlbauer*, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik; *Wolfgang Petritsch*, Bruno Kreisky: Die Biografie, 4. Aufl. (St. Pölten, Salzburg 2010).

an eine nukleare Zukunft Österreichs gewesen zu sein, auch wenn sich die ExpertInnen trotz der Nichtinbetriebnahme des Atomkraftwerkes auf österreichischem Territorium nicht gänzlich von der Idee lossagen wollten.

„Einen Sonderaspekt der österreichischen Situation stellt die Problematik der friedlichen Nutzung der Kernenergie seit der Volksabstimmung vom November 1978 dar, dem im Lichte der seither eingetretenen Energiepreissteigerung und der Gefährdung der Versorgung besondere Bedeutung zukommt. (...) Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß wirtschaftliche und versorgungspolitische Gründe eindeutig für die Nutzung der Kernenergie sprechen.“⁴¹⁸

Die Empfehlung der nuklearen Energiegewinnung sollte sich auch bis Ende der 1980er Jahre nicht ändern. Vielmehr betonten die AutorInnen in einem zusammenfassenden Bericht zu vorhandenen Studien aus den Jahren 1984–88, dass „der weitere Ausbau der Wasserkraft im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz“ das primäre Ziel sei. Doch die AutorInnen fügten ebenso an: „Aus der Sicht der Umweltschonung ist die Nutzung der Kernenergie zu empfehlen.“⁴¹⁹ Auch VertreterInnen der Bauwirtschaft, wie der Präsident der Vereinigung der Bauindustrie, Helmuth Rendulic, setzten sich verstärkt für den Ausbau der Wasserkraft ein. Österreichs Abkehr vom Atomstrom müsse diesen Kurswechsel zur Folge haben, so Rendulic. Dem Ausbau stimmte übrigens auch der Verhaltensforscher Otto Koenig zu, was ihn beispielsweise von anderen AkteurInnen der Umweltbewegung unterschied.⁴²⁰

Sah der Wirtschafts- und Sozialrat im Jahr 1982 noch „relativ enge Grenzen“ in der Gewinnung von Wasserkraft als Energieträger,⁴²¹ so stimmte der Beirat in einem 278 Seiten starken Bericht zur Umweltpolitik Österreichs aus dem Jahr 1986 in das allgemeine Loblied auf die Wasserkraft ein. So zählten die Autoren das „Energiepotential der Wasserkräfte“ zu „den wertvollsten Naturschätzen Österreichs“.⁴²² Die veränderte Schwerpunktsetzung der AutorInnen und die zunehmend thematisierten Perspektiven des Umwelt- und Naturschutzes verdeutlichen, wie die Ökologisierungsdiskussion im Zuge der 1980er Jahre auch die Argumentationslinie der Sozialpartner beeinflusste.⁴²³ Im Hinblick auf Wasserkraftwerke wurden die Umwelteinflüsse dieser Form der Energieerzeugung als sehr gering bewertet. Zur Sorge einer möglichen Gefährdung von Auegebieten heißt es in einem Report:

⁴¹⁸ *Sozialfragen*, Bericht zur Zahlungsbilanz, 25.

⁴¹⁹ Beirat für Wirtschafts- und *Sozialfragen*, Empfehlungen aus Studien und Kurzgutachten 1984–1988 (Wien 1988) 107.

⁴²⁰ Walter *Darmstädter*, Bauarbeiter: Sanierung der Umwelt hat Vorrang, *Arbeit und Wirtschaft* 42, Nr. 11 (1988) 7.

⁴²¹ Erich *Schmidt*, Längerfristige Aspekte der Energieversorgung (Wien 1982) 54.

⁴²² Herbert et. al. *Tumpel*, Umweltpolitik (Wien 1986) 127.

⁴²³ Im Übrigen sind die EntscheidungsträgerInnen gesetzlich verpflichtet, bei Bauprojekten der E-Wirtschaft Rücksicht auf den Umweltschutz zu nehmen: „Auf öffentliche Interessen, besonders auf solche des Naturschutzes, der Raumordnung, des Fremdenverkehrs, des Umweltschutzes, der Wasserwirtschaft, des Eisenbahn- und Straßenverkehrs sowie der Landesverteidigung, ist dabei Bedacht zu nehmen.“ Elektrizitätswirtschaftsgesetz (BGBl. Nr. 260/1975, NR: GP XIII RV 867 AB 1021 und 1533, 141. BR: 1339 AB 1342, 341, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1975_260_0/1975_260_0.pdf>, (17.07.2020).

„In der Regel sind aber gerade diese Auegebiete nicht zuletzt auf Grund der vor Jahrzehnten erfolgten Regulierungsmaßnahmen der Flußläufe und der damit verbundenen progressiven Eintiefung [...] bereits mittelfristig bei freiem Lauf der Dinge in ihrer Existenz gefährdet (Absinken des Grundwasserspiegels, mangelnde Erreichbarkeit für Hochwässer).“⁴²⁴

Da gerade Laufkraftwerke die Möglichkeit böten, Überschwemmungen gezielt zu kontrollieren, könnte durch sie „ein gewünschter Umweltzustand herbeigeführt werden“, so der Bericht.⁴²⁵ Das damalige Verständnis der Sozialpartner hinsichtlich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt verdeutlicht beispielsweise ein Auszug aus der ArbeitnehmerInnen-Publikation „Arbeit und Wirtschaft“, in dem sich Adolf Czettel (1924–1988), Präsident des Arbeiterkammertags, in einem Interview zu Wort meldet:

„Energie muß in ausreichendem Maß da sein, wollen wir den bisher erreichten Lebensstandard aufrechterhalten. Aber ebenso muß sichergestellt werden, daß beim Bau dieser Kraftwerke alle technischen Erkenntnisse, die es gibt, zur Verhinderung von unnötiger Umweltbelastung eingesetzt werden. Ich sage absichtlich ‚unnötiger Umweltbelastung‘, denn es gibt kein Kraftwerk, das funktioniert, ohne die Umwelt zu belasten. Hier zeigen sich sehr deutlich Unterschiede in der Auffassung. Jedes Kraftwerk hat Einfluß auf die Umwelt, nur muß der Nutzen des Kraftwerks abgewogen werden. Auf der einen Seite wird Energie erzeugt, die wir dringend brauchen, um unseren Lebensstandard zu erhalten, auf der anderen Seite muß man dafür halt bestimmte Belastungen der Umwelt in Kauf nehmen.“⁴²⁶

Im Gespräch wird die Konfliktlinie zwischen einem Teil der ÖkologInnen und der ArbeitnehmervertreterInnen deutlich: „Ökologen allerdings, die die Chance sehen, mit Hilfe der Hysterisierung der Öffentlichkeit politische Ziele zu erreichen, die lehne ich persönlich ab und lehnt auch meine Institution ab.“⁴²⁷ Der größte Konfliktstoff bestand dabei in der als Politisierung wahrgenommenen Mobilisierung. Czettel wurde hierbei im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland sehr deutlich:

Dort „zeigt sich sehr deutlich, daß diese Gruppen politische Ziele verfolgen, das heißt also, mit Hilfe der ökologischen Fragen sich selbst in den Vordergrund stellen wollen. Ansätze zeigen sich auch in Österreich. Es gibt aber durchaus vernünftige Gespräche mit ernstzunehmenden Wissenschaftlern, die der Wissenschaft dienen wollen, die auch wissen, was die Menschen brauchen, und die durchaus bereit sind, mit uns gemeinsam Probleme in Angriff nehmen, die auf uns zukommen.“⁴²⁸

Die Polarisierung unter „ExpertInnen“ zeigt auf, wie stark die Ökologisierungsdebatte die bislang bestehende gesellschaftliche Ordnung in Frage stellte. Der Schutz der Umwelt kristallisierte sich – nicht nur in Österreich – zu einem Faktor der Polarisierung und machte auch vor den InteressensvertreterInnen nicht Halt. Die Bereitschaft zu Konsens und die Verständigung auf Prioritäten bei gegenläufigen Interessen stellten eine besonders schwierig aufzulösende Konfliktlinie dar. Doch auch unter den WasserkraftbefürworterInnen bestand Uneinigkeit darüber, wo die Grenzen des Wachstums lagen und wie hoch der ökologische Preis des steigenden Energiebedarfs sein dürfe. Von Seiten der E-Wirtschaft hieß es dazu:

⁴²⁴ *Tumpel*, *Umweltpolitik*, 128.

⁴²⁵ Vgl. ebd., 128–130.

⁴²⁶ *Gottfried Duval*, *Das aktuelle A&W-Gespräch mit Adolf Czettel*, *Arbeit und Wirtschaft*, Nr. 10 (1982) 14.

⁴²⁷ Ebd., 17.

⁴²⁸ Ebd.

„Die Elektrizitätswirtschaft verschließt sich keineswegs berechtigten Argumenten des Natur- und Umweltschutzes, doch können dessen Forderungen nicht so weit gehen, daß dadurch die Stromversorgung gefährdet wird.“⁴²⁹

AK-Präsident Czettel äußerte sich dazu kritisch und führte zudem den Gedanken an, die Grenzen „unter Umständen“ neu zu definieren.

„Man muß aber auch feststellen, in welchem Ausmaß die Energieversorgung sichergestellt werden muß und wieviel das kosten darf. Es kann ja nicht so sein, daß Kraftwerksplaner ohne Rücksicht darauf, wie stark die Umwelt belastet wird, wild in die Gegend planen, nur um einen hundertprozentigen Wirkungsgrad eines Kraftwerks zu erreichen, sondern man müßte unter Umständen in Kauf nehmen, daß ein Kraftwerk keinen hundertprozentigen Wirkungsgrad hat.“⁴³⁰

⁴²⁹ Ebd., 18.

⁴³⁰ Ebd.

5 Vom Prestigeprojekt zur Projektionsfläche: das Staustufensystem Gabčíkovo–Nagymaros (GNV)

Europas zweitlängster Strom reicht von seinem Ursprung im Schwarzwald bis zu seinem Delta am Schwarzen Meer. 44 Jahre lang, von der Konferenz von Jalta im Februar 1945 und der damit einhergehenden Machtverteilung am Kontinent bis zu den Umbrüchen im Jahr 1989, durchquerte die Donau auf ihrer 2845 Kilometer langen Reise sowohl demokratische Staaten und NATO-Mitglieder als auch sozialistische Diktaturen des Warschauer Pakts. Unter allen Flüssen Europas war es dieser Strom, der die Teilung Europas in einen Ost- und einen Westblock besonders herausforderte. Das Kraftwerkprojekt zwischen dem ungarischen Nagymaros und dem tschechoslowakischen Gabčíkovo sollte sich zu einem symbolträchtigen Vorhaben gestalten, das den betreffenden AkteurInnen sowohl die Lücken und Barrieren als auch die Grenzen und Möglichkeiten des sogenannten Eisernen Vorhanges aufzeigen würde. Von seiner Tragweite war in den 1950er Jahren, als die Ingenieursträume in erste Skizzen umgewandelt wurden, noch keine Rede. Für die damaligen kommunistischen Regime der Volksrepublik Ungarn und der ČSSR sollte das aus einem Laufkraftwerk auf ungarischem und dem Kippschwellkraftwerk auf tschechoslowakischem Territorium bestehende Staustufensystem ein Prestigeobjekt kommunistischer Ingenieurskunst und planwirtschaftlicher Willenskraft werden.⁴³¹ In der Bezwingung der Natur tritt der technische Fortschritt seinen Beweis an.⁴³² Der Verlauf des GNV-Projektes wird zeigen, dass die Erkenntnisse der späten 1980er Jahre weit hinter den Erwartungen der Ingenieure und kommunistischen Eliten lagen.

5.1 Verhandlungen und Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn

Gespräche zur gemeinsamen Nutzung der Donau zwischen den beiden Bruderstaaten reichen bis in die 1950er Jahre zurück. Aufzeichnungen aus dem Jahr 1958 berichten etwa von einem ungarisch-tschechoslowakischem Kommissionstreffen, bei dem sowjetische Berater den Bau

⁴³¹ Durch die geplante Kombination zweier Kraftwerke sollten – vereinfacht gesagt – die von dem stromaufwärts liegenden Kraftwerk für den Kipp- und Schwellbetrieb künstlich erzeugten Flutwellen mithilfe eines Laufkraftwerkes bei Nagymaros stromabwärts ausgeglichen werden können. An gewissen Stellen hätten die zweimal täglich stattfindenden Pegeländerungen bis zu zwei Meter betragen.

⁴³² *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*.

eines gemeinsamen Staustufensystems vorschlugen – ein Kraftwerk am oberen, tschechoslowakischen Abschnitt, eines am unteren Abschnitt bei Nagymaros.⁴³³ In den folgenden zwei Jahren wurden mehrere Optionen ausgearbeitet und diskutiert. 1960 einigten sich die Partner auf die zweiteilige Kraftwerksvariante zur Spitzenenergieerzeugung. Auch ein Komitee des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) befürwortete den Plan.⁴³⁴ 1963 wurde das Gabčíkovo-Nagymaros-Konzept auch von einem bilateralen Regierungskomitee genehmigt. Bis 1975 sollte der Bau spätestens abgeschlossen sein. Die Pläne umfassten unter anderem auch einen Seitenkanal auf slowakischem Boden sowie die daraus notwendige Grenzänderung. 1964 wurde ein gemeinsames Investitionsprogramm vorbereitet. Die Verhandlungen zu dessen Details sollten sich schließlich bis in die späten Siebzigerjahre fortsetzen. Am 27. August 1973 wurde eine Besprechung abgehalten, bei der das GNV-Projekt, dessen Finanzierung, die Energie-Interessen und damit verbundenen Grenzfragen erörtert wurden. An dem hochrangigen Treffen nahm neben den beiden stellvertretenden Ministerpräsidenten Péter Vályi und Miklós Ajtai, Mitglied des Zentralkomitees, auch der Staatssekretär und Präsident des Nationalen Wasserbüros, Imre Dégen teil.⁴³⁵ Im Zuge des Treffens kam es zu mehreren Entschlüssen zur Vorbereitung und Umsetzung des Staustufensystems. Die Finanzierung des Bauvorhabens bildete eine wesentliche Hürde. Für das wirtschaftlich angeschlagene Ungarn schienen ausländische Kredite eine akzeptable Lösung zu sein.⁴³⁶

„Um dies zu finanzieren, muss geprüft werden, welche Investitionen im Zeitraum von 1975 bis 1985 ohne den Bau des Donauwasserstraßensystems getätigt worden wären oder ob das vorgegebene Ziel erreicht wurde und im Plan vorgesehen werden sollte. Der Anteil des Wasserstufensystems, der die inländischen Ressourcen übersteigt, sollte aus ausländischen Darlehen finanziert werden. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, um günstige Kreditbedingungen zu erhalten, die dem infrastrukturellen Charakter der Investition entsprechen.“⁴³⁷

Die Beteiligten zogen verschiedenste Kreditgeber in Betracht, darunter die „an der Schifffahrt interessierten Donauländer“, die UdSSR oder auch die DDR.⁴³⁸ Eine Studie des Staatlichen Wasserbüros (Országos Vízügyi Hivatal – OVH) zur Entwicklung der internationalen Wasserstraße sollte die Länder davon überzeugen, dass sich das Projekt positiv auf die

⁴³³ Vgl. Baló, Lipovecz, Tények könyve [Buch der Tatsachen]. [Accessed: 24.08.2020].

⁴³⁴ Richard von Fuchs, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam (Wien 1995) 6.

⁴³⁵ Unter den Teilnehmenden befanden sich u.a. István Hetényi, stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Planungsbüros, András László, Staatssekretär und Präsident der Ungarischen Nationalbank, Imre Lőrincz, erster Stellvertretender Minister für Schwerindustrie, Károly Rödönyi, erster Stellvertretender Minister für Verkehr und Post sowie der Leiter der internationalen Abteilung des Finanzministeriums. Siehe ebd.

⁴³⁶ Vgl. Magyar Nemzeti Levéltár (MNL) Országos Levéltár (OL) XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-00993/6/1976 43. doboz Magyar-csehszlovák Dunai Vízierőmű beruházás terve előiratok 1972 és 1973 évek-ről csatolva.

⁴³⁷ Ebd.

⁴³⁸ Ebd.

industrielle Entwicklung der Region auswirkt. Der Ausbau der internationalen Wasserstraße sollte Kosteneinsparungen für den Schienenverkehr und bessere Transportbedingungen bringen.⁴³⁹ Die Tschechoslowakei sollte zu den Absichten von Auslandskrediten vom ungarischen Finanzministerium und der Ungarischen Nationalbank (Magyar Nemzeti Bank – MNB) konsultiert werden.

„Die im Rahmen des gemeinsamen Investitionsprogramms zuvor festgelegte Aufteilung der Investitionskosten auf 50-50% sollte berücksichtigt werden und sowohl die Nutzung als auch die Kosten und den potenziellen Schaden abdecken.“⁴⁴⁰

Bezüglich der Grenzangelegenheiten zur Tschechoslowakei aufgrund des Baus des Seitenkanals hielt das Protokoll fest:

„Die bisherige Position des Politischen Komitees, wonach sich die Staatsgrenze ändert und auf die Achse des Unterwasserkanals im tschechoslowakischen Raum verlagert wird, sollte beibehalten werden. Dies wird Ungarn etwa 1.500 ha Land bringen, was durch einen entsprechenden Austausch ausgeglichen werden muss.“⁴⁴¹

Die geografische Einbettung des GNV-Projektes wurde in einer Karte dargestellt:

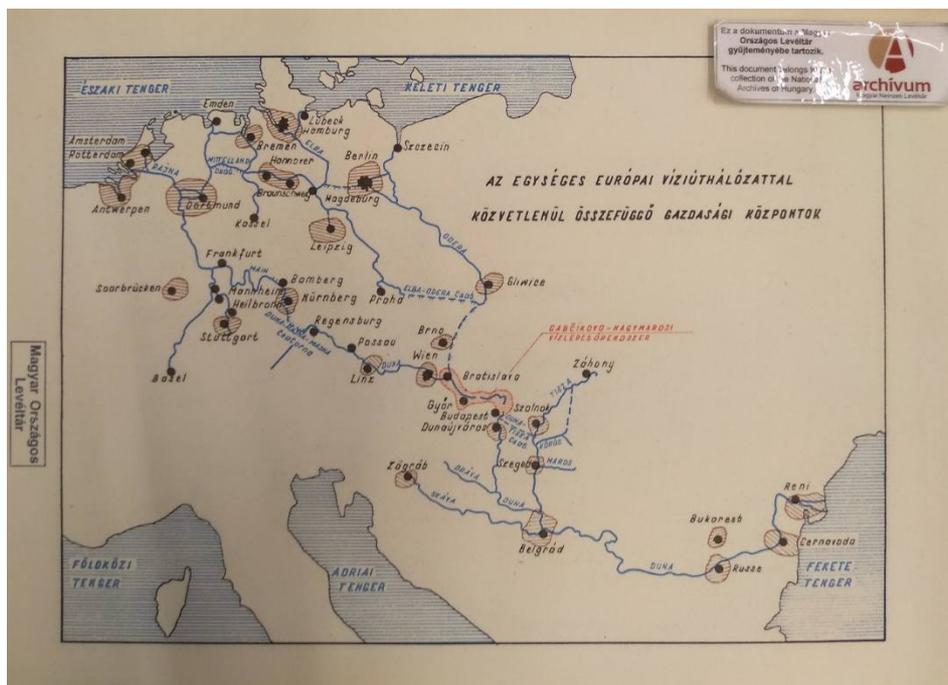


Abbildung 1 „Wirtschaftszentren, die direkt an das einheitliche europäische Wasserstraßennetz angeschlossen sind“⁴⁴²

Der ausgearbeitete Vorschlag zur gemeinsamen Investition wurde schließlich im Jänner 1974 von der Tschechoslowakei und im Februar 1974 von Ungarn verabschiedet.⁴⁴³ Es ist vermutlich der Ölkrise 1973 zuzuschreiben, dass sich das ursprüngliche Projektziel verlagerte. War zuerst

⁴³⁹ Ebd.

⁴⁴⁰ Ebd [Übersetzung der Verfasserin].

⁴⁴¹ Ebd.

⁴⁴² Ebd.

⁴⁴³ Fuchs, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 7.

die Verbesserung der Schiffbarkeit des Donauabschnittes vorrangig, so stand danach das Argument der Energieproduktion im Vordergrund.⁴⁴⁴

„In this period [1974–1977, Anm. der Verf.] intellectuals were forced to emigrate, and ideologists won out over economists, claiming that world oil prices could not effect [sic!] the socialist economies.”⁴⁴⁵

Am 23. April 1976 beschloss der ungarische Ministerrat, Miklós Breinich, den stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Wasseramtes, als Vertreter der ungarischen Regierung im „Gemischten Technischen Ausschuss Ungarn-Tschechoslowakei“ zu beauftragen, gemeinsam mit der Tschechoslowakei einen Plan für GNV auszuarbeiten.⁴⁴⁶

Das ausgearbeitete Übereinkommen diene als Diskussionsgrundlage für die bevorstehenden Gespräche mit der Tschechoslowakei und legte eine gemeinsame Koordinationsgruppe fest, die aus der gleichen Anzahl tschechoslowakischer und ungarischer Mitglieder bestand.⁴⁴⁷ Am 16. September des Folgejahres (1977) wurde schließlich der bilaterale Vertrag zwischen den beiden Staaten unterzeichnet, welcher mit 30. Juni 1978 in Kraft trat. Für die Ungarische Volksrepublik unterzeichnete Ministerpräsident György Lazár; für die Tschechoslowakei Ministerpräsident Lubomír Štrougal.⁴⁴⁸ Ein Jahr später erfolgte die Ratifizierung im Prager Parlament.⁴⁴⁹ Die Inbetriebnahme von Nagymaros wurde darin mit den Jahren 1989 und 1990, die Fertigstellung der gesamten Bauarbeiten mit dem Jahr 1991 festgelegt.⁴⁵⁰

Einem Gespräch mit Károly Ujházy, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsplanungsausschusses, zufolge rechnete Ungarn im April 1977 noch mit der Fertigstellung des Baus von GNV bis 1986. Dies sei am 24. März von der Regierung entschieden worden. Zudem plane Ungarn laut dieses Berichtes einen Baubeginn im Jahr 1979. Ungarn würde dann 150 Millionen Rubel von der Tschechoslowakei verlangen, heißt es in dem Bericht.⁴⁵¹ Die Koordinierungsgruppe des Projekts spricht in einem Halbjahres-Report 1980 von 173 Millionen Tschechoslowakischen Kronen (Kčs), die an Ungarn gehen sollen. Schon im ersten Halbjahr dieses Planes kam es allerdings zu Verzögerungen, die laut eines Berichts vom 6.

⁴⁴⁴ Ebd., 8.

⁴⁴⁵ Ebd.

⁴⁴⁶ MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-00993/6/1976 43. doboz - Magyar-csehszlovák Dunai Vízierőmű beruházás terve előiratok 1972 és 1973 évek-ről csatolva.

⁴⁴⁷ Ebd.

⁴⁴⁸ MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-002550/2 1977 43. doboz A magyar-csehszlovák Dunai Vízierőműmegvalósításáról és üzemeltetéséről szóló Államközi Szerződésben foglalt építési feladatok végrehajtását elősegítő kölcsönös segítségnyújtás.

⁴⁴⁹ Vgl. *Baló, Lipovecz, Tények könyve* [Buch der Tatsachen].

⁴⁵⁰ MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-002550/2 1977 43. doboz A magyar-csehszlovák Dunai Vízierőműmegvalósításáról és üzemeltetéséről szóló Államközi Szerződésben foglalt építési feladatok végrehajtását elősegítő kölcsönös segítségnyújtás.

⁴⁵¹ MNL, OL XIX-J-44-Csehszlovákia-IV-29-532-002550/1 1977 Dunai Vízlépcsőrendszer építésének kezdete.

Oktober 1980 des ungarischen Gruppenleiters durch das verspätete Eintreffen importierter Maschinen und hohe Ausfallraten aus dem Westen zu erklären seien.⁴⁵²

Die Arbeiten am tschechoslowakischen Teil begannen bereits vor der Ratifikation des bilateralen Abkommens 1978.⁴⁵³ Wie aus Bratislava an das ungarische Außenministerium berichtet wurde, erließ am 16. Dezember 1982 die tschechoslowakische Bundesregierung eine Entscheidung über den Bau des Staustufensystems und budgetierte 15.431 Millionen Kčs als Gesamtbaukosten. Gerechnet wurde mit einer jährlichen Energieerzeugung bei durchschnittlichem Wasserertrag von 1.837 Gigawattstunden. 200 Personen sollten im tschechoslowakischen Teil dafür beschäftigt werden. Der Plan sah die Fertigstellung des Staustufensystems im Jahr 1994 vor.⁴⁵⁴ 1977 unterzeichneten die beiden sozialistischen Staaten ein bilaterales Abkommen, das die Fertigstellung bis 1990 vorsieht. Aufgrund des Kapitalmangels Ungarns kam es jedoch zu Verzögerungen. Die Bilanz des Fünfjahresplans (1976-80) war düster. Fast alle Wachstumsraten blieben unter den Erwartungen. Um dem Zusammenbruch des Staatshaushaltes zu entgehen, trat Ungarn 1981 dem Internationalen Währungsfonds bei. Zwei Jahre später wurde das Projektende nochmals verschoben. Das Kraftwerk bei Nagymaros sollte nun bis 1993 fertig werden.⁴⁵⁵

5.2 Österreich springt ein: Beteiligung und Eigeninteressen

In seiner Autobiografie spart Verbund-Chef Walter Fremuth die Hintergründe zur Anbahnung der Nagymaros-Investition aus. In einem Artikel der Tageszeitung *Die Presse* vom Jahr 1988 wollten die AutorInnen Margarete Freisinger und Peter Martos sie im Jahr 1982 sehen:

„Der Grundstein für eine Beteiligung Österreichs wurde 1982 gelegt, als Verbund-Generaldirektor Walter Fremuth während einer Kur in Héviz am Plattensee mit einem Vizepremier ins Gespräch kam. Auf der Suche nach Kapital und Experten stand Budapest damals gerade mit Frankreich und der Sowjetunion in Verhandlungen, doch konnte Fremuth mit dem Vorschlag, das Projekt von Österreich bauen zu lassen und durch Stromlieferungen zu finanzieren, den Weg zu weiteren Gesprächen ebnen.“⁴⁵⁶

Tatsächlich findet sich diese Anekdote auch in den autobiografischen Erinnerungen Fremuths wieder. Während des Kuraufenthaltes waren Fremuth und seine Gattin zu einer Grundsteinlegung eines von Österreich finanzierten Luxushotels in Héviz geladen, „und zwar in Beisein von Bundesminister Dr. Staribacher und dem ungarischen Vizeministerpräsidenten

⁴⁵² MNL, OL XIX-J-44-Csehszlovákia-IV-29-532-005640 1980 44. Doboz. Az Együttműködési Bizottság csehszlovák tagozatának ülése.

⁴⁵³ Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 10f.

⁴⁵⁴ MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-532-00308/1 1983 48. doboz A Csehszlovák Szövetségi Kormány 346 s: határozata a dunai vízlépcsőrendszer építésének munkálatairól.

⁴⁵⁵ Vgl. *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 187.

⁴⁵⁶ Margarete Freisinger, Peter Martos, Damit Strom die Donau aufwärts fließt ..., *Die Presse*, 07.09.1988, 3.

Marjai⁴⁵⁷. Bei der Gelegenheit habe sich Fremuth nach dem Nagymaros-Projekt erkundigt, woraufhin der Vizeministerpräsident gesagt haben solle: „Meine Herren, wir haben dafür weder Fachleute und schon gar kein Kapital!“⁴⁵⁸ Fremuth zufolge hätte der Verbund-Chef daraufhin beides angeboten, mit der Bedingung, die Rückzahlung mit Stromlieferungen durchzuführen.⁴⁵⁹ Schon etwa zwei Wochen später kam es zu einem ersten konkreten Gespräch in Budapest.⁴⁶⁰

„Mein Vorschlag bestand in der Abfassung von vier Verträgen: Generalauftrag für die Donaukraftwerke zur Planung und Errichtung des Donaukraftwerks; Finanzierungsvertrag der Verbundgesellschaft mit der MVMT; Stromlieferungsvertrag mit der Bindung der Stromerlöse für den Zinsendienst und für die Kapitalrückführung; Vertrag mit einem Bankenkonsortium zur Kenntnisnahme durch die ungarische Seite. Auf ein staatliches Abkommen wollten wir verzichten.“⁴⁶¹

Im Mai 1986 trafen die Minister József Marjai⁴⁶² und Norbert Steger in Wien zusammen, um über die Details der Stromlieferungen und Garantien zu verhandeln.⁴⁶³ Am 31. August desselben Jahres fasste der ungarische Ministerrat den Beschluss über die Auftragnehmer der Umsetzung der Nagymaros-Wasserstufe durch österreichische Unternehmen.⁴⁶⁴ Die Vertragsunterzeichnung mit Österreich erfolgte im Beisein von JournalistInnen im Wiener Hotel Hilton.⁴⁶⁵ Für den Verbund war es laut Fremuth das erste Mal, dass ein Großkraftwerk auf ausländischem Boden „auf deren Kosten“ gebaut werden sollte. Der Verbund-Chef erhoffte sich dadurch aber nicht nur die Deckung des Strombedarfs, den er als „nicht dringend“ einstufte, sondern vor allem eine Beschäftigung für seine Fachleute.

„Nun, in Folge des Nichtzustandekommens von Hainburg, musste ich, um das Expertenpotential halten zu können und diese Fachleute nicht abbauen zu müssen, für eine entsprechende Leistungsnachfrage sorgen (...), sodass sich diese beiden Ziele [gemeinsam mit der Strombedarfsdeckung, Anm. der Verf.] wunderbar auf einen Nenner bringen ließen.“⁴⁶⁶

Für die Stromlieferungen wurde zusätzlich ein Vertrag über die Errichtung einer Gleichstromkurzkupplung (HGÜ) im Umspannwerk Wien-Oberlaa unterzeichnet. Damit konnte auch der bereits erwähnte Stromtausch mit der UdSSR in diese Anlage eingebunden werden.⁴⁶⁷ Als eingesetzter Generalunternehmer (Bauvolumen rund 7 Mrd. Schilling) begann

⁴⁵⁷ József Marjai, stellvertretender Ministerpräsident 1978-1988.

⁴⁵⁸ *Fremuth*, Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter, 408.

⁴⁵⁹ Vgl. ebd.

⁴⁶⁰ Dies zeigt, dass anders als in der Fachliteratur oftmals angeführt, der Misserfolg der E-Wirtschaft in Hainburg nicht allein ausschlaggebend für das Interesse an GNV war, sondern bereits Jahre vor der Aubesetzung eine Investition in Betracht gezogen wurde.

⁴⁶¹ *Fremuth*, Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter, 409.

⁴⁶² József Marjai, stellvertretender Ministerpräsident Ungarns 1978-1988.

⁴⁶³ MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-532- 003116/1 1986 48. doboz A nagymarosi vízlépcső osztrák vállalkozásban történő megépítéséről magánjogi szerződésről és garanciáiról.

⁴⁶⁴ Ebd.

⁴⁶⁵ Vgl. *N.N.*, Ungarn: DOKW baut Staustufe, Kurier, 24.05.1986, 6.

⁴⁶⁶ *Fremuth*, Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter, 410.

⁴⁶⁷ Vgl. ebd.

die Österreichische Donaukraftwerke AG zu bauen.⁴⁶⁸ Erster Punkt der Präambel des 1986 abgeschlossenen Generalunternehmervertrags zwischen dem Staatlichen Wasserinvestitionsamt (Országos Vízügyi Beruházási Vállalat – OVIBER) und der Österreichischen Donaukraftwerke AG – DoKW ließ bereits die Brisanz der später auftretenden Debatten erahnen:

„Das Donaukraftwerk Nagymaros ist ein Hauptobjekt des Wasserstufensystems Gabčíkovo-Nagymaros, welches von der Volkrepublik Ungarn gemeinsam mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik errichtet und auch gemeinsam betrieben werden soll. OVIBER geht davon aus, daß zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Verwirklichung des Wasserstufensystems Gabčíkovo-Nagymaros ein zwischenstaatlicher Vertrag geschlossen wurde. Die erfolgreiche und termingerechte Durchführung der den Vertragsgegenstand bildenden Arbeiten ist Voraussetzung für die Erfüllung dieses zwischenstaatlichen Vertrages durch die ungarische Seite.“⁴⁶⁹

Zusammenfassend beruhte die österreichische Beteiligung an GNV auf den folgenden drei privatrechtlichen Verträgen:

- „einem **Generalunternehmervertrag** zwischen der Österreichischen Donaukraftwerke AG und der ungarischen OVIBER. [7. Mai 1986, Anmerkung der Verf.]
- einem **Stromlieferungsvertrag** zwischen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG und der ungarischen MVMT und
- einem **Vertrag über die Errichtung der erforderlichen Übertragungseinrichtungen** (Hochspannungsleitung und HGÜ-Kupplung) ebenfalls zwischen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG und der ungarischen MVMT.“⁴⁷⁰

Der Leistungsumfang der DoKW umfasste die Errichtung des Hauptbauwerkes in Nagymaros, bestehend aus Krafthaus, Wehr, Schleuse und Brücke – „im technischen Standard Greifenstein zu einem Pauschalpreis von 5.750 Mio öS (Preisbasis 3.10.1984)“⁴⁷¹. Baumaßnahmen wie die Gestaltung des Stauraumes und des Donau-Altarms verblieben unter ungarischer und tschechoslowakischer Verantwortung. Als Generalunternehmer verpflichteten sich die DoKW dazu, bis zu 70 Prozent der Leistungen von österreichischen Unternehmen und 30 Prozent von ungarischen Firmen erbringen zu lassen. 1987 wurde der Baubeginn für Juli 1989 und die Fertigstellung für Februar 1993 vorgesehen.⁴⁷² Die Finanzierung des Projektes erfolgte unabhängig von diesem Generalunternehmervertrag im Zuge eines Stromlieferungsabkommens. Als Gegenleistung zu den vorfinanzierten Baukosten seitens des österreichischen Bankenkonsortiums sollte Ungarn in den Jahren von 1996 bis 2015 jährlich

⁴⁶⁸ Vgl. *N.N.*, Ungarn: DOKW baut Staustufe.

⁴⁶⁹ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA) Archiv der Republik (AdR) Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (BMH, GuI) 59.506/6-V/3/861. Generalunternehmervertrag, 7.5.1986.

⁴⁷⁰ ÖStA AdR BMH, GuI 59.506/7-VIII/3/87, Notiz über das Projekt Nagymaros, 1988, 3.

⁴⁷¹ ÖStA AdR BMH, GuI 59.506/3-V/3/87, Vorstandsbrief der DOKW, 20. Februar 1987, 1-4.

⁴⁷² Vgl. ebd.

1.200 Millionen kWh Strom an den Verbund liefern.⁴⁷³ Zwei Drittel der Lieferung sollten als Winterstrom zur Verfügung gestellt werden.⁴⁷⁴

Zur Finanzierung der Baukosten wurde ein Bankenkonsortium unter der Leitung des Creditanstalt-Bankenvereins gegründet. Die Österreichische Republik übernahm die Haftung für diese Kreditanleihen. Die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft – ÖVG) vereinbarte hierzu im Stromlieferungsvertrag, dass die ÖVG den Ungarischen Elektrizitätswerken (Magyar Villamos Müvek Tröszt – MVMT) Vorauszahlungen auf die Stromlieferungen leiste, nämlich „in jener Höhe, die für die Zahlungen (...), für Lieferungen und Leistungen zur Errichtung des KW Nagymaros bis zu dessen vollständiger Übernahme durch OVIBER erforderlich sind (max. 7.950 bzw. 10.000 Mio öS [Österreichische Schilling]).“⁴⁷⁵ Die Bundeshaftung stellte zwar „keine zwingende Voraussetzung für das Zustandekommen der bezughabenden Geschäfte dar, wohl aber zur Erlangung der bestmöglichen Finanzierungsbedingungen und diente der Überwälzung des Kreditrisikos von der Verbundgesellschaft auf die Republik Österreich.“⁴⁷⁶ Dafür war aber eine Novellierung des Energieanleihegesetzes (BGBl. Nr.491/1986) notwendig. Den Entwurf dazu erarbeitete die Verbundgesellschaft. Die ihrer Ansicht nach notwendige Gebührenbefreiung begründete sie mit den nötigen Vorauszahlungen seitens der Gesellschaft, die „die wirtschaftliche Kraft der Verbundgesellschaft übersteigen“. ⁴⁷⁷ In einem Dienstzettel des Wirtschaftsministeriums vom August 1988 wurde festgehalten, dass die Nichtübernahme dieser Haftung gegen die Rechtsvorschriften verstoße. Auch die Forderung nach Bildung einer internationalen Kommission zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsstudie sei „mangels jeglicher (nationaler und/oder internationaler) Rechtsgrundlage“ nicht zu erfüllen.⁴⁷⁸ Grund für den Dienstzettel war der „Entschließungsantrag 94/A der Abgeordneten [Peter] Pilz, [Andreas] Wabl, [Walter] Geyer und Genossen betreffend das Projekt Flußkraftwerk Gabčíkovo-Nagymaros“⁴⁷⁹, der eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch eine internationale Kommission

⁴⁷³ Während die vereinbarten Stromlieferungen für Ungarn langfristige und umfassende Verpflichtungen bedeuteten, hätten sie für Österreich nur rund zweieinhalb Prozent des gesamten Stromaufkommens ausgemacht. Vgl. dazu Margarete Freisinger, Peter Martos, Damit Strom die Donau aufwärts fließt ... Die Presse, 07.09.1988, 3.

⁴⁷⁴ Ebd.

⁴⁷⁵ ÖStA AdR BMH, GuI 559.506/16-VIII/3/88, Im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Nagymaros abgeschlossenen Verträge, 14. September 1988, 2.

⁴⁷⁶ ÖStA AdR Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (BMWA) 559.508, Dienstzettel z1.559.506/17-VIII/3/88, Blatt 3, 1987.

⁴⁷⁷ ÖStA AdR BMWA 59.506/27-V/3/85, Verbund-Schreiben vom 20. November 1985 an Finanzminister F. Vranitzky.

⁴⁷⁸ Vgl. ÖStA AdR BMWA 559.508, Dienstzettel z1.559.506/17-VIII/3/88, Blatt 3-4, 1987.

Sowie Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.) Nr. 491, ausgegeben am 11. September 1986. Online: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1986_491_0/1986_491_0.pdf [Accessed: 24.08.2020].

⁴⁷⁹ Ebd.

– nach Vorbild der Ökologiekommission – forderte und die Bundesregierung aufforderte, bis zum Vorliegen dieser Ergebnisse und einer Diskussion im Nationalrat keine finanzielle Haftung zu übernehmen.⁴⁸⁰ In der Folge erreichte das Wirtschaftsministerium auch Gegenwind vom Umweltministerium, das im Entschließungsantrag zur Stellungnahme aufgefordert wurde und sich in einem Schreiben an das Wirtschaftsministerium richtete:

„Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie wird in jüngster Zeit in immer stärkeren Ausmaßen mit der Frage konfrontiert, welche Rolle Österreich im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung des Staufensystems Gabčíkovo-Nagymaros in Ungarn, das sowohl von verschiedenen österreichischen als auch ausländischen Umweltgruppen als ökologisch bedenklich beurteilt wird, zukommt.“⁴⁸¹

Als die Kritik an GNV in Österreich zunehmend lauter wurde und die politischen Personalwechsel Handlungsbedarf entstehen ließen, sahen sich schließlich auch die DoKW zu einer Klarstellung veranlasst. Die Elektrizitätswirtschaft wolle „nicht in die Rolle des Verteidigers eines Gesamtkonzepts gedrängt werden, an dessen Erstellung wir nicht mitgearbeitet haben“, heißt es in einem Informationsschreiben des Vorstandes vom Februar 1987 an den neuen Handelsminister (ab April 1987 Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten) Robert Graf (ÖVP) zur Mitwirkung österreichischer Unternehmer an Nagymaros.⁴⁸² In seinem Antwortschreiben betonte der Minister die „Bedeutung gerade dieses Kraftwerksprojektes für die österreichische Energieversorgung, für weitere Zweige der österreichischen Wirtschaft, aber auch für die gut nachbarliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn“⁴⁸³.

Im Dezember 1986 berichtete die österreichische Botschaft in Budapest an die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten sowie Handel, Gewerbe und Industrie, dass in Ungarn ein Ministerratsbeschluss (4. Dezember 1986) die Verschiebung des Fertigstellungstermins auf 1994 vorsah. Laut dieses Berichtes komme es zu keinen Änderungen im Konzept. „Bei gleichzeitiger besserer Bedachtnahme auf gewisse Umweltschutzprobleme trägt die Regierung offenbar gewissen Protesten der Umweltschützer Rechnung“, heißt es von Seiten der Botschaft.⁴⁸⁴ Eine übersetztes Statement des ungarischen Regierungssprechers, welches dem Bericht beilag, zeigt, dass sich die ungarische Regierung veranlasst sah, die Kritik an negativen Umweltfolgen zu kommentieren:

⁴⁸⁰ Vgl. 24. Sitzung Nationalrat (NR) XVII. GP – Stenographisches Protokoll (gescanntes Original). Online: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVII/NRSITZ/NRSITZ_00024/imfname_142787.pdf [Accessed: 25.08.2020].

⁴⁸¹ ÖStA AdR BMwA 59.506, Abt 3/1, BMwA-Dienstzettel vom 7. September 1988.

⁴⁸² ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Vorstandsbrief der DOKW, 20. Februar 1987.

⁴⁸³ ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Antwortschreiben and DOKW, März 1987.

⁴⁸⁴ ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Bericht vom 10. Dezember 1986.

„In the course of working out the plan and the succeeding modifications, the various aspects of environment protection – arousing keen interest on the part of society, quite justifiably – has duly been taken into consideration.“⁴⁸⁵

Nach rund zwei Jahren der insgesamt vier geplanten Baujahre verfügte die ungarische Regierung einen Baustopp ihres Anteils in Nagymaros. Laut Verbund-Chef Fremuth war etwa die Hälfte des Werks errichtet, als das gewünscht Projekt zu zerfallen schien. Während der Verbund-Chef die mangelnde Unterstützung der österreichischen Regierung in dieser Situation beklagte, schien die ungarische Seite darauf bedacht zu sein, die Forderungen des Konzerns nicht zu enttäuschen.⁴⁸⁶ Es kam zu Verhandlungen „in freundlicher Atmosphäre“⁴⁸⁷ mit dem ungarischen Minister (ohne Geschäftsbereich) für europäische Angelegenheiten und Wissenschaftspolitik Ferenc Mádl und mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai in der Grenzstation der Raab-Ödenburger Eisenbahn Ágfalva. Die Vertragspartner einigten sich schließlich auf die Bezahlung der Forderung des Verbundkonzerns (sowie der Bau- und Starkstromindustrie) durch Stromlieferungen während eines Zeitraums von mehreren Jahren – eine Einigung, die durch Bürgschaft der Ungarischen Staatsbank ergänzt wurde.⁴⁸⁸

„So konnte die Rechnungslegung der österreichischen Zulieferindustrie ebenso voll abgedeckt werden wie auch die Forderungen der Donaukraftwerke für ihre Planungs- und Bauüberwachungsleistungen; Verlust entstand für unseren Konzern in keiner Weise und zwei Jahre lang hatte unser Expertenstab Beschäftigung gehabt.“⁴⁸⁹

5.3 Ausstieg Ungarns aus dem bilateralen Vertrag mit der ČSSR

Während mit Österreich eine Lösung gefunden war, sollten der Baustopp Ungarns im März 1989 sowie die Vertragsaukündigung mit der Tschechoslowakei im Mai 1992 noch für reichlich Zündstoff zwischen den einstigen Bruderstaaten sorgen. Die diametralen Standpunkte rund um die Vertragsaukündigung des GNV und Streitigkeiten rund um die alternative Inbetriebnahme des Staustufensystems bestimmten jahrelang den zwischenstaatlichen Diskurs. Einen Tag bevor Ministerpräsident Miklós Németh im Mai 1989 im ungarischen Fernsehen die Einstellung der Arbeiten am Nagymaros-Kraftwerk verkündete, versprach er dem Parlament die Prüfung der geforderten Volksabstimmung.⁴⁹⁰ Grund dafür war die gekippte Stimmung im Jahr 1988. In Ungarn hatte sich bereits eine breite Protestbewegung gebildet, deren Kritikpunkte nun auch im Parlament Gehör fanden. Wie der Kurier im August 1988 berichtete, äußerten bei einer Parlamentssitzung mehrere Abgeordnete Kritik an dem Kraftwerksprojekt.

⁴⁸⁵ ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Bericht zur Pressekonferenz am 4. Dezember 1986.

⁴⁸⁶ Vgl. *Fremuth*, Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter, 410f.

⁴⁸⁷ Ebd., 411.

⁴⁸⁸ Vgl. ebd., 410–412.

⁴⁸⁹ Ebd., 412.

⁴⁹⁰ Vgl. *N.N.*, Baustopp in Nagymaros, Kurier, 10.03.1989.

Der Journalist und parteilose Abgeordnete aus Szeged, Zoltán Kiraly forderte den Baustopp und berief sich dabei auf die vermeintliche Unterstützung von weiteren 50 Abgeordneten.⁴⁹¹ Die kommunistische Parteiführung war gespalten. Während sich die einen als ReformkommunistInnen verstanden und die Abgrenzung zur Politik Kádárs suchten, beharrte der konservative Flügel auf seinen Machterhalt. Nagymaros stand als symbolträchtiges Projekt der „alten“ Elite zwischen den Fronten.⁴⁹² 1988 schloss die ungarische Regierung unter Károly Grósz das Büro für Wassermanagement und das Nationale Amt für Umwelt- und Naturschutz (Országos Környezet- és Természetvédelmi Hivatal – OKTH) zusammen und schuf das Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft. Als Minister des neuen Ministeriums wurde László Maróthy, Anhänger des konservativen Flügels, ernannt. Er erklärte, er habe eine Studie in Auftrag gegeben, die Rentabilität, aber auch die ökologischen Auswirkungen zu überprüfen.⁴⁹³ „Erstens, das Kraftwerk darf keine ökologisch schädlichen Auswirkungen haben. Zweitens, wir müssen gegenwärtig berechnen, was wirtschaftlicher ist. Den Bau abzubauen oder weiterzubauen,“ wird der Minister in der österreichischen Presse zitiert.⁴⁹⁴ Die Studie sollte demzufolge mit Unterstützung von Experten des österreichischen Umweltbundesamtes durchgeführt werden.⁴⁹⁵

„In der ungarischen Presse wird in letzter Zeit sehr kritisch berichtet – auch über die ökologisch verheerenden Folgen. 1894 mußten 457 Siedlungen entlang der Donau mit Wasser aus Tankwagen versorgt werden, heute sind es bereits 1000, weil durch Bauarbeiten sich die Trinkwasserqualität so verschlechterte.“⁴⁹⁶

Österreichischen Medien zufolge mehrten sich die Bedenken innerhalb der ungarischen Regierung. Grund zur Besorgnis seien auch die vereinbarten Stromlieferungen an Österreich, denen nur bei Ausbau der Kohle- und Atomkraftwerkskapazitäten nachgekommen werden könne.⁴⁹⁷ Mit dem Druck von der Straße (1988 fanden bereits Massendemonstrationen sowie erneute Unterschriftenkampagnen statt) wuchs auch die Liste der KritikeInnen an. Ablehnende Aussagen kamen vom Landwirtschafts-, Außen- und Finanzministerium sowie von der Nationalbank und Handelskammer, dem Nationalkomitee für Technik, der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und der Stadtverwaltung von Budapest.⁴⁹⁸

⁴⁹¹ Kiraly wurde damit A. Szekfü zufolge zur „Gallionsfigur“ der Bewegung. Vgl. Interview der Verf. mit A. Szekfü (c), Online, 2021.

⁴⁹² Vgl. u.a. Tamás *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, *International Journal of Urban and Regional Research* 17, Nr. 3 (1993) 429–443, doi:10.1111/j.1468-2427.1993.tb00231.x.

⁴⁹³ Vgl. Wolfgang *Broer*, Zweiter Akt im Kampf um Donau, *Kurier*, 04.08.1988, 5.

⁴⁹⁴ *N.N.*, Ungarn stellt Nagymaros nun die Frage, *Kurier*, 24.08.1988, 3.

⁴⁹⁵ Vgl. ebd..

⁴⁹⁶ *Broer*, Zweiter Akt im Kampf um Donau.

⁴⁹⁷ Vgl. ebd.

⁴⁹⁸ Vgl. Wolfgang *Broer*, Warum Ungarn nun den Bauplan für Nagymaros ändert, *Kurier*, 09.09.1988, 3.

„Von insgesamt 30 Stellungnahmen zu Nagymaros, die die ungarische Regierung bei politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen einholte, sind immerhin 9 eindeutig negativ ausgefallen, 10 waren neutral, der Rest befürwortend, [...] Die Regierung will noch vor der Parlamentsitzung am 5. Oktober die Stellungnahmen den über 400 Abgeordneten zuleiten, von denen 38 mit Sicherheit Gegner des Kraftwerkbaues sind.“⁴⁹⁹

Dem Ministerpräsidenten Németh, der im Dezember 1988 an die Macht kam, war die Kampagne für eine Volksabstimmung zu Nagymaros ein Dorn im Auge. Die zwei Monate zwischen der Verkündung des Baustopps am 13. Mai und der finalen Entscheidung sollten dazu genutzt werden, die Auswirkungen des Kraftwerksprojektes erneut zu prüfen.⁵⁰⁰ Aus den zwei Monaten wurden Jahre:

„The original two-month decision-making deadline was formally lengthened to twice that period; in reality, however, it grew to three years, as no step could be taken in the direction of either destroying existing dam works or building further.“⁵⁰¹

In Absprache mit seinem tschechoslowakischen Amtskollegen setzte Németh eine ExpertInnenkommission ein, die unter der Leitung von Péter Hardi, Direktor des Außenpolitik-Instituts in Budapest, eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellen sollte. Der sogenannte „Hardi-Bericht“ schätzte die Kosten bei Abbruch der Bauarbeiten wie auch bei Fertigstellung als gleichwertig ein.⁵⁰² Die Kommission, bestehend aus ungarischen, slowakischen, tschechischen, österreichischen, deutschen und amerikanischen ExpertInnen schlug u.a. vor, dass sich die beiden Staaten auf eine Änderung des ursprünglichen Vertrages einigen sollten, um die Wasserqualität und andere Umweltschutzfaktoren garantieren zu können.⁵⁰³ Die ungarische Regierung schickte daraufhin einen entsprechenden Änderungsvorschlag an die Tschechoslowakei. Eine offizielle Antwort darauf blieb jedoch aus.⁵⁰⁴

„The Hungarian side hoped that Czechoslovakia would ‘catch up’ during its ‘Velvet Revolution’, and it would be easier for two democratic regimes to work out a solution to the problem. Therefore, the Hungarian premier made a new proposal in January 1990, in a letter addressed to the new Prime Minister of Czechoslovakia: he suggested that the final decision should be left to the new governments, to be formed after the first free elections in both countries.“⁵⁰⁵

Die ungarischen EntscheidungsträgerInnen hofften also, dass sich mit den politischen Umwälzungen des Frühjahrs 1989 in der Tschechoslowakei auch eine Kompromissbereitschaft einstellen würde. Obwohl sich die neue Regierung tatsächlich offener für umweltspezifische

⁴⁹⁹ Ebd.

⁵⁰⁰ Vgl. *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 436.

⁵⁰¹ Ebd., 437.

⁵⁰² Vgl. *Hárdi*, The Hardi Report. Summary for the Council of Ministers of an expert review concerning the ecological, environmental, technical, economic, international and legal issues of the Bos-Nagymaros Barrage System.

⁵⁰³ Vgl. *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 223.

⁵⁰⁴ Vgl. u.a. ebd., 185.

⁵⁰⁵ Ebd.

Kritikpunkte zeigte und auch lokalen UmweltschützerInnen Zugeständnisse machte,⁵⁰⁶ bestand sie dennoch auf die Fertigstellung des Projektes. Immerhin hätte die Tschechoslowakei, so das Hauptargument der BefürworterInnen, bereits 90 Prozent ihres Anteils an den Bauarbeiten abgeschlossen.⁵⁰⁷

Während sich in Ungarn die politischen AkteurInnen im Zuge der politischen Transformationen jener Monate änderten⁵⁰⁸ und sich auch viele KraftwerksgegnerInnen in verschiedenen neu gegründeten Parteien engagierten, blieben zentrale BefürworterInnen, vor allem die Führungselite des ungarischen Wassermanagements von den Personaländerungen verschont. Trotz Lobbying gelang es dieser nicht, den Baustopp aufzuheben. Nach monatelangen Versuchen der Opposition, aus dem Vertrag mit dem slowakischen Partner auszusteigen, Absichtserklärungen der Regierung und weiteren Verzögerungen kam es am 25. Mai 1992 schließlich zur einseitigen Aufkündigung des Vertrages⁵⁰⁹ aus dem Jahr 1977.⁵¹⁰

5.4 Variante C und ihre Folgen

In Folge des Baustopps 1989 seitens der ungarischen Regierung unter Miklós Németh und der Vertragskündigung 1992 unter József Antall führte die Tschechoslowakei die Bauarbeiten auf ihrem Gebiet fort.

„These works had been started by the Slovak water management following the interruption of the building of the dam on the Hungarian side, at first as a threat and later as a spectacular construction intended to exert pressure to force the construction of the Gabčíkovo dam in its original conception. The strategy was to make the original plan appear as a compromise between the hesitations of Hungarian opinion and the unilateral and arbitrary alteration’ of the Danube.“⁵¹¹

Nachdem in Folge der politischen Debatten in Ungarn klar wurde, dass Ungarn einen Ausweg aus dem Vertrag suchte, arbeitete die Tschechoslowakei an einer Umplanung des Projektes, die mehrere Varianten umfasste. Im Juli 1991 entschied sich die föderale Regierung der Tschechoslowakei für die Realisierung der sogenannten „Variante C“. Im November desselben Jahres wurde die nötige Baugenehmigung erteilt. Die erste Phase des Betriebs konnte so im Oktober 1992 starten. Diese Variante umfasste u.a. einen 11 Kilometer langen, fünf bis sieben Meter hohen Längsdamm entlang des linken Donauufers, der ein Drittel des Staubeckens

⁵⁰⁶ So wurde beispielsweise Vladimir Lokvenc, der für das GNV-Investment zuständige Regierungskommissar und starker Befürworter des Projektes im Februar 1990 von der slowakischen Führung entlassen. Vgl. ebd., 186.

⁵⁰⁷ Vgl. ebd.

⁵⁰⁸ In Ungarn setzte sich bei den Wahlen im Frühjahr 1990 ein Mitte-Rechts-Koalition unter der Führung des MDF durch, in der Tschechoslowakei gewann das liberale Zivile Forum.

⁵⁰⁹ Vgl. die Regierungserklärung zur Vertragsbeendigung: János Vargha (Hg.), *A Magyar Kormány Nyilatkozata az 1977-es szerződés megszüntetéséről*, In: *A hágai döntés* (Budapest 1997) 107.

⁵¹⁰ Vgl. *Fleischer*, *Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam*, 438f.

⁵¹¹ Ebd., 439.

abschneidet und dieses auf (tschecho-)slowakischem Gebiet behält. Die Umleitung des Donauwassers erfolgte durch eines von insgesamt drei Wehren, welche alle u.a. zur Durchführung der Spitzenabflüsse genutzt werden. Das alte Flussbett wurde abgedämmt. Für kleinere Schiffe und Boote wurde eine Hilfsschleuse gebaut. Zudem wurde in Čunovo ein Wasserkraftwerk gebaut.⁵¹² Die Auseinandersetzung mit Ungarn bezüglich GNV korrelierte mit den internen Spannungen in der Tschechoslowakei.⁵¹³ John Fitzmaurice zufolge brachte die Angelegenheit ein Dilemma der neuen tschechoslowakischen Führung zum Vorschein. Sowohl Vaclav Havel als auch der tschechische Journalist und Dissident Jiří Dienstbier sprachen sich vor der Wende gegen das Projekt aus. Als Dienstbier schließlich am 12. Jänner 1990 als Außenminister nach Budapest reiste, distanzierte er sich von den Plänen der kommunistischen Vorgänger.⁵¹⁴ In den Jahren 1990–1991 standen jedoch die tschechisch-slowakischen Beziehungen im Vordergrund, „to which everything else had to be subordinated.“⁵¹⁵ Innenpolitische Konflikte über die Kraftwerkspläne hätten eine weitere Einmischung in slowakische Angelegenheiten bedeutet und nicht zuletzt die Bemühungen um nationale Einheit gefährdet.⁵¹⁶

„Czech political leaders thus at first sought to back-pedal, stating an opposition of principle, coupled with such a degree of concessions to the Slovaks that it amounted in reality to abandoning decision-making on the issue to Bratislava.“⁵¹⁷

Während der Bau von Gabčíkovo weitergeführt wurde, tolerierte Prag die für spätestens mit 31. Oktober 1992 geplante Inbetriebnahme der Variante C. Die tschechischen PolitikerInnen nahmen das Thema immer mehr als eine slowakische Angelegenheit wahr und weigerten sich in dem Konflikt zu intervenieren.⁵¹⁸ Die Auseinandersetzung sollte auch durch den Regierungswechsel in der Tschechoslowakei 1992 nicht enden. Vielmehr erklärte Vladimír Mečiar, späterer slowakischer Ministerpräsident (1994–1998), Gabčíkovo zum Symbol seiner nationalistischen Politik.⁵¹⁹

Ungarn forderte mehrmals die Suspendierung der Bauarbeiten und die Diskussion zum zwischenstaatlichen Abkommen von 1977 – ohne Erfolg. Nach monatelangen Verhandlungsrunden, Gesprächen auf Ebene der Premierminister und Minister sowie mehreren

⁵¹² Zum Vergleich siehe alle Varianten u.a. bei: *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 186.

⁵¹³ Vgl. ebd., 188.

⁵¹⁴ Vgl. *Fitzmaurice*, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe, 97.

⁵¹⁵ Ebd.

⁵¹⁶ Vgl. ebd.

⁵¹⁷ Ebd., 97f.

⁵¹⁸ Die schwierige Position der Tschechen lässt sich an Vaclav Havel veranschaulichen. Als Chartist hatte er das Projekt bereits vor der Transformation offen abgelehnt.

⁵¹⁹ Vgl. *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 192.

gescheiterten Versuchen, eine trilaterale Expertengruppe zu etablieren, übergab Ungarn am 19. Mai 1992 schließlich eine Deklaration zur Beendigung des Vertrages.⁵²⁰ Damit endete nicht nur die einstige Partnerschaft, aus dem einstigen Projektpartner Ungarn wurde zudem ein vehementer Kritiker der Variante C.

„By now, Hungary was belatedly coming to realise that Variant C was a very real threat, which could only be met by combining a tough line with internationalising the dispute.“⁵²¹

Mitte des Jahres 1991 brachte Ungarn den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ins Spiel. Im Oktober 1992 einigten sich beide Parteien, den Fall vor den Gerichtshof zu bringen. Im Zentrum des Konflikts stand der Vorwurf Ungarns, der Bau der Variante C (und damit die Umleitung der Donau) verletze die ungarische Souveränität und die territoriale Integrität des Landes.⁵²²

„The Slovak side argues that the actual border itself has not been moved north by the diversion of the river into Slovak territory, and hence there has been no violation of the treaties establishing the border between the two countries (...). In the Hungarian view, the character of the border has been radically altered and of course with it, the rights for example over navigation in that section of the river, as the residual old Danube channel can support no serious navigation.“⁵²³

Zusätzlich zur Aktivierung des Internationalen Gerichtshofes versuchte Ungarn, gemeinsam mit UmweltschützerInnen internationale Aufmerksamkeit für den Konflikt zu wecken. Der Fall sollte sowohl in der Donaukommission als auch in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) behandelt werden. Ungarn appellierte auch an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros Boutros-Ghali zu intervenieren. In der Sorge um die politische Stabilität Mitteleuropas engagierte sich auch die Europäische Kommission, wenn auch mit Vorsicht, und versuchte zu vermitteln. Im April 1993 konnte unter Aufsicht der Kommission immerhin eine provisorische Lösung zur Aufteilung der Wasserressourcen erreicht werden.⁵²⁴ Die Versuche der Europäischen Gemeinschaft, den zwischenstaatlichen Konflikt zu lösen, zeigen zudem auf, wie sowohl Ungarn als auch die slowakischen Politiker Europa als Bezugsrahmen ihrer Rhetoriken nutzten. Beide Parteien beriefen sich darauf, sich mit ihrem Standpunkt europäisch zu verhalten.

„It is unfortunate that today the tactics on both sides are determined by declarations that are believed to be either advantageous for the authorities domestically, or advantageous from the point of view of its image in the West. The Hungarian government thinks that the ecological viewpoint it has chosen, and its intent to carry out a modern re-examination of the mistaken decisions, ensures western sympathy and even material help for returning the area to its natural state. The Slovak government, however, thinks that the fact that Slovakia is holding to a concluded agreement is such *European* [Hervorhebung im Original]

⁵²⁰ Vgl. Georg M. *Berrisch*, Construction and Operation of Variant C of the Gabčíkovo-Nagymaros Project under International Law. Legal Study for the World Wide Fund for Nature (WWF) (Hamburg, Berlin, Brüssel, Dresden, Rostock 1992) 3; Vgl. auch: *Fitzmaurice*, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe, 104.

⁵²¹ *Fitzmaurice*, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe, 104.

⁵²² Vgl. ebd., 120.

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ Vgl. ebd., 104f sowie 111f.

behaviour that the West will somehow respect it, and will even express its support in material terms. Thus, from time to time it is suggested that the questions under debate should be handled by international professional arbiters: however, by 'professional' one side means ecologists, while the other has in mind hydraulic builders and lawyers."⁵²⁵

Der Prozess in Den Haag sollte vier Jahre dauern, bis der Gerichtshof 1997 ein Urteil fällte, das keine der beiden Seiten erhofft hatte. Demnach haben beide Nachbarländer internationales Recht verletzt. Ungarn sei schuldig, das bilaterale Abkommen einseitig gekündigt zu haben, der Nachbarstaat wiederum habe sich durch eigenhändige Weiterführung des Projektes ebenso schuldig gemacht.⁵²⁶ Zwar wurde keine der Parteien zu Straf- oder Entschädigungszahlungen verurteilt, zu einer erhofften nachhaltigen Lösung des Konfliktes kam es dadurch jedoch nicht. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten beschäftigen sich seit damals mit den juristischen und diplomatischen Aspekten dieses Streits.⁵²⁷ Aufgrund mangelnder Relevanz für die Betrachtung transnationaler ziviler AkteurInnen soll hier nicht weiter auf diese Gesichtspunkte eingegangen werden. Von größerer Bedeutung war jedoch ein Aspekt, der auch auf politischer Seite in diese Streitigkeiten wesentlich involviert war: Der historisch stark aufgeladene, nationalistische Diskurs spielte eine wesentliche Rolle in der Öffentlichkeit und erreichte schließlich auch die grenzübergreifende Kooperation zwischen den UmweltaktivistInnen. Darüber hinaus verlagerten die die grenzüberschreitenden Proteste mit dem Baustopp in Ungarn nach Gabčíkovo, wie später noch näher erläutert wird.

5.5 Vorläufer des Protests: Fachkritik gegen GNV

Sowohl in Ungarn als auch in der Tschechoslowakei entwickelte sich das bilaterale Projekt am Vorabend der Transformation im Jahr 1989 zu einem Kristallisationspunkt für SystemkritikerInnen, Oppositionelle und UmweltschützerInnen. Die argumentative Grundlage dieser breiten Mobilisierung basierte allerdings auf bereits bestehenden Kritikpunkten von WissenschaftlerInnen, die von den AktivistInnen genutzt wurden. Am Beginn stand somit die Fachkritik: Laut den Ausführungen des Biologen, Journalisten und Umweltschützers János Vargha, der sich im Protestverlauf zunehmend als Galionsfigur etablierte, bildete die Fachkritik von WissenschaftlerInnen den Nährboden für eine spätere breite Auseinandersetzung mit den

⁵²⁵ *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 440.

⁵²⁶ Vgl. *Štanzel*, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 123.

⁵²⁷ *Berrisch*, Construction and Operation of Variant C of the Gabčíkovo-Nagymaros Project under International Law. Legal Study for the World Wide Fund for Nature (WWF); *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams; Mari *Nakamichi*, The International Court of Justice Decision Regarding the Gabčíkovo-Nagymaros Project, *Fordham Environmental Law Review* 9, Nr. 2 (2017) 337–372.

GNV-Plänen. Die Ursprünge dieser Kritik lassen sich etwa durch Varghas Artikel, der 1981 in dem sozialwissenschaftlichen Periodikum *Valóság* [Realität] erschien und in dem er die zu erwartenden Umweltschäden im Fall einer Umsetzung der Bauvorhaben ausführte, zurückverfolgen.⁵²⁸ Vargha beruft sich in dem Text auf Aussagen des Ingenieurs Emil Mosonyi, der nach dem Zweiten Weltkrieg die ungarische Wasserbehörde leitete und der in einer Studie 1948 die mangelhaften Voraussetzungen Ungarns für die Gewinnung von Energie durch Wasserkraft nachwies.⁵²⁹ Das mangelnde Potential liege einerseits in dem Fehlen gebirgiger Territorien (vor allem nach den im Trianon-Vertrag von 1920 festgelegten neuen Grenzziehungen), aber auch der limitierten Nutzbarkeit von Flussabschnitten aufgrund von bestehenden Siedlungen und anderen Bedingungen, die die wirtschaftliche Ausbeute merklich reduzieren.⁵³⁰ Ein Wasserkraftwerksprojekt gemeinsam mit dem Nachbarstaat Tschechoslowakei erschien als notwendige Alternative.⁵³¹

Dass das Thema Wasserkraft bereits damals sehr kritisch unter WissenschaftlerInnen gesehen wurde, zeigt auch ein von Vargha zitierter Vortrag des Bauingenieurs László Hellers an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (*Magyar Tudományos Akadémia – MTA*) im Jahr 1950, in dem er frei übersetzt davon spricht, dass die Grenzen der Natur auch den Fachleuten Grenzen auferlegen und eine zu starke Hinwendung in Richtung Wasserkraft die bestehenden Probleme in der Energiegewinnung „nur geringfügig“ verringern würde.⁵³² Im Zentrum der ersten Debatten stand das Wasserkraftwerk im Nordosten Ungarns in der Stadt an der Theiß namens Tiszalök. Nach anfänglichen Sorgen um die Einflüsse auf das Grundwasser zogen die Ingenieure den sowjetischen und somit „unparteiischen“ Experten L. A. Eliava, Leiter des Wasserkraftwerks in Tiflis, hinzu. Er bestätigte die hydrologische Sinnhaftigkeit des Kraftwerks an der Theiß und verwarf die vorgebrachten Sorgen bezüglich des bedrohten Grundwassers. Bei ebendieser Konferenz war auch von Plänen eines Wasserkraftwerks in

⁵²⁸ Vgl. János *Vargha*, *Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből* [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems], *Valóság* 24, Nr. 11 (1981) 1–23, online unter <http://danube.org/hu/writing/egyre-tavolabb-jotol#footnote44_5whku07>; Vgl. auch: Emil *Mosonyi*, *Magyarország elméleti vízerőköszlete* [Theoretische Wasserkraftressourcen Ungarns], *Magyar Technika*, Nr. 5 (1946) 165–166.

⁵²⁹ Anzumerken ist jedoch, dass Mosonyi Zeit seines Lebens und langer Karriere ein klarer Verfechter der Wasserkraftnutzung war. Er hatte sich – András Szekfű zufolge – in Medienberichten immer wieder als Befürworter von GNV geäußert und kritisierte die Proteste des Duna Kör. Vgl. Interview der Verf. mit A. Szekfű (c), Online, 2021.

⁵³⁰ Vgl. *Vargha*, *Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo-Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből* [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems].

⁵³¹ Vgl. *Baló, Lipovecz*, *Tények könyve* [Buch der Tatsachen].

⁵³² *Vargha*, *Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo-Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből* [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems]; Vgl. auch: László *Heller*, *Energiagazdálkodásunk időszerű kérdései* [Aktuelle Fragen unseres Energiemangements], *MTA Műszaki Tudományok Osztályának Közleményei* 1, Nr. 1 (1951) 473.

Visegrád sowie eines bei der großen Schüttinsel Csallóköz die Rede.⁵³³ Drei Jahre später, 1954, wurde der Tiszalök-Damm eingeweiht. Mosonyi, korrespondierendes Mitglied der MTA, wurde mit der Roten Fahne des Verdienstordens ausgezeichnet. Die Rhetorik der damaligen Zeit zeigt den hohen Stellenwert von Wasserkraftwerken für die machtpolitische Darstellung im internationalen Vergleich:

„The Tiszalök Barrage is a country's artwork that we can safely refer to when we consider the degree of our technical culture. However, it is the case that while our works were at the forefront of water works, once in Széchenyi's and Vásárhelyi's works, now – despite Tiszalök – we are just not among the latest ones. Worldwide, gigantic construction of water-exploitation is taking place at a huge pace. Even though we are not talking about the biggest ones here – in the USSR Volga and Angara, in the United States and Canada, the St Lawrence River, Kemano, the Bersimis-Lac Casse hydroelectric power plans – we are still lagging behind in our immediate neighborhood.“⁵³⁴

Obwohl die Tschechoslowakei und Ungarn in den 1950er Jahren ein Abkommen über die gemeinsame Nutzung des Donauabschnittes unterzeichneten, gab es verschiedene Ansichten unter den ungarischen Fachleuten, wie hoch das Potential der Energiegewinnung in diesem Abschnitt ist. So sprach bei der Generalversammlung der Ungarischen Hydrologischen Gesellschaft im Dezember 1958 deren Generalsekretär Dénes Bözsön von getaner Arbeit und lediglich von der Klärung kleinerer Details. István György von der Wasserplanungsfirma Vízügyi Tevévő Vállalat – VÍZITERV hingegen schlug einen breiten Austausch von Erfahrungen vor – mit Einbeziehung ausländischer Experten.⁵³⁵ Im kommenden Jahr reiste eine Delegation nach Frankreich, um sich über die Erfahrungen entlang des Rheins auszutauschen. 1962 und 1979 folgten weitere Reisen nach Westdeutschland. Dazwischen, im Jahr 1977, unterzeichneten die beiden Länder wie bereits erwähnt das bilaterale Abkommen zu GNV.⁵³⁶ Inzwischen hatten sich zwar nicht die Pläne für das Staustufensystem, aber die Verteilung der Kosten geändert: Wurde 1962 noch von 90 Prozent für Energienutzung und 10 Prozent für andere Nutzungen, vorwiegend der Schifffahrt, ausgegangen, reduzierten die Planer den Energie-Anteil auf 60 Prozent, die Schifffahrt auf 16 Prozent und kalkulierten 11 Prozent für

⁵³³ Vgl. Janos Vargha, *Vízérő és politika*, In: *A hágai döntés* (Budapest 1997) 221–287.

⁵³⁴ Vargha, „Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo–Nagymaros-Staudammsystems]“ zitiert aus: Gyula Jolánkai, „A Tisza-völgy északi része vízhiányának pótlása a Dunából átvett vízzel [Ausgleich des Wassermangels im nördlichen Teil des Theiß-Tals durch die hügelige Speicherung von Wasser aus der Donau]“, *Vízügyi Közlemény* 1, Nr. 3 (1957): 3–21. Zitat im Original: „A tiszalöki vízlépcső országunk olyan vízi műtárgya, amelyre műszaki kultúránk fokának mérlegelése alkalmával bátran hivatkozhatunk. Ennek ellenére az a helyzet, hogy míg egykor Széchenyi és Vásárhelyi alkotásai révén országunk a vízi munkálatok tekintetében az élen járt, most – Tiszalök ellenére – éppen csak, hogy az utolsók között nem vagyunk. Az egész világon ugyanis hatalmas lendülettel folynak a víz–hasznosítás gigantikus méretű építkezései. Még ha nem is beszélünk itt a legnagyobbakról – a Szovjetunióban a Volga és Angara, az Amerikai Egyesült Államokban és Kanadában a Szent Lőrinc folyó, a Kemano, a Bersimis–Lac Casse vízerőkihasználási terveiről –, még a közvetlen szomszédságunkban folyó vízepítkezésekhez képest is erősen lemaradtunk...“

⁵³⁵ Vgl. Vargha, *Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből* [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo–Nagymaros-Staudammsystems].

⁵³⁶ Vgl. u.a.: *Baló, Lipovecz, Tények könyve* [Buch der Tatsachen].

das Wassermanagement und 13 Prozent für Sonstiges (wie etwa Infrastruktur).⁵³⁷ Ein Ausschuss der MTA untersuchte das Projektvorhaben und lieferte 1983 einen Bericht, in dem von der Umsetzung der Pläne abgeraten bzw. dessen Einstellung gefordert wurde.⁵³⁸ Die Samisdat-Zeitschrift Beszélő [Sprecher] veröffentlichte 1985 das Protokoll einer Sitzung im Amt des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ernő Gerő (1952–1954). Darin zeigt sich, dass bereits in der Planungsphase der 1950er Jahre Kritik zu den Umweltschäden des Projektes geäußert wurde.⁵³⁹ Laut Hubertus Knabe habe auch das OKTH Kritik geübt, vor Umweltschäden gewarnt und eine Umweltfolgen-Untersuchung gefordert.⁵⁴⁰

„Auch das Landesamt für Umwelt- und Naturschutz (OKTH) rügte die Vernachlässigung möglicher negativer Folgen für die natürliche Umwelt und verlangte die Anfertigung einer Umweltfolgen-Untersuchung.“⁵⁴¹

Kurze Zeit später erschien ein Artikel von Vargha – dieses Mal jedoch unter dem Pseudonym Péter Kien. Darin machte er die bis dahin geheime Kritik des Komitees der MTA öffentlich.⁵⁴²

„Dem Staatsvertrag zufolge führen die beiden Staaten die Bauarbeiten zur Hälfte und zur Hälfte der Baukosten aus und teilen sich mit durchschnittlich 3,6 Milliarden Kilowatt jährlich die gleiche Strommenge. Infolge der Stauung entsteht zwischen Nagymaros und Bratislava ein Fahrwasser von mindestens 3,5 Metern Tiefe und 180 Metern Breite. Zwischen Dunakiliti und Szap nimmt der Hochwasserstand der Fluten erheblich ab, da die Strömung zwischen dem ‚verlassenen‘ Bett und dem Seitenkanal aufgeteilt wird.“⁵⁴³

Vargha sprach in dem Artikel auch die Probleme des Trinkwassers an. Hier nahm er neben Ungarn auch die Tschechoslowakei in die Pflicht, indem er wie folgt schrieb:

„Um das richtige Ergebnis zu erzielen, wären jedoch ähnliche Schritte entlang der stromaufwärts gelegenen Abschnitte der Donau und entlang mehrerer Nebenflüsse, hauptsächlich in der Tschechoslowakei, erforderlich. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Praxis und nicht zuletzt aufgrund der weltwirtschaftlichen Situation erscheint dies einfach undenkbar. (Es sollte hinzugefügt werden, dass Ungarn der Reinheit der aus seinen Grenzen fließenden Gewässer nicht genügend Aufmerksamkeit schenkt).“⁵⁴⁴

⁵³⁷ Vgl. *Vargha*, Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems].

⁵³⁸ Vgl. *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 187.

⁵³⁹ Vgl. ebd.

⁵⁴⁰ Vgl. ebd.

⁵⁴¹ Ebd., 197.

⁵⁴² Vgl. Péter *Kien*, A Nagy Szlovák Csatorna [Der Große Slowakische Kanal], Beszélő 1, Nr. 9 (1984) 1–17, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-nagy-szlovak-csatorna>>.

⁵⁴³ Ebd. Zitat im Original: „Az államszerződés szerint a két állam fele-fele arányban végzi az építési munkákat, illetve vállalja az építési költségeket, és ugyanilyen arányban részesedik az évente átlagosan 3,6 milliárd kilowattóra villamos energiából. A duzzasztás következtében Nagymaros és Pozsony között legalább 3,5 méter mély és 180 méter széles hajóút jön létre. Dunakiliti és Szap között pedig lényegesen csökken az árvizek tetőzési színtje, mert a vízhozam megoszlik az „elhagyott” meder és az oldalcsatorna között.“

⁵⁴⁴ Ebd. Zitat im Original: „A megfelelő eredmény eléréséhez azonban hasonló lépésekre volna szükség a Duna feljebb eső szakaszai, valamint számos, főleg csehszlovákiai mellékfolyója mentén. A jelenlegi nemzetközi gyakorlatot és nem utolsósorban a világgazdasági helyzetet tekintve ez egyszerűen elképzelhetetlennek látszik. (Hozzá kell tenni, hogy Magyarország sem fordít elegendő gondot a határain kifolyó vizek tisztaságára).“

Berichte der ungarischen Geheimpolizei geben Aufschluss darüber, dass versucht wurde, die Veröffentlichung von Fachkritik zu verhindern.⁵⁴⁵

Blicken wir stromaufwärts nach Bratislava, zeigen vor allem Recherchen des deutschen Historikers Arnost Štanzel, dass Fragen der Umwelteinflüsse bereits in der Planungsphase der 1950er und 1960er Jahre von Wissenschaftlern offen diskutiert wurden. Es ist nicht zuletzt den steigenden Kosten des Dammbaus unter Berücksichtigung von Naturbedingungen geschuldet, dass sich der Bau von Donaukraftwerken in der Tschechoslowakei um Jahrzehnte verzögerte. „Je länger sich das Regime bzw. die beauftragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Aspekt Natur beschäftigten, desto komplizierter wurde das ganze Projekt und verzögerte sich mehr und mehr.“⁵⁴⁶ So machten sich ForscherInnen der Kommission für Wasserwirtschaft, auf deren Empfehlungen die Entscheidungen des Zentralkomitees in Prag basierten, 1966 in einem Bericht zu ihren Forschungsaufgaben über die Folgen für die Auenwälder, das Grundwasser sowie die Geologie des Fundaments Gedanken.⁵⁴⁷

„Die dort genannten Punkte zeigen, dass bereits in der Frühphase der Projektplanung jene Sachverhalte bekannt waren, die später zu den umstrittensten zählten: der Einfluss der Umleitung der Donau auf die Biologie, das Mikroklima und die landwirtschaftliche Produktion in der unmittelbaren Nähe der Donau, aber auch im weiteren Umfeld auf dem Žitný ostrov.“⁵⁴⁸

Nichtsdestotrotz wurden Bedenken zu den Umweltauswirkungen des Staudammes lediglich mit volkswirtschaftlichen Konsequenzen, wie etwa für die Holzwirtschaft, verbunden.⁵⁴⁹ Besonders hoch war die Sorge um das Grundwasser. Štanzel weist hierbei auf die starke Abhängigkeit der kommunistischen Entscheidungsträger von Fachexperten hin.⁵⁵⁰ Die Folge waren Verzögerungen und eine starke Unsicherheit.

„It is remarkable that in the same year [1984], the Hungarian Architects' Association took a position at its general meeting calling for reconsideration of the barrage system, and the Budapest City Builders' Association and the Communist Youth League committee of the Eotvos Lorand University's Humanities Faculty also made an appeal.“⁵⁵¹

⁵⁴⁵ Vgl. ein Bericht über eine geplante Veröffentlichung zum Fall GNV seitens des Toxikologen Lajos György sowie des Architekten László Vít, ÁBTL 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14 (23.10.1985).

⁵⁴⁶ Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 139.

⁵⁴⁷ Vgl. ebd., 135.

⁵⁴⁸ Ebd., 136.

⁵⁴⁹ Vgl. ebd., 135.

⁵⁵⁰ Vgl. ebd., 140. Zitat im Original: „A fentiek alapján beláthatónak tekintjük azt, hogy (1) már a beruházás beindítása sem volt bizonyíthatóan gazdaságos még az akkori adott eszközök ismeretében sem; és (2) a beruházás leállítása nemcsak a fenti ok miatt volt indokolt, hanem azért is, mert az időközben nyilvánvalóvá vált ismeretek miatt tarthatatlan az eredeti beruházási terv minden gazdasági érvelése.“

⁵⁵¹ Fleischer, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 433.

Die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Bewertung nach der Transformation wurde 1994 vom ungarischen Zentrum für Umweltstudien in einer Studie veranschaulicht. Dennoch kommen die StudienautorInnen zum Schluss:

„In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen wird festgestellt, dass (1) die Investition bereits am Anfang nicht rentabel war, auch nicht in Kenntnis der damaligen Informationen; (2) die Kündigung der Investition war nicht nur aus den oben genannten Gründen gerechtfertigt, sondern auch, weil die wirtschaftlichen Argumente des ursprünglichen Investitionsplans aufgrund der zwischenzeitlich erkennbaren Erkenntnisse unhaltbar sind.“⁵⁵²

Im Rückblick beurteilen ExpertInnen die ökologischen Auswirkungen des GNV-Projektes mehrheitlich negativ.

„Schon wenige Jahre nach dem Kraftwerksbau wurden die Folgen dieses Eingriffes sichtbar: Dynamische Umlagerungsprozesse kamen zum Erliegen und dicke Schichten an Feinsedimenten lagerten sich auf den Kiesbänken ab, die bald von Gehölzen besiedelt wurden. Der aquatische Lebensraum wurde dadurch um rund 40% verringert (...). All diese Veränderungen wirkten sich sehr negativ auf die gesamte Fauna und Flora der Donau-Auen aus. Besonders beeinträchtigt wurde auch die Fischfauna (...).“⁵⁵³

Die Bewertung des Kraftwerks hinsichtlich seiner Umweltverträglichkeit steht allerdings nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit. Denn unabhängig davon, ob die Kritik der GNV-GegnerInnen vollends begründet war, bildete der Fall die Grundlage für transnationalen Protest. Doch unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen bildeten sich in Österreich, der Tschechoslowakei und in Ungarn Nährböden für Umweltbewegungen? Welche politischen Reaktionen riefen diese hervor? Inwiefern bildeten Formen der nachbarschaftlichen Spannung und Entspannung politische Gelegenheitsstrukturen zur Grenzüberschreitung? Und welche Rolle spielten die wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen für den Fall GNV? Inwiefern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontexte der 1970er und 1980er Jahre auf die Grenzüberschreitung der Proteste gegen das Staustufenprojekt wirkten, soll im folgenden Kapitel näher betrachtet werden.

⁵⁵² Sándor Kerekes, József Kindler, Miklós Koloszár, Péter Sándor, u. a., A Bős-Nagymarosi Vízlépcsővel Kapcsolatos Gazdasági Megfontolások Elemzése [Ökonomische Evaluation des Bős-Nagymaros-Projekts] (Budapest 1994) 10, online unter <<https://core.ac.uk/download/pdf/12355476.pdf>>.

⁵⁵³ Mathias Jungwirth, Gertrud Haidvogel, Severin Hohensinner, Herwig Waidbacher, u. a., Österreichs Donau: Landschaft - Fisch - Geschichte (Wien 2014) 76, online unter <http://www.noe.gv.at/noe/Wasser/2_Donaubuch_gesamt.pdf>.

6 Umweltproteste und ihre Kontexte

6.1 Koexistenz *with benefits*: Nachbarschaftsbeziehungen entlang der Donau

6.1.1 Ungarn – Tschechoslowakei

Die Nachbarschaft im Länderdreieck Österreich, Tschechoslowakei und Ungarn war in den 1980er Jahren von den dramatischen Umwälzungen im 20. Jahrhundert geprägt. Um die Brisanz des GNV-Projektes zu verstehen, ist es notwendig, auch die Geschichte der slowakischen und ungarischen Beziehungen insbesondere im Hinblick auf die ungarische Minderheit in der Slowakei ins Gedächtnis zu rufen. Während eines Großteils des 18. Jahrhunderts war „Oberungarn“ das politische Zentrum des ungarischen Königreiches mit Pozsony (deutsch: Pressburg/slowakisch: Bratislava) als seiner Hauptstadt und dem Primat in Esztergom. Die im 17. Jahrhundert von Jesuiten gegründete Universität in Trnava (deutsch: Tyrnau, ungarisch: Nagyszombat) bildete ein frühes Zentrum slowakischer Nationenbildung. Die nationalen Agitationen der Magyaren, der „Deutschen“ und der Slawen brachten auch die slowakische Nationalbewegung in Schwingung. Das Konzept des „nationalen Erwachens“, so etwa die slowakische Historikerin Ewa Kowalská, könne jedoch nicht punktgenau zur Beschreibung des slowakischen Falls angewendet werden.

„The elements of a common consciousness, the decisive bond for the majority of developed national collectives, had a different quality in the Slovak case: the Protestant intelligentsia clung to the Czech literary language in public official presentations; in writing and in their liturgy, they emphasized the traditions and myths which they held in common with the Czech ethnic group, not least the tradition of Hussite influence in Slovakia. This does not mean, however, that they doubted the existence of a single Slovak ethnic group as a distinct or specific whole.“⁵⁵⁴

Die Reichweite und Rezeption jener protestantischen Akteure der Nationalbewegung blieb limitiert. Kowalská zeigt auf, wie durch die Schulreformen (Ratio educationis) des Jahres 1777 und die Einführung des Slowakischen als Schulfach in Volksschulen auch die slowakische Sprache und mit den gedruckten Handbüchern auch die Kodifizierung durch den katholischen Geistlichen und Philologen Anton Bernoláks (1762–1813) aus dem Jahr 1787⁵⁵⁵ Eingang in die Bildung der breiten Bevölkerungsschicht fanden.⁵⁵⁶ Langsam bildeten sich

⁵⁵⁴ Eva Kowalská, *The Enlightenment and the beginnings of the modern Slovak nation*, In: *Slovakia in history*, Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown (Hg.) (Cambridge, London 2011) 88.

⁵⁵⁵ Die Handbücher wurden von lutherischen Schulen jedoch mit Verweis auf das von Kaiser Joseph II. im Jahr 1781 erlassene Toleranzpatent, welches religiösen Minderheiten wie den Protestanten sowie nichtunierten Griechisch-Orthodoxen gewisse Freiheiten in der Religionsausübung zugestand, abgelehnt. Vgl. ebd., 94.

⁵⁵⁶ Vgl. ebd., 91f.

slowakischsprachige Formen der Massenkommunikation wie Zeitungen und Bücher sowie erste professionelle und regionale Vereinigungen, die sich in aufklärerischer Tradition um Bildungsanliegen kümmerten.⁵⁵⁷

„The members of these associations discussed not only the requirements of the national movement, but also more general possibilities for spreading Enlightenment values, such as education, to a broad spectrum of the population. The Slovaks' incomplete social structure and their position as a non-dominant ethnic group bereft of full rights meant that these concerns would remain relevant for some time to come. These same issues were acknowledged by generations of actors in the national movement well into the nineteenth century. In this sense, the Enlightenment was not only an inspirational process, but one that remained an integral part of the national movement.“⁵⁵⁸

Das Interesse an der slowakischen Sprache, Literatur und Geschichte beflügelte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert die politischen Agitationen slowakischer Eliten und kulminierte in einer Nationalbewegung, die beeinflusst durch die auch im Rest Europas umgehenden Ideen und Konzepte von Nationalstaaten war. In der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das erste politische Programm der Nationalbewegung.⁵⁵⁹ Doch das Manifest vom 10. Mai 1848, in dem die Slowaken eine Autonomie innerhalb Ungarns sowie die Zurücknahme zuvor in Kraft getretener rigoroser Sprachgesetze forderten, stieß bei den Ungarn nicht auf Gehör. Im Neoabsolutismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die politische Bedeutung „Oberungarns“ innerhalb Österreich-Ungarns zunehmend ab. Mit dem Ausgleich 1867 verlor das gemeinsame Reich zusätzlichen Spielraum für Reformen.⁵⁶⁰

„The Emperor could not intervene to respond to the pressure of Slav nationalities such as the Slovaks, Croats and Slovenians in Hungary. Nor could a solution be found to the problem of nationalities that lived in both halves.“⁵⁶¹

Zugleich erlebten die SlowakInnen durch die Maßnahmen der Magyarisierung unterschiedliche Formen der Unterdrückung.

„As a result [of the Magyarisation, Anm. der Verf.], the Slovaks not only lost any hope of realising their political demands, but were also deprived of their last cultural institutions, including schools with Slovak as the language of education. This tendency was further strengthened after the conclusion of the Dual Alliance between Germany and Austria-Hungary.“⁵⁶²

Nachdem die Umsetzung eines Nationalstaats unerreichbar schien, forderten die SlowakInnen 1861 in einem Memorandum limitierte Autonomien.⁵⁶³ Obwohl auch diese Forderungen als unrealistisch angesehen wurden, blieb das Memorandum – dem slowakischen Historiker Dušan Kováč zufolge – bis zum Ende des Ersten Weltkrieges das einzige offizielle slowakische

⁵⁵⁷ Vgl. ebd., 100.

⁵⁵⁸ Ebd.

⁵⁵⁹ Vgl. Dusan Kovac, The Slovak political programme: from Hungarian patriotism to the Czecho-Slovak state, In: Slovakia in history, Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown (Hg.) (Cambridge, London 2011) 121.

⁵⁶⁰ Vgl. Fitzmaurice, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe, 5–8.

⁵⁶¹ Ebd., 9.

⁵⁶² L'udovit Haraksim, Slovak Slavism and Panslavism, In: Slovakia in history, Mikulas Teich (Hg.) (Cambridge, London 2011) 118.

⁵⁶³ Vgl. Kovac, The Slovak political programme: from Hungarian patriotism to the Czecho-Slovak state, 128.

politische Programm.⁵⁶⁴ Nach Kriegsende setzte sich die Variante einer tschechoslowakischen Union durch, im Oktober 1918 wurde die Tschechoslowakische Republik ausgerufen. Mit dem Friedensvertrag von Trianon 1920 wurde die Region Oberungarn dem Nachfolgestaat Tschechoslowakei zugesprochen. Damit zählte die mehrheitlich ungarische Bevölkerung dieses Gebiets fortan als ethnische Minderheit. Die erste Republik währte bis 1938 und endete mit attraktiven Versprechungen an die Minderheiten in den tschechoslowakischen Gebieten von Seiten des nationalsozialistischen Deutschlands. Angelockt durch die vermeintliche Patronage des Deutschen Reiches erklärte sich die Slowakei im März 1939 unabhängig und unterzeichnete acht Tage später die vereinbarte Allianz mit Nazi-Deutschland. Der neue kleine Staat hatte schon bald der Macht Hitlers wenig entgegenzusetzen. Ein nationales Aufbegehren im September 1944 wurde mit harter Gewalt der Deutschen niedergeschlagen. Es benötigte schließlich die Kräfte der Roten Armee, um das Territorium zu befreien. Stalin, der das Münchner Abkommen und seine Folgeabkommen anerkannte, unterstützte die Wiederherstellung des Tschechoslowakischen Staates in seinen Grenzen bis 1938 (mit Ausnahme Rutheniens, das der UdSSR zugesprochen wurde).⁵⁶⁵ Der Friede von Paris 1947 sprach der Tschechoslowakei den Pressburger Brückenkopf von Ungarn zu. Damit kamen die Dörfer Horvátújfalu, Oroszvár und Dunacsún an der Donau an die Tschechoslowakei.⁵⁶⁶

Trotz ihrer konfliktreichen Beziehung zueinander teilten die Slowaken, Tschechen und Ungarn letztlich ein ähnliches Schicksal: „(...) both Czechoslovakia and Hungary were both internally unstable, threatened from outside and manipulated instruments of the Great Powers in the inter-war period.”⁵⁶⁷ Als größtem Verlierer des Ersten Weltkrieges war es Ungarn möglich seine revisionistischen Pläne umzusetzen und einen Großteil seiner ehemaligen slowakischen Gebiete zu annektieren.⁵⁶⁸ Zwar gelang den Ungarn durch den ersten Wiener Schiedsspruch (2. November 1938) die Rückkehr, doch wurde diese Entscheidung nach 1945 wieder rückgängig gemacht. Jedoch verblieb die Frage nach der Zukunft der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei ungelöst. Am 3. Juli 1945 brachte die tschechoslowakische Regierung den Alliierten bei der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) einen Vorschlag vor, wonach sie nicht nur den Transfer der deutschen Bevölkerung (1–2,5 Millionen), sondern auch

⁵⁶⁴ Vgl. ebd., 131.

⁵⁶⁵ Vgl. *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*, 16–22.

⁵⁶⁶ Vgl. *Treaties of Peace with Italy, Bulgaria, Hungary, Roumania and Finland* (Digitalisierte englische Version, Hathi Trust Digital Library) (Washington D.C. 1947) 2, online unter <<https://hdl.handle.net/2027%2Fosu.32435066406612>>.

⁵⁶⁷ *Fitzgerald*, *Danube*, 23.

⁵⁶⁸ Vgl. *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*, 24.

jenen von 400.000 UngarInnen durch einen „Bevölkerungsaustausch“ vorschlug. Doch der Vorschlag fand keinen Eingang in die Agenda der Konferenz.⁵⁶⁹

Währenddessen richtete die tschechoslowakische Regierung mehrere Maßnahmen u.a. gegen die ungarische Minderheit, die die zuvor erlebten Ungerechtigkeiten wieder ausgleichen sollten, wodurch aus diesen Maßnahmen allerdings nur wieder neue Ungerechtigkeiten resultierten.⁵⁷⁰

„In southern Slovakia measures directed against the Magyar minority gradually began to affect not only the economic but also the social sphere. This region suffered from limited investment, stagnation of rebuilding activities and limitations placed upon culture and education. On the basis of a decree issued by the Slovak National Council in July 1945, German and Magyar clergymen were dismissed from their posts. A resolution passed by the Board of Commissioners decided that social aid to the population was also dependent on having Czechoslovak citizenship and Slovak or Czech nationality.“⁵⁷¹

Nach langen diplomatischen Auseinandersetzungen und Verhandlungen, bei denen mehrere Optionen im Raum standen, setzte sich schließlich doch die Alternative einer Umsiedlung der Bevölkerung durch und es kam zu einer bilateralen Vereinbarung zwischen den beiden Ländern.⁵⁷²

„Hungary refused to allow transfer of population of Hungarian nationality from Slovakia and considered unrealistic the announced population exchange between Czechoslovakia and Hungary. Under pressure of the international community and after complicated negotiations between the representatives of Czechoslovakia and Hungary, the Agreement of population exchange between Czechoslovakia and Hungary (Agreement) was signed on 27 February 1946.“⁵⁷³

Der Plan konnte jedoch nie vollends umgesetzt werden.⁵⁷⁴ Auch die sogenannte Re-Slovakisierung, bei der vereinfacht gesagt AnhängerInnen der slowakischen Minderheit in Ungarn Anspruch auf die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhielten, lief nicht ohne Schwierigkeiten ab.⁵⁷⁵ Die kommunistische Machtübernahme im Februar 1948 änderte auch den Umgang mit der Problematik.⁵⁷⁶

„The discrimination against the population of Magyar nationality carried out in 1945–1947 came to an end in 1948, but its consequences and influence continued for a longer period. The last transport of people to be resettled in Hungary left on 21 December 1948. The last Slovak family to be resettled in Slovakia left Hungary on 1 January 1949. In spite of the changes in government policy in Hungary and Czechoslovakia, the basic tendency of the policy towards the Magyar minority remained.“⁵⁷⁷

⁵⁶⁹ Vgl. Štefan Šutaj, Transfer of Hungarians from Slovakia in Czechoslovak Politics before Paris Peace Conference 1946, Central European Papers 3, Nr. 1 (2015) 69f, doi:10.25142/cep.2015.005.

⁵⁷⁰ Vgl. Stefan Šutaj, The Magyar minority in Slovakia before and after the Second World War, In: Slovakia in history, Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown (Hg.) (Cambridge, London 2011) 274.

⁵⁷¹ Ebd., 275.

⁵⁷² Zu dieser komplexen Problematik siehe ausführlicher bei: Šutaj, Transfer of Hungarians from Slovakia in Czechoslovak Politics before Paris Peace Conference 1946.

⁵⁷³ Ebd., 74.

⁵⁷⁴ Vgl. u.a.: Fitzmaurice, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe, 5–24; Štefan Šutaj, Key Issues of Slovak and Hungarian History : a View of Slovak Historians (Prešov 2011).

⁵⁷⁵ Vgl. Šutaj, The Magyar minority in Slovakia before and after the Second World War, 277ff.

⁵⁷⁶ Vgl. ebd., 280.

⁵⁷⁷ Ebd., 281.

Noch immer leben circa 450.000 ethnische UngarInnen auf dem Gebiet der heutigen Slowakei. Im Grenzgebiet zu Ungarn, in den beiden Bezirken Komárno (Komáromi járás) and Dunajská Streda (Dunaszerdahelyi járás) bilden sie die Mehrheit der Bevölkerung.⁵⁷⁸

„Zwar normalisierten sich die Verhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn nach dem Pariser Frieden von 1947 wieder und eine nennenswerte Zahl ethnischer Ungarinnen und Ungarn verblieb in der Slowakei, die Beziehungen blieben aber belastet.“⁵⁷⁹

In Ungarn wie auch in der Tschechoslowakei war es nach dem Ersten Weltkrieg zu starken Prozessen der ethnisch-sprachlichen Homogenisierung gekommen, die in den Jahren nach 1945 ihren Höhepunkt fanden.⁵⁸⁰

„Bislang als privat empfundene Fragen und Zugehörigkeiten, wie die der Muttersprache, der Umgangssprache, der verschiedensprachigen Familienmitglieder usw. wurden nun politisiert. Es entstand ein enormer Druck auf die Menschen, sich zu einer einzigen Nationalität zu „bekennen“, was den „Verrat“ an anderen, durch Verwandtschaft oder Nachbarschaft ebenfalls wichtigen Zugehörigkeiten nach sich zog.“⁵⁸¹

Ein Dialog zwischen Ungarn und seinen Nachbarstaaten zu Minderheitenfragen war während des Staatssozialismus nicht möglich.⁵⁸² Das Thema wurde tabuisiert, bis es schließlich Ende der 1980er Jahre wieder auftauchte, etwa im Protest gegen die Unterdrückung der ungarischen Minderheit in Rumänien oder in den Konflikten rund um das Staudammprojekt GNV mit der ČSSR.

Ungarns Rolle im Zuge der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968 bildete eine markante Bruchlinie in den Nachbarschaftsbeziehungen Ungarns und der Tschechoslowakei. Obwohl beide Länder einen ähnlichen Kurs in der Entstalinisierung wählten, weitreichende wirtschaftspolitische Reformen umsetzten und Kádár eingangs als Vermittler und Partner der tschechoslowakischen Reformer begrüßt wurde, befürchtete Kádár schon bald zu radikale Veränderungen im Nachbarland. Aus Angst vor Destabilisierung der gesamten Region und einer drohenden „Konterrevolution“ im Nachbarland, welche auch ein mögliches Ende der ungarischen Reformen mit sich bringen könnte, unterstützte Kádár die militärische Intervention der Warschauer Pakt-Staaten.⁵⁸³

„There is no doubt that the reform movement that was underway in Czechoslovakia in the summer of 1968 gradually but rather quickly progressed from visions of a reformed Socialist model toward a nontotalitarian system and would ultimately have reached the modern variant of such a system, that of parliamentary democracy (...).“⁵⁸⁴

⁵⁷⁸ Vgl. Ladislav Macháček, Slovak republic and its Hungarian Ethnic Minority: Sociological Reflections, Slovak Journal of Political Sciences 11, Nr. 3 (2011) 188.

⁵⁷⁹ Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 132.

⁵⁸⁰ Vgl. Árpád von Klimó, Ungarn seit 1945 (Göttingen 2006) 170f.

⁵⁸¹ Ebd., 170.

⁵⁸² Vgl. ebd., 170f.

⁵⁸³ Vgl. Csaba Békes, Hungary and the Prague Spring, In: The Prague Spring an the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968, Günter Bischof, Stefan Karner, Peter Ruggenthaler (Hg.) (Plymouth 2010) 373. Zitat aus: MOL M-KS-288, F.4/92, Protokoll des Treffens der HSWP CC, 19-20 Juni 1968.

⁵⁸⁴ Ebd., 374.

Ungarn nahm schließlich am 21. August 1968 an der Niederschlagung des Volksaufstandes in der Tschechoslowakei teil.⁵⁸⁵

„After the crushing of the Hungarian uprising twelve years earlier, Kádár had been responsible for steamrolling his countrymen back on a course loyal to Moscow. In this particular ‚band of brothers,‘ he was the least inclined to advocate a repetition of this scenario. Yet in the end he supported Moscow’s decision without reservations. All his attempts at mediation failed.“⁵⁸⁶

Die bilateralen Spannungen zwischen den beiden Ländern wirkten sich in Folge auch auf die Kooperation im Zuge der gemeinsamen energetischen Nutzung des Grenzflusses aus. Konkreten Konfliktstoff bot hierbei die durch den Kanalbau im Zuge des GNV-Projektes notwendige Verschiebung der Grenze. Wie bereits zuvor erläutert wurde, konnte keine für beide Parteien akzeptable Kompromisslösung gefunden werden.⁵⁸⁷ Der Aspekt der Minderheitenpolitik muss in diesem Fall zwar Erwähnung finden, kann aufgrund seiner Komplexität im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht ausführlicher behandelt werden.⁵⁸⁸

6.1.2 Tschechoslowakei – Österreich

Ohne im Detail auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder einzugehen⁵⁸⁹, werden nur die für das Verständnis des Falls GNV wesentlichen Kontexte dargestellt. So veranschaulicht die tschechische Historikerin Kateřina Vnoučková in ihrer Untersuchung der Grenzregion zu Niederösterreich, wie sich im Zuge der zweiten Hälfte der 1980er Jahre das Verhältnis zwischen den beiden Staaten verbesserte.⁵⁹⁰ Grundlage dafür waren verstärkte bilaterale Kontakte und der Abschluss mehrerer zwischenstaatlicher Verträge, die den Handel, Verkehr, aber auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (1983) für die Region regelten.⁵⁹¹ Nichtsdestotrotz bildete die stromwirtschaftliche Nutzung der Donau in den 1980er Jahren

⁵⁸⁵ Vgl. ebd., 373 und 376.

⁵⁸⁶ Günter *Bischof*, Stefan *Karner*, Peter *Ruggenthaler*, Introduction, In: *The Prague Spring an the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968*, Günter *Bischof*, Stefan *Karner*, Peter *Ruggenthaler* (Hg.) (2010) 23.

⁵⁸⁷ Vgl. *Štanzel*, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 144.

⁵⁸⁸ Vgl. dazu u.a.: *Fitzmaurice*, Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe; *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam.

⁵⁸⁹ Ausführlicher u.a. bei: Niklas *Perzi*, Ota *Konrád*, Hildegard *Schmoller*, Václav *Šmidrkal* (Hg.), *Nachbarn. Ein österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch* (Weitra 2019); *Umfassende Studien u.a. zu den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen* bei: Andrea *Brait*, Michael *Gehler* (Hg.), *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Wien, Köln, Weimar 2014).

⁵⁹⁰ Vgl. Kateřina *Vnoučková*, *The Iron Curtain Could Stop People, But Not the Environment*, *Der Donauraum* 59, Nr. 1–2 (2019) 277.

⁵⁹¹ Vgl. ebd. Sowie u.a.: *Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens*, BGBl. Nr. 277/1983. Für eine chronologische Übersicht aller bilateralen Verträge und Übereinkommen siehe: *Österreich – Tschechische Republik*, Webseite der Österreichischen Botschaft Prag, online unter <<https://www.bmeia.gv.at/oeb-prag/bilaterale-beziehungen/vertraege/>>, (12.01.2021).

mehrere Anlässe zu Konflikten unter den Nachbarstaaten. Im Fall der tschechoslowakisch-österreichischen Beziehungen führten die Pläne eines bilateralen Kraftwerks bei Wolfsthal-Bratislava (Wolfsthal I) zu Verstimmungen, als im November 1960 Österreich das Projekt auf unbestimmte Zeit verschob. Nach Ansicht der tschechoslowakischen Seite wären die Österreicher aufgrund der vorherrschenden Energienot mit der Bauabsicht an die Nachbarn herangetreten.⁵⁹² Laut einem Bericht des tschechoslowakischen Komitees vom Jahr 1958 würde es Verzögerungen in den Verhandlungen geben. Grund dafür sei „französisches Kapital“, das für das Donaukraftwerk Aschach freigemacht wurde. Die Tschechoslowakischen Kommunisten befürchteten, „dass gerade das ausländische Kapital Interesse daran hat, eine Vereinbarung mit Vorteilen für einen der sozialistischen Staaten zu vereiteln und dass eben dies Bedingung für Österreich zum Erhalt des ausländischen Kapitals war.“⁵⁹³ Die österreichische Seite argumentierte die Verschiebung der Grenzkraftwerkspläne bei Wolfsthal mit der fraglichen Wirtschaftlichkeit des Projekts.⁵⁹⁴ Während für Österreich dadurch das Kapitel geschlossen war, erlebte das Konfliktthema in den 1980er Jahren jedoch eine Renaissance. Die ČSSR wollte die Pläne wieder auf den Verhandlungstisch bringen, doch Österreich erteilte mit Bezugnahme auf das Protokoll der damaligen Sitzung erneut eine Absage.⁵⁹⁵ Hintergrund der tschechoslowakischen Initiative waren die Kraftwerkspläne der Österreicher bei Hainburg. Die Tschechoslowakei argumentierte, dass die Schäden an den Auwäldern bei einer Realisierung des Kraftwerks bei Wolfsthal geringer ausfallen würden als bei jener in Hainburg. Die Tschechoslowaken befürchteten dabei vor allem Nachteile durch das österreichische Kraftwerkprojekt. Konkret war in einem Sitzungsprotokoll des Zentralkomitees vom Jahr 1984 die Rede von „einer Beschädigung tschechoslowakischer Interessen am Grenzabschnitt der Donau und der Morava.“⁵⁹⁶ Robert Fuchs, der sich in seiner vergleichenden Studie mit den Kontexten und Hintergründen politischer Entscheidungsfindung bei den Kraftwerksprojekten in Hainburg und Gabčíkovo–Nagymaros auseinandersetzte, hebt die widersprüchlichen Positionen der beiden Länder zu gemeinsamen Staudammprojekten an der Donau wie folgt hervor:

⁵⁹² Einem Memorandum der DOKW vom 6. Februar 1980 zufolge wurde 1957 eine Projektgruppe „Wolfsthal-Bratislava“ gegründet und nach der Absage des gemeinsamen Bauprojekts 1961 wieder aufgelöst. Vgl. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA) Archiv der Republik (AdR) Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (BM H,GuI) 54.360/2V Blg.1, Memorandum betreffend die Staustufe Gabčíkovo, ein Gemeinschaftskraftwerk der ČSSR und Ungarn, Wien, 6. Februar 1980.

⁵⁹³ Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 144.

⁵⁹⁴ Vgl. ebd.

⁵⁹⁵ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA) Archiv der Republik (AdR) Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie (BM H,GuI) Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA) 54.360/9V Blg. 1, Schreiben an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zum Gegenstand „Rahmenplan Donau; Kraftwerksausbau stromabwärts von Wien“ vom 26. August 1980.

⁵⁹⁶ Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 144.

„In 1957 Austria made a contract with Czechoslovakia to build the Wolfsthal-Bratislava dam, but Austria withdrew from the joint plan in 1960. Later when Austria proposed to build alone, Czechoslovakia objected to a dam's possible damage to the environment. When the Czechs decided to build alone, Austria financed the project while Austrian and other environmentalists objected to it.“⁵⁹⁷

So kam es, dass die Tschechoslowakei für ihren Protest gegen Hainburg Argumente von UmweltschützerInnen aufgriff. Der Konflikt ging so weit, dass das tschechoslowakische Außenministerium damit drohte, „in Zukunft weniger Verständnis für österreichische Interessen im Bereich des Umweltschutzes“ zu zeigen, sollte Österreich die tschechoslowakischen Interessen ignorieren. Österreich nutzte in der Reaktion darauf die Finanzschwäche der ČSSR aus, um Kredite für Gabčíkovo im Gegenzug für ihre Zustimmung zu Hainburg anzubieten.⁵⁹⁸

„Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat die Botschaft mit Erlaß (...) vom 29. Oktober 1980 seinerzeit dahingehend informiert, daß Bundesminister Dr. Staribacher mit dem tschechoslowakischen Energieminister Fragen im Zusammenhang mit dem Rückstau durch das im Raum Hainburg geplante Kraftwerk besprochen hat, wobei die tschechoslowakische Seite der österreichischen Ansicht bezüglich einer Beteiligung an der Elektrizitätsgewinnung in Gabčíkovo entschieden entgegengetreten ist.

Auch ist der österreichische Vorschlag vom Juli 1980 bezüglich der Einsetzung einer österreichisch-tschechoslowakisch-ungarischen Regierungskommission zur Wahrung der durch das Kraftwerk Gabickovo beeinträchtigten Interessen Österreichs bis jetzt von tschechoslowakischer Seite trotz mehrfacher Urgezen meritorisch nicht beantwortet worden.“⁵⁹⁹

Die Strategie des österreichischen Auswärtigen Amtes zielte darauf ab, den durch Gabčíkovo zu erwartenden Rohenergieverlust hervorzuheben und „aus taktischen Gründen zuerst eine 15%ige Energiebeteiligung zu fordern und erst in zweiter Linie die Variante der Ausbaggerung ins Auge zu fassen.“⁶⁰⁰ Der Schriftverkehr zwischen Verbund-Chef Walter Fremuth und Handelsminister Staribacher lässt die Vermutung zu, dass der befreundete Manager der Energiewirtschaft wesentlichen Einfluss auf diese Strategie hatte. So war es Fremuth, der Minister Staribacher auf den existierenden zwischenstaatlichen Vertrag zu GNV hinwies und ein „13 – 15 %iges Strombezugsrecht oder aber eine Beteiligung an dem Laufwasserkraftwerk“ vorschlug.⁶⁰¹ In der Folge wies die Tschechoslowakei die Forderung nach einer

⁵⁹⁷ *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 6.

⁵⁹⁸ Vgl. Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 165. Zitiert aus: Začatie rokovania s rakúskou stranou o koncepcii využitia spoločného československo-rakúskeho úseku Dunaja, 4. červen 1984. [Aufnahme von Verhandlungen mit der österreichischen Seite über das Konzept der Nutzung des gemeinsamen tschechoslowakisch-österreichischen Donauabschnitts] NA, Fond KSČ-ÚV-02/1 KSČ – Ústřední výbor 1945–1989, Praha – předsednictvo 1981–1986, P 110/84, Bl. 3.

⁵⁹⁹ ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V Blg.1, Brief der Österreichischen Botschaft in Prag an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Prag, 29. Jänner 1981.

⁶⁰⁰ ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V Blg. 1, Brief des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Bm H, GuI, Wien, 24. Oktober 1980.

⁶⁰¹ ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/2V Blg. 1, Brief des Verbund-Chefs an Minister Staribacher, Wien, 24. Juni 1980. Weitere Akten zum interministeriellen Austausch über die Vorgangsweise und Auswirkungen von GNV finden sich auch im ÖStA AdR Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLFW) 14.201/10-14/80, Kraftwerksgruppe Gabčíkovo-Nagymaros; Einleitung bilateraler Gespräche, zu finden in: 14.201-14/1980.

Energiebeteiligung zurück und setzte weiterhin auf die Errichtung von Wolfsthal-Bratislava.⁶⁰² Sowohl für den Verbund-Chef als auch für das Handelsministerium war das Kapitel Wolfsthal jedoch abgeschlossen.⁶⁰³ Die Geschichte sollte jedoch zeigen, dass auch dieses Projekt nicht auf immer in den Archiven der DoKW verbleiben sollte. Nachdem die Proteste gegen das Kraftwerk bei Hainburg 1985 zur Bildung einer Ökologiekommission der Bundesregierung führten, wurden von dieser sowohl die Erhaltung der Fließstrecke zwischen Wien und Bratislava als auch deren Ausbaufähigkeit diskutiert. Ökonomische wie ökologische Kriterien wurden grundsätzlich gleichgesetzt. Aufgrund der eingeschätzten Umweltfolgen wurde die Realisierung Hainburg als ungünstig eingestuft. Die geplante Staustufe Wien (Freudenau) wurde als kurzfristig realisierbar, die Staustufe Wolfsthal II als mittelfristig realisierbar angesehen.⁶⁰⁴ Eine WWF-Studie zu Wolfsthal II aus dem Jahr 1992 kommt zum Schluss:

„Die Lösung stützt sich auf das im Jahre 1959 erarbeitete tschechoslowakisch-österreichische Vertragsprojekt von diesem Wasserkraftwerk. Durch Vertiefung der Kenntnisse und Läuterung der Ansichten erfuhr die ursprüngliche Lösung eine ziemlich markante Veränderung, sodaß ihre Aktualisierung notwendig war.“⁶⁰⁵

Auch wenn immer wieder Gerüchte um Pläne eines Kraftwerks im Grenzgebiet bei Wolfsthal auftauchen, wurde das Projekt bis heute nicht realisiert.⁶⁰⁶ Nichtsdestotrotz wurde nach Hainburg noch das Kraftwerk Freudenau (Wien) umgesetzt. Andreas Kuchler vertritt in seiner Dissertation zur österreichischen Entwicklung der Wasserkraft nach Zwentendorf und Hainburg die These, dass es im Zuge dieser beiden Infrastrukturprojekte gelungen sei, zwischen den Interessen der lokalen Bevölkerung und der Energiewirtschaft besser zu vermitteln sowie die nötigen Maßnahmen für Umwelt-, Naturschutz und Freizeitgestaltung angeboten wurden.⁶⁰⁷

6.1.3 Österreich – Ungarn

Die österreichisch-ungarischen Beziehungen der 1970er und 1980er Jahre nahmen im Donaauraum eine Sonderrolle ein. Aufgrund seiner geografischen Lage und seines

⁶⁰² ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V, Vortrag an den Ministerrat, Bericht über die anlässlich des ČSSR -Reise von Herrn Bundesminister Dr. Josef Staribacher geführten Gespräche, Wien, 30. Juli 1980.

⁶⁰³ ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/2V Blg.1, Memorandum betreffend die Staustufe Gabčíkovo, ein Gemeinschaftskraftwerk der ČSSR und Ungarn, Wien, 6. Februar 1980.

⁶⁰⁴ Vgl. H.P. *Nachtnebel*, Wasserwirtschaftliche Planungsmethoden: Naturschutz und Wasserkraft Untere Donau, Konferenzpräsentation, Institut für Wasserwirtschaft, Hydrologie und konstruktiver Wasserbau 4, online unter <https://iwhw.boku.ac.at/LVA816106/PDFs_der_Praesentationen/7_Mehrzielplanung_Untere_Donau.pdf>, (10.09.2020).

⁶⁰⁵ Projekt Donaukraftwerk Wolfsthal II: Ökologische Auswirkungen auf die Slowakei, Studie der Universität Bratislava für WWF Österreich (Bratislava 1992) 9, online unter <https://www.zobodat.at/pdf/WWF-Studien_97_1992_0001-0100.pdf>.

⁶⁰⁶ Vgl. Philipp *Kienzl*, „Wir wollen kein Kraftwerk“, Kurier, 05.04.2012, online unter <<https://kurier.at/chronik/niederosterreich/wir-wollen-kein-kraftwerk/773.344>>.

⁶⁰⁷ Vgl. Andreas *Kuchler*, Die Entwicklung der österreichischen Wasserkraft nach Zwentendorf und Hainburg, Dissertation (Universität Wien 2015) 262f, online unter <http://othes.univie.ac.at/37807/1/2015-05-31_9611696.pdf>.

Neutralitätsstatus‘ schlüpfte Österreich schon bald in die Vermittlerrolle zwischen Ost und West. Österreich, insbesondere die Hauptstadt Wien, galt aufgrund seiner geografischen und politischen Lage während des Kalten Krieges als besonderer Standort in Europa. Mehrere internationale Organisationen gründeten ihren Hauptsitz in Wien, darunter 1957 die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) und 1965 die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Wien wurde 1979 zum dritten ständigen Standort der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gewählt. In den 1980er Jahren war Österreich Gastgeber der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die, wenn auch am Ende nicht erfolgreich, das Image Österreichs als „Brücke“ zwischen Ost und West in Europa stärkte. Schon kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges nahmen die Nachbarländer Österreich und Ungarn Handelsbeziehungen auf, welche sich vor allem in Form von Warenaustauschabkommen auf Basis von Kompensationen äußerten. Österreichs Erklärung der immerwährenden Neutralität am 25. November 1955 und Josef Stalins Tod im März 1953 bildeten die Säulen positiver Nachbarschaftspolitik.⁶⁰⁸ Österreichs Sympathie mit dem ungarischen Volksaufstand im Oktober 1956 sowie die Rolle als Aufnahme- bzw. Durchzugsland für Flüchtlinge führte zu außenpolitischen Spannungen und Nervosität auf beiden Seiten.⁶⁰⁹ Nichtsdestotrotz erfolgte schon bald nach der Niederschlagung des Aufstandes eine „Normalisierung“⁶¹⁰, die sich etwa in einem zwischenstaatlichen Luftfahrtabkommen sowie einer Verlängerung des Warenaustausch- und Zahlungsabkommens niederschlug. Mit János Kádár, der in Ungarn einen Kurswechsel einläutete, und Bruno Kreisky, der 1962 als erster Außenminister eines nichtkommunistischen Staates seit dem Zweiten Weltkrieg nach Ungarn reiste, erhielten die Nachbarländer spätestens ab Kreiskys Ungarn-Besuch als Bundeskanzler 1973 zwei prominente Gesichter der Wiederannäherung. Eine rege Besuchsdiplomatie von politischen und wirtschaftlichen Delegationen war die Folge.⁶¹¹ Die verbesserten Beziehungen wirkten sich auch auf den Handel aus. Auch Bundeskanzler Josef Klaus zeigte wenig Berührungsängste mit den Staaten des Warschauer Paktes und hatte ab 1966 seine Ostpolitik vorangetrieben. Mit dem Scheitern der Reformen in der Tschechoslowakei avancierte Ungarn zunehmend zu einem attraktiven Ansprechpartner über dem Eisernen Vorhang. Die Aussetzung der Beziehungen zu Ungarn aufgrund seiner Teilnahme an der Niederschlagung des Prager Frühling 1968 war nicht von langer Dauer. Auch wenn die kritische Berichterstattung Österreichs, vor allem des Österreichischen Rundfunks (ORF) dem Nachbarn

⁶⁰⁸ Vgl. Peter *Haslinger*, Hundert Jahre Nachbarschaft: Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1985–1994 (Frankfurt am Main; Berlin; New York u.a. 1996) 237–242.

⁶⁰⁹ Ebd., 243–246.

⁶¹⁰ Ebd., 280.

⁶¹¹ Vgl. ebd., 237–252.

ein Dorn im Auge war, nahmen beide Länder schon bald wieder ihre „Entspannungspolitik“ auf. Auch der Vorsitzende des Ministerrates Jenő Fock, der seinen 1968 verschobenen Staatsbesuch in Österreich schon im Mai des Folgejahres nachholte, betonte die friedliche Koexistenz entlang der Donau.⁶¹² Ab der Mitte der 1970er Jahre wurden auch die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern stärker gepflegt. Die Eröffnung eines Kulturinstituts in Wien (Collegium Hungaricum) 1977, ein Kultur- und Wissenschaftsabkommen sowie die Einladung von Lektoren nach Ungarn und eine gemeinsame Ausstellung über Matthias Corvinus bildeten wichtige Initiativen in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren. Gerade die HistorikerInnen-Kontakte entwickelten sich in der Folge recht rasch.⁶¹³ In dieser Zeit verfolgte Österreich eine Nachbarschaftspolitik, die die Grenze zwischen Österreich und Ungarn zunehmend durchlässiger machte. Diplomatische Besuche österreichischer und ungarischer Politiker und die Visaliberalisierung 1978 (ab 1. Januar 1979) symbolisierten dieses friedliche Zusammenleben und wurden von hohen Krediten aus Österreich für die Tourismusinfrastruktur in Ungarn begleitet. 1988 erhielten ungarische Staatsbürger den „Weltpass“, mit dem sie problemlos in westliche Länder reisen konnten, was zu einem Einkaufsbummel bei Konsumgütern in Österreich führte. Die engen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder spielen für den Fall GNV eine besondere Bedeutung, weshalb diesem Aspekt auch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Zentrale Akteure der Zusammenarbeit waren Vertreter der österreichischen verstaatlichten Industrie und ab April 1970 der dafür zuständige Minister Josef Staribacher sowie die ungarische Botschaft als erste Anlaufstelle für Geschäftsanbahnungen.⁶¹⁴ Ungarns chronisch negative Handelsbilanz gegenüber Österreich sollte durch den Abbau von Handelsbeschränkungen verringert werden. Dazu wurden verschiedene bilaterale Gremien gegründet. Ziel war ein neues bilaterales Zahlungsabkommen. Bisher musste bei jedem Kredit und bei sämtlichen Zahlungen die Österreichische Nationalbank (ÖNB) zustimmen. Kredite wurden nur gewährt, wenn sie zumindest indirekt der Förderung österreichischer Exporte dienten. Mit einem neuen Handelsübereinkommen – gültig von 1973–1977 – sollten die Zahlungen schließlich erst nachträglich der ÖNB bekannt gegeben werden müssen. Die Exporterfolge Ungarns beschränkten sich trotz der Bemühungen vorwiegend auf Energieträger und landwirtschaftliche Produkte. Im Zuge der Ölkrise kam es ab 1973 zu stark verschlechterten Bedingungen für Ungarn. Zudem wurde Österreich verstärkt an den EWG-Markt angebunden (vier Freihandelsabkommen 1972). 1975 führte Österreich das Vidierungsverfahren ein, das eine

⁶¹² Vgl. ebd., 281f.

⁶¹³ Vgl. ebd., 309–323.

⁶¹⁴ Vgl. ebd., 325f.

vereinfachte Zollbehandlung für liberalisierte Waren aus bestimmten Herkunftsländern vorsah. Für Ware, die als sensibel eingestuft wurde, gab es nun ein Beobachtungsverfahren, damit es zu keinen Dumpingpreisen kam. Länder wie Ungarn waren davon am meisten betroffen. Die OPEC-Krise führte zudem zu einer Inflationsspirale, die ungarische Staatsfirmen unter Druck setzte, da sie auf den Import von Maschinen und Ersatzteilen angewiesen waren. Ungarn hatte mit einem massiv wachsenden Schuldenberg zu kämpfen. 1982 stand das Land bereits erstmals am Rand des finanziellen Zusammenbruchs. Eine kurzzeitige Erholung konnte nur durch den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) erreicht werden. 1985/86 erfolgte erneut der Einbruch. Als wichtiger Schritt in den österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen kann das Investitionsschutzabkommen 1988 erwähnt werden. Dieses bedeutete die rechtliche Gleichstellung von Unternehmen und ihren Schutz vor Enteignung und Verstaatlichung. Ab 1989 wurde schließlich auch die Gründung von Joint Ventures bedeutend erleichtert. Auch der Erwerb von Immobilien wurde dereguliert. Nichtsdestotrotz erfuhren die Beziehungen allerdings eine erhebliche Trübung durch Ungarns Ausstieg aus dem GNV-Projekt 1989.⁶¹⁵

Wirtschaftspolitik zwischen Ost und West

Die Entwicklung des Ost-West-Handels ist stark mit dem Bankensystem im Donauraum verknüpft. „Der in Planwirtschaft brachliegende Bankensektor wurde vor allem von österreichischen Banken als neue Standortchance („window of opportunity“) genutzt“, so der österreichische Ökonom Fritz Breuss.⁶¹⁶

Die Struktur des österreichischen Bankensystems in der Nachkriegszeit war von der Verstaatlichung der beiden größten Aktienbanken, der Creditanstalt und der Länderbank, sowie von einem stark regulierten Geld- und Kapitalmarkt geprägt. Mit dem politischen Wechsel 1956 durch den Wahlsieg der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ging der Trend zurück in die Reprivatisierung. In den 1960er Jahren ging der Trend auch aufgrund steigender Konkurrenz zunehmend in Richtung Privatkunden- bzw. Massengeschäft. Aktienbanken wie die Creditanstalt konnten nur bedingt mit Raiffeisenbanken und Sparkassen mithalten.⁶¹⁷ Gründe für das Absinken des Marktanteils lagen unter anderem in der Bewilligungspflicht bei der

⁶¹⁵ Vgl. ebd., 323–352.

⁶¹⁶ Fritz Breuss, Wirtschaftliche Auswirkungen von „1989“ auf Österreich, In: Österreich und die Folgen von 1989 (Wien 2016) 12; Vgl. dazu ebenso: Fritz Breuss, Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung, In: Der „Ostfaktor“ - Österreichs Wirtschaft und die Ostöffnung 1989 bis 2009, D. Stiefel (Hg.) (Wien, Köln, Weimar 2010) 115–157; Fritz Breuss, Auswirkungen der Osteöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft, In: Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, Andrea Brait, Michael Gehler (Hg.) (Wien, Köln, Weimar 2014) 67–108.

⁶¹⁷ Vgl. Christoph Retter, Die österreichischen Banken und der Donauraum – Geschichte einer Strategie (Wirtschaftsuniversität Wien 2017) 326. Zitat aus: Heinrich Treichl, Fast ein Jahrhundert (Wien 2003) 270.

Gründung neuer Filialen sowie in den umfassenden Industriebeteiligungen, deren Finanzierung im Vordergrund stand. Im Fall der Länderbank führten die Beteiligungen Anfang der 1980er sogar zu einer staatlichen Rettungsaktion. In den 1970er Jahren führte ein neuer Trend zu einem Aufschwung bei der Creditanstalt: Unter Heinrich Treichl, der zwischen 1970 und 1981 als Generaldirektor fungierte, beteiligte sich die CA zunehmend an der Internationalisierung der Geschäfte. „Die Bilanzsumme (...) wuchs in dem Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 um jährlich durchschnittlich 20 Prozent, inflationsbereinigt um fast 13 Prozent der Auslandsanteil verdoppelte sich auf fast 40 Prozent der Bilanzsumme (...)“, schildert Treichl in seiner Autobiografie die Entwicklungen jener Zeit.⁶¹⁸ Die einstige Finanzmetropole der Donaumonarchie etablierte sich in der zweiten Republik erneut als wichtiger Finanzplatz. Aufgrund seines „neutralen“ Status war Wien auch für sozialistische Banken attraktiv. Vier davon, darunter die ungarische Central Wechsel und Credit Bank, hatten eine Zweigstelle in Wien.⁶¹⁹ Wiens „Nähe“ zu Osteuropa lockte wiederum viele westliche Finanzinstitute in die österreichische Hauptstadt.

„In Vienna more than 15 well-known Western international banks have established branches or agencies for better access to Eastern Europe, and ‘the Financial Sphere’ there is now one of the recognized centres of East-West finance.“⁶²⁰

Die CA übernahm gemeinsam mit der 1946 gegründeten Kontrollbank (OeKB) besonders bei der Vergabe von Großkrediten eine tragende Rolle.⁶²¹ „Die Finanzierung des Donauraums stützte sich in Österreich zum Teil auf die finanzielle Exportförderung, die zu einem großen Teil (allerdings nicht ausschließlich) von der Kontrollbank betreut wurde (...).“⁶²² Ein wesentliches Instrument dabei ist die Vergabe von „Exportgarantien“ und die „verfahrensmäßige Exportfinanzierung“.⁶²³ Die OeKB kann nur dann eine Exportfinanzierung übernehmen, wenn der Staat eine Bundeshaftung (als Garantie) übernimmt. Wird so eine Exportgarantie an ausländische Abnehmer gewährt, können österreichische Unternehmen bei ihrer Bank die Exporte von Gütern oder Dienstleistungen refinanzieren, „ohne dass es hier zu einer Forderung der österreichischen Bank gegenüber dem Ausland kommt“.⁶²⁴ Die Republik Österreich machte in den 1970er und 1980er Jahren von diesen Haftungen stark Gebrauch. Ende 1980 übernahm die Republik Haftungen im Wert von 206,7 Milliarden Schilling. Fünf Jahre davor waren es noch 15,3 Milliarden Schilling. Christoph Retter zieht in seiner Studie zu den

⁶¹⁸ Retter, Die österreichischen Banken und der Donauraum – Geschichte einer Strategie, 328.

⁶¹⁹ Vgl. ebd., 328f.

⁶²⁰ Ebd. Zitat aus: Julius Wilczynski, Comparative Monetary Economics (London 1978) 37.

⁶²¹ Vgl. Retter, Die österreichischen Banken und der Donauraum – Geschichte einer Strategie, 331.

⁶²² Ebd., 339.

⁶²³ Ebd.

⁶²⁴ Retter, 340. Vgl. auch: Jan Stankovsky, Österreichs Osthandel im Umbruch, WIFO Monatsberichte 63, Nr. 6 (1990) 365–377.

Ostgeschäften österreichischer Banken als Beispiel für diese Osthandelsfinanzierung Polen heran. Die ÖKB-AG schloss 1975 mit der Bank Handlowy einen Finanzkredit in der Höhe von 1,2 Milliarden Schilling für den Export von Konsumgütern ab. Ein anderes Abkommen wurde 1974 zwischen der Verbundgesellschaft und der polnischen Firma Weglokoks abgeschlossen. In diesem Fall wurde vereinbart, dass Österreich Investitionsgüter und Industrieanlagen nach Polen liefert, um im Gegenzug Stromlieferungen aus Polen zu erhalten.⁶²⁵

In den Handelsbeziehungen zwischen Österreich und sozialistischen Staaten waren die persönlichen Kontakte mit dem damaligen „Ostblock“ zentral: dies geschah, wie Retter hervorhebt, „nicht nur über das Knüpfen von Beziehungen über typische Bankgeschäfte, sondern über Kompensations- und Dreiecksgeschäfte mit Industrie- und Handelsgütern“.⁶²⁶ Diese Erfahrungen sollten sich als wichtiger Vorteil späterer Expansionen herausstellen, da gerade die persönlichen Verbindungen oftmals die Systemtransformation überdauerten.⁶²⁷ Eine gewisse Hürde in den Handelsbeziehungen stellte das „faktische staatliche Außenhandelsmonopol“⁶²⁸ dar. Finanzielle Transaktionen in sozialistische Länder wurden ausschließlich über die Außenhandelsbank abgewickelt. Diese Konstruktion führte dazu, dass der Umfang und die Art des Handels von den sozialistischen Ländern vorgegeben wurden. Die Folge war ein Nachfrageüberschuss nach westlichen Gütern, der nicht durch Exportgeschäfte ausgeglichen werden konnte. Die Abhängigkeit von westlichem Kapital und die dafür aufgenommenen Schulden stiegen – besonders im Fall Ungarns und Polens – enorm an.⁶²⁹ „Verglichen mit anderen westlichen Ländern betrieb Österreich einen überdurchschnittlich hohen Handel mit den sozialistischen Ländern des Ostens.“⁶³⁰ Gerade am Beispiel Ungarns zeigte sich dies anhand der historischen Verstrickungen der beiden Volkswirtschaften. Selbst als sich die sozialistischen Staaten ab den späten 1940er Jahren immer stärker abzuschotten begannen, „leistete“ sich Österreich „auch noch die 1950er Jahre hindurch mit den Oststaaten eine negative Handelsbilanz“⁶³¹. Nahrungsmittel- und Kohleimporte stellten in diesen Jahren die wesentlichen Importgüter dar. Aus Ungarn wurden hauptsächlich Lebensmittel und Braunkohle bezogen. Da die gespannten Verhältnisse zwischen der Sowjetunion und westlichen Staaten intensivere Beziehungen erschwerten, versuchten Österreich und Ungarn in

⁶²⁵ Vgl. Retter, Die österreichischen Banken und der Donauraum – Geschichte einer Strategie, 341.

⁶²⁶ Ebd., 334.

⁶²⁷ Vgl. ebd.

⁶²⁸ Ebd., 335.

⁶²⁹ Vgl. ebd., 335–337.

⁶³⁰ Ebd., 337.

⁶³¹ Ebd., 343; Vgl. auch: Andreas Resch, Österreichische Privatbanken von 1919 bis 1945, In: Geschichte der österreichischen Privatbanken (Wiesbaden 2018) 512.

den 1960er Jahren den Ost-West-Handel zu „entpolitisieren“⁶³². So verurteilte der ungarische Ökonom Imre Vajda (Budapest) in „Arbeit und Wirtschaft“, dem Periodikum der Österreichischen Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes im Jahr 1965 die Zielsetzung, den „Ostblock“ mit der Einschränkung von Handelskontakten zu schwächen, eine Denkweise des Kalten Krieges, so Vajda, die er ablehne.⁶³³ „Das Auseinanderleben von Ost und West, der Riß im Gewebe oder zumindest die Lockerung der Fäden der Handelskontakte ist in der Gegenwart, [...] ein Anachronismus, der überwunden werden muß.“⁶³⁴ Der Ökonom sah großes Potential in der „konsequenten Ausdehnung der friedlichen Koexistenz als dem Grundsatz unserer Gegenwart auf den Bereich der Wirtschaftsbeziehungen.“⁶³⁵ Im Gegensatz zu den ungarisch-österreichischen Beziehungen behinderten die politischen Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Nachbarland die Herausbildung stärkerer Wirtschaftsbeziehungen. Auch die Kreditschulden der Tschechoslowakei gegenüber österreichischen Banken blieben vergleichsweise gering. Hinsichtlich der politischen Kompromissfähigkeit, etwa mit einem Abkommen zu Sicherheitsvorschriften grenznaher Atomkraftwerke 1982, konnten zwar kleine Erfolge vorgewiesen werden.⁶³⁶ „Alles in allem blieben die Beziehungen aber vom österreichischen Standpunkt aus hinter denen etwa zum Nachbarland Ungarn weit zurück.“⁶³⁷ Österreichs wirtschaftspolitische Entwicklungen der 1970er Jahre waren vor allem durch die Dominanz der Sozialpartner geprägt. So fasste 1993 auch der Ökonom Andreas Wörgötter den „Konsens der siebziger Jahre“ zusammen, indem er die „wirtschaftspolitische Zuständigkeit der Sozialpartner“ als unbestritten darstellte. „Es wäre daher durchaus denkbar, daß auch eine andere Regierung unter der Beteiligung der ÖVP eine ähnliche Wirtschaftspolitik durchgeführt hätte“, so Wörgötter.⁶³⁸ In Kürze kann die wirtschaftspolitische Ausrichtung als keynesianisch bezeichnet werden. Heute sprechen wir vom „Austro-Keynesianismus“, dessen VertreterInnen sich vor allem die Ziele Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Stabilität in der Verteilung von Einkommen und Vermögen an die Fahnen hefteten. Ersteres, das Beschäftigungsziel, galt hierbei als Priorität. So lag die Arbeitslosigkeit 1970 bei 1,4 Prozent, der OECD-Schnitt betrug 3,1 Prozent. Das gesamte Jahrzehnt konnte die Arbeitslosenrate unter 2 Prozent gehalten werden. Neben einer „flexible[n] Fiskalpolitik, eine[r]

⁶³² Imre Vajda, Der Ost-West-Handel, Arbeit und Wirtschaft 19, Nr. 4 (1965) 7.

⁶³³ Vajda, Der Ost-West-Handel.

⁶³⁴ Ebd., 8.

⁶³⁵ Ebd., 9.

⁶³⁶ Vgl. Perzi, Šmidrkal, Die langen 1970er Jahre: Die Sattelzeit an der Systemgrenze zwischen „Ost“ und „West“, 290f.

⁶³⁷ Ebd., 290.

⁶³⁸ Andreas Wörgötter, Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren, In: Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren, Michael Chaloupek, Günther; Mesch (Hg.), 1. Aufl. (Wien 1993) 79.

wechselkursorientierten Geldpolitik“ war es insbesondere die konsensual geprägte Praxis der Sozialpartnerschaft, welche als Instrument des Austro-Keynesianismus herangezogen wurde.⁶³⁹ Diese Geldpolitik führte zwar zu einem starken Anstieg der Staatsschulden, der Austro-Keynesianismus fand jedoch „kaum wesentliche Gegner“⁶⁴⁰. Die Preiserhöhungen im Energiesektor 1973 zählten zu den stärksten Belastungen der darauffolgenden Jahre. „Auch in Österreich kam es 1975 zu einer Reduktion des realen Bruttoinlandsprodukts.“⁶⁴¹ Trotzdem kam es, Wörgötter zufolge, unter Mitwirkung der Sozialpartner zu keinem merklichen Beschäftigungsrückgang. Ein Grund dafür war mitunter das starke Wachstum der Wirtschaft. Während Österreich diesen starken Vorsprung in den 1980er Jahren gegenüber anderen OECD-Ländern wieder aufgeben musste, sorgte die „Ostöffnung“ 1989 für einen erneuten Impuls.⁶⁴² Die Jahre davor führte jedoch Anfang der 1980er Jahre (als Folge der zweiten Ölkrise 1979) ein weiterer „Ölschock“ erst einmal zum Abflauen des Wirtschaftswachstums. Weitere internationale und gesellschaftspolitische Faktoren kamen hinzu, was das bisherige Erfolgsmodell zunehmend ins Wanken brachte:

„Die Internationalisierung der Wirtschaft und die Ökologisierung der Wertvorstellung in der Bevölkerung (...) entzogen dem gesellschaftlichen Konsens der Wirtschaftspolitik des ‚Austro-Keynesianismus‘ die reale Grundlage. Die Geldpolitik war auf eine konjunkturunabhängige Regel eingeschworen, die Fiskalpolitik war wegen der steigenden Importquoten zunehmend weniger in der Lage, die heimische Nachfrage zu beeinflussen, und die Umweltbewegung verfolgte andere als wirtschaftliche Ziele.“⁶⁴³

Nachdem die Empfehlungen des „Club of Rome“⁶⁴⁴ und die Diskussion um begrenzte Ressourcen auch in der breiten österreichischen Diskussion angekommen waren, änderte sich in den 1980er Jahren auch die Machtposition der Sozialpartner.⁶⁴⁵

„Während in den siebziger Jahren die Lösung von Problemen daran scheitern konnte, daß sich die Sozialpartner nicht einigten, war die sozialpartnerschaftliche Einigung in den achtziger Jahren keine Garantie mehr dafür, daß die angestrebte Lösung tatsächlich in die Tat umgesetzt werden konnte.“⁶⁴⁶

Es ist zu vermuten, dass die zuvor erläuterten guten Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn hemmende Wirkung auf das Verhältnis der österreichischen Regierung zur demokratischen Opposition in den sozialistischen Ländern hatten. Die österreichische Sozialdemokratie befand sich in einem Dilemma hinsichtlich des wachsenden Dissens in Osteuropa. Als die Solidarność-Bewegung in Polen auffiel, reagierte Anton Benya, Präsident

⁶³⁹ Vgl. ebd., 80.

⁶⁴⁰ Ebd., 81.

⁶⁴¹ Ebd.

⁶⁴² Vgl. ebd., 82.

⁶⁴³ Ebd., 84.

⁶⁴⁴ Vgl. *Meadows, Meadows, Jorgen, Behrens*, *The Limits to Growth: A Report for the Cluf of Rome's Project on the Predicament of Mankind*.

⁶⁴⁵ Vgl. Lieselotte *Wohlgenannt*, *Arm und reich: Österreich auf dem Weg zur Zweidrittelgesellschaft*, In: *Österreich 1945–1995: Gesellschaft, Politik, Kultur*, Reinhard *Sieder*, Heinz *Steinert*, Emmerich *Tálos* (Hg.) (Wien 1995) 259.

⁶⁴⁶ *Wörgötter*, *Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes Österreich seit den siebziger Jahren*, 92.

des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), mit offenem Vorbehalt auf die Ereignisse.⁶⁴⁷ Während in Österreich das Mobilisierungspotential der Sozialpartner abnahm, stieg der Einfluss von Sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen. Alternative Szenen bildeten sich und forderten neben öffentlichem Raum (etwa die Arena oder das Werkstätten- und Kulturhaus – WUK in Wien) auch Zugang zu öffentlichen Subventionen.⁶⁴⁸ Sie vertraten neue Anliegen, wie Umweltschutz, protestierten gegen Waffenexporte, forderten Abrüstung, Gleichberechtigung und gingen gegen verschiedenste Formen der Diskriminierung an die Öffentlichkeit.⁶⁴⁹ Die Friedensbewegung der 1980er Jahre schaffte schließlich auch die Massenmobilisation mit zehntausenden TeilnehmerInnen bei Abrüstungsdemonstrationen. Nicht selten setzen sich die neuen Gruppen dabei den Interessen der Gewerkschaften entgegen (etwa beim Thema Waffenexporte).⁶⁵⁰ Aber auch bei Hainburg mobilisierte der Österreichische Gewerkschaftsbund gegen die UmweltschützerInnen und rief zu einer Gegendemonstration mit mehreren zehntausend TeilnehmerInnen am Ballhausplatz auf.⁶⁵¹ Soziale Bewegungen und Proteste bildeten schließlich die Symptome eines Jahrzehnts des breiten sozialen Wandels, der sich durch veränderte Werte und die Suche nach neuen Lebens- und Gesellschaftsmodellen auszeichnete.⁶⁵² Die Ökologie-Bewegung und Umweltproteste jener Jahre sind als Ausdruck dieses gesellschaftlichen Findungsprozesses zu verstehen.

6.2 Stromaufwärts: Umweltproteste und Ökologisierung in Österreich

Mit seiner 2018 erschienenen Monografie zur Geschichte der Grünen in Österreich, angefangen von Zwentendorf bis zum folgenreichen Wahltag am 15. Oktober 2017, inofgedessen die Grünen aus dem Nationalrat ausschieden, zeichnet der mittlerweile emeritierte Professor und Historiker Robert Kriechbaumer die wechselhafte Geschichte der Grünen Partei nach. Nichtsahnend, dass sich diese ein Jahr nach dem 30. Jubiläum der Bundespartei – zumindest für kurze Zeit – aus der Bundespolitik verabschieden sollte, fasste Kriechbaumer den Entschluss, „einen Blick in die Vergangenheit zu werfen“, nicht nur, um die Geschichte dieser Partei zu rekonstruieren, sondern auch um „die eine oder andere Lehre aus der Geschichte zu

⁶⁴⁷ Siehe dazu: Daniela Neubacher, „Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain“, *Der Donauraum* 59, Nr. 1–2 (2019): 25–46.

⁶⁴⁸ Vgl. Robert Foltin, *Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich* (Wien 2004) 135.

⁶⁴⁹ Vgl. ebd., 139.

⁶⁵⁰ Vgl. *Wohlgenannt*, Arm und reich: Österreich auf dem Weg zur Zweidrittelgesellschaft, 258f.

⁶⁵¹ Vgl. Foltin, *Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich*, 140.

⁶⁵² Siehe ausführlicher zur Vorgeschichte und zum sozialen Wandel der 1970er Jahre: Marina Fischer-Kowalksi, *Sozialer Wandel in den 1970er Jahren*, In: *Österreich 1945–1995: Gesellschaft, Politik, Kultur*, Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.) (Wien 1995) 200–212.

ziehen“.⁶⁵³ Für Kriechbaumer, der dabei auf die österreichische Politikwissenschaftlerin Sonja Puntcher-Riekmann verweist, haben die späten sechziger und frühen Siebzigerjahre (eine Zeit, in der sich zunehmend Bürgerinitiativen in Österreich bildeten) zu einer Veränderung der „politischen Kultur und politischen Wettbewerbslogik der Zweiten Republik“ geführt. In der Folge sei es den „Grünen“ gelungen, nicht nur die traditionelle Konkordanzdemokratie zu erschüttern, sondern sich auch von Single-Issue-Bewegungen zu politischen Akteuren und Mitbewerbern zu etablieren. Als Ergebnis dieses Prozesses stehe die Herausbildung von politischen Listen und grünen Parteien.⁶⁵⁴ Es ist ein Zusammenspiel von gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Faktoren, welches die Herausbildung einer grünen Bundespartei in Österreich begleitete. Der angesprochene Wandel der politischen Kultur ging mit einer Steigerung des Wohlstandes, der Bildung, mit Individualisierungsprozessen sowie einer zunehmenden Sensibilisierung für ökopolitische Anliegen und deren Durchsetzung mit partizipativen politischen Mitteln einher. All diese Faktoren bildeten einen Nährboden für entstehende Bürgerinitiativen und eine stark heterogene Ökologiebewegung, welche nicht einfach gleichzusetzen ist mit der Grünen Partei, dennoch aber als Sammelbecken potentieller WählerInnen gesehen werden kann.⁶⁵⁵

„Die unübersichtliche Szene mit ihren verschwimmenden Konturen und unterschiedlichen Lebenswelten verharnte auf Grund ihrer Segmentierung und divergierenden ideologischen Positionen bis zur Mitte der Siebzigerjahre im Status der politischen Subkultur und damit der politischen Bedeutungslosigkeit. Es bedurfte eines historischen Ortes mit hoher Symbolkraft, der zu einem zentralen Bestandteil der Entstehungsgeschichte der Grünen werden sollte: Zwentendorf und Hainburg.“⁶⁵⁶

Zahlreiche Bürgerinitiativen, wie etwa die 120.000 gesammelten Unterschriften gegen die Ableitung der Krimmler Wasserfälle im Jahr 1952, und lokale Proteste Anfang der 1970er Jahre, darunter jener zur Rettung der Lobau vor einer Erweiterung des Öltank-Lagers 1972⁶⁵⁷ sowie jener Protest gegen eine Brücke über den Neusiedlersee im Jahr 1971, bildeten die ersten Höhepunkte des Umweltprotests in Österreich.⁶⁵⁸ Im Zuge jener Ereignisse wurde nicht nur das breite Aktionsrepertoire des friedlichen Protests gelernt und ausprobiert, sondern es wurden auch wichtige Kontakte geknüpft, die später im Protest gegen GNV von Nutzen sein würden.

⁶⁵³ Robert Kriechbaumer, Franz Schausberger, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017 (Wien 2018).

⁶⁵⁴ Ebd., 11.

⁶⁵⁵ Vgl. ebd., 12f.

⁶⁵⁶ Ebd., 13.

⁶⁵⁷ Die Kampagne „Die Lobau darf nicht sterben!“ wurde vom Naturschützer, Zeitungsherausgeber und ehemaligen Polizisten Anton Klein (1925–2013) initiiert. Klein organisierte u.a. die erste österreichische Radfahrer-Demo für einen Radweg auf der 4. Donaubrücke („Tangente“) und forderte 1974 als erster einen Nationalpark. Vgl. Der streitbare Umweltschützer Anton Klein – seine Geschichte, Weblog des Lobau-Museums, 2016, online unter <<https://www.lobaumuseum.wien/cms/biografie-der-streitbare-umweltschuetzer-anton-klein/>>.

⁶⁵⁸ Vgl. Schmid, Veichtlbauer, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 82.

Aus diesem Grund sollen sowohl prägende Protestbewegungen, als auch ihre wirtschaftlichen und sozialen Kontexte kurz dargestellt werden.

6.2.1 Die Brücke des Anstoßes: „Rettet den Neusiedlersee!“

Ein frühes Beispiel Sozialer Bewegungen mit ökologischem *Framing*⁶⁵⁹ waren die Proteste gegen die Neusiedlerbrücke Anfang der 1970er Jahre. Nach Plänen, die in die 1950er Jahre zurückreichen, sollte zwischen Mörbisch und Illmitz eine Brücke über den See gebaut werden, um der direkt am Eisernen Vorhang liegenden Region des Seewinkels wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

„Wohl kaum ein Projekt hat das Interesse der Öffentlichkeit so erregt, wie der von der Bgld. Landesregierung im März 1971 vorgelegte Entwurf einer Seestraße zwischen Mörbisch und Illmitz. In Form einer Brücke an der schmalsten Stelle des Neusiedler Sees sollte dem Wunsch der Seewinkler Bevölkerung nach einer schnelleren Verkehrsverbindung in den Raum Eisenstadt Rechnung getragen werden. Auf 142 Betonpfeilern und auf 5,3 m Höhe über dem Wasserspiegel hätte man auf einer Länge von ca. 3 Kilometern das andere Ufer erreichen sollen.“⁶⁶⁰

Die Protestbewegung umfasste prominente Gesichter, darunter jene der Verhaltensforscher Konrad Lorenz und Otto Koenig. Auch die Autorin Klara Köttner-Benigni und ihr Ehemann, der Fotokünstler Walter Benigni, setzten sich gegen den Brückenbau ein.⁶⁶¹ In einer Unterschriftenaktion sprachen sich mehr als 100.000 Menschen⁶⁶² dagegen aus. Mit den Protesten gegen die Neusiedlerseebrücke erlebte Österreich Sándor Békési zufolge eine „historisch neue Protestkultur und Konfliktaustragung.“⁶⁶³ Unter den AkteureInnen des Protests waren neben den oben genannten Personen auch der spätere Direktor des Naturhistorischen Museums, Bernd Lötsch, ebenso Antal Festetics, der damals als Assistent am I. Zoologischen Institut der Universität Wien tätig war, sowie der Maler Egon Haug, der zu einem der aktivsten Mitglieder des im März 1971 gegründeten „Komitees zum Schutze des Neusiedler Sees“ zählte. Es sind jene AkteurInnen (Koenig, Lötsch, Festetics, Haug, etc.), die mehr als ein Jahrzehnt später auch gegen das Kraftwerk in Hainburg in den medialen Kampf ziehen sollten.⁶⁶⁴ Dem Druck der Öffentlichkeit nicht standhaltend wurde das Projekt 1972 ausgesetzt und 1975

⁶⁵⁹ Vgl. zum Thema Framing u.a.: Elisabeth *Wehling*, Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht (Köln 2016).

⁶⁶⁰ „Der Mensch und der See“, Broschüre zur Ausstellung des Nationalparks Neusiedler See (2004), online unter <http://www.nationalpark-neusiedlersee-seewinkel.at/tl_files/images/downloads/Ausstellungen/MenschUndSee.pdf>.

⁶⁶¹ Klara Köttner-Benigni verfasste auch eine Darstellung ihrer Aktivitäten gegen den Brückenbau in einem Beitrag für die Burgenländischen Heimatblätter. Vgl. Klara *Köttner-Benigni*, Das Projekt einer Brücke über den Neusiedler See, Burgenländische Heimatblätter, Nr. 4 (2007) 214–231, online unter <https://www.zobodat.at/pdf/Burgenlaendische-Heimatblaetter_69_0214-0231.pdf>.

⁶⁶² Die AktivistInnen sprechen von „195.375 Personen, darunter 29.043 Personen aus 46 Staaten der Erde“, die bis 1972 ihre Unterschrift gegen den Brückenbau abgaben. Vgl. ebd., 219.

⁶⁶³ Sándor *Békési*, Verklärt und verachtet. Wahrnehmungsgeschichte einer Landschaft: Der Neusiedler See (Frankfurt am Main 2007) 242.

⁶⁶⁴ *Köttner-Benigni*, Das Projekt einer Brücke über den Neusiedler See, 216f.

eingestellt. Spätestens mit den Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk in Zwentendorf 1977/78 und den Protesten gegen den Bau eines Donaukraftwerkes in der Stopfenreuther Au bei Hainburg 1984/85 setzte eine Themenkonjunktur für Umwelt- und Naturschutz ein, auf die die Parteien aller Couleurs – zumindest rhetorisch – in ihren politischen Programmen Bezug nahmen.⁶⁶⁵ Besonders der letztgenannte „Fall Hainburg“ sollte als zentraler Referenzpunkt von den ungarischen AktivistInnen der Donaubewegung instrumentalisiert werden. Aber auch das davor liegende politische Großereignis – die Proteste rund um das Atomkraftwerk im niederösterreichischen Zwentendorf – nahm eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Ökologiebewegung ein.

⁶⁶⁵ Vgl. *Kriechbaumer, Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 15f.

6.2.2 Anti-AKW-Bewegung

Sowohl Zwentendorf als auch Hainburg ist gemein, dass sie Gegenstand und Anlass von stark heterogenen Protestbewegungen wurden, die wie Freda Meissner-Blau später meinte, zwar „grün-bewegt“ waren⁶⁶⁶, sicherlich aber nicht als die „Geburtsstunde der Grünen“ bezeichnet werden könnten.⁶⁶⁷ Am 22. März 1971 wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft und die Standorte möglicher AKW-Kraftwerke in Österreich bei einer außerordentlichen Generalversammlung der im Vorjahr gegründeten Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH (GKT) der Bau des Atomkraftwerks Zwentendorf beschlossen. Zwentendorf sollte das erste von insgesamt drei Kraftwerken werden. Die anderen beiden waren für St. Pantaleon in Oberösterreich und für Kärnten geplant.⁶⁶⁸ Wurde die GKT noch unter der ÖVP-Regierung gegründet, stellte die SPÖ als Partei der neuen Minderheitsregierung Kreisky die Mehrheit an der Gesellschaft. Nach mehreren Diskussionen wurde der Baubeginn für April 1971 festgelegt.⁶⁶⁹ Der noch von der Regierung Klaus für die Jahre 1975/76 angesetzte Fertigstellungstermin wurde nach Bauverzögerungen aufgrund von Bewilligungen unter Kreisky auf 1978 verschoben.⁶⁷⁰

In Österreich gehörte Rudolf Drobil zu den frühen kritischen Stimmen gegen die Atomenergie; zu ihnen zählte auch der niederösterreichische Arzt Rudolf Drobil, der mit anderen Medizinern 1969 das „Ärztmemorandum gegen Kernspaltungs-Kraftwerke“ verabschiedete. Andere Wissenschaftler machten auf die Erdbebengefährdung in Zwentendorf aufmerksam. Der Standort Zwentendorf war schon zuvor in einem hydrogeologischen Gutachten der Geologischen Bundesanstalt aus dem Jahre 1962 als „nicht geeignet“ eingeschätzt worden.⁶⁷¹ Die in den 1970er Jahren entstehenden Protestbewegungen gegen das AKW Zwentendorf müssen hierbei im Zusammenspiel mit internationalen Protesten gegen den Bau von Atomkraftwerken betrachtet werden. In Frankreich hatten sich 1968 die ersten Bürgerinitiativen gegen die Atomkraft gebildet. In Westdeutschland formierte sich bis zur Mitte der 1970er Jahre eine Anti-Atom-Bewegung, die einerseits mit Massenprotesten mit 6000 bis 7000 TeilnehmerInnen, andererseits aber auch mit gewaltsamen Ausschreitungen auf sich aufmerksam

⁶⁶⁶ Ebd., 16.

⁶⁶⁷ Vgl. ebd.

⁶⁶⁸ Siehe auch: Vgl. *Schmid, Veichtlbauer*, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 85. Im Jahr 1976 sieht der Energieplan der Regierung bis 1990 noch den Bau von drei Atomkraftwerken vor.

⁶⁶⁹ Vgl. Julia *Martinovsky*, Repräsentative Demokratie in Österreich am Beispiel der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf (Universität Wien 2012) 22f.

⁶⁷⁰ Vgl. *Foltin*, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 139.

⁶⁷¹ Vgl. *Martinovsky*, Repräsentative Demokratie in Österreich am Beispiel der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf, 22.

machte.⁶⁷² 1975 fand in Wyhl die erste große Demonstration gegen den dortigen Kraftwerksbau statt, an welcher auch AktivistInnen aus Österreich, Frankreich und der Schweiz teilnahmen. Schon hier bildeten sich lagerübergreifende Allianzen zwischen der bäuerlich-konservativen lokalen Bevölkerung und linksgerichteten Studierenden.⁶⁷³

„Vor dem Hintergrund rationaler und irrationaler Ängste, wachsendem Umweltbewusstsein, zunehmender Fortschrittsskepsis und Misstrauen gegenüber scheinbar nicht durchschaubarer Großprojekte formierte sich eine die traditionellen Lagergrenzen ignorierende Ökologiebewegung.“⁶⁷⁴

Unterschriftenaktionen gegen Zwentendorf und eine erste „Sternfahrt“ zum Baugelände wurden organisiert, aber auch gegen das geplante Kraftwerk in St. Pantaleon gab es Unterschriftenlisten. Die Proteste in Oberösterreich wurden von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ unterstützt. Zu einem ersten Versuch der Fokussierung der Bewegung kam es 1973 durch die in Enns gegründete „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG)“.⁶⁷⁵ Aufgrund der Diversität politischer Gruppierungen sowie Unterwanderungsversuchen radikaler linker Gruppen wie dem Linzer maoistischen „Kommunistischen Bund“ kam es schließlich zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf (ARGE)“, der sich vorwiegend bürgerliche Gruppierungen anschlossen. Die Frage um die Nutzung und Erzeugung von Atomstrom polarisierte nicht nur unter der ÖVP, die versuchte, nach schwedischem Vorbild die sozialdemokratische Regierung zu schwächen, sondern entzweite auch die linken Flügel der Republik. Der frühere Chefredakteur der Arbeiterzeitung Paul Blau initiierte die Aktion „Sozialisten gegen Atomstrom“, zu deren AnhängerInnen auch Kreiskys Sohn und Schwiegertochter zählten.⁶⁷⁶ Dem Personenkomitee gehörten auch Blaus Ehefrau, Freda Meissner-Blau, sowie die Nationalökonominnen Kurth Rotschild und Egon Matzner an. Zu den Kritikpunkten der KraftwerksgegnerInnen zählte ein generelles Misstrauen gegenüber der Sicherheit der neuen Technologie und den damit verbundenen Risiken für Umwelt und Menschheit. Einen wesentlichen Beitrag zum Sicherheitsdiskurs leistete die Kritik von Alexander Tollmann, Vorstand des Instituts für Geologie der Universität Wien. Tollmann engagierte sich ab 1978 gegen Zwentendorf und wurde vorwiegend durch seine Warnungen zur Erdbebengefahr in der Region bekannt. Damit löste Tollmann auch eine wissenschaftliche Debatte aus, aus der schließlich die stärkere

⁶⁷² Vgl. *Foltin*, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 139.

⁶⁷³ Vgl. *Martinovsky*, Repräsentative Demokratie in Österreich am Beispiel der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf, 44.

⁶⁷⁴ *Kriechbaumer, Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 21.

⁶⁷⁵ *Schmid, Veichtlbauer*, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 84.

⁶⁷⁶ Vgl. *Kriechbaumer, Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 23–27.

Erforschung historischer Erdbeben resultierte.⁶⁷⁷ Für ÖVP und FPÖ bildeten die aus ihrer Sicht von der Regierung unzureichend beantworteten Fragen der Sicherheit und der Endlagerung des Atommülls einen zentralen Stein des Anstoßes.⁶⁷⁸ Die ökonomische Bewertung des geplanten Kraftwerkes sollte später auch bei Hainburg und Gabčíkovo-Nagymaros einen wesentlichen Faktor der Argumentationslinie bilden.

Bei einer Befragung im Atomunterausschuss gab die Gesundheits- und Unterrichtsministerin Ingrid Leodolter Einblick in die offenen Fragen der Endlagerung. So habe man in Zwentendorf ein Kompaktlager eingerichtet, dessen Kapazität sei jedoch nur für sechs Jahre ausreichend. Für die Zeit danach sei ein Abkommen mit dem Ausland angedacht. Konkrete Verhandlungsergebnisse konnte die Ministerin jedoch nicht vorweisen.⁶⁷⁹ Während Kreisky im Jänner 1978 eine Volksabstimmung zur Kernenergie noch ablehnte, schlug er aus taktischen Gründen im Juni des gleichen Jahres ein entsprechendes Referendum vor. Eine Nicht-Inbetriebnahme des Werkes würde aufgrund der damit verbundenen Kosten von den WählerInnen abgelehnt werden, so die Hoffnung des Kanzlers, der aufgrund der bevorstehenden Wahl im Folgejahr das Thema aus wahltaktischen Gründen vermutlich vom Tisch haben wollte.⁶⁸⁰ Während zu dieser Zeit die Stimmung in der Bevölkerung noch stark zu schwanken schien, wurden Kriechbaumer zufolge schon bald politische Gedankenspiele zu ausschlaggebenden Entscheidungsfaktoren. „Es war letztlich nicht die Kampagne der Kraftwerksgegner, die die Stimmung kippen ließ, sondern die Erklärung Kreiskys, die Abstimmung würde auch über sein politisches Schicksal entscheiden.“⁶⁸¹ Die Ausweitung des Zwentendorf-Konfliktes von ökologischen und sicherheitsbezogenen Bedenken auf die generellen politischen Machtverhältnisse im Land bildet dabei eine weitere Parallele zu GNV. Am 5. November 1978 stand schließlich die Entscheidung zum Kernkraftwerk fest: 50,5 Prozent der abgegebenen Stimmen lehnten die Inbetriebnahme Zwentendorfs ab. Interessant dabei ist das geografische Gefälle beim Abstimmungsverhalten: Während Kärnten, die Steiermark, das Burgenland, Wien und Niederösterreich für die Inbetriebnahme stimmten, lehnte der Westen Österreichs diese ab. „Im Bundesländervergleich wurde dabei ein deutliches West-Ost-Gefälle sichtbar, das die künftige Entwicklung der Grünen andeutete.“⁶⁸² Kreisky

⁶⁷⁷ Vgl. ebd., 37.

⁶⁷⁸ Vgl. ebd., 23–37.

⁶⁷⁹ Vgl. ebd., 29.

⁶⁸⁰ Vgl. ebd., 30; Umfassende Erläuterungen zu Kreiskys Verhalten und Motive bei: *Petritsch*, Bruno Kreisky: Die Biografie, 274–276.

⁶⁸¹ *Kriechbaumer, Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 35; Zum Thema vgl. auch: Alexander *Tollmann*, Desaster Zwentendorf (Wien 1983).

⁶⁸² *Kriechbaumer, Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 35.

gelang es schließlich, seine politische Existenz nicht an die verlorene Volksabstimmung zu binden. Mit dem von ihm eingebrachten Entwurf für ein Atomsperrgesetz gelang ihm der Ausweg aus dem Zwentendorf-Dilemma. Bei der Nationalratswahl 1979 konnte er die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten ausbauen.⁶⁸³

Martin Schmid und Ortrun Veichtlbauer sprechen vom 20. Jahrhundert als einem Jahrhundert der Entgrenzung. Damit ist nicht nur die Grenzenlosigkeit von Umweltproblemen, sondern auch von deren Ursachen gemeint. Die AutorInnen weisen dabei dezidiert auf die Notwendigkeit hin, nationale Umweltgeschichten in ihrer globalen Einbettung zu betrachten.⁶⁸⁴ Auch mit Verweis auf erste Aktionen des Bildungsbürgertums um 1900, die sich dem Natur-, Naturdenkmal- und Heimatschutz verschrieben hatten, wollen die VerfasserInnen die Wurzeln des gegenwärtigen Umweltschutzes in den 1960er Jahren sehen. Grundstrukturen des österreichischen Naturschutzes wurden in den 1920er Jahren mit dem „Naturschutzpark“ (ab 1924 als Österreichischer Naturschutzbund (ÖNB) aktiv) geschaffen. Bis in die 1960er Jahre stand der Landschaftsschutz im Mittelpunkt, „doch erst in den 1970er Jahren erfuhr der Naturschutz im Gefolge der erstarkenden Umweltbewegung neuen Aufschwung“.⁶⁸⁵ Mit der Herausbildung des Umweltschutzes (also auch mit dem Begriff der Umwelt) erfolgte auch in Österreich der Paradigmenwechsel in der Mensch-Natur-Beziehung: Die Natur wurde nicht mehr als etwas Statisches betrachtet. Vielmehr wurde erkannt, dass es sich dabei um Prozesse handelt, die geschützt werden müssen.⁶⁸⁶ Der Weg von den Protesten auf der Straße und dem steigenden Bewusstsein für ökologische Themen hin zur Gründung einer schlagkräftigen und konsolidierten Partei und ihrer parlamentarischen Arbeit sollte jedoch noch mehrere Jahre dauern.

6.2.3 Grüne Parteipolitik in Österreich – Der Einstieg ins parteipolitische Geschäft

Die Erfolge der Anti-AKW-Bewegung konnten nicht gleich in politisches Kapital übertragen werden. Zu gespalten waren die unterschiedlichen Gruppierungen „grüner“ AktivistInnen.⁶⁸⁷

⁶⁸³ Vgl. ebd., 41.

⁶⁸⁴ Vgl. Schmid, Veichtlbauer, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 14.

⁶⁸⁵ Ebd., 16.

⁶⁸⁶ Ebd., 16f.

⁶⁸⁷ So ist etwa unter den Hainburg-AktivistInnen eine Unterscheidung zwischen „Natur- und Parteigrünen“ zu beobachten. Und auch bei Gesprächen mit GNV-AktivistInnen wird klar, dass sich die Selbst- und Fremdbilder hinsichtlich ihrer jeweiligen Prioritäten (Umweltschutz, Systemkritik) wesentlich voneinander unterscheiden. So bezeichnet sich etwa der Umweltschützer Günter Schobesberger dezidiert als „Naturgrüner“ (im Gegensatz zu politischen Grünen). Vgl. dazu das Interview der Verfasserin mit Günter Schobesberger, 22.06.2018, Hainburg an der Donau, Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin).

Kriechbaum zufolge zerfiel die Bewegung nach 1979 „in ihre Bestandteile“.⁶⁸⁸ Die Grün-Bewegung besaß „nur einen kleinen gemeinsamen Nenner – die Forderung nach einer radikalen Veränderung der Gesellschaft.“⁶⁸⁹ Zwei Strömungen können zu dieser Zeit identifiziert werden: Einerseits jene AktivistInnen, die aus dem Umfeld der 1968er Bewegung kommen, alternative Lebensentwürfe hochhielten und ideologisch links bis linksradikal standen. „Systemüberwindung (...) auf der Basis einer ökosozialistischen Revolution war die Devise.“⁶⁹⁰ Ihnen gegenüber standen Bürgerlich-Konservative, die aus dem Umfeld des Natur- und Lebensschutzes kamen und auf einen Wandel innerhalb des Systems hofften. „Beide Positionen waren nur schwer vereinbar. 1982 formierten sich die, vom linken bis hin zum linksradikalen Spektrum umfassenden, Alternativen in der Alternativen Liste Österreichs (ALÖ) und die bürgerlich-konservativen Anti-AKW-AktivistInnen und Naturschützer in den ‚Vereinigten Grünen Österreichs‘.“⁶⁹¹ Erwähnenswert ist, dass sich auch innerhalb dieser Liste nicht unerhebliche Konfliktlinien abzeichneten.

„Das linke Sektierertum spielte auch in dem Gegensatz zwischen der Grazer und der Wiener Gruppe eine nicht unerhebliche Rolle. Während nämlich in der Grazer Gruppe neben Dritte-Welt-, Bürgerinitiativen-, Anti-AKW- und Friedensbewegungs-AktivistInnen auch ehemalige Maoisten eine neue politische Heimat gefunden hatten, dominierten in der Wiener Gruppe die trotzkistischen Revolutionären Marxisten (GRM).“⁶⁹²

Aus dem Umfeld der ARGE gründete sich schließlich im Hinblick auf die Nationalratswahlen am 8. Oktober 1983 die Wahlgemeinschaft Vereinte Grüne Österreich (VGÖ), welche sich am 9. März 1982 auch als Partei im Innenministerium anmeldete. Doch die erhofften Kandidaturen prominenter Anti-Zwentendorf-AktivistInnen wie Konrad Lorenz, Bernd Lötsch oder Friedensreich Hundertwasser blieben aus.⁶⁹³ Lorenz und Hundertwasser lieferten lediglich Unterstützungsunterschriften. Als Abgrenzung zur „Alternativen Liste Graz (ALG)“ distanzierte sich die VGÖ von jeglichem rechts- oder linksextremen Gedankengut. Ähnlich zu den westdeutschen Grünen konnten auch die österreichischen Grünen keine einheitliche Position finden.⁶⁹⁴

So meinte Freda Meissner-Blau auf die Frage hin, ob ein breites Bündnis unter HainburggegnerInnen über weltanschauliche Grenzen hinweg denkbar sei:

⁶⁸⁸ Kriechbaumer, Schausberger, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 41.

⁶⁸⁹ Ebd., 45.

⁶⁹⁰ Ebd., 42.

⁶⁹¹ Ebd.

⁶⁹² Ebd., 45.

⁶⁹³ Vgl. ebd., 49.

⁶⁹⁴ Vgl. ebd., 51f.

„(...) für ein Ziel muss man Kompromisse machen, man sucht sich nicht immer aus, wer am selben Strick zieht. Wenn man pur und rein sein will, wie so manche dogmatischen Marxisten, dann finden Sie sich plötzlich allein wieder und streiten mit sich selbst, ob man links genug ist.“⁶⁹⁵

Eine Wahlplattform für die Nationalratswahlen scheiterte u.a. an „unüberbrückbaren ideologischen Differenzen“⁶⁹⁶. Beide Listen erreichten schließlich weniger als 2 Prozent.⁶⁹⁷ Nichtsdestotrotz herrschte im Österreich dieser Jahre ein optimistisches Potential für eine Grüne Partei. Dass das Umweltthema nach wie vor über Mobilisierungsstärke verfügte, zeigte schließlich auch der Fall Hainburg, den Kriechbaumer nicht ohne Grund als „Grüne Reanimation“ bezeichnet.⁶⁹⁸ Danach, bei den Wahlen 1986, zog die Grüne Partei (ab 1993 als „Die Grünen“) erstmals in den Nationalrat ein.⁶⁹⁹

6.2.4 Aufbegehren in Hainburg: Lehrstück für den Donauraum

Basierend auf Strombedarfsprognosen, die für den Zeitraum von 1981/82 bis 1991/92 einen Anstieg von jährlich 3,4 Prozent voraussagten, plante die österreichische Elektrizitätswirtschaft, bestehend aus Verbund- und Landesgesellschaften, Anfang der 1980er Jahre ein Wasserkraftwerk nahe der östlichsten Stadt Niederösterreichs: Hainburg.⁷⁰⁰

„Das Kraftwerk Hainburg (...) soll bei Stromkilometer 1883 im linksufrigen Augebiet gegenüber der Stadt Hainburg („Thurnhaufen“) in Trockenbauweise errichtet werden. Um den Kalkstock, aus dem die Bad Deutsch Altenburger Heilquellen gespeist werden, zu umgehen, soll das Strombett ab Stromkilometer 1988 (unterhalb der Schwalbeninsel) in das linksufrige Augebiet verlegt werden.“⁷⁰¹

Den Plänen zufolge sollte das neue Kraftwerk den zu erwartenden Strombedarf in Österreich sichern und zudem die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern minimieren.⁷⁰² Die Realisierung des Vorhabens scheiterte. Vielmehr sollte das Augebiet im Winter 1984 zum Schauplatz einer Protestbewegung werden, die das kollektive Gedächtnis Österreichs jahrzehntelang prägen würde.⁷⁰³ Die Anfänge der Massenmobilisierung gegen Hainburg begannen allerdings weit abseits des öffentlichen Medieninteresses, im Lokalen. Schon Jahre vor der Besetzung der Auwälder gingen Gerüchte in der der Gegend um.⁷⁰⁴ Bevor sich im

⁶⁹⁵ Meissner-Blau, Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre, 210.

⁶⁹⁶ Kriechbaumer, Schausberger, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017, 52.

⁶⁹⁷ Vgl. ebd., 59.

⁶⁹⁸ Vgl. ebd., 62f.

⁶⁹⁹ Vgl. die Zeittafel bei: Schmid, Veichtlbauer, Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik, 86.

⁷⁰⁰ Vgl. die Broschüre aus dem Privatarchiv von W. Rehm: Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg, herausgegeben von der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg (Wien 1984) 10.

⁷⁰¹ Vgl. ebd., 11.

⁷⁰² Vgl. ebd., 10.

⁷⁰³ Vgl. dazu auch: Manfred Rauchensteiner, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien, Köln, Weimar 2017).

⁷⁰⁴ Valerie Fasching nennt in ihren Erinnerungen den 4. Mai 1979 als Gründungstag der Initiative gegen das DOKW Hainburg. Vgl. „Kampf um die Au“. Die BI wurde offiziell 1980 angemeldet. Vgl. Interview der Verfasserin mit Valerie Fasching und Annemarie Höferle, am 22.06.2018, Hainburg an der Donau, Sprache:

Sommer 1983 verschiedene Bürgerinitiativen und Organisationen zur Gründung der „Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg“ zusammenfanden⁷⁰⁵, um den Protest gemeinsam zu koordinieren, machte sich Besorgnis bei AuliebhaberInnen und AnrainerInnen breit. Erste Bürgerinitiativen bildeten sich. Eine zentrale Person des ersten Widerstandes war Sylvia Leitgeb aus Leopoldsdorf. Die Rauchfangkehr-Meisterin arbeitete bei einer Baufirma. Durch ihre Kontakte zu den lokalen Bauern bildete sich das erste lokale Netzwerk besorgter AnrainerInnen. Von ihr erfuhren auch Bruno und Annemarie Höfele von den Kraftwerksplänen. Sie sollten später auch ihr Haus in Stopfenreuth wochenlang als Hauptquartier der BesetzerInnen zur Verfügung stellen. In der „Kommandozentrale“ der Höfeles liefen in den Dezember-Wochen 1984 alle Fäden der Besetzung zusammen:

„Hier kamen die Transporte an, von hier ging es begleitet von Boten und Essensträgern zu den Lagern, hier wurden Einsatzpläne ausgeheckt, hier versuchten aber auch eingeschleuste Polizisten die CB-Funkanlage der Au-Besetzer zu sabotieren, vom Telefonanschluss der Höferles [sic!] wurde in die ganze Welt telefoniert. Au-Besetzer schliefen in jeder Ecke des Hauses und in der Badewanne.“⁷⁰⁶

Das naturverbundene Ehepaar war zuvor von Wien nach Stopfenreuth gezogen, wo sie ein altes Bauernhaus gekauft hatten. Zu den ersten AktivistInnen zählten auch Valerie Fasching, Robert List und Paul Pagacs, die lange vor der Aubesetzung Flugzettel druckten, die Bevölkerung vor Ort informierten und Bürgerinitiativen gründeten. Als bekannt wurde, dass im August 1983 die Schlägerungen des Stopfenreuther Auwaldes und damit die „Zerstörung dieses letzten längeren, frei fließenden Donauabschnitts“⁷⁰⁷ beginnen sollten, begann die neugegründete Aktionsgemeinschaft mit gezielteren Protestaktionen. Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Diskussionsversammlungen und Unterschriftenaktionen wurden organisiert. Laut Aktionsgemeinschaft wurden bis Ende des Jahres rund 140.000 Unterschriften gegen das Kraftwerksprojekt gesammelt. Im Februar 1984 zählen offiziell 26 Gruppen, Initiativen und Organisationen zu den Mitgliedsorganisationen der Aktionsgemeinschaft, darunter NGOs wie Friends of the Earth, Global 2000, der WWF und Greenpeace, langjährige Naturschutz-Organisationen wie der Österreichische Naturschutzbund, aber auch wissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Energie- und Umweltforschung. Einen wesentlichen Beitrag zur Mobilisierung der Studierenden leistete das Alternativreferat der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH). Es organisierte während der Aubesetzung eine dichte Bus-

Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin. Vgl. dazu auch: *ORF*, TV-Beitrag „25 Jahre Hainburg: Bevölkerung gegen Kraftwerk in der Au“ (Österreich 2009), online unter <<https://tvthek.orf.at/history/Landeshauptleute-und-Politik/8378973/25-Jahre-Hainburg-Bevoelkerung-gegen-Kraftwerk-in-der-Au/8365870>>.

⁷⁰⁵ Alle Mitglieder dieses Bündnisses (Stand Juni 1984) wurden in der angeführten Stellungnahme abgedruckt.

⁷⁰⁶ Helmut *Schliesselberger*, Au-weh – und der Kampf geht weiter, Salzburger Nachrichten, 03.12.2012, 10.

⁷⁰⁷ Infothek zur Nationalparkgeschichte mit umfassender Chronologie der Hainburger Aubesetzung.

Verbindung zwischen der Au und Wien.⁷⁰⁸ Bis dahin hatten sich insgesamt vier Bürgerinitiativen (BI) gegründet, darunter die „BI AU-weh Fischamend“, die „BI – Hainburg“, die „BI Marchfeld zur Rettung der Auen“ sowie die „BI Rettet das Kamptal“.⁷⁰⁹ Der Vertreter der Aktionsgemeinschaft war Carl Manzano⁷¹⁰, der sich bereits seit 1975 als Biologie-Student in der Anti-AKW-Bewegung und im Arbeitskreis Atomenergie engagierte.⁷¹¹ Eine wichtige Figur der Anti-Kraftwerks-Bewegung war auch Bernd Lötsch. Der Biologe war seit Anfang der 1970er Jahre im Auenschutz tätig. Als Leiter des Instituts für Umweltwissenschaften und Naturschutz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien arbeitete er eng mit dem Naturschutzbund zusammen. Auch weitere Mitglieder des Instituts, darunter etwa Peter Weish, beteiligten sich an der Besetzung in der Stopfenreuther Au und traten als Sprachrohre der Bewegung in der Öffentlichkeit auf. Lötsch war später auch Teil der Ökologiekommission der Bundesregierung für den Donauabschnitt stromabwärts Wiens aktiv und arbeitete zwischen 1986 und 1991 als Präsident der Nationalparkplanung an der Umsetzung des Donau-Auen-Nationalparks mit. Die 1990 durchgeführte Kampagne zum Ankauf des Geländes „Natur freikaufen“ wurde von Lötsch initiiert.⁷¹²

Die wissenschaftlichen Argumente der KraftwerksgegnerInnen umfassten mehrere Dimensionen: Eine Dimension betraf die divergierenden Einschätzungen der Fachleute zu den ökologischen Auswirkungen des Kraftwerkbaus auf die gesamte Au Landschaft. Während KraftwerksbefürworterInnen argumentierten, dass durch den Bau zwar Auwald gerodet werden müsse, aber durch den geregelten Wasserhaushalt die drohende Austrocknung bekämpft werden könne und das Kraftwerk somit das verbleibende Gebiet schütze, waren NaturwissenschaftlerInnen wie Peter Weish anderer Überzeugung. Sie befürchteten dramatische ökologische Auswirkungen auf die gesamte Au. Nicht nur die KraftwerksplanerInnen suchten Expertise und Inspiration außerhalb der Landesgrenzen, auch die „GegenexpertInnen“ der Bewegung sahen sich bei anderen Kraftwerksprojekten um. Die von der DoKW angebotenen Umweltschutzmaßnahmen seien demnach unzureichend, so die

⁷⁰⁸ Vgl. Bernd Lötsch, Das Wunder von Hainburg: 30 Jahre nach Hainburg – Faktoren des Erfolgs, natur & land 100, Nr. 4 (2014) 12–15.

⁷⁰⁹ Vgl. Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg, 60. Vgl. ebenso: Interviews der Verfasserin mit Günter Schobesberger, Annemarie Höferle und Valerie Fasching, Hainburg 2018.

⁷¹⁰ 1985 wurde er Sekretär der Ökologiekommission der Bundesregierung. Wenige Jahre nach der Aubesetzung (1987) war Manzano (1988 bis 1995) Chef der niederösterreichischen Naturschutzgruppe „Distelverein“, ab 1987 wurde er Geschäftsführer der Nationalpark-Planung. 12 Jahre nach der Au-Besetzung sollte er langjähriger Direktor des Nationalparks Donau-Auen werden (1996-2019).

⁷¹¹ Vgl. Stefan Havranek, Abschied: Ein Leben für die Umwelt, Niederösterreichische Nachrichten, 09.01.2019, online: <https://www.noen.at/gaenserndorf/donau-auen-abschied-ein-leben-fuer-die-umwelt-orth-an-der-donau-nationalpark-donau-auen-noen-interview-carl-manzano-131197466> (10.05.2021).

⁷¹² Vgl. Lötsch, Das Wunder von Hainburg: 30 Jahre nach Hainburg - Faktoren des Erfolgs, 15.

KritikerInnen. Sie würden insbesondere die indirekten Zerstörungen und Auswirkungen im Lebensraum Auwald vernachlässigen.

„Alle von der DOKW angebotenen Maßnahmen wie etwa Dotation und Überströmstrecken wurden im Ausland schon versucht. [sic!] haben aber die Denaturierung der Au nicht verhindern können:

- Trennung der Au vom Strom durch gedichtete Dämme (schneidet z. B. Fischpopulationen vom Strom ab und isoliert sie in kleinen Altwassersystemen).
- Verlust der lebhaften Fluktuation im Oberflächen- und Grundwasser.
- Verlust der natürlichen Uferlinien und Sandbänke, Schotterinseln (Lebensraum für manche Vogelarten; ästhetische Wirkung).⁷¹³

In der oben zitierten Stellungnahme aus dem Jahr 1984 wird von der Aktionsgemeinschaft die Konfliktlinie der Auseinandersetzung eindeutig zwischen den Interessen der E-Wirtschaft und „mündigen Staatsbürgern (...), die sich seit Jahren zur Erhaltung der Natur und zum Schutz der Umwelt bekannt und sich uneigennützig für die Allgemeinheit eingesetzt haben“, gezogen.⁷¹⁴ Auch Freda Meissner-Blau nimmt in ihren Erinnerungen Bezug auf die Eigenverantwortung der BürgerInnen. Indem die Kritik an dem Energieinfrastrukturprojekt mehrere Dimensionen aufwies, wurde es zum Kristallisationspunkt für unterschiedlichste unzufriedene BürgerInnen im Land.

„Tausende Menschen unseres Landes begannen ihre Nasen in ihre eigenen Angelegenheiten zu stecken und nicht nur die größte Au Mitteleuropas vor der Zerstörung zu retten, sondern zugleich auch Rechtsstaat und Demokratie. (...) Hainburg wurde zum Nährboden einer grünen Partei, welche die politische Landschaft Österreichs zu verändern beginnt: Absolute Mehrheiten für eine Partei sind kaum mehr möglich, es bedarf der Zusammenarbeit. Noch wichtiger, die traditionelle österreichische Untertanenseligkeit hat in der Au einen gewaltigen Schlag erhalten, ist erschüttert. Auch bei den zahlreichen Betroffenen und Umweltengagierten, die aus vielerlei Gründen – alte Parteiloyalität, Unzufriedenheit mit dem inneren und äußeren Erscheinungsbild dieser jungen Partei, generelle Ablehnung von Parteien überhaupt, usw. – bei den Grün-Alternativen nicht mittun wollten und wollen.“⁷¹⁵

Aus Sicht Weishs lehnte die Bewegung Wasserkraftwerke nicht prinzipiell ab, sondern erklärten lediglich ihre „Ablehnung eines für die Energieversorgung nicht notwendigen Kraftwerks, das die Option auf den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen zunichtemachen würde.“ Eine weitere, mit den ökologischen Einschätzungen aber in Zusammenhang stehende, Dimension oder Argumentationslinie der Kritik betraf die juristische Seite des Falles. Die GegnerInnen sahen die Kraftwerkspläne als klare Verstöße gegen die Rāmsar-Konvention (welche seit 16. April 1983 in Kraft ist) sowie als unvereinbar mit dem Niederösterreichischen Naturschutzgesetz. Im Herbst 1983 hatten „mehr als 25 Naturschutz-Amtssachverständige“ dem niederösterreichischen Landeshauptmann Siegfried Ludwig eine Naturschutzresolution

⁷¹³ P Gabriel, B., Schörner, G., Wedl, K. und Weish, Kraftwerk Hainburg – Nationalpark Ost. Bericht über die Experten-Diskussion an der Akademie für Umwelt und Energie in Laxenburg (1984), online unter <https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/Hainburg_1984.pdf>.

⁷¹⁴ Vgl. ebd.

⁷¹⁵ Meissner-Blau, Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre, 56f.

übergeben, in der sie auf die rechtliche Unvereinbarkeit des Projektes aufmerksam machten. Schließlich boten energiepolitische Argumente eine weitere Argumentationslinie bzw. Dimension der Kritik: Das Kraftwerk Hainburg wurde von den GegnerInnen als „für die Energieversorgung nicht notwendig“ erachtet. „Unsere billigste und umweltfreundlichste Energiequelle sind mittelfristig die zahlreichen Wege der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung“, so die Aktionsgemeinschaft.

Die Fachkritik nahm zweifellos eine zentrale Rolle in der Bewegung ein. Ohne den Druck der Protestbewegung und hierbei vor allem die spektakuläre Besetzung der Auwälder wäre es vermutlich weder zur Abwendung des Bauprojektes noch zur Durchsetzung eines Nationalparks gekommen. Die ersten organisatorischen Grundsteine des Massenprotests wurden allerdings weder von politischen AkteurInnen, noch von prominenten NaturschützerInnen gelegt, sondern von dem ehemaligen Biologie-Studenten Günter Schobesberger. Am 13. November 1984 meldete der Umweltaktivist und „Naturgrüner“ die Aubesetzung als Veranstaltung ordnungsgemäß bei der Behörde an. Als Beginn habe er die Aufnahme der Bauarbeiten im Augebiet gewählt. Als Dauer, erzählt Schobesberger später, habe er „wenn nötig, mehrjährig“ angegeben.⁷¹⁶ Von seinen Ersparnissen kaufte er nach eigenen Angaben 700 Decken, zahlreiche Schlafsäcke und ein Transportauto. Aufgrund seiner Erfahrungen im gewaltfreien Widerstand verstand er sich selbst als „der friedliche General der Au-Besetzung.“⁷¹⁷ Am 8. Dezember 1984 organisierte das „Konrad Lorenz-Volksbegehren“ gemeinsam mit der ÖH eine „Sternwanderung“ in die Au. Mehrere Tausend Menschen nahmen an dieser „Adventfeier“ auf der Brücklwiese nahe des Rodungsgebietes teil. Bereits zuvor waren einige AktivistInnen in die Au gezogen, um mit der Besetzung zu beginnen.⁷¹⁸ Unter den TeilnehmerInnen war auch der Naturwissenschaftler und Atomstrom-Kritiker Peter Weish, der in seiner Ansprache zu 10 Jahre Hainburg-Besetzung den damaligen „Geist von Hainburg“ zu definieren versuchte.

„Die Zwentendorf Bewegung trat auf gegen die nukleare Bedrohung. Dabei wurde vielen klar, daß ein Nein zur Atomkraft zwar notwendig, aber nicht hinreichend für den Schutz der Umwelt ist. Es geht vielmehr um einen neuen Wirtschafts- und Lebensstil. Es geht um ein neues Selbstverständnis, um neue Formen der Ethik.“⁷¹⁹

Weish knüpft damit an eine Narration an, die die heterogenen Bewegungen der jüngsten Vergangenheit durch ein neues Wertekonstrukt miteinander zu verbinden sucht. Referenzen des

⁷¹⁶ Vgl. Interview der Verfasserin mit Günter Schobesberger, Hainburg 2018.

⁷¹⁷ Vgl. ebd.

⁷¹⁸ Vgl. dazu u.a.: *Foltin*, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 140f.

⁷¹⁹ Peter *Weish*, Der Geist von Hainburg: Rede anlässlich der Sternwanderung am 8. Dezember 1994 in der Stopfenreuther Au, online unter <<https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/aurede1994.pdf>>, (10.09.2020).

neuen „neuen Geistes“ findet Weish sowohl bei den indigenen Völkern Nordamerikas und den Werten der „ökologischen Ethik“. Nicht ohne Grund stellt Weish auch theologische Bezüge (sowohl christliche als auch jüdische) zum Schutz der Schöpfung und zur Verantwortung her und spricht von einer neuen, allgemeineren „Form der Religiosität“. Aber auch Aspekte der Waldheim-Debatte, welche die Öffentlichkeit von 1986 an bis in die frühen 1990er Jahre beschäftigte, und die damit einhergehende Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Erbe des Landes findet Eingang in die Ansprache Weishs:

„Wer den Geist von Hainburg in sich fühlt, der erkennt auch, daß die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben unbequem ist, daß sie Opfer fordert. Genauso, wie wir heute die Mitläufer und Angepaßten im Hitlerdeutschland kritisieren oder sogar als Verbrecher bezeichnen, müssen wir erkennen, daß das Mitläufertum in unserer naturzerstörenden und Elend schaffenden Verschwendungs- Ausbeutungs- und Plünderungswirtschaft ein Verbrechen ist.“⁷²⁰

Weish sieht die Gegnerschaft der Bewegung nicht nur in den KraftwerksplanerInnen und den PolitikerInnen, die diese Pläne befürworteten, sondern weitete dies auf die gesamte Gesellschaft und das Wirtschaftssystem aus, indem er von den „vereinten Systemsklaven im Interessenfilz von Wirtschaft, Bürokratie und Politik“ spricht. Interessensvertretungen wie die Arbeiterkammer sprechen dagegen von einem Konflikt zwischen den ArbeiterInnen und den Studenten in der Au, die „gegen Österreich und die Vernunft“ protestierten. Eine Konfrontation im Zuge der geplanten Gegendemonstration der ArbeiterInnen konnte noch abgewendet werden.⁷²¹

Zunehmende Professionalisierung erreichte die Bewegung durch Anbindung von NGOs, deren AnhängerInnen auch internationale Protesterfahrungen einbrachten. So gehörte der Schweizer WWF zu den frühen international tätigen Organisationen, die sich den Protesten anschlossen. Der dortige WWF-Chef Roland Wiederkehr finanzierte als erster das Büro „Rettet die Auen“ in Wien, von wo aus Karl Wagner zum Jahreswechsel 1982/1983 die Kampagne startete. Der Kontakt in die Schweiz erfolgte durch Frederika Pesaro-Materna [in manchen Quellen auch Pessaro-Materna, Anm. der Verf.], eine in Orth an der Donau geborene Ärztin, die „dort wertvollste Kontakte mit WWF Schweiz Franz Weber und anderen int. Umweltorganisationen“ knüpfte.⁷²²

Bei der Gründung des „Konrad Lorenz Volksbegehrens“ fand der WWF in Gerhard Heilingbrunner, dem Leiter des Alternativreferats der ÖH, einen Mitinitiator und in Lorenz ein

⁷²⁰ Ebd.

⁷²¹ Roberto A. *Epple*, Widerstand am Strom (Schweiz 1987), online unter <<https://www.youtube.com/watch?v=6qx-K7jI2Lk#t=15m20>> (Aussage des AK-Präsidenten Czettel ab Minute 00:49).

⁷²² „Bürgerinitiative gegen das DOKW Hainburg“, zusammengestellt von Valerie Fasching, im Anhang. Vgl. ebenso: Sophia Leona Rut: Die Heldinnen von Hainburg Ein umwelthistorischer und frauengeschichtlicher Blick auf die Aubesetzung von Hainburg 1984, Masterarbeit eingereicht an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt: 2018.

prominentes Gesicht der Kampagne. Zum Auftakt organisierte die Gruppe die aktionistische „Pressekonferenz der Tiere“, welche am 7. Mai 1984 im Presseclub Concordia in Wien stattfand. Dabei verkörperten die SprecherInnen in Anlehnung an Erich Kästners „Konferenz der Tiere“ verschiedene tierische Aubewohner. WWF-Präsident Mauthner-Markhof schlüpfte dafür in die Rolle des Schwarzstorchs, der Journalist Günther Nennung verkörperte den roten Auhirsch, Freda Meissner-Blau war der Laufkäfer, Löttsch der Purpurreiher, Turrini übernahm die Rotbauchunke und Othmar Karas spielte den Kormoran.⁷²³



Abbildung 3 „Pressekonferenz der Tiere“
(Picturedesk.com/Contrast/Peter Kurz)



Abbildung 2 Plakatsujet „Frühstück in der Au“ (Gottfried Helnwein, 1985)



Abbildung 4 G. Nennung am Titelblatt
der Zeitschrift „Profil“ Jg. 16
(14.01.1985)



Abbildung 5 Aufkleber (Gottfried
Helnwein, 1985)

Die humorvolle Inszenierung wurde von den Medien gerne aufgenommen und wurde Teil einer vielfältigen Kampagne mit Plakaten, Aufklebern und anderen Werbemitteln. Auch Greenpeace Österreich beteiligte sich an den Protesten und sorgte mit großflächigen Plakataktionen für

⁷²³ Vgl. Löttsch, Das Wunder von Hainburg: 30 Jahre nach Hainburg - Faktoren des Erfolgs, 12; N. N., Geburtsstunde der Umweltbewegung, noev1.orf.at, 06.12.2009; Foltin, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 140–143.

Aufmerksamkeit.⁷²⁴ Unterstützung kam aber ebenso von zahlreichen bekannten VertreterInnen aus Kunst und Kultur, darunter Friedensreich Hundertwasser, André Heller, Peter Turrini, Toni Stricker, Arik Brauer oder Miguel Herz-Kestranek. Auch der Dramatiker Fritz Hochwälder und der Literatur-Nobelpreisträger Elias Canetti äußerten sich kritisch zu den Plänen. Unter den politischen AktivistInnen aller Couleurs waren auch Anhänger der Regierungsparteien, etwa die Sozialdemokraten Michael Häupl, Alfred Gusenbauer und Josef Cap sowie Hubert Gorbach (FPÖ).⁷²⁵ Mit der Sorge um das Wiener Trinkwasser, das aufgrund des Kraftwerkbaus gefährdet sein könnte, mobilisierte die Bewegung über die Parteigrenzen hinweg. Als im November 1984 Frauen aus mehreren Parteien, darunter Sozialdemokratinnen, Freiheitliche und Konservative, und Frauen diverser Bürgerinitiativen eine parteiübergreifende Pressekonferenz zum Thema gaben, hatte dies den Erinnerungen Freda Meissner-Blaus zufolge „in den Parteizentralen einige Unruhe ausgelöst und den Zusammenbruch der gottgewollten Ordnung befürchten lassen. Das Medieninteresse war entsprechend groß.“⁷²⁶

Doch wieder zurück zum Dezember 1984: Als zwei Tage nach der Sternwanderung die Rodung des Auwaldes begann, setzte dies auch den Startpunkt für die Besetzung. Erste Auseinandersetzungen mit der Polizei, welche das Gelände räumen wollte, mobilisierte weitere Menschen, mit den organisierten Bussen in die Au zu kommen. Schützenhilfe bekamen die AktivistInnen von der „Neuen Kronen Zeitung“, deren ReporterInnen ausführlich aus der Au berichteten und die Proteste dabei offen unterstützten. Am 12. Dezember gelang es den KraftwerksgegnerInnen in Verhandlungen mit Bundeskanzler Fred Sinowatz einen vorläufigen Stopp der Rodungen zu erreichen. Davor hatten DemonstrantInnen die Zufahrt für die Holzfäller blockiert. Während die Besetzung in der winterlichen Au weiterging, hielt der Rodungsstopp nur wenige Tage an. Am 17. Dezember kam es aufgrund der Wiederaufnahme der Arbeiten zu Auseinandersetzungen mit der Exekutive. Die ÖH hatte zuvor einen Vorlesungsstreik ausgerufen und chauffierte zahlreiche Studierende, aber auch Universitätspersonal nach Stopfenreuth. Die DemonstrantInnen wurden durch Spenden der lokalen Bevölkerung, aber auch von anderen Organisationen (u.a. der Jungen ÖVP) unterstützt. Marlies Fleming, Erhard Busek und Marga Hubinek werden in vielen Erinnerungen zu Hainburg erwähnt.⁷²⁷ Am 19. Dezember kam es im kurz davor zum „Sperrgebiet“ erklärten Auwald zur Eskalation eines Polizeieinsatzes.⁷²⁸

⁷²⁴ *Epple*, Widerstand am Strom (ab Minute 00:18).

⁷²⁵ Vgl. *Lötsch*, Das Wunder von Hainburg: 30 Jahre nach Hainburg - Faktoren des Erfolgs, 14.

⁷²⁶ *Meissner-Blau*, Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre, 56.

⁷²⁷ Vgl. Interview der Verfasserin mit V. Fasching, Hainburg 2018.

⁷²⁸ Vgl. *Foltin*, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 141.

„Die Wiener Einsatzgruppe ‚Kobra‘ [sic!] tat sich dabei durch besondere Brutalität hervor. Hunde, Stacheldrahtrollen, Gummiknüppel und Wasserwerfer wurden eingesetzt. Es gab zahlreiche Verletzte und Festnahmen. Während sich viele DemonstrantInnen zurückzogen, kamen zur gleichen Zeit immer wieder neue an.“⁷²⁹

Es folgten Proteste in allen Bundesländern sowie umfassende Medienberichterstattung mit visuellen Zeugnissen der Polizeigewalt.



Abbildung 6 PolizistInnen versuchen die DemonstrantInnen auseinanderzuzerren. Die KraftwerksgegnerInnen nutzen die Praktik des friedlichen Sitzprotestes (Epple)

Nachdem die Proteste zunehmend eskalierten, lud die Politik die AktivistInnen schließlich an den Verhandlungstisch.⁷³⁰ Am 21. Dezember verkündete die Regierung Fred Sinowatz einen Weihnachtsfrieden bis Anfang Jänner. Am Jahresanfang entschied das Höchstgericht über die die aufschiebende Wirkung der Rechtsmittel gegen den Wasserrechtsbescheid. Die Rodungen mussten daher bis zum nächsten Winter aufgeschoben werden. Für viele BeobacherInnen „war das Kraftwerksprojekt [dadurch, Anm. d. Verf.] gestorben“.⁷³¹

„Im Dezember 1984 erteilte das BMLF die wasserrechtliche Bewilligung für das Donaukraftwerk Hainburg. Die Widerstände gegen die Rodungen und Schlägerungen des beanspruchten Waldbestandes sowie die vom Verwaltungsgerichtshof zuerkannte aufschiebende Wirkung der Beschwerde gegen den Wasserrechtsbescheid führten Anfang des Jahres 1985 zur Einstellung aller Baumaßnahmen. Der endgültige Abschluss aller Investitionen für das erwähnte Projekt erfolgte durch Eigentümerweisung in der Hauptversammlung im Juli 1987.“⁷³²

Im Rückblick war das Verhalten von Politik und Sozialpartnern während der Proteste von den ökonomischen Herausforderungen der 1980er Jahre geprägt. Die zunehmende Technologisierung sowie die Krise der verstaatlichten Industrie führten zu Rationalisierungen und einem Wachstum der Arbeitslosenquote. Der Sozialbericht von 1983 warnte zudem vor einer sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich.⁷³³ Auf die zunehmenden

⁷²⁹ Ebd.

⁷³⁰ Nach Angaben der Hainburg-GegnerInnen waren in einem Nebenzimmer der Verhandlungen auch VertreterInnen der E-Wirtschaft anwesend, welche in Verhandlungspausen von den PolitikerInnen konsultiert wurden. Vgl. u.a. die Aussagen von B. Lötsch im Dokumentarfilm „Widerstand am Strom“ (ca. ab Minute 23).

⁷³¹ Foltin, Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich, 142.

⁷³² Rechnungshof, Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichische Donaukraftwerke AG (Wien 1995).

⁷³³ Vgl. Wohlgenannt, Arm und reich: Österreich auf dem Weg zur Zweidrittelgesellschaft, 261.

Herausforderungen reagierte die Politik mit Abwarten anstatt von Reformen. Der Ökonom Andreas Wörgötter bewertete dies Anfang der 1990er Jahre als „zögerliche Wirtschaftspolitik“, die sich vor allem um die Konsolidierung des angeschlagenen Budgets sorgte.⁷³⁴ Die Zögerlichkeit der Entscheidungsträger habe sich nicht zuletzt bei gesellschaftlichen Konflikten gezeigt:

„Der glücklose Bundeskanzler Sinowatz prägte im Zusammenhang mit den Vorgängen um den Baubeginn für das Donaukraftwerk Hainburg die historische Einschätzung der Situation als kompliziert. Deshalb bleibe das Abwarten als einzige durchsetzbare politische Entscheidung übrig.“⁷³⁵

In den Jahren 1983–1986 wurde Österreich von der „Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ“ regiert. Das Land erlebte damit ein neues Experiment, in dem sich die Bundesregierung auf keine eindeutige Mehrheit im Parlament stützen konnte.⁷³⁶ Für die SozialdemokratInnen war die Koalition mit den Freiheitlichen das „kleinere Übel“ im Vergleich zur Großen Koalition mit der ÖVP, für die Freiheitlichen bedeutete das Regierungsübereinkommen mit der SPÖ den Ausbruch aus der jahrzehntelangen Isolation.⁷³⁷

„In der Öffentlichkeit wurde die Koalition nicht als Partnerschaft von zwei Parteien, sondern als Regierung der Sozialdemokratie mit einem Appendix interpretiert. Dies zeigten etwa die Ereignisse in den Donauauen bei Hainburg, wo im Dezember 1984 zwischen der Bundesregierung, die sich bei der Entscheidung für den Bau eines Staudammes auch sozialpartnerschaftlich gestützt wußte, und ökologisch bewegten DemonstrantInnen nur sozialdemokratische Regierungsmitglieder als Akteure wahrgenommen wurden. Der Innenminister als ‚Polizeiminister‘ und der Bundeskanzler als letztendlich Verantwortlicher demonstrierten eine besondere Zuständigkeit nicht der Koalition, sondern der Sozialdemokratie. Daß Sinowatz Anfang 1985 eine weitere Verschärfung der Konfrontation in Hainburg durch Nachgiebigkeit zu vermeiden verstand, war somit Ausdruck sozialdemokratischer Politik.“⁷³⁸

Die Folgen der erfolgreichen Hainburg-Proteste für Österreich zeigten sich wie bereits erwähnt in dem Aufschwung der Grün-Bewegung sowie einem steigenden Bewusstsein für ökologische Aspekte. Doch auch außerhalb der österreichischen Grenzen sollte der gelungene Widerstand an Symbolkraft entwickeln.

„Der Stopfenreuther ‚Holzhackersozialismus‘ (‚Süddeutsche‘ vom 15.12.84) ist in Verruf geraten und die Ermutigung durch Hainburg hat sicherlich dazu beigetragen, daß sich große Teile der ungarischen Bevölkerung gegen das Donaukraftwerk Nagymáros und dann gegen die Interessen der österreichischen Bauindustrie und des Finanzkapitals bisher erfolgreich wehrten.“⁷³⁹

Der Protest der Bevölkerung überschreite nationale Grenzen, so Meissner-Blau. Viele wie sie würden sich als BürgerInnen einer Weltgemeinschaft betrachten.⁷⁴⁰

⁷³⁴ Vgl. Wörgötter, Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes Österreich seit den siebziger Jahren, 92.

⁷³⁵ Ebd., 91.

⁷³⁶ Vgl. Anton Pelinka, Die Kleine Koalition, In: Österreich 1945–1995: Gesellschaft, Politik, Kultur, Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.) (Wien 1995) 279.

⁷³⁷ Vgl. ebd., 281.

⁷³⁸ Ebd., 281f.

⁷³⁹ Meissner-Blau, Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre, 57f.

⁷⁴⁰ Vgl. ebd., 58f.

6.3 Zwischenstopp Bratislava: Umweltproteste und Ökologisierung in der ČSSR

Die tschechoslowakische Realität der 1980er Jahre war stark von widersprüchlichen politischen Verhältnissen geprägt. Anders als der sozialistische Nachbar Ungarn war die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) seit 1968 ein föderaler Staat, bestehend aus der Tschechischen Sozialistischen Republik und der Slowakischen Sozialistischen Republik. Beide Landesteile standen jedoch unter der Führung einer gemeinsamen Regierung. Die Macht ging faktisch von der kommunistischen Partei in Prag (Komunistická strana Československa – KSČ) aus, die von 1969 bis 1987 von Gustáv Husák als Generalsekretär geführt wurde (1987 abgelöst durch Miloš Jakeš). Auch wenn die Wirtschaft beider Staatshälften stark von der landwirtschaftlichen Produktion abhing, galt die Tschechoslowakei als eine der höchst-industrialisierten Volkswirtschaften in Mitteleuropa. Die Wurzeln dieser industriellen Stärke (Schlüsselindustrien bildeten etwa die Produktion und Fertigung von Keramik, Textilien, Papier und Holz ebenso wie Rüstungserzeugnisse) reichen zu der zentralen wirtschaftlichen Rolle des ehemaligen Kronlandes des österreichischen Kaiserreiches zurück. Die beinahe vollständige Kollektivierung der Wirtschaft, ihre Restrukturierung hin zu einer zentralistischen und planwirtschaftlichen Organisation, die isolationistische Einstellung gegenüber westlichen Handelsbeziehungen, der intensive Ausbau der Schwerindustrie und die Industrialisierung der bisher vorwiegend agrarisch geprägten slowakischen Gebiete während der kommunistischen Vorherrschaft hinterließen im rohstoffreichen Bruderstaat gewaltige Spuren der Verwüstung, die sich insbesondere in massiven Umweltschäden äußerten.⁷⁴¹

„Consequences of these patterns included both economic stagnation and the continued use of obsolete technologies that wasted resources and polluted the environment more than the new technologies that were being adopted in other countries.“⁷⁴²

In seiner Untersuchung zur Umweltpolitik in der Tschechoslowakei zeigt Richard N. L. Andrews auf, dass der Umgang der kommunistischen Führung mit Umweltproblemen nicht allein auf die bestehende Doktrin, wonach Umweltschäden ein Produkt des Kapitalismus seien, reduziert werden könne.⁷⁴³ So wie sozialistische wie auch kapitalistische Staaten mit Umweltzerstörung und Aushandlungskonflikten zwischen Naturschutz und technischem Leistungsdrang bzw. ökonomischen Interessen zu kämpfen hatten, können ebenso auch Maßnahmen für den Schutz der Umwelt und die Herauentwicklung von Umweltpolitiken in

⁷⁴¹ Vgl. *Andrews*, *Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic*, 5.

⁷⁴² Ebd., 7.

⁷⁴³ Vgl. ebd., 6.

beiden politischen bzw. wirtschaftlichen Systemen gefunden werden.⁷⁴⁴ Im Fall der Tschechoslowakei führte die Intensität und die Ineffizienz in der Nutzung von energetischen Ressourcen zu enormen Umweltzerstörungen.

„By most estimates it used 2.5 to five times as much energy per dollar of GNP as any western country, and more energy per capita than any western country except the U.S. (and considerably more even than other formerly Communist countries, such as Poland and Hungary) though it is of course difficult to estimate what the real GNP was during the Communist era (Federal Committee for Environment, 1991:43).“⁷⁴⁵

Der Bedarf an Energie war hoch. Nur die Erreichung von Planzielen und die ständige Präsentation vermeintlicher wirtschaftlicher Errungenschaften sicherten die Legitimität der KSČ ab. Fabriken, aber auch Kraftwerke, nahmen eine bedeutende Rolle in der Symbolpolitik sozialistischer Staaten ein.⁷⁴⁶ Zugleich wuchs allerdings auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die direkten Auswirkungen der Wirtschaftspolitik von Gustáv Husák zeigten sich im persönlichen Leben durch die Mangelwirtschaft, welche sich in Warteschlangen vor Geschäften und „demoralisierenden Klientilismus“ äußerte.⁷⁴⁷ Zugleich versuchte das kommunistische Regime mit „subtilen Formen“ der Repression, darunter mehrstündige Haftstrafen, der Entzug von Führerschein oder Pass, seine Herrschaft und die Ordnung im Land zu sichern.⁷⁴⁸ Das Vorgehen gegen Sub- und Gegenkulturen vergrößerte immer weiter die „kaum überwindbare Kluft zwischen dem eigenen, in revolutionären Floskeln erstarrten Konservatismus und den andersdenkenden Bürgern.“⁷⁴⁹

Die Folgen der Umweltzerstörung bildeten ein weiteres erlebbares Zeugnis der Misswirtschaft, die von Niklas Perzi und Václav Šmidrkal mit den Schlagworten „Stagnation vor Innovation, Stabilität vor Wandel“ beschrieben wird.⁷⁵⁰ Zwar versuchte die föderale Regierung unter Ministerpräsident Lubomír Štrougal Anfang der 1980er Jahre gewisse wirtschaftliche Reformen einzuleiten, doch erst als Gorbatschow wirtschaftliche Reformen ankündigte, eröffnete sich die Gelegenheit, Štrougals Pläne umzusetzen. Ein 1986 ausgearbeitetes Zehn-Punkte-Programm sollte die strukturelle Veränderung möglich machen, weg von den VHI-

⁷⁴⁴ Vgl. ebd., 7.

⁷⁴⁵ Ebd., 8.

⁷⁴⁶ Siehe dazu u.a.: *Andrews*, Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic; *Štanzel*, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus.

⁷⁴⁷ Tomáš *Vilímek*, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, In: *Das Revolutionsjahr 1989: Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur* (Göttingen 2011) 137f.

⁷⁴⁸ Vgl. *Perzi, Šmidrkal*, Die langen 1970er Jahre: Die Sattelzeit an der Systemgrenze zwischen „Ost“ und „West“, 272.

⁷⁴⁹ Ebd., 273.

⁷⁵⁰ Ebd., 277.

Konzernen hin zu Klein-, Mittel- und Großbetrieben, weg von der staatlichen Planung hin zur preislichen Liberalisierung, u.v.m.⁷⁵¹

„Im Jänner 1987 gab die Partei dem Programm der tschechoslowakischen Perestrojka grünes Licht. Zum ersten Mal durfte das Wort ‚Reform‘ öffentlich verwendet werden. Der Generalsekretär und Staatspräsident zugleich, Gustáv Husák, trat auf dem ZK-Plenum der KSČ im März 1987 zum ersten Mal entschieden für Gorbatschews neuen Kurs ein und charakterisierte die die im Jänner verabschiedeten ‚Grundsätze der Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus in der ČSSR‘ als den ‚seit der Verstaatlichung größten Eingriff in das wirtschaftliche System der Tschechoslowakei‘.“⁷⁵²

Unternehmen sollten künftig selbstständig wirtschaften und mit ausländischen Unternehmen kooperieren.⁷⁵³ Zwar gelang es, die VHJ-Konzerne in Staatsbetriebe umzuwandeln, doch die Erweiterung der Wirtschaft in einen Privatsektor ähnlich wie in Ungarn konnte nicht durchgesetzt werden. Auch andere Schritte, wie etwa die Abschaffung des Fünfjahresplans stießen auf internen Unmut, der u.a. in der drohenden Entmachtung bestehender Eliten gründete. Auch der Plan zur Preisliberalisierung wurde verschoben. Nach 18 Amtsjahren erklärte Štrougal Anfang Oktober 1988 seinen Rücktritt als Ministerpräsident.⁷⁵⁴ Die Wirtschaft war eng mit der Politik verknüpft: Der chronische Valutenmangel machten eine Strategieänderung notwendig, was Wirtschaftskooperationen mit dem Westen betraf.⁷⁵⁵ Die wirtschaftlich alternativlose Situation erhöhte den Einfluss des Westens auf die ČSSR-Führung und erodierte zunehmend ihre Legitimität im Inneren. Die Reformbestrebungen Gorbatschows hatten in diesem Zusammenhang auch destabilisierende Wirkung auf die KPTsch.⁷⁵⁶ „Infolge der sich ändernden politischen Situation in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wachten viele langsam aus der Lethargie auf. Die ursprüngliche ‚bedingte Loyalität‘ wandelte sich in eine ‚beschränkte Ablehnung‘.“⁷⁵⁷ Im Vergleich zu den Reformbewegungen in Polen und Ungarn, blieb das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei aber gegenüber größeren Bestrebungen und den damit einhergehenden inneren Konflikten relativ stabil. Obwohl vor allem in Prag der intellektuelle Rückhalt des Regimes zu erodieren begann, entwickelten dissidentische AkteurInnen keine vergleichbaren Mobilisierungskräfte wie in den Nachbarländern. Im Fall der Slowakei spielte ein anderer Faktor eine nicht unwesentliche

⁷⁵¹ Vgl. Beata *Blehova*, Von Brežnev zu Gorbačev, von Štrougal zu Adamec: Die wirtschaftlichen Reformideen in der Tschechoslowakei und der sowjetische Einfluss, In: Die samtene Revolution: Vorgeschichte - Verlauf - Akteure (Frankfurt am Main 2009) 61f.

⁷⁵² Ebd., 63 zitiert aus Rudé právo, 19.3.1987 (ohne nähere Angaben).

⁷⁵³ Vgl. ebd., 67.

⁷⁵⁴ Vgl. ebd., 68f.

⁷⁵⁵ Vgl. Tomáš *Vilímek*, Das magische Jahr 1989: Zu den Ursachen des Sturzes des kommunistischen Regimes in der ČSSR, In: Österreich. Tschechien. Unser 20. Jahrhundert: Begleitband zum wissenschaftlichen Rahmenprogramm der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009 „Österreich. Tschechien. geteilt – getrennt – vereint“ (Wien 2009) 139.

⁷⁵⁶ Vgl. ebd.

⁷⁵⁷ *Vilímek*, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, 139.

Rolle: Die Slowakei wurde in den Jahren der „Normalisierung“ relativ gut behandelt. Daraus ergaben sich auch gewisse Verpflichtungen, die sich auch auf den Fall GNV auswirkten.⁷⁵⁸

„It retained its ‚acquis‘ from the Prague Spring, federalisation. The party purge was less severe. Slovak leaders obtained significant positions in Prague for the first time and significant investments were channelled into Slovakia. The Gabčíkovo-Nagymaros dam project – a vital Slovak concern – was undertaken.“⁷⁵⁹

Im Vergleich zu Ungarn bildete sich in der Tschechoslowakei keine Reformbewegung innerhalb der KommunistInnen. Vielmehr verhärtete sich nach 1968 die Führungslinie der kommunistischen Partei.⁷⁶⁰ Zwar gelang es den dissidentischen AkteurInnen nicht, Massen zu mobilisieren, der Reformunwille der Partei sollte sich jedoch im Zusammenspiel mit dem Generationenwechsel jener Jahre als wirkungsstarker Hebel in der Aktivierung der BürgerInnen herausstellen. Für die „Generation der Normalisierung“ war es höchste Zeit für „Erneuerung“ statt Normalisierung. Anstatt sich mit der kommunistischen Uniformität zu arrangieren, forderte sie Mitbestimmung, Aktivität und Demokratie.⁷⁶¹

Mit der Perspektive einer „unpolitischen Politik“ oder „Antipolitik“ suchten die Gegeneilten der 1970er und 1980er Jahre nach einer neuen moralischen Grundlage für ihre Regimekritik. Menschenwürde und Wahrhaftigkeit wurden zu zentralen Wertvorstellungen der „zivilen Gesellschaft“.⁷⁶² Vor allem die Forderungen der Charta 77 und ihre prominenten VertreterInnen entwickelten dabei eine Strahlkraft, die weit über die Grenzen ihrer sozialistischen Heimatländer hinaus reichte.⁷⁶³

„In der Auswahl ihrer jeweils drei ‚Sprecher‘, die aus dem reformkommunistischen, dem christlichen und einem reformsozialistischen, aber auch bürgerlichen und unabhängigen Umfeld stammten, repräsentierte sie de facto den expressis verbis nie gestellten Anspruch, eine Art ‚Dachorganisation‘ der Opposition zu sein.“⁷⁶⁴

Hintergrund dieser Dominanz ist die Entwicklung neuer dissidentischer Formen in der Tschechoslowakei der 1970er Jahre, die unter dem Schlagwort „bürgerliche Opposition“⁷⁶⁵ nicht mehr vorrangig in der Tradition des Antikommunismus stand, sondern das Regime vielmehr als Partner in der Auseinandersetzung zu gesellschaftlichen Problemen verstand.⁷⁶⁶

⁷⁵⁸ Vgl. *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*, 55.

⁷⁵⁹ Ebd.

⁷⁶⁰ Vgl. ebd.

⁷⁶¹ Vgl. *Vilímek*, *Das magische Jahr 1989: Zu den Ursachen des Sturzes des kommunistischen Regimes in der ČSSR*, 140.

⁷⁶² Vgl. *Fehr*, *Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa*, 2018, 356.

⁷⁶³ Vgl. ebd., 365; Vgl. dazu auch: *Václav Havel*, *Am Anfang war das Wort: Texte von 1969 bis 1990* (Hamburg 1990) 63; *Leszek Kołakowski*, *Hope and Hopelessness, Survey: a journal of Soviet and East European studies*. 17, Nr. 3 (1971) 38–52.

⁷⁶⁴ *Niklas Perzi*, *Einleitung*, In: *Die samtene Revolution: Vorgeschichte – Verlauf – Akteure* (Frankfurt am Main 2009) 28f.

⁷⁶⁵ Für eine genauere Auseinandersetzung mit Typologierungsansätzen oppositioneller Kräfte siehe: *Petr Blažek*, *Typologie von Opposition und Widerstand gegen das kommunistische Regime*, In: *Die samtene Revolution: Vorgeschichte – Verlauf – Akteure* (Frankfurt am Main 2009) 124f.

⁷⁶⁶ Vgl. ebd., 124.

„Die Gemeinschaft der Charta 77 unterschied sich vom Großteil der Angehörigen der ‚dritten Widerstandsbewegung‘ deutlich durch ihre proklamierte Akzeptanz der kommunistischen Macht als einem potentiellen Partner für den geforderten Dialog über gesamtgesellschaftliche Probleme.“⁷⁶⁷

Ähnlich wie bei der sogenannten „demokratischen Opposition“ in Ungarn handelte es sich bei den oppositionellen Gruppierungen in der Tschechoslowakei um ein stark heterogenes Feld der Regime-Gegnerschaft, zu dem sich auch viele ReformkommunistInnen zählten (E-Klub).⁷⁶⁸ Trotz vorhandener Zersplitterung verbanden die AkteurInnen dennoch eine normative Orientierung und der Drang, gesellschaftlichen Wandel einzuleiten und politischen Einfluss zu erreichen. Die Charta 77 wirkte hierbei als Kristallisationspunkt:

„Themenbildung und Aktionsformen der Charta 77 beruhten auf Elementen unabhängiger Kultur, die im Unterschied zu Polen auf einem niedrigeren Niveau informeller Strukturen Ansätze für unabhängige Öffentlichkeit aufweist. Charakteristisch für das politische Denken der Charta 77-Gründungsmitglieder waren normative Orientierungen wie Humanität, Wahrheit, Würde und Gerechtigkeit und der ‚Glaube an den Sinn bürgerlichen Engagements‘, wie es in der Gründungserklärung vom 1. Januar 1977 (Charta 77) heißt.“⁷⁶⁹

Auch wenn sich die Bezugspunkte politisch oppositioneller Diskurse während der 1970er und 1980er Jahre veränderten (von den BürgerInnen- und Menschenrechten über Fragen der Moral hin zu Begriffen der Freiheit), beeinflussten diese Diskurse die Herauentwicklung eines „Bürgersinns als normative Orientierung“ im Zuge der Verhandlungen am „Runden Tisch“.⁷⁷⁰

„Darüber hinaus boten Normen der Bürgergesellschaft auch Ansätze für Modernisierungspolitik, die auf der Verbindung von Wertprämissen der zivilen Gesellschaft mit politischen Handlungsimperativen beruhten, wie Selbstorganisation, Pluralismus, „selbstbeschränkte Revolution“ (Kuroń) „Neuer Evolutionismus“ (Michnik, Kis), Dialog (Charta 77, Solidarność) und Gewaltlosigkeit (KOR, Charta 77, Bürgerforum).“⁷⁷¹

Die Umsetzung von zentralen Begriffen der oppositionellen Forderungen, etwa nach Demokratie und Pluralismus, sollte sich im Zuge der Transformation als wesentlich schwieriger herausstellen als in den Vorstellungen der AktivistInnen. Allein die Ablehnung des totalitären Regimes reichte nicht aus. Klare Vorstellungen des Pluralismus mussten formuliert werden.⁷⁷² Drängende Probleme wie Luftverschmutzung und Umweltzerstörungen der Industrie boten hierbei das Potential, moralische Werte und gesellschaftspolitische Visionen genauer zu definieren und infolgedessen Partizipation und Demokratisierung einzufordern.

Am 29. Mai 1989 demonstrierten Mütter mit ihren Kindern im Zentrum von Prag, um unter Slogans wie „Retten Sie die Natur für unsere Kinder“ auf die Umweltverschmutzung

⁷⁶⁷ Ebd.

⁷⁶⁸ Vgl. ebd.

⁷⁶⁹ Fehr, *Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa*, 2018, 356f.

⁷⁷⁰ Vgl. ebd., 357f.

⁷⁷¹ Ebd., 362.

⁷⁷² Vgl. ebd., 358.

aufmerksam zu machen. Am 11. November desselben Jahres fand eine Demonstration in Teplice statt, an der Tausende gegen die ökologische Zerstörung demonstrierten.⁷⁷³

„Wiederkehrende Smogalarne, die deutlich sichtbaren und am eigenen Körper spürbaren Folgen der Umweltverschmutzung veranlassten nun viele Menschen dazu, durch Petitionen, individuelle Beschwerden, aber auch durch die Teilnahme an Demonstrationen öffentlich auf das Problem aufmerksam zu machen. Die Angst davor, so nicht überleben zu können, vermochte die Angst vor Repressionen zu überwinden.“⁷⁷⁴

Auch tschechische AutorInnen⁷⁷⁵ heben zunehmend den nicht zu unterschätzenden Beitrag der gesteigerten Aufmerksamkeit für ökologische Belange und des daraus folgenden Protests und gesellschaftlichen Unmuts innerhalb der Gesellschaft für die Erosion des kommunistischen Regimes hervor. Die Umweltzerstörungen in der Tschechoslowakei und ihre Folgen waren enorm. Vor allem die Luftverschmutzung und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung wurden zu einem zentralen Thema der Kritik und damit auch zum politischen Problem für die kommunistische Führung.⁷⁷⁶ Zahlreiche BürgerInnen wandten sich mit ökologischen Problemen wie dem offensichtlichen Waldsterben an die KSČ-Führung. Generalsekretär Miloš Jakeš erhielt eine Reihe von Briefen von besorgten TschechoslowakInnen. Mit dabei war auch eine Petition gegen den geplanten Staudamm „Pěčín“ im Naturschutzgebiet Orlické hory.⁷⁷⁷ Ein weiterer Kritikpunkt war die Wasserverschmutzung.⁷⁷⁸ Mehrmals gelangten verheerende Studienergebnisse durch InformantInnen aus der Akademie der Wissenschaften in die Hände von UmweltschützerInnen und ausländischen JournalistInnen, beispielsweise als 1984 eine schockierende Erhebung der Wasserqualität in Böhmen an die Öffentlichkeit drang.⁷⁷⁹ 12 Auch die Folgen von Tschernobyl bildeten Diskussionsthemen, doch die Luftverschmutzung blieb im Fokus⁷⁸⁰, da sie direkt mit

⁷⁷³ Vgl. *Vilímek*, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, 105.

⁷⁷⁴ *Vilímek*, Das magische Jahr 1989: Zu den Ursachen des Sturzes des kommunistischen Regimes in der ČSSR, 139.

⁷⁷⁵ Vgl. dazu etwa: *Vnoučková*, The Iron Curtain Could Stop People, But Not the Environment, 57.

⁷⁷⁶ Vgl. *Costi*, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process, 11; Vgl. auch Brian *Slococock*, The East European Environment Crisis: its extent, impact and solutions (London 1992) 32.

⁷⁷⁷ Vgl. *Vilímek*, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, 107. Mit Verweis auf weitere Briefe an den Generalsekretär: „ÚSD, PÚV KSČ 1985–1989 [Politbüro des ZK der KPTsch], Bd. 18, Nr. 519, Bl.3; Informace o obsahu dopisů došlých na ÚV KSČ soudruhu M. Jakešovi od 1. do 30. září 1989 [Information über den Inhalt der Zuschriften an das Politbüro der KPTsch, Genossen Miloš Jakeš vom 1. bis 30.9.1989].

⁷⁷⁸ Vgl. u.a.: *Costi*, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process; *Štanzel*, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus.

⁷⁷⁹ Vgl. *Costi*, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process, 12.

⁷⁸⁰ Vgl. dazu u.a. *Laakkonen, Pál, Tucker*, The Cold War and environmental history: complementary fields.

der Kompetenz der kommunistischen Führung und den wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Verbindung gebracht wurde.⁷⁸¹

“This was due largely to its blatant visibility (though stagnant rivers and dying forests were hard for the regime to conceal) but also to the fact that it was seen as the direct consequence of poor economic management, underinvestment and excessive production of heavy industrial goods, a large proportion of which were for export to other Council for Mutual Economic Assistance (CMEA) states, or were produced for Soviet military needs.”⁷⁸²

Der kommunistischen Führung war die politische Brisanz der Umweltprobleme bewusst. In den Jahren 1981 und 1983 wiesen auch Dokumente der Bürgerinitiative Charta 77 auf Luft- und Wasserverschmutzungen hin. Auch Štrougal war klar, dass das Umweltthema die Stabilität des Regimes bedrohte. So gelangten ökologische Fragen zunehmend auf die Tagesordnung des Zentralkomitees der KSČ, wenn es auch für effektive Maßnahmen gegen die Zerstörungen an Finanzmitteln mangelte.⁷⁸³ Nicht nur die Umweltschäden selbst, sondern auch die dabei gezeigte Informationspraxis der kommunistischen Führung entwickelte sich zum Anstoß der Kritik. Als am 26. April 1986 der verheerende Reaktorunfall in Tschernobyl passierte, wurden die BürgerInnen der ČSSR erst vier Tage später, am 30. April, davon in Kenntnis gesetzt. Als im Januar 1988 ein Kunstdüngerlager in Kyjov in Brand geriet und toxische Stoffe austraten, wurde die lokale Bevölkerung überhaupt nicht gewarnt. Die fehlende Kompetenz und Verantwortung bei Ereignissen wie diesen trug zur Erosion des Vertrauens in die politische Führung bei und machte die Bevölkerung offen für die Kritik der ChartistInnen.⁷⁸⁴

„As in several of the other countries of central and eastern Europe, opposition to the environmental damage of the Communist regime was one of the important issues around which anti-government opposition could unite (see e.g. Draper, 1993a). Many of the environmental problems were in fact widely known by the public, and even documented in official government records known to many scientists (...) However, these problems had never been fully acknowledged publicly by the government.“⁷⁸⁵

Trotz der unleugbaren Versäumnisse hinsichtlich der Vermeidung von Umweltzerstörungen muss an dieser Stelle betont werden, dass das Ökozid-Narrativ,⁷⁸⁶ wonach sich sozialistische Staaten wie die Tschechoslowakei immer an den Schäden schuldig machten, während „westliche“ Staaten wie etwa das Nachbarland Österreich unter den Auswirkungen zu leiden hatten, relativiert werden muss. In ihrer Untersuchung von Fallstudien zu ökologischen

⁷⁸¹ Vgl. Adam Fagan, Transnational aid for civil society development in post-socialist Europe: Democratic consolidation or a new imperialism?, *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 22, Nr. 1 (2006) 12, doi:10.1080/13523270500508437.

⁷⁸² Costi, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process, 12.

⁷⁸³ Vgl. Vilímek, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, 107. Für Dokumente der Charta 77 siehe: Dokument Nr. 176 v. 12.5.1981 und Dokument Nr. 263 v. 12.12.1983. In: Blanka Čisařovská, Vilém Prečán (Hg.), *Charta 77: Dokumenty 1977–1989*, 1. Aufl. (Prag 2008).

⁷⁸⁴ Vgl. Vilímek, Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, 108.

⁷⁸⁵ Andrews, Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic, 17.

⁷⁸⁶ Vgl. u.a.: Murray Feshbach, Alfred Jr. *Friendly*, *Ecocide in the USSR: Health and Nature Under Siege* (New York 1992).

Schäden und Verschmutzungen in der Grenzregion Südmähren/Niederösterreich tritt etwa Kateřina Vnoučková den Gegenbeweis an.⁷⁸⁷ „The first case of a citric acid factory in Pernhofen showed a rather unexpected direction of pollution in the border river Thaya – from ‘ecological’ Austria into ‘ecocidal’ Czechoslovakia.”⁷⁸⁸ Die Autorin hebt ebenso die bedeutende Rolle grenzüberschreitender Kontakte von UmweltschützerInnen hervor und zeigt auf, wie regionale Umweltthemen die staatlichen und behördlichen Akteure beider Länder zur Zusammenarbeit und zum Dialog zwangen.⁷⁸⁹ Das Thayatal bildet politisch wie ökologisch gesehen einen einzigartigen Fall: Der Fluss führte als Staatsgrenze zu Österreich durch eine etwa zwei Kilometer breite Verbotzone auf tschechoslowakischer Seite, die nur von Grenzsoldaten betreten werden durfte. Schon 1970 erklärte die Tschechoslowakei das Flussgebiet zum Naturschutzgebiet. Auf österreichischer Seite dauerte es bis 1988, bis die wesentlich kleinere Region Thayatal I einen Schutzstatus erhielt. Der Status des tschechoslowakischen Gebiets hatte die Region trotzdem nicht vor den Kraftwerksplänen der kommunistischen Ingenieure im Mährischen Karst geschützt. Als Mitte der 1980er Jahre die von den Auswirkungen des Kraftwerks unmittelbar betroffene Bevölkerung in Österreich davon erfuhr, gründete sich in der Gemeinde Hardegg eine Bürgerinitiative zum Schutz des Thayatals. Ihre AnhängerInnen setzten sich dafür ein, dass Österreich seine nötige Zustimmung zum Bau des Kraftwerks im Grenzgebiet vorenthalten und sich stattdessen um die Schaffung eines Naturschutzgebietes bemühen sollte.⁷⁹⁰

„According to one of the initiative’s spokespersons, Helmut Salke, ‘There is never only one half of a river valley.’ In support of their proposal, independent experts in zoology, botany and other fields were invited to the region to attest the uniqueness of the area. In the end, representatives of the citizens’ initiative (supported by the Hardegg municipality) not only managed to convince federal politicians to express a critical view on the Býčí skála power plant, but also to declare the first protected landscape area on the Austrian side of the Valley. (...) The Austrian disapproval and the declaration of the Thayatal I nature reserve in the late 1980s were contributing factors that Czechoslovakia did not continue plans to set up the power plant near Býčí skála.”⁷⁹¹

Kateřina Vnoučková legt dar, wie sich UmweltschützerInnen beider Länder miteinander über Probleme und Strategien austauschten. Während die ÖsterreicherInnen über besseres Kartenmaterial verfügten, konnten die tschechoslowakischen KollegInnen zur Identifikation seltener Spezies beitragen.⁷⁹² „Contacts between the conservationists on both sides of the border

⁷⁸⁷ Zur Relativierung des Narrativs siehe zudem: Miroslav Vaněk, *Nedalo se tady dýchat. Ekologie v českých zemích v letech 1968–1989* [Man konnte hier nicht atmen: Ökologie in den Böhmisches Ländern in den Jahren 1968 bis 1989], *Historia Nova* (Prag 1996); Ján Mlynárik, *Ekológia po slovensky. Otázky životného prostredia na Slovensku* [Ökologie auf Slowakisch- Umweltfragen in der Slowakei] (1948–1988) (Prag 1994).

⁷⁸⁸ Vnoučková, *The Iron Curtain Could Stop People, But Not the Environment*, 57.

⁷⁸⁹ Vgl. ebd.

⁷⁹⁰ Vgl. ebd., 51ff.

⁷⁹¹ Ebd., 52f.

⁷⁹² Vgl. ebd., 52.

led not only to the declaration of both national parks, but also to close cooperation of their organizations.”⁷⁹³

Mit den Protesten gegen das Donaukraftwerksprojekt GNV sollten sich die sporadischen Kontakte (tschecho-)slowakischer und österreichischer UmweltschützerInnen intensivieren. Stärkere Bindungen konnten jedoch erst nach dem Systemwechsel in der ČSSR geknüpft werden.

„Das repressive Regime der Tschechoslowakei jedoch erlaubte eine solche funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft nicht. Der herrschende Konsens zwischen Politikerinnen und Politikern sowie Experten bezüglich des Staudamms konnte von den kritischen Stimmen der Dissidentinnen und Dissidenten sowie Naturschützerinnen und Naturschützern nicht aufgebrochen werden – auch deswegen, weil der überwiegende Teil der Bevölkerung diesen teilte, bzw. sich für das Projekt in der Südslowakei und die damit auftretenden ökologischen Erwägungen nur wenig interessierte.“⁷⁹⁴

Obwohl vor allem WissenschaftlerInnen der Slowakischen Akademie der Wissenschaften (Slovenská akadémia vied – SAV) fachliche Kritik an einzelnen Aspekten äußerten, durfte das Staustufenprojekt unter kommunistischer Herrschaft in seiner Gesamtheit nicht in Frage gestellt werden.⁷⁹⁵ Zu den frühen KritikerInnen des Projektes zählten der Geograf Mikuláš Huba sowie der Umweltschützer Jaromír Šíbl. Beide waren in der unter staatlicher Kontrolle stehenden Union für Natur- und Umweltschutz (Slovenský zväz ochrancov prírody a krajiny – SZOPK) tätig. Die KraftwerkkritikerInnen sahen sich mit mehreren Problemen konfrontiert: Einerseits hielten sie es in der ČSSR der 1980er Jahre für unmöglich, offene Proteste und öffentliche Debatten zu dem Projekt zu führen - zu groß war die Befürchtung von Repressionen. Andererseits schätzten sie auch die Mobilisierungskraft innerhalb der slowakischen Öffentlichkeit als zu gering ein.

„Our strategy at that time was to infiltrate the possibilities of the system for our goals. (...) The dissidents openly protested the system and they were also heavily persecuted, and we tried to be part of the system and make changes from the inside. That is why we used all the possibilities. We approached top party people for this issue. At that time nobody knew what we were speaking about. If people heard about the Danube, they imagined the Danube like in Bratislava, concrete on one side and concrete on the other. (...) The important point is, that all this area along the Danube (...) is not inhabited by Slovaks, but by ethnic Hungarians.“⁷⁹⁶

Aus heutiger Sicht ist es schwer einzuschätzen, mit welchen Repressionen die UmweltschützerInnen tatsächlich rechnen mussten, hätten sie einen ähnlich offenen Kurs wie ihre ungarischen Nachbarn gewählt. Tatsache ist, dass sowohl ChartistInnen, als auch andere systemkritische Gruppierungen mit Drohungen, Einschüchterungen, Bildungs- und Karriereachteilen für sich selbst und ihre Familienangehörigen und Inhaftierungen

⁷⁹³ Ebd., 57.

⁷⁹⁴ Štanzel, Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus, 317.

⁷⁹⁵ Vgl. Interview mit Jaromír Šíbl, 23.07.2019, Bratislava, Sprache: Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁷⁹⁶ Interview der Verfasserin mit J. Šíbl, 2019.

konfrontiert waren. Aus Sicht des Dissidenten Ján Budaj, der in engem Kontakt mit SZOPK-Mitgliedern stand, agierten die UmweltschützerInnen lange im toten Winkel der Geheimpolizei (Státní bezpečnosť – ŠtB).⁷⁹⁷

„Essentially the communists underestimated the dangerousness of the greens. ‘They will gather paper and mushrooms in the woods,’ they thought. (...) The regime kept watch over political organizations. Are stamp collectors political organizations? The communists thought so. Sportsmen, everybody. But the ochranári? ‘They will gather mushrooms, perhaps.’“⁷⁹⁸

Anders als in Ungarn organisierten sich die UmweltschützerInnen in Bratislava innerhalb des staatlich institutionellen Rahmens der SZOPK. Mit der Untergruppe Organisationsnummer 6 (ZO 6) unter der Leitung von Huba entstand ein Sammelbecken für Personen, die sich mit ökologischen Themen beschäftigten. 1987 entstand aus ZO 6 auch eine Untergruppe (ZO 13). Ihre Mitglieder waren Studierende, die sich bereits aus Kindheitstagen kannten und in der sozialistischen Umweltschutzgruppe „Tree of Life“ aktiv waren. Innerhalb kürzester Zeit dominierten die beiden Untergruppen die Aktivitäten der SZOPK. Huba wurde schließlich an die Spitze des Stadtkomitees der SZOPK gewählt. Damit erhielten er und die ZO 6 den nötigen Einfluss, um über die Inhalte der Unionszeitschriften *Ochrana Prírody* und *Poznaj a chrán* zu entscheiden.⁷⁹⁹

„With its clear majority on the City Committee, ZO 6 now managed the direction and content of the magazine, and neutralized any resistance from older, more conservative committee members. At the end of 1987, the Bratislava *ochranári* found themselves, partly through design and partly by circumstance, leaders of a growing grassroots environmental movement.“⁸⁰⁰

Auch im Vergleich zu Ungarn nahm die Gruppe, zu der viele Intellektuelle zählte, eine Sonderrolle ein. Während ungarische Intellektuelle in die Rolle der ReformistInnen schlüpfen konnten, waren die Eliten in der ČSSR entweder vollständig kooptiert oder standen unter starker Kontrolle. Den UmweltaktivistInnen in Bratislava gelang es, einen gewissen Spielraum für sich aufrecht zu erhalten, ohne in die direkte Konfrontation zu gehen.⁸⁰¹ Edward Snajdr spricht im Fall der SZOPK-AktivistInnen auch von „anti-elites of socialist culture.“⁸⁰²

„If the Bratislava activists were not considered to be dissidents, they nevertheless espoused and advertised an alternative to the rationalized but increasingly ineffective Party bureaucracy and *nomenklatura* system.“⁸⁰³

Anders als die zur Illegalität gezwungenen AktivistInnen des Duna Kör war es für die SZOPK ZO 6 relativ einfach, Mitglieder anzuwerben. Die Gruppe bestand aus sehr unterschiedlichen Individuen. Unter dem Motto „Poznaj a chrán“ [wissen und schützen] beteiligten sich die einen

⁷⁹⁷ Vgl. *Snajdr*, *Nature Protests: The end of Ecology in Slovakia*, 65.

⁷⁹⁸ Ebd., 65f (Interview des Autors mit Ján Budaj, 1995).

⁷⁹⁹ Vgl. ebd., 63f.

⁸⁰⁰ Ebd., 64.

⁸⁰¹ Vgl. ebd., 67f.

⁸⁰² Ebd., 67.

⁸⁰³ Ebd., 66.

an Bildungsaktivitäten zu Umweltthemen, andere arbeiteten bei Erhaltungsprojekten rund um Bratislava mit oder engagierten sich bei administrativen Aufgaben. Neben dem Schutz der Donaulandschaft und dem GNV-Projekt wurden auch Fragen der Atomenergie, der slowakischen Geschichte und andere altruistische Themen debattiert.⁸⁰⁴

„In fact, their projects were also exercises in revitalizing the self by romanticizing the culture of the past. An ochranári brigade was a life without electricity and indoor plumbing, a way for city dwellers to experience Slovakia’s bucolic pre-communist heritage.”⁸⁰⁵

Ohne die Symbole der Modernisierung unter sozialistischer Führung dezidiert abzulehnen, setzten die AktivistInnen mit ihren Wertvorstellungen und sozialen Praktiken (Renovierung vor-kommunistischer Gebäude, freiwillige Arbeit für öffentliche Zwecke) der rationalen Ideologie des Regimes eine Alternative entgegen.⁸⁰⁶ „People were hungry. They were hungry for values,” erinnert sich Ján Budaj später an seine Zeit in der ZO 6, an der er die Atmosphäre der Offenheit besonders schätzte.⁸⁰⁷ Für ihn sei die Gruppe vor allem ein Forum gewesen, in dem unterschiedlichste Meinungen zu einem Thema geäußert werden durften. Dies zog ab Mitte der 1980er Jahre auch bekannte DissidentInnen in Bratislava an. Obwohl die SZOPK-Gruppe mit Huba an ihrer Spitze formale Führungsstrukturen aufwies, wechselten unabhängig von ihrer Ranghöhe die Personen darunter die Funktionen.⁸⁰⁸

„Slovak environmentalism was transforming into a social and discursive space in which people not only wanted to save nature, but also preserve symbols of Slovak identity in the face of socialist oppression and imperialism. Conservation provided the frame within which new environmental and social ethics were nurtured and promoted, and into which a growing movement eager to talk about citizens’ rights and public advocacy was born.”⁸⁰⁹

Es war diesem Mobilisierungspotential geschuldet, dass die UmweltschützerInnen zu einem Nährboden für die später gegründete Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (Verejnost’ proti násiliu – VPN) wurde. Gemeinsam mit dem tschechischen Zivilen Forum (Občanské fórum – OF) führten sie die mehrtätigen Massendemonstrationen im November 1989 an, welche das Ende des kommunistischen Regimes einläuteten.

⁸⁰⁴ Ebd., 69f.

⁸⁰⁵ Ebd., 71.

⁸⁰⁶ Vgl. ebd.

⁸⁰⁷ Vgl. Interview des Autors mit J. Budaj, 1995 in: Ebd., 71f.

⁸⁰⁸ Vgl. ebd., 71–73.

⁸⁰⁹ Ebd., 73.

6.4 Stromabwärts: Die Folgen der Liberalisierung unter János Kádár

6.4.1 Reformwirtschaft Ungarns ab 1968

Wie der österreichische Historiker Peter Haslinger aufzeigt, wich in den 1950er Jahren die ursprüngliche Wachstumseuphorie relativ schnell einem verzerrten Bild des kommunistischen Plansystems.⁸¹⁰ Das Nationaleinkommen Ungarns wuchs langsamer als erwartet, die Qualität der Produkte lag weit unter westeuropäischen Standards, der technologische Rückschritt machte Ware im Ausland unverkäuflich. Zu einer ersten Reformdiskussion kam es bereits 1957. Anfang der 1960er Jahre stieß der Ökonom Tibor Liska mit seiner Studie „Kritik und Konzept“ eine breite Debatte um das Preisbildungssystem an.⁸¹¹ Am 25. Mai 1966 beschloss das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt - MSZMP) die Richtlinien eines neuen wirtschaftlichen Reformkurses. Mit dem 1968 etablierten Új gazdasági mechanizmus [Neuer Ökonomischen Mechanismus] nahm der Außenhandel eine zentrale Rolle in der ungarischen Wirtschaftspolitik ein. Jene Waren und Rohstoffe, welche sich innerhalb der RWG-Staaten schwer beschaffen ließen, wurden folglich importiert. Österreich wurde hierbei ein wichtiger Partner, einerseits weil das Nachbarland neutral war, andererseits weil es aufgrund seines niedrigen technologischen Niveaus eine im Vergleich zu Westdeutschland weniger entwickelte Wirtschaftsstruktur aufwies. Zudem hatte Österreich wirtschaftliche Probleme. Seit 1967 war die Industrieproduktion ins Stocken geraten, der Fremdenverkehr stagnierte und die Arbeitslosenrate stieg. Folglich hatte das Land auch ein klares Interesse am Ausbau seiner grenzübergreifenden wirtschaftlichen Beziehungen. Trotz der neuen Kooperationsmöglichkeiten durch den Neuen Ökonomischen Mechanismus kam es anfangs zu wenig Kooperationen. Ein zentrales Problem für Ungarn waren die österreichischen Kontingentbestimmungen. Ungarn wollte mehr Fertigwaren (Textilien, Obst, Gemüse, Konserven) exportieren, während Österreich vorwiegend an Rohstoffen, Grundprodukten und chemischen Erzeugnissen interessiert war. Neben der geringen Qualität der Erzeugnisse bildeten die Orientierung an den Planzielen sowie auch die mangelnde Bereitschaft, ökonomische Risiken einzugehen Hindernisse für die Zusammenarbeit über

⁸¹⁰ Vgl. *Haslinger*, Hundert Jahre Nachbarschaft: Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1985–1994, 253; Vgl. ebenso: *Klimó*, Ungarn seit 1945; Andreas *Schmidt-Schweizer*, Politische Geschichte Ungarns 1985–2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase, 132. Aufl. (München 2007).

⁸¹¹ Vgl. Miroslav *Liška*, »Sypte!« – vývoj a riešenie sporu MR a SR o plnenie Zmluvy 77 o výstavbe a prevádzke Sústavy vodných diel Gabčíkovo-Nagymaros [»Schüttet!« – Entwicklung und Lösung des Streites zwischen der Ungarischen und Slowakischen Republik über die Erfüllung des Vert (Bratislava 2009).

Systemgrenzen hinweg.⁸¹² Die Einführung von begrenzten Marktmechanismen umfasste auch eine Preisreform, die es produzierenden Betrieben ermöglichte, gewisse Preise nach Angebot und Nachfrage anzupassen, wovon etwa importierte Konsumartikel betroffen waren.⁸¹³

„Mit der Preisreform verbesserten sich Angebot und Qualität zahlreicher Produkte, doch konnte sie nicht die grundlegenden Probleme der Planwirtschaft lösen, sondern vergrößerte teilweise vorhandene Widersprüche.“⁸¹⁴

Auf der anderen Seite wurde es Betrieben ermöglicht, Löhne entsprechend der Qualifikation und Leistung zu zahlen. Benachteiligt wurden bei der Gestaltung von Löhnen (vor allem der Frauen) und Pensionen, wie Klimó festhält. In der Folge verzeichnete Ungarn bis in die 1980er Jahre eine im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten wie der Tschechoslowakei oder Polen eine starke Ungleichheit bei den Löhnen. Neben der Lohnungleichheit führten jedoch auch symbolische Maßnahmen zu steigender Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft.⁸¹⁵

„‘Scheitern‘ konnte diese Gesellschaft ebenso wie die Sozialpolitik des Parteistaates, weil sie selbst ein Ziel formulierte, das sie niemals erreichen konnte. Anders als in anderen politischen Systemen war die Gesellschaftsform, die angestrebt wurde, nicht relativ locker mit der politischen Ideologie des Systems verbunden, sondern sie war oberstes Ziel aller Maßnahmen und Programme. (...) Besonders ‚treue‘ und der Partei ergebene Personen wurden privilegiert, politisch auffällig gewordene, unter dem Verdacht stehende oder auch nur einer „feindlichen“ Klasse angehörende Personen dagegen diskriminiert. Die Partei verteilte im System wertvolles symbolisches Kapital wie Orden und Ehrentitel („Partisan“, „Held der Arbeit“) oder aber gefährliche Feindbildattribute („Saboteur“, „Spion“, „Verräter“, „Volksfeind“).“⁸¹⁶

Mit Blick auf Ungarns Reformkurs stieg in den „Bruderländern“ die Besorgnis, die wirtschaftliche Öffnung könnte politische Folgen für die gesamte Region haben. Auf Druck Moskaus, aber auch aufgrund reformfeindlicher Kräfte innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei wurde Kádár in den 1970er Jahren zur Rücknahme der Reformen gedrängt. Ab 1973 erfolgte die Lohnpolitik wieder zentralisiert. In den Folgejahren schlitterte Ungarns Wirtschaft in eine schwere Krise.⁸¹⁷

„Der Lebensstandard stagnierte bzw. verschlechterte sich angesichts der zunehmenden Inflation, während die Auslandsverschuldung drastisch zunahm. Zugleich nahmen die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber dem westlichen Ausland zu, während die Währungsreserven zurückgingen.“⁸¹⁸

Die Ölkrise von 1973 und 1979 setzten Ungarn enorm zu. 1982 drohte Ungarn die Zahlungsunfähigkeit.⁸¹⁹

„Falsche Investitionsentscheidungen, wie etwa der 1975 unternommene Ausbau der Kohleförderung, taten ihr übriges. Denn die Kohleförderung blieb ineffizient und maßlos teuer. Als noch größere Fehlinvestition sollte sich bald das zusammen mit der ČSSR geplante, gigantische Wasserkraftwerk Nagymaros an der Donau herausstellen, das auch ungeahnte politische Folgen zeitigen sollte. Die

⁸¹² Vgl. *Haslinger*, Hundert Jahre Nachbarschaft: Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1985–1994, 255–262.

⁸¹³ Vgl. *Klimó*, Ungarn seit 1945, 109.

⁸¹⁴ Ebd.

⁸¹⁵ Vgl. ebd., 110f.

⁸¹⁶ Ebd., 136f.

⁸¹⁷ Vgl. ebd., 108–114.

⁸¹⁸ Ebd., 95.

⁸¹⁹ Vgl. ebd., 114.

heimischen Probleme, der verschärfte internationale Wettbewerb, die Auseinanderentwicklung des Ostblocks und die von Kádár weiterhin als innenpolitisch notwendig angesehene Subventionierung des relativ hohen Lebensstandards der Ungarn trieben das Land in eine Schuldenfalle, die Anfang der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erlebte.“⁸²⁰

Kádár reagierte auf die Krise mit neuen Reformversuchen. Eine begrenzte, aber nicht zu unterschätzende Form der Privatwirtschaft (die sogenannte „Zweite Wirtschaft“) entstand.⁸²¹ Wie schon im Reformkurs der 1960er wurden nun wieder Betriebe dezentralisiert und ausgelagert. Vor allem mit Österreich wurde versucht, Joint Ventures zu etablieren. „Später folgen kooperative Betriebsgründungen mit westlichen Einzelunternehmungen, insbesondere mit österreichischen Betrieben. Vor allem die jüngere Funktionärsgeneration drängt auf Forcierung der Wirtschaftsreformen.“⁸²² Bis Ende des Jahres 1990 häufte Ungarn Staatsschulden gegenüber Österreich in der Höhe von 20,9 Milliarden Schilling (inkl. Garantien des Staats sowie österreichischer Banken) an.⁸²³

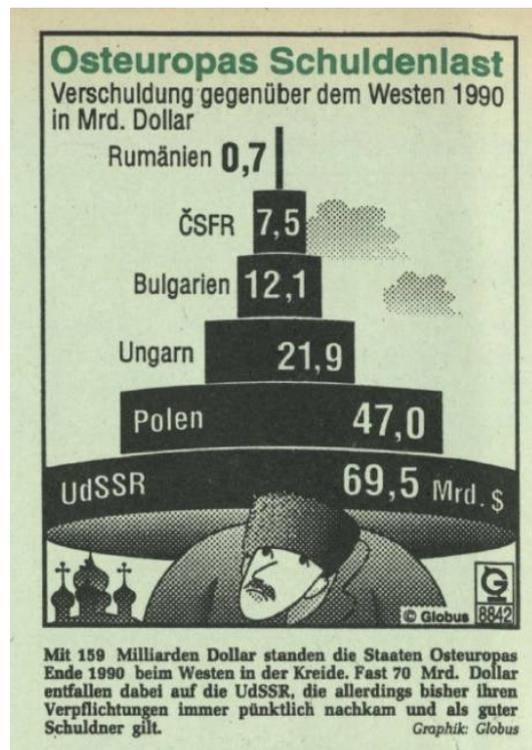


Abbildung 7 Arbeit und Wirtschaft spezial, Nr. 52, 1991, 2

6.4.2 Die „demokratische Opposition“

⁸²⁰ Ebd., 111.

⁸²¹ Vgl. u.a.: Retter, Die österreichischen Banken und der Donauraum – Geschichte einer Strategie, 344.

⁸²² Walter Göhring, Schritte zur Freiheit. Der Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa, Einflußfaktoren und Veränderungen, Arbeit und Wirtschaft 45, Nr. 12, „AWSpezial“ (1991) 9–10.

⁸²³ Ebd., 3.

In seiner Studie zur politischen Transformation in Ungarn zeigt der österreichische Zeithistoriker Walter Göhring auf, dass anders als in Polen der demokratischen Opposition in Ungarn die breite Basis der ArbeiterInnen fehlte. Vielmehr kristallisierte sich der Veränderungswille in unterschiedlichen Gruppierungen, die vorwiegend aus intellektuellen Zirkeln entstanden. Im Vergleich zu Polen sahen sich die ungarischen Gewerkschaften mit einem starken Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung konfrontiert, was mit ihrer mangelnden Loslösung von der kommunistischen Partei zusammenhing.⁸²⁴ Göhring weist auf die differenzierte Rolle der Gewerkschaften hin.

„Grundsätzlich zeigt sich jedoch, daß durch die Beseitigung und Auflösung der von den kommunistischen Parteien zentralistisch kontrollierten Staatsapparaten und durch die Zurückdrängung der Machtansprüche der ehemaligen Staatsparteien durch bürgerrechts- und gewerkschaftsartige manchmal ‚wechselnde Koalitionen‘ der Stellenwert der Gewerkschaften sich immer wieder verändert.“⁸²⁵

In der Folge der wirtschaftlichen Liberalisierung und einer zunehmenden Öffnung nach Westen scheiterte das staatssozialistische System daran, den damit einhergehenden steigenden Erwartungen der Bevölkerung nachzukommen. Diese Enttäuschung durch den reformschwachen Staat war schließlich für einen großen Teil der Eliten ausschlaggebend für die Bildung oppositioneller Gruppen bzw. die breite Sympathie ihren Forderungen gegenüber, oder wie der polnische Historiker Wiktor Marzec es beschreibt:

„State-supported modernization created a class whose aspirations could not be easily satisfied. The state could not keep up with them bound as it was with ideological rigidity and requirements of militarized Soviet geopolitics (Tökés 1996).“⁸²⁶

Nicht die ArbeiterInnen, sondern vielmehr Intellektuelle, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen bildeten die AkteurInnen politischen Widerstandes im Ungarn der 1970er und 1980er Jahre.

„Seit 1973 formiert sich eine neue Opposition um die Gruppen der ‚Budapester Soziologenschule‘, die ‚Demokratische Opposition‘, die ‚Friedensgruppe für den Dialog‘ und die ‚Hilfsstiftung für die Armen‘. Diese Gruppierungen sind die Keimzellen des gegenwärtigen ‚Bundes der freien Demokraten‘. Ihre Stärke und Verankerung in der Bevölkerung sind 1985 bereits so stark, daß sie in Zusammenarbeit mit Umweltschützern zur treibenden Kraft beim Baustopp des Wasserkraftwerkes Nagymaros werden.“⁸²⁷

Nachdem die Ergebnisse der wirtschaftlichen Liberalisierung und der „Gesellschaftsvertrag“ unter Kádár nicht die erhofften Ergebnisse brachten, wandten sich auch immer mehr ReformkommunistInnen den Ideen und Konzepten der demokratischen Opposition zu und waren offen für die in dissidentischen Zirkeln geäußerte Kritik. „Kein Ungar hielt die

⁸²⁴ Ebd.

⁸²⁵ Ebd., 2.

⁸²⁶ Marzec, *Civil society and the public sphere. Historical trajectories in Poland, Hungary and Bulgaria*, 15; Rudolf Tökés, *Hungary's Negotiated Revolution. 1957–1990* (Cambridge, Mass. 1996).

⁸²⁷ Göhring, *Schritte zur Freiheit. Der Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa, Einflußfaktoren und Veränderungen*, 9.

Kommunistische Partei danach noch für reformfähig“, schreibt der Autor und Dissident György Dalos mit Bezug auf die marode Wirtschaftslage in den 1970er Jahren.

„Die ungarische Opposition ihrerseits fühlte sich Mitte der 1970er Jahre nicht zuletzt durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki zum Handeln ermutigt. Es gab nun eine breitere Legitimationsgrundlage als die schwache ungarische sozialistische Verfassung. Die ungarische Opposition, die mit einer Solidaritätserklärung zugunsten der Charta 77 zum ersten Mal in Erscheinung trat, war eine legalistische Opposition. Marxisten, Christen, Pazifisten und später die Ökologen waren sich nur darin einig, dass es ihr selbstverständliches Recht sei, so zu handeln und die Schlussakte beim Wort zu nehmen.“⁸²⁸

Wie Dalos' Freund, der DDR-Aktivist und Bürgerrechtler Rainhard Weißhuhn in seinen Erinnerungen an die 1970er und 1980er Jahre festhält, war die ungarische Oppositionsszene damals jedoch nicht mehr als ein paar „weitgehend isolierte Intellektuelle, die in einer vergleichsweise liberalisierten Diktatur ohne Echo in der Gesellschaft blieben.“⁸²⁹ Tatsächlich lassen sich die wesentlichen Akteursgruppen relativ schnell identifizieren und vorwiegend im jüdisch-bürgerlichen Milieu Budapests verorten.⁸³⁰ Für Weißhuhn, der ab Mitte der 1970er Jahre durch Dalos Kontakte nach Ungarn knüpfte, bildeten einerseits die Lukács-SchülerInnen der 1960er Jahre, darunter Ágnes Heller, Ferenc Fehér und Mihály Vajda, andererseits die sich von den „älteren“ abspaltenden „Lukács-Enkel“ rund um János Kis und György Bence die intellektuellen Grundlagen für die theoretischen und praktischen Debatten zur ungarischen Gesellschaft.⁸³¹ Als „zweite Quelle der demokratischen Opposition“ bezeichnet Weißhuhn ehemalige Sympathisanten des Volksaufstandes 1956, wozu er den Autor György Konrád, oder auch den Journalisten Ferenc Kőszeg zählt: der dritten Gruppe können schließlich die vom Maoismus geprägten Intellektuellen, darunter die Schriftsteller Miklós Haraszti und György Dalos, zugeordnet werden.⁸³² Dalos gilt heute als Mitbegründer der ungarischen demokratischen Opposition. Dalos reiste 1973 in die DDR, wo er Angehörige der linken und marxistisch geprägten „Jenaer Szene“, darunter Jürgen Fuchs, kennenlernte. Über diese Gruppe stieß er auch auf Weißhuhn, bei mehreren DDR-Besuchen lernte er deutsche SchriftstellerInnen wie Bettina Wegner oder Katharina Thalbach kennen. Die Treffen fanden unter Beobachtung der Staatspolizei statt. 1979 erhielt Dalos eine Einreisesperre in die DDR.⁸³³ Dalos, der damals in Wien lebte und später nach Berlin umzog, schätzt die ungarische demokratische Opposition in den späten 1970er Jahren auf „praktisch 200 bis 300 Menschen, die von der Staatssicherheit

⁸²⁸ György Dalos, Ungarn: Die intellektuelle Formierung der Opposition seit den 1970er Jahren, In: Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989 (Köln/Weimar/Wien 2007) 62.

⁸²⁹ Reinhard Weißhuhn, Die ungarische demokratische Opposition und ihre Kontakte zur DDR-Opposition, In: Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Bernd Florath (Hg.) (Göttingen 2011) 190.

⁸³⁰ Vgl. ebd.

⁸³¹ Vgl. ebd., 187f.

⁸³² Vgl. ebd., 188.

⁸³³ Vgl. ebd., 191f.

als Opposition angesehen wurden. Sie waren von einem relativ aktiven Publikum von bis zu 4.000 Menschen umgeben,“ erinnert sich der Autor.⁸³⁴ Die potenzielle Anzahl von Menschen, die offen für oppositionelle Ideen waren, war laut Dalos viel höher, bis zu einer Million. „Die ganze Nation hat München [Radio Free Europe, Anm. der Verf.] gehört“, bemerkte Dalos. Der bestehende Konsum und Einfluss westlicher Medien sowie die Visumfreiheit seit 1978 waren zwei Anzeichen für die außergewöhnliche Position Ungarns unter den Ländern des sogenannten Ostblocks, wobei UngarInnen bis zur Einführung des Weltpasses 1988 eine Ausreisegenehmigung (Ablak) beantragen mussten. Neben relativ starken offiziellen Beziehungen auf diplomatischer, aber auch auf kultureller und regionaler Ebene spielte Wien eine wichtige Rolle für die politische Opposition und die sich langsam bildenden AkteurInnen der Zivilgesellschaft.⁸³⁵ Neben den teils im offiziellen Ungarn, teils in Westeuropa und veröffentlichten und zurück nach Ungarn geschmuggelten gesellschaftskritischen Romanen wie Harasztis „Stücklohn“ oder Konráds „Der Besucher“ kursierenden Romanmanuskripten nahm auch die Samisdat-Presse ab Mitte der 1970er Jahre eine besondere Rolle ein. Weißhuhn bezeichnete diese Publikationen als „Markenzeichen“ der Opposition.⁸³⁶ Ohne an dieser Stelle zu detailliert in die Aktivitäten hinter dem Samisdat einzutauchen, zeigen sich die Vielfalt ebenso wie die umstrittenen Widersprüche dieser dissidentischen Publikationen in ihrer heterogenen Beschaffenheit. Im Samisdat erschienen dabei nicht nur einzelne Publikationen wie etwa die von János Kenedi editierte Anthologie „Profil“ oder der symbolträchtigen und umfassende Bibó-Gedächtnisband (auf diesen wird später noch näher eingegangen), sondern auch Periodika wie der 1981 gegründete „Beszélő“, „Hirmondó“ oder der von Gábor Demszky gegründete „AB-Verlag“.⁸³⁷ Ähnlich wie die Ende der 1970er Jahre entstehenden Diskussionsforen der sogenannten „Fliegenden Universitäten“ entwickelten sich Privatwohnungen zu Umschlagplätzen und Treffpunkten informeller Zirkel und Diskussionsforen (u.a. László Rajks „Boutique“ oder die „Montagszirkel“).⁸³⁸ Auch hier hielt sich die Verbreitung der Untergrundliteratur angesichts der reduzierten technischen Möglichkeiten – trotz schwieriger empirischer Nachweise – in Grenzen. Die Auflagen lagen trotz engagierter Unterstützung aus dem Ausland und riskanten Schmuggelaktionen bei maximal mehreren hundert Stück.⁸³⁹

⁸³⁴ Vgl. Interview der Verfasserin mit György Dalos, 11.11. 2018, Berlin, Sprache: Deutsch, Tonaufzeichnung mittelmäßig. Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁸³⁵ Ausführlicher in: *Neubacher*, Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain.

⁸³⁶ Vgl. *Weißhuhn*, Die ungarische demokratische Opposition und ihre Kontakte zur DDR-Opposition, 188.

⁸³⁷ Vgl. ebd., 189f.

⁸³⁸ Vgl. ebd.

⁸³⁹ Vgl. ebd., 190.

Das politische System der ungarischen Volksrepublik bot bis in die 1980er Jahre keine Möglichkeiten der politischen Partizipation abseits der kommunistischen Partei. Das Parlament setzte sich aus der Nationalversammlung und dem Präsidialrat zusammen. Mehrere Massenorganisationen wurden unter dem Dach der „Patriotischen Volksfront“ versammelt. Außerhalb der kommunistischen Partei war es unmöglich bei Wahlen zu kandidieren. Mit der Wahlrechtsreform von 1983 erhielten oppositionelle AkteurInnen jedoch eine politische Bühne für ihre Anliegen. Fortan war es möglich, mehrere BewerberInnen pro Wahlkreis, also auch parteiunabhängige, zur Kandidatur aufzustellen.⁸⁴⁰ Auch wenn es jenen unabhängigen Kandidaten, darunter der Philosoph Tamás Gáspár Miklós und Haraszti, letztlich nicht gelang, gewählt zu werden, so schufen sie mit ihrer Kandidatur doch erhebliche Aufmerksamkeit für ihre Themen und Kritikpunkte und erzwangen damit eine öffentliche Diskussion.

Spätestens mit dem Eintritt der Reformkommunisten Imre Pozsgay und Rezső Nyers 1988 ins Politbüro nahm die Dynamik der politischen Reformen in Ungarn zu. Im Spätherbst desselben Jahres folgte Miklós Németh dem erst im Mai angetretenen Károly Grósz in das Amt des Ministerpräsidenten. Németh setzte wesentliche Reformschritte, darunter die Erlaubnis für private ArbeitgeberInnen, bis zu 500 MitarbeiterInnen zu beschäftigen, sowie die gesetzlich verankerte Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Am 23. Oktober 1989 wurde die „Ungarische Republik“ als demokratischer Rechtsstaat ausgerufen. Im Plenum des Zentralkomitees vom 10. und 11. November 1989 wurde das Mehrparteiensystem beschlossen. Zehn Tage später verzichtete die Partei auf ihren verfassungsrechtlichen Führungsanspruch. In „Runden Tisch“-Gesprächen wurde der Dialog mit der Opposition gesucht und die ersten freien Wahlen für das Frühjahr 1990 festgelegt. Aus der Sozialistischen Arbeiterpartei wurde die Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt – MSZP). Schon im Mai hatte Ungarn mit dem Abbau der militarisierten Grenze zu Österreich begonnen. Diese Zeichen der Hoffnung auf eine Grenzöffnung lockten tausende DDR-BürgerInnen über den Sommer nach Ungarn, wo im September und Oktober tatsächlich die Grenzöffnung nach Österreich stattfand. Noch vor den Parlamentswahlen am 14. März 1990 wurden die politisch verfolgten BürgerInnen, darunter auch Kardinal József Mindszenty, rehabilitiert. An der Wiederbeerdigung von Imre Nagy im Vorjahr hatten hunderttausende UngarInnen teilgenommen. Sie sollte die symbolträchtigste Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit und die Neuinterpretation des Ungarischen Volksaufstandes von 1956 bilden.⁸⁴¹

⁸⁴⁰ Vgl. u.a.: *Göhring*, Schritte zur Freiheit. Der Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa, Einflußfaktoren und Veränderungen.

⁸⁴¹ Vgl. u.a.: *Schmidt-Schweizer*, Andreas, Politische Geschichte Ungarns 1985-2002: Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase (München 2007).

Walter Göhring zeigt auf, wie gering die Partizipation von ArbeitnehmerInnen während dieser enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen war.⁸⁴² Ein wesentliches Problem sei „der extreme Pluralismus und die überempfindlich ausgeprägte Tendenz zur Abkehr von jeglichen zentralen Strukturen“ gewesen, so Göhring.⁸⁴³ Versuche, die gegenteiligen Interessen durch einen „oppositionellen Runden Tisch“ zu vereinen, um schlagkräftiger gegen die Unternehmerinteressen agieren zu können, scheiterten im Februar 1991.⁸⁴⁴ Parallelen bei der Bildung von Organisationsstrukturen finden sich auch im Hinblick auf die oppositionellen Gruppen jener letzten Jahre unter dem kommunistischen Regime. Die Formierungsprozesse der demokratischen Opposition veranschaulichen die für Ungarn charakteristische Spaltung der Eliten. So stand den jüdisch-bürgerlichen Intellektuellen ein völkisch-nationaler Flügel gegenüber.⁸⁴⁵ Während es vereinzelte Überschneidungspunkte und AkteurInnen gab, die die Interessen beider Flügel miteinander verbanden (wie oben von Gy. Dalos erwähnt etwa die KSZE Schlussakte sowie die Solidarität mit den ChartistInnen), sollte sich die Spaltung der Intelligenz vor allem gegen Ende der 1980er Jahre noch verbreitern. Mit steigendem politischem Spielraum gründeten sich bereits vor dem Systemwechsel 1989 erste Parteien: Am raschesten formierten sich die Anhänger des national-konservativen Ungarischen Demokratischen Forum (MDF), welches sich in Folge des Treffens am 3. September 1987 in dem südungarischen Dorf Lakitelek gründete und bei der ersten demokratischen Wahl 1989 als Sieger hervorging.⁸⁴⁶ Der liberale Flügel der Opposition kämpfte währenddessen mit inneren Zerwürfnissen. 1988 gründete sich der Bund Freier Demokraten (SZDSZ), der ab 1989 die Opposition stellte. Abgesehen von der Kluft zwischen den Flügeln, waren es vor allem die Lehren aus 1956 sowie das von Misstrauen geprägte Leben unter dem Staatssozialismus, welche die demokratische Opposition nachhaltig beeinflussten und schwer überwindbare Hindernisse hinterließen. Die „Tatsache, dass wir jede Form von Organisation hassten,“ so Dalos im Rückblick, würde die UngarInnen von den „polnischen und tschechischen Freunden“ unterscheiden.⁸⁴⁷

⁸⁴² Ebd., 10.

⁸⁴³ Ebd., 11.

⁸⁴⁴ Auch bei der Professionalisierung der GewerkschafterInnen sollte Österreich eine Rolle spielen. So berichtet Göhring in seiner Analyse von der Zusammenarbeit der größeren Gewerkschaften mit dem Berufsförderungsinstitut Wien (BFI), den österreichischen Fachgewerkschaften und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) (vor allem durch Trainingskurse als Vorbereitung auf die Verhandlungen). Dieser Wissenstransfer sollte auch bei der Bildung des Betriebsratssystems von Vorteil sein. Vgl. ebd., 13.

⁸⁴⁵ Vgl. *Weißhuhn*, Die ungarische demokratische Opposition und ihre Kontakte zur DDR-Opposition, 190.

⁸⁴⁶ Vgl. ebd.

⁸⁴⁷ Dalos, Ungarn: Die intellektuelle Formierung der Opposition seit den 1970er Jahren, 62.

„Wir wollten keine geschlossen wirkende Gruppe sein. Darin spiegelte sich nicht nur die nach 1956 herrschende Angst vor jeder Art von Organisation, die als solche schon eine Straftat war, sondern diese Aversion galt der Partei. Wir wollten keine neuen Organisationsstrukturen schaffen.“⁸⁴⁸

Dass es sich bei der Scheu vor Organisationsstrukturen und Partei-ähnlichen Formierungen um ein Kontinuum innerhalb der RegimekritikerInnen handelte, zeigt sich in Folge auch im Fall der Umweltbewegung. Während sie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre mit Anliegen des Natur- und Umweltschutzes einen mobilisationsstarken Kristallisationspunkt für unterschiedlichste AnhängerInnen bot, gelang es den AkteurInnen schließlich nicht, eine anhaltende politische Kraft in Ungarn zu bilden. Um diese Entwicklung zu verstehen, ist es notwendig, vorherige Prozesse der Ökologisierung, des Umweltschutzes sowie des Protests unter dem Staatssozialismus nachzuzeichnen.

⁸⁴⁸ Ebd., 63.

6.4.3 Umweltproteste und Ökologisierung in Ungarn

Umweltpolitik spielte während des ungarischen Staatssozialismus wenig bis keine Rolle. Viktoria Szirmai nutzte das Bild zweier Tennisspieler, die versuchen ohne Ball zu spielen, um den fehlenden Diskurs zu verdeutlichen.⁸⁴⁹ Mit Ausnahme von gelegentlichen Initiativen von UmweltschützerInnen boten die 1970er Jahre auch auf Seiten der Politik wenig Anlass, sich mit Umweltfragen zu beschäftigen.⁸⁵⁰

„(...) environmental protection authorities, the ministry, the councils, and even the large enterprises, did something for ecological issues only apparently, occasionally, and indirectly.”⁸⁵¹

Vom Standpunkt der frühen 1990er Jahre schien sich das Bild des balllosen Spiels auch nach der Transformation nicht bedeutend verändert zu haben. So hätten die 1980er Jahre in Ungarn zwar zahlreiche neue spontane Initiativen hervorgebracht. Viele davon wären jedoch nach der Wende wieder verschwunden. „The number and geographic distribution of ecological movements has not reflected the critical condition of the environment in Hungary”, stellte Szirmai damals in ihrer Studie fest. Der Grund dafür liege in der Tatsache, dass sich die osteuropäische und insbesondere die ungarische Umweltbewegung auf andere Vorbedingungen stützte als etwa westeuropäische AkteurInnen der Zivilgesellschaft. Éva Kuti zeichnet die Geschichte der ungarischen Zivilgesellschaft bzw. des dritten Sektors nach, angefangen von den karitativen Aktivitäten der katholischen Kirche am Beginn der Christianisierung Ungarns unter Prinz Géza und dessen Sohn König István I (997–1038) über die Rolle freiwilliger Assoziationen in den Unabhängigkeitsbestrebungen unter den Habsburgern und deren Niederschlagung der Revolution 1848, die vielfältigen Bestrebungen zur Armutsbekämpfung während der Großen Depression in den 1920er Jahren bis hin zu den destruktiven Effekten des sozialistischen Regimes.⁸⁵² Letztere sind für die Betrachtung der ungarischen Umweltbewegung von besonderer Relevanz. So ernteten insbesondere Stiftungen das Misstrauen der kommunistischen Führung, da sie über staatlich unabhängiges Kapital verfügten und somit Einfluss in den Bereichen Kultur, Bildung und im Sozialwesen abseits der staatlichen Kontrolle ausüben konnten.⁸⁵³ Mit dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch (Gesetz IV/1957) verschwand bis ins Jahr 1987 jegliche bis dahin legale, wenn bis dahin auch bereits wesentlich

⁸⁴⁹ Vgl. Viktoria Szirmai, *The Structural Mechanisms of the Organization of Ecological-Social Movements in Hungary*, In: *Environment and Democratic Transition*, Anna Vari, Viktor Pal (Hg.) (1993) 146. Anmerkung: Dabei handelte es sich vermutlich um eine Referenz auf Michelangelo Antonionis bizarre Filmszene aus „Blow-up“ (1966).

⁸⁵⁰ Vgl. ebd.

⁸⁵¹ Ebd.

⁸⁵² Vgl. Kapitel 2: Éva Kuti, *The nonprofit sector in Hungary* (Manchester 1996).

⁸⁵³ Vgl. ebd., 27.

erschwerte, Form der Stiftungskonstruktion aus dem Gesetz.⁸⁵⁴ Während einerseits die Verfassung ihren BürgerInnen die Freiheit zur Bildung von Vereinigungen zusagte, schoben dieser Freiheit mehrere Dekrete einen Riegel vor. Ab 1981 waren die Behörden verpflichtet, sämtliche geplante Aktivitäten zu melden, welche Gefahr laufen „den Staat“ oder „die soziale und wirtschaftliche Ordnung“ zu bedrohen. Trotz dieser Verschärfungen nahm die staatliche Kontrolle von freiwilligen Vereinigungen ab den 1960er Jahren schrittweise ab. Die Folgen des Aufstandes von 1956 prägten sich Kuti zufolge aber tief in das kollektive Gedächtnis ein.⁸⁵⁵

„The population learned that open revolt would most likely fail, and began to adopt more latent and subtle ways of resistance. These strategies created a curious atmosphere of distrust. Citizens pretended to form politically neutral voluntary organizations. The actual activities of these groups did not challenge the state socialist system, but their mood was clearly oppositional, their very existence expressed the society’s antagonism towards the totalitarian regime.“⁸⁵⁶

Erst mit der Transformation des politischen Systems und dem Vereinigungsgesetz (II/1989) war die Freiheit zur Gründung von NGOs und Vereinen ohne Kontrolle oder Zustimmung der Regierung ungarische Realität geworden. Die bürokratischen und legalen Hürden zur Bildung von Organisationen waren neben anderen Faktoren ausschlaggebend dafür, dass sich Umweltschutz-Forderungen aus der Bürgergesellschaft, wie sie in Westeuropa seit den 1960er Jahren vermehrt auftraten, erst im Ungarn der 1980er Jahre Gehör verschaffen konnten. Wirtschaftliche und politische Zentralisierung, gepaart mit einer erzwungenen Industrialisierung seit den 1950er Jahren, hatte nicht nur eine auf Kohle- und Schwerindustrie basierte Wirtschaft mit sich gebracht, sondern auch die damit einhergehenden Umweltschäden und -risiken ignoriert. Das Fehlen der Marktmotoren und der gesellschaftlichen Kraft der Selbstorganisation habe laut Szirmai horizontale Initiativen und Bewegungen verunmöglicht und unterdrückt.⁸⁵⁷

„The party documents of the 1970s reflected the idea that in socialism no environmental protection of autonomous interests was needed because each actor in the socialist economy protected the environment automatically, under inherent pressures.“⁸⁵⁸

Obwohl sich durch János Kádárs wirtschaftlichen Alleingang unter den sozialistischen Republiken eine begrenzte Bourgeoisie bilden konnte, blieb diese „zweite Gesellschaft“ in der Bildung einer zivilen Gesellschaft weiterhin schwach ausgeprägt. „But bourgeois growth did not favor the expression of post-materialist values, nor the demand for environment-friendly products.“⁸⁵⁹ Hinzu kam die Zentralisierung von umweltrelevanten Informationen, die den

⁸⁵⁴ Vgl. ebd., 38.

⁸⁵⁵ Vgl. ebd., 39.

⁸⁵⁶ Ebd., 39f.

⁸⁵⁷ Vgl. *Szirmai*, The Structural Mechanisms of the Organization of Ecological-Social Movements in Hungary, 147–149.

⁸⁵⁸ Ebd., 148.

⁸⁵⁹ Ebd., 148–150.

gesellschaftlichen Diskurs darüber hemmte und die Unkenntnis von Schäden und Risiken unterstützte. Damit ist auch nachvollziehbar, warum es zuerst vor allem WissenschaftlerInnen waren, die sich mit Umweltschäden und den Folgen der Industrialisierung kritisch auseinandersetzten.

„In dieser Periode [1960er Jahre] sind es vor allem die wissenschaftlichen Kreise gewesen, die auf die Gefahren der Umweltverschmutzung aufmerksam machten und die Grundlage boten, daß die Verordnungen zum Schutz der natürlichen Ressourcen in der praktischen Gesetzgebung einen Platz bekamen, so z. B. die Gesetze über den Schutz im Bergbau, der landwirtschaftlich genutzten Flächen, des Waldes und der Gewässer, die vom ungarischen Parlament in der ersten Hälfte der 60er Jahre bestätigt wurden.“⁸⁶⁰

Jene Gesetze regelten jedoch nur Teilbereiche und konnten die Bedürfnisse eines umfassenden Umweltschutzes nicht bedienen, gibt auch László Maróthy, erster Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der Volkrepublik Ungarns (das Ministerium wurde 1987 geschaffen), zu bedenken.⁸⁶¹ In den 1970er Jahren wurden immer mehr BiologInnen, ChemikerInnen, Stadt- und regionale PlanerInnen auf Umweltthemen aufmerksam. Nicht selten gelang so auch geleaktes Wissen an die Gesellschaft. Auch bildeten sich immer wieder Initiativen seitens von Umweltschäden betroffenen AnwohnerInnen. Das prominenteste erste Beispiel eines öffentlichen Skandals waren Berichte über die verheerende Entwicklung des Fischbestands im Balaton sowie die Verschmutzung des von der slowakischen Schwerindustrie gezeichneten Sajó-Flusses im Nordosten des Landes. Auf Druck der ExpertInnen institutionalisierte Ungarn Mitte der 1970er Jahre eine Agentur für Umweltschutz, die jedoch nur wenig Einfluss und Kompetenzen besaß. Mit dem Gesetz Nr. 2 erhielt die Volkrepublik ein erstes umfassenderes Umweltschutzgesetz.⁸⁶² Während es in den 1970er Jahren nur vereinzelte Umweltkonflikte gab (Ölkatastrophe vom Jänner 1974 in Dunaújváros, 1977 Schließung der Firma Metallochemia in Nagytétény/Budapest nachdem Bleivergiftungen bei Kindern festgestellt wurden), steigerte sich diese Zahl in den 1980er Jahren enorm: Zu nennen sind hier etwa der Arbeiterprotest gegen Luftverschmutzung in der Glasfabrik in Ajka (Jänner 1984) sowie der lokale Protest gegen die Müllverbrennungsanlage in Dorog (November 1984).⁸⁶³ Proteste gab es auch gegen die neue Landebahn des Budapester Flughafens im Jahr 1983.⁸⁶⁴ Laut Hubertus Knabe sind in den 1980er Jahren auch klare Veränderungen bei den „Konfliktaustragungsmechanismen, der

⁸⁶⁰ László Maróthy, Karl Ruppert (Hg.), Umweltschutz und räumliche Aspekte, Südosteuropa Aktuell Landesentw, Nr. 6 (1989) 83.

⁸⁶¹ Vgl. ebd., 83f.

⁸⁶² Vgl. ebd., 84.

⁸⁶³ Vgl. Szirmai, The Structural Mechanisms of the Organization of Ecological-Social Movements in Hungary, 150.

⁸⁶⁴ Vgl. Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 176.

beteiligten Protestpotentials und der Erfolgchancen von Umweltprotesten in Ungarn“⁸⁶⁵ zu beobachten.

„Meist initiierten besser informierte und aktivere Bevölkerungsmglieder die Protestaktion (Eingaben, Leserbriefe, Unterschriftensammlung) und suchten dafür die Unterstützung offizieller Institutionen (Volksfront, Kommunistischer Jugendverband, Verein für Stadtverschönerung, örtliche Volksvertretung) zu gewinnen.“⁸⁶⁶

Nach kleineren Protesterfolgen lokaler Initiativen gelang es jedoch erst der Donaubewegung, Umweltschutzfragen auf nationaler Ebene zu thematisieren und sich für ökologische Anliegen Gehör zu verschaffen.⁸⁶⁷

⁸⁶⁵ Ebd.

⁸⁶⁶ Ebd.

⁸⁶⁷ Vgl. *Szirmai*, The Structural Mechanisms of the Organization of Ecological-Social Movements in Hungary, 152.

7 Die Donaubewegung gegen Gabčíkovo-Nagymaros

7.1 Gründung des Duna Kör

Mit Bekanntwerden der GNV-Staustufenpläne formierte sich Anfang der 1980er Jahre Widerstand in Ungarn, welcher in den Folgejahren als „Donaubewegung“ Bekanntheit erlangen sollte. Wie bereits erwähnt gilt der Biologe János Vargha als zentrale Figur der Bewegung. Vargha arbeitete zuvor in einem biologischen Forschungsinstitut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Szeged. Seinen Angaben zufolge reichte die Einzimmerwohnung in Szeged für die Familie – Vargha und seine Frau hatten zwei Kinder – nicht mehr aus. Sie entschieden sich für einen Umzug in ein renovierungsbedürftiges Haus in Pilisborosjenő, einer kleinen Gemeinde im Komitat Pest, und Vargha nahm einen Job als Journalist bei der ökologischen Monatszeitschrift *Búvár* [Taucher] an.⁸⁶⁸ Im Zuge seiner Recherchen kam er Ende der 1970er Jahre mit den Bauplänen zu GNV in Kontakt:

„I left the Academy and I started to work as a journalist in an environmental magazine. (...) This was an environmental magazine and at my first interview for my first report I learned about the problems of the Danube. The report was about the city Vác (...) near to the Danube bank. And the people with whom I made interviews with just mentioned that there will be a big damn nearby and they don't know what will happen as an impact of this damn. So I made some interviews and I wrote a paper for the magazine about the Danube problem.“⁸⁶⁹

Nachdem erste Publikationsversuche zu dem Thema scheiterten, gelang es Vargha im November 1981 einen Artikel in der wissenschaftlichen Monatszeitschrift *Valóság* [Wirklichkeit] zu veröffentlichen. Darin setzte er die Kraftwerkspläne in einen historischen Kontext und warf ökologische Fragen im Zusammenhang mit GNV auf. Es sollte nicht bei diesem einen kritischen Beitrag bleiben. In den Folgejahren publizierte er zahlreiche Artikel, u.a. auch im *Samisdat*, und gab Vorträge zum Thema.⁸⁷⁰ Seine Position als Biologe mit einem Abschluss der József Attila Universität in Szeged ermöglichte es ihm, sich als „Experte“ in der Öffentlichkeit zu äußern und Zugang zu Publikationsmöglichkeiten zu erlangen. Mit der Kritik an dem Projekt war Vargha jedoch nicht allein. „You have to know that I am not the first person who criticised this project, but most of these critics were not published. There was critique

⁸⁶⁸ *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam.

⁸⁶⁹ Interview der Verfasserin mit János Vargha, Budapest, am 4.8.2017, Sprache: Englisch, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin, Tonqualität mittelmäßig.

⁸⁷⁰ *Vargha*, Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems].

behind the curtains.“⁸⁷¹ Mit dieser Äußerung bezieht sich Vargha auf die bereits dargestellte Fachkritik innerhalb Ungarns und die unterschiedlichen Debatten zur hydrologischen Nutzung ungarischer Flüsse. Bis die Fachkritik vor den Vorhang geholt wurde und das Thema GNV Einzug die Medien der Gegenöffentlichkeit (Samisdat) und der kritischen Zirkel hielt und darauffolgend auch in die ungarische Öffentlichkeit drang, vergingen mehrere Jahre. 1982 wurde eine Expertenkommission ernannt, die das Projekt evaluieren sollte. Zu den Beteiligten zählten VertreterInnen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (Magyar Tudományos Akadémia – MTA) sowie des Nationalen Komitees für technische Entwicklung (Országos Műszaki Fejlesztési Bizottság – OMFB), welche beide dem Ministerrat bei Entscheidungen zu Forschungs- und Entwicklungsfragen beratend zur Seite standen. Auch Vargha erhielt trotz seiner kritischen Haltung einen Platz in der Kommission. Die daraus entstehenden Kontakte zu Behörden und ExpertInnen sollten ihm später bei den Protesten gegen GNV von Nutzen sein. Als Ungarn im Jahr 1983 die Verhandlungen mit Österreich zur Finanzierung des ungarischen Bauabschnittes aufnahm, wurde Vargha von der Wirtschaftstageszeitung *Heti Világgazdaság* – HVG [Weltwirtschaftswoche] angefragt, diese Entscheidung zu kommentieren.

„I knew most of the people even in the water management. When I started this project [the comment for HVG, Anm. der Verf.], I did an interview with a hydro engineer in the water management (...) and I tried to make [other] interviews (...) [with] the MTA members and experts who criticized the project. There was only one person who was ready to give his name, and that was Károly Perczel. (...) So I wrote the article and quoted him.“⁸⁷²

Infolgedessen wurde Vargha am 27. Januar 1984 zu einer Diskussionsrunde desdissidentischen RAKPART-Klubs⁸⁷³ eingeladen, um gemeinsam mit Zuständigen der verantwortlichen Wasserbehörde über GNV zu diskutieren. Vargha zufolge erhielten die Veranstalter in letzter Minute eine Absage seitens des eingeladenen Vertreters des Nationalen Büros für Wassermanagement. Es wäre jetzt nicht die Zeit, um über dieses Thema zu diskutieren, so die Behörde. Mihály Horváth, der damalige Kopf des RAKPART-Klubs habe die Veranstaltung, da sie schon beworben wurde, trotzdem durchziehen wollen, so Vargha.⁸⁷⁴

„They started to read out the [cancellation] letter. And I said, okay we cannot discuss [the topic of GNV], so we close the meeting, but if we are [already sitting] together, why not discuss our common problems, for example the Danube river. And there is an expert called János Vargha who is ready to speak about it. István Molnár and György Habel had also remarks and somebody suggested – I don't remember the name – that we have discussed enough, but we have to do something.“⁸⁷⁵

⁸⁷¹ Interview der Verfasserin mit János Vargha, Budapest 2017.

⁸⁷² Ebd.

⁸⁷³ Die Gruppe „Rakpart-Klub“ [Kai-Klub] hielt ihre Treffen im Gebäude der Patriotischen Volksfront (Hazafias Népfrent – HNF) in Budapest ab. Die Veranstaltung zu GNV hätte aber bei der Vereinigung Ungarischer AutorInnen stattfinden sollen.

⁸⁷⁴ Siehe zur Veranstaltungsabsage auch: *Fleischer*, *Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam*, 433.

⁸⁷⁵ Ebd.

Im Anschluss an die Statements, die laut Vargha von 50–70 Personen mitverfolgt wurden, wechselten ein paar von ihnen in die Privatwohnung des Ökonomen Ferenc Langmár, wo sie gemeinsam überlegten, welche Schritte sie gegen das Kraftwerkprojekt setzen könnten.⁸⁷⁶

„Afterwards, a few of the audience stayed behind, and they decided to initiate a movement, an educational and signature-collecting campaign to call attention to the dangers of the barrage. This moment can be considered the birth of the Danube movement (Sólyom, 1985; 1986).“⁸⁷⁷

Ohne legale Grundlage, aber mit der Absicht gegen die Staudammpläne aktiv zu werden und die Öffentlichkeit zu informieren, gründeten sie das Donau-Komitee. Westliche BeobachterInnen bezeichneten den Kreis als erste unabhängige Umweltprotest-Gruppe im damals kommunistischen Ostblock⁸⁷⁸, die sich zur „größte[n] osteuropäische[n] Bürgerinitiative“⁸⁷⁹ entwickeln sollte. *Der Spiegel* berichtete im Gründungsjahr: „Der grüne Appell ist ein Novum im Ostblock: Nie zuvor haben sich dort ähnlich viele Untertanen öffentlich und furchtlos gegen ein einzelnes Vorhaben ihrer Regierung gestellt.“⁸⁸⁰ Als zentrale AkteurInnen der ersten Stunde nennt Vargha⁸⁸¹ die Ingenieure György Hábel⁸⁸², István Molnár, János Tóth und den Architekten und Urbanisten Károly Perczel, dessen Tochter Anna beim Treffen in Langmárs Wohnung ebenso dabei war.⁸⁸³ In den folgenden Wochen und Monaten organisierte die Gruppe mehrere öffentliche Debatten.

„The first and biggest one was at the Technical University, in the college in the 11th district. For the first time also hydrologic engineers and builders had to take part on this. Probably that was a higher decision. There were 3 or 4 persons including me from the side of environmentalists.“⁸⁸⁴

⁸⁷⁶ Interview der Verfasserin mit J. Vargha, Budapest 2017.

⁸⁷⁷ *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 433; Mit Verweis auf: László Sólyom, A társadalom részvétele a környezetvédelemben, *Medvetánc*, Nr. 4 (1985) 217–242. Anmerkung: Tamás Fleischers Artikel zu den Aktivitäten des Duna Kör und dessen Vorgeschichte bietet einerseits einen umfassenden Einblick in die damaligen Strategien, Konfliktlinien und Protestereignisse der Bewegung, weist aber an manchen Stellen auch auf die persönlichen Sympathien des Autors mit den Duna Kör-AkteurInnen hin ohne das Näheverhältnis und mögliche Voreingenommenheit zu thematisieren. Vgl. dazu u.a. „Thus by the middle of 1984, it was obvious to the water management that political support was not enough to defend the construction in open ‘democratic’ debates” (434).

⁸⁷⁸ Vgl. etwa die Begründung der Jury zur Verleihung des Right Livelihood Awards 1985: János Vargha / Duna Kör (1985, Hungary), online unter <www.rightlivelihood.org>, (11.01.2021).

⁸⁷⁹ *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 193.

⁸⁸⁰ *N.N.*, Kippen und Schwellen, *Der Spiegel*, Nr. 51 (1984) 122.

⁸⁸¹ Auch András Szekfű erwähnte im Interview mit der Verfasserin Molnár und Hábel als wichtige Unterstützer des Duna Kör.

⁸⁸² Gy. Hábel wird in ÁBTL-Berichten als Übersetzer westlicher Artikel zum Duna Kör genannt. Vgl. ÁBTL 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14

⁸⁸³ J. Vargha wies im Gespräch mit der Verfasserin darauf hin, dass keine Namen von lebenden MitstreiterInnen nennen wolle, um Persönlichkeitsrechte zu schützen. „There are other people who still live and I am not talking about them. You have to know that we were under the control of the secret police. There were participants of the movement who were reporting to the Secret Police, but I don’t reveal who they were. Some of them admitted it openly. Some denied it afterwards.” Interview der Verfasserin mit J. Vargha, Budapest 2017. Ähnliche Bedenken konnte die Verfasserin bei anderen Interviews mit ungarischen ZeitzeugInnen erleben.

⁸⁸⁴ Interview der Verfasserin mit J. Vargha, Budapest 2017.

Eine Diskussionsrunde fand auch an der Technischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Universität (Budapesti Műszaki és Gazdaságtudományi Egyetem – BME) statt, allerdings nur unter der Auflage die Veranstaltung nicht visuell aufzuzeichnen.

„The rector of the university prohibited to video record the debate. This was the first event Ádám Csillág came with an operator and a tape recorder. So they were not allowed to turn on the camera, but they recorded the sound. This was when Ádám Csillág was first involved in the matters. Anna Perczel invited him. He was a member of an initiative of young film-makers, Balázs Béla Filmmakers who had a small amount of money to follow the story. The *Dunasaurus* was the title of my first published article in the weekly. The title of my article was ‚Vizlepcső vagy Dunasaurus‘?“⁸⁸⁵

Zu jener Zeit standen hinter der Kritik der KraftwerksgegnerInnen klar ökologische Beweggründe. Neben den zu erwartenden Umweltschäden für Flora und Fauna im Zuge des Baus, welcher sich über nahezu 200 Kilometer erstrecken würde, befürchteten die UmweltschützerInnen durch den Bau des betonierten Seitenkanals enorme Verschiebungen des Grundwasserspiegels. Die Umleitung des Flusswassers würde die unterirdischen Trinkwasserreserven der ungarischen Hauptstadt gefährden. Im ursprünglichen Flussbett der Donau würde der Wasserentzug zur Austrocknung des Gebietes führen, so das Szenario der KritikerInnen.

„Der alte Donaulauf, der mit seinen zahlreichen Inseln, Nebenarmen, Feuchtwiesen, verlandeten Flächen, Uferabbrüchen und Waldsukzessionen wie ein natürliches Sieb wirkt, würde ihrer Ansicht nach zu einem stinkenden Rinnsal verkommen, während das Anstauen und plötzliche Ablassen der Wassermassen gezeitenähnliche Zustände hervorrufen würde. Das Staustufensystem zerstöre nicht nur wertvolle Ackerflächen, sondern auch rund 10 000 Hektar Auwald. Das Stauwerk bei Nagymaros wäre auch wirtschaftlich unrentabel und zerschneide eine der schönsten und historisch wertvollsten Landschaften Ungarns.“⁸⁸⁶

Neben der Organisation von Diskussionsveranstaltungen zählten auch Petitionen zu einem zentralen Mittel der Protestgruppe. Judit Vásárhelyi, ebenfalls eine zentrale Akteurin in den ersten Jahren der Bewegung⁸⁸⁷, erinnert sich später an die Gründung des Donaukomitees wie folgt:

„It was a spontaneous, professionally heterogeneous group feeling more and more responsibility for the complicated set of issues involved. The rationale behind the petition became increasingly known, and satisfied the huge demand for information. Now, professional debates gained wider publicity: articles, lectures, and panel fora followed each other, and new underground channels were used to make the public understand the irreversibility of certain processes.“⁸⁸⁸

⁸⁸⁵ Ebd.

⁸⁸⁶ *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 187.

⁸⁸⁷ Judit Vásárhelyi war eine Mitbegründerin des Duna Kör, engagierte sich jedoch ab 1986 zunehmend in dem 1984 gegründeten gemeinsamen Komitee der Soros Stiftung und der MTA. Später begründete sie das US-finanzierte „Unabhängige Ökologische Büro“ in Budapest und blieb auch nach 1989/90 im Umweltschutz tätig. *Soros évkönyv 1988*, online unter

<[http://www.kka.hu/_Kozossegi_Adattar/Azadatt.nsf/99b0698cd023d1018525670c0080e328/d0c87c335e3a052dc12571aa00414568/\\$FILE/Soros_évkönyv_1988.pdf](http://www.kka.hu/_Kozossegi_Adattar/Azadatt.nsf/99b0698cd023d1018525670c0080e328/d0c87c335e3a052dc12571aa00414568/$FILE/Soros_évkönyv_1988.pdf)>; Vgl. ebenso: *Feffer*, *Toward Local Resilience*.

⁸⁸⁸ Judit Vásárhelyi, *The Anatomy of the Slovak-Hungarian Underground Protection of the Danube in the Eighties*, In: *Transboundary Symbiosis over the Danube: EU integration between Slovakia and Hungary from a local border perspective*, Osamu Ieda (Hg.), 27. Aufl. (Sapporo 2014) 129f.

Die Gruppe wählte ihr Protestrepertoire mit Bedacht. Den AnhängerInnen war bewusst, dass die Staatspolizei ihre Aktivitäten beobachteten. Auch Infiltrationen durch AgentInnen wurden nicht ausgeschlossen.

„The SCD initiated a collection of subscriptions under a letter to the Presidential Council of HU to suspend construction first of all in order to protect the clear potable water reservoir for and under the two countries. Collection of signatures for the petition became popular. To sign the petition needed less and less courage. The SCD also intended to establish a civic organization protecting the landscape of the Danube but no application among several received permission, or even an answer. Along with this obstruction by the authorities, meetings of the SCD and others were closely observed by the secret police.”⁸⁸⁹

Die Akten aus dem Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste (Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára Budapest – ÁBTL) wie auch die Reports des US-Nachrichtendienstes (CIA) zeigen, dass sie mit dieser Einschätzung Recht behielten. Ein CIA Report von 1986 berichtete über Proteste gegen GNV:

„There also exists a loose collection of environmentalists who oppose the construction of a hydroelectric power plant on the Danube and the Gabčíkovo-Nagymaros Dam, as well as social activists who have set up an organization to protect the interests of the poor.”⁸⁹⁰

Vasarhelyis Erinnerungen an Protestaktivitäten in der Tschechoslowakei zeigen zudem auf, wie lose die AktivistInnenkontakte zwischen den beiden an GNV beteiligten Ländern damals waren.

„Research should be conducted to know more about the early elements of this protest movement for the Danube in both contemporary Czechoslovakia and Hungary. As far as we remember, Slovak scientists wrote brave articles in periodicals and in not widely read quarterlies against the development project earlier than anything published on the issue in Hungary. In the Czechoslovakia’s Charta 77 in 1977, the state authorities were approached to re-examine the project.”⁸⁹¹

Es bleibt zu vermuten, dass die Einschätzung ungarischer AktivistInnen zum Protestpotential im Nachbarland geringer ausfiel als beim westlichen Partner Österreich.

7.2 Massemobilisierung und Systemkritik

Die Debatten des Donau-Komitees nahmen im April 1984 ein vorzeitiges Ende. Ein staatliches Informationsverbot zum Staustufensystem hinderte die Gruppe bis zum August 1985 daran, weitere Einladungen von diversen Studierendenklubs an den Budapester Universitäten und Instituten anzunehmen.⁸⁹² Tamás Fleischer zufolge – selbst ein Zeitzeuge und Sympathisant der Bewegung – wollte die Gruppe ursprünglich den Bau mit legalen Mitteln und Petitionen

⁸⁸⁹ Ebd.

⁸⁹⁰ Director of Central Intelligence, Hungary: The Waning of the Kadar Era, National Intelligence Estimate, CIA-RDP90T00155R000900120002-0, 1986 13. Anmerkung: Gemeint ist neben den UmweltaktivistInnen die soziale Initiative SZETA, die vor allem unter Federführung von Ottilia Solt um die Bedürfnisse noch Armen kümmerte.

⁸⁹¹ *Vásárhelyi*, The Anatomy of the Slovak-Hungarian Underground Protection of the Danube in the Eighties, 129.

⁸⁹² Vgl. *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 188.

verhindern. Die AktivistInnen versuchten, das Komitee durch die Gründung eines Vereins zu legalisieren.

„These tactics forced the authorities to decide that they could not pretend to be well-meaning and misled anymore. It is true, too, that for other reasons as well they were inclined to a tougher stance. Successfully surviving the beginning of the 1980s (avoiding the balance of payments crisis that threatened) made the holders of power conceited, and in preparation for their new party congress those who felt they had given too wide a sway to more liberal economic policies gained the upper hand. It was time to tighten the reins. But the mid-1980s cannot be compared with the situation 10 years earlier: just as Gorbachev’s Soviet Union did not have the same harsh authority as Brezhnev’s, the intended hard line turned out to be softer than planned.“⁸⁹³

In dem damaligen Präsidenten des Landesamtes für Umwelt- und Naturschutz (Országos Környezet- és Természetvédelmi Hivatal – OKTH), György Gonda, fanden die KraftwerksgegnerInnen eine Ansprechperson, welche den Kraftwerksplänen ebenso kritisch gegenüberstand. Trotz mehrfacher Gespräche und Versuche mit dem OKTH und dem damaligen Generalsekretär der Patriotischen Volksfront (Hazafias Népfront – HNF), Imre Pozsgay, scheiterte das Vorhaben, eine Erlaubnis zur Gründung eines Vereins „zum Schutz der Donaulandschaft“ (Országos Duna-tájvédelmi Egyesület) zu erreichen.⁸⁹⁴ Spätestens mit der Pensionierung Gondas und der darauffolgenden Umstrukturierung des OKTH war die Vereinsgründung zu einem unerreichbaren Ziel geworden. Die Initiative verzichtete daraufhin auf weitere Versuche der Legalisierung und gründete die Gruppe *Független Duna Kör* [Unabhängiger Donau-Kreis], oft auch nur *Duna Kör* genannt.⁸⁹⁵

Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich aus vereinzelt StaudammgegnerInnen eine Single-Issue-Bewegung, die wenige Jahre später zum Kristallisationspunkt für oppositionelle DenkerInnen fungierte und Massen auf die Straßen Budapests brachte.⁸⁹⁶ Eine 1984 initiierte Unterschriftenaktion zählte zu den ersten größeren Mobilisierungsformen jener Jahre. Den AktivistInnen war es gelungen, bis zum November 1984 etwa 10.000 UngarInnen zu überzeugen, sich offen gegen das Staustufenprojekt auszusprechen.⁸⁹⁷ Inhalt der Petition war ein Brief an die ungarische Nationalversammlung und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik. Hubertus Knabe übertrug den Wortlaut des Briefes ins Deutsche:

„Das Staustufensystem würde die Trinkwasserversorgung des Landes, die Land- und Forstwirtschaft und das Siedlungsnetz schwer schädigen. Es würde nicht wiedergutzumachende Schäden an der

⁸⁹³ *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 434.

⁸⁹⁴ Vgl. auch: Szilágyi *Sándor*, A környezetvédelem: Politika. Interjú Szekeres László fotográfussal, a szeptember 12-i tüntetés egyik szervezőjével, Beszélő 1, Nr. 26 (1988), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-kornyezetvedelem-politika>>.

⁸⁹⁵ Interview der Verfasserin mit J. Vargha, Budapest 2017.

⁸⁹⁶ Vgl. Aron *Buzogány*, Representation and Participation in Movements. Strategies of Environmental Civil Society Organizations in Hungary, *Südosteuropa* 63, Nr. 3 (2015) 499.

⁸⁹⁷ Hierbei handelt es sich um eine Schätzung des Autors. Knabe zufolge seien Unterschriftenlisten bei einer „feuerpolizeilichen Kontrolle ‚verschwunden‘“, andere beschlagnahmt und wieder andere zu spät abgegeben worden. Insgesamt wurden 6068 Unterschriften im November 1984 eingereicht. Vgl. *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 189.

landwirtschaftlichen und natürlichen Umwelt des Csallóköz, des Szigetköz und des Donauknies verursachen. Durch die Produktion von Elektroenergie und die Verbesserung des Schifffahrtsweges in der geplanten Weise würden die Schäden die greifbaren Vorteile aus der Aufstauung und Umlenkung der Donau in einen Seitenkanal unangemessen übersteigen. Aus dieser Überlegung heraus halten wir für lebenswichtig

1. den Stop des Baus des Staustufensystems, auch zum Preis der Aufkündigung des zwischenstaatlichen Vertrages;

2. Die Ausarbeitung von Plänen zur Regelung des gemeinsamen Donauabschnittes, die die ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rolle des Stroms beachten, vor allem die Trinkwasserversorgung der Bewohner der beiden Länder.

Es ist unsere Überzeugung, daß nur dieses den gemeinsamen Interessen der an der Donau leben [sic!] Völker dient.

(Nachtrag: Bringen Sie die Vorstellungen zur Entwicklung der Donau an die Öffentlichkeit und lassen Sie sie zur Diskussion zu!)⁸⁹⁸

Zu den ErstunterzeichnerInnen der Petition zählten vor allem WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen, KünstlerInnen und Fachleute.⁸⁹⁹ Ihre darin geäußerte Kritik zielte vor allem auf die Verhältnismäßigkeit der zu erwartenden Vorteile des Kraftwerks gegenüber den befürchteten Umweltschäden ab.⁹⁰⁰

Die AktivistInnen forderten von den politischen EntscheidungsträgerInnen nicht nur den Baustopp, sondern ebenso eine öffentliche Diskussion, folglich die vollständige Informationstransparenz zu den Kraftwerksplänen. Anstatt die Folgen der Pläne lediglich aus Sicht der UngarInnen darzustellen, bezog sich der als „lebenswichtig“ deklarierte Appell auf die BewohnerInnen beider sozialistischen Länder und rief die gemeinsame Betroffenheit der Donau-Völker in Erinnerung. Ab August 1984 produzierte die Gruppe erste Informationsbroschüren zum Thema im Selbstverlag, darunter auch ein Aufruf an die österreichische Öffentlichkeit. Später wurden daraus die Nachrichten des Donau-Kreises (A Duna Kör hírei), die bis Mitte 1986 in vier Ausgaben publiziert wurden.⁹⁰¹ Unter den LeserInnen und UnterstützerInnen dieser ökologischen Untergrundpresse waren auch bekannte UngarInnen aus der Kunst- und Sportszene, beispielsweise der ehemalige Fünfkämpfer András Balczó, der Fernseh-Moderator Mihály Ráday, die Roma-Sängerin Laura Faragó ebenso wie die Schauspieler Imre Sinkovits und Ferenc Bessenyei.⁹⁰² „Das Netz der heimlichen

⁸⁹⁸ Ebd., 188f. Zitiert aus: An die Nationalversammlung und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik!, *Vízzel*, Nr. 2. Oktober (1986).

⁸⁹⁹ Vgl. *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen, 187.

⁹⁰⁰ „Das Neue am Duna Kör war, dass wir Umweltschützer waren“, erzählt der Aktivist András Szekfü Jahrzehnte später. Während es auch davor parteikonforme Naturschutz-Initiativen gab, seien die Duna Kör-Aktivitäten aufgrund ihrer politischen Dimension von der Staatsmacht, aber auch von anderen NaturschützerInnen, als gefährlich eingeschätzt worden, so Szekfü. Vgl. Interview mit A. Szekfü (c), am 23.04.2021, Online, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹⁰¹ Vgl. etwa: Open Society Archive Budapest, OSA-HU-357-1-4 Box2, A Duna Kör hírei 4 (1986).

⁹⁰² Vgl. *N.N.*, Kippen und Schwellen.

Sympathisanten reichte angeblich bis hinauf zum stellvertretenden Premierminister József Marjai und zum Nationalbank-Vizepräsidenten János Fekete,“ berichtete die deutsche Wochenzeitung *Der Spiegel* im Jahr 1984.⁹⁰³

7.3 Mitgliederstruktur des Duna Kör

Eine detaillierte Mitgliederliste des Duna Kör aus dem Jahr 1989, die der Verfasserin unter der Bedingung der ausschließlich anonymisierten Nutzung aus dem Privatarchiv von András Szekfü übermittelt wurde, verzeichnet nicht nur die Namen von 151 Personen, sondern gibt auch Angaben zu Geschlecht, Beruf, Wohnort und der Funktion in der Bewegung. Eine grobe Kategorisierung in Berufsgruppen zeigt auf, dass ein bedeutender Teil der Mitglieder aus den Bereichen Bildung, Medien, Wissenschaft und Forschung kam. Auch die Bereiche Wirtschaft und Technik stellten einen bedeutenden Hintergrund der Duna-Kör-AktivistInnen dar. Während die Führungsspitze der Gruppe einen klar akademischen Hintergrund aufwies, zeigt der Blick auf die Mitgliederliste eine stark heterogene Struktur auf. Eigenen Angaben zufolge bestand im November 1988 der Vorstand des Duna Kör neben Vargha und Szekfü auch aus dem Biologen Béla Borsos und dem Ingenieur László Vit.⁹⁰⁴

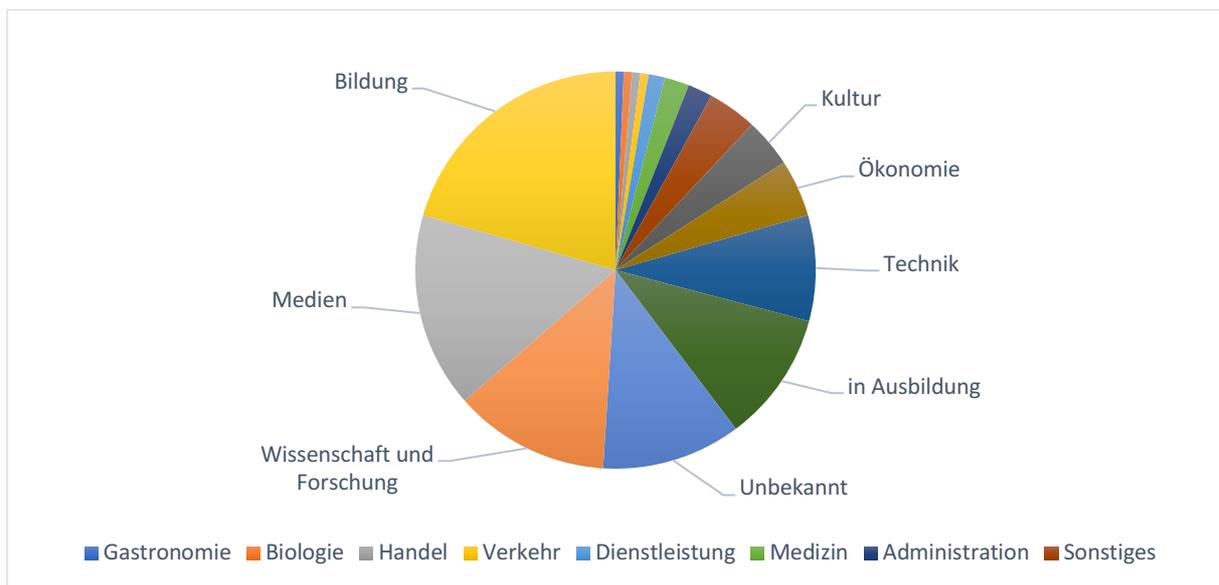


Abbildung 8 Duna-Kör-Mitglieder 1989 nach Berufsgruppen⁹⁰⁵

⁹⁰³ Ebd., 122.

⁹⁰⁴ Vgl. OSA-HU-205-4-140 Box 37, Zs. Sz., MUK - mondja a Dunakör, Magyar Hírlap, 11.02.1991. „Egyesületek ,D‘ Duna Kör 1987-1991”.

⁹⁰⁵ Mitgliederliste des Duna Kör, 1989, Privatarchiv A. Szekfü, als anonymisierte Kopie vorhanden.

Eine Aufstellung der Wohnorte zeigt darüber hinaus die starke urbane Konzentration der Gruppe auf. Von 151 Personen gaben 137 Personen die Komitate Pest und Budapest an. Auffällig dabei ist die starke Vertretung von Personen aus Pilisborosjenő⁹⁰⁶, jener Gemeinde, in der auch die Familie Vargha lebte, sowie eine generelle Häufung von Personen, die in Komitaten entlang der mittleren Donau und der Theiß wohnten, was eine stärker empfundene Betroffenheit von Staudammprojekten vermuten lässt. Der Blick auf die damalige Geschlechterverteilung zeigt darüber hinaus ein annäherndes Gleichgewicht von Frauen und Männern in der Mitgliederstruktur auf. Waren die Frauen an der Führungsspitze der Bewegung kaum vertreten, bildeten sie eine nominell starke Basis der Gruppe. In der Realität waren es laut András Szekfü vorwiegend Männer, die er als „sehr aktive Mitglieder“ bezeichnen würde.



Abbildung 9 Demonstration am Donauknäuel bei Nagymaros, 1989 (fortepan.hu)

Janos Vargha als inoffizieller Anführer der Bewegung war zweifelsohne das Gesicht des Protests. Da es Judit Vasárhelyi nicht möglich war, zur Übernahme der *Right Livelihood Awards* nach Stockholm zu reisen, manifestierte sich das internationale Image des Duna Kör in Varghas Person. Nur selten schafften es Aktivistinnen in die Schlagzeilen internationaler Medien. Unter den AutorInnen bilingualer Publikationen und Artikeln zu GNV dominierten männliche Aktivisten und Experten. Nur ein Artikel der österreichischen Tageszeitung *Kurier* vom September 1988 weist auf eine aktive Mobilisierung von Frauen innerhalb der Bewegung hin: So berichtete die Tageszeitung davon, dass kürzlich hunderte Frauen „auf dem Baugelände des geplanten Donaukraftwerkes Nagymaros für die Einstellung der Arbeiten“ demonstrierten.⁹⁰⁷ Auch die geführten Interviews der Verfasserin boten wenig Hinweise auf

⁹⁰⁶ Eine Erklärung für die Popularität des Duna Kör in der Gemeinde Pilisborosjenő ist die dort ansässige regimekritische Gruppe „Orfeo“, die von dem Künstler Tamás Fodor gegründet wurde. Die Kommune bezog dort ein Haus, das viele BesucherInnen, darunter viele Intellektuelle und KünstlerInnen, anzog.

⁹⁰⁷ N. N., Umweltprotest in Ungarn und Litauen, *Kurier*, 19.09.1988.

Aktivistinnen. Neben Vásárhelyi wurde auch Anna Perczel von mehreren österreichischen AktivistInnen genannt. Letztere habe sich u.a. mit grafischen Tätigkeiten für die Kampagnen des Duna Kör eingesetzt.⁹⁰⁸ Im Zuge der Gründung der Ungarischen Grünen Partei (MZP)⁹⁰⁹ agierten András Szekfü zufolge Gábor Hraskó, Adrienn Hajóssy sowie Szekfü's damalige Lebensgefährtin Zsuzsa Béres als zentrale Figuren. Ein erstes Treffen, bei der die Notwendigkeit einer Parteigründung diskutiert wurde, fand am 20. September 1988 in Béres' Wohnung in Budapest statt.⁹¹⁰ Da Béres mehrere Jahre in den USA lebte, waren insbesondere ihre Sprachkenntnisse für die Bewegung von großer Hilfe. Sie war zudem in der lokalen Frauenbewegung in der Bekämpfung von Gewalt in der Familie aktiv, so Szekfü.⁹¹¹ Auch Erzsébet Schmuck, die den Ko-Vorsitz der neuen Partei übernahm, muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Schmuck war zuvor in der Umweltvereinigung des kommunistischen Jugendverbandes KISZ aktiv.⁹¹²



Abbildung 10 Duna-Kör-Mitglieder 1989 nach eigenen Angaben des Geschlechts⁹¹³

⁹⁰⁸ Telefonisches Vorgespräch der Verfasserin mit Franz Meister (a), 12.01.2018. Sprache Deutsch, keine Tonaufzeichnung vorhanden.

⁹⁰⁹ A. Szekfü zur Parteigründung: "We tried to unite all the environmentalists, the urban environmentalists, the women and peace movement and the minority rights movements." Die Partei verpasste jedoch 1990 mit ihren 0,4 Prozentpunkten den Einzug ins Parlament. Als Gründe für die „schmerzliche Niederlage“ nennt Szekfü die kurze Vorbereitungszeit und die mangelnde Infrastruktur in Komitaten. (Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2018).

⁹¹⁰ Bei diesem Treffen wurde jedoch beschlossen, dass eine eigene Grünpartei nicht notwendig sei. A. Szekfü zufolge herrschte unter den Anwesenden eine große Ablehnung gegenüber Parteien im Allgemeinen. Erst ein Jahr später, im Spätsommer/Herbst 1989 gab es erste konkrete Vorbereitungsgespräche zur Parteigründung, welche im Dezember 1989 erfolgt.

⁹¹¹ Interview der Verfasserin mit András Szekfü (b), Budapest 2018.

⁹¹² Vgl. dazu: László Vit, A senki zöldjén...., Beszélő 5, Nr. 38 (1994), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-senki-zoldjen...>>; Sowie: Simon B. Krisztián, Zöldpártok Magyarországon - Örök ígéreték, Magyar Narancs, 2009, online unter <https://magyarnarancs.hu/belpol/zoldpartok_magyarorszagon_-_orok_igeretek-71449>. Anmerkung: Schmuck gründete 1993 gemeinsam mit György Droppa, ebenfalls ein Duna-Kör-Aktivist und Mitglied der MZP, die Grüne Alternative. Als Abgeordnete der späteren LMP-Partei ist Schmuck bis heute politisch aktiv.

⁹¹³ Mitgliederliste des Duna Kör, 1989, Privatarchiv A. Szekfü, als anonymisierte Kopie vorhanden.

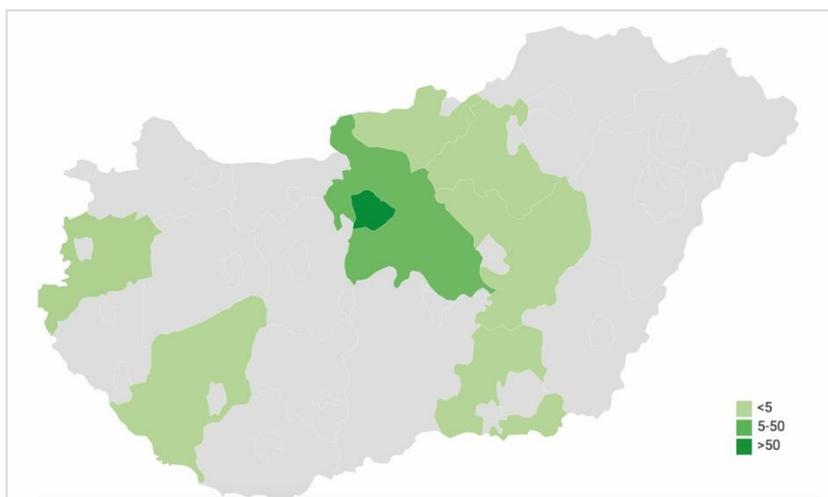


Abbildung 11 Duna-Kör Mitglieder 1989 nach Wohnort (Község)⁹¹⁴

Eine offizielle Registrierung des Duna Kör als Verein wurde erst im Februar 1989 möglich. Am 22. April 1989 fand die erste legale Generalversammlung des neuen Vereins statt. Im Anschluss versuchten die AktivistInnen auch über Anträge Unterstützungsgelder aus dem Westen zu erhalten.⁹¹⁵ Der Duna Kör bildete im Rückblick zwar das international bekannteste Sammelbecken von KraftwerksgegnerInnen, die Donaubewegung ging jedoch weit über diese Gruppe hinaus. So gründeten sich Mitte der 1980er Jahre zahlreiche kleinere Gruppen und Zirkel, die sich in ihrer Radikalität und ihrem Aktionsrepertoire unterschieden. Aus heutiger Perspektive ist es mangels eindeutiger Quellen schwer nachvollziehbar, welche InitiatorInnen hinter den Aktivitäten standen. 1986 trat die Gruppe *Kékek* [die Blauen] in Erscheinung als sie dem ungarischen Parlament eine Petition überreichten und eine Diskussion zu GNV forderten. Die „Freunde der Donau“ wiederum forderten die Einstellung des Baus in Nagymaros.⁹¹⁶ Zuletzt hatte der Duna Kör im Jahr 1988 versucht, eine Registrierung als legale Vereinigung zu erreichen. Auch andere Gruppen, darunter auch die „National Danube Protection Area“⁹¹⁷ unternahmen ähnliche Schritte, die jedoch allesamt an den Behörden scheiterten.⁹¹⁸ Neben dem Ziel, möglichst viele Informationen über die geheim verhandelten Projektpläne und die ökologischen Folgen des Staudammprojektes an die Öffentlichkeit zu bringen, verband die

⁹¹⁴ Ebd.

⁹¹⁵ Vgl. Interview der Verfasserin mit András Szekfü (b), 27.10.2018, Budapest. Sprache: Englisch und Deutsch, Tonaufnahme mittelmäßig. Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹¹⁶ Vgl. *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 181; *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 16.

⁹¹⁷ Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 22.

⁹¹⁸ Vgl. *Szilágyi*, A környezetvédelem: Politika. Interjú Szekeres László fotografikussal, a szeptember 12-i tüntetés egyik szervezőjével, 89.

AnhängerInnen der Bewegung die Frustration mit der kommunistischen Führungsweise und der Drang nach Meinungsfreiheit und demokratischer Partizipation.

„It was this issue that brought oppositional ideas and strategies together with citizens' involvement for the first time on a scale that demanded political reaction from the Party leadership.“⁹¹⁹

So schaffte es die Bewegung in den ersten Jahren, mit dem Thema Umweltschutz ebenso politische Oppositionelle, DemokratiebefürworterInnen sowie einen Teil der reformkommunistischen Elite anzusprechen. Laut Medienberichten gehörten auch der Stellvertretende Ministerpräsident Péter Medgyessy, der Staatsminister Imre Pozsgay und das Politbüro-Mitglied Rezső Nyers zu den KraftwerksgegnerInnen.⁹²⁰ András Székfü zufolge konnten jedoch nur Reformkommunisten der unteren Ebene zu den Sympathisanten der Bewegung gezählt werden, darunter etwa Gyula Bubla.⁹²¹ Mit dem Rücktritt Kádárs im Mai 1988 erhielten die Reformkräfte in der Partei schließlich die Oberhand. Bis zum Baustopp in Nagymaros sollten jedoch noch monatelange Auseinandersetzungen folgen.

⁹¹⁹ Kerényi, Szabó, *Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary*, 806.

⁹²⁰ Vgl. Walter Oswald, *Mit Macht gegen den Strom*, *Die Zeit*, 16.09.1988 (ohne Seite).

⁹²¹ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Székfü (c), Online 2021.

8 Transnationalisierung der Proteste

Nachdem die zentralen Entwicklungsschritte der Donaubewegung in Ungarn nachgezeichnet wurden, stehen nun die Prozesse der Transnationalisierung und Grenzüberschreitung im Fokus. Innerhalb weniger Jahre gelang es den GegnerInnen des Kraftwerksprojektes GNV, ein grenzübergreifendes Netzwerk zu bilden, das zahlreiche ausländische Nichtregierungsorganisationen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen miteinschloss. Die bereits vorgestellte Gruppe Duna Kör bildete dabei die zentrale Anlaufstelle für SympathisantInnen aus anderen Ländern. In einem ersten Schritt legt dieses Kapitel dar, anhand welcher Ereignisse, Strategien und anhand welchen Protestrepertoires die Transnationalisierung erfolgte – angefangen von der ersten Kontaktaufnahme einzelner AktivistInnen im Jahr 1984 über zahlreiche Protestereignisse, zu denen ab 1988 auch Massenproteste zählten, bis hin zum Baustopp in Nagymaros und zur Verlagerung der Proteste nach Gabčíkovo.

Die Donaubewegung jener Jahre lässt sich jedoch nicht auf den Duna Kör allein reduzieren. Vielmehr ist sie als ein fluides und dynamisches Netzwerk zu verstehen, das über keine zentrale Dachorganisation verfügte, sondern dezentrale Strukturen aufwies. Aushandlungsprozesse unter den KraftwerksgegnerInnen über bestehende Hierarchien, Alleingänge einzelner Gruppen oder Individuen sowie brüchige Allianzen zeigen auf, dass sich hinter den vielseitigen Protestaktivitäten der Donaubewegung keine feinjustierte, langfristig geplante Gesamtstrategie verbarg, sondern die Erfolge und Misserfolge der Proteste sich vor allem auf das Geschick einzelner AkteurInnen und ihre Gelegenheitsstrukturen zurückführen lassen. Für das Verständnis von Transnationalisierungsprozessen ist es daher notwendig, im nächsten Schritt die daran aktiv beteiligten Personen und ihr Umfeld näher zu betrachten. Ihre persönlichen Kontakte, vor allem nach Österreich, sowie ihre Erfahrungen und Ansichten waren ausschlaggebend für die Netzwerkbildung und prägten das Bild der Donaubewegung in internationalen Medien. Ein kurzer Blick auf zentrale Deutungsrahmen und Symboliken lässt Brüche wie auch Kontinuitäten der Bewegung erkennen. In einem letzten Schritt zeigt dieses Kapitel schließlich auf, in welchen Etappen sich die Protestbewegung gegen GNV formieren konnte und ab wann beziehungsweise wodurch es zu einem sogenannten *scale shift*⁹²² – einem Wandel vom lokalen Umweltprotest zur grenzüberschreitenden Bewegung – überhaupt kommen konnte.

⁹²²„Scale shift is the coordination of collective action at a different level than where it began.“ Vgl. Sidney Tarrow, *The New Transnational Activism* (Cambridge 2005), 52.

8.1 Grenzübergreifende Aktionsformen und Protestverlauf

8.1.1 1984–1987: Erste Kontakte und Aktionen

Bei der Entstehung erster Kontakte zwischen österreichischen und ungarischen UmweltschützerInnen ist es wichtig zu betonen, dass bisherige Protesterfolge der österreichischen Umweltbewegung die Perzeption ungarischer KollegInnen wesentlich beeinflusst hatten.⁹²³ Als der Duna Kör im September 1984 österreichische UmweltschützerInnen aufrief, Österreich daran zu hindern, sich an der Staustufe Nagymaros zu beteiligen, baute diese Kontaktaufnahme bereits auf das Wissen um eine erstarkende Ökologiebewegung in Österreich (und darüber hinaus) auf. Kurz nach dem Aufruf aus Ungarn erfolgte die Zusage der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ), die UngarInnen in ihrem Anliegen zu unterstützen. Während Österreich im Herbst desselben Jahres den „Krieg in der Au“⁹²⁴ erlebte, veröffentlichte der Duna Kör im Dezember seine erste achtseitige Ausgabe der „Duna Kör hírei“ (Donaukreis-Nachrichten), in der sowohl die Kraftwerkspläne in Hainburg als auch GNV thematisiert wurden. Sie umfasste u.a. eine ins Ungarische übersetzte Meldung der Austria Presse Agentur (APA), in der Josef Buchner (VGÖ) von der „Macht der 8 Milliarden Schilling“ spricht, ohne die das Kraftwerksprojekt vermutlich nicht gebaut werden könne.⁹²⁵ Darüber hinaus richtete sich der Duna Kör in einem Statement an die tschechoslowakische Regierung und wies sie auf deren für die AktivistInnen ungläubwürdige Argumentation gegen die Staustufe bei Hainburg hin:

„Am 27. November 1984 protestierte das Außenministerium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in einer Erklärung gegen das Hainburger Wasserkraftwerk und argumentierte unter anderem, dass dies den tschechoslowakischen Abschnitt der Donau und die Umwelt des Mährischen Flusses nachteilig beeinflussen würde. Der sinkende Wasserstand würde die Trinkwasserversorgung in der Region gefährden und der Bau des Stausees würde das Hochwasserrisiko für die Stadt Bratislava erhöhen.

Der Donaukreis stimmt den ökologischen Bedenken der tschechoslowakischen Regierung zu, macht die tschechoslowakische Regierung jedoch auch darauf aufmerksam, dass das von ihm befürwortete Staudammsystem Bős-Nagymaros in der Tschechoslowakei und in Ungarn ähnliche, aber noch schwerwiegendere Umweltschäden verursachen und das Hochwasserrisiko in Budapest erhöhen würde.

Der Donaukreis erwartet von der tschechoslowakischen Regierung, dass sie diese Pläne im oben genannten Sinne überprüft und den Bau des Staudammsystems Bős-Nagymaros aufgibt, um Umweltschäden zu vermeiden.

Budapest, 1. Dezember 1984.

Der Donaukreis“⁹²⁶

⁹²³ Vgl. Kapitel 5.7.4 Aufbegehren in Hainburg: Lehrstück für den Donaauraum.

⁹²⁴ Vgl. Titelseite, „Krieg in der Au“, Profil, 22.12.1984, 1.

⁹²⁵ OSA-HU-205-4-140 Box 37, A Dunai hírei sz.1, 1984. APA-Meldung vom 20. September 1984, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (18.09.2020).

⁹²⁶ OSA-HU-205-4-140 Box 37, A Dunai hírei sz.1, 1984. Botschaft des Duna Kör, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (18.09.2020).

Die tschechoslowakische Regierung hatte zuvor auf diplomatischem Weg gegen den Bau des österreichischen Kraftwerkes protestiert und beharrte weiterhin auf die Umsetzung der Pläne bei Wolfsthal. Aufgrund des grenzüberschreitenden Ursprunges und Projektumfanges des GNV-Projektes richteten ungarische UmweltschützerInnen von Beginn an ihre Kritik auch an die Regierungen Österreichs und der Tschechoslowakei. GNV wurde dabei nicht als lokaler Einzelfall, sondern im Kontext anderer Donaukraftwerksprojekte wie Wolfsthal und Hainburg betrachtet. So betitelte Profil-Journalist Otmar Lahodynsky seinen Bericht vom November 1984 über die Beteiligung Österreichs und die Proteste gegen das Projekt mit „Hainburg in Ungarn“.⁹²⁷ „Hainburg-Gegner sollen nun verhindern, daß die heimischen Strombetonierer weitere donauabwärts ziehen.“⁹²⁸ Auch die Tageszeitung „Kurier“ berichtete über das Projekt mit Bezug auf Hainburg⁹²⁹:

„Während in Österreich durch die Aubesetzung und die von Bundeskanzler Fred Sinowatz verhängte Nachdenkpause der Bau von weiteren Donaukraftwerken in Frage gestellt wurde, errichtet die ČSSR in Zusammenarbeit mit Ungarn gleichzeitig drei Staustufen, deren Dimensionen alle bisherigen Donaukraftwerke weit übertreffen.“⁹³⁰

Am 20. Januar 1985 berichtete der Kurier von der Absicht österreichischer, ungarischer und bayerischer UmweltschützerInnen, „gewaltlosen Widerstand“ gegen die österreichische Beteiligung an GNV zu leisten.⁹³¹ Am 9. Oktober 1985 vergab ein internationales Komitee den „Right Livelihood Award“ an einen amerikanischen und einen kanadischen Forscher, die Lokayan Group of India und den ungarischen Duna Kör. Die Veröffentlichung der Nachricht wurde in Ungarn von der Agitations- und Propagandaabteilung der Partei verboten. Durch die Untergrundpresse, das Programm von Radio Free Europe sowie jene westlichen Rundfunkmedien, welche in Ungarn empfangen werden konnten, gelangte die Botschaft dennoch an die ungarische Öffentlichkeit. Im Dezember reiste János Vargha nach Stockholm, um als Vertreter des Duna Kör den Preis zu übernehmen.⁹³² Schon im Herbst davor hatte er einen Vortrag zu GNV an der Wiener Wirtschaftsuniversität gehalten. Er bat darin die ÖsterreicherInnen erneut um Hilfe: „Schließlich haben nicht nur die Regierungen das Recht, zusammenzuarbeiten, sondern auch die Völker.“⁹³³ Bereits bei diesen frühen Zusammentreffen mit österreichischen UmweltschützerInnen hätten sich Othmar Lahodynsky zufolge

⁹²⁷ Otmar *Lahodynsky*, Hainburg in Ungarn, Profil Nr. 47, 19.11.1984. 25.

⁹²⁸ Ebd.

⁹²⁹ Vgl. Franz *Eder*, Au-weh an der roten Donau, Kurier, (unvollständiges Datum) 1985, 5. Anmerkung: Im Artikel ist von drei Staustufen die Rede, da neben jener in Gabčíkovo und jener in Nagymaros auch das Donauwehr in Dunakiliti als dritte Staustufe zum Projekt GNV gehörte.

⁹³⁰ *Eder*, Au-weh an der roten Donau.

⁹³¹ N. N., Donaukraftwerk: Umweltschützer protestieren, Kurier, 20.01.1985 3.

⁹³² Vgl. János *Vargha*, Speech at the Right Livelihood Awards: 9. December 1985, Webseite der Right Livelihood Awards, online unter <<https://www.rightlivelihoodaward.org/speech/acceptance-speech-janos-vargha-duna-kr/>>, (18.09.2020).

⁹³³ *Lahodynsky*, Hainburg in Ungarn. Profil, Nr. 47, 19.11.1984, 25.

Unstimmigkeiten zwischen ÖsterreicherInnen und UngarInnen gezeigt. Denn während sich viele der AnhängerInnen der österreichischen Grünbewegung zugleich als überzeugte GegnerInnen der Atomenergie verstanden, sahen manche KraftwerksgegnerInnen aus Ungarn darin durchaus eine Alternative zur Wasserkraft. „Da können wir aber nicht mitdemonstrieren“, murrten Aktivisten des Hainburg-Volksbegehrens erbost im Hörsaal.“, heißt es in dem „Profil“-Bericht.⁹³⁴

Der Right Livelihood Award verstärkte die internationale Aufmerksamkeit für den Duna Kör und sorgte für Rückenwind der jungen Donaubewegung aus Österreich. Auf dem Rückweg von Stockholm machte Vargha in Wien Halt, um österreichische JournalistInnen auf die Parallelen des GNV-Projekts zu Hainburg hinzuweisen und warnte vor Eskalationen. „Es sei leicht vorstellbar, meinte Varga, daß es in Ungarn zu ähnlichen Entwicklungen kommen werde wie in Hainburg. ‚Und mich würde interessieren‘, so Varga, ‚ob Sinowatz dann auch Polizei und Gendarmerie zur Verfügung stellen wird.“⁹³⁵ Kurz darauf kam es am 18. Januar 1986 zur ersten gemeinsamen Aktion österreichischer und ungarischer UmweltschützerInnen in Budapest. Bei einem Pressegespräch im Restaurant *Zöldfa* in Budapest gaben deutsche, österreichische und ungarische AktivistInnen eine Erklärung über die Kraftwerkspläne und legten ihre Argumente dagegen vor.⁹³⁶ Die österreichische Kronenzeitung berichtete daraufhin über vermeintliche Proteste in Ungarn, an denen sich „60 Umweltschützer aus Österreich, Deutschland und Ungarn“ beteiligt haben sollten.

„Die heimische Abordnung von Umweltschützern mit Exponenten der ‚Bürgerinitiative Parlament‘ mit Günther Nening an der Spitze protestierte insbesondere gegen die Teilnahme Österreichs an dem Bau.“⁹³⁷

Im Zuge der Pressekonferenz wurde auch ein „Umweltspaziergang“ in Budapest angekündigt. Obwohl das für 8. Februar 1986 anberaumte Treffen auf behördlichem Druck kurzfristig abgesagt werden musste, versammelten sich mehrere Personen, darunter vor allem zahlreiche ÖsterreicherInnen, am Batthyánytér. Die Behörden lösten daraufhin die Menge gewaltsam auf. Auch österreichische StaatsbürgerInnen wurden Opfer der Polizeigewalt.⁹³⁸ Der Umweltschützer und Augenzeuge Petri Holtari berichtete daraufhin für die Wiener Stadtzeitung „Falter“ von den Ereignissen und kritisierte in seinem Artikel einerseits die österreichische Finanzierung und das dahinter vermutete Lobbying von Bau- und Energiewirtschaft, andererseits die ökologischen Folgen des Kraftwerksprojektes:

⁹³⁴ Ebd.

⁹³⁵ N.N., Hainburg-Ersatz, Falter (Kurzmeldungen), Nr. 1 (1985) 4.

⁹³⁶ Vgl. u.a.: *Vida*, A Duna Kör. A Duna Kör története a résztvevők emlékeiben, 26.

⁹³⁷ N.N., Donau-Kraftwerk: Proteste, Die Kronenzeitung, 20.01.1986, 10.

⁹³⁸ Interview der Verfasserin mit dem österreichischen Umweltschutz-Aktivisten Wolfgang Rehm 23.07.2018, Wien. Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

„Vor allem die Bauwirtschaft, die auf Grund ihrer Strukturierung und Rationalisierung keine arbeitsintensiven Althausanierungen ohne Verlust durchführen kann, jauchzt auf, da sie ihren maschinenbewaffneten, arbeitsplatzsparenden Betonierercrews endlich wieder einen Einsatzbefehl erteilen darf. (...) Das Hauptproblem ist zweifelsohne die Gefährdung des Trinkwassers dieses Industriegroßraumes an der Donau. Dieses Thema stand dann auch im Mittelpunkt der ökologischen Lehrfahrt, die Günther [sic!] Schobesberger, Mitglied der österreichischen Ökokommission, anlässlich des Umweltschützertreffens in Budapest organisiert hatte. Analoge Fälle gab es ja auch schon in Österreich, als zum Beispiel die Gemeinde Mautern/NÖ wegen der Stauhaltung ihr Trinkwasser verlor.“⁹³⁹



Abbildung 12 UmweltschützerInnen versammeln sich am Batthyany tér in Budapest (am anderen Donauufer ist die Silhouette des Parlaments zu erkennen).⁹⁴⁰

Die Kronenzeitung berichtete von „Polizei, Uniformierten und Geheimen“, die vor Ort gewesen wären. Während sich die „ungarischen Grünen“ schnell zurückzogen, hätten die Österreicher noch in Budapest gewartet, „bis der Journalist Franz Göss aus Polizeigewahrsam wieder frei war“.⁹⁴¹

„Wie aus den Umweltschützern nahestehenden Kreisen in Wien verlautete, löste die Polizei die Demonstration mit Gummiknüppeln auf, als sich die Umweltschützer, darunter rund 60 Österreicher, auf halbem Weg zwischen dem Batthyany-Platz in Buda und der Margaretheninsel befanden. Ein österreichischer Umweltschützer, Franz Göss [sic!], der die Demonstration filmen wollte, wurde kurzfristig festgenommen. Göss [sic!] wurde den gleichen Angaben zufolge nach kurzer Festnahme wieder freigelassen, nachdem er aufgefordert worden war, Ungarn binnen 24 Stunden zu verlassen und seine Filme von den ungarischen Behörden beschlagnahmt worden waren.“⁹⁴²

„Wir hatten niemals eine Protestdemonstration in Ungarn geplant“, wurde der österreichische Aktivist Günter Schobesberger kurz darauf zitiert. „Wir mischen uns nicht in ungarische

⁹³⁹ Petri *Holtari*, Donaumeer: Östereichische Großaufirmen rüsten, finanziert von einem österreichischen Bankenconsortium, zum Kraftwerksbau in Ungarn, Falter Nr. 1 (Wien 1986), 13.

⁹⁴⁰ Ebd. (Foto: Bolius).

⁹⁴¹ Kurt *Seinitz*, Budapest: So sprengte die Polizei „Umwelttreffen“ Österreich-Ungarn, Die Kronenzeitung, 10.02.1985, 3.

⁹⁴² OSA-HU-300-40-1 Box 276F137, B-Wire vom 8. Februar 1986, 20:51 Uhr “Hungarian Police break up environmental demonstration”.

Angelegenheiten ein, sondern protestieren gegen die österreichische Beteiligung an dem Projekt.⁹⁴³ Ein ähnliches Argument führte Schobesberger auch 30 Jahre später im Interview mit der Verfasserin an. Ohne die österreichische Beteiligung an GNV hätte er sich persönlich nicht so stark für das Projekt engagiert.⁹⁴⁴ Aus Interviews jener Anfangszeit des Protests geht jedoch auch hervor, wie stark sich Umweltschützer wie Günter Schobesberger mit dem Donauschutz unabhängig von nationalen Grenzen identifizierten. „Die Donau geht über alle Grenzen und i kann net einerseits bei mir 10 % Auwald retten wollen, wenn ich gleichzeitig zulasse, daß 100 Quadratkilometer in Ungarn und der Tschechei verloren gehen,“ so Schobesberger in einem „Falter“-Interview aus dem Jahr 1986.⁹⁴⁵

Nicht nur österreichische Medien berichteten von der gescheiterten Protestaktion in Budapest⁹⁴⁶, auch die Agentur Reuters berichtete, was zu weiteren Meldungen in deutschen Zeitungen führte.⁹⁴⁷ Auch das Europäische Parlament in Straßburg nahm zu den Ereignissen Stellung. Am 13. März 1986 verabschiedeten die Abgeordneten eine Entschließung, in der sie gegen die Polizeigewalt in Ungarn protestierten.⁹⁴⁸ Kurz darauf, am 22. und 23. März, fand eine erneute Busreise von Wien nach Ungarn statt.⁹⁴⁹ Ausflüge wie diese wurden als „ökologische Bildungsfahrt“ tituliert und von der ÖH unterstützt. In jenen Wochen schlossen sich auch viele prominente UngarInnen den Einwänden gegen GNV an. Die Umweltgruppe „Kékek“ (Die Blauen) schickte einen Brief an den österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz und forderte ihn auf, an dieser „bewußten Umweltverwüstung“ nicht mitzuwirken.⁹⁵⁰ Am 16. April 1986 lancierte eine Gruppe von 30 ungarischen Personen des öffentlichen Lebens einen Protestbrief

⁹⁴³ *Seinitz*, Budapest: So sprengte die Polizei „Umwelttreffen“ Österreich-Ungarn, 3.

⁹⁴⁴ Vgl. Interview der Verfasserin mit dem österreichischen Umweltschutz-Aktivisten Günter Schobesberger, 22.06.2018, Wien. Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹⁴⁵ Michael *Jäger*, Tödliche Umklammerung, *Falter*, Nr. 5 (1986) 8–9.

⁹⁴⁶ Vgl. u.a.: *Seinitz*, Budapest: So sprengte die Polizei „Umwelttreffen“ Österreich-Ungarn, 3; der *Kurier* veröffentlichte eine kurze Auslandsmeldung: N. N., Janos Vargha, *Kurier*, 08.02.1986; ausführlichere Berichterstattung in einem Special im Blattinneren inkl. Gastkommentar von B. Lötsch, Wolfgang *Broer*, „Grüne“ kämpfen auch im Kommunismus für die Donau, *Kurier*, 10.02.1985, 5.

⁹⁴⁷ Vgl. dazu u.a.: OSA-HU-300-40-1 Box 276F137. Bericht (ohne AutorIn) der Süddeutschen Zeitung vom 10. Februar 1986, Umweltschützer-Demonstration in Budapest aufgelöst, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4310?terms=Umweltschützer-Demonstration%3B>>, (18.01.2021).

⁹⁴⁸ Unterrichtung durch das Europäische Parlament. Entschließung zum Polizeiüberfall auf die friedliche Demonstration von Umweltschützern von „Duna Kör“ in Budapest, Drucksache 10/5278, 3. April 1986 (Berlin 1986), online unter <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/10/052/1005278.pdf>>, (18.09.2020).

⁹⁴⁹ Interview der Verfasserin mit Wolfgang Rehm (a), am 23.07.2018, Wien, Sprache: Deutsch, schriftliche Aufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹⁵⁰ HU-OSA-300-40-1 Box 276, Bericht „Die Presse“ vom 17. April 1986, Peter *Martos*, Ungarns Donauschützer kämpfen weiter „Presse“-Inserat erregt Aufsehen, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4314>>, (27.11.2020). Auch die ungarische Geheimpolizei verfolgte sämtliche Publikationsversuche der KraftwerksgegnerInnen im Westen. Vgl. dazu die Tagesreports zwischen Februar und Mai 1986, insbesondere ÁBTL 2.7.1.NOIJ - III/III-28/2/1986.II.22 (Report vom 21.05.1986).

in der österreichischen Tageszeitung „Die Presse“. ⁹⁵¹ Erstmals richteten StaatsbürgerInnen eines osteuropäischen Landes in einem westeuropäischen Massenmedium einen Appell an die österreichische Öffentlichkeit.

„Verhindern Sie, daß sich Österreich, wenn auch ungewollt, in die Diskussion zwischen Regierung und Gesellschaft Ungarns einmisch. Eine demokratische Gesellschaft – und wir sehen Österreich als solche an – darf sich nicht gestatten, die Demokratie-Mängel eines anderen Landes zum eigenen materiellen Vorteil zu nutzen.“⁹⁵²

Wie der Anzeige zu entnehmen ist, wurden die Kosten durch Spenden an das Österreichische Ökologie-Institut finanziert. Als Kontaktperson fungierte der in Wien lebende Geschichtestudent und spätere Historiker Tibor Fényi.⁹⁵³ Ungarn reagierte daraufhin mit einem Artikel in der Tageszeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit), in der den UnterzeichnerInnen, die als „Exhibitionisten“ bezeichnet wurden, „private Interessen und politische Ziele“ unterstellt wurden.⁹⁵⁴

⁹⁵¹ HU-OSA-300-40-1 Box 276, Bericht in „Die Welt“ vom 17. April 1986, Carl Gustaf Ströhm, Protest kommt per Inserat, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4314>>, (27.11.2020).

⁹⁵² Anzeige ungarischer AktivistInnen gegen GNV-Beteiligung Österreichs am 16. April 1986, 11, Die Presse (Privatarchiv W. Rehm).

⁹⁵³ Vgl. u.a. Interview der Verfasserin mit W. Rehm, Wien 2018.

⁹⁵⁴ HU-OSA-300-40-1 Box 276, Auszüge aus der englischen Übersetzung der ungarisch-sprachigen Anzeige in der Tageszeitung „Népszabadság“ vom 19. April 1986, 6.

Werte Leserinnen und Leser,

Wir wenden uns auf diese Weise an Sie, weil Sie demnächst eine entscheidende Rolle bei Finanzierung und Realisierung eines überflüssigen und schädlichen tschechoslowakisch-ungarischen Donau-Wasserkraftwerksprojekts spielen könnten.

Sie sollten wissen, daß das Projekt des Staufensystems Gabčíkovo-Nagymaros in Ungarn auf friedlichen, jedoch entschiedenen und deutlichen Widerstand stößt. Seit Jahrzehnten ist dies die bedeutendste staatsbürgerliche Willensäußerung im Lande. Zehntausend Gegner des Projekts haben in Petitionen eine offene Diskussion und eine Volksabstimmung gefordert; doch die Regierung läßt keinerlei Medienkritik an dem Vorhaben zu und gestattet auch keiner Organisation oder Versammlung, Gegenmeinungen – und sei es bloß durch einen „Schweigepaziergang“ – kundzutun.

Auch diese Anzeige könnte in Ungarn nicht erscheinen. Es liegt uns eben daran, daß Sie die Argumente der Protestierenden aus erster Hand erfahren. Wir verheimlichen nicht, daß wir tief enttäuscht wären, würde man die freundschaftlich gesinnte öffentliche Meinung des Nachbarlandes Österreich nicht in die Waagschale legen.

Das Projekt

- Die Donau soll auf einer Strecke von 200 Kilometern völlig umgestaltet werden.
- In der Ebene unterhalb von Preßburg (Bratislava) soll ein Staubecken mit 60 Quadratkilometern Fläche angelegt werden.
- Die Donau als Grenzfluß soll in einen 30 Kilometer langen und bis zu 1/2 Meter hohen ausbetonierten Seitenkanal auf tschechoslowakisches Gebiet ausgeleitet werden.
- Das Stauwasser soll durch das Spitzenkraftwerk Gabčíkovo zweimal täglich abgelassen werden.
- Um die vier Meter hohe Flutwelle zu bändigen, will man dem Fluß mit einem zweiten Kraftwerk zwischen Visehrad und Nagymaros – im romantisch-schönen Donaukie oberhalb von Budapest – an den Leib rücken.
- Es geht um ein jahrzehntelanges Konzept, das, der damals herrschenden Anschauung entsprechend, vor allem auf maximale Energiegewinnung abzielt. Dennoch wurde das Staufensystem die ungarische Energieproduktion nur um drei bis vier Prozent steigern, jedoch um den Preis einer gigantischen Investition, die bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage aus eigener Kraft gar nicht aufzubringen wäre.

Die Diskussion

Bis zur Nachricht über eine allfällige Beteiligung Österreichs ging es in der Auseinandersetzung in Ungarn bloß um ökologische Belange. Dabei haben auch die mit dem Umweltschutz betrauten offiziellen Körperschaften Kritik geäußert: so ein Sonderauschuß der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, das Landesamt für Umwelt- und Naturschutz, das Institut für Stadtplanung und der Verband Ungarischer Baukünstler.

Der Bericht der Akademie wies darauf hin, daß im gewaltigen Projekt die Erfordernisse der Umwelt, also auch die damit verbundenen Kosten, überhaupt nicht berücksichtigt worden seien: Die Bauten würden, falls planmäßig realisiert, irreparable Schäden an Fluß- und Grundwasser, Trinkwasserversorgung, Land- und Forstwirtschaft, Tier- und Pflanzenwelt wie auch an der einzigartigen Donaulandschaft verursachen.

Nur ein Beispiel aus der Verlustliste: Die Umleitung in das betonerte Kanalbett würde durch Absenken des Grundwasserspiegels das Trinkwasser für drei Millionen Anrainer gefährden.

Die von Fachleuten und Betroffenen gleichermaßen geäußerten Einwände haben nur bewirkt, daß die Regierung eine nachträgliche Studie über die Umweltauswirkungen in Auftrag gab. Diese nahm

das Originalprojekt in Schutz und schlug bloß zwei bis drei Prozent Zusatzinvestitionen zur Behebung der argsten Schäden vor. Trotzdem verweigerte die Akademie auch im Sommer 1985 in geschlossener Sitzung die Unterstützung des Projekts und bestand darauf, daß:

- bei Gabčíkovo kein Spitzenkraftwerk gebaut werde, das eine Flutwelle verursacht;
- auf die Errichtung des Kraftwerks Nagymaros verzichtet werde;
- die Donau mit der normalen Wasserführung im alten Flußbett belassen werde.

Folgen einer Teilnahme Österreichs

Das war bis in die jüngste Vergangenheit der Status quo. Der Protest beruhte auf wissenschaftlichen Argumenten; er wurde mit hartnäckigem Schweigen quittiert. Die Regierung hatte keine Argumente, aber glücklicherweise auch kein Geld, um sich in das verhängnisvolle Abenteuer zu stürzen.

Dann kam die Meldung über eine österreichische Hilfe in Form eines Vertrags zwischen der Verbundgesellschaft, der DOKW und staatlichen Unternehmen auf der einen sowie dem ungarischen Staat auf

der anderen Seite, jedoch mit Bürgschaft und Haftungsverpflichtungen der Bundesregierung in Wien. Diese Wendung schuf eine neue Lage und lenkte die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Seite des Vorhabens.

Österreich will von den Baukosten mehr als sieben Milliarden Schilling, von den Arbeiten 70 Prozent übernehmen. Im Tausch erhält es 20 Jahre hindurch den überwiegenden Teil der Ungarn zustehenden Stromproduktion.

All dies bedeutet praktisch, daß sich Österreich gleichsam ein Kraftwerk im Nachbarland schafft, nach Plänen, die von den Umweltschutz-Experten Ungarns als schädlich beurteilt werden. Für zwei Jahrzehnte sollen die Anlagen Strom für Österreich, unbeschadet lang aber Umweltschaden für die Tschechoslowakei und Ungarn bringen.

Für Österreich eine scheinbar günstige Bilanz: Die unausgelastete Baubranche erhält Arbeit, die Produktion des ungebaut bleibenden Kraftwerks Hainburg wird erzielt, und zwar mit „sauberer“ Energie. Auf der ungarischen Seite aber bleiben nur die verwüstete Donau und eine zugrundegerichtete Landwirtschaft, es verbleibt das Trinkwasser, und selbst von der spärlichen Energie, mit der für den ganzen Alpenraum gewonnen wurde, bleibt Ungarn auch nichts übrig. Es gibt nur wenige Ungarn, die darin nicht einen österreichischen Export von Umweltschadung sehen würden.

Diese Anzeige stammt von keiner Partei, sondern von tiefbesorgten Menschen aus verschiedenen Schichten der ungarischen Gesellschaft. Einmischung in österreichische Angelegenheiten liegt uns fern und wäre auch überflüssig, kommen doch bei Ihnen jeweils alle Seiten zu Wort. Doch wollen wir daran erinnern, daß die ungarische Öffentlichkeit in der Nicht-Verwirklichung des Hainburg-Projekts einen Sieg der Demokratie gesehen hat. Und wir bitten darum: Verhindern Sie, daß sich Österreich, wenn auch ungewollt, in die Diskussion zwischen Regierung und Gesellschaft Ungarns einmischt. Eine demokratische Gesellschaft – und wir sehen Österreich als solche an – darf sich nicht gestatten, die Demokratie-Mängel eines anderen Landes zum eigenen materiellen Vorteil zu nutzen.

Das Europa-Parlament hat kürzlich in einer Resolution die österreichische Bundesregierung aufgefordert, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen. Wir ersuchen Sie, die Staatsbürger: Finden Sie bitte die Möglichkeit, das Irreparable zu verhindern. Ungarn und die Donau werden Ihnen dankbar sein.

Iván Bába, Literaturforscher
András Balczó
Prof. Kálmán Benda, Historiker
István Bibó, Kunsthistoriker
Sándor Csóóri, Dichter, Herder-Preissträger
György Dalos, Schriftsteller
Prof. Dezso Dercsényi, Kunsthistoriker, Herder-Preissträger
Ferenc Donáth, Nationalökonom
Tamás Dózsa, Grafiker (Donau-Kreis)
Tibor Fényi, Historiker, Herder-Stipendiat
Miklós Haraszti, Schriftsteller
András Hegedüs, Soziologe, Ex-Ministerpräsident
Lőránd Hideg, Technik-Redakteur (Donau-Kreis)
Ferenc Karinthy, Schriftsteller
János Kenedi, Kritiker

János Kis, Philosoph
Zoltán Kocsis, Pianist
György Konrád, Schriftsteller, Herder-Preissträger
György Litván, Historiker
Fruzsina Magyar, Dramaturgin (Donau-Kreis)
Imre Mécs, Ingenieur/Initiator der Volksabstimmung
Miklós Mészöly, Schriftsteller
Gábor Pajkossy, Historiker (Donau-Kreis)
György Petri, Dichter
László Rajk, Architekt
Imre Sinkovits, Schauspieler
Gyözö Somogyi, Maler
János Vargha, Biologe, Journalist (Donau-Kreis)
Judit Vársárhelyi, Bibliothekarin (Donau-Kreis)
László Vit, Bau-Ingenieur (Donau-Kreis)

Finanziert aus Spenden an
Oko-Institut
1070 Wien
Neubaugasse 64-66

Spendenkonto: Österr. Donaufreunde 103-28509 beim Österr. Credit-Institut (Bankleitzahl 13.000).

Die Unterzeichner stimmen hiermit jedem Nachdruck dieses Aufrufs zu und danken schon im voraus dafür.

Abbildung 13 Anzeige ungarischer AktivistInnen gegen GNV-Beteiligung Österreichs am 16. April 1986, 11, Die Presse (Privatarchiv W. Rehm).

Am Tag darauf übergaben österreichische Abgeordnete eine Petition an den Nationalrat. Ungarische und österreichische UnterzeichnerInnen forderten darin die Überprüfung der Beteiligung Österreichs an GNV und lehnten die staatlichen Garantien für die Finanzierung ab.⁹⁵⁵ Die Dynamik des grenzübergreifenden Protests nahm laufend zu. Am 1. Mai 1986 forderten österreichische, slowakische und ungarische UmweltaktivistInnen in einer gemeinsamen Deklaration die Regierungen der drei Länder auf, das Kraftwerksprojekt nicht umzusetzen und dafür einen trilateralen Nationalpark im Dreiländereck zu gründen.⁹⁵⁶ Ihre Forderungen blieben jedoch ungehört. Am 25. Mai reiste der Stellvertretende Ministerpräsident Ungarns József Marjai mit einer Delegation nach Österreich, wo er u.a. das Wasserkraftwerk Melk besuchte. Im Zuge des Besuchs unterzeichneten Marjai und der österreichische Vizekanzler Norbert Steger am 28. Mai 1985 eine „Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Energiebereich“, in der sie die Kooperation wie folgt begründen:

„Österreich und Ungarn finden ähnliche energiewirtschaftliche Gegebenheiten vor. Die Situation der beiden Länder ist unter dem Gesichtspunkt der nur beschränkt verfügbaren eigenen Energiere Ressourcen und der Notwendigkeit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Energiebelangen vergleichbar.“⁹⁵⁷

Im Sommer erfolgte die dazu notwendige Änderung des Österreichischen Energieanleihegesetzes.⁹⁵⁸ Die rasche Umsetzung des Gesetzesentwurfs führte zu einem Aufschrei in Österreich. KritikerInnen wie Peter Weish verorteten einen demokratisch bedenklichen Gesetzgebungsvorgang, da das Gesetz via Initiativantrag anstatt durch eine Regierungsvorlage eingebracht wurde und da nur fünf Tage zwischen Einbringung und parlamentarischer Verabschiedung lagen. Eine Begutachtung mit Einbindung unterschiedlicher Personen und Institutionen wäre so nicht möglich, hieß es in einer Publikation des Österreichischen Ökologie-Instituts.⁹⁵⁹ Im September 1986 fand als Teil der von Günter Schobesberger organisierten Busfahrten eine Pressefahrt des Österreichischen Naturschutzbundes (Landesgruppe Wien) nach Ungarn statt. Die ungarische Geheimpolizei sprach in ihrem Bericht von einem Treffen von 60 Personen, darunter waren demnach u.a. János Vargha, Iván Bába, Judit Vásárhelyi, Anna Perczel, László Vit und Pál Dragon.⁹⁶⁰ Der Wochenend-Ausflug nach Ungarn war professionell geplant und umfasste in Begleitung österreichischer Wissenschaftler neben einem Besuch der Kraftwerksbaustelle und

⁹⁵⁵ Vgl. *Vida*, A Duna Kör. A Duna Kör története a résztvevők emlékeiben, 27.

⁹⁵⁶ Vgl. Interview der Verfasserin mit dem slowakischen Umweltschützer Mikuláš Huba, 12.04.2019, Bratislava, Sprache: Englisch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹⁵⁷ BM H,GuI (Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie) 59506/25 Sektion V, Blg. 1. Jahr 1985. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Energiebereich.

⁹⁵⁸ Änderung des Energieanleihegesetzes, Bgbl. 1986-491-0, ausgegeben 11. September 1986, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1986_491_0/1986_491_0.pdf>, (15.01.2021).

⁹⁵⁹ Nagymaros News, Nr. 1 (1987) 4 (Privatarchiv W. Rehm, Kopie im Besitz der Verfasserin).

⁹⁶⁰ Vgl. ÁBTL 2.7.1.NOIJ - III/III-149a/1/1986.IX.8 (08.09.1986).

Auenlandschaft bei Dunakiliti auch einen wissenschaftlichen Vortrag mit Diskussion in Budapest, die Besichtigung des Donauknies („Ungarische Wachau“) sowie Angaben zum Grenzübertritt, Pausen und Unterbringung.⁹⁶¹ Wolfgang Rehm zufolge handelte es sich hierbei um eine der bereits erwähnten „ökologischen Bildungsfahrten“. Im November folgte eine Fotoreise österreichischer AktivistInnen nach Gabčíkovo.⁹⁶²

In ihrer vierten Ausgabe der „Duna Kör hírei“ 1986 fasste die Gruppe die Ereignisse und Aktivitäten des Duna Kör nach der Bekanntgabe der Auszeichnung mit dem Right Livelihood Award auf Deutsch und Englisch zusammen.⁹⁶³ Der zunehmende Protest in Ungarn und die Kontakte ungarischer AktivistInnen zu österreichischen OppositionspolitikerInnen führen im österreichischen Handelsministerium zu Nervosität. „Besonders wird (...) darauf hingewiesen, daß die Proponenten der beabsichtigten Petition bereits mit dem Abgeordneten zum Nationalrat Cap und der Dritten Präsidentin des Nationalrates Hubinek Gespräche geführt haben sollen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Projektes wird um vordringliche Bearbeitung gebeten“, heißt es in einem internen Dienstzettel.⁹⁶⁴ Etwa ab Herbst 1986 begannen die BeamtInnen des Handelsministeriums die Presseberichte zu den Protesten zu sammeln. In einem Bericht der „Wiener Zeitung“ werden auch die kritischen Äußerungen und Appelle an die österreichische Bundesregierung von Umwelt- und TierschützerInnen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie aus den Niederlanden zitiert. Bernd Lötsch soll bei der genannten Pressekonferenz die Bundesregierung aufgefordert haben, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.⁹⁶⁵ Die Frage einer solchen rechtlich verbindlichen Überprüfung beschäftigte daraufhin auch das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, welches aufgrund einer Parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Marga Hubinek (Nr. 2138/J) zur Beteiligung Österreichs am GNV-Projekt Stellung nehmen musste.⁹⁶⁶

1987 erschien eine Broschüre der „Österreichischen Donaufreunde“ (Medieninhaber war das Ökologie-Institut). Auch hier wurde der „Nagymaros“-Schriftzug verwendet. Die Nähe zur trotzkistischen Zeitschrift „Gegenstimmen“ wird anhand der Verwendung einer ihrer Karikaturen zu GNV nachvollziehbar. In den „News“ wurde von unterschiedlichen Aktionen

⁹⁶¹ „Einladung zur Pressefahrt nach Ungarn am 6. und 7. September 1986“ (Privatarchiv W. Rehm, Kopie im Besitz der Verfasserin)

⁹⁶² Vgl. Interview d. Verf. mit W. Rehm (a), Wien 2018.

⁹⁶³ A Duna Kör hírei. 4. Szám (1986), A Bős-Nagymaros vízlépcső, 15f.

⁹⁶⁴ ÖSTA BMH, GuI 59508/1986, Volker Kier (Leiter des Büros des BMH, GuI), Dienstzettel an die Sektion V, 6. Mai 1998.

⁹⁶⁵ ÖSTA AdR BMH, GuI 59509/1986, Zeitungsausschnitt: R.E., „Kraftwerksprojekt verhindern“, Wiener Zeitung, 11.11.1986 (ohne Seite).

⁹⁶⁶ ÖSTA AdR BMH, GuI 59509/1986, Kopie der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage vom 6. August 1986 von Dr. Marga Hubinek an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend österreichische Beteiligung am Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn (Nr. 2138/3).

berichtet. So zeigt etwa der Hinweis auf eine Diskussionsveranstaltung zu GNV an der József-Attila-Universität in Szeged am 24. Oktober 1986, dass Mitte der 1980er Jahre offene Diskussionsveranstaltungen auch abseits Budapests möglich waren.⁹⁶⁷ Zudem wurde von einer Schmuggelaktion einer Sonderbeilage des Monatsmagazins „Wiener“ zu GNV berichtet.⁹⁶⁸

„[Die Zeitschrift] erstellte ein zweisprachiges Dossier über den Kraftwerkswahnsinn von Gabčíkovo und transportierte mehr als 4000 Exemplare ins Baugebiet. Das achtseitige Dossier beinhaltet eine Computerkarte, die die Donautrecke zwischen Wien und Budapest vom Weltraum aus zeigt und auf der die zukünftigen Stauräume eingezeichnet sind. Das Informationsmaterial soll den slowakischen Umweltschutzgruppen zur Verbreitung zur Verfügung stehen.“⁹⁶⁹

Im Bericht wird GNV erneut mit Hainburg verglichen sowie das Bild einer „ungarischen Wachau“ gezeichnet. Hierzu wurden Peter Weish und Bernd Lötsch (Institut für Umweltwissenschaften) zitiert, die vor einem „Export der Umweltzerstörung“ sprachen. Die Broschüre wurde über das Ökologie-Institut kostenpflichtig vertrieben und umfasste auch einen Spendenaufruf sowie einen Hinweis auf das wöchentlich stattfindenden „Nagymarosplenum“ im Umweltschutzkoordinationsbüro im Wiener Kulturzentrum WUK.



Abbildung 14 Ausschnitt aus „Die Presse“, 1. Juli 1986⁹⁷⁰

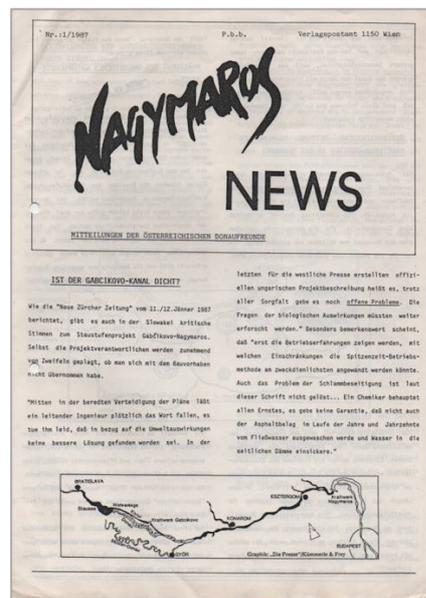


Abbildung 15 Nagymaros News.

Mitteilungen der österreichischen Donaufreunde 1/1987⁹⁷¹

In einem Bericht in der österreichischen Wochenzeitung „Die ganze Woche“ zu Jahresbeginn 1987 zeigt sich die Argumentation der österreichischen UmweltschützerInnen, allen voran des WWF:

⁹⁶⁷ Nagymaros News, Nr.1 (1987), 2-3. (Privatarchiv W. Rehm, Kopie im Besitz der Verfasserin).

⁹⁶⁸ Diese Aktion wurde auch von W. Rehm bestätigt. Vgl. Schriftliche Kommentare v. W. Rehm, 17.05.2021.

⁹⁶⁹ Nagymaros News, Nr. 1 (1987), 2.

⁹⁷⁰ ÖStA, BMH,GuI 59508/1986 diverse Presseberichte.

⁹⁷¹ Privatarchiv W. Rehm.

„Österreichische Naturschützer aller Couleurs gehen mit ihrer Arbeit über die Grenze: Mit ungarischen Freunden kämpfen sie gegen das nördlich von Budapest geplante Donaukraftwerk Nagymaros, denn – so z.B. der ‚World Wildlife Fund‘: ‚Nach den abgeschlossenen Verträgen würde Österreich von Nagymaros Strom beziehen, die Umweltschäden hingegen werden in voller Härte die Ungarn treffen.‘ – Solidarität der Umwelt und Naturschützer also auch über die Grenzen und Systeme hinweg. Der WWF weiter: ‚Ein demokratisches Land wie Österreich sollte sich eigentlich nicht dazu hergeben, aus Demokratiemängeln in einem anderen Land materielle Vorteile für sich selber herauszuholen.‘“⁹⁷²

Der Artikel berichtet auch von der Erstellung einer zweisprachigen Broschüre in Österreich, von der 3000 Stück nach Ungarn gebracht werden würde.⁹⁷³ Die vom WWF Österreich in Federführung von Karl Wagner herausgegebene Publikation (Abbildung 16) umfasste 38 Seiten, auf denen das GNV-Projekt und seine möglichen Folgen für die Umwelt, die Grundwasserversorgung und die Landwirtschaft behandelt werden wurde. Hainburg wurde darin als „Parallelfall“ präsentiert und auch János Vargha wandte sich in einem Interview an die LeserInnen.⁹⁷⁴

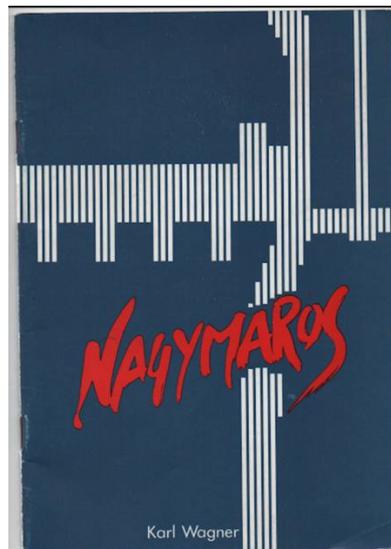


Abbildung 16 WWF-Informationsbroschüre (Deutsch/Ungarisch)⁹⁷⁵

Im April 1987 erfolgte Wolfgang Rehm zufolge eine Reise mit österreichischen ParlamentarierInnen nach Ungarn. Im gleichen Monat machte eine Aktion der Umweltschutz-NGO Global 2000 auf sich aufmerksam, indem AktivistInnen auf das Wiener Gebäude der Creditanstalt (CA) kletterten. Die Gruppe nutzte die Hauptversammlung des Instituts und die Anwesenheit des Generaldirektors Dr. Hannes Androsch, um auf das Kreditengagement der CA Aufmerksam zu machen. „Während sich vor den Portalen der Creditanstalt (...) Aktivisten

⁹⁷² N.N., Naturschutz kämpft gegen Nagymaros, Die ganze Woche, 29.01.1987, 34.

⁹⁷³ Vgl. ebd.

⁹⁷⁴ Karl Wagner, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre (Wien 1987). Privatarchiv W. Rehm, Kopie im Besitz der Verfasserin.

⁹⁷⁵ Ebd.

angurten, sorgten im Saal zahlreiche Fragen über die ungarische Staustufe für ein „No comment!“ von CA-Aufsichtsratspräsident Dr. Fritz Bock.⁹⁷⁶ Der Kurier berichtete wie folgt:

„Aufregung herrschte Mittwoch unmittelbar vor Beginn der Aktionärsversammlung in der CA-Zentrale in der Wiener Innenstadt. Vertreter der Umweltschutzbewegung ‚global 2000‘ hatten die Fassade der CA erklettert und ein Transparent mit der Aufschrift ‚Hände weg von Nagymaros‘ enthüllt. Die Aktion regte einige Diskussionen unter Passanten an, die häufigste Frage jedoch war: ‚was heißt Nagymaros?‘. Gemeint ist das ungarische Kraftwerksprojekt gleichen Namens, das die DOKW als Generalunternehmer errichtet. Die CA ist Mitfinancier. Die Beweggründe von ‚global 2000‘: mit dem Projekt werde Umweltzerstörung exportiert. Die Rückzahlung der Baukosten erfolgt nämlich über Stromlieferungen. Laut ‚global 2000‘ müssten dafür kalorische Kraftwerke und ein Atomkraftwerk in Ungarn errichtet werden.“⁹⁷⁷

Am 13. Mai 1987 organisierten die UmweltschützerInnen eine Flugblatt-Verteilung in Budapest, an der auch österreichische Abgeordnete beteiligt waren.⁹⁷⁸ Die Aktion endete damit, dass der Grün-Politiker Walter Geyer gemeinsam mit den Aktivisten Roland Walcher und Norbert Weinhäupl nach kurzem Einsatz beim Westbahnhof für mehrere Stunden im Budapester Arrest landeten. Die Abgeordneten Andreas Wabl, Peter Pilz und die Aktivisten Albert Schwingshandl und Wolfgang Rehm wurden bei der Verteilung von Flugzetteln am Batthyány Tér aufgegriffen und zur Fremdenpolizei gebracht. Einem beteiligten Fotografen wurde der Film abgenommen. Hinter der Aktion verbarg sich die bewusste Strategie der UmweltschützerInnen, den GNV-Konflikt in Österreichs Medien zu platzieren. Die Verteil-Aktion mit den in Budapest sei eine geplante Provokation gewesen, bestätigte auch der Umweltaktivist Franz Meister, der währenddessen im ÖH-Büro saß und die Medien informierte.⁹⁷⁹ In Erwartung eines polizeilichen Eingriffes sollte die Aktion international Aufmerksamkeit erregen und zudem die ungarischen Behörden in eine unangenehme Situation bringen. Da die Abgeordneten über Diplomatenpässe verfügten, konnte die Gruppe zudem Material einfach über die Grenze bringen. Anders als in Hainburg sahen die österreichischen UmweltschützerInnen eine Besetzung vor Ort als „nahezu ausgeschlossen“ an, so Franz Meister. Aufgrund der schwer einzuschätzenden Gewaltbereitschaft der Behörden hätte man zu wenig Leute dafür mobilisieren können. So wurden alle Kräfte gebündelt, um möglichst viel „Publicity zu erzeugen“.⁹⁸⁰ Die erhoffte Aufmerksamkeit erhielten die AktivistInnen vor allem im Kontext der politischen Veränderungen Ende der 1980er Jahre.

⁹⁷⁶ N.N., CA: Heftige Kritik an Krediten für Ungarn, Kurier, 09.04.1987 7.

⁹⁷⁷ N.N., Kletterer protestieren gegen Donaukraftwerk, Kurier, 09.04.1987, 18.

⁹⁷⁸ Vgl. dazu auch Kapitel 8.2.3 in der vorliegenden Arbeit.

⁹⁷⁹ Vgl. Interview der Verfasserin mit Franz Meister (b), 09.03.2018, Wien, Sprache: Deutsch, Tonqualität schlecht, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

⁹⁸⁰ Manche Umweltschutzgruppen wie etwa das Umweltbüro in Wien hatten jedoch ein Ressourcen-Problem. Das Jahr 1986 markierte auch den Höhepunkt der Anti-Atomproteste gegen die Aufbereitungsanlage im deutschen Wackersdorf. „Wir haben beides gemacht“, so Rehm. „Die einen sind von der Aubesetzung in Hainburg nach Wackersdorf, die anderen nach Nagymaros.“ Die Wiener Anti-Atom-Flugblätter fanden ihren Weg auch nach Budapest und Bratislava. „Einmal bin ich mit Günter Schobesberger nach Bratislava gefahren, getarnt als Tantenbesuch.“ Vgl. Interview der Verf. mit W. Rehm (a), Wien 2018.

8.1.2 1988–1989: Politische Transformation und Umweltprotest

Nachdem Kadar am 20. Mai 1988 im Zuge der Parteikonferenz in Budapest zum Rücktritt als Generalsekretär der MSzMP de facto gezwungen wurde, folgte ihm Károly Grósz, der zudem auch den Regierungschef stellte, nach. Mit Imre Pozsgay, der in den 1980er Jahren zum Reformkommunisten avanciert war, wurde ein „sozialismusgläubiger Reformler“⁹⁸¹ ins Politbüro gewählt. Mit Miklós Németh (damals erst 40 Jahre alt) und Rezső Nyers schaffte zudem der Flügel der Pragmatiker den Aufstieg. Einerseits wurde die Partei mit dem Personalwechsel pluralistischer und jünger, andererseits hatte die Partei aber auch mit einer Austrittswelle zu kämpfen. Pozsgay wurde am 29. Juni 1988 zum Staatsminister im Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Am 24. November 1988 gab Grósz den Vorsitz des Ministerrats an Németh ab. Im darauffolgenden Mai wurde die Regierung umgebildet und der pragmatische Flügel der Partei konsolidierte seine Macht.⁹⁸²

„Auf programmatischer Ebene nahm die MSZMP bemerkenswerte Kurskorrekturen vor, die durch den wachsenden Einfluß und das letztliche Obsiegen der Pragmatiker möglich wurden. Neben Grundsatzentscheidungen zur Einführung zentraler Institutionen einer Marktwirtschaft und der Aufgabe der Führungsrolle ist hier vor allem die Anerkennung der Ereignisse von 1956 als „Volksaufstand“ zu nennen.“⁹⁸³

Aber auch das Kraftwerksprojekt in Nagymaros wurde in jenen Monaten zum „Prüfstein für den gesamten Reformkurs in Ungarn“.⁹⁸⁴

„Daß Ministerpräsident Miklos Nemeth sich dennoch [trotz möglicher finanzieller Forderungen Österreichs, Anm. d. Verf.] zum Ausstieg aus dem Gemeinschaftsprojekt entschloß, beweist, daß in Nagymaros für die Regierung mehr auf dem Spiel stand als der Erhalt der Donau-Auen.“⁹⁸⁵

Die KraftwerksgegnerInnen wussten die damit verbundenen Handlungsspielräume zu nutzen und setzten ab 1988 auf aufmerksamkeitsstarke Protestformen. Als im Mai 1988 der österreichische Außenminister Alois Mock Budapest besuchte, organisierte die Donaubewegung eine Großdemonstration vor der Botschaft in der Bajza utca in Budapest. Der Protest wurde von der Nagymaros Bizottság, ein Komitee von 22 Gruppierungen veranstaltet, darunter Umweltgruppen wie Duna Kör, Kék Lista und universitäre Zirkel wie der BME Zöld Kör, der sich mit Umweltschutzthemen befasste (Abbildung 17). Im August 1988 gegründeten Dachkomitee⁹⁸⁶ engagierten sich kulturelle Verbände wie etwa der junge jüdische Kulturverband (MaZsiKE), der sich um die Verständigung zwischen jüdischen und nicht-

⁹⁸¹ Christof E. Ehrhart, Transformation in Ungarn und der DDR: Eine vergleichende Analyse (Wiesbaden 1998) 173.

⁹⁸² Vgl. ebd., 173–175.

⁹⁸³ Ebd., 175.

⁹⁸⁴ N.N., Riesiger Schwall, Der Spiegel, Nr. 21 (1989) 196–200, online unter <<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495592.html>>, (18.09.2020).

⁹⁸⁵ Ebd.

⁹⁸⁶ Galambos, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 182.

jüdischen UngarInnen bemühte. VertreterInnen der zahlreichen Gruppen im Nagymaros-Verbund trafen sich fortan wöchentlich, um Protestaktionen und Vorgangsweisen miteinander abzustimmen und zu diskutieren.



Abbildung 17 Aufruf zur Demonstration am 26.05.1989
inkl. einer Liste an Gruppierungen der Nagymaros Bizottság⁹⁸⁷

Der Duna Kör bildete einer der größten Gruppen des Nagymaros-Komitees. Auch kleinere Gruppierungen, darunter etwa die „Freunde der Donau“ und die „Blauen“ waren Teil davon. Zeitzeugen wie András Szekfü erinnern sich an chaotische Verhältnisse, die von persönlichen Antisymphathien aber auch von persönlichen Überschneidungen in den unterschiedlichen Gruppierungen vorherrschten.⁹⁸⁸ Zu den mobilisierungsstärksten Gruppen des Komitees gehörten neben dem Duna Kör auch die Bajcsy-Zsilinszky Freundschaftsgesellschaft (Bajcsy-Zsilinszky Endre Baráti Társaság - BZSBT). Auch außerhalb Budapests gründeten sich in den

⁹⁸⁷ Übersetzung der Verfasserin. Privatarchiv András Szekfü, Kopie im Besitz der Verfasserin.

⁹⁸⁸ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (c), Online 2021.

1980er Jahren Umweltgruppen. Gegen das Kraftwerksprojekt setzte sich etwa die 1987 gegründete und bis heute bestehende Gruppe „Reflex“ aus Győr ein.⁹⁸⁹ Das Thema GNV sowie andere Fragen des Umweltschutzes standen nun auch auf der Tagesordnung von Veranstaltungen neuer parteipolitischer Gruppen, wie ein Geheimpolizei-Bericht von einem MDF-Treffen im September 1988 in Esztergom berichtet. An der Diskussion nahm auch die im Mai 1988 aus dem Netzwerk Freier Initiativen (SZKH) hervorgehende Allianz Freier Demokraten (SZDSZ), der sich u.a. auch János Vargha anschloss, teil. Nach Angaben der Geheimpolizei waren an diesem Tag auch VertreterInnen von Greenpeace, „freie UmweltschützerInnen“ und Grün-PolitikerInnen aus Österreich vor Ort. Namentlich genannt wurden Freda Meissner-Blau (Grüne), Franz Schleicher (Grüne) und Franz Meister (Ökologie-Institut). In einem Bericht ist auch von Erhard Busek der darin fälschlicherweise als Grün-Politiker bezeichnet wird, sowie von 10 ausländischen Journalisten und einem Vertreter einer tschechoslowakischen Oppositionsgruppe, die Rede.⁹⁹⁰ Zu den sympathisierenden Gruppen der Donaubewegung und Mitglieder des Komitees zählte auch die Vereinigung Junger Demokraten (Fiatal Demokraták Szövetsége – FIDESZ), welche später zu den Gründungsmitgliedern des Oppositionellen Runden Tisches (Ellenzéki Kerekasztal – EKA) im März 1989 gehörte. Laut Szekfü fungierten die Rechtswissenschaftler Tamás Deutsch und Gábor Fodor⁹⁹¹ als zentrale Kontaktpersonen der jungen Vereinigung zu den UmweltschützerInnen. Ihre Frauengruppe organisierte im September 1988 auch eine Frauendemonstration gegen das Kraftwerksprojekt.⁹⁹² Weibliches Engagement gegen GNV wird in der Forschung bisher vernachlässigt. Nur wenige Arbeiten, darunter die Studie der Politikwissenschaftlerin Chris Corrin zum Leben der Frauen unter dem Sozialismus, heben die Beteiligung von Frauen an den Sozialen Bewegungen Ungarns hervor.

„Whilst some women were involved in the intellectual opposition and samizdat publications, more women began to participate in environmental protests in the mid- to late 1980s culminating in actions against the Gabčíkovo-Nagymaros Danube dam. Hungarian women did participate in large numbers within the environmental movement from the mid-1980s onwards.“⁹⁹³

Ende der 1980er Jahre wurden auch zunehmend westliche NGOs auf das Thema GNV aufmerksam und sprangen auf den Protestzug gegen das Kraftwerksprojekt auf. Als eine der

⁹⁸⁹ A Reflex javaslatai Duna ügyben, Webseite der Gruppe „Reflex“, online unter <<http://reflexegyeselet.hu/index.php/vizvedelem/336-a-reflex-javaslatai-duna-uegyben-2>>, (18.01.2021).

⁹⁹⁰ ÁBTL – 2.7.3.-6-7/641/1988, online unter https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_17.pdf (22.01.2021). Anmerkung: Obwohl kein Grün-Politiker gehörte E. Busek dennoch zu jenen Stimmen, die sich für eine Umweltverträglichkeitsprüfung von einer internationalen Kommission aussprachen. Vgl. dazu: ÖStA AdR BMLFW 14.575/20-I 4/88, zu finden in: 14.575-14/1988.

⁹⁹¹ Während Fodor in den 1990er Jahren mit der Partei brach, gilt Deutsch als Mitbegründer der Partei bis heute als ein enger Vertrauter von Ministerpräsident Viktor Orbán.

⁹⁹² Vgl. Nigel Swain, Hungary: The Rise and Fall of Feasible Socialism (London, New York 1992) 22.

⁹⁹³ Chris Corrin, Hungarian Women's Lives, 1960s-1990s (London 1994) 231.

ersten Unterstützungsorganisationen aus Österreich mobilisierte der Naturschutzbund gegen den Kraftwerksbau mit österreichischem Geld. In einer Presseaussendung vom 23. Juni 1987 appellierte die Umweltschutzorganisation an die Mitglieder des Nationalrates, einer Bundeshaftung nicht zuzustimmen. Der Naturschutzbund verabschiedete am 12. November 1989 eine Resolution an die österreichische Bundesregierung, in der er den Verzicht auf Entschädigungszahlungen aus Ungarn forderte.⁹⁹⁴

„Der ÖNB appelliert an die österreichische Bundesregierung, auf eine Entschädigung zu verzichten und statt dessen Kompensationsgeschäfte mit Ungarn anzubahnen. Z. B. könnten die von Ungarn durch den unterlassenen Kraftwerksbau eingesparten Gelder in Aufträge an österreichische Firmen für umweltpolitisch sinnvolle Projekte, etwa zur effizienteren Energienutzung, eingesetzt werden.“⁹⁹⁵

Ein weiterer Akteur österreichischer Umweltschutz-NGOs war neben Karl Wagner (WWF) auch Michael Undorf, der sowohl Global 2000 als auch Greenpeace Österreich gegründet hatte. Global 2000 war vor allem bei zwei aufsehenerregenden Protestaktionen in Wien federführend: bei der Plakataktion am Gebäude der Creditanstalt im April 1987 sowie der Besetzung der DoKW-Zentrale⁹⁹⁶ im September 1988.⁹⁹⁷ Am 27. Juni 1988 forderten mehrere Umweltverbände und -organisationen die ungarischen Abgeordneten auf, die Bauarbeiten in Nagymaros einzustellen und einen internationalen ExpertInnenausschuss zur Bewertung des Projektes einzurichten. Sie forderten in Anlehnung an Hainburg einen „Baustopp mit Nachdenkpause, eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Volksabstimmung“.⁹⁹⁸ Ebenso in diesem Frühsommer besuchte Béla Lipták Ungarn. Er hielt Vorträge beim Verband ungarischer Journalisten sowie im Jurten-Theater. Es folgten Gespräche mit Staatsminister Rezső Nyers und Iván T. Berend, Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, an denen auch Vertreter der Donaubewegung teilnahmen.⁹⁹⁹

Die Spätsommermonate im Jahr 1988 bedeuteten für die AktivistInnen eine massive Zunahme der Protestdynamik, die sich einerseits in einer internationalen Umweltkonferenz sowie in der Massendemonstration am 12. September 1988 äußerte. László Szekeres, einer der OrganisatorInnen der Demonstration, zufolge hatten sich

„die Ereignisse im Sommer erheblich beschleunigt. Béla Lipták aus den USA war hier zu Besuch, was auch unserem Fall viel Auftrieb verlieh. Am 2. September veranstalteten wir eine internationale

⁹⁹⁴ Vgl. N.N., ÖNB appellierte 1987 an die österreichischen Volksvertreter, natur & land 75, Nr. 5/6 (1989) 159.

⁹⁹⁵ Ebd.

⁹⁹⁶ Einem Bericht des „Kurier“ zufolge sollen mehrere Personen, darunter der Abgeordnete Walter Geyer, das Büro des Generaldirektors gestürmt und dessen Besetzung ausgerufen haben. Vgl. Hans Rauscher: „Besetzung“, Titelseite des Kurier am 7. September 1988.

⁹⁹⁷ Vgl. N.N., CA: Heftige Kritik an Krediten für Ungarn, In: Kurier, Donnerstag, 9. April 1987, 7. Vgl. auch: „Umweltschützer besetzen DOKW-Hauptsitz in Wien“, Kurier, 7. September 1988, 21.

⁹⁹⁸ Kurt Seinitz, Ungarische Regierung bleibt hart Kein Baustopp für „Nagymaros“! Kronen Zeitung, Freitag 9. September 1988, 2.

⁹⁹⁹ Vgl. A bős-nagymarosi vízlépcsőrendszer krónikája.

Umweltkonferenz mit dem Titel The Danube Dam; hier möchte ich den internationalen Organisationen, vor allem dem Swiss World Wildlife Fund, für ihre Hilfe danken.“¹⁰⁰⁰

Das Nagymaros-Komitee organisierte die Referendum-Kampagne sowie die Demonstration am 12. September 1988 in Budapest.¹⁰⁰¹ Neben Mitgliedern des Komitees beteiligten sich auch viele andere Gruppierungen an den Protesten, darunter das liberale Netzwerk „Hálózat“ sowie auch mehrere religiöse Initiativen (Abbildung 18).



Abbildung 18 Protestzug u.a. mit „Hálózat“-Transparenten am 12. September 1988 entlang der Bajcsy-Zsilinszky út¹⁰⁰²

Für den Duna Kör-Aktivisten Szekfü war die Demonstration am 12. September ein Schlüsselereignis der Bewegung. „Ich habe für die RednerInnen übersetzt und stand etwas höher über der Menge. Der gesamte Kossuth-Platz war voller Demonstranten. Wir haben das als sehr wichtig empfunden.“¹⁰⁰³ Szekfü übersetzte u.a. die Redebeiträge von Freda Meissner-Blau, die zusammen mit mehreren hundert ÖsterreicherInnen an der Demonstration in der ungarischen Hauptstadt teilnahm.

„Großer Applaus hatte schließlich die Grün-Abgeordnete Freda Meissner-Blau: Sie sagte den Ungarn volle Hilfe von Österreichs Umweltschützern zu. Und das in weit markigeren Worten, als unsere Nachbarn sie selbst in den Mund nehmen würden: ‚Wir werden kämpfen bis zum Baustop. Das ist unsere Pflicht, denn wir schämen uns für die Milliarden, die unser Land in dieses stalinistische Monsterprojekt gesteckt hat.“¹⁰⁰⁴

An dem friedlichen Massenprotest zählten mehrere zehntausende UngarInnen teil. Auf den Transparenten der ÖsterreicherInnen, die zuvor mit Flugzetteln und Einladungen zur

¹⁰⁰⁰ Sándor Szilágyi, A környezetvédelem: Politika. Interjú Szekeres László fotográfussal, a szeptember 12-i tüntetés egyik szervezőjével, Beszélő 1, Nr. 26 (1988), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-kornyezetvedelem-politika>>, (18.09.2020). Im Original: „Szóval, a tüntetés óta, nyáron eléggé felgyorsultak az események. Itt járt Lipták Béla az Egyesült Államokból, ez is sokat lendített az ügyünkön. Szeptember 2-án tartottuk a nemzetközi környezetvédelmi konferenciát A dunai duzzasztógátak címmel; itt szeretném megköszönni a nemzetközi szervezetek, mindenekelőtt a svájci World Wildlife Fund segítségét.“

¹⁰⁰¹ Vgl. dazu u.a.: Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2019.

¹⁰⁰² Philipp Tibor/Forstepan, online unter <<https://fortepan.hu/hu/photos/?id=60461>> (21.01.2021).

¹⁰⁰³ Interview der Verf. mit A. Szekfü (c), Online 2021.

¹⁰⁰⁴ Baldinger, Peter: ‚Wir lassen und die Natur nicht einfach zerstören‘, Kronen Zeitung, 14.09.1988, 10–11.

Demonstration (Abbildung 19) mobilisiert hatten, war „Break Austrian Neocolonialism“ zu lesen und führte so zu entsprechenden Schlagzeilen im Nachbarland.¹⁰⁰⁵

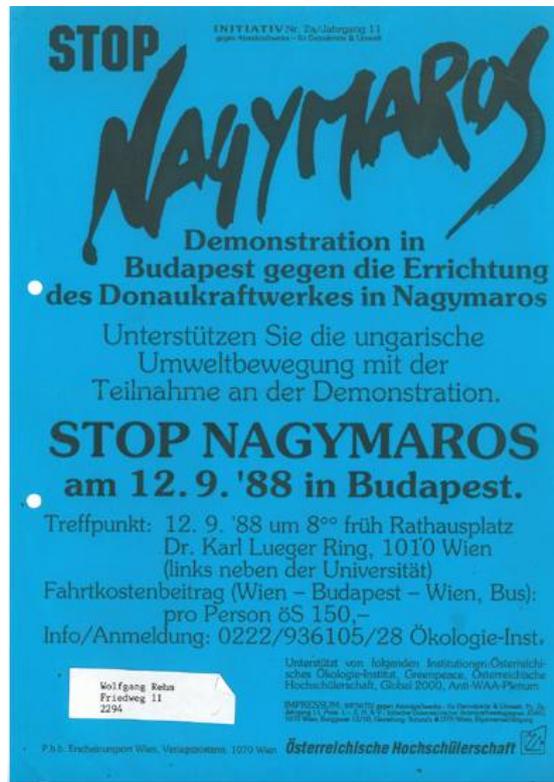


Abbildung 19 Flyer für die Demonstration am 12.09.1988¹⁰⁰⁶

¹⁰⁰⁵ Vgl. u.a. Titelseite Kurier, 14. September 1988.

¹⁰⁰⁶ Privatarchiv W. Rehm. Kopie im Besitz der Verfasserin.

STOP
NAGYMAROS

Ich protestiere gegen den Bau des Staufensystems Gabčíkovo Nagymaros und fordere Sie auf, der weiteren Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten.

„Akožom a bős-nagymarosi vízlepcsőrendszer építése ellen és követelem, hogy szüntesék be minden további környezetrombolást.

NAME/NÉV
 ADDRESS/CIM
 UNTERSCHRIFT/ALÁÍRÁS

Grósz Károly
Miniszterelnök
Országház
H-1050 Budapest 1

ÁBTL - 2.7.3. - 6-7/szn/1988. [65-9/181/1988].

Abbildung 20 Vorlage für einen Protestbrief an den Ministerpräsidenten Ungarns Károly Grósz¹⁰⁰⁷



Abbildung 21 Zentrale Slogans lauteten „Von rot zu grün“ und „Es gelang in Hainburg“, Demonstration 12. September 1988, Budapest.¹⁰⁰⁸

¹⁰⁰⁷ ÁBTL.-2.7.3.-6-7/szn/1988. Röplap az vízlépcső ellen, online unter https://www.abtl.hu/sites/default/files/kepek/virtualis_kiallitasok/1988.09.12_24_2.jpg (22.01.2021).

¹⁰⁰⁸ TM/Fortepan, online unter < <https://fortepan.hu/hu/photos/?id=77494>> (22.01.2021).

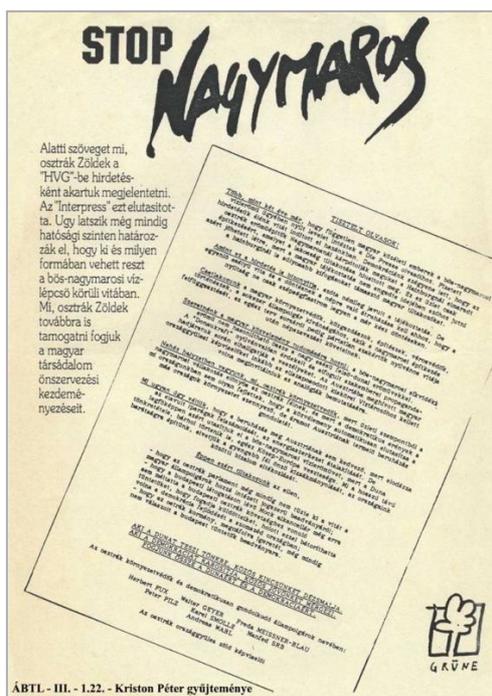


Abbildung 22 Solidaritäts-Schrift der Grünen Nationalratsabgeordneten mit Ungarn¹⁰⁰⁹



Abbildung 23 Aufruf des Nagymaros-Komitees zur Demonstration am 12. September 1988, um 17 Uhr am Vörösmarty-Platz, Budapest.¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁹ ÁBTL – 2.7.3-6-7/602/1988, online unter < https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_23_0.pdf >, (22.01.2021).

¹⁰¹⁰ ÁBTL – III.-1.22.-Kriszta Péter gyűjteménye (Aufruf des Nagymaros-Komitees zur Demonstration am 12. September 1988, um 17 Uhr am Vörösmarty-Platz, Budapest), online unter < https://www.abtl.hu/sites/default/files/1988.09.12_11.jpg >, (22.01.2021).

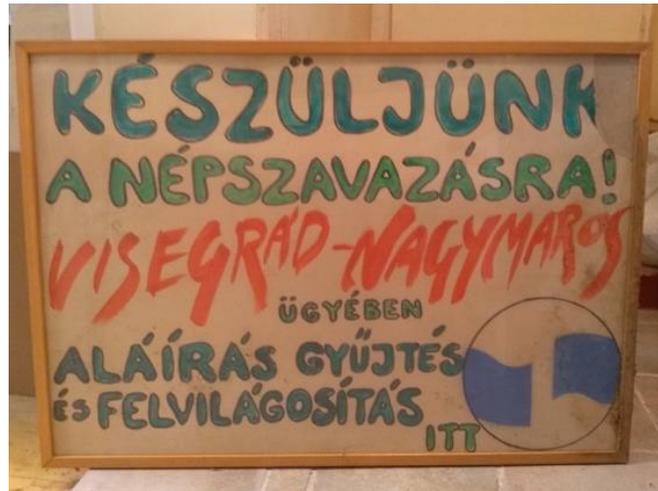


Abbildung 24 Hinweisplakat zur Unterschriftensammlung für das Referendum gegen GNV¹⁰¹¹

Noch vor den Massenprotesten, wurde vom Duna Kör gemeinsam mit dem WWF und vom International Rivers Network, dem Nagymaros-Komitee und dem FIDESZ die Konferenz „Dams on the Danube“ organisiert. Das Treffen von Zivilgesellschaft und Wissenschaft fand von 2. bis 4. September 1988 in Budapest statt und erregte national wie international viel Aufmerksamkeit.

„Austrian environmental groups, the Austrian Minister for the Environment, representatives of the Hungarian Academy of Sciences, the International Rivers Network, and the Hungarian Union of Young Democrats were also among the participants.“¹⁰¹²

Gegenstand der Diskussion waren die Umweltauswirkungen der geplanten Staustufe, wobei die Erfahrungen mit ausländischen Staudammprojekten als Vergleichsgrundlage herangezogen wurden. Die Samisdat-Publikation *Beszélő* brachte im Anschluss einen ausführlichen Bericht zu der Veranstaltung, welcher auch eine SprecherInnen-Liste miteinschloss.¹⁰¹³ Neben österreichischen WissenschaftlerInnen wie dem Limnologen Heinz Löffler und dem Hydrologen Franz Borovicheny, UmweltschützerInnen wie Erika Schneider vom Aueninstitut des WWF und Karl Wagner vom Ökologie-Institut waren auch die ÖVP-Abgeordnete Marga Hubinek und der Grün-Abgeordnete Walter Geyer vor Ort.¹⁰¹⁴ Dem Beschluss der Konferenz zufolge herrschte in den Diskussionen die Meinung vor, dass der Bau des Staudammsystems – vor allem die Arbeiten in Nagymaros – ausgesetzt werden sollte. Die Ziele für die Donau müssten unter Berücksichtigung von Prioritäten, die die tatsächlichen Werte widerspiegeln, neu bewertet werden. Der Umgang mit und die Beilegung des Streits über das Staustufensystem

¹⁰¹¹ Privataarchiv András Szekfü, Kopie im Besitz der Verfasserin.

¹⁰¹² *Galambos*, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 182.

¹⁰¹³ Vgl. Állásfoglalás, *Beszélő* 3, Nr. 25 (1988) 86–88, online unter <https://www.abtl.hu/sites/default/files/1988.09.12_13_1_1.jpg>, (18.09.2020).

¹⁰¹⁴ Vgl. Stellungnahme der KonferenzteilnehmerInnen vom 16. September 1988, Privataarchiv A. Szekfü. Kopie im Besitz der Verfasserin.

würden zeigen, so die Schlussbemerkung des Bészelő-Berichts, „ob die Regierung wirklich nach Konsens strebt, soziale Kontrolle akzeptiert und in der Lage ist, sich selbst zu korrigieren.“¹⁰¹⁵

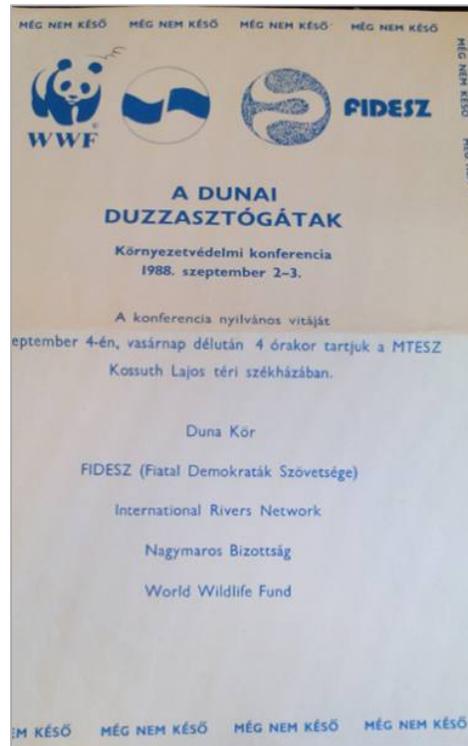


Abbildung 25 *Még nem késő [Es ist nicht zu spät] - Einladung zur Kundgebung und zum Kickoff der Umweltkonferenz am 2.-3. September 1988 in Budapest*¹⁰¹⁶

Trotz des Aufrufs der WissenschaftlerInnen und UmweltschützerInnen genehmigte die Regierung am 7. September den Bau, mit der Bedingung, einen Untersuchungsausschuss der Akademie der Wissenschaften einzurichten, der die Möglichkeit einer Stilllegung überprüfen sollte.¹⁰¹⁷ Infolgedessen kam es zu den bereits erwähnten Massendemonstrationen in Budapest, Szeged und Debrecen, in denen Forderungen nach einem „Mehrparteiensystem“ und nach „Demokratie“ zu hören waren.¹⁰¹⁸ Die AktivistInnen übergaben die Petition für ein Referendum zu GNV an den Präsidenten des Präsidialrates Bruno F. Straub. Die Forderung nach einer Volksentscheidung wurde jedoch abgelehnt.¹⁰¹⁹ Wenige Tage darauf, am 17. September 1988, fand in Nagymaros eine weitere Demonstration statt. Der Bericht der Ungarischen Akademie der

¹⁰¹⁵ Ebd.

¹⁰¹⁶ Privataarchiv András Székfü, Kopie im Besitz der Verfasserin.

¹⁰¹⁷ Vgl. N.N., „Szabadságot a Dunának“ – 1988. Szeptember 12., Webseite des ÁBTL, online unter <https://www.abtl.hu/szolgaltatasok/nyilt-ter/virtualis_kiallitas/tuntetesek_1988/1988.09.12>, (22.01.2021).

¹⁰¹⁸ N.N., „Transzparensek, feliratok“ ÁBTL – 2.7.3. – 6.7/szn/1988 [65-9/181/1988].

¹⁰¹⁹ Vgl. MTI, Tüntetés a vízlépcső ellen, Népszabadság, 13.09.1988, online unter <https://www.abtl.hu/sites/default/files/kepek/virtualis_kiallitasok/1988.09.12_39.jpg>, (18.09.2020).

Wissenschaften wurde Ende des Monats veröffentlicht und präsentierte die Einstellung sowie die Verschiebung des Projektes als Alternativen zur Weiterführung.¹⁰²⁰

Unterdessen meldete sich auch der angesehene slowakische Biologe Mikuláš J. Lisický zu Wort:

„Bedenken gegen das geplante ungarische Kraftwerk Nagymaros auch in der ČSSR. **Der slowakische Biologe Lisický** [Hervorhebung im Original, Anm. der Verf.] weist in einer Studie darauf hin, daß die Existenz der Donauauen keine Sache eines Experiments sein dürfe. In einem offenen Brief der Anti-AKW-Bewegung Österreichs wird die Regierung aufgefordert, ihr Nagymaros-Engagement aufzugeben.“¹⁰²¹

1988 berichteten österreichische Medien erstmals über KritikerInnen des Kraftwerkprojektes in der Slowakei. So wurde etwa der österreichische Umweltaktivist Franz Meister im „Kurier“ zitiert:

„Gegen das System Gabčíkovo/Nagymaros in der ‚ungarischen Wachau‘ formiert sich nun auch Widerstand in der Slowakei. Dort wurden bereits 1000 Unterschriften gesammelt, weiß Franz Meister vom Ökologie-Institut.“¹⁰²²

Am 6. Oktober 1988 erörterte das ungarische Parlament zum ersten Mal die Frage des Staudammsystems. In seiner Rede am 20. Oktober 1988 schlug László Maróthy, Minister für Umwelt und Wasserwirtschaft, mit dem Aufruf „Damm und Demokratie“ die Fortsetzung des Baus vor, begründete dies jedoch nicht mit der Notwendigkeit des Projektes, sondern mit den befürchteten Kosten, die eine Einstellung mit sich bringe. Auch der neue Generalsekretär der USAP, Károly Grósz, distanzierte sich von den Plänen seines Vorgängers:

„Wenn wir uns heute für Bős-Nagymaros entscheiden müssten, würde ich sagen, dass wir nicht damit beginnen sollten, weil wir das Geld für etwas anderes brauchen. Es muss jedoch gesehen werden, dass all dies kein wirtschaftliches oder ökologisches Problem mehr ist, sondern ein politisches, das dazu dient, die Glaubwürdigkeit des Managements zu untergraben.“¹⁰²³

Letztlich stimmte das Parlament nach einer hitzigen Debatte für den Vorschlag der Regierung zur Weiterführung der Bauarbeiten. Zeitgleich zur Abstimmung am 30. Oktober 1988 hielten 27 Städte weltweit Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen GNV ab.¹⁰²⁴ Die Kundgebungen im Ausland fanden nicht nur vor der ungarischen, sondern auch vor der österreichischen Botschaft statt. Nach einem ganztägigen Treffen der Regierung kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Péter Medgyessy schließlich am 13. Mai 1989 an, den Bau an der Nagymaros-Staustufe mit sofortiger Wirkung auszusetzen. Noch war das Projekt aber nicht komplett vom Tisch. Zugleich betrat mit der Idee einer gemeinsamen Expo ein neues bilaterales Projekt zwischen Ungarn und Österreich die Bühne. PolitikerInnen beider Länder

¹⁰²⁰ Vgl. *N.N.*, „Szabadságot a Dunának“ – 1988. Szeptember 12.

¹⁰²¹ *N.N.*, Auch in ČSSR Zweifel an Nagymaros-Kraftwerk, *Kurier*, 19.09.1988 2.

¹⁰²² *N.N.*, Donaukraftwerk: Keine Klage wegen KW Nagymaros, *Kurier*, 19.09.1988 2.

¹⁰²³ Ebd.

¹⁰²⁴ *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 19.

hofften, durch dieses Kulturprojekt nicht nur dem Mitteleuropa-Fieber eine reale Manifestation zu geben, sondern bei einem möglichen Scheitern der Nagymaros-Staustufe neue infrastrukturelle Investitionen zu ermöglichen.¹⁰²⁵ Den Vorschlag einer Expo lehnte der Duna Kör jedoch ab. Bei ihrer Generalversammlung am 29. April 1989 einigten sich die UmweltschützerInnen auf die Forderung „Keine Expo ohne Stop von Nagymaros“. Zugleich wurde die Expo aufgrund der nötigen Bautätigkeiten und der zu erwartenden Verkehrsbelastung auch als umweltschädliches Projekt angesehen.¹⁰²⁶ Mehrere tausend Menschen protestierten am 26. Mai 1989 gegen Nagymaros vor dem Parlament. VertreterInnen der Donaubewegung übergaben eine Petition, die ein Referendum forderte. Zudem legten VertreterInnen der lokalen Basisorganisation der MSZMP in Nagymaros dem Sprecher der Nationalversammlung, Mátyás Szűrös, eine Liste mit weiteren 40.000 Unterschriften für den finalen Projektstopp vor. Nach Zustimmung des Parlaments wurde der Bau am 2. Juni 1989 offiziell eingestellt. Im Oktober des gleichen Jahres, etwa zwei Wochen nachdem beim Parteikongress die Neugründung der MSZP entschieden wurde, beschloss die Nationalversammlung parteipluralistische Parlamentswahlen. Schon im Februar zuvor hatte das Zentralkomitee das Prinzip des Mehrparteiensystems eingeführt. Auch die offizielle Neubezeichnung der Ereignisse im Jahr 1956 als „Volksaufstand“ gehörte zu den ersten Zugeständnissen der zunehmend unter Druck geratenen kommunistischen Führung. Die ersten freien Wahlen fanden am 1. Mai 1990 statt. Die Mitte-Rechts-Regierung unter József Antall (MDF) umfasste eine Koalition mit der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte (Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt FKgP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt KDNP). Die Nachfolgepartei MSZP wurde von den ungarischen BürgerInnen gewählt. Bis zum 19. Juni 1990 verließen sämtliche Sowjettruppen die neue Republik.¹⁰²⁷

8.1.3 Verlagerung der Proteste nach Gabčíkovo

¹⁰²⁵ In den 1980er Jahren entwickelten sich im Umfeld des Wiener Kulturstadtrats Jörg Mauthe, des damaligen Wiener ÖVP-Landesparteiobmannes Erhard Busek sowie des SPÖ-Landesparteiobmanns und Vizebürgermeisters Hans Mayr die Idee einer gemeinsamen Weltausstellung. 1987 folgte nach langjähriger Vorbereitung eine gemeinsame Regierungserklärung zwischen den beiden Ländern. Die Kandidatur für die 1995 geplante Expo mit dem Titel „Brücken in die Zukunft“ wurde im April 1989 offiziell anerkannt, der Auftrag wurde im Dezember desselben Jahres erfolgreich vergeben. Nach mehreren Verzögerungen wuchs der politische Druck – vor allem von Seiten der Grünen Partei, – aus dem eine Volksbefragung im Mai 1991 resultierte. Aufgrund des negativen Ausgangs dieses Plebiszits zog die Republik Österreich ihre Bewerbung zurück. Das Projekt war gestorben. Vgl. u.a.: Walter *Siebel* (Hg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik: Stadtentwicklung durch große Projekte* (Wiesbaden 1993). Siehe ebenso die Interviews der Verfasserin mit Emil Brix (Wien, 19.04.2018) und Erhard Busek (Budapest, 13.11.2015).

¹⁰²⁶ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2018.

¹⁰²⁷ Vgl. u.a.: *Schmidt-Schweizer*, *Politische Geschichte Ungarns 1985-2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase*; Ignác *Romsics*, *Hungary in the Twentieth Century* (Budapest 1999).

Während ungarische und österreichische VertreterInnen über mögliche Entschädigungszahlungen aufgrund des Baustopps in Nagymaros verhandelten, verlagerten sich die Protestaktivitäten ab 1990 zunehmend nach Gabčíkovo, wo bereits ein Großteil des Teilprojektes fertiggestellt wurde. Die Umweltzerstörungen des kommunistischen Regimes bildeten einen fruchtbaren Nährboden für „grüne“ Proteste in der ČSSR. Besonders im slowakischen Landesteil bildete GNV ein zentrales Thema der politischen Wendezeit.¹⁰²⁸ Nach der zurückhaltenden Fachkritik in den 1970er Jahren und einem Vorschlag zum Schutz der Auen und Wälder rund um Bratislava im Jahr 1980 legten AnhängerInnen des SZOPK Bratislava am 1. Mai 1986 den Regierungen aller drei Länder eine „Donaudeklaration“ (an anderer Stelle auch „Maideklaration“ genannt) vor. Darin forderten die UmweltschützerInnen die Schaffung eines trinationalen Naturparks.¹⁰²⁹ Besonders das SZOPK und seine Basisorganisation Nr. 16 traten in den 1980er Jahren aktiv gegen das Staudammprojekt auf und begrüßten die spätere Einstellung des Baus auf ungarischer Seite. Wenn schon nicht der Bau des tschechoslowakischen Projektteils verhindert werden konnte, so sollten zumindest einige Bedingungen der UmweltschützerInnen bei Gabčíkovo umgesetzt werden.¹⁰³⁰ Die erste Demonstration gegen das Kraftwerksprojekt fand am 16. Dezember 1989 statt. Kurz darauf fanden sich UmweltschützerInnen in der nahe gelegenen slowakischen Kleinstadt Šamorín zusammen, um gemeinsame Aktionen zu planen. Dies bildete die Geburtsstunde der lokalen Bürgerinitiative „Eurochain“.¹⁰³¹

„Auch die Bewohner der Schüttinsel rührten sich. In Schamorin vereinigten sich die Bürger und auf ihren Aufruf standen von Hainburg bis Komorn [sic!] 60 000 Menschen auf den Donaudämmen und reichten sich die Hände. So bildeten sie die Eurokette und widersetzten sich so der Fortsetzung der Baupläne.“¹⁰³²

Im Fall der Gabčíkovo-Proteste kam es zu einer engen Verschränkung lokaler Initiativen mit internationalen und nationalen NGOs. Eine zentrale Rolle des lokalen Protests nahmen BewohnerInnen der Gemeinden Šamorín und Čučovo ein, welche entlang der Schüttinseln liegen. Am 20. Februar 1991 hatten sich nach Angaben des WWF 82 Bürgermeister der Region

¹⁰²⁸ Wolfgang Rehm erinnert sich, dass bereits Ende der 1980er Jahre Gerüchte um eine tschechoslowakische Umweltschutzgruppe namens „Brontosaurus“ nach Österreich drangen. Nach eigenen Angaben gründete sich die bis heute bestehende NGO Hnutí Brontosaurus bereits Mitte der 1970er Jahre, online unter <<https://brontosaurus.cz>> (21.05.2021). Vgl. Schriftliche Kommentare W. Rehm zum Manuskript der Verf., 17.05.2021 (Im Besitz der Verfasserin).

¹⁰²⁹ Vgl. Interview der Verfasserin mit M. Huba, Bratislava 2019.

¹⁰³⁰ Am 25. Juni 1991 verzeichneten die Proteste einen kleinen Etappensieg, der sich jedoch als Pyrrhussieg entpuppte. Das Umweltkomitee akzeptierte die 19 Bedingungen der UmweltschützerInnen für eine Inbetriebnahme Gabčíkovo. Es dauerte nicht lange, bis Ernüchterung eintrat: „Like the rules painted on the wall of the barn in the novel *Animal Farm*, the conditions disappeared and no one spoke of them again.“ Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 55.

¹⁰³¹ Vgl. ebd., 49; Sowie: Ludovit *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm (Bratislava 1991).

¹⁰³² *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 24.

in einer Petition an die Regierungen in Prag und Bratislava sowie an Präsident Václav Havel gewandt. Die BesetzerInnen bildeten einen Schulterschluss mit den Bürgermeistern und forderten den sofortigen Baustopp.¹⁰³³ Wolfgang Rehm hob im Gespräch mit der Verfasserin Gyulai Ludovít, den Bürgermeister von Šamorín, und das örtliche Rathaus besonders hervor. In einer dreisprachigen Broschüre ist zudem davon die Rede, dass der Generalanwalt des Bezirks Druck auf den Bürgermeister ausübte, die Besetzung im Juli als nicht bewilligt und daher als illegal zu erklären.¹⁰³⁴ Die AktivistInnen Klara Benkovicsová und Lajos Tuba wurden von mehreren österreichischen und slowakischen UmweltschützerInnen als zentrale AkteurInnen der lokalen Proteste ausgehend von Šamorín identifiziert. Lokale Expertise zu den Umweltfolgen der Kraftwerkanlage lieferte auch Miklós Duray, slowakischer Politiker der ungarischen Minderheit. Als Student von Jaromír Šíbl und Mitglied des SZOPK gehörte Duray zu den am stärksten engagierten GegnerInnen Gabčíkovos.¹⁰³⁵

Auch die österreichischen AktivistInnen konzentrierten sich ab 1989 vermehrt auf die Geschehnisse in Gabčíkovo und versuchten trotz des fortgeschrittenen Baus die Inbetriebnahme zu verhindern. Eine vom WWF Österreich als Presseunterlage und Informationsbroschüre für Partnerorganisationen zusammengestellte Chronologie der Ereignisse rund um das „Monsterprojekt Gabčíkovo“ bezeichnete die Menschenkette vom Februar 1990, welche von Bratislava über Gabčíkovo bis Komárom/Komárno reichte,¹⁰³⁶ als die „erste große Protestaktion“ in der Slowakei. In den folgenden Monaten lancierte die Eurochain-Initiative mehrere Protestaktionen, darunter die medienwirksame Besetzung des Baugeländes am 3. Juli 1991, womit mit Unterstützung von „Reflex“ und Duna Kör aus Ungarn, dem WWF und Global 2000 aus Österreich und der SZOPK die Flutung des 25 Kilometer langen Kanals verhindert werden sollte.¹⁰³⁷

„Zum Schauplatz dieser Aktionen wählten wir die Pumpenanlage, welche zur Auffüllung des Wasserkanals dienen soll. An dieser Stalle [sic!] stand Früher [sic!] die Gaststätte Kormoran, ein beliebter Ausflugsplatz.“¹⁰³⁸

Nachdem ein Gespräch mit dem Regierungsgesandten Dominik Koczinger vor Ort scheiterte, weitete sich die anfangs kleine Besetzung von 17 Personen in den folgenden Tagen auf etwa

¹⁰³³ Vgl. ebd.

¹⁰³⁴ Vgl. ebd., 25.

¹⁰³⁵ Vgl. Interview der Verfasserin mit L'ubica Trubiniová, Bratislava, 12.04.2019, Sprache: Englisch, schriftliche Aufzeichnungen im Besitz der Verfasserin.

¹⁰³⁶ Auch Béla Lipták nahm an dieser Menschenkette teil. Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 49f.

¹⁰³⁷ Die beiden österreichischen Aktivisten Günter Schobesberger und Wolfgang Rehm erinnern sich auch an eine Demonstration des Duna Kör, an der sie am 8. Februar 1991, also zum fünften Jahrestag der Ereignisse vom Februar 1986 in Budapest in der Slowakei teilnahmen. Vgl. Interviews der Verfasserin mit G. Schobesberger (Hainburg 2018) und W. Rehm (Wien 2018 und 2019).

¹⁰³⁸ *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 24.

100 Personen aus. „Obzwar die Organisatoren die Aktion ursprünglich nur für drei Tage geplant hatten, entschlossen [sic!] sie sich Ende der Woche dennoch für ihre Fortsetzung.“¹⁰³⁹ Während am 16. Juli im Hotel Bôrik in Bratislava ungarische und tschechoslowakische Delegierte über eine bilaterale Einigung zu GNV verhandelten, warteten draußen die DemonstrantInnen auf sie. Mehrere internationale NGOs hatten sich der Protestbewegung angeschlossen, darunter mehrere nationale WWF-Organisationen, Global 2000 sowie die International Coalition Against Large Dams (ICALD), die am 16. und 17. Juni 1991 einen internationalen Kongress „International Commission On Large Dams“ in Wien veranstaltete. Mit mediengerechten Protestaktionen wie einem 400 Quadratmeter großen Transparent mit dem Titel „NO LARGE DAMS“, welches am 12. Juli von Global 2000-AktivistInnen und weiteren UmweltschützerInnen¹⁰⁴⁰ an der Baustelle in Gabčíkovo montiert wurde, versuchten die AktivistInnen das Projekt durch internationalen Druck zu kippen.

„Der Pressburger Ausschuss der slowakischen Natur- und Umgebungsvereinigung/SZOPK/ [sic!] ruft alle Umweltschützer des Landes dazu auf, unter dem Motto ‚opfere einen Tag für die Donau‘ die Aktion zu unterstützen“¹⁰⁴¹

Zwei Tage später, am 17. Juli 1991, ließ die Slowakei die Baustelle durch die Polizei räumen. Blockadeaktionen führten in der Folge zu Festnahmen und dem Einsatz von Tränengas. Am 22. Juli erhielten nach Angaben des WWF zwei österreichische Umweltschützer ein einjähriges Einreiseverbot für das Nachbarland. In der Zwischenzeit machten sich auch mehrere Abgeordnete des Slowakischen Nationalrats vor Ort ein Bild von den Protesten. Sie führten sowohl Gespräche mit slowakischen WissenschaftlerInnen unter den AktivistInnen, als auch mit Janos Vargha, der vor Ort einen Vortrag über die Zukunft der Donau hielt.¹⁰⁴² Auch der stellvertretende Vorsitzende des Slowakischen Nationalrats, Milan Zemko, empfing die VertreterInnen von „Eurochain“ und versprach sich für deeskalierende Maßnahmen einzusetzen.¹⁰⁴³ Nur wenige Tage darauf beschloss die slowakische Regierung die Fertigstellung von Gabčíkovo. Nachdem keine Einigung mit dem ungarischen Projektpartner erzielt wurde, plante die zuständige Slowakische Umweltkommission die Umsetzung der Variante C. Die föderative Regierung bestätigte am 25. Juli diesen Plan, wobei die

¹⁰³⁹ Vgl. ebd., 25; Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 50f.

¹⁰⁴⁰ Mit dabei u.a. auch Wolfgang Rehm. Vgl. schriftliche Kommentare v. W. Rehm zum Manuskript, 17.05.2021.

¹⁰⁴¹ *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 25.

¹⁰⁴² Mehrere Abgeordnete und Anhänger der ungarischen Minderheit erklärten sich solidarisch mit der Protestbewegung. Miklos Duray initiierte die Bewegung „Miteinander leben“ und organisierte eine Demonstration in Csoloszo. Duray bezeichnete die Pro- Gabčíkovo Kampagne als einen Versuch, nationalistische Gefühle gegen die UngarInnen zu stiften. Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 53f. Sowie *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 26.

¹⁰⁴³ Vgl. *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 26.

Notwendigkeit von weiteren Verhandlungen mit Ungarn betont wurde.¹⁰⁴⁴ Die Protestbewegung ebte nicht ab. Nachdem am 27. Juli damit begonnen wurde, den Wasserkanal aufzufüllen, versuchten DemonstrantInnen die Arbeiten zu verhindern. Eine Eskalation mit der Polizei konnte zwar verhindert werden, der Druck nach Mitbestimmung nahm jedoch weiter zu.¹⁰⁴⁵

„Alexander Zinke, der Koordinator des Naturschutz-Weltfondes [sic!] für Ost- und Mitteleuropa stellt fest, dass, falls, die slowakische Regierung auch weiterhin nicht gewillt ist, mit den Vertretern der Bevölkerung Zwiesgespräche zu führen, auch im Ausland protestiert wird.“¹⁰⁴⁶

Am 30. Juli gaben Umweltschutzgruppen aus allen drei Ländern eine Pressekonferenz. Vier Tage später eskalierte eine Besetzungsaktion der Pumpstation. 11 ÖsterreicherInnen erhielten ein Einreiseverbot. Am 4. August 1991 protestierten zahlreiche lokale Gruppen gegen den Bau. Der WWF sprach in Folge von dem „ersten freiwilligen Bürgerprotest in der Region seit 200 Jahren“.¹⁰⁴⁷

Nach den knapp einmonatigen Protesten vor Ort empfing der slowakische Ministerpräsident Ján Čarnogurský VertreterInnen der Bewegung, darunter der Eurochain und des SZOPK. Den UmweltschützerInnen wurde eine öffentliche Anhörung im Herbst versprochen – ein Zugeständnis, mit dem sich die AktivistInnen nicht begnügen wollten.¹⁰⁴⁸

„3. August, Samstag: Zweihundert Menschen finden sich bei der Hrusover Pumpenanlage ein und gedenken der Bewegung, welche vor einem Monat ihren Anfang genommen hatte und im Laufe derer sie elf Tage lang auf dem nun bereits niedergerissenen Abschnitt des Dammes lagerten. Nachher liefen unerwarteter Weise dreissig [sic!] Leute auf das Schiff, aus welchem die Auffüllung des Wasserkanals ohne Genehmigung vollzogen wurde, um so gegen diese Rechtswidrigkeit zu protestieren. Sie blieben bis zum Abend dort, dann wurden sie von einer Sondereinheit der Polizei entfernt.“¹⁰⁴⁹

Am 10. September fand ein globaler Protesttag unter der Devise „Stop Gabčíkovo“ statt. Die Forderung nach einer länderübergreifenden Schutzmaßnahme für die Donaulandschaft wurde immer lauter.¹⁰⁵⁰ Während sich Ungarn und die Tschechoslowakei im Dezember 1991 dazu entschieden, VertreterInnen der Europäischen Gemeinschaft in einer neu etablierten Kommission zur Streitschlichtung und Lösungsfindung zu involvieren, setzten auch die internationalen Umweltschutzorganisationen wie der WWF verstärkt auf die Europäische Gemeinschaft als Adressat und Vermittler. „Die Lösung der slowakischen Energieprobleme liegt in grenzüberschreitender Verantwortung und sollte mit europaweiter Unterstützung

¹⁰⁴⁴ Vgl. *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 53.

¹⁰⁴⁵ Vgl. *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 27.

¹⁰⁴⁶ Ebd.

¹⁰⁴⁷ „Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo“, Protestunterlagen des WWF, undatiert, vermutlich August 1991, Privatarchiv W. Rehm, Kopie im Besitz der Verfasserin.

¹⁰⁴⁸ Vgl. *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 27.

¹⁰⁴⁹ Ebd., 27f.

¹⁰⁵⁰ „Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo“, Protestunterlagen des WWF, undatiert, vermutlich August 1991, Privatarchiv W. Rehm.

gefunden werden“, heißt es in der vom WWF Österreich erstellten Chronik. In der beiliegenden „Aktionsanleitung“ für den internationalen Protesttag, die detaillierte Handlungsempfehlungen für MitstreiterInnen sowie die Adressen verschiedener hochrangiger PolitikerInnen in Bratislava, Prag und Brüssel umfasste, bezeichnete die NGO Gabčíkovo als „weltweites Symbol für die Zerstörung der Natur“. „Wenn es verhindert wird, ist dies ein internationales Signal für all die umweltzerstörenden Großprojekte der Welt.“¹⁰⁵¹ Hinter der WWF-Kampagne stand der aus Deutschland kommende Biogeograf Alexander Zinke. Er war von 1989 bis 1998 beim WWF Österreich für den Aufbau des Osteuropa-Programms und die Entwicklung des Programms „Grüne Donau“ tätig. Schon in der zuvor erwähnten Donaudeklaration aus dem Jahr 1986 und der späteren „Donau-Charta“ aus dem Jahr 1990, an der die UmweltschützerInnen des SZOPK federführend beteiligt waren, war ein trilateraler Nationalpark vorgesehen, dessen Deklaration künftige Kraftwerksbauten nachhaltig verhindern sollte. Eine zentrale Figur dieses frühen Engagements war Mikuláš Huba, der seit den 1970er Jahren an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften tätig war. Huba, der nach der Wende kurz als Abgeordneter fungierte, bezeichnete sich als „environmentalist by heart“ und engagierte sich ab 1977 im Umweltschutz bei Exkursionen und freiwilligen Monitoring-Tätigkeiten. Seine ersten Kontakte mit anderen Donau-SchützerInnen machte Huba im Sommer 1985 bei einem zweiwöchigen Sommerlager¹⁰⁵² am Fluss, an dem informelle Diskussionen zur Frage des Schutzes dieser Landschaft stattfanden. „There I started to think of a natural park as a contra to the idea of technocrat thinking. It was important to be for the natural park, not to be deconstructive.“¹⁰⁵³ Im Zuge seines Engagements für den Umweltschutz lernte Huba auch den Biologie-Studenten Juraj Mesík kennen, der ebenso an den Tree-of-Life-Sommerlagern teilnahm und Mitglied des SZOPK wurde. Mesík führte den slowakischen Ableger der ersten Grün-Partei des Landes (Strana zelených – SZ) bei den Parlamentswahlen im Juni 1990 an.¹⁰⁵⁴ Der slowakischen Geotechnikerin und Umweltaktivistin Ľubica Trubíniová zufolge war die Parteigründung eine Reaktion auf die Bürgerbewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (Verejnost' proti násiliu – VPN), die sich 1989 ähnlich zum tschechischen Bürgerforum (Občanské fórum – OF) gegründet hatte. Für die ParteigründerInnen nahmen Umweltschutzthemen eine zu geringe Rolle im VPN ein. Die Gründung einer grünen

¹⁰⁵¹ Ebd.

¹⁰⁵² Das Sommerlager 1995 gehörte auch für Jaromír Šíbl zu einem wichtigen Sprungbrett der Umweltschutz-Aktivitäten. Vgl. Interview der Verfasserin mit Jaromír Šíbl, Bratislava, 23.07.2019, Sprache: Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

¹⁰⁵³ Interview der Verfasserin mit Mikuláš Huba, Bratislava, 12.04.2019, Sprache: Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Juraj Mesík, Webseite des Oral History-Projekts Memory of Nations, online unter <<https://www.memoryofnations.eu/en/mesik-juraj-1962>>, (18.01.2021).

politischen Bewegung führte in Folge zu Auseinandersetzungen zwischen den AktivistInnen. „VPN leaders were very angry, because according to studies environment was one of the hot points in the society“, erinnert sich L’ubica Trubiniova, die die junge Partei in den Gründungsjahren unterstützte. Die ersten freien Parlamentswahlen beförderten sechs Grün-Abgeordnete in das Parlament.¹⁰⁵⁵ Im Vergleich zum siegreichen VPN gelang es der Grünpartei nicht, eine breite WählerInnenschaft zu mobilisieren. Zu ihren Problemen zählten neben Diskreditierungskampagnen auch ein zu eng auf ökologische Fragen bezogenes Programm. Schließlich erlebte die slowakische Grünbewegung jener Jahre ein ähnliches Schicksal wie ihre Schwesterpartei in Ungarn:

„In fact, throughout the 1990s the Green Party had to come to terms with the mistrust or even the total rejection of ecological activists, who denounced on principle all forms of party organisation as illegitimate on principle and sterile in practice, especially because of the limitations placed on them by their programmes (either the election programme was too ecological and not attractive enough for the voters, or else it was sufficiently open to other considerations, but then the defence of the environment disappeared in favour of other priorities). In addition, the environmentalists who came out of dissident circles under the communist regime – and who enjoyed an aura of respect because of this – and who did favour political action on a party basis, all opted for parties that were not specifically ecological.“¹⁰⁵⁶

Wie bereits zuvor erläutert wurde, führte der Rückzug Ungarns aus dem GNV-Projekt sowie der Bau der Variante C auf slowakischer Seite zu einem jahrelangen politischen und juristischen Konflikt, welcher in der vorliegenden Arbeit nicht näher ausgeführt werden soll. Die Umweltproteste fanden bereits lange vor dem Gerichtsurteil in Den Haag ein erfolgloses Ende. Am 24. Oktober 1992 wurde die Donau bei Čunovo blockiert und über den Seitenkanal zum Gabčíkovo-Kraftwerk abgeleitet. Im Februar 1993 zog sich die tschechische Seite aus dem Konflikt zurück.¹⁰⁵⁷ Im Herbst darauf begann Ungarn mit dem Rückbau des Damms bei Nagymaros. Doch schon im April des Folgejahres schlugen VertreterInnen der ungarischen Wasser-Lobby vor, Nagymaros doch fertigzustellen und GNV nach dem Originalplan in Betrieb zu nehmen.¹⁰⁵⁸

¹⁰⁵⁵ L’ubica Trubiniová gründete 1993 die slowakische Niederlassung von Greenpeace.

¹⁰⁵⁶ Michel Perottino, *The Green Party: An undeserved success?*, In: *Social Movements and Public Action: Lessons from Environmental Issues*, Pascal Marty, Sandrine Devaux (Hg.) (Prague 2009) 59f.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Sharon Fisher, *The Gabčíkovo-Nagymaros Dam Controversy Continues*, RFE/RL Research Report 2, Nr. 37 (1993) 8f; Vgl. ebenso: Fuchs, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam*, 61f.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Fuchs, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam*, 63; *Lehetőségek és realitások*, Új Magyarország, 06.08.1994, 1.

8.2 Netzwerkbildung und grenzübergreifende Zusammenarbeit aus Sicht zentraler AkteurInnen

8.2.1 Ungehorsam als Pflicht – von Hainburg nach Nagymaros

Über die Pflicht des zivilen Ungehorsams gegen den Staat hat er von Henry David Thoreau gelernt, erzählt Günter Schobesberger am Telefon. Der gebürtige Oberösterreicher ist nicht leicht zu erreichen. Er lebt zurückgezogen in Hainburg an der Donau. Und doch folgt auf den Anruf prompt die Einladung, doch persönlich über Schobesbergers Engagement für die Umwelt zu sprechen. Barfuß empfängt er seinen Besuch am Bahnhof Hainburg. Das Gespräch findet am Gartentisch der Nachbarin statt. Am Tisch sitzt auch Annemarie Höferle (1938 geboren). Sie freut sich über das Interesse an den damaligen Protesten. Gemeinsam mit ihrem Mann stellte sie ihr altes Bauernhaus und ihre Telefonleitung an der Stopfenreuther Au den BesetzerInnen zur Verfügung. „Wir waren Beschützer, nicht Besetzer“, korrigiert sie. In den Dezembertagen 1984 wurde ihr Haus zur „Organisationszentrale“ der AktivistInnen. Ihren Kuhstall vermieteten sie um 50 Schilling an den WWF. Schon in Höferles Elternhaus sei der Naturschutz sehr wichtig gewesen. Kurz nachdem die Höferles nach Hainburg gezogen waren, lernten sie Silvia Leitgeb kennen. Leitgeb war es später, die sie auch auf die Kraftwerkspläne der DoKW hingewiesen habe. Als Mitarbeiterin einer lokalen Baufirma habe Leitgeb durch das Sammeln von Unterschriften gegen das Kraftwerk ihren Arbeitsplatz riskiert, so Höferle. Als gelernte Rauchfangkehrmeisterin habe sie gute Kontakte zu den lokalen Bauern gehabt. „Sie hat die Bauern bearbeitet.“ Die ersten Aktionen gegen den Kraftwerksbau seien schon Ende der 1970er Jahre organisiert worden, bestätigen sowohl Schobesberger als auch Höferle. In dieser ersten Bürgerinitiative waren auch Valerie Fasching (sie sitzt ebenso mit am Tisch) und Robert List. Paul Pagacs gründete eine Bürgerliste und zog 1975 in den Hainburger Gemeinderat ein.¹⁰⁵⁹ Die Mittel des Protests reichten in den frühen 1980er Jahren von Unterschriftenlisten, politischer Partizipation bei Lokalwahlen bis hin zur massenmedial aufsehenerregenden Besetzung durch tausende Ausschützer. Für Günter Schobesberger hat der zivile Ungehorsam jedoch eine längere Geschichte als der Protest in der Au. Mitte der 1960er Jahre verbrachte Schobesberger das Jahr nach der Matura in den USA. In Virginia Beach atmete er die aufgeladene Luft der Anti-Vietnam-Bewegung. „Ich habe schon als Kind Gewalterfahrungen gemacht“, erzählt Schobesberger mehr als 50 Jahre später. „Ich hatte eine Art Nachkriegsmief, in Amerika bin ich dann mit einem ganz anderen Geist in Berührung gekommen (...). Ich war

¹⁰⁵⁹ Vgl. Die Liste Hainburg (kurz „LH“)..., Webseite des Vereins LH, online unter <<http://www.liste-hainburg.at/liste/de/die-liste.php>>, (18.01.2021).

ein anderer Mensch.“ Seine Gastfamilie nahmen ihn zu Sonntagstreffen der Quaker mit. Für den konservativ katholisch geprägten Österreicher war es ein Eintauchen in neue Welten. „Dort kann jeder aufstehen, wenn *the spirit moves you*“, so Schobesberger. Aus heutiger Sicht hätten ihn die Gewalt seines Vaters und die zu Gehorsam verpflichtende Erziehung stark geprägt. 1957 wurde Schobesbergers Vater im Streit von einem Nachbarn erschlagen. Die Mutter zog daraufhin mit Sohn und Tochter¹⁰⁶⁰ nach Wien. „Ich bin nach Wien gekommen, aber nie richtig angekommen“, sagt Schobesberger später über diese Zeit, in der er sich als Junge vom Land neuorientieren musste. Nach einem begonnenen Architekturstudium wechselte er zur Zoologie und Botanik. Während des „Brückenkampfest“ am Neusiedlersee in der ersten Hälfte der 1970er Jahre war Schobesberger gemeinsam mit Konrad Lorenz, Bernd Löttsch und Silvia Leitgeb nach Neusiedl gefahren. Auch am Protest gegen die Lobau-Umwidmung beteiligte sich Schobesberger. Als parteiloser Studienvertreter in der Fachschaft hatte er erste politische Erfahrungen gesammelt. Als 1973 im Wiener Sternwartepark 40 Bäume für einen Neubau des zoologischen Instituts der Universität Wien gefällt werden sollten, war Schobesberger allerdings zwischen die Fronten geraten. Als Studierendenvertreter sollte er sich für den Bau einsetzen. Als „Naturgrüner“, wie sich Schobesberger nennt, konnte er aber nicht mitziehen. „Ich habe mich in der Hörerversammlung dagegen ausgesprochen. Das war dann ‚Ich gegen Uns‘.“ Der Bürgerprotest sorgte für den Rücktritt von Bürgermeister Felix Slavik.¹⁰⁶¹ Für Schobesberger hieß die Konsequenz Ausstieg. Ohne sein fortgeschrittenes Studium zu beenden, zog er in sein Elternhaus nach Ampflwang zurück und renovierte das Wirtschaftsgebäude. Die Fäden nach Wien hat er dennoch nicht ganz gekappt. „Ich habe trotzdem an Forschungsprojekten weitergearbeitet und war als Reiseleiter unterwegs.“ In Oberösterreich sollte Schobesberger, der Sprachkenntnisse in Englisch, Spanisch und Französisch hatte, die ersten Erfahrungen im Verhandeln mit der Elektrizitätswirtschaft machen. Nach der Schließung des Kohleabbaus in Ampflwang verkaufte Schobesberger sein Haus. „Von dem Geld habe ich dann Decken für Hainburg gekauft. Ich habe es für den Widerstand eingelöst.“ Von den Kraftwerksplänen hörte Schobesberger über die Medien. „Ich habe Anschluss gesucht und mich bei Karl Wagner gemeldet.“ Der WWF-Mitarbeiter hatte das Auen-Büro am Mexikoplatz in Wien gegründet. Mit der „Rettet die Auen“-Kampagne war WWF Österreich, unterstützt vom WWF International und dem Schweizer WWF, eine der stärksten Organisationen, die sich gegen das geplante Kraftwerk bei Hainburg einsetzten. 1983 sammelte Schobesberger für die

¹⁰⁶⁰ Gudrun Biffl ist als renommierte Arbeitsökonomin, Wirtschafts- und Migrationsforscherin tätig.

¹⁰⁶¹ Vgl. David Krutzler, Wiener Sternwartepark: Ein Naturdenkmal, das zum Park wird, Der Standard, 25.04.2013, online unter <<https://www.derstandard.at/story/1363709084126/ein-naturdenkmal-das-zum-park-wird>>, (18.09.2020).

Kampagne Unterschriften. Während der Besetzung der Au zählte er zum Kernteam vor Ort. „Die Vorbereitungen zur Besetzung und die gesamte Organisation wurde von Günter Schobesberger durchgeführt, eine einmalige Leistung von der der Erfolg abhängig war“, erinnert sich Valerie Fasching später.¹⁰⁶²

Hainburg wurde übrigens auch zum Schauplatz einer Begegnung zweier zentraler Umweltschützer: Der Schweizer Tier- und Umweltaktivist Franz Weber setzte sich vor Ort für die Rettung des Donaugebiets ein und lernte dabei János Vargha kennen. Weitere Treffen folgten, bei denen Vargha Weber auf Nagymaros aufmerksam machte und ihn bat, die mögliche Involvierung von Bankkrediten aus der Schweiz zu verhindern.¹⁰⁶³

Mitte der 1980er Jahre erfuhren die UmweltschützerInnen von den Plänen der DoKW in Nagymaros. Gemeinsam mit anderen AktivistInnen reiste Günter Schobesberger erstmals nach Ungarn. Treffpunkt war Anna Perczels Wohnung in Budapest. Anwesend war auch der englische Journalist Nick Thorpe. „Wir haben ausgemacht, etwas zu machen. (...) Wir treten gegen den österreichischen Einfluss auf.“ Die „Macht des Kapitals“ müsse gebrochen werden, so Schobesberger später. Schobesberger war von Anfang an in die grenzüberschreitenden Kontakte mit Ungarn involviert. Er nahm an der Pressekonferenz im Januar 1986 teil¹⁰⁶⁴ und vereinbarte mit den ungarischen KollegInnen für den 8. Februar einen „Umweltspaziergang“ in Budapest. Mithilfe des Aktionsreferats der Österreichischen Hochschülerschaft sollten Demonstranten per Bus aus Österreich einreisen und auch eine Videokamera mitnehmen. „Wir trafen im Hotel dort ein, doch kein Ungar kommt. (...) Da haben uns die Ungarn gelegt.“¹⁰⁶⁵ Schobesberger selbst setzte sich ein, zwei Jahre gemeinsam mit den ungarischen AktivistInnen gegen den österreichischen Einfluss beim Kraftwerksbau ein und nahm gemeinsam mit Franz Meister von den Jungsozialisten in Wien an den „Ökologischen Bildungsfahrten“ der ÖH teil. Die Enttäuschung über die gescheiterte Aktion im Februar 1986 ist ihm auch nach Jahrzehnten noch anzusehen. „Wir sind von den Ungarn instrumentalisiert worden“, sagt er im Interview.

Zu Besuch in Anna Perczels Budapester Wohnung war auch Franz Meister. Das Mitglied der Jungsozialisten, das „den grünen Flügel der SPÖ stärken wollte“, war damals zum ersten Mal in Ungarn. „Ich habe kein Wort Ungarisch gesprochen. Ihre Höflichkeit und Gastfreundschaft

¹⁰⁶² Vgl. „Bürgerinitiative gegen das DOKW Hainburg. Kampf um die Au“, zusammengestellt von V. Fasching.

¹⁰⁶³ Vgl. Olivier *van Bogaert*, Nagymaros fällt ins Wasser!, Journal Franz Weber 11, Nr. 1 (1990) 26–27. Anmerkung: Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zur Schweiz steht nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit. Zu konkreten Aktionen und Unterstützungsleistungen seitens der Stiftung Franz Webers finden sich daher keine weiteren Anhaltspunkte. Sowohl B. Rásky als auch G. Schobesberger erwähnen jedoch in Interviews zu den Umweltprotesten gegen GNV Franz Webers Namen.

¹⁰⁶⁴ Vgl. dazu Interview der Verfasserin mit W. Rehm (a), Wien 2018.

¹⁰⁶⁵ Ebd.

hat mich aber dermaßen für die Sache eingenommen, dass ich mich verpflichtet gefühlt habe“, erzählt der heutige Mitarbeiter des Umweltbundesamtes mehr als 30 Jahre später bei einer Melange im Café Museum in Wien. Im Budapester Hinterzimmer waren auch Männer aus Polen und der Tschechoslowakei, sie hatten alle Bücher mit, erinnert sich Meister. Sowieso hätte man gemerkt, dass dort die „Kultur des Diskurses gepflegt wird.“ „Die haben Zeit gehabt“, so Meister und „viel über Bücher gesprochen“, das habe er bewundert. Judit Vársárhelyi, die später die Donaustiftung gründete, war auch dabei.¹⁰⁶⁶ Nach diesem Treffen sei Meister damals noch circa 50-mal nach Budapest gefahren. Die Ansprechpersonen in Ungarn hätten sich aber immer wieder geändert. Die Freunde Günter Schobesberger, Wolfgang Rehm und Michael Köcher bildeten ein Dreigespann, das auch über die Jahrzehnte hinweg durch Freundschaft verbunden blieb. Etwas später stieß Franz Meister zu den Aktivisten hinzu. Janos Vargha sei einer ihrer zentralen Kontakte gewesen. Ab 1988 bildete András Szekfü eine wichtige Ansprechperson. Auch mit Szekfü verband Köcher in Folge eine langjährige Freundschaft. Ein Resultat ihrer Zusammenarbeit bildete ein Buch zu Nagymaros, das von Köcher herausgegeben wurde und 1987 im Verlag der Österreichischen Hochschülerschaft mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstatt erschien. Die zweisprachige (Ungarisch/Deutsch) Publikation umfasste auf knapp 140 Seiten Beiträge von zentralen AkteurInnen und UnterstützerInnen der Bewegung, darunter György Konrád, Paul Blau, Károly Perczel, Peter Weish, András Hegedüs, Judit Vársárhelyi, László Sólyom, László Vít, Imre Mécs, Miklós Duray, János Vargha, Günter Schobesberger und Branko Velimirov. Köcher stellt in seinem Vorwort die moralische Verantwortung heraus, die die AutorInnen für ihre Ablehnung des Staustufenprojektes verband:

„Der moralischen Folgewirkungen ökonomischer Kolonialbestrebungen können wir uns dadurch nicht entziehen, wollen wir eine Basis für nachbarschaftliche Beziehungen finden, die über Technologietransfer und Stoffwechseltourismus hinausgeht. Hier soll versucht werden, der Verantwortung des Mitwissers und der Verpflichtung zur demokratischen Solidarität Folge zu leisten.“¹⁰⁶⁷

Die illustrierte Publikation (Abbildung 26) wurde von Róza Sali, der damaligen Partnerin von János Vargha, gestaltet. Nach eigenen Angaben habe András Szekfü die Übersetzungen durchgeführt. Aus Sicherheitsbedenken habe er jedoch auf eine Namensnennung im Impressum verzichtet. Das Buch wurde Anfang 1988 nach Ungarn geschmuggelt.¹⁰⁶⁸

¹⁰⁶⁶ Vársárhelyi war damals mit dem späteren Fidesz-Politiker Iván Bába verheiratet. Das Paar lebte zu dieser Zeit in einer Wohnung nahe des ehemaligen Moszkva tér (heute Széll Kálmán tér).

¹⁰⁶⁷ Michael Köcher, Vorwort, In: Nagymaros, Michael Köcher (Hg.) (Wien/Budapest 1987) 1-2.

¹⁰⁶⁸ Interview der Verfasserin mit A. Szekfü, am 23.04.2021, Online, Sprache: Deutsch, Ton- und Bildqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin. Anmerkung: Für die Nagymaros-Publikation waren Köcher und Rehm im November 1986 und im August 1988 zur Baustelle angereist, um Fotografien zu erstellen. Vgl. Schriftliche Kommentare v. W. Rehm, 17.05.2021.

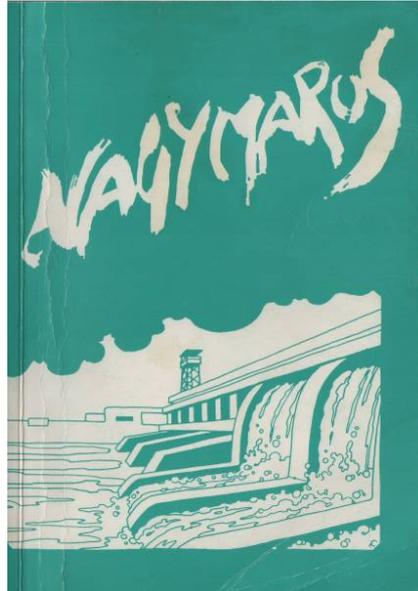


Abbildung 26 Michael Köcher (Hg.), Nagymaros (Wien/Budapest 1987).

Für die Kommunikation zwischen Österreich und Ungarn war klar, dass keine Anrufe gemacht oder Briefe geschickt würden. „Man kam“, so Meister. „Wir wollten niemanden in Gefahr bringen.“ Franz Meister half bei der Organisation der „Bildungsfahrten“ nach Ungarn. Zumeist führten diese Busfahrten erst nach Szigetköz, „um zu zeigen wie groß dieses Projekt [Nagymaros] war, dann weiter nach Budapest zum Demonstrieren. Dabei kümmerte sich Meister auch um die Teilnahme von PolitikerInnen wie Freda Meissner-Blau und Josef Buchner (VGÖ) sowie ÖVP-Bautensprecher Otto Keimel. Auch beim „Spaziergang“ am 8. Februar 1986 war er dabei.¹⁰⁶⁹ „Wir sind vom Batthyány tér donauaufwärts gegangen. Bei der Insel sind wir dann zusammengeschlagen worden. Das ist wild ausgegangen, Schoberl [G. Schobesberger] hat noch heute einen Schaden am Knie davon“, erinnert sich Meister. Zurück in Wien wurden Allianzen geschmiedet. „Ich bin mit Karl Wagner vom WWF in Kontakt getreten. Er hatte die Idee, eine zweisprachige Broschüre zu drucken. Die Jusos [Jungsozialisten] haben auch dafür gezahlt.“¹⁰⁷⁰

¹⁰⁶⁹ Zu den Ereignissen im Februar 1986 gibt es widersprüchliche Aussagen seitens der interviewten Aktivisten, vor allem was die Beteiligung am Protestspaziergang sowie zur vermeintlichen Polizeigewalt betrifft. So widerspricht Wolfgang Rehm der Darstellung Meisters. Eine „Autobusladung ÖsterreicherInnen“ sei von nur wenigen Ungarn begleitet worden, kam jedoch „nicht einmal 100 Meter weit und erreichte das Ziel, die Margit-Sziget, nie. Es kam zu Polizeigewalt gegen Ungarn, was die österreichische Delegation betrifft wurde vor allem dem mitgereisten Videojournalisten Franz Goess Tränengas in die Augen gesprüht, er festgenommen und erst nach Stunden wieder freigelassen.“ Franz Meister sei Rehm zufolge bei diesem Ereignis nicht dabei, sondern erst später zur Nagymaros-Bewegung gestoßen. Erst dann habe er „eine tragende Rolle eingenommen, insbesondere nachdem sich Günter Schobesberger ab 1987 aus privaten Gründen aus der Kampagne zurückziehen musste.“ Vgl. Schriftliche Kommentare v. W. Rehm zum Manuskript, 17.05.2021.

¹⁰⁷⁰ Interview der Verfasserin mit Franz Meister (b), Wien, 09.03.2018, Sprache: Deutsch, Tonqualität schlecht, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

Auch das Alternativreferat der ÖH und Michael Undorf, der später für Greenpeace arbeitete, hebt Meister hervor. Eigentlich habe alles mit einer Wette begonnen, so Meister. „Ich habe mit einem jungen ÖVP-ler gewettet, dass das das nächste Hainburg wird.“ Als junger Student fuhr Meister damals mit zwei Mitbewohnern nach Hainburg. „Das haben wir uns geben müssen“, sagt er darüber später. Bei der Besetzung habe er auch Michael Köcher, der in der „Zentrale“ aktiv war, kennengelernt. „Köcher kannte Leute bei der Polizeiakademie. Er sagt Bescheid, wenn’s [der Polizeieinsatz] losging“, so Meister über die Dynamiken vor Ort. Ähnlich wie bei Günter Schobesberger fühlte sich auch Franz Meister nach dem Besuch in Ungarn verpflichtet, gegen den österreichischen Einfluss aufzutreten. „Über den Kredit kamen wir [Österreicher] ins Spiel. Ich habe es mies gefunden, dass Fremuth [damaliger Verbund-Chef, Anm. der Verf.] über Nagymaros Ungarn kolonialisiert“, so Meister. Und so fuhr der junge Aktivist mit Schobesberger mehrmals nach Ungarn.¹⁰⁷¹

Die Kontakte der ÖsterreicherInnen nach Bratislava wurden erst 1990 stärker. Dem slowakischen Aktivist Juraj Mesík war es gelungen, während eines Holland-Besuches eine Postkarte nach Österreich zu schicken. Darin war ein Hinweis zum geplanten Treffpunkt vermerkt. „Wir [Wagner und Meister] haben uns auf der Novi-Brücke mit Mesík getroffen.“ Um 1989/90 herum fand auch ein Treffen in Hainburg statt, an dem auch Mikuláš Huba und János Vargha teilnahmen. „Dort haben wir ein Sensorium für diese Mentalitäten bekommen“, erinnert sich Meister. Er bezog sich dabei auf die nationalistisch aufgeladenen Ressentiments zwischen UngarInnen und SlowakInnen.

„Ich war der Meinung, wenn ich über den Eisernen Vorhang komme, würden sich dort alle kennen. (...) Sie sagen es nicht, sind innerlich gebremst oder distanzierter. Sie denken nicht in größeren Zusammenhängen, sondern in nationalen Grenzen (...) Bei Gabčíkovo–Nagymaros wäre aber ein Blick über die Grenzen hinaus wichtig gewesen.“¹⁰⁷²

Nur wenige der AktivistInnen der Donaubewegung verfügten über diesen Blick über die Grenze oder konnten auf existierende Netzwerke im Westen zurückgreifen. Wie das folgende Kapitel zeigen wird, sollten jedoch jene, welche bereits über Kontakte in Österreich oder in den USA verfügten, von den bestehenden Brücken profitieren und sich um einen Ausbau ihres Netzwerkes bemühen, um für die Anliegen der UmweltschützerInnen im Ausland zu werben.

¹⁰⁷¹ Ebd.

¹⁰⁷² Interview der Verfasserin mit F. Meister (b), Wien 2018.

8.2.2 Transnationaler Aktivismus hinter dem Eisernen Vorhang

Der Soziologe András Szekfü zählte zu jenen AktivistInnen in Ungarn, die „Zugang zu beiden Welten“ hatten.¹⁰⁷³ Szekfü arbeitete ab 1983 in Österreich, erst als Gastdozent in Salzburg¹⁰⁷⁴, ab 1986 als Lektor in Wien. Zu seinem Freundeskreis in Österreich zählten auch UngarInnen, die in Wien lebten, darunter auch Béla Rásky, bei dem er oft übernachtete. Rásky übersetzte diverse oppositionelle Texte; Szekfü, der auch beide Sprachen beherrscht, korrigierte. Bei dieser Gelegenheit hat Szekfü „gemerkt, dass man hier etwas tun kann,“ und begann sich für den Fall GNV zu interessieren. So bat er Rásky darum, ihm Kontakte zu UmweltschützerInnen zu vermitteln. „Meine Tätigkeit für die Umwelt hat in Österreich begonnen“, so Szekfü, der kurz darauf Michael Köcher kennenlernte. Über ihn wurde er 1988 auf den „Duna Kör“ aufmerksam. Bei einem Treffen im Café Museum habe ihn Köcher für die Umweltbewegung engagiert. Köcher war für Szekfü ein „typischer verlorener Sohn aus einer reichen Familie wie in den 1920er Jahren.“ Er habe jahrelang als Matrose gearbeitet, war nie wirklich an einer Universität, hatte sich aber aktiv in der ÖH engagiert. „Er war an der ÖH für Umweltbewegungen und Menschenrechte zuständig. Er hatte keinen eigenen Wagen, deshalb hat er sich einen von der ÖH ausgeliehen, um damit oft nach Ungarn zu fahren und illegale Materialien zu schmuggeln“, erinnert sich Szekfü. Köchers kleine Wiener Wohnung war die Zentrale für Übersetzungen und Anlaufstelle für Telefonate. Die grafischen Arbeiten für Publikationen wurden wiederum von Varghas damaliger Ehefrau, Róza Saly übernommen. Köcher erkrankte später an Multipler Sklerose und starb im Jahr 2003. Den Nachruf auf sein „Leben als Romanheld“ schrieb György Dalos (Abbildung 27).¹⁰⁷⁵

¹⁰⁷³ Sämtliche Fließtext-Zitate in diesem Unterkapitel (so nicht anders gekennzeichnet) stammen aus dem Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest, am 06.04.2018, Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

¹⁰⁷⁴ Während seiner Zeit in Salzburg habe Szekfü auch die Bekanntschaft mit TrotzistInnen gemacht. „Sieben von dreizehn Trotzisten in Salzburg haben in meinem Studentenheim gewohnt.“ Den ideologischen Überzeugungen der TrotzistInnen konnte Szekfü aber nicht viel abgewinnen. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2018.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Interviews A. Szekfü (a) und (b), Wien 2018, sowie mit György Dalos, Berlin, 11.11.2018, Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

Ein perfekter Romanheld

Nachruf auf Michael Köcher

György Dalos*

Immer wollte er schreiben, möglichst einen Roman, aber nichts Literarisches hat er fertig gebracht. Man würde sagen, er sei zum Schreiben unbegabt gewesen. Ich habe eine triftigere Erklärung: Er war ein perfekter Romanheld. Könnten etwa Julien Sorel, Oblomow oder Hans Castorp ein gutes Buch zusammenbringen?

Ich bewunderte ihn, und zwar seit dem ersten Augenblick unserer Bekanntschaft. Im Frühjahr 1986 kam er als Mitarbeiter der Wiener Hochschülerschaft nach Budapest, um den damals illegalen ungarischen Umweltgruppen bei der Kampagne gegen das Wasserkraftwerk Gabčíkovo-Nagymaros Hilfe zu leisten. Ehrlich gesagt war ich von der Sache selbst nicht ganz überzeugt, als er mich zur Mitarbeit aufgefordert hatte. Ich wusste nur – da konnte ich sichergehen –, dass unsere Regierung lügt, und gegen diese Lüge war ich bereit, einiges zu unternehmen. Außerdem vertraute ich vorbehaltlos seiner Anständigkeit.

Allerdings ahnten wir beide nicht, dass der Protest wegen des unglückseligen technischen Projekts den Anfang eines Abbauprozesses des Systems markiert. Dies begriffen wir erst im Jahre 1989, als die Parteistaaten des Ostblocks einer nach dem anderen zusammenbra-



Michael Köcher 1963–2003.

Foto: Mirzaie

chen. In jenem Herbst war Michael Köcher fortwährend unterwegs: In Budapest, Bratislava, Berlin und während der dramatischen Dezembertage in Bukarest und Klausenburg suchte er die Kontakte mit den neu gegründeten politischen Gruppen. Ja, auch in Rumänien, wo damals scharf geschossen wurde. Er hatte Angst und ließ sich auf die Gefahren ein.

Ich wusste – damals waren wir bereits befreundet –, dass er mit fünfundzwanzig Jahren eine verwicklungsreiche Jugend hinter sich hatte: Fast aus dem Elternhaus, von der Schulbank geriet er als Matrose auf die Weltmeere und lernte die Küsten von Kanada, Südafrika und Australien kennen. Seine Balkanreisen am Anfang der 90er-Jahre erinnerten mich an diese maritimen Abenteuer; ob er nun, diesmal in

UNO-Auftrag, parlamentarische Ausschüsse in Tirana oder Wahllokale in Sarajewo aufsuchte – er befand sich wieder auf einem endlosen Teich mit den dazugehörigen Kapriolen der Elemente.

Dann – von der anbrechenden Krankheit immer mehr an seine Wohnung und den Computer gefesselt – nahm er sich einer wenigen spektakulären, dennoch grandiosen Sache an. Als Rechtsberater stand er Asylbewerbern zur Seite, die um ihren Aufenthalt mit den Behörden rangen. Michael Köcher arbeitete für sie als Anwalt – seine diesbezüglichen Kenntnisse waren von gelerntem Juristen geschätzt – und Vertrauensperson, mit der man die Fremdheit der Welt zu überwinden suchte. Die unheimlich wirkende kleine Wohnung auf der Liechtensteinstraße erwies sich für viele Ausländer als Inland.

Dann folgte das letzte Wagnis – das Sterben auf Raten, der vierzigste Geburtstag im Krankenbett mit einem gebrochenen Körper und gleichzeitig unversehrtem Kopf, in dem es von den für mehrere Leben ausreichenden Erinnerungen und Erfahrungen nur so wimmelte, als wollten Geist und Seele ihrem Anspruch auf Unsterblichkeit jetzt noch Geltung verschaffen.

*Der Schriftsteller und Essayist lebt in Wien und Budapest.

Abbildung 27 Nachruf auf Michael Köcher¹⁰⁷⁶

¹⁰⁷⁶ György Dalos, Ein perfekter Romanheld, Der Standard, 08.11.2003, 38.

„Köcher wollte und wurde im islamischen Bereich des Zentralfriedhofes begraben werden, aus Protest gegen seine bürgerliche Familie“, so Szekfü. Sein österreichisches Gehalt als Lektor sowie die Einführung des Weltpasses mit Beginn des Jahres brachten für den Dozenten, der trotz seiner Anstellung den Großteil seiner Freizeit in Ungarn verbrachte, Bewegungsfreiheiten mit sich. Über einen Kollegen des Forschungszentrums für Massenkommunikation, wo Szekfü auch tätig war, kam er mit János Vargha in Kontakt. „Der Donaukreis brauchte meine Kenntnisse und Kontakte zur Presse. Zuerst war ich informell dabei, dann war ich formal der Pressebeauftragte des Donaukreises.“ Als Sprecher sei Szekfü jedoch nur selten in Erscheinung getreten. Die Autorität lag, erinnert sich der Aktivist, klar bei Vargha.

„Die meisten führenden Mitglieder waren Intellektuelle. Sie waren sehr eifersüchtig, sollte sich irgendjemand anderes für den Donaukreis äußern, außer János Vargha, er stand darüber (...) Er ist der typisch charismatische Leiter gewesen.“¹⁰⁷⁷

Szekfüs Aufgaben umfassten die Kontakte mit JournalistInnen in Ungarn und im Ausland. Er organisierte Pressekonferenzen, Interviewtermine und bereitete Publikationen vor. Auch wenn er 1988 keine nahe Wende in Ungarn erwartet hatte, waren gewisse Zeichen des Zerfallsprozesses schon damals sichtbar. „Ich habe gespürt, dass man jetzt schon internationale Pressekonferenzen führen kann.“ Auf eine entsprechende Anfrage beim Außenministerium erhielt der Duna Kör tatsächlich eine Liste mit KorrespondentInnen.

„Wir haben diese Journalisten dann von Anfang an zu den Pressekonferenzen eingeladen. Zuerst kamen fünf bis zehn Korrespondenten, später wurden es immer mehr. Dann habe ich auch eine Übersetzung organisiert.“¹⁰⁷⁸

Die Kritik des Duna Kör an dem Projekt GNV war für Szekfü eine Möglichkeit, seiner Unzufriedenheit mit dem kommunistischen Regime Luft zu machen. Schon in den 1970er Jahren kam er mit der demokratischen Opposition in Kontakt, hatte Samisdat-Material verbreitet und sich bei Unterschriftenaktionen zu Menschenrechtsthemen engagiert.

„Unsere Familie wurde im kommunistischen Regime verfolgt. Trotzdem bin ich um 1968 ein neuer Linker geworden. Das war eine Lösung, um antikommunistisch zu sein ohne die schönen Prinzipien des Sozialismus verlieren zu müssen. Dann war die Invasion der Tschechoslowakei und das war eine kalte Spritze für uns. In den 1970er Jahren bin ich der damals beginnenden demokratischen Opposition nähergekommen.“¹⁰⁷⁹

1981 wurden Szekfüs Tätigkeiten an seinem damaligen Arbeitsplatz bekannt. „Ich habe so eine Art letzte Warnung bekommen.“ Der Soziologe und Medienwissenschaftler kam mit einem Publikationsverbot und der Absage eines schon genehmigten Reisestipendiums davon. Seine Ausreise zur Lehre in Salzburg wurde 1983 aber bewilligt. „Eigentlich bin ich in die Emigration nach Österreich gegangen.“ Während seine Familie in Ungarn blieb, arbeitete und lebte Szekfü

¹⁰⁷⁷ Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

¹⁰⁷⁸ Ebd.

¹⁰⁷⁹ Ebd.

im Nachbarland. Erst ab der Einführung des Weltpasses pendelte er regelmäßig zwischen den beiden Ländern.

„Die Umweltbewegung war für mich gewissermaßen eine Art Mittelweg zwischen nichts tun und politischer Opposition. (...) Es ist vielleicht eine Illusion gewesen, aber ich habe das sehr oft gespürt, dass Leute in der Umweltbewegung ihre politische Opposition im Umweltschutz ausgeübt haben. Das heißt nicht, dass man sich nicht für die Umwelt interessierte.“¹⁰⁸⁰

Szekfü sah in GNV ein massenwirksames Thema, „weil es sehr viele Gesichtspunkte gab, bei denen man diese große Investition opponieren kann“. Neben den ökonomischen und ökologischen Kritikpunkten sah der Aktivist im Kraftwerkstandort Visegrád eine „patriotische Gedenkstelle“ Ungarns.

„Für mich war es die historische Unempfindlichkeit von offizieller Seite, was mich am meisten gestört hat, das Heiligtum zu entwürdigen. (...) das hat mich am meisten emotional gestört.“¹⁰⁸¹

Obwohl Szekfü sehr gute Deutsch- und Englischkenntnisse besaß, blieb Vargha der zentrale Ansprechpartner für ausländische PartnerInnen. Sein Verständnis für die ungarische und ausländische Medienlandschaft war für die Bewegung dennoch sehr wichtig. Szekfü zufolge gab es unter ungarischen JournalistInnen damals einige, die „schon einen Freiheitskampf geführt“ haben.

„Ich wusste Bescheid, was professionelle Journalisten brauchen: Sie brauchen Daten und Dokumente und sie brauchen visuelle Sensationen oder Spektakel. Also war ich stark bemüht, vor jeder Pressekonferenz einen visuellen Köder zu stellen: Fotos, ein Plakat oder Modell etc.“¹⁰⁸²

Das Duna Kör-Emblem sowie das Dracula-Plakat¹⁰⁸³ gehörten zu diesen Symbolen, die den Wiedererkennungswert der Bewegung sichern sollten. Eine wichtige Rolle zur Verbreitung der Kritikpunkte nahmen auch die ungarisch-sprachigen Programme von Radio Free Europe und der BBC ein:

„Im kommunistischen Ungarn war es sehr wichtig, dass es ausländische Kurzwellensender (in ungarischer Sprache) gab (...) Diese waren sehr an Umweltproblemen interessiert, sehr viel war in der Umweltbewegung auf Budapest konzentriert, obwohl einige Mitglieder aus anderen Städten kamen. Aber im ganzen Land wusste man vom Donaukreis dank Radio Free Europe & BBC etc.“¹⁰⁸⁴

Im Jahr 1989 schlug das Führungsteam des Duna Kör für einige Monate seine Zelte in Szekfü's Wohnung auf. Sein Anrufbeantworter bildete eine wichtige Schnittstelle für die bis dahin bereits sehr heterogenen Gruppierungen gegen GNV. Szekfü bestätigt, dass der Fall Hainburg für die Mobilisierung und die Strategie der Bewegung wichtig war. „Hainburg war damals eine Art glorreicher Sieg der Umweltbewegung, ein Vorbild.“ Der Dokumentationsfilm „Widerstand am Strom“ wurde vom Duna Kör bei Veranstaltungen gezeigt (Szekfü hatte den

¹⁰⁸⁰ Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

¹⁰⁸¹ Ebd.

¹⁰⁸² Ebd.

¹⁰⁸³ Siehe Abbildung 28.

¹⁰⁸⁴ Ebd.

ungarischen Text dazu ausgesprochen), um auf die Problematik der Donaukraftwerke aufmerksam zu machen. So wurden nicht nur die Fronten der Donaubewegung ähnlich zum Hainburg-Protest abgesteckt, auch die Terminologie („Betonierer“) der österreichischen AktivistInnen blieb im Wortschatz einiger AktivistInnen verhaftet:

„Wir haben auf zwei Ebenen gefochten: Gegen die ungarische Partei und den Staat, aber auch gegen die ungarische Großbaugesellschaft, die Betonierer, wie wir damals sagten (...), auch die Österreicher waren unsere Feinde: die Donaukraftwerke und jene österreichischen politischen Kräfte, die das unterstützt haben. Eines der größten Argumente, die wir von den österreichischen Umweltschützern mitbekommen haben, war, dass die DOKW wegen der Umweltproteste keine Aufträge mehr in Österreich hatte, deswegen mussten sie die Umweltzerstörung nach Ungarn exportieren. (...) Das war ein Zentralpunkt unserer Ideologie.“¹⁰⁸⁵

Die Kontakte nach Österreich waren laut Szekfü eine Schule für zivilen Protest gewesen. Neben dem Beispiel Hainburgs sei es jedoch ebenso wichtig gewesen, als unpolitisch bzw. politisch neutral zu wirken. „Viele der Menschen wären nicht Mitglieder geworden, wenn es eine politische Bewegung gewesen wäre.“ Für Szekfü und einige andere MitstreiterInnen des Duna Kör war der Protest dennoch eine politische Angelegenheit, weshalb die Frage des Politischen zu heftigen Konflikten innerhalb der Bewegung führte.

„Damals hatten wir im Donaukreis viele Unstimmigkeiten. Der Donaukreis hatte zwei Identitäten oder Prinzipien: Einerseits war er sehr stark basisdemokratisch geführt (...), zum Beispiel gab es keinen Präsidenten oder Generalsekretär, sondern nur ein Führungsgremium. János Vargha war dort einer wie der andere. In der Realität war das aber eine Gruppe, die von einem charismatischen Führer angeführt worden ist. János Vargha hatte eine fantastische Autorität. Das führte manchmal zu komischen Auseinandersetzungen. (...) 1989 war er sogar für einige Wochen vom Donaukreis ausgetreten. Das war als wäre Gott aus der katholischen Kirche ausgetreten.“¹⁰⁸⁶

Vargha kam kurze Zeit später wieder zum Duna Kör zurück, doch der Konflikt „Grüne Politik vs. Umweltaktivismus“ blieb bestehen. Vargha, der selbst 1989 bei der SZDSZ aktiv war, wollte keine eigene Grün-Partei, so Szekfü. Ende des Jahres 1989 entschied sich eine Gruppe, darunter einige Duna-Kör-Mitglieder, darunter Gábor Hraskó, Adrienne Hajósy sowie Szekfü und seine damalige Partnerin Zsuzsa Béres, dazu, die erste Grüne Partei Ungarns zu gründen, die „Magyarországi Zöld Párt“. Die ParteigründerInnen versuchten einerseits Natur- und UmweltschützerInnen gemeinsam in ein Boot zu holen, andererseits sollten damit auch die ideologische Gräben zwischen ReformkommunistInnen und antikommunistischen Teilen der Opposition überbrückt werden.

„Leute wie [Erzsebet] Schmuck mussten schlucken, dass wir so antikommunistisch sind und auch wir mussten schlucken, dass sie kommunistisch sind. (...) Während der vierzig Jahre der Diktatur schienen die ideologischen Richtungen der Horthy-Zeit verschwunden zu sein, das waren sie aber nicht. Als die Freiheit kam, hatten wir das Gefühl, man hat einen Stein vom Boden weggerissen und darunter waren verschiedene Käfer. Alles was da rauskam, war auch unter den Naturschützern. Darunter Antisemitismus, ungarisch faschistische Ideen usw. (...) In der Führung der grünen Partei waren sie nicht vertreten, aber bei den Mitgliedern schon.“¹⁰⁸⁷

¹⁰⁸⁵ Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

¹⁰⁸⁶ Ebd.

¹⁰⁸⁷ Ebd.

Nachdem die Grün-Partei bei den Parlamentswahlen nur 0,34 Prozent erreicht hatte, änderte sich die Ausrichtung der Partei. „Das war das Ende meiner politischen Karriere“, so der Umweltschützer später. In den Jahren danach habe er „vom Umweltaktivisten zum Sympathisanten“ gewechselt. „Bei der Parteigründung versuchten wir eine Allianz zwischen Naturschützerinnen und UmweltschützerInnen zu verwirklichen, das war auch ein Grund warum es so schnell auseinander ging“, erklärt Szekfü das Scheitern der Partei Jahrzehnte später.¹⁰⁸⁸

Als Kontinuität seiner Aktivitäten gegen GNV setzte sich lediglich die Freundschaft zu Franz Meister und Michael Köcher über die Wende fort. Szekfü's damalige Lebensgefährtin tauchte im Zuge der Parteigründung auch einmal in österreichischen Medien auf. So berichtete Kurt M. Mayer für den Kurier 1989 über neue Grün-Bewegungen in Osteuropa.

„Bürger nehmen ihre Geschicke selbst in die Hand. So wurden nach zahlreichen Protesten die Pläne für einen Ausbau des Atomkraftwerks bei Páks an der Donau fallengelassen. In Ófalu im Südwesten leisten die Anrainer einem Lager für radioaktiven Müll hinhaltenden Widerstand. Nur im Osten, in Gyöngyös, verloren Bürger ihren ‚Kampf‘ gegen eine Blei-Wiederverwertungsanlage. Deswegen sieht die 37-jährige Übersetzerin Zsuzsa Béres eine der Führungsfiguren der ungarischen Grünen, die einzige Chance der Partei darin, eine Dachorganisation für möglichst alle Bürgerinitiativen des Landes zu werden. Auch für sie hat die sozialistische Planwirtschaft die meisten der katastrophalen Umweltschäden verursacht. Und doch warnt Béres vor dem, was sie einen ‚Ausverkauf an den Westen‘ nennt: ‚Wir dürfen nicht zum sozialen und ökologischen Einkaufsparadies werden. Ungarn braucht zwar Geld vom Westen, aber auch für diese Firmen müssen strengere Schadstoff-Auflagen her.‘ Jiran und Sapak, die beiden tschechischen Gesinnungsgenossen, die sich einen Ruck geben mußten, bevor sie der Veröffentlichung ihrer Namen zustimmten, wollen von derlei Feinheiten (noch?) nichts wissen: ‚Nur eine wirklich freie Marktwirtschaft kann unsere Umwelt retten‘.“¹⁰⁸⁹

Diese und andere Äußerungen von AktivistInnen lassen darauf schließen, dass hinsichtlich der Folgen der Transformation Uneinigkeit darin bestand, was ein kapitalistisches Wirtschaftssystem für die post-sozialistischen Gesellschaften leisten könne.

In der Budapester Wohnung von Anna Perczel war auch Judit Vásárhelyi zu Gast. Die Philologin hatte als Bibliothekarin gearbeitet, als sie gemeinsam mit anderen UmweltschützerInnen den Duna Kör gründete. Ab 1986 war Vásárhelyi, die über Kontakte in die USA verfügte, für die Soros-Stiftung tätig.

„In 1988, Bill Moody of Rockefeller came by and asked her what was needed in Hungary. She suggested many things but stressed environmental education: “There are people in school who can't recognize a squirrel. Really!” No literature existed; no environmental literacy. She also stressed the need for funds to allow scientists to have an independent professional existence “so that they could be more courageous.” The Soros Foundation partly fulfilled these needs.“¹⁰⁹⁰

In einem Interview mit John Feffer bezeichnete sich Vásárhelyi selbst als „durch und durch zivile Person“. Im Zuge der politischen Wende stand auch sie vor der Wahl ein politisches Amt

¹⁰⁸⁸ Interview der Verf. mit A. Szekfü (c), Online 2021.

¹⁰⁸⁹ Kurt M. Mayer, Im Block des Waldsterbens, Kurier, 20. November 1989, 5.

¹⁰⁹⁰ John Feffer, Toward Local Resilience, 2014, online unter <<https://www.johnfeffer.com/toward-local-resilience/>>, (18.09.2020).

anzustreben. Die Gründe, warum sie schließlich doch im NGO-Bereich blieb erklärte sie 2014 wie folgt:

„On the one hand, I thought I was not well prepared for that, and it was too much responsibility for me. The other thing was Zoltan asked two women to be the head of the international department of the environmental ministry. He told us Zsuzsa Foltanyi was the other woman – that we must decide among ourselves. This was obviously impossible. Another part of the answer is that, basically, I am a deeply rooted civic person. I was never a member of a political party though I always voted. I also refused the invitation to be the director of the Regional Environmental Center (REC) offered by the U.S. ambassador, Mark Palmer, who just died recently. I thought that was too much. In my mind, I was in an ideal job in the Independent Ecological Center (IEC) with an ideal potential for the Hungarian environment.“¹⁰⁹¹

Auf Einladung des schwedischen Parlaments sollten Vársárhelyi und Vargha gemeinsam zur Übergabe des Alternativen Nobelpreises reisen. Als Bibliothekarin war sie bereits seit den frühen 1960er Jahren in ost- wie west- und nordeuropäischen Ländern unterwegs. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Beantragung einer Ausreisebewilligung musste sie jedoch ihre Teilnahme in Stockholm absagen. Die Reisepläne wurden von der Staatspolizei aktiv mitverfolgt. In den Akten findet sich ein Tagesreport vom 10. November 1985, nach dem die beiden AktivistInnen planten, sich über die Preisverleihung hinaus noch für mehrere Tage in Westeuropa aufzuhalten. Auch eine Pressekonferenz sei geplant. Man sei sich nicht sicher, ob ein Pass ausgestellt werden sollte, heißt es in einem Aktenvermerk des Reports.¹⁰⁹² Samisdats-Berichten zufolge lud Eva Gisslar, die Präsidentin der schwedischen Sektion der Right Livelihood Foundation, Vársárhelyi später zu einem privaten Besuch nach Schweden ein; im gleichen Jahr sollte sie einen Vortrag zur ungarischen Umweltbewegung auf einer Konferenz in Coventry halten. In beiden Fällen wurde die Ausreise unter Angabe formeller Mängel nicht bewilligt.¹⁰⁹³ Vársárhelyi nahm ebenso wie ihr damaliger Ehemann, Iván Bába, vor allem in den Anfangsjahren des Duna Kör eine zentrale Rolle ein.¹⁰⁹⁴ Wenig später gründete Vársárhelyi die Donau-Stiftung, unterstützte aber weiterhin Publikationen des Kreises. Im Rückblick erinnert sie sich in einem Interview 2013 mit dem Journalisten John Feffer an einen Streit zweier Flügel innerhalb der Gruppe:

„There were two tendencies in the circle: the fundamentalists and the pragmatists. The former emphasized ecological harm, and defined the Circle activities as pro-nature, not political. The leader of this wing, Janos Vargha, always stressed that pollution belongs to no particular political regime. The second tendency, to which Vasarhelyi belonged, was more political, recognizing that the lack of information they had about the Hungarian environment was intrinsically connected to government policies.“¹⁰⁹⁵

Obwohl Vársárhelyi keine politische Funktion übernahm und sich als „civic“ bezeichnete, betrachtete sie die Anliegen der Donaubewegung als eine politische Angelegenheit. Als am 27.

¹⁰⁹¹ Ebd.

¹⁰⁹² ÁBTL – 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14, Duna Kör (274 lap) 20. November 1985.

¹⁰⁹³ Vgl. Miklós *Haraszi*, Esetgyűjtemény [Fallsammlung], Beszélő 1, Nr. 21 (1987).

¹⁰⁹⁴ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

¹⁰⁹⁵ *Feffer*, *Toward Local Resilience*.

September 1987 zahlreiche Intellektuelle und AnhängerInnen der Opposition wie auch ReformkommunistInnen nach Lakitelek fuhren, war auch Vásárhely unter den RednerInnen.¹⁰⁹⁶ Das Vermächtnis der Protestbewegung schätze sie heute¹⁰⁹⁷ eher bescheiden ein. Natürlich sei es ein großer Erfolg gewesen, Nagymaros zu verhindern. Die anfängliche Euphorie und die Hoffnung, durch die Transformation den Umweltschutz in Ungarn zu einem prioritären Status zu verhelfen, sei aber gescheitert.

„The Danube Circle is no more. Instead there is the Danube Charta, which emerged when Gyula Horn came to power in 1994. There were rumors of secret negotiations with the Slovaks on this issue. So immediately we established the Danube Charta in case we needed to make noise if necessary. It exists, and makes noise when necessary in this respect.“¹⁰⁹⁸

Während in Österreich eine weitere Änderung des Energieanleihegesetzes beschlossen wurde¹⁰⁹⁹, formierte sich auch in den USA Widerstand gegen GNV. Béla Lipták, ein in Amerika lebender ungarischer Ingenieur und Professor an der Yale University gründete im Februar 1987 zur Unterstützung ungarischer UmweltschützerInnen einen Fonds.¹¹⁰⁰ Der 1956 aus Ungarn geflüchtete Automatisierungs-Experte wurde nach eigenen Angaben 1984 von einem Mitglied der MTA über die Staudamplänen informiert.¹¹⁰¹

Mr. Lipták investigated the report and decided to found the Magyar Környezet Védelmi Alap (Hungarian Environment Defence Foundation) in 1986. In 1987, the M.K.V. [Abkürzung für die gegründete Umweltschutz-Stiftung, Anm. der Verf.] drafted a petition with 26 arguments against the construction of the GNDS. It was signed by about 10,000 individuals, and 232 Hungarian and foreign environment protection groups representing a total of about 3 million members. The petition was presented to the Presidium of the Hungarian Communist Party on January 2, 1988, asking for a referendum on the decision to build the GNDS.“¹¹⁰²

Kopien der Petition schickten die AktivistInnen auch an die New York Times, die diese im März 1988 publizierte.¹¹⁰³ Die österreichische Wochenzeitung „Die ganze Woche“ berichtete darüber, dass auch Boykott-Aufrufe aus den USA eintrafen. „So ruft die US-Zeitung ‚New York Times‘ zum Boykott Österreichs auf: ‚Wer die Donau retten will, sollte in die Schweiz auf Skiurlaub fahren.““¹¹⁰⁴

„Wegen Österreichs Beteiligung am Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn und er drohenden Zerstörung der ungarischen Donau-Auen rufen die deutschen Grünen nun alle Westdeutschen auf, Österreich als

¹⁰⁹⁶ Vgl. Gyula Kozák, *Megzápult-e a Lakitelki gondolat*, Beszélő 2, Nr. 47 (1991).

¹⁰⁹⁷ Das Interview wurde 2014 geführt.

¹⁰⁹⁸ Feffer, *Toward Local Resilience*.

¹⁰⁹⁹ Änderung des Energieanleihegesetzes (BgbI. 1987-322-0 ausgegeben 21. Juli 1987)

¹¹⁰⁰ Vgl. Galambos, *An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams*, 182.

¹¹⁰¹ Vgl. Fuchs, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam*, 17. Weitere Akten zu Béla Liptáks Protestaktivitäten gegen das Kraftwerksprojekt sind sowohl im ÁBTL als auch im MNL in Budapest verfügbar. Vgl. etwa: MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia IV-29-55 00511/8 1989 Bös-Nagymarosi vizilépcsősörendszert elleni akció. Sowie: ÁBTL – 2.7.1.NOIJ-III/III-217/4/1987.XII.4.

¹¹⁰² Ebd.

¹¹⁰³ Vgl. ebd.

¹¹⁰⁴ M. K., *So exportieren wir die Zerstörung der Donau*, *Die ganze Woche*, 11.08.1988, 14.

Urlaubsland zu boykottieren. Das Nagymaros-Symposium in Budapest ging mit der Forderung, das Projekt einzustellen und die Verträge Ungarns mit Österreich und der ČSSR aufzukündigen, zu Ende.“¹¹⁰⁵

Im Oktober 1988 organisierte Lipták einen internationalen Protesttag, der für große Medienaufmerksamkeit sorgte:

The decision was followed by an even more heated public debate. On October 30, an international day of protest was held, coordinating simultaneous demonstrations against the GNBS in 27 capitals of the world, organized by a Hungarian American, Bela Liptak and his Foundation to Protect the Hungarian Environment.“¹¹⁰⁶

Zu den ungarischen OrganisatorInnen der Kampagne zählte auch der Elektroingenieur und SZDSZ-Mitbegründer Imre Mécs, der damit den GNV-kritischen Stimmen innerhalb der Regierung Rückenwind verschaffen wollte.¹¹⁰⁷

„On August 10, 1988, Lipták’s organization M.K.V., asked Western countries and Hungarians living abroad to stage boycotts, protests and demonstrations against the GNDS. Lipták was interviewed by Hungarian State Radio for a program broadcast on May 16, 1988. He said that the interview was highly distorted in the editing and tried to correct it in an interview with the magazine H.V.G.. He said that all his interviews were manipulated.“¹¹⁰⁸

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass der von Mitchell Cohen und Sidney Tarrow in die Bewegungsforschung eingeführte Begriff des „Rooted Cosmopolitanism“ nicht zwangsläufig auf alle genannten AktivistInnen vollständig zutrifft. Allein die nationalen Beschränkungen der Reisefreiheit, welche etwa bei ungarischen AktivistInnen wie Judit Vasárhelyi zu konkreten Hindernissen führten, müssen hier bemerkt werden. Auch wenn der Idealtypus des Kosmopoliten bzw. der Kosmopolitin als eine Person, die der Definition nach frei von nationalen Einschränkungen lebt, nicht vollends auf die genannten AktivistInnen zutrifft, so weisen ihre internationalen Kontakte und Einflüsse darauf hin, dass sie sich über die Grenzen des Lokalen und Nationalen hinaus orientierten und engagierten.¹¹⁰⁹ Ihr grenzübergreifendes Engagement gegen GNV macht sie Sidney Tarrow zufolge zu „Transnational Activists“, die über spezielle Ressourcen und Mobilisationspotential verfügen.¹¹¹⁰

„Transnational activists are a subgroup of rooted cosmopolitans, whom I define as individuals and groups who mobilize domestic and international resources and opportunities to advance claims on behalf of external actors, against external opponents, or in favor of goals they hold in common with transnational allies.“¹¹¹¹

Für den grenzüberschreitenden Austausch waren ohne Zweifel auch Spenden und Unterstützungsleistungen aus Österreich von zentraler Bedeutung. So wurden neben Publikations- und Druckkosten auch die Besuche ungarischer AktivistInnen im Nachbarland

¹¹⁰⁵ N.N., Nagymaros: Ruf nach Boykott Österreichs, Kurier, 05.09.1988, 3.

¹¹⁰⁶ Galambos, An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams, 182.

¹¹⁰⁷ Vgl. Fuchs, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 17.

¹¹⁰⁸ Ebd., 18.

¹¹⁰⁹ Vgl. Tarrow, The New Transnational Activism, 42f.

¹¹¹⁰ Vgl. ebd., 43.

¹¹¹¹ Ebd.

von österreichischer Seite, etwa vom WWF, finanziert.¹¹¹² Neben diesen Förderungen und den persönlichen Kontakte waren auch die Ressourcen und Infrastruktur bereits bestehender Netzwerke von großer Bedeutung. Ein Sammelbecken für junge, idealistische und neugierige Personen boten hierbei die Netzwerke linker Gruppierungen, wie etwa der trotzkistischen Linken in Wien, die die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang mit hoffnungsvollem Interesse mitverfolgten. „Perfekt funktionierte die Vierte Internationale als Reisebüro für jugendliche Aktivisten: Man hatte nicht nur fast überall Bleibe und Anschluss, sondern stand über politische Gemeinsamkeiten sofort voll im Leben des besuchten Landes“, erinnert sich der österreichische Journalist Raimund Löw in seiner 2007 veröffentlichten Anthologie „Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach“¹¹¹³ In vielen europäischen Hauptstädten bildeten sich neue Gruppierungen der sogenannten „Neuen Linken“, welche sich in der Blütezeit sozialer Bewegungen intensiv mit neuen Formen des Widerstandes und Erneuerungsprozessen des Sozialismus auseinandersetzten.¹¹¹⁴ Eine für den Fall GNV wesentliche Gruppierung war das sogenannte Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) in Wien, zu dessen AnhängerInnen und SympathisantInnen unter anderem auch emigrierte UngarInnen zählten. Im Folgenden soll gezeigt werden, wie das Netzwerk dieser Gruppierung im Zuge der Kraftwerksproteste zu einem Brückenbauer zwischen Ost und West wurde.

8.2.3 Trotzkistische „Gegenstimmen“ als Brückenbauer¹¹¹⁵

Mit seiner Gründung im Jahr 1978 wollte das Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) „alle unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung“ integrieren. Das in Wien ansässige Komitee betrachtete sich als österreichische Sektion der Vierten Internationalen, welche ihren Sitz in Brüssel hatte und von Ernest Mandel geleitet wurde.¹¹¹⁶ Die Gründung der SOK war eng mit den damaligen Spaltungsprozessen der radikalen Linken innerhalb der Österreichischen Studierendenvertretung (ÖH) verknüpft. Der Verband Sozialistischer Studenten in Österreich (VSSStÖ) galt als sozialistische Organisation der ÖH, war jedoch aufgrund von Konfliktthemen wie die Beziehungen zur Kommunistischen Partei (KPÖ) sowie durch die antistalinistische Haltung einiger seiner Mitglieder gespalten. Mehrere Mitglieder der VSSStÖ, darunter auch der

¹¹¹² Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (c), Online, 2021.

¹¹¹³ Löw, Der Charme der Widersprüche, 113.

¹¹¹⁴ Vgl. dazu u.a.: Detlef *Siegfried*, Das Subversive retten. Eine Denkfigur der 1980er, Aus Politik und Zeitgeschichte 65, Nr. 46 (2015) 13–18.

¹¹¹⁵ Die zentralen Erkenntnisse dieses Unterkapitels, in dem das Sozialistische Osteuropakomitee sowie das „Gegenstimmen“-Redaktionsteam und dessen Kontakte nach Ungarn im Zentrum stehen, basieren im Wesentlichen auf den Sammelband-Beitrag der Verfasserin: Vgl. *Neubacher*, Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain.

¹¹¹⁶ Vgl. gegenstimmen Nr. 0 (1980) [Verfügbar in der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB)].

junge Wiener Hans Ljung, verließen Ende der 1970er Jahre die Organisation und schlossen sich der trotzkistischen Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM) an. 1986 änderte die GRM ihren Namen in Sozialistische Alternative (SOAL).¹¹¹⁷

Mit dem erklärten Ziel, „eine Zeitschrift über die Opposition in Osteuropa zu veröffentlichen“, veröffentlichte das SOK im April 1980 seine erste Ausgabe der Zeitschrift „Gegenstimmen“. Bis zu ihrer letzten Ausgabe im Jahr 1987 veröffentlichte die Redaktion, bestehend aus dem Kernteam Hans Ljung¹¹¹⁸, Imma Palme und Béla Rásky, insgesamt 27 Ausgaben, die gesellschaftspolitische Entwicklungen in Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und in der UdSSR abdeckten. Mit Unterstützung von Pressesubventionen, privaten Spenden und einem Netzwerk von AktivistInnen gelang es der kleinen Redaktion Kontakte zu zahlreichen lokalen DissidentInnen, Oppositionellen und weiteren AktivistInnen in Ost- und Südosteuropa aufzubauen, über ihre Aktionen zu berichten sowie fremdsprachige Inhalte zu übersetzen und abzdrukken. Bekannte JournalistInnen, wie Georg Hoffmann-Ostenhoff und Raimund Löw („Genosse Fred“), schrieben für die „Gegenstimmen“.¹¹¹⁹

„Die Utopie der Weltrevolution und eines künftigen menschlichen, demokratischen Sozialismus schien in der historischen Figur Leo Trotzki inkarniert zu sein. Und so gründete eine Hand voll junger Linker die ‚Gruppe Revolutionäre Marxisten, Sektion der Vierten Internationale‘ (GRM)“, erinnert sich Hoffmann-Ostenhoff, damals bekannt als „Genosse Lampe“ an den Gründungsgeist der GRM.¹¹²⁰ Die jungen IdealistInnen orteten ein Informationsdefizit innerhalb der österreichischen Öffentlichkeit über die Opposition in Osteuropa. Sie kritisierten den Mangel an Solidarität und die, ihrer Meinung nach, ignorante Haltung der SozialdemokratInnen gegenüber der Zunahme der Opposition in der Region.¹¹²¹ Die „Gegenstimmen“ sollten diese Defizite ausgleichen und „Solidarität mit der demokratischen und sozialistischen Opposition in Osteuropa“ – so der Untertitel der Zeitschrift – fördern.¹¹²² Die Redaktionsmitglieder der Zeitschrift berichteten nicht nur über den Dissens

¹¹¹⁷ Im Netzwerk der GRM fanden sich zahlreiche Personen, die in den Folgejahren und -jahrzehnten aufgrund ihrer Karrieren Bekanntheit erlangen sollten, darunter der Journalist Robert Wiesner, der Historiker Siegfried Mattl, der Politikwissenschaftler Anton Pelinka sowie der ehemalige Grün-Politiker Peter Pilz.

¹¹¹⁸ Hans Ljung, der damals mit Imma Palme liiert war, hatte eine amerikanische Schule besucht und sich dort politisiert. Bücher von Ernest Mandel hatten ihn mit dem Trotzkismus vertraut gemacht. Nach Zerwürfnissen innerhalb des VSSÖ trat Ljung dem GRM bei. Vgl. Interview der Verfasserin mit H. Ljung, am 19.12.2017, Pressbaum/Niederösterreich, Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin. Näheres zu Ljungs Rolle in der GRM bzw. in den „Gegenstimmen“ bei: Neubacher, *Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain*.

¹¹¹⁹ Vgl. Georg *Hoffmann-Ostenhoff*, *Ohne Gott*, In: *Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach*, Raimund Löw (Hg.) (Wien 2007) 164.

¹¹²⁰ Ebd., 149.

¹¹²¹ *N.N.*, Editorial, *gegenstimmen*, Nr. 0 (1980) 3.

¹¹²² Die Wiener Gruppe war im Wesentlichen eine kleine Schwester des deutschen Sozialistischen Osteuropakomitees, welches sich Anfang der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) gegründet

in der Region, sondern beteiligten sich auch selbst an Protestaktionen. „Unser Ziel muss es daher sein, eine Solidaritätsbewegung in Österreich zu schaffen“, heißt es in der 1980 veröffentlichten Erstausgabe.¹¹²³

Die Berichterstattung orientierte sich vor allem an den aktuellen politischen Ereignissen in Osteuropa und umfasste die Themen Menschenrechte, Arbeiterbewegungen, staatliche Repressionen und Polizeigewalt, Feminismus, Umweltschutz, Naturschutz und Gesundheit, Musik- und Jugendkultur, Zensur, Sozialpolitik und Armut, Minderheiten, Religion, Antimilitarismus, Demokratisierung sowie Sexualität. Während Anfang der 1980er Jahre vor allem die Entwicklungen in Polen im Mittelpunkt standen, rückten Mitte der achtziger Jahre zunehmend die Länder Jugoslawien, Ungarn und die ČSSR in den Fokus. Dies ließ auch andere Medien in West- und Mitteleuropa auf die Gruppe aufmerksam werden.

„Im Unterschied zu den ‚Ost-Nachrichten‘, die sich allen pluralistisch-demokratischen Oppositionsgruppen Osteuropas verpflichtet fühlen, bauen die seit nunmehr drei Jahren ebenfalls in Wien erscheinenden ‚Gegenstimmen‘ auf einer *sozialistischen Strategie* im Westen auf. Ihrem vornehmlich aus Wienern bestehenden Redaktionsteam mit starkem Juso-Einschlag geht es zunächst um eine Rehabilitierung des Begriffs ‚Sozialismus‘, der von den stalinistischen Regimen in Osteuropa in Misskredit gebracht worden sei. Die ‚Gegenstimmen‘ erscheinen viermal jährlich; ihr Ziel besteht in der Verbreitung von Hintergrundartikeln, Analysen, Dokumenten. Der Inhalt ist weniger selektiv oder sektiererisch, als die apodiktische Programmplattform der Gruppe vermuten liesse. Der Umstand, dass die von allgemein-humanitärem, nicht in erster Linie sozialistischem Gedankengut getragene ‚Solidarität‘ einen weit größeren Einfluss auf die Massen hatte als die Prager Reformbewegung von 1968, blieb den jungen Linken in Wien im Unterschied zu den Linken in der Schweiz nicht verborgen, und dass sie dieser Tatsache in der Gestaltung ihrer Zeitschrift Rechnung tragen, kommt dieser sehr zugute.“¹¹²⁴

Die ungarische Opposition nahm von Beginn an eine wichtige Rolle in der Berichterstattung ein. So veröffentlichte die Redaktion bereits in der Erstausgabe 1980 ein sechsseitiges Interview mit dem Dissidenten und Schriftsteller György Dalos.¹¹²⁵ Interviews u.a. mit dem Samisdat-Verleger György Krassó, dem Schriftsteller und Menschenrechtsaktivisten Miklós Haraszti, dem Architekten László Rajk, dem Philosophen Miklós Gáspár Tamás sowie ein Bericht der Soziologin und Gründerin des Armenhilfefonds (Szegényeket Támogató Alap – SZETA)

hatte. Das Wiener Komitee hielt darüber hinaus auch zu Redaktionen und Gruppen in Frankreich und Großbritannien Kontakt. Ihnen gemeinsam war das Ziel, die Aufmerksamkeit auf die oppositionellen Aktivitäten in Osteuropa zu lenken. Ausführlicher in: *Neubacher*, *Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain*.

¹¹²³ In Österreich waren die Trotzkisten nie stark genug, um die Dominanz der Sozialdemokraten in der österreichischen Linken zu destabilisieren. Von 1970 bis 1983 wurde Österreich vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Bruno Kreisky regiert, danach folgte Fred Sinowatz, der 1986 von Franz Vranitzky abgelöst wurde. Erst im Jahr 2000 wurde die Ära durch Wolfgang Schüssel (ÖVP) unterbrochen. Im Gegensatz zu den Bemühungen konservativer Politiker wie des damaligen Vizebürgermeisters von Wien, Erhard Busek, war die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky vorwiegend an der Fortsetzung der Entspannungspolitik interessiert. Gerade im Hinblick auf die polnische Arbeiterbewegung, die stark mit der katholischen Kirche in Verbindung stand, herrschte bei den österreichischen Sozialdemokraten Zurückhaltung. Unzufrieden mit dieser Haltung der Sozialdemokratie versuchten die Aktivitäten der österreichischen Trotzkisten, diese Lücke zu schließen.

¹¹²⁴ *St. R.*, *Neue Osteuropa-Zeitschrift* in Wien, *Neue Züricher Zeitung*, 03.06.1983. (Zeitungsausschnitt aus dem Privatarchiv von B. Rásky, ohne Seitenangabe)

¹¹²⁵ *N.N.*, „Wir sind eine kulturelle Opposition“, *gegenstimmen*, Nr. 1 (1980) 33–38.

Ottília Solt, ein offener Brief des Umweltschützers, Wehrdienstverweigerers und Publizisten Károly Kiszely sowie intensive Auseinandersetzung mit dem Volksaufstand von 1956 folgten. Die nötige Ungarn-Expertise kam hierbei oft von Béla Rásky,¹¹²⁶ der mit seiner Familie dem Aufstand von 1956 entkommen war und seither in Wien wohnt. Der Historiker wuchs in einem „politischen Haus“ auf und wurde während des Studiums politisch aktiv. „Ich bin durch die Basisgruppen an der Universität links geworden“, erzählt Rásky mehr als drei Jahrzehnte später. Als ihn die GRM anfragte, hätte er sich der Gruppe gegenüber jedoch „sehr ambivalent“ gefühlt. „Ich war nie Trotzkist. Ich bin kein Parteimensch“, erklärt Rásky. Trotzdem engagierte er sich in der Redaktion der „Gegenstimmen“ und unterstützte die Gruppe bei Kontakten nach Ungarn. „Die ungarische Opposition hat über uns gelacht, als wir von der Weltrevolution gesprochen haben“, so Rásky heute. Zu internen Differenzen sei es bei der Debatte um den nationalkonservativen Schriftsteller und späteren MDF-Mitbegründer István Csurka gekommen. Die Redaktion entschloss sich schließlich trotz der ideologischen Differenzen dazu, über die „völkischen“ Forderungen zu berichten.¹¹²⁷

Die erste „Gegenstimmen“-Geschichte über das GNV-Projekt wurde 1984 publiziert.¹¹²⁸ Der Artikel beschreibt das Staudammprojekt sowie die damit zusammenhängenden Risiken für die Grundwasserversorgung Budapests und die zu erwartenden Umweltschäden.¹¹²⁹ Weitere Artikel zu GNV folgten, vor allem als die österreichische Finanzierung bekannt wurde. Die Berichterstattung stellte dabei vor allem die negativen Auswirkungen des Projekts dar und bezog sich in der Kritik vor allem auf ökologische und antikapitalistische Argumente. Rásky zufolge seien es vor allem politische und weniger ökologische Gründe gewesen, die für das journalistische Interesse an GNV ausschlaggebend waren. „Wir haben das alles eher politisch, nicht auf der Ebene des Umweltschutzes, gesehen“, so Rásky, der über Franz Meister Kontakt zu Wolfgang Rehm hatte und den eine Freundschaft mit András Székfü vom Duna Kör verband.

¹¹²⁶ Rásky war auch an einem der Hauptprojekte ungarischer Intellektueller beteiligt, der Erstellung und Übersetzung einer Publikation zum Gedenken an den Denker und Staatsmann István Bibó, der 1956/57 vom Kádár-Regime wegen seiner Zugehörigkeit zur Regierung Imre Nagys strafrechtlich verfolgt wurde. Anlässlich des Treffens bei Bibós Beerdigung beschlossen mehrere Intellektuelle und Freunde, das Bibó-Gedenkbuch zu produzieren. Ein Jahr später wurde der umfassende 1.001-seitige Band, nachdem er von offiziellen Verlagen abgelehnt worden war, in der Samisdat-Presse in der Schweiz veröffentlicht und umfasste 76 Autoren. Der Beitrag des ungarischen Historikers Jenő Szűcs zur Idee einer mitteleuropäischen Region als einer von drei Hauptregionen in Europa wurde von Bela Rásky ins Deutsche übersetzt. „Für uns war er [Bibó] ein Bürgerlicher im Originalzitat, aber ich habe angefangen, es zu lesen, und ich habe viel gelernt.“ Interview der Verfasserin mit dem Historiker und Aktivistin Béla Rásky, am 12.01.2018, Wien. Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin.

¹¹²⁷ Vgl. Interview der Verfasserin mit B. Rásky, Wien 2018.

¹¹²⁸ N.N., Kraftwerk - nein danke! Information über die Nachteile und die zu erwartenden schädlichen Folgen des Staustufensystems von Gabčíkovo-Nagyymaros (GNS), gegenstimmen 5, Nr. 16 (1984) 11f.

¹¹²⁹ Vgl. ebd.

Mit dem Staudamm nahe Visegráds sahen sie eine Chance, den „ungarischen Patriotismus“ zu wecken und Österreichs Rolle als Einmischung anzuklagen.¹¹³⁰

Béla Rásky konnte sich an den Schmuggelaktionen und Treffen aufgrund eines Einreiseverbots nach Ungarn nicht beteiligen, äußerte seine Solidarität aber in Form von Übersetzungen und im Zuge der grenzüberschreitenden Kommunikation. Als am 16. April 1986 ungarische Intellektuelle in der Tageszeitung „Die Presse“ zum Protest gegen das Kraftwerksprojekt GNV aufriefen, druckten die „Gegenstimmen“, insbesondere Rásky und Dalos, nicht nur den Aufruf ab, sondern versuchten auch, eine ähnliche Anzeige in der ungarischen Tageszeitung *hvg* zu schalten (diese war Bela Rásky zufolge „relativ offen“ für derartige Aktionen). Die Gruppe hatte bereits mit *hvg* über die Preisgestaltung verhandelt und das nötige Geld gesammelt, als der Herausgeber sich abrupt per Brief ohne Angabe von Gründen weigerte, zu veröffentlichen.¹¹³¹ Szekfü zufolge zeigten sich dabei die „Grenzen der Bewegungsfreiheit“ und die „letzten Versuche der Parteidiktatur“ bei Entscheidungen der Redaktionen zu intervenieren.¹¹³²

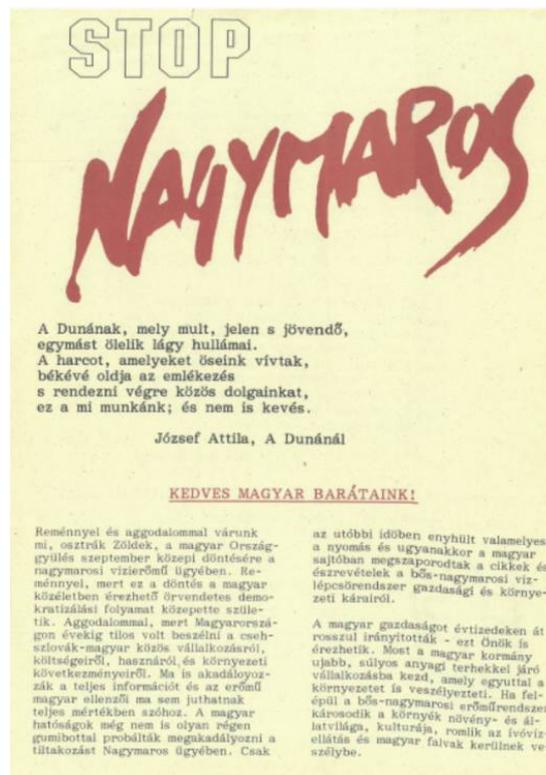


Abbildung 28 Offener Brief österreichischer UmweltschützerInnen zu GNV¹¹³³

¹¹³⁰ Vgl. Interview der Verfasserin mit B. Rásky, Wien 2018.

¹¹³¹ Vgl. ebd.

¹¹³² Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü, Online 2021.

¹¹³³ Privatarchiv B. Rásky.

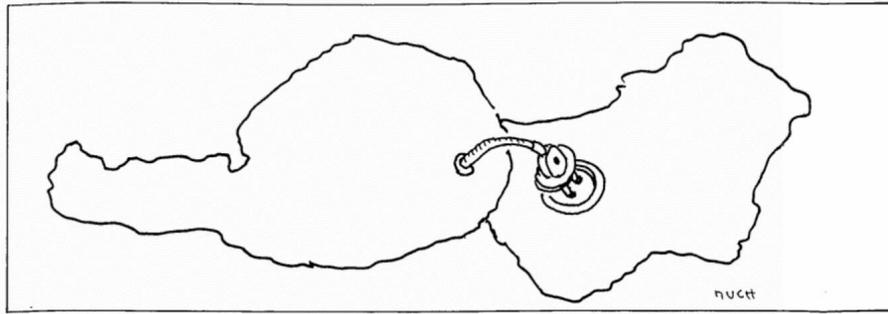


Abbildung 29 Karikaturist Michael Unterleitner alias MUCH mit einer Zeichnung anlässlich des Energieliefervertrags zwischen Österreich und Ungarn, „Gegenstimmen“, Nr. 25/7 (1986) 12.

Zu den Samisdats-Übersetzungen der „Gegenstimmen“ zum Thema Umweltschutz zählen ein Hírmondó-Interview, ein offener Brief an den österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz sowie ein 1987 erschienenes Vízjel-Interview mit dem Duna-Kör-Sympathisanten Imre Mécs, der später die Allianz der Freien Demokraten (SZDSZ) mitbegründete. Die Sprachkenntnisse von Béla Rásky halfen auch bei einer Protestaktion österreichischer AktivistInnen in Budapest. Im Mai 1987 organisierten UmweltschützerInnen aus Österreich und Ungarn (mit Unterstützung des SOK) – allen voran Michael Köcher – eine Verteilaktion von Flugblättern (übersetzt von Rásky) in der U-Bahnstation Marx tér (heute Nyugati tér) sowie am Batthány Tér, die für Schlagzeilen in Österreich sorgte. Die Teilnehmer wurden schnell von der ungarischen Polizei festgenommen.¹¹³⁴ Laut dem Umweltschützer Wolfgang Rehm hatten die Aktivisten die drei österreichischen Grün-Abgeordneten Peter Pilz, Andreas Wabl und Walter Geyer eingeladen, sich dieser Aktion gegen den „Energieimperialismus“ Österreichs anzuschließen, um damit Solidarität über Systemgrenzen hinaus auszudrücken. Flugblätter wurden auch in der Wiener Einkaufsstraße, der Mariahilfer Straße, verteilt. Die AktivistInnen gaben insbesondere Flugblätter in ungarischer Sprache aus, um UngarInnen, die zum Schaufensterbummel nach Wien gekommen waren, zu informieren.

Auf Initiative des Duna Kör besuchte zwischen 22. und 24. Mai 1989 eine Delegation mehrerer ungarischer Abgeordneter und oppositioneller PolitikerInnen Wien, um mit österreichischen PolitikerInnen sowie mit dem Generalunternehmer DoKW über das GNV-Projekt zu diskutieren. Mit dabei war auch András Szekfü, der die Gespräche allerdings als „completely useless“ bezeichnete. Nur mit dem Grün-Abgeordneten Peter Pilz habe es einen fruchtbaren Austausch gegeben, woraufhin er auch nach Ungarn eingeladen wurde.¹¹³⁵ Béla Rásky wurde

¹¹³⁴ Vgl. dazu auch Kapitel 8.1.1 in der vorliegenden Arbeit.

¹¹³⁵ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2019.

gebeten, für die Delegierten zu dolmetschen. Später beschrieb er diesen Besuch als „seltsame Situation“. Die ungarische Gruppe wäre „voller Konflikte“ gewesen, eine „sehr unangenehme Spannung“ wäre zwischen ihnen fühlbar gewesen, so Rásky.¹¹³⁶ Szekfü zufolge handelte es sich dabei um eine „natürliche Sache“, da die politischen Einstellungen große Unterschiede aufwiesen und die Kritik an Nagymaros der „kleinste gemeinsame Nenner war“.¹¹³⁷ Die „Gegenstimmen“-Redaktion betrachtete sich selbst als „eine Gruppe von „Internationalisten“¹¹³⁸ und kritisierte die damalige österreichische Regierung für ihre Beziehungen zu Ungarn. Der dänische Historiker Bent Boel misst in seinen Studien den transnationalen Netzwerken der TrotzkiInnen große Bedeutung beim Aufbau von dissidentischen und zivilgesellschaftlichen Ost-West-Kontakten bei. So bildeten sie aufgrund ihrer Reisetätigkeiten und kommunikativen Netzwerke eine wichtige Stütze für oppositionelle und subversive Aktionen hinter dem Eisernen Vorhang. Boel unterstreicht ihren „transnationalen Charakter“, der die Grundlage für ihre profunde Expertise und ihre Kontakte in den Osten bildet. Ein wichtiges Merkmal der trotzkistischen Gruppen bildete dabei der Migrationshintergrund ihrer Mitglieder.¹¹³⁹

„Many activists had some kind of family connection to eastern Europe. In the French case, it was often a Jewish eastern European background, as for example, the LCR [Ligue communiste révolutionnaire, Anm. d. Verf.] leadership. Within the OCI [Organisation communiste internationalist, Anm. d. Verf.] several Jews (e.g. Pierre Lambert and Boris Fraenkel) had a prominent role. (...) More often, especially in France, it was central Europeans with a Jewish background, who came to the West as children or grew up in the West and became Trotskyists in their new homeland. This once again illustrates the fact that an active involvement in the support for Soviet Bloc oppositionists was stimulated by a personal connection. (...) Finally, quite a few acquired a personal link in still another way, namely a romantic one.“¹¹⁴⁰

Boels Beobachtungen schließen damit an Sidney Tarrow's Konzept der „Rooted Cosmopolitans“¹¹⁴¹ an. Das „Gegenstimmen“-Netzwerk zeigt somit auf, wie Sprachkenntnisse und Netzwerke von AkteurInnen mit Migrationshintergrund zu wichtigen Ressourcen von zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie der Donaubewegung wurden.

¹¹³⁶ Vgl. Interview der Verfasserin mit B. Rásky, Wien 2018.

¹¹³⁷ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (c), Online 2021.

¹¹³⁸ Amália Kerekes, Béla Rásky, » WIR WAREN SCHON ECHTE INTERNATIONALISTEN ...« Die ungarische zweite Öffentlichkeit und die österreichischen Parallel- und Alternativöffentlichkeiten, Kakanien Revisited, 2006 1–8.

¹¹³⁹ Bent Boel, Western Trotskyists and subversive travelling in Soviet Bloc countries , 1956 – 1989, Journal of Contemporary Central and Eastern Europe 25, Nr. 2 (2017) 243f.

¹¹⁴⁰ Ebd.

¹¹⁴¹ Vgl. Tarrow, The New Transnational Activism, 28.

8.3 Im Bann des Duna Dracula: Gemeinsame und trennende Deutungsrahmen

Zusätzlich zu den bisher erläuterten grenzübergreifenden Aktivitäten und Netzwerken der AktivistInnen der Donaubewegung geben ihre verwendeten Symboliken und Deutungsrahmen Aufschluss über die fördernden und hindernden Faktoren zur Transnationalisierung der Proteste.

„Exploring the visual expression of social movements seems particularly important when it comes to transnational protest events and processes, where actors can not necessarily rely on a shared language.“¹¹⁴²

Visuelle Protestmaterialien, Publikationen sowie historische und räumliche Referenzpunkte zeigen dabei verbindende wie auch trennende Elemente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf. Im Fall der Donaubewegung wurden zahlreiche Protestsymbole dazu genutzt, sowohl die AdressatInnen des Protests als auch den Gegenstand selbst – das Kraftwerksprojekt GNV – zu visualisieren und mit Emotionen zu behaften. Hinter den sprachlichen und visuellen Ausdrucksformen der Donaubewegung stand dabei oftmals der Kampf gegen das Monster aus Beton. Der Fokus der AktivistInnen auf das Material Beton gründet sich auf kulturgeschichtliche Kontexte, die bis heute für grenz- und systemübergreifende Proteste von zentraler Bedeutung sind.

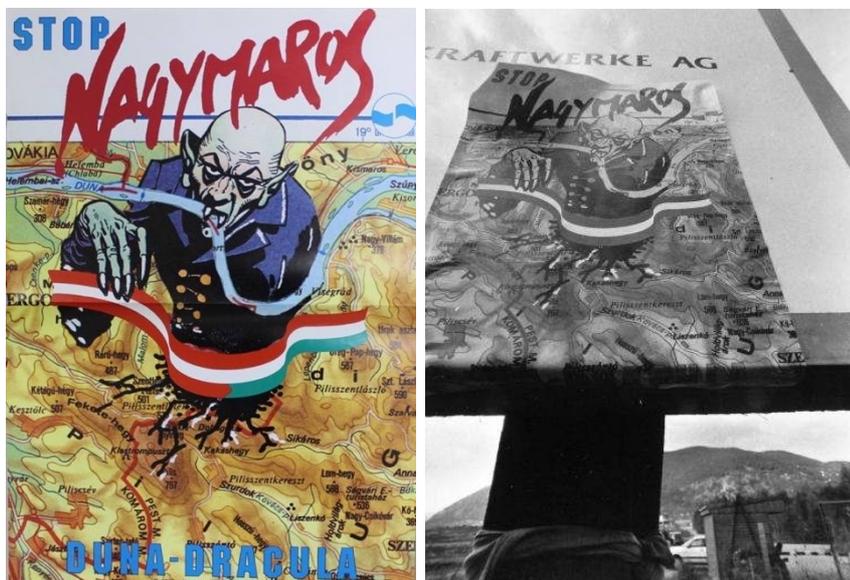


Abbildung 30 Protestplakat (Design: inconnu) bei der Demonstration am 12. September 1988 in Budapest¹¹⁴³

¹¹⁴² Nicole Doerr, Simon Teune, Visual Codes in Movement. When the Protest Imagery Hits the Establishment, European Protest Movements, 2008 159, online unter <<https://protestkuriosa.files.wordpress.com/2008/05/doerr-teune.pdf>>, (18.09.2020).

¹¹⁴³ Hegedüs Judit/ Fortepan, online unter <<https://fortepan.hu/hu/photos/?id=16066>> (22.01.2021).

Wasserkraftwerke galten ab den 1950er Jahren als Leuchtturmprojekte des „sozialistischen Aufstiegs“¹¹⁴⁴ und Beton galt als Baustoff dieses Erfolges. Bereits unter Wladimir Iljitsch Lenin erhielt Beton seine Symbolkraft als Bindemittel des Sozialismus. In seinem kulturhistorisch geprägten Werk „Concrete and Culture“ zeigt Adrian Forty auf, welche historischen und kulturellen Einflüsse Beton aufweist:

„The sense that reinforced concrete offered a means to draw people closer together, and by so doing enhance their collective social consciousness, was further endorsed following the October Revolution in 1917 in Russia. Not only were many of the new buildings of the regime built in concrete, but the synthetic nature of reinforced concrete made it a symbol for Lenin’s view of the ‘indissoluble unity’ of the proletariat, formed through the process of revolution. In Fyodor Gladkov’s classic socialist realist novel *Cement* (1925), set in a cement plant during and after the civil war in Russia, the significance of cement is that, like socialism, it creates a bond between a mass of loose particles. As the hero, Gleb Chumalov puts it, ‘We produce cement. Cement is a firm bond. Cement is us, comrades – the working class.’“¹¹⁴⁵

In der Sowjetunion gab Nikita Sergejewitsch Chruschtschow den Startschuss für die Karriere des Baustoffs. Seine Bedeutung zeigte sich beispielsweise in der Rede des Generalsekretärs am 7. Dezember 1954 im Zuge einer Fachkonferenz.

„It cannot be overemphasized just what a remarkable event this speech was. Entitled ‘On Wide-Scale Introduction of Industrial Methods, Improving the Quality and Reducing the Cost of Construction’, it must have lasted the best part of two hours, and was almost entirely about construction in concrete. On no other occasion, before or since, has a head of state delivered such a lengthy and well-informed address about concrete.“¹¹⁴⁶

Selbst als im Ungarn der 1980er Jahre die sozialistischen Träume einer vereinten Arbeiterklasse nur mehr wenige mobilisieren konnten, blieb Beton das dominierende Material sozialistischer Architektur (Plattenbauten) und Grundstoff der sozialistischen Megaprojekte wie GNV. Im Wettkampf sowjetischer und westlicher Architekten und Ingenieure avancierte Beton schnell zum „Medium des Kalten Krieges“.¹¹⁴⁷ Was für die Kraftwerksbauer und Ingenieure ein Meisterwerk aus Beton darstellte, taufte seine GegnerInnen ein Monster aus Beton. Doch auch im marktwirtschaftlichen und demokratischen Nachbarland Österreich beschimpften UmweltschützerInnen die AdressatInnen als „Betonierer“.¹¹⁴⁸ Beton machte in beiden Systemen Karriere. Während sich der Baustoff in der Sowjetunion vor allem aufgrund wirtschaftlicher Bedingungen durchsetzen konnte, sieht Adrian Forty die Gründe im Westen eher in ideologischer Hinsicht:

„In the Soviet bloc, it was the *economic* incentive, to create surpluses to fund the armaments programme, that was primarily responsible for the widespread use of concrete, while in the West the incentives were

¹¹⁴⁴ *Leidinger*, Lenins Traum, 165.

¹¹⁴⁵ Adrian *Forty*, *Concrete and culture: a material history* (London 2012) 306.

¹¹⁴⁶ Ebd., 309.

¹¹⁴⁷ Ebd., 321.

¹¹⁴⁸ Der Begriff war auch unter den ungarischen AktivistInnen geläufig. Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

above all ideological, the need for social democratic governments to maintain their electoral advantage by keeping the scenery moving, even if life stood still.“¹¹⁴⁹

Beton sollte den Regierungen dabei helfen, die Versprechen von Fortschritt und dem Bau des Wohlfahrtsstaats einzulösen.¹¹⁵⁰ Für die Ökologiebewegung bildete das Monster aus Beton ein Sinnbild für die Zerstörung der Natur durch Wasserkraftwerke.¹¹⁵¹ Im Kampf zwischen Technik und Natur nehmen AktivistInnen dabei die Rolle des Davids ein. Auf der Position des Goliaths stehen die Politik sowie Lobbies der Elektrizitäts- und Bauwirtschaft.

„A parallel can be drawn between this contrast and the difference in the background symbolism of the movement against the barrage and of western anti-nuclear movements. **The barrage - the monster made of concrete - was the unintended symbol of political power running rampant over everything;** [Hervorhebung im Original, Anm. der Verf.] it signified the model of totalitarian party rule. The anti-nuclear movements also carry a very definite symbolic content, for atomic energy involves much more refined direction and control on a high technological level. The struggle directed against it symbolizes disillusionment with industrial society and a revolt against the value-system of this society, in favour of an environmentally friendly postindustrial value-system.“¹¹⁵²

Den AktivistInnen der Donaubewegung war bewusst, dass eine Bezwingung des „Monsters“ aus Beton nur durch Allianzen und Zusammenarbeit möglich war. Mit einer „Menschenkette gegen Gabčíkovo“ protestierten zehntausende Menschen aus der ČSFR, Ungarn und Österreich im Februar 1990 gegen die Inbetriebnahme der Variante C. Als Gegenentwurf fordern die UmweltschützerInnen (konkret der WWF) einen „Tri-Nationalpark statt Monsterprojekt“.¹¹⁵³ Für seinen Dokumentarfilm „A Dunaszaurusz“ aus dem Jahr 1988 begleitete der ungarische Filmemacher Ádám Csillag die Aktivitäten der Donaubewegung und spürte dabei die Hintergründe und Zusammenhänge des Kraftwerksprojekts auf. Seine Metapher des „Donausauriers“ bekam damit nicht nur eine filmische Visualisierung, sondern blieb daraufhin auch als Symbol des Protests im visuellen Repertoire (Abbildung 30).¹¹⁵⁴ Während bereits 1978 der bayrische Film „Die Zerstörung des Rheins“, welcher die Umweltauswirkungen des großen elsässischen Seitenkanals zwischen Basel und Breisach ausführlich behandelt, im ungarischen Fernsehen lief, wurde Csillags kontroverser Dokumentarfilm erst 1989 in Ungarn gezeigt. AktivistInnen führten die Dokumentation jedoch bei Protest- und Informationsveranstaltungen der Donaubewegung vor.¹¹⁵⁵ Der Begriff „Dunaszaurusz“ stammt ursprünglich von János Vargha, der seinen 1981 erschienen Artikel mit dem Titel „Wasserstufe oder Donausaurier?“

¹¹⁴⁹ Forty, Concrete and culture: a material history, 328.

¹¹⁵⁰ Vgl. ebd.

¹¹⁵¹ Vgl. die Broschüre: WWF Österreich, Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo, 1991.

¹¹⁵² Fleischer, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam, 441.

¹¹⁵³ Österreich, Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo, 4.

¹¹⁵⁴ Vgl. etwa: Zoltán Huber, Dunaszarusz, Webseite des Ungarischen Filmarchivs, online unter <<https://filmarchiv.hu/hu/alapfilmek/film/dunaszarusz>>, (22.01.2021).

¹¹⁵⁵ Vgl. A bős–nagymarosi vízlépcsőrendszer krónikája.

versah.¹¹⁵⁶ Der Biologe legte darin Argumente gegen den Bau dar. In seiner Schlussbemerkung setzte er ein Ultimatum, um den wirtschaftlichen und umweltspezifischen Gefahren des Staustufenprojektes ins Auge zu sehen. Nur so „können wir darauf vertrauen, dass wir unseren Nachkommen keinen elenden Drachen, einen Dunasaurus (...) überlassen“.¹¹⁵⁷ Csillag hatte im Gründungsjahr des Duna Kör seinen Abschluss an der Budapester Universität für Theater und Film gemacht und arbeitete danach im Balázs Béla Stúdió¹¹⁵⁸, wo er den Dokumentarfilm produzierte und den ZeitzeugInnen der Donaubewegung damit auch ein visuelles Denkmal setzte.¹¹⁵⁹ Auch in Österreich wurde der „Donausaurier“ von AktivistInnen der „Gegenstimmen“ aufgenommen.¹¹⁶⁰

Zu einem zentralen Erkennungsmerkmal der KraftwerksgegnerInnen – in der Bewegungsforschung ist hierbei die Rede von „visual codes“¹¹⁶¹ – zählt das Donau-Sujet, welches in verschiedensten Formen und Adaptionen verbreitet wurde. Die simple, blaue Donauwelle fand sich auf zahlreichen Aufklebern und Broschüren der Donaubewegung wieder. Das Tragen des Aufklebers wurde zu einem Symbol subversiven Protests. Alle Versionen hatten gemeinsam, dass die blaue Linie darauf unterbrochen schien. In einer Broschüre zum Staustufensystem aus den späten 1980er Jahren der „Blauen Liste und des Duna Kör“ wird der Fluss von einer Wäscheklammer zusammengeklemmt. Die Broschüre fasst die wirtschaftlichen und regionalen Auswirkungen des GNV-Projektes aus Sicht der AktivistInnen zusammen. Als Symbol der Donaubewegung (Abbildung 31) verbindet die Klammer den durch den Damm in zwei Hälften geteilten Strom – eine einfache Symbolik, die auf die bei GNV oft kritisierte, zerstörerische Mensch-Natur-Beziehung Bezug nimmt.

¹¹⁵⁶ Vargha J., 1981. *Vízlepcső vagy Dunasaurusz?* Új Tükör 18(16) 6-8. o. Später auf Varghas Webseite veröffentlicht, online unter <<https://danube.org/hu/writing/vizlepcso-vagy-dunasaurusz>>, (11.12.2020).

¹¹⁵⁷ Im Original: „Ha így lesz, bízhatunk benne, hogy nem egy sanyargató sárkányt, egy Dunasauruszt, „csupán” egy hasznos hajtó vízlepcsőrendszerrel hagyunk utódainkra.“

¹¹⁵⁸ Das Balázs Béla Stúdió (BBS) wurde 1959 als Bottom-up-Initiative junger FilmemacherInnen gegründet, die sich für eine Erneuerung des ungarischen Films einsetzten. In den 1980er Jahren galt das Studio als wichtige Anlaufstelle für freie Videokunst. Vgl. Webseite des BBS, <http://www.bbsarchiv.hu> (11.12.2020). Weitere Informationen zum Film „Dunasaurusz“ online unter <<http://www.bbsarchiv.hu/hu/film/dunasaurusz-96>>, (11. Dezember 2020).

¹¹⁵⁹ Siehe dazu auch die Veranstaltung inkl. Filmscreening „Some Kind of Opposition“, online unter <<http://somekindofopposition.org/adm-csillag-dunasaurusz>>, (11.12.2020).

¹¹⁶⁰ Vgl. *N.N.*, Es grünt so grün, wenn Donausaurier blühen, gegenstimmen 7, Nr. 23 (1986) 6–8.

¹¹⁶¹ Vgl. dazu u.a.: *Doerr, Teune*, Visual Codes in Movement. When the Protest Imagery Hits the Establishment.

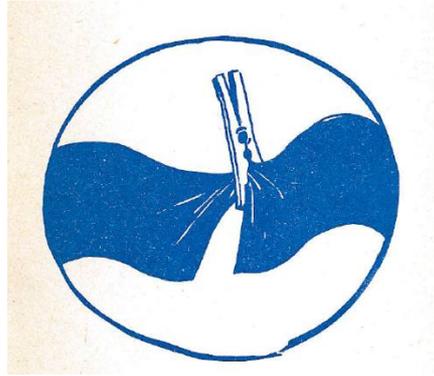


Abbildung 31 Cover-Sujet der Broschüre "Válaszol a Kék Lista és a Duna Kör"¹¹⁶²

Auch der „Nagymaros“-Schriftzug (die blutrote Schrift versinnbildlicht dabei vermutlich die Dramatik der Zerstörung) wurde auf Anstecker gedruckt und verteilt. Szekfü zufolge wurde der Schriftzug, der vermutlich auch von der Gruppe inconnu gestaltet wurde, dem Solidarność-Logo nachempfunden, um die Solidarität mit Polen auszudrücken.¹¹⁶³ Viele Anstecker wurden nach Angaben von András Szekfü verkauft, um mit dem Geld die hohen Telefon- und Kopierkosten der Bewegung zu decken.¹¹⁶⁴ Das typografische Design der Donaubewegung hat bis heute überlebt: So gründeten AktivistInnen, darunter auch Wolfgang Rehm, 1991 die Wiener Umweltorganisation „VIRUS – Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales“ und nutzten für das Vereinslogo den modifizierte Nagymaros-Schriftzug (Abbildung 32).¹¹⁶⁵



Abbildung 32 Virus-Vereinslogo¹¹⁶⁶

¹¹⁶² Privataarchiv A. Szekfü.

¹¹⁶³ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (c), Online 2021.

¹¹⁶⁴ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (b), Budapest 2018.

¹¹⁶⁵ Vgl. Interview W. Rehm (b), Wien 2019.

¹¹⁶⁶ VIRUS: Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales, online unter <<https://www.wuk.at/virus/>>, (12.01.2021).



Abbildung 33 Anstecker der Donaubewegung¹¹⁶⁷



Abbildung 34 Anstecker der Donaubewegung¹¹⁶⁸

Der Duna Dracula bzw. Dunaszaurusz und das Donau-Sujet bildeten damit visuelle Codes für die subversive Haltung der KraftwerksgegnerInnen. Mit der Produktion und Distribution eigener Druckschriften wie den Duna Kör hírei (ab Dezember 1984) erschufen die AktivistInnen ihre eigene (wenn auch reduzierte) Gegenöffentlichkeit.

„The newsletter published confidential documents and released secret information printed in a few copies. The contents were greatly multiplied by Radio Free Europe. (...) Abstracts in the newsletter were also published in the Slovak, German, and English languages to communicate with others living along the river.“¹¹⁶⁹

Der Einfluss dieser Druckschriften auf die Meinungsbildung innerhalb der ungarischen Bevölkerung lässt sich aus heutiger Sicht unzureichend bewerten. Nichtsdestotrotz ist die Relevanz der Informationen des Duna Kör für die Rezeption zivilgesellschaftlicher und

¹¹⁶⁷ Digitalisierte und öffentlich zugängliche Akten des ÁBTL vom 27. Mai 1988, Nagymaros feliratú jelvény – M.L. (Miklósi László Sammlung), online unter < https://www.abtl.hu/szolgalatasok/nyiltes/virtualis_kiallitas/tuntetesek_1988/1988.05.27>, (22.01.2021).

¹¹⁶⁸ Ebd.

¹¹⁶⁹ *Vásárhelyi*, The Anatomy of the Slovak-Hungarian Underground Protection of the Danube in the Eighties, 130f.

medialer AkteurInnen im Westen unbestritten. Österreichische JournalistInnen und UmweltschützerInnen nutzten die (auch von den „Gegenstimmen“) übersetzten Samisdataberichte für ihre Berichterstattung über die Aktivitäten in Ungarn. Neben der trotzkistischen GRM und ihrem Periodikum galt auch der in Wien lebende Soziologe Zoltán Zsille als Schnittstelle für Informationsflüsse zwischen Ost und West. Zsille, der sich sowohl in der „fliegenden Universität“ als auch bei SZETA¹¹⁷⁰ engagierte, wurde in den 1970er Jahren aufgrund seiner Aktivitäten entlassen und wanderte 1980 nach Österreich aus. Mit seiner Presseagentur „Bibó-Press“ galt er vor allem als Brücke zwischen westlichen Medien und Oppositionellen in Ungarn. Ab 1987 (bis 1991) war er als interner Mitarbeiter bei Radio Free Europe in München tätig.¹¹⁷¹

Zahlreiche JournalistInnen zeigten Interesse an den Vorgängen in Ungarn. Nicht selten verschwammen dabei die Grenzen zwischen Aktivismus und Journalismus. Péter Márton, der als Achtjähriger mit seiner Familie in der Silvesternacht 1956/57 nach Österreich geflüchtet war, wurde zu einem von mehreren Journalisten mit guten Kontakten nach Ungarn.¹¹⁷² Auch österreichische ParlamentarierInnen verschiedener Parteien folgten den Einladungen der ungarischen und österreichischen AktivistInnen, um sich mit dem Fall vor Ort auseinanderzusetzen. Auch der britische Journalist Nick Thorpe zählt zu den frühen BeobachterInnen des Duna Kör (laut W. Rehm war auch er beim Protestspaziergang am 8. Februar 1986 vor Ort¹¹⁷³) und berichtete von den Protesten in Budapest:

„Als ich Mitte der 1980er Jahre nach Ungarn kam, handelten meine ersten Reportagen vom Donaukreis. Damals konnte man festgenommen oder von der Polizei zusammengeschlagen werden, wenn man bloß dessen Abzeichen trug – eine blaue Schlangenlinie mit einem weißen Strich in der Mitte. 1986 kamen österreichische Abgeordnete nach Budapest, um die Kampagne zu unterstützen, und wurden am Batthyány Tér beim Eingang zur U-Bahn festgenommen. Als ich versuchte, die Festnahme zu fotografieren, verhaftete man auch mich. Wir verbrachten drei Stunden eingesperrt in einem Klassenzimmer, während verlegene Polizisten und ihre vorgesetzten Politiker zu entscheiden versuchten, was sie mit uns anfangen sollten. Schließlich wurden wir mit einer Verwarnung entlassen. Illegale Demonstrationen von bis zu 20 000 Personen marschierten zum Parlament und verlangten, das Projekt aufzugeben.“¹¹⁷⁴

Betrachten wir die Donaubewegung und ihre AkteurInnen hinsichtlich der Herauentwicklung einer kollektiven Identität, so steht vor allem die Frage im Raum, inwiefern sich Identitäten

¹¹⁷⁰ 2014 berichteten die Filmemacher Márton Ledniczky und Csaba Kardos in einem Dokumentarfilm über die Aktivitäten von RFE und interviewten u.a. Zoltán Zsille zur Rolle der CIA in der Gründung von SZETA, „Szabad Európa“, 2. Teil, 48 Minuten, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=oo0hYxxW4AE&fbclid=IwAR2nYGT0UwZsiIYyVOKhcTlkc7B9mv_zvXASINko3I579xb453rJVMkLCJA>, (12.12.2020).

¹¹⁷¹ Vgl. Tamás Rozgonyi, In memoriam Zsille Zoltán, *Társadalomkutatás* 20, Nr. 3–4 (09.2002) 187–189, doi:10.1556/Tarskut.20.2002.3-4.1.

¹¹⁷² Vgl. Doris Manola, „Die Hilfe kam von Herzen“, ORF.at, 23.10.2016, online unter <<https://orf.at/v2/stories/2363200/2362938/>>, (22.01.2022).

¹¹⁷³ Vgl. Schriftliche Kommentare v. W. Rehm zum Manuskript, 17.05.2021.

¹¹⁷⁴ Thorpe, *Die Donau: eine Reise gegen den Strom*, 274.

durch die Transnationalisierung in ihrem Inhalt und in ihrer Struktur über die Jahre verändert haben. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit können weder die Geschichte des Identitätsbegriffs, noch die zahlreichen Ansätze ausreichend diskutiert werden. Es sei angeführt, dass sich „soziale Identität (...)“ gewöhnlich auf die Interaktionsprozesse bezieht, in denen Individuen andere identifizieren und von diesen identifiziert werden, wobei diese Prozesse auch die Grundlage für die Selbstidentifikation bilden.¹¹⁷⁵ Soziale Identitäten sollten hier im Plural verstanden werden, da Individuen über mehrere Identitäten verfügen.¹¹⁷⁶ Im vorliegenden Fall kann anhand der Quellen nicht nur auf die Veränderung sozialer Identitäten einzelner AkteurInnen geschlossen werden, sondern auch auf gemeinsame Deutungsrahmen, die zur Bildung eines Gemeinschaftsgefühls und in Folge dessen zu kollektiven Identitäten beitragen bzw. auf bestehende Identitäten Bezug nehmen.¹¹⁷⁷

Die KraftwerksgegnerInnen selbst nutzten unterschiedliche Ansätze, um möglichst viele Menschen zu mobilisieren. Eine der wichtigsten und langfristigen Strategien der Bewegung bestand darin, den erfolgreichen Protest gegen Hainburg als Referenz zu präsentieren. Hainburg wurde zum dem Schlüsselwort, um öffentliche Aufmerksamkeit in Österreich zu erzielen. Mit „Nagymaros. Eine Informationsbroschüre“ stellte der WWF Österreich gemeinsam mit mehreren Naturschutzorganisationen eine vierzigseitige zweisprachige Broschüre (Deutsch und Ungarisch) mit umfassenden Informationen zu GNV und Argumenten dagegen.¹¹⁷⁸ Die am 12. Jänner 1987 im Zuge eines Medientermins in Wien vorgestellte Publikation präsentiert die Donau als „Naturbild, das an Romantik seinesgleichen sucht“¹¹⁷⁹ Der betroffene Abschnitt des Stroms sei durch seine Artenvielfalt, seine teils sogar „urwaldartigen“ Auwälder und Uferzonen besonders schützenswert. Die Rolle des Donauraums als wichtiges Ziel des Fremdenverkehrs bzw. dessen touristisches Potential als „Erlebnisraum“¹¹⁸⁰ Donau bildet einen zentralen Ansatz des Diskurses. Die Broschüre untermauert den touristischen Wert mit kulturellen Bezügen, die von Nikolaus Lenaus Liebe zur Landschaft der Moson-Donau, über den Dichter Lőrinc Szabó bis zum von den AktivistInnen gerne zitierten Gedicht „An der Donau“ von Attila József führen. Das Ziel dieser

¹¹⁷⁵ Martin Kohli, Die Entstehung einer europäischen Identität: Konflikte und Potentiale, In: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Hartmut Kaelble, Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig (Hg.) (Frankfurt am Main 2002) 113.

¹¹⁷⁶ Vgl. ebd.

¹¹⁷⁷ Vgl. ebd., 118f.

¹¹⁷⁸ Wagner, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre (o.J.). Im Impressum heißt es wie folgt: „Folgende Organisationen haben das Erscheinen dieser Broschüre ermöglicht: Forum Österreichischer Wissenschaftler, Freiheitliche Partei Österreich, Gewaltfreie Aktion Global 2000, Grüne Alternative Liste, Junge Generation (SPÖ), ÖGNU, ÖKO-Institut, Österreichische Hochschülerschaft, Österreichischer Naturschutzbund, pro Wien, Wiener Naturschutzjugend, WWF Österreich.“

¹¹⁷⁹ Ebd., 5.

¹¹⁸⁰ Ebd., 28.

schwärmerischen Erzählung, die mehr einem Reiseführer als einer Protestschrift ähnelt wird augenscheinlich, wenn es angesichts der befürchteten Dammbauten heißt „Falls nicht Besucher, die durch das einmalige Erlebnis Auliebhaber und Naturfreunde werden, doch noch eine Meinungsänderung herbeiführen.“¹¹⁸¹ Die AutorInnen konstruieren in der Broschüre einen Raum, in dem die „Völker beider Länder [Österreich und Ungarn]“ durch ihre Geschichte verbunden sind. Mit Referenzen auf Proteste in Hainburg, aber auch in der Wachau (gegen das Kraftwerk Rührsdorf) schaffen die AutorInnen die Narration einer grenzüberschreitenden Region, die ihre einzigartige Landschaft schützen müsse („Eine Region wehrt sich“).¹¹⁸² Die gesamte Problematik der Grenzüberschreitung wird in den folgenden einleitenden Sätzen zusammengefasst:

„Das Band ist die Donau, an der das Staustufensystem Nagymaros/ Gabčíkovo errichtet wird. Für die Ungarn bedeutet es den auferzwungenen Ausverkauf der Landschaft, für die Österreicher einen indirekten Export an Umweltzerstörung.“¹¹⁸³

Selbst die Ungarische Akademie der Wissenschaften beschäftigte sich in ihrem Bericht aus dem Jahr 1983 mit der Bedeutung der Donau für die ungarische Bevölkerung. Die Duna Kör hírei fassen die Studie kurz zusammen und beziehen sich dabei vor allem auf die Betonung der symbolischen Funktion der Donau. In der MTA-Studie hieß es demnach, dass der Wert der Donau nicht nur für die ungarische Wirtschaft und Denkweise zugenommen hat, sondern auch Offenheit für Europa sowohl im Westen als auch im Osten sowie freien Austausch von Waren, Ideen und Menschen bedeute. Übersetzt bedeute dies, „die nationalen Werte zu respektieren und die nationale Entfremdung abzulehnen (...) der gute Wille zur Zusammenarbeit (...) ein Symbol unserer europäischen Ausrichtung, des natürlichen und historischen Rahmens der ungarischen Existenz“.¹¹⁸⁴

Mit kapitalismuskritischen Metaphern (Landschaft als Ware, „ökologischer Imperialismus“) appellieren die AutorInnen an die Verantwortung der österreichischen StaatsbürgerInnen, sich an dieser vermeintlich moralisch falschen Tat nicht zu beteiligen. Zugleich beziehen sie sich auch auf ein Gefühl der Überlegenheit der ÖsterreicherInnen gegenüber Ungarn. „Gerade in den Ländern, in denen Kritik nur bedingt möglich ist, sollte der Geldgeber besonders sorgfältig und verantwortungsbewußt vorgehen.“¹¹⁸⁵ Diese Perzeption ändert sich, wenn es um die Verbundenheit der Bevölkerung mit der Donau geht.

¹¹⁸¹ Ebd., 9.

¹¹⁸² Ebd., 39.

¹¹⁸³ Ebd., 9.

¹¹⁸⁴ N.N., Auszug aus „A Duna Kör hírei“, 1. szám, 1984, Beszélő, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (22.01.2021) [Übersetzung der Verfasserin].

¹¹⁸⁵ Wagner, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre, 11.

„Die Ungarn beleben und lieben noch ihre Donau. Darin unterscheiden sie sich von den Österreichern, die erst durch die Auseinandersetzung um das Kraftwerk Hainburg begonnen haben, die Donau wiederzuentdecken.“¹¹⁸⁶

Die zu erwartenden Umweltschäden und mögliche Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel werden in der Broschüre durch Bezugnahme auf österreichische Kraftwerksprojekte (Ottensheim, Ybbs, Altenwörth etc.) veranschaulicht. Neben diesen Bezügen stellen die AutorInnen eine Nähe der Erlebniswelt her, indem sie Hainburg als „Parallelfall“ präsentieren.¹¹⁸⁷ Die AdressatInnen der Kritik bilden einerseits die Regierungen Ungarns und der ČSSR, welche als irrational dargestellt werden¹¹⁸⁸ sowie die österreichischen Banken, welche sich aus Eigennutz in nachbarschaftliche Angelegenheiten „einmischen“¹¹⁸⁹. Die DoKW wiederum übernimmt für die AktivistInnen die Rolle eines kapitalistischen Unternehmens, welches nicht vertrauenswürdig sei.¹¹⁹⁰ In der Darstellung erscheint die österreichische Regierung als Marionette der Elektrizitätswirtschaft. Der Deal mit Ungarn wird als kurzfristig kritisiert, da der Bedarf an Stromlieferungen aus Ungarn erst künstlich hergestellt werden müsse und dies weitere Probleme, etwa der Spannungsunterschiede und damit einhergehenden notwendigen Investments, mit sich bringe.¹¹⁹¹ Schließlich wird auch davor gewarnt, über die Beziehungen mit Ungarn Atomstrom nach Österreich zu importieren.

„Der Traum der österreichischen Verbundgesellschaft, Österreich zur Stromdrehzscheibe Europas zu machen, rückt der Erfüllung ein Stück näher. (...) Indirekt wird also Ungarn (oder die UdSSR) dem Westen Atomstrom über Österreich gegen Devisen verkaufen. Daneben profitieren natürlich die großen österreichischen Banken Creditanstalt Bankverein und Österreichische Länderbank AG vom Kraftwerk Nagymaros. Sie werden hohe Gewinne auf Kosten der österreichischen Stromverbraucher und der ungarischen Umweltsituation einstreichen.“¹¹⁹²

Zusätzlich zu den Informationen zu GNV wurde in der zweisprachigen Broschüre auch ein Unterstützungsstatement inklusive Namen prominenter AktivistInnen sowie ein Interview mit János Vargha abgedruckt. In dem Interview tritt Vargha für einen Perspektivwechsel ein, in dem die ökologischen Kritikpunkte der „Bürgerbewegung“ gegen GNV zu Lasten der politischen Aspekte in den Vordergrund rücken sollten. „Meine persönliche Ansicht ist, daß es nicht nur Beziehungen zwischen Staaten gibt, sondern auch zwischen den Menschen. Und ich fürchte, dieses Projekt könnte schmerzliche Auswirkungen darauf haben.“¹¹⁹³ Für Vargha sei der Ausstieg Österreichs aus dem Projekt das wichtigste Mittel, um den Bau Nagymaros zu

¹¹⁸⁶ Ebd., 28.

¹¹⁸⁷ Ebd., 27.

¹¹⁸⁸ Vgl. ebd., 31.

¹¹⁸⁹ Ebd., 19.

¹¹⁹⁰ Vgl. Kapitel 6.2.4 in der vorliegenden Arbeit.

¹¹⁹¹ *Wagner*, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre, 33.

¹¹⁹² Ebd.

¹¹⁹³ László *Vit*, A senki zöldjén...., Beszélő 5, Nr. 38 (1994), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-senki-zoldjen...>>, (18.09.2020).

verhindern. „Würde Österreich bei diesem Projekt den gleichen Maßstab anlegen wie bei Hainburg, würde sich zeigen, daß Gabčíkovo /Nagymaros noch weniger vertretbar ist, als Hainburg es war.“¹¹⁹⁴

Von Beginn an richteten die AktivistInnen des Duna Kör ihren Appell an Österreich, indem sie sich auf die Gemeinschaft der „Donauvölker“ bezogen. „Sind doch die Pläne dieses Staustufensystems nicht vom Geist des so sehr gewünschten Zusammenwirkens der Donauvölker durchdrungen, vielmehr eine Ausgeburt des voluntaristischen Wirtschaftsdenkens der fünfziger Jahre.“¹¹⁹⁵

„Doubtless the environmental defenders of the east European countries have as their goal this same world of ideas, the priority of ecological values, as their counterparts in more developed countries. Next to the appreciation of environmental viewpoints has come the globalization of such questions on a conscious level, that is the understanding that we live in a common world and must solve our problems in common. This outlook turns environmental protectionists into professional partners with the goal of analysing and solving conflicts.“¹¹⁹⁶



Abbildung 35 Demonstration am Donauknie bei Visegrád, 1989¹¹⁹⁷

Eine Kehrseite dieser „Gemeinschaft der Donauvölker“ bildete allerdings die nationalistische und ethnische Dimension der GNV-Proteste.¹¹⁹⁸ Dies bildet auch eine besondere Herausforderung für die Findung gemeinsamer visueller Codes. „In a transnational perspective also national cultural traditions appear on the screen as a factor that hampers a common

¹¹⁹⁴ Ebd.

¹¹⁹⁵ *Lahodynsky*, Hainburg in Ungarn, *Profil*, Nr. 47, 19.11.1984, 25.

¹¹⁹⁶ *Fleischer*, *Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam*, 441.

¹¹⁹⁷ Fortepan.hu/TM

¹¹⁹⁸ Ausführlicher bei: *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*.

deciphering of visual codes.“¹¹⁹⁹ Ein Akteur mit nationalistischem Ansatz war die Bajcsy-Zsilinsky-Gesellschaft, welche über Verbindungen zur kommunistischen Partei verfügte.¹²⁰⁰

„It was established in 1986 under the auspices of the Patriotic People’s Front as a discussion group promoting the radical and nationalist agenda of Bajcsy-Zsilinszky. Similar to the populists, one of its main goals was to focus public attention on the plight of Hungarian minorities, especially in Romania.(...) The Society had strong links to both reformer Pozsgay and Central Committee Secretary (and conservative) György Fejtő, and was certainly more of an “official” nature than, for example, the MDF.“¹²⁰¹

Die Gruppe organisierte 1988 eine Demonstration gegen die Dorfzerstörungen in Rumänien, engagierte sich aber auch gegen GNV, indem sie u.a. eine Gedenktafel (Abbildung 36) auf dem Predigerstuhl, einem Gipfel nahe Visegrád, errichten ließ, um auf die Zerstörung der Landschaft hinzuweisen.¹²⁰² Szekfü zufolge habe die in den Protesten aktive Umweltgruppe der Gesellschaft nicht mit KommunistInnen verhandelt.¹²⁰³

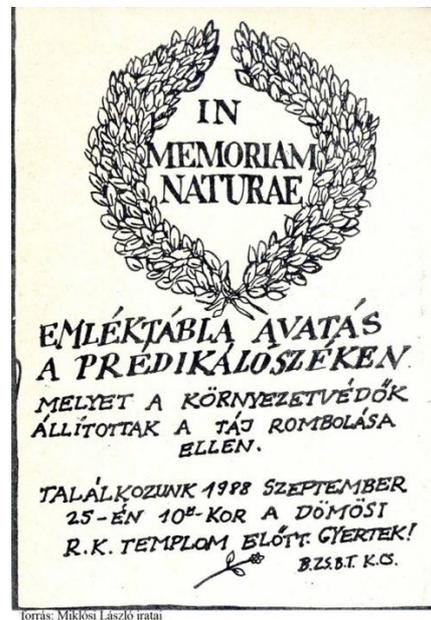


Abbildung 36 Einladung zur Einweihung der Gedenktafel¹²⁰⁴

Während die ungarischen AktivistInnen die nationale Symbolkraft Visegráds sowie koloniale Rahmendeutungen gegenüber Österreichs Rolle in der Finanzierung Nagymaros‘ bewusst zur Mobilisierung einsetzten, wurden die slowakischen AktivistInnen Opfer nationalistischer Stigmatisierung. In Interviews mit der Verfasserin berichteten mehrere UmweltschützerInnen

¹¹⁹⁹ Doerr, Teune, Visual Codes in Movement. When the Protest Imagery Hits the Establishment, 159.

¹²⁰⁰ Es ist notwendig zu erwähnen, dass nationalistische Aspirationen jener Zeit auch als eine Reaktion auf anti-nationalistischen Druck seitens der kommunistischen Führung verstanden werden können und sich in dieser Form von späteren Formen unterscheiden.

¹²⁰¹ Barbara J. Falk, The Dilemmas of Dissidence in East-Central Europe (Budapest, New York 2003) 145.

¹²⁰² Vgl. u.a.: Ebd., 176.

¹²⁰³ Vgl. Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (c), Online 2021.

¹²⁰⁴ Digitalisierte und öffentlich zugängliche Akten des ÁBTL vom 27. Mai 1988, Nagymaros feliratú jelvény – M.L. (Miklósi László Sammlung), online unter < https://www.abtl.hu/szolgalattasok/nyiltes/virtualis_kiallitas/tuntetesek_1988/1988.05.27>, (22.01.2021).

davon, als Feinde der Nation beschimpft worden zu sein.¹²⁰⁵ „Die kommunistische Regierung (und später auch die frei gewählte slowakische Regierung) hat es gut verstanden, aus dem Kraftwerksprojekt eine nationalistische Sache zu machen“, erinnert sich auch der ungarische Duna-Kör-Aktivist András Szekfü. Der ursprünglich als gemeinsames Projekt zweier sozialistischer Bruderstaaten vorgesehene Megabau wurde in den frühen 1990er Jahren in ein Sinnbild slowakischer Ingenieurskunst und Zeichen nationaler Unabhängigkeit verwandelt.¹²⁰⁶ In der ČSSR waren vor allem Angehörige der ungarischen Minderheit von den Bauarbeiten an Gabčíkovo direkt betroffen. „Drei Ortschaften (Vojka n.D., Bodiky und Dobrohost) werden nach der Flutung des Kanals ihre Umgebung nur noch über große Umwege erreichen können“, warnte der WWF in einer Broschüre. „Sozusagen über ihre Köpfe hinweg werden sich vielleicht bald die Donauschiffe bewegen.“

„Opposition to the dam at Gabčíkovo failed for many reasons. Opponents were labeled ‘disloyal Hungarians,’ since most of the people living along the Danube in the area affected by the dam are irredenta, ethnic Hungarians left outside their country by the Treaty of Trianon. None of the three Prime Ministers of Slovakia, Čarnogursky, Mečiar or Moravcik were sympathetic to the complaints of the Hungarian minority, and Slovakia was criticized by the EC for its harassment and intolerance of its Hungarian minority.“¹²⁰⁷

Im Juni 1992 wurde der slowakische Premierminister Ján Čarnogurský, dessen Bruder Ivan in der Generalunternehmer-Firma HYDROSTAV für den Bau verantwortlich war, durch Vladimír Mečiar ersetzt. Der politische Führungswechsel verstärkte die ethnische Dimension der Debatte, denn die Regierung Mečiar wusste den nationalen Aufwind jener Jahre dazu zu nutzen, um die Stimmung innerhalb der Bevölkerung zum Nachteil der bis dahin erstarkenden Umweltbewegung zu kippen.¹²⁰⁸ „Gabčíkovo has become a symbol of Slovak national independence and pride, to be defended equally against Prague and Budapest.“¹²⁰⁹

Das Argument der Verletzung der Staatsgrenze wurde von der 1994 bereits unabhängigen slowakischen Seite vehement als „Schädigung des ‚Image‘ der Slowakei“¹²¹⁰ abgestritten. In einer Informationsbroschüre hieß es dazu: „[...] wenn es auch zu der proklamierten Staatsgrenzenänderung gekommen wäre [...], dann wäre es wahrscheinlich die erste

¹²⁰⁵ Vgl. Interviews der Verfasserin mit L’ubica Trubiniová, Jaromír Šíbl und Mikuláš Huba (Bratislava 2019).

¹²⁰⁶ Vgl. *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*, 62f.

¹²⁰⁷ *Fuchs*, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam*, 163; Mit Verweis auf: Károly *Okolicsanyi*, *Hungary Cancels Treaty of Danube Dam Construction*, Report, RFE/RL Research 1, Nr. 26 (1992) 47.

¹²⁰⁸ Vgl. *Fuchs*, *Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam*, 57.

¹²⁰⁹ *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe*, 5.

¹²¹⁰ Miroslav *Líška*, *Vorhersage und Wirklichkeit Auswirkungen des Gabčíkovo Projekts auf die Natur der Donau* (Bratislava 1994) 12.

Integritätsverletzung, bei der sich das verletzte Staatsgebiet vergrößert hätte!“¹²¹¹ Die Umweltfolgen der Variante C wurden von den unterschiedlichen Seiten naturgemäß diametral eingeschätzt. Die slowakischen Kraftwerksplaner bemühten sich bereits wenige Monate nach der Fertigstellung und Aktivierung des Kraftwerks, mit einer Informationskampagne die positiven Folgen hervorzuheben. Mit aufwendigen deutschsprachigen Broschüren und bildlichen Vorher-Nachher-Vergleichen wurde versucht, die „Rettung des Binnendeltas der Donau“ dem Wasserkraftwerk Gabčíkovo zuzuschreiben. So schreibt darin Július Binder, Direktor des zuständigen Investitionsunternehmens Vodohospodárska výstavba [Wasserbaumanagement] im Vorwort der Broschüre:

„In der vorliegenden Veröffentlichung möchten wir der Weltöffentlichkeit mit Argumenten und Tatsachen aus dem bisherigen, ungefähr dreivierteljährigen Betrieb des Wasserkraftwerks Gabčíkovo und aus dem langjährigen Betrieb der Wasserkraftwerke am Rhein beweisen, daß alle negativen Prognosen und Vorbehalte, die gegen das Wasserkraftwerk vorgebracht wurden, nicht der Wahrheit entsprachen, sondern auf Vermutungen aufgebaut anderen Zielen dienten als environmentalen [sic!]“.“¹²¹²

Der Direktor legte auch in der dreisprachigen Broschüre der Gabčíkovo-GegnerInnen seinen Standpunkt dar und erklärte seine Ablehnung der Besetzungsaktionen wie folgt:

„Der Grund aller Aktionen, zu denen es in diesem Gebiet gekommen ist, liegt in der unzulänglichen Informiertheit der Bewohner, denn ohne dem Wasserstufenkraftwerk werden die am Fluss liegenden Wälder nicht mehr existieren können. Glauben Sie mir, es ist eine naive Vorstellung anzunehmen, dass es ohne diesem Wasserstufenwerk möglich ist, dieses Gebiet vor Hochwasser zu schützen, die Schifffahrt [sic!] zu sichern und unabgesehen von der energetischen Nutzung der Ökologie dieses Landstrichs irgendwie zu dienen.“¹²¹³

Die slowakischen UmweltschützerInnen waren sich des nationalistischen Instrumentalisierungspotentials bewusst. So baten etwa slowakische Eurochain-AktivistInnen ihre ungarischen KollegInnen darum, den Demonstrationen in Šamorín besser fernzubleiben, um eine tendenziöse Berichterstattung und ein Schüren der ethnischen Spannungen zu verhindern.¹²¹⁴ „They said that the Slovakian news reports were now ‘correct and objective’ but only if the demonstrations are organized by local residents.“¹²¹⁵

Der ethnische Aspekt des Konflikts bildete schon in den Jahren vor der Wende eine besondere Herausforderung für die Transnationalisierung der Protestbewegung. András Szekfü, der öfter mit österreichischen „Freunden“ in die Slowakei gefahren war, um UmweltschützerInnen zu treffen, erinnert sich an eine Atmosphäre der Angst:

„Dort herrschte eine viel schlimmere Diktatur als in Ungarn. Die Leute waren viel beängstigter als in Ungarn. Deswegen war dort die Umweltbewegung eher eine Naturschutzbewegung, viel weniger politisiert (...) es gab einige Umweltschützer, die auch umweltpolitisch dachten, aber die waren sehr isoliert. Vielleicht hatten auch die eigenen Landsleute Angst vor ihnen, weil sie beobachtet wurden. (...)

¹²¹¹ Ebd.

¹²¹² Vojtech Hraško, Wasserkraftwerk Gabčíkovo- Rettung des Binnendeltas der Donau (Bratislava 1991), 5.

¹²¹³ Tuba, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm, 36.

¹²¹⁴ Vgl. Fuchs, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam, 52.

¹²¹⁵ Ebd.

Wahrscheinlich wussten sie, dass dieses Werk eine Umweltkatastrophe ist, aber wahrscheinlich hatten sie Angst vor den Behörden.“¹²¹⁶

Szekfü könne sich an keine AnhängerInnen der ungarischen Minderheit erinnern, die sich damals gegen das Kraftwerk einsetzten, „und die slowakischen Slowaken hatten tiefe Ressentiments gegen alles, was aus Ungarn kommt. (...) Hier bestand keine Möglichkeit der Solidarität.“¹²¹⁷ Für den ungarischen Duna-Kör-Aktivisten war die Slowakei bloß „eine Nebengeschichte“. „Nichts war klar“ gewesen bei den Treffen mit den AktivistInnen in der Slowakei so Szekfü. „Nichts war politisch profiliert (...) Es gab keine Aktionen. Es war ganz offensichtlich, dass wir von der Slowakei keine Unterstützung für unseren Kampf bekommen werden, dass wir für sie nichts tun können und dass sie nicht eindeutig gegen das Kraftwerk sind.“¹²¹⁸ Mit den ÖsterreicherInnen sei die Zusammenarbeit dagegen „sehr gut, aktiv und hilfreich“ verlaufen. „Da sie nicht in diese ungarischen, slowakischen Ressentiments verwickelt waren, waren sie gut geeignet, um zu vermitteln“, so Szekfü. Die ethnischen Spannungen bzw. fehlenden Kooperationen blieben auch den österreichischen AktivistInnen nicht verborgen: Auf ungarischer Seite waren es die „Großungarn-Gedanken“ einiger AnhängerInnen der Donaubewegung, die österreichische AktivistInnen wie Franz Meister irritierten. Der Österreicher erinnert sich an ein „Happening in Hainburg 1989/90“, bei dem sich Mikulaš Huba und János Vargha zum ersten Mal getroffen hätten. Meister habe Spannungen und „tiefgehende Barrieren“ zwischen den beiden gespürt. Dieses und andere Erlebnisse im Zuge der Proteste verhalfen Meister schließlich dazu, ein „Sensorikum für die Mentalitäten“ im Donauraum zu entwickeln.¹²¹⁹ Ähnliche Erlebnisse finden sich auch in den Erinnerungen der interviewten TrotzistInnen und „Gegenstimmen“-Redakteure. Auch sie mussten bei der Schaffung ihres Netzwerks ideologische Barrieren überbrücken. Nachdem sie sich kennengelernt hatten, mussten sie zugeben, dass viele „gleichgesinnte“ Brüder und Schwestern auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs nicht die gleichen ideologischen Einstellungen hatten. Weil die trotzkistischen Gruppen grundsätzlich über bewährtes Fachwissen und exzellente Kontakte verfügten, wurden sie manchmal von anderen um Unterstützung gebeten. Dies setzte nicht unbedingt eine ideologische Übereinstimmung voraus, aber eine solche Zusammenarbeit beruhte auf einer Form gegenseitiger Vertrautheit und Sympathie. Brent Boel zufolge wurde dieses Vertrauen mitunter auch missbraucht:

„Those dreaming of brothers in spirit on the other side of the Iron Curtain, however, were happily surprised in 1985, when they learned that a Trotskyist cell had been established in Poland. Financial support was rapidly provided and there were subsequent reports about impressive and increasing

¹²¹⁶ Interview der Verfasserin mit A. Szekfü (a), Budapest 2018.

¹²¹⁷ Ebd.

¹²¹⁸ Ebd.

¹²¹⁹ Vgl. Interview der Verfasserin mit F. Meister (b), Wien 2018.

membership figures until the group suddenly vanished into the blue together with a substantial amount of money.“¹²²⁰

Während die RedakteurInnen der *Gegenstimmen* lernen mussten, andere Meinungen zu tolerieren, zeigten sich einige davon überrascht, wie gespalten die ungarischen Kollegen waren.

„Die heutige Spaltung in der ungarischen Gesellschaft war bereits damals sichtbar, zwischen der demokratischen Opposition und denen, die zusammenarbeiten oder das System von innen heraus verändern wollten.“¹²²¹

Raimund Löw erinnert sich an Momente der Desillusionierung:

„An unsere Weltrevolution wollten unsere klugen polnischen, ungarischen oder tschechischen Freunde sowieso nicht glauben. Die Revolutionen von 1989 haben schließlich auch mit Parolen gesiegt, die eher an das Jahr 1848 erinnern, als an die Träume der antistalinistischen Linken.“¹²²²

Unwissenheit um die historischen und politischen Kontexte des jeweiligen Nachbarlands führte einerseits zu Missverständnissen zwischen den AktivistInnen, beispielsweise beim gescheiterten Umweltpaziergang im Februar 1986. Zugleich führte der Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen auch zu einem Lern- und Aushandlungsprozess, der konstruktiv auf Transnationalisierungsprozesse wirken kann. Ohne Zweifel führten die Erfahrungen im grenzübergreifenden Kommunizieren und Agieren zu persönlichen Reifeprozessen, die den Weg zu einer „Europäisierung“ ebneten.

¹²²⁰ Boel, *Trotskyists*, 246.

¹²²¹ Interview der Verfasserin mit B. Rásky, Wien 2018.

¹²²² Löw, *Der Charme der Widersprüche*, 93.

8.4 Phasen der Transnationalisierung

Phase	Zeitraum	Meilensteine
1	1981-1983	Problemerkennung und Formulierung gemeinsamer Kritik
2	1984-1986	Positionierung, internationale Anerkennung, erste grenzübergreifende Allianzen nach Österreich
3	1987-1989	Massenmobilisierung in Ungarn, Protestaktionen außerhalb Ungarns
4	1989-1991	Institutionalisierung bzw. Zersplitterung der einzelnen Gruppen in Ungarn, Verlagerung der Proteste nach Gabčíkovo

Abbildung 37 Zentrale Phasen des Transnationalisierungsprozesses der Donaubewegung

Inwiefern es im Fall GNV zu Prozessen der Transnationalisierung kam, lässt sich anhand verschiedener Fragestellungen nachvollziehen. In diesem Schritt soll durch eine Systematisierung geklärt werden, an welchem Punkt im Zuge der Formierung der Donaubewegung die nationalen Kontexte verlassen wurden und welche Auswirkung diese Grenzüberschreitung auf den Formierungsprozess der Bewegung hatte. Nach den Sozialisationsforschern Benjamin Görgen und Björn Wendt ist es hilfreich, den Formierungsprozess einer Bewegung anhand von Phasen¹²²³ nachzuzeichnen (Abbildung 37).¹²²⁴ Als zentrales Kennzeichen der Transnationalisierung kann die Herstellung gemeinsamer, grenzüberschreitender Öffentlichkeit durch AkteurInnen der Donaubewegung angeführt werden. Diese Öffentlichkeit wird durch mehrere Faktoren erzeugt, dazu zählt etwa die Medienberichterstattung im Ausland zu Protestereignissen in Ungarn, der Austausch und die Kommunikation zwischen AkteurInnen unterschiedlicher Länder, die Schaffung eigener Medien und Kommunikationskanäle, gemeinsame Pressearbeit sowie gegenseitig abgestimmte Protestaktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Vorträge. Im Fall der Donaubewegung verdeutlichen vier Phasen bzw. Entwicklungsstadien, welche durch

¹²²³ Anzumerken ist, dass diese Phasen als analytische Annäherung zu verstehen sind, welche aufgrund der Dynamik von Protestbewegungen Überlappungen beinhaltet. Die Aufteilung des Formierungs- bzw. Transnationalisierungsprozesses soll dabei zur besseren Verdeutlichung bzw. Vergleichbarkeit von Entwicklungsstadien dienen, wobei diese Entwicklung nicht auf allen Ebenen linear stattfindet, sondern auch Rückschritte beinhaltet.

¹²²⁴ Vgl. Benjamin Görgen, Björn Wendt, Stephan Lessenich (Hg.), Formierungsprozesse zivilgesellschaftlicher Initiativen. Impulse aus sozialisationstheoretischer Perspektive, Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016., 2017 1–10, online unter <http://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2016/issue/view/17>, (18.09.2020).

Meilensteine gekennzeichnet werden, den Verlauf der Transnationalisierung während der 1980er Jahre.

Phase 1 reicht von der Entscheidung der AktivistInnen, die Sphäre der Wissenschaft und Fachkritik innerhalb der Communities zu verlassen, über die erste Formierung des Donaukomitees, Diskussionen in semi-freier Umgebung bis zur Sammlung erster Unterschriften gegen GNV. Mit der Veröffentlichung seines Artikels in der Zeitschrift „Valóság“ setzte János Vargha 1981 einen Formierungsprozess in Gang, der vor allem Intellektuelle in Ungarn auf das Thema aufmerksam machte.¹²²⁵ Nichtsdestotrotz dauerte es mehrere Jahre bis zur Entstehung einer Aktionsgruppe, des Donaukomitees. Ab dem Frühjahr 1984 folgten Diskussionen und Debatten, die vor allem von dem Bestreben einer öffentlichen und transparenten Diskussions- und Informationskultur zum Thema GNV geprägt waren. Nachdem die Versuche scheiterten, einen Verein unter der Schirmherrschaft des OKTH zu bilden, waren die AkteurInnen des Donaukomitees gezwungen, ihr Anliegen weiterhin illegal fortzuführen. Etwa zeitgleich zur Gründung des Duna Kör 1984 erfolgte die erste Kontaktaufnahme zu österreichischen UmweltschützerInnen.

Dies leitete die **Phase 2** des transnationalen Formierungsprozesses ein.¹²²⁶ In diesem Entwicklungsstadium formulierte der Duna Kör, u.a. im Zuge der ersten Ausgabe der „Nachrichten des Duna Kör“ im Dezember 1984 klare Kritikpunkte und Forderungen an die Entscheidungsträger. Die Gruppe übergab ihre erste Petition gegen GNV an das ungarische Parlament. Mit Unterstützung internationaler Berichterstattung formierten sich parallel zum Duna Kör zunehmend mehrere kleinere Gruppen, die zusammen die „Donaubewegung“ bildeten. Mitunter durch die subversive Kraft von Symbolen (etwa durch Donauemblem-Anstecker)¹²²⁷ entstand eine kleine, von der Geheimpolizei aber durchaus ernstgenommene, Gegenöffentlichkeit in Ungarn. Durch Forderung nach Partizipation und Transparenz bei Megaprojekten wie GNV sowie durch ihre gelebte offene Debattenkultur bei Veranstaltungen lockte die Gruppe in der Folge mehr und mehr Personen an, die ursprünglich wenig Interesse an Umweltthemen zeigten, der kommunistischen Führung aber kritisch gegenüberstanden. Auf eine Anfrage hin sicherten österreichische GrünpolitikerInnen den UmweltschützerInnen in Ungarn ihre Unterstützung zu. Mit dieser offiziellen Kontaktaufnahme, die auch von der Geheimpolizei interessiert mitverfolgt wurde, startete die mehrjährige Kooperation über den

¹²²⁵ Vgl. Kapitel 7 in der vorliegenden Arbeit.

¹²²⁶ Vgl. Kapitel 8 in der vorliegenden Arbeit.

¹²²⁷ Vgl. Kapitel 8.3 in der vorliegenden Arbeit.

Eisernen Vorhang hinweg. Ende 1985 erlangten die Aktivitäten der Duna Kör AktivistInnen durch den Right Livelihood Award zunehmend internationale Aufmerksamkeit. Während einerseits innere Differenzen wie Führungskonflikte und Richtungsstreits die Stabilität und Schlagkraft gefährdeten und der Druck (etwa am Arbeitsplatz einiger AktivistInnen) und das Misstrauen in den eigenen Reihen stieg, brachte die gesteigerte internationale Aufmerksamkeit neue Allianzen. Protestereignisse und Auftritte in der Medienöffentlichkeit warfen Fragen zur Radikalität und des politischen Selbstverständnisses auf. Der gescheiterte „Umweltspaziergang“ im Februar 1985 führte dabei nicht nur unter den AkteurInnen zu Enttäuschungen und Konflikten, sondern ging auch an der noch frischen Beziehung zu österreichischen AktivistInnen nicht spurlos vorüber.¹²²⁸ Nichtsdestotrotz erhöhte die vor Ort erlebte Polizeigewalt das Mobilisierungspotential der Bewegung, indem sich der ökologische Protest mit dem Frust über das staatliche Machtmonopol summierte. Die Verurteilung der ungarischen Behörden durch das Europaparlament eröffnete der Kontroverse eine neue Perspektive der Externalisierung. Spätestens mit Bekanntwerden der österreichischen Beteiligung am ungarischen Kraftwerksbau im Jahr 1985 verstärkten sich die Allianzen zwischen Österreich und Ungarn. Unterschiedliche AkteurInnen beteiligten sich an Aktionen wie Bildungsfahrten nach Ungarn, Appelle an die österreichische Regierung und die westliche Öffentlichkeit. Die grenzüberschreitend koordinierte Medienarbeit, darunter zeitgleich stattfindende oder gemeinsame Pressekonferenzen in Österreich und Ungarn, gehörte nun zu einem der schlagkräftigsten Instrumente der Bewegung.¹²²⁹

Phase 3 kennzeichnete sich durch Allianzen zu international agierenden NGOs und die damit einhergehende Mobilisierung neuer Anhängergruppen im Ausland sowie einer Ausweitung der Protestorte nach Österreich.¹²³⁰ Im Frühjahr 1987 protestierte Global 2000 vor der Creditanstalt in Wien. NGOs wie WWF und Friends of the Earth beteiligten sich immer stärker an der Protestbewegung und beeinflussten dadurch auch das Protestrepertoire und die Außenwahrnehmung.¹²³¹ Das Mobilisierungspotential jener NGOs sowie die Ressourcen an Infrastruktur, Professionalisierung und tatkräftigen Mitgliedern und SpenderInnen bilden wesentliche Faktoren für den Wandel von einem lokalen Protest gegen ein Donaukraftwerk zu einer grenzübergreifenden Bewegung, die neben ökologischen Bedenken auch zunehmend Forderungen nach Partizipation und einem gesellschaftlichen Wandel in der Mensch-Natur-

¹²²⁸ Vgl. u.a. Kapitel 8.2.1 in der vorliegenden Arbeit.

¹²²⁹ Vgl. u.a. Kapitel 8.2.2 in der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁰ Der WWF startete nach eigenen Angaben die Öffentlichkeitsarbeit gegen das Kraftwerk Nagymaros im Winter 1986. Vgl. Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo.

¹²³¹ Vgl. u.a. Kapitel 8.1.2 in der vorliegenden Arbeit.

Beziehung stellten. Die Beteiligung eines demokratischen und kapitalistischen Landes wie Österreich an einem großräumigen Bauprojekt auf sozialistischem Territorium bot Zündstoff für einen Konflikt, der in seiner Symbolträchtigkeit weit über die lokale Betroffenheit hinaus reichte. Österreichische AktivistInnen sahen nicht die partizipativen Defizite in den östlichen Nachbarländern im Zuge des Kraftwerksbaus, sondern vielmehr die Beteiligung und Schuldzuweisung heimischer AkteurInnen als Anstoß zum solidarischen Handeln. Die Beteiligung unterschiedlicher OppositionspolitikerInnen in Österreich an der Kritik zeigt, dass GNV auch als Reibungspunkt für die innenpolitische Auseinandersetzung genutzt wurde.¹²³² In Ungarn wiederum sahen ReformkommunistInnen und AkteurInnen der sich bildenden politischen Opposition – vor allem im Zuge des für die AktivistInnen legendären Massenprotestes am 12. September 1988 – ihre Chance in der Positionierung gegen GNV als Sinnbild kommunistischer Misswirtschaft.¹²³³ Die Donaubewegung entwickelte sich somit parallel zu einem Kristallisationspunkt kapitalistischer wie auch sozialistischer Systemkritik und wurde zum Sammelbecken für Menschen mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten. Ein Ergebnis dieses Mobilisierungsprozesses war eine seit 1956 in Ungarn nicht dagewesene Demonstrationkaskade im Jahr 1988, die über das Kraftwerksprojekt hinaus weitere Themen bearbeitete. Zugleich formierten sich ab der zweiten Hälfte des Jahres 1987 erste politische Bewegungen, die versuchten, die zersplitterte Opposition in potentiellen Parteien zu vereinigen.

Phase 4 zeugt von einer hohen transformativen Dynamik, die sich politisch unter anderem in den ersten freien Wahlen 1990 und der legalen Formierung neuer Parteien äußerte. Zugleich erfolgte der Baustopp in Nagymaros, der Spannungen zum tschechoslowakischen Nachbar auslöste.¹²³⁴ Durch die Dynamik der politischen Geschehnisse änderten sich auch die Rollen führender AkteurInnen der Donaubewegung. Durch die Parteigründungen und die damit einhergehende Zersplitterung in ideologische Lager zerbrach die Bewegung in unterschiedliche Teile, die sich mehrheitlich entlang bestehender Kluften innerhalb der ungarischen Elite nachzeichnen lassen. Nur ein geringer Teil der AktivistInnen identifizierte sich mit der neugegründeten grünen Partei, bei dessen Gründung vier Duna Kör-AkteurInnen sowie mehrere AnhängerInnen von Umwelt- und Naturschutzgruppen federführend beteiligt waren. Während sich im Zuge der ersten demokratisch gewählten Regierung ein Teil der AnhängerInnen der Bewegung für politische Ämter entschied, blieben andere der politischen Öffentlichkeit fern, wählten eine akademische Karriere oder übernahmen Aufgaben in den

¹²³² Vgl. u.a. Kapitel 8.2.3 in der vorliegenden Arbeit.

¹²³³ Vgl. Kapitel 8.1.2 in der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁴ Vgl. u.a. die Kapitel 7.2 sowie 8.1.2 in der vorliegenden Arbeit.

zahlreichen neu entstandenen NGOs.¹²³⁵ Mit der Gründung des Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe (REC) und dem Engagement von AktivistInnen wie Judit Vásárhelyis im Independent Ecological Center (IEC) kam es zwar einerseits zu einer Institutionalisierung der ökologischen Anliegen der Donaubewegung, andererseits änderten sich aber durch die Verlagerung der Proteste ins Nachbarland die Themen des öffentlichen Diskurses in Ungarn.¹²³⁶

„When the policy of the government regarding the dam changed (the Hungarian party terminated the construction in 1989), the nature of the conflict changed; demonstrations and forums stopped when the general elections of 1990 were nearing. The opposition moved primarily from the relations of the state and the society to foreign relations. (...) The ‘glamour’ of the swift transition to capitalist market economy and freedom diverted attention from the importance of the environment, and members of society were occupied by issues of consumption and growth.“¹²³⁷

Am Ende der 1980er Jahre kam es, wie bereits näher ausgeführt wurde, zur Verlagerung der Proteste nach Gabčíkovo bzw. in die Tschechoslowakei, was letztlich auch die Neuformierung der grenzüberschreitenden Netzwerke zur Folge hatte.¹²³⁸ Die Proteste gegen Gabčíkovo wurden vorwiegend von AnhängerInnen westlicher NGOs und slowakischen AktivistInnen dominiert. Die ungarische Umweltbewegung konnte nach dem Wegfall des Nagymaros-Projekts ihr Mobilisationspotential nicht aufrechterhalten. Verhalf kurz zuvor die heterogene Beschaffenheit der Bewegung noch zu einer breiten Mobilisierung gegen die kommunistische Führung, konnten Gruppen wie der Duna Kör ihre Anziehungskraft in dem jungen pluralistischen System nicht beibehalten. Die politische Transformation riss nicht nur die vom Staatssozialismus geschlossen geglaubten Gräben zwischen den politischen Lagern auf, sondern brachte auch die unterschiedlichen Sichtweisen und Traditionen zentraler AktivistInnen zu Tage – etwa zu Fragen der Politisierung von Natur- und Umweltschutzfragen. Neben dieser Heterogenität bildeten auch die neuen Herausforderungen der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen Gründe für die Zersplitterung der Bewegung. So verschob sich aufgrund der drohenden Arbeitslosigkeit auch die Aufmerksamkeit vieler AkteurInnen.

„Sehr viele Leute hatten die Illusion – ich selbst auch – Wir haben jetzt eine freigewählte Regierung und sowohl die Regierung als auch die Opposition war dagegen [Nagymaros, Anmerkung d. Verf.]. Wir dachten, die Sache sei jetzt in guten Händen. Jetzt haben wir eine Demokratie, wer braucht dann noch diese Bewegung?“¹²³⁹

Mit der politischen Entscheidung gegen Nagymaros war ein wichtiger Vorwand für den Protest gegen die kommunistische Führung in Ungarn verschwunden. Und mit dem Ende des

¹²³⁵ Vgl. u.a. Kapitel 8.2.2 in der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁶ Vgl. *Glied*, From the green movement to a party. The Effect of the crisis and democratic movements in Hungary, 211.

¹²³⁷ Ebd.

¹²³⁸ Vgl. Kapitel 8.1.3 in der vorliegenden Arbeit.

¹²³⁹ Interview der Verf. mit A. Székfü (c), Online 2021.

Machtmonopols der MSzMP verlor die Bewegung schließlich auch ihren größten gemeinsamen Gegner.

9 Zusammenfassung und Ausblick

9.1 Konflikt und Kooperation entlang der Donau

So wie KlimaaktivistInnen von *Fridays for Future* davon überzeugt sind, dass Emissionen nur durch globale Anstrengungen reduziert werden können, betrachteten auch viele AktivistInnen der Donaubewegung ihr Umweltengagement als grenzenlos. Nach genauerer Untersuchung der Bewegung zeigt sich jedoch ein vielfältiges Mosaik an Überzeugungen und Ausprägungen der geteilten Naturverbundenheit, welches sich anhand von Selbstbildern nachvollziehen lässt (etwa in der Konfliktlinie Naturschützer vs. Umweltschützer). Hinsichtlich der Massenmobilisierung in Ungarn war zweifelsohne der Symbolcharakter des GNV-Projekts mindestens genauso ausschlaggebend wie die ökologischen Sorgen ihrer GegnerInnen. Mit GNV bot die kommunistische Führung ihren BürgerInnen, die mit der wirtschaftlichen und politischen Situation unzufrieden waren, zahlreiche Angriffsflächen für Kritik. Die EntscheidungsträgerInnen der Donaubewegung, allen voran das Kernteam des Duna Kör, waren sich dieser Chancen bewusst. Zudem nutzten sie bestehende Ressourcen und Verbindungen zur grenzübergreifenden Kooperation, um Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu steigern und Druck auf die eigene Regierung aufzubauen. Mit dem Protesterfolg gegen die Staustufe bei Hainburg erhofften sich die ungarischen AktivistInnen Rückenwind für den Kampf im eigenen Land. Für die österreichische Umweltbewegung war GNV ein Schauplatz von vielen. Bisherige Erfolge, das gestärkte internationale Netzwerk und die zunehmende politische Repräsentation durch die Grüne Partei verhalfen den österreichischen UmweltschützerInnen zu einem ausgeprägten Selbstbewusstsein, das in manchen Fällen einem Sendungsbewusstsein gleichkam.

Für österreichische AktivistInnen versprach das Umweltengagement in Ungarn somit eine Möglichkeit der Legitimation und Stärkung des Selbstbildes. Während Parteien wie die SPÖ, FPÖ und ÖVP nur zögerlich an die vielfältigen Gruppen und Einzelpersonen der Opposition in Ungarn und der ČSSR herantraten (nur wenigen QuerdenkerInnen wie Erhard Busek gelang der Spagat), konnten sich die österreichischen Grünen, aber auch linke trotzkistische Gruppierungen wie das SOK auf diesen Schauplätzen hinter dem Eisernen Vorhang profilieren. Mit dem Erfolg der Besetzung des Auwaldes bei Hainburg geriet ein lokaler österreichischer Protest zu einem entscheidenden Faktor für AktivistInnen im Nachbarland. Wenngleich die österreichische Seite wenig bis kein Wissen über die lokalen Gelegenheitsstrukturen und

soziopolitischen Kontexte mitbrachte, profitierten die KraftwerksgegnerInnen in Ungarn vom österreichischen Aktionsrepertoire des friedlichen Protests und den Erfahrungswerten in der Kampagnenführung und der Organisation von Massenprotesten.

Die vorliegende Arbeit näherte sich der Transnationalisierung der Protestbewegung gegen GNV anhand einer staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene. Durch die Aufarbeitung der Protestkontexte in den beteiligten Donauländern (Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei), war es möglich, die vorhandenen Gelegenheitsstrukturen beider Ebenen für die Transnationalisierung der Donaubewegung zu ergründen. Dabei wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich vorhandener Möglichkeitsstrukturen der untersuchten AkteurInnen ersichtlich. Im Donaauraum zwischen Wien und Budapest fanden in den 1980er Jahren Prozesse der Globalisierung, Ökologisierung und Transnationalisierung lokale Spielräume und AkteurInnen, die die Spätphase des Kalten Krieges aus einer lokalen Perspektive mitgestalteten. In der vorliegenden Arbeit konnte gezeigt werden, wie es AkteurInnen der Umweltbewegung trotz vorhandener Systemgrenzen gelang, grenzübergreifende Netzwerke und geteilte Kommunikationsräume zu bilden. Dabei wurde aufgezeigt, dass bestehende Kontaktnetzwerke, die eigene Mobilität sowie familiäre Prägungen die Bildung und Professionalisierung dieser Netzwerke begünstigten und geteilte Ideen und Identifikationsbilder der Ökologisierung und Partizipation bei Mega-Bauprojekten die Transnationalisierung der Bewegung förderten. Auf Basis von Interviews, Medienberichten und Archivmaterial wurde gezeigt, mit welchen Aktionen und Strategien die Massenmobilisierung in Ungarn gegen GNV mit der Transnationalisierung der Proteste einherging. Ausgehend von ungarischen AktivistInnen und ihren Kontakten zu österreichischen UmweltaktivistInnen, JournalistInnen sowie politischen AkteurInnen zeigte sich ein dynamisches Netzwerk, das die gegensätzlichen öffentlichen Sphären mitteleuropäischer Nationalstaaten über den Eisernen Vorhang¹²⁴⁰ hinaus durchdringen konnte. Durch finanzielle Unterstützungsleistungen aus Österreich, gemeinsame professionelle und koordinierte Medienarbeit und zielgruppengerechte Botschaften gelang es den AkteurInnen, Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erlangen und eine gemeinsame Öffentlichkeit über die Grenzen des Nationalstaats zu schaffen. Presse- und Delegationsreisen

¹²⁴⁰ Die in den Nachkriegsjahren beginnende und bis zum Zerfall der Sowjetunion andauernde Teilung Europas in „Ost“ und „West“ wurde von Winston Churchill 1946 als „Iron Curtain“ bezeichnet. Die Zweiteilung wurde durch die Gründung der Militärallianz der North Atlantic Treaty Organization (NATO) und die darauffolgende Bildung des Warschauer Paktes institutionalisiert. Vor allem für die Bevölkerung Osteuropas hatte dies weitreichende Einschränkungen in der Mobilität (in den Westen) zur Folge, welche durch Propagandamaßnahmen legitimiert wurden. Vgl. u.a. *Kirchhof, McNeill*, Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism.

ins Nachbarland wurden dazu genutzt, persönliche Beziehungen mit MultiplikatorInnen und potentiellen UnterstützerInnen aufzubauen. Sogenannte „Bildungsfahrten“ dienten zudem dazu, interessierte ÖsterreicherInnen nach Ungarn zu transportieren und in Zwischenstopps an den Baustellen des Staustufenprojekts auf die unmittelbaren Schäden aufmerksam zu machen. Die Aufklärungsarbeit der AktivistInnen, unter denen viele wissenschaftliche Expertise vorzuweisen hatten, war davon geprägt, den geführten Fachdiskurs für MedienvertreterInnen und interessierte Laien zu öffnen. Die Verschmelzung von Aktivismus und Wissenschaft spiegelte sich in den Materialien und Äußerungen der Donaubewegung wider. Für die Kampagnenführung der Donaubewegung waren die materiellen Ressourcen westlicher NGOs, die auch zahlreiche Spendenaufrufe für die Bewegung organisierten, sowie das Preisgeld des Right Livelihood Awards essentiell. Von ebenso großer Bedeutung waren jedoch auch die Erfahrungswerte westlicher Verbündeter. Während durch die gemeinsamen Feindbilder und die geteilte Überzeugung des Unrechts nationalistische Rahmendeutungen überwunden werden konnten, erschwerten historische und ethnische Konfliktlinien die grenzüberschreitende Solidarität. Die Deutungsrahmen wurden dabei sehr flexibel und je nach Zielgruppe durchaus widersprüchlich für die Kampagnen gegen GNV eingesetzt: Mal appellierten österreichische AktivistInnen an das Gemeinschaftsgefühl der „Völker des Donauraums“, mal an die noch aus Hainburg bekannte David-Goliath-Narration der auflehrenden BürgerInnen gegen die Energie-Lobby. Während ungarische AktivistInnen mit Visegrád patriotische Gefühle weckten und die österreichische Beteiligung als kolonialistischen Akt präsentierten, wussten österreichische AktivistInnen an das Verantwortungsgefühl des demokratischen „Westens“ gegenüber den „Demokratiemängeln im Osten“ zu appellieren. Sämtliche Widersprüche wurden von dem gemeinsamen Ziel, der Verhinderung des Staustufenprojektes, überdeckt und bedurften keiner intensiveren Aushandlung unter den AktivistInnen. So blieb in der heißen Phase der Proteste wenig Zeit, um sich mit Konfliktthemen und gemeinsamen Zukunftsvisionen auseinanderzusetzen.

Durch genauere Betrachtung der Formierungsprozesse konnte aufgezeigt werden, dass im Fall der Donaubewegung vier zentrale Phasen der Transnationalisierung stattgefunden haben: In Phase 1 gelang es einzelnen KritikerInnen, einen lokalen Zirkel in Budapest zu gründen, gemeinsame Kritik an GNV zu formulieren und somit den Grundstein für weitere Aktionen zu legen. In Phase 2 knüpften die AktivistInnen erste Allianzen mit österreichischen UmweltschützerInnen. Den zentralen Ansporn zur grenzübergreifenden Mobilisierung bildete aus Sicht der ÖsterreicherInnen zweifellos die sich ab 1985 abzeichnende Beteiligung

heimischer Banken und Unternehmen an GNV. Innerhalb von wenigen Jahren entwickelte die Bewegung eine enorme Mobilisierungskraft, welche sich in Phase 3 durch öffentliche Protestaktionen bis hin zu Massendemonstrationen äußerte. In Phase 4 verlagerte sich die Aufmerksamkeit durch den Baustopp in Nagymaros ins Nachbarland. Anhand dieser Strukturierung des Protestgeschehens konnte die vorliegende Arbeit im Kontrast zu bisherigen Studien darlegen, wie bereits in Ungarns zivilgesellschaftlichen Ära der „gewaltlosen Illegalität“¹²⁴¹ AktivistInnen internationale Netzwerke knüpften und den Protestverlauf damit wesentlich beeinflussten.

Neben der zivilgesellschaftlichen Ebene fand auch auf staatlicher Seite eine Grenzüberschreitung im Zuge des Kraftwerksbaus statt. Die Beschäftigung mit der Geschichte der hydrologischen Nutzung der Donau ermöglichte Einblicke in die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Verflechtungen in der Region. Die Auseinandersetzung machte die gemeinsamen Ambitionen zur Wasserkraftnutzung seitens Politik und Elektrizitätswirtschaft deutlich. Zwar wurden die Kraftwerkspläne in Ungarn und der ČSSR von wirtschaftlicher und ökologischer Fachkritik begleitet, die politischen Befürworter, Ingenieure und Wasserbauer wussten sich letztlich jedoch mit ihren energiewirtschaftlichen und verkehrstechnischen Argumenten durchzusetzen. Ökologische Bedenken fanden in diesen nichtöffentlichen Diskursen zwar Eingang, wurden aber nicht als Priorität angesehen. In Ungarn ermöglichte erst die von AktivistInnen erzwungene Medialisierung ökologischer Verantwortung über die Grenzen der nationalen Öffentlichkeit hinaus den Raum für entsprechende Diskussionen. Neben dem Wissensaustausch auf fachlicher Ebene trugen insbesondere auch persönliche Freundschaften und Kontakte zentraler Akteure der Energiewirtschaft zur Einigung über die Finanzierung Österreichs bei. Die besondere Position Ungarns innerhalb der RGW-Staaten nahm im Fall GNV eine nicht unbedeutende Rolle ein. Die wirtschaftspolitische Öffnung und Liberalisierungsschritte im Grenzregime der späten Kádár-Ära ermöglichten nicht nur engere Kontakte zwischen VertreterInnen von Wirtschaft und Politik¹²⁴², sondern machten den Eisernen Vorhang auch für systemkritische AkteurInnen durchlässiger.

Im Vergleich zu Österreich gestalteten sich die Beziehungen Ungarns zum Bruderstaat ČSSR komplizierter. Das bilaterale Projekt GNV lieferte dabei schon während der Planungsphase

¹²⁴¹ Vgl. *Kerényi, Szabó*, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary, 806.

¹²⁴² Ungarns wie auch Österreichs wichtigster Handelspartner war Westdeutschland.

reichlich Konfliktstoff. Einerseits fehlte Ungarn in den 1980er Jahren schlichtweg das Eigenkapital, den vereinbarten Teil des Bauprojektes in Nagymaros umzusetzen, andererseits weisen die mühsamen Verhandlungen und Verzögerungen in dieser Angelegenheit auf fehlenden politischen Willen hin. Unterstützt von Reformkräften innerhalb wie außerhalb der kommunistischen Arbeiterpartei gelang es den KraftwerksgegenerInnen, das Konfliktthema aus den Fachkreisen, privaten Zirkeln und der Untergrundpresse in die ungarische Öffentlichkeit zu tragen, wo es spätestens ab 1988 auch heiß diskutiert wurde. Im Vergleich zu ihrem ungarischen Pendant waren die Gelegenheitsstrukturen von UmweltschützerInnen und WissenschaftlerInnen in der ČSSR limitierter. Reformbewegungen konnten nach dem Prager Frühling 1968 im kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei schwer Fuß fassen. Die vor allem auf Bratislava fokussierten UmweltschützerInnen sahen bis ins späte Jahr 1989 keine Möglichkeit für offenen Protest gegen das Kraftwerksprojekt. Zu klein schien die eigene Basis zur Mobilisierung, zu groß waren die Befürchtungen vor Repressionen. Die Argumente gegen GNV wurden unter der Oberfläche und in Grauzonen halböffentlicher Diskurse vorbereitet und fundiert. So konnte sich kurz nach der ersten Demonstration im Dezember 1989 die schlagkräftige Bürgerinitiative „Eurochain“ als Kristallisationspunkt der KraftwerksgegnerInnen bilden. Gespräche mit slowakischen AktivistInnen konnten hierbei aufzeigen, wie nationalistische Rahmendeutungen sowohl zur Mobilisierung gegen GNV als auch zur Stigmatisierung von AktivistInnen seitens der KraftwerksbefürworterInnen genutzt wurden.

Zusammenfassend fungierte die Donau im Fall GNV als Schauplatz von Konflikt und Kooperation. Mit ihr als konstituierendes Element bildeten die beteiligten Länder einen geteilten und doch umkämpften Raum, der zum Verhandlungsort unterschiedlicher Interessen erklärt wurde. Ohne Zweifel ist „Stop Nagymaros!“ ein Kapitel gelungener wie auch gescheiterter Kooperation in Mitteleuropa. Den roten Faden dieser Geschichte bildet die Grenzüberschreitung – sei es jene der Technik, mit der die KraftwerksplanerInnen der Natur Einhalt gebieten wollten, oder jene der ideologischen Barrieren, die durch die Kooperation unterschiedlicher AkteurInnen überwunden wurde. Sie birgt die physische Grenzüberschreitung im geteilten Europa sowie die Überwindung kommunikativer Grenzen durch die Debatte um GNV. Schließlich wagten die AktivistInnen der Donaubewegung mit ihrem Protest den Sprung über sprachliche und kulturelle Hürden und testeten persönliche Grenzen durch zivilen Ungehorsam und Kritik am „System“ aus. So wurden sie zu AkteurInnen der Protestgeschichte Mitteleuropas, zu der diese Arbeit beitragen möchte.

9.2 Ausblick: Auf dem Weg zu einer Protestgeschichte Mitteleuropas

Die Covid-19-Pandemie führte ab dem Frühjahr 2020 zu einer globalen Bedrohungslage, auf die die Regierungen Mitteleuropas neben vielen anderen Maßnahmen mit Grenzschließungen reagierten. Die massiv eingeschränkte Reisefreiheit, die auch die Mobilität zwischen den Hauptstädten Wien, Bratislava und Budapest betraf, hat in der Bevölkerung Erinnerungen an den Eisernen Vorhang geweckt. Zugleich weisen geopolitische Spannungen zwischen Russland und der Europäischen Union darauf hin, dass die bipolare Konstellation und die Denkmuster des Kalten Krieges auch im Jahr 2021 nicht vollends überwunden sind. 32 Jahre nach der Grenzöffnung 1989 und 26 Jahre nach dem EU-Beitritt Österreichs fehlt es nach wie vor an Studien, die Österreichs Position in seinen Wechselwirkungen mit den Transformationsprozessen in den östlichen Nachbarländern aus zivilgesellschaftlichen Perspektiven untersucht.¹²⁴³ Die Vernachlässigung grenzübergreifenden Handelns jener AkteurInnen in der politischen Zeitgeschichte kann auf die schwierige Quellenlage, die geringe historische Distanz sowie auf vorhandene Sprachbarrieren zurückgeführt werden. So stellen auch für die vorliegende Forschungsarbeit der lückenhafte Forschungsstand, die grenzüberschreitende Archivarbeit sowie die schrittweise Rekonstruktion von Netzwerken anhand von ZeitzeugInnen-Interviews Hindernisse dar. Nichtsdestotrotz bietet gerade die grenzübergreifende Perspektive mitteleuropäischer Protestgeschichte ein facettenreiches Forschungsdesiderat. Weitere Forschungsanstrengungen in diese Richtung würden nicht nur der Geschichte der Zweiten Republik neue Kapitel abseits der bekannten Protestereignisse wie Hainburg und Zwentendorf hinzufügen, sondern könnten auch einen Beitrag zur geteilten Erinnerungskultur in der Region leisten. ForscherInnen sollten verständliche Berührungspunkte aufgrund der geringen zeitlichen Distanz zu den 1970er und 1980er Jahren ablegen, um mit Methoden der Oral History verstärkt den akteurszentrierten Fokus auf gesellschaftliche Randgruppen und Graswurzel-Initiativen legen zu können.

Die Protest- und Bewegungsforschung wendet bis heute vorwiegend westeuropäische Maßstäbe an, weshalb eine genauere Beschäftigung mit ostmittel- und südosteuropäischen Entwicklungen wertvolle Perspektivwechsel mit sich bringen würde. Gerade hinsichtlich Umweltbewegungen ergeben sich spannende Forschungsfragen, die auch für die Analysen gegenwärtiger Entwicklungen von Nutzen sein können. Die vorliegende Arbeit hat sich aufgrund der Vielschichtigkeit des GNV-Projektes auf die Auseinandersetzung mit einer

¹²⁴³ Vgl. hierzu die geschilderten Forschungsdesiderata in: *Brait, Andrea; Gehler, Michael, Grenzöffnung 1989 - Offene Grenzen?*, In: *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich*, Andrea Brait, Michael Gehler (Hg.) (Wien, Köln, Weimar 2014) 9–44, doi: 10.7767/boehlau.9783205793236.9.

regional aktiven Single-Issue-Bewegung konzentriert. Weitere Forschungsarbeiten sind notwendig, um die darin identifizierten Wechselwirkungen, Gelegenheitsstrukturen und Ansätze für Typologien durch komparative Studien zu ergänzen. Künftige Auseinandersetzungen zur Transnationalisierung von Umweltprotesten könnten beispielsweise entlang eines historischen Längsschnittes betrachtet werden. Darüber hinaus würden synchrone Analysen zur zivilgesellschaftlichen Netzwerkbildung über die Grenzen autokratischer und demokratischer Staaten hinaus neue Erkenntnisse hinsichtlich gegenwärtiger illiberaler Tendenzen ermöglichen.

10 Literatur- und Quellenverzeichnis

10.1 Ungedruckte Quellen

10.1.1 Archivalien

Magyar Nemzeti Levéltár (MNL) / Országos Levéltár (OL) [Ungarisches Nationalarchiv/ Nationalarchiv Ungarns]

MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-00993/6/1976 43. doboz - Magyar-csehszlovák Dunai Vízierőmű beruházás terve 1972-1973

MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-5-002550/2 1977 43. doboz A magyar-csehszlovák Dunai Vízierőmű megvalósításáról és üzemeltetéséről szóló államközi szerződésben foglalt építési feladatok végrehajtását elősegítő kölcsönös segítségnyújtás.

MNL, OL XIX-J-44-Csehszlovákia-IV-29-532-002550/1 1977 Dunai Vízlépcsőrendszer építésének kezdete

MNL, OL XIX-J-44-Csehszlovákia-IV-29-532-005640 1980 44. doboz Az Együttműködési Bizottság csehszlovák tagozatának ülése.

MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-532-00308/1 1983 48. doboz A Csehszlovák Szövetségi Kormány 346-os határozata a duna vízlépcsőrendszer építésének munkálatairól.

MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia-IV-29-532- 003116/1 1986 48. doboz A nagymarosi vízlépcső osztrák vállalkozásban történő megépítéséről magánjogi szerződésről és garanciáiról.

MNL OL XIX-J-40-Csehszlovákia IV-29-55 00511/8 1989 Bős-Nagymarosi vízlépcsőrendszer elleni akció.

Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára (ÁBTL) [Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste]

ÁBTL 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14, Duna Kör (274 lap) 20. November 1985.

ÁBTL 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14 (14.01.1985).

ÁBTL 2.7.1. NOIJ-III/3-2/1/1985.I.14 (23.10.1985).

ABTL 2.7.1.NOIJ - III/III-149a/1/1986.IX.8 (08.09.1986)

ÁBTL 2.7.1.NOIJ - III/III-28/2/1986.II.22 (21.05.1986).

ÁBTL 2.7.1.NOIJ - III/III-217/4/1987.XII.4

Digitalisierte Archivalien (www.abtl.hu)

Állásfoglalás. Beszélő 3, Nr. 25 (1988) 86–88, online unter
<https://www.abtl.hu/sites/default/files/1988.09.12_13_1_1.jpg> (18.09.2020).

N.N., Tüntetés a vízlépcső ellen. Népszabadság/ MTI, 13.09.1988,
online unter
<https://www.abtl.hu/sites/default/files/kepek/virtualis_kiallitasok/1988.09.12_39.jpg>
(22.01.2021).

„Nagymaros feliratú jelvény“ (Badge mit Nagymaros-Schriftzug), 27. Mai 1988, M.L.
(Miklósi László Sammlung),
online unter <https://www.abtl.hu/szolgaltatasok/nyilt-ter/virtualis_kiallitas/tuntetesek_1988/1988.05.27>, (22.01.2021).

N.N., Szabadságot a Dunának – 1988. Szeptember 12 (Bericht auf der ÁBTL-Webseite),
online unter <https://www.abtl.hu/szolgaltatasok/nyilt-ter/virtualis_kiallitas/tuntetesek_1988/1988.09.12>, (22.01.2021).

„Transzparensék, feliratok“ (Transparente und Slogans) ÁBTL – 2.7.3. – 6.7/szn/1988 [65-9/181/1988], online unter < https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_32_0.pdf> (22.01.2021).

ÁBTL – III.-1.22.-Kriston Péter gyűjteménye (Aufruf des Nagymaros-Komitees zur Demonstration am 12. September 1988, um 17 Uhr am Vörösmarty-Platz, Budapest), online unter < https://www.abtl.hu/sites/default/files/1988.09.12_11.jpg>, (22.01.2021).

ÁBTL – 2.7.3. – 6.7/641/1988, 10. Doboz, Az MDF 1988. szeptember 10-i esztergomi környezetvédelmi tanácskozásáról, online unter <https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_17.pdf> (22.01.2021).

ÁBTL – 2.7.3.-6-7/szn/1988. [65-9/181/1988] (Vorlage für einen Protestbrief an den Ministerpräsidenten Ungarns Károly Grósz), online unter

ÁBTL – 2.7.3.-6-7/641/1988, (Bericht über das MDF-Treffen in Esztergom) online unter https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_17.pdf (22.01.2021).

ÁBTL – 2.7.3-6-7/602/1988, (Solidaritäts-Schrift der Grünen Nationalratsabgeordneten mit Ungarn), online unter < https://tuntetes-archivum.hu/sites/default/files/esemenyek/pdf/1988.09.12_23_0.pdf>, (22.01.2021).

ÁBTL.-2.7.3.-6-7/szn/1988. Röplap az vízlépcső ellen (Flyer gegen die Staustufe), online unter https://www.abtl.hu/sites/default/files/kepek/virtualis_kiallitasok/1988.09.12_24_2.jpg (22.01.2021).

Open Society Archive (OSA)

OSA-HU-357-1-4 Box2, A Duna Kör hírei 4 (1986).

OSA-HU-300-40-1 Box 276F137, B-Wire vom 8. Februar 1986, 20:51 Uhr “Hungarian Police break up environmental demonstration”.

OSA-HU-300-40-1 Box 276, Bericht „Die Presse“ vom 17. April 1986, Peter *Martos*, Ungarns Donauschützer kämpfen weiter „Presse“-Inserat erregt Aufsehen, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4314>>, (27.11.2020).

OSA-HU-300-40-1 Box 276, Auszüge aus der englischen Übersetzung der ungarischsprachigen Anzeige in der Tageszeitung „Népszabadság“ vom 19. April 1986, Seite 6.

OSA-HU-205-4-140 Box 37, ¹²⁴⁴ „Egyesületek ‚D‘ Duna Kör 1987-1991“.

Digitalisierte Archivalien (OSA)

OSA-HU-205-4-140 Box 37, A Dunai hírei sz.1, 1984. APA-Meldung vom 20. September 1984, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (18.09.2020).

OSA-HU-205-4-140 Box 37, A Dunai hírei sz.1, 1984. Botschaft des Duna Kör, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (18.09.2020).

OSA-HU-300-40-1 Box 276, Bericht in „Die Welt“ vom 17. April 1986, Carl Gustaf Ströhm, Protest kommt per Inserat, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4314>>, (27.11.2020).

OSA-HU-300-40-1 Box 276F137. Bericht (ohne AutorIn) der Süddeutschen Zeitung vom 10. Februar 1986, Umweltschützer-Demonstration in Budapest aufgelöst, online unter <<http://pa.ceu.hu/document/4310?terms=Umweltschützer-Demonstration%3B>>, (18.01.2021).

Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR)

ÖStA AdR BMLFW 14.201/10-I4/80, Kraftwerksgruppe Gabčíkovo-Nagymaros; Einleitung bilateraler Gespräche, zu finden in: 14.201-I4/1980.

ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/2V Blg.1, Memorandum betreffend die Staustufe Gabčíkovo, ein Gemeinschaftskraftwerk der ČSSR und Ungarn, Wien, 6. Februar 1980.

ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/2V Blg. 1, Brief des Verbund-Chefs an Minister Staribacher, Wien, 24. Juni 1980.

¹²⁴⁴ {Formatting Citation}

ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V, Vortrag an den Ministerrat, Bericht über die anlässlich des ČSSR -Reise von Herrn Bundesminister Dr. Josef Staribacher geführten Gespräche, Wien, 30. Juli 1980.

ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V Blg. 1, Brief des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Bm H, GuI, Wien, 24. Oktober 1980.

ÖStA AdR BM H,GuI 54.360/9V Blg.1, Brief der Österreichischen Botschaft in Prag an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Prag, 29. Jänner 1981.

ÖStA AdR BM H,GuI 59509/1986, Kopie der Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage vom 6. August 1986 von Dr. Marga Hubinek an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend österreichische Beteiligung am Donaukraftwerk Nagymaros in Ungarn (Nr. 2138/3).

ÖStA AdR BMwA 59.506/27-V/3/85, Verbund-Schreiben vom 20. November 1985 an Finanzminister F. Vranitzky.

ÖStA AdR BMH,GuI 59509/1986, Zeitungsausschnitt: R.E., „Kraftwerksprojekt verhindern“, Wiener Zeitung, 11.11.1986 (ohne Seite).

ÖStA, BM H,GuI 59508/1986 diverse Presseberichte.

ÖStA BMH, GuI 59508/1986, Volker Kier (Leiter des Büros des BMH, GuI), Dienstzettel an die Sektion V, 6. Mai 1986.

ÖStA AdR BM H, GuI 59.506/6-V/3/861. Generalunternehmervertrag, 7.5.1986.

ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Bericht zur Pressekonferenz am 4. Dezember 1986.

ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Bericht vom 10. Dezember 1986.

ÖStA AdR BMwA 59.508, Dienstzettel z1.559.506/17-VIII/3/88, Blatt 3-4, 1987.

Sowie Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich (BGBl.) Nr. 491, ausgegeben am 11. September 1986.

ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Vorstandsbrief der DoKW, 20. Februar 1987, 1-4.

ÖStA AdR BMwA 59.506/3-V/3/87, Antwortschreiben and DoKW, März 1987.

ÖStA AdR Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (BMwA) 559.508, Dienstzettel z1.559.506/17-VIII/3/88, Blatt 3, 1987.

ÖStA AdR BMLFW 14.575/20-I 4/88, zu finden in: 14.575-I4/1988.

ÖStA AdR BMH, GuI 59.506/7-VIII/3/87, Notiz über das Projekt Nagymaros, 1988, 3.

ÖStA AdR BMwA 559.506, Abt 3/1, BMwA-Dienstzettel vom 7. September 1988.

ÖStA AdR BMH, GuI 559.506/16-VIII/3/88, Im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Nagymaros abgeschlossenen Verträge, 14. September 1988, 2.

Digitales Fotoarchiv — Fortepan.hu

Philipp Tibor/Fortepan, online unter < <https://fortepan.hu/hu/photos/?id=60461> > (21.01.2021).

Hegedüs Judit/Fortepan, online unter < <https://fortepan.hu/hu/photos/?id=16066> > (22.01.2021).

TM/Fortepan, online unter <<https://fortepan.hu/hu/photos/?id=77494>> (22.01.2021).

10.1.2 Privatbestände

András Szekfü

Allgemein: Protestmaterialien des Duna Kör, darunter Plakate, Briefe, Medienberichte, Notizen, Konzepte

Zitiert: Aufruf zur Demonstration am 26.05.1988 „ohne Transparente und Inschriften“

Még nem késő [Es ist nicht zu spät] - Einladung zur Kundgebung und zum Kickoff der Konferenz am 2.-3. September 1988 in Budapest

Mitgliederliste des Duna Kör, 1989, als anonymisierte Kopie vorhanden

Wolfgang Rehm

Allgemein: Protestmaterialien zu GNV, darunter Plakate, Flyer, Anstecker, gesammelte Zeitungsausschnitte, Fotografien und Aufnahmen von Radioberichten, Informationsbroschüren von beteiligten NGOs und Umweltgruppen sowie umfassendes Protestmaterial zu Hainburg.

Zitiert:

Anzeige ungarischer AktivistInnen gegen GNV-Beteiligung Österreichs am 16. April 1986, 11, Die Presse.

Karl *Wagner*, Nagymaros. Eine Informationsbroschüre (Wien 1987).

Das Projekt Donaukraftwerk Hainburg, herausgegeben von der Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg (Wien 1984).

Ludovit *Tuba*, Stop Gabčíkovo. Ein Monat am Damm (Bratislava 1991).

Nagymaros News, Nr. 1 (1987) 4.

„Einladung zur Pressefahrt nach Ungarn am 6. und 7. September 1986“.

Michael *Köcher* (Hg.), Nagymaros (Wien/Budapest 1987).

Michael *Köcher*, Vorwort, In: Nagymaros, Ders. (Hg.) (Wien/Budapest 1987) 1-2.

László *Sólyom*, Die Geschichte des Donau-Kreises, In: Michael *Köcher* (Hg.), Nagymaros (Wien/Budapest 1987) 33–39.

Flyer für die Demonstration am 12.09.1988

WWF *Österreich*, Geschichte des Monsterprojektes Gabčíkovo, 1991.

Sowie: Schriftliche Kommentare W. Rehm zum Manuskript der Verf., 17.05.2021.

Béla Rásky

Allgemein: Zeitungsausschnitte zu „Gegenstimmen“, Protestmaterialien zu GNV

Zitiert:

Offener Brief österreichischer UmweltschützerInnen zu GNV (O.J.).

St. R., Neue Osteuropa-Zeitschrift in Wien. Neue Züricher Zeitung, 03.06.1983 (ohne Seite).

10.1.3 Oral History Interviews

Interview-PartnerIn	Datum	Ort	Anmerkungen
Erhard Busek	13.11.2015	Budapest	Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Béla Rásky	12.01.2018	Wien	Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Hans Ljung	19.12.2017	Pressbaum, Niederösterreich	Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Wolfgang Rehm (a)	23.07.2018	Wien	Sprache: Deutsch, schriftliche Aufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Wolfgang Rehm (b)	08.02.2019	Wien	Sprache: Deutsch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Günter Schobesberger	22.06.2018	Hainburg, Niederösterreich	Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Franz Meister (a)	12.01.2018	Telefonisches Vorgespräch	Sprache Deutsch, schriftliche Aufzeichnungen im Besitz der Verfasserin
Franz Meister (b)	09.03.2018	Wien	Sprache: Deutsch, Tonqualität schlecht, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
János Vargha	04.08.2017	Budapest	Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Jaromír Šíbl	23.07.2019	Bratislava	Sprache: Englisch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Mikuláš Huba	12.04.2019	Bratislava	Sprache: Englisch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Eubica Trubíniová	12.04.2019	Bratislava	Sprache: Englisch, schriftliche Aufzeichnungen im Besitz der Verfasserin.
Emil Brix	19.04.2018	Wien	Sprache: Deutsch, schriftliche Aufzeichnungen im Besitz der Verfasserin
András Szekfü (a)	06.04.2018	Budapest	Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin

András Szekfü (b)	27.10.2018	Budapest	Sprache: Englisch und Deutsch, Tonaufnahme mittelmäßig. Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
András Szekfü (c)	23.04.2021	Online	Sprache: Deutsch, Ton- und Bildqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
György Dalos	11.11.2018	Berlin	Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Valerie Fasching	22.06.2018	Hainburg, Niederösterreich	Gemeinsames Interview der beiden Zeitzeuginnen, Sprache: Deutsch, Tonqualität mittelmäßig, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Annemarie Höferle	22.06.2018	Hainburg, Niederösterreich	

Fremdinterviews:

Viktor *Vida*, Pajkossy Gábor-interjú, 19 April 2006, 1956-OS INTÉZET ÉS ORAL HISTORY ARCHÍVUM [Das Oral History Archive des 1956er Instituts], 30 Seiten. 2006.

John *Feffer*, Toward Local Resilience, [Interview with Judit Vásárhelyi] 2014, online unter <https://www.johnfeffer.com/toward-local-resilience/>.

10.1.4 Online-Artikel, Webseiten und sonstige Quellen

- Ausstellung „Liquid horizons“ bei tranzit.sk, 2019, online unter <http://www.erstestiftung.org/de/events/liquid-horizons-bei-tranzit-sk/>.
- A bős–nagymarosi vízlépcsőrendszer krónikája. Arcanum Adatbázis, online unter
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Bericht zur Zahlungsbilanz (Wien, München, Zürich 1980).
- , Empfehlungen aus Studien und Kurzgutachten 1984-1988 (Wien 1988).
- , Kurz- und mittelfristige Fragen der Zahlungsbilanzentwicklung (Wien 1978).
- Beszélő Online, o. J., online unter
- Hnutí *Brontosaurus*, Webseite der NGO, online unter
- Der streitbare Umweltschützer Anton Klein – seine Geschichte. Weblog des Lobau-Museums, 2016, online unter
- Director of Central *Intelligence*, Hungary: The Waning of the Kadar Era, National Intelligence Estimate, CIA-RDP90T00155R000900120002-0, 1986.
- Elektrizitätswirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 260/1975, NR: GP XIII RV 867, online unter [269](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1975_260_0/1975_260_0.pdf>”, (17.07.2020).</p></div><div data-bbox=)

¹²⁴⁵<https://www.oxfordreference.com/view/10.1093/oi/authority.20110803095753651>>
(22.02.2021).

Roberto A. *Epple*, Widerstand am Strom (Schweiz 1987), online unter
<<https://www.youtube.com/watch?v=6qx-K7jI2Lk#t=15m20>>.

Sharon *Fisher*, The Gabčíkovo-Nagymaros Dam Controversy Continues, RFE&RL Research
Report 2, Nr. 37 (1993), 8–9.

FORTEPAN, online unter <<https://fortepan.hu>>, (08.01.2021).

Robert *Friess*, 25 Hainburg: Bevölkerung gegen Kraftwerk in der Au. ORF TVThek, 2009,
online unter <<https://tvthek.orf.at/history/Skandale-und-Aufreger/9627284/25-Jahre-Hainburg-Bevoelkerung-gegen-Kraftwerk-in-der-Au/9497101>>.

P *Gabriel*, B., *Schörner*, G., *Wedl*, K. und *Weish*, Kraftwerk Hainburg- Nationalpark Ost.
Bericht über die Experten-Diskussion an der Akademie für Umwelt und Energie in
Laxenburg (1984), online unter
<https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/Hainburg_1984.pdf>.

Stefan *Havranek*, Abschied: Ein Leben für die Umwelt. Niederösterreichische Nachrichten,
09.01.2019, online unter <https://www.noen.at/gaenserndorf/donau-auen-abschied-ein-leben-fuer-die-umwelt-orth-an-der-donau-nationalpark-donau-auen-noen-interview-carl-manzano-131197466> (10.05.2021).

Zoltán *Huber*, Dunaszarusz. Webseite des Ungarischen Filmarchivs, online unter
<<https://filmarchiv.hu/hu/alapfilmek/film/dunaszarusz>>, (22.01.2021).

Mathias *Jungwirth*, Gertrud *Haidvogel*, Severin *Hohensinner*, Herwig *Waidbacher*, Gerald
Zauner, Österreichs Donau: Landschaft - Fisch - Geschichte (Wien 2014), online unter
<http://www.noe.gv.at/noe/Wasser/2_Donaubuch_gesamt.pdf>.

Sándor *Kerekes*, József *Kindler*, Miklós *Koloszár*, Péter *Sándor*, László *Zsolnai*, Mária
Csutora, Árpád *Baranyai*, Eszter *Kovács*, A Bős-Nagymarosi Vízlépcsővel Kapcsolatos
Gazdasági Megfontolások Elemzése [Ökonomische Evaluation des Bős-Nagymaros-
Projekts] (Budapest 1994), online unter <<https://core.ac.uk/download/pdf/12355476.pdf>>.

Péter *Kien*, A Nagy Szlovák Csatorna [Der Große Slowakische Kanal]. Beszélő 1, Nr. 9 (1984)
1–17, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-nagy-szlovak-csatorna>>.

Philipp *Kienzl*, „Wir wollen kein Kraftwerk“. Kurier, 05.04.2012, online unter
<<https://kurier.at/chronik/niederoesterreich/wir-wollen-kein-kraftwerk/773.344>>.

Klara *Köttner-Benigni*, Das Projekt einer Brücke über den Neusiedler See. Burgenländische
Heimatblätter, Nr. 4 (2007) 214–231, online unter

¹²⁴⁵ „Environmental movements“, Oxford Reference, online unter <

- <https://www.zobodat.at/pdf/Burgenlaendische-Heimatblaetter_69_0214-0231.pdf>.
- Gyula *Kozák*, Megzápult-e a Lakitelki gondolat. Beszélő 2, Nr. 47 (1991).
- Simon B. *Krisztián*, Zöldpártok Magyarországon - Örök ígéreték. Magyar Narancs, 2009, online unter <https://magyarnarancs.hu/belpol/zoldpartok_magyarorszagon_-_orok_igeretek-71449>.
- David *Krutzler*, Wiener Sternwartepark: Ein Naturdenkmal, das zum Park wird. Der Standard, 25.04.2013, online unter <<https://www.derstandard.at/story/1363709084126/ein-naturdenkmal-das-zum-park-wird>>.
- Doris *Manola*, „Die Hilfe kam von Herzen“. ORF.at, 23.10.2016, online: <https://orf.at/v2/stories/2363200/2362938/>, (10.05.2021).
- Juraj *Mesík*. Webseite des Oral History-Projekts Memory of Nations, online unter <<https://www.memoryofnations.eu/en/mesik-juraj-1962>>, (18.01.2021).
- H.P. *Nachtnebel*, Wasserwirtschaftliche Planungsmethoden: Naturschutz und Wasserkraft Untere Donau. Konferenzpräsentation, Institut für Wasserwirtschaft, Hydrologie und konstruktiver Wasserbau, online unter <https://iwhw.boku.ac.at/LVA816106/PDFs_der_Praesentationen/7_Mehrzielplanung_Untere_Donau.pdf>, (10.09.2020).
- Nationalparkgeschichte mit umfassender Chronologie der Hainburger Aubesetzung, online unter <<https://www.donauauen.at/nationalpark/chronologie-der-aubesetzung/19429>>, (10.09.2020).
- N.N., Auszug aus „A Duna Kör hírei“, 1. szám, 1984). Beszélő, online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-duna-kor-hirei>>, (22.01.2021).
- , Es grünt so grün, wenn Donausaurier blühen. gegenstimmen 7, Nr. 23 (1986) 6–8.
- , Faszination Wasserkraft, online unter <<https://www.verbund.at/de-at/artikel/2012/06/19/kuchler-geschichte-buch-interview>>, (12.01.2021).
- , Internment Camp, Tiszaök (1951-1953). Labour camps, online unter <<https://munkataborok.hu/en/tiszaok/>>, (12.01.2021).
- , „25 Jahre Hainburg: Bevölkerung gegen Kraftwerk in der Au“ (Österreichischer Rundfunk 2009), online unter <<https://tvthek.orf.at/history/Landeshauptleute-und-Politik/8378973/25-Jahre-Hainburg-Bevoelkerung-gegen-Kraftwerk-in-der-Au/8365870>>.
- , Riesiger Schwall. Der Spiegel, Nr. 21 (1989) 196–200, online unter <<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13495592.html>>.
- Károly *Okolicsanyi*, Hungary Cancels Treaty of Danube Dam Construction. Report, RFE/RL Research 1, Nr. 26 (1992).

Österreichische Mediathek, online unter <<https://www.mediathek.at>>, (08.01.2021).

Österreich - Tschechische Republik. Webseite der Österreichischen Botschaft Prag, online unter <<https://www.bmeia.gv.at/oeb-prag/bilaterale-beziehungen/vertraege/>>, (12.01.2021).

Our History - Three Key People. Open Spaces Society, online unter <<https://www.oss.org.uk/about-us/our-history/>>, (12.01.2021).

Projekt Donaukraftwerk Wolfsthal II: Ökologische Auswirkungen auf die Slowakei, Studie der Universität Bratislava für WWF Österreich (Bratislava 1992), online unter <https://www.zobodat.at/pdf/WWF-Studien_97_1992_0001-0100.pdf>.

Rechnungshof, Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Österreichische Donaukraftwerke AG (Wien 1995).

Joachim *Riedl*, Es grünt so grün. Die Zeit, 2019, online unter <<https://www.zeit.de/2019/47/koalitionsverhandlungen-oesterreich-regierung-oevp>>.

Miriam *Rürup*, Historikertag 2012: Transnationale Geschichte / Neue Diplomatiegeschichte. H-Soz-Kult, 12.02.2013, online unter <www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2022> (22.02.2021).

Katharina *Schuler*, Wie grün wird Europa? Die Zeit, 2019, online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-05/gruene-parteien-europawahl-klimapolitik-umweltschutz-wahlkampf-eu?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F>.

Soros évkönyv 1988, 1988, online unter <[http://www.kka.hu/_Kozossegi_Adattar/Azadatt.nsf/99b0698cd023d1018525670c0080e328/d0c87c335e3a052dc12571aa00414568/\\$FILE/Soros évkönyv 1988.pdf](http://www.kka.hu/_Kozossegi_Adattar/Azadatt.nsf/99b0698cd023d1018525670c0080e328/d0c87c335e3a052dc12571aa00414568/$FILE/Soros%20%2F%2Fwww.google.com%2F)>.

Sándor *Szilágyi*, A környezetvédelem: Politika. Interjú Szekeres László fotográfussal, a szeptember 12-i tüntetés egyik szervezőjével. Beszélő 1, Nr. 26 (1988), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-kornyezetvedelem-politika>>.

Treaty of Trianon (1920), online unter <https://wwi.lib.byu.edu/index.php/Treaty_of_Trianon>.

Treaties of Peace with Italy, Bulgaria, Hungary, Roumania and Finland (Digitalisierte englische Version, Hathi Trust Digital Library) (Washington D.C. 1947), online unter <<https://hdl.handle.net/2027%2Fosu.32435066406612>>.

Tüntetések, demonstrációk 1988-1989, online unter <<https://tuntetes-archivum.hu/>>, (08.01.2021).

Umweltdachverband, Geschichte & Meilensteine, online unter <<https://www.umweltdachverband.at/ueber-uns/wer-wir-sind/geschichte/>>, (08.01.2021).

Unterrichtung durch das Europäische Parlament. Entschließung zum Polizeiüberfall auf die friedliche Demonstration von Umweltschützern von „Duna Kör“ in Budapest, Drucksache 10/5278, 3. April 1986 (Berlin 1986), online unter <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/10/052/1005278.pdf>>.

János *Vargha*, Speech at the Right Livelihood Awards: 9. December 1985.

Webseite der Right Livelihood Awards, o. J., online unter <<https://www.rightlivelihoodaward.org/speech/acceptance-speech-janos-vargha-duna-kr/>>.

———/ Duna Kör (1985, Hungary), online unter <www.rightlivelihood.org>, (11.01.2021).

———, Egyre távolabb a jótól. Dokumentumok a Gabčíkovo–Nagymarosi Vízlépcsőrendszer történetéből [Weiter und weiter vom Guten entfernt. Dokumente aus der Geschichte des Gabčíkovo-Nagymaros-Staudammsystems]. *Valóság* 24, Nr. 11 (1981) 1–23, online unter <http://danube.org/hu/writing/egyre-tavolabb-jotol#footnote44_5whku07>.

László *Vit*, A senki zöldjén.... *Beszélő* 5, Nr. 38 (1994), online unter <<http://beszelo.c3.hu/cikkek/a-senki-zoldjen...>>.

VIRUS: Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales, online unter <<https://www.wuk.at/virus/>>, (12.01.2021).

Webseite der Sozialpartner, online unter <<https://www.sozialpartner.at/>>, (16.07.2020).

Peter *Weish*, Der Geist von Hainburg: Rede anlässlich der Sternwanderung am 8. Dezember 1994 in der Stopfenreuther Au, online unter <<https://homepage.univie.ac.at/peter.weish/schriften/aurede1994.pdf>>, (10.09.2020).

366 x grün: Weblog des Grünen Archivs zur Geschichte der Grünen und Alternativen in Österreich, o. J., online unter <<http://366xgruen.at>>.

10.1.5 Dissertationen und Diplomarbeiten

Christopher *Fabre*, La dimension environnementales des politiques énergétiques française et allemande de 1973 aux années 2000 : de l’antagonisme à la convergence des modèles ? [Die Umweltdimension der französischen und deutschen Energiepolitik von 1973 bis 2000] (Université Sorbonne Paris IV 2017).

Richard von *Fuchs*, Comparing Environmental Protest Movements in Democratic and Non-Democratic Countries: The Gabčíkovo Nagymaros Dam System and the Hainburg Dam (Universität Wien 1995).

Samuel Jr. *Hale*, Economic Restructuring in Hungary: Environmental Implications and Policy Choices (Wirtschaftsuniversität Wien 1994).

- Andreas *Kuchler*, Die Entwicklung der österreichischen Wasserkraft nach Zwentendorf und Hainburg, Dissertation (Universität Wien 2015), online unter http://othes.univie.ac.at/37807/1/2015-05-31_9611696.pdf.
- Marion *Marmorat*, Controverse socio-technique autour des barrages danubiens Gabčíkovo-Nagymaros , 1977-2004 (Hongrie / Slovaquie), Dissertation (SciencesPo 2006), online unter <http://spire.sciencespo.fr/hdl:/2441/53r60a8s3kup1vc9kd4chgdj7%5Cnhttp://foxfellowship.yale.edu/marion-marmorat>.
- Julia *Martinovsky*, Repräsentative Demokratie in Österreich am Beispiel der Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf, Diplomarbeit (Universität Wien 2012).
- A. *Peskoller*, Nachhaltigkeitsgruppen als Orte der Bildung und des Lernens in einer flüssigen Gesellschaft, Dissertation (Karl-Franzens-Universität Graz 2014).
- Christoph *Retter*, Die österreichischen Banken und der Donauraum - Geschichte einer Strategie (Wirtschaftsuniversität Wien 2017).
- Viktor *Vida*, A Duna Kör. A Duna Kör története a résztvevők emlékeiben (Eötvös Loránd Tudományegyetem 2006).

10.2 Gedruckte Quellen

10.2.1 Zeitungen und Zeitschriften

- Peter Baldinger*, ‚Wir lassen und die Natur nicht einfach zerstören‘. Kronen Zeitung, 14.09.1988, 10–11.
- Markus *Becker*, Gerufte Volksparteien, grüne Gewinner. Der Spiegel, 26.05.2019, online unter <<https://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-2019-gerufte-volksparteien-gruene-gewinner-a-1269390.html>>.
- Wolfgang *Broer*, „Grüne“ kämpfen auch im Kommunismus für die Donau. Kurier, 10.02.1985, 5.
- , Warum Ungarn nun den Bauplan für Nagymaros ändert. Kurier, 09.09.1988, 3.
- , Zweiter Akt im Kampf um Donau. Kurier, 04.08.1988, 5.
- Walter *Darmstädter*, Bauarbeiter: Sanierung der Umwelt hat Vorrang. Arbeit und Wirtschaft 42, Nr. 11 (1988) 6–8.
- Gottfried *Duval*, Das aktuelle A&W-Gespräch mit Adolf Czettel. Arbeit und Wirtschaft, Nr. 10 (1982) 12–17.
- Franz *Eder*, Au-weh an der roten Donau. Kurier, (unvollständiges Datum) 1985, 5.
- György *Dalos*, Ein perfekter Romanheld. Der Standard, 08.11.2003, 38.
- Margarete *Freisinger*, Peter *Martos*, Damit Strom die Donau aufwärts fließt. Die Presse, 07.09.1988, 3.
- Walter *Göhring*, Schritte zur Freiheit. Der Umbruch in Ostmittel- und Südosteuropa, Einflußfaktoren und Veränderungen. Arbeit und Wirtschaft 45, Nr. 12, „AWSpezial“ (1991) 1–28.
- Miklós *Haraszi*, Esetgyűjtemény [Fallsammlung]. Beszélő 1, Nr. 21 (1987).
- Franz *Hintermayer*, Die österreichische Elektrizitätswirtschaft - Vergangenheit und Zukunft. Arbeit und Wirtschaft 19, Nr. 4 (1965) 9–14.
- Petri *Holtari*, Donaumeer: Östereichische Großaufirnen rüsten, finanziert von einem österreichischen Bankenconsortium, zum Kraftwerksbau in Ungarn. Falter, Nr. 1 (Wien 1986), 13.
- Vojtech *Hraško*, Wasserkraftwerk Gabčíkovo - Rettung des Binnendeltas der Donau (Bratislava 1991), 5.
- Michael *Jäger*, Tödliche Umklammerung. Falter, Nr. 5 (1986) 8–9.
- M. K., So exportieren wir die Zerstörung der Donau. Die ganze Woche, 11.08.1988, 14.
- Amália *Kerekes*, Béla *Rásky*, » WIR WAREN SCHON ECHTE INTERNATIONALISTEN

- ...«Die ungarische zweite Öffentlichkeit und die österreichischen Parallel- und Alternativöffentlichkeiten. Kakanien Revisited, 2006, 1–8.
- Otmar *Lahodynsky*, Hainburg in Ungarn. Profil Nr. 47, 19.11.1984, 25.
- Bernd *Lötsch*, Das Wunder von Hainburg: 30 Jahre nach Hainburg - Faktoren des Erfolgs. natur & land 100, Nr. 4 (2014) 12–15.
- N. N. [Ohne Angabe der/des Autorin/Autors], Donaukraftwerk: Umweltschützer protestieren. Kurier, 20.01.1985.
- , Geburtsstunde der Umweltbewegung. noev1.orf.at, 06.12.2009.
- , Janos Vargha. Kurier, 08.02.1986.
- , Umweltprotest in Ungarn und Litauen. Kurier, 19.09.1988.
- , Auch in ČSSR Zweifel an Nagymaros-Kraftwerk. Kurier, 19.09.1988.
- , Baustopp in Nagymaros. Kurier, 10.03.1989.
- , CA: Heftige Kritik an Krediten für Ungarn. Kurier, 09.04.1987, 7.
- , Donau-Kraftwerk: Proteste. Kronen Zeitung, 20.01.1986, 10.
- , Donaukraftwerk: Keine Klage wegen KW Nagymaros. Kurier, 19.09.1988.
- , Editorial. gegenstimmen, Nr. 0 (1980).
- , Hainburg-Ersatz. Falter (Kurzmeldungen), Nr. 1 (1985) 4.
- , Kippen und Schwellen. Der Spiegel, Nr. 51 (1984) 122–123.
- , Kletterer protestieren gegen Donaukraftwerk. Kurier, 09.04.1987, 18.
- , Kraftwerk - nein danke! Information über die Nachteile und die zu erwartenden schädlichen Folgen des Staustufensystems von Gabčíkovo-Nagymaros (GNS). gegenstimmen 5, Nr. 16 (1984) 11–12.
- , „Krieg in der Au“. Profil, 22.12.1984, 1.
- , Lehetőségek és realitások. Új Magyarországnak, 06.08.1994, 1.
- , Nagymaros: Ruf nach Boykott Österreichs. Kurier, 05.09.1988, 3.
- , Naturschutz kämpft gegen Nagymaros. Die ganze Woche, 29.01.1987, 34.
- , Ungarn: DOKW baut Staustufe. Kurier, 24.05.1986, 6.
- , Ungarn stellt Nagymaros nun die Frage. Kurier, 24.08.1988, 3.
- , „Wir sind eine kulturelle Opposition“. gegenstimmen, Nr. 1 (1980) 33–38.
- , Wirtschaftsspiegel. Arbeit und Wirtschaft, Nr. 1 (1988), 44.
- , ÖNB appellierte 1987 an die österreichischen Volksvertreter. natur & land 75, Nr. 5/6 (1989), 159.
- Walter *Oswalt*, Mit Macht gegen den Strom. Die Zeit, 16.09.1988 (ohne Seite).
- St. R., Neue Osteuropa-Zeitschrift in Wien. Neue Züricher Zeitung, 03.06.1983 (ohne Seite).

R.E., „Kraftwerksprojekt verhindern“. Wiener Zeitung, 11.11.1986 (ohne Seite).

Helmut *Schliesselberger*, Au-weh – und der Kampf geht weiter. Salzburger Nachrichten, 03.12.2012, 10.

Kurt *Seinitz*, Budapest: So sprengte die Polizei „Umwelttreffen“ Österreich-Ungarn. Die Kronenzeitung, 10.02.1985, 3.

Imre *Vajda*, Der Ost-West-Handel. Arbeit und Wirtschaft 19, Nr. 4 (1965) 6–9.

10.2.2 Wissenschaftliche Zeitschriften und Jahrbücher

Arjun *Appadurai*, Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy. Theory, Culture & Society 7 (1990) 295–310.

Bent *Boel*, Western Trotskyists and subversive travelling in Soviet Bloc countries , 1956 – 1989. Journal of Contemporary Central and Eastern Europe 25, Nr. 2 (2017) 237–254.

Olivier *van Bogaert*, Nagymaros fällt ins Wasser! Journal Franz Weber 11, Nr. 1 (1990) 26–27.

Aron *Buzogány*, Representation and Participation in Movements. Strategies of Environmental Civil Society Organizations in Hungary. Südosteuropa 63, Nr. 3 (2015) 491–514.

Patricia *Clavin*, Defining transnationalism. Contemporary European History 14, Nr. 4 (2005) 421–439, doi:10.1017/S0960777305002705.

Alberto *Costi*, Environment and democracy in the Czech Republic: the environmental movement in the transition process. European Environment 16, Nr. 3 (2006) 178–179, doi:10.1002/eet.411.

Mario *Diani*, The Concept of Social Movement. The Sociological Review 40, Nr. 1 (1992) 1–25, doi:10.1111/j.1467-954X.1992.tb02943.x.

Adam *Fagan*, Transnational aid for civil society development in post-socialist Europe: Democratic consolidation or a new imperialism? Journal of Communist Studies and Transition Politics 22, Nr. 1 (2006) 115–134, doi:10.1080/13523270500508437.

Helmut *Fehr*, Umbrüche – Eliten und zivile Gesellschaft in Ostmitteleuropa. Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31, Nr. 1–2 (2018) 354–364, doi:10.1515/fjsb-2018-0040.

Tamás *Fleischer*, Jaws on the Danube: Water Management, Regime Change and the Movement Against the Middle Danube Hydroelectric Dam. International Journal of Urban and Regional Research 17, Nr. 3 (1993) 429–443, doi:10.1111/j.1468-2427.1993.tb00231.x.

Wilhelm *Frank*, Zur Geschichte der Energieplanung in Österreich. Wirtschaft und Gesellschaft 8, Nr. 2 (1982) 235–270.

Viktor *Glied*, From the green movement to a party. The Effect of the crisis and democratic

- movements in Hungary. *Politeja* 11, Nr. 28 (2014) 31–61, doi:10.12797/Politeja.11.2014.28.02.
- Jürgen *Habermas*, Thomas *McCarthy*, Hannah Arendt's Communications Concept of Power. *Social Research* 44, Nr. 1 (1977) 3–24, online unter <<http://www.jstor.org/stable/40970268>>.
- Krista *Harper*, "Wild Capitalism" and "Ecocolonialism": A Tale of Two Rivers. *American Anthropologist* 107, Nr. 2 (2008) 221–233, doi:10.1525/aa.2005.107.2.221.
- László *Heller*, Energiagazdálkodásunk időszerű kérdései [Aktuelle Fragen unseres Energiemangements]. *MTA Műszaki Tudományok Osztályának Közleményei* 1, Nr. 1 (1951).
- Erich *Hörl*, Die Ökologisierung des Denkens. *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 8, Nr. 1 (2016) 33–45, doi:10.25969/mediarep/1713.
- Gyula *Jolánkai*, A Tisza-völgy északi része vízhiányának pótlása a Dunából átvezetett víz dombvidéki tározásával [Ausgleich des Wassermangels im nördlichen Teil des Theiß-Tals durch die hügelige Speicherung von Wasser aus der Donau]. *Vízügyi Közlöny* 1, Nr. 3 (1957) 3–21.
- Stefan *Karner*, Der Kampf zwischen „weißer“ und schwarzer Kohle. Zu den Anfängen einer gesamtsteirischen Elektrizitätswirtschaft. *Blätter für Heimatkunde* 51 (1977) 122–135.
- Bernd H. *Kortschak*, Rhein-Main-Donau-Kanal. Ein Traum ist Wirklichkeit. *Der Donauraum*, Nr. 4 (1993).
- Szabina *Kerényi*, Máté *Szabó*, Transnational influences on patterns of mobilisation within environmental movements in Hungary. *Environmental Politics* 15, Nr. 5 (2006) 803–820.
- Heiner *Keupp*, Renate *Höfer*, Anil *Jain*, Wolfgang *Kraus*, Florian *Straus*, Zum Formenwandel sozialer Landschaften in der reflexiven Moderne : Individualisierung und posttraditionale Ligaturen. *Psychologie und Gesellschaftskritik* 24, Nr. 3/4 (2000) 11–34, online unter <<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-287934>>.
- Jürgen *Kocka*, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16, Nr. 2 (2003) 29–37, doi:10.1007/978-3-322-98428-9.
- Leszek *Kolakowski*, Hope and Hopelessness. *Survey: a journal of Soviet and East European studies*. 17, Nr. 3 (1971) 38–52.
- Milan *Kundera*, Un occident kidnappé ou la tragédie de l'Europe centrale. *Le Débat* 5, Nr. 27 (1983) 3–23.
- , Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas. *Kommune. Forum für Politik und Ökonomie* 2, Nr. 7 (1984) 43–52.

- Simo *Laakkonen*, Viktor *Pál*, Richard *Tucker*, The Cold War and environmental history: complementary fields. *Cold War History* 16, Nr. 4 (2016) 377–394, doi:10.1080/14682745.2016.1248544.
- Christian *Lahusen*, Internationale Kampagnen. Grundmuster und Kontextfaktoren globalen kollektiven Handelns. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 9, Nr. 2 (1996) 42–51.
- , Joining the Cocktail Circuit: Social Movement Organizations at the European Union. *Mobilization: An International Quarterly* 9, Nr. 1 (2004) 55–71, doi:10.17813/maiq.9.1.106w4m11367600w4.
- Hans-Joachim *Lauth*, Wolfgang *Merkel*, Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10, Nr. 1 (1997) 12–34.
- , Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10, Nr. 1 (1997) 12–34.
- Ursula *Lehmkuhl*, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus. *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft* 27, Nr. 3 (2001) 394–423.
- Ladislav *Macháček*, Slovak republic and its Hungarian Ethnic Minority: Sociological Reflections. *Slovak Journal of Political Sciences* 11, Nr. 3 (2011) 187–210.
- László *Maróthy*, Karl *Ruppert* (Hg.), Umweltschutz und räumliche Aspekte. *Südosteuropa Aktuell Landesentw*, Nr. 6 (1989) 83–95.
- Wiktor *Marzec*, Civil society and the public sphere. Historical trajectories in Poland, Hungary and Bulgaria. *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 28, Nr. 1 (2020) 7–28, doi:10.1080/25739638.2020.1812941.
- Doreen *Massey*, Places and their Pasts. *History Workshop Journal* 39 (1995) 183–192.
- Albert *Melucci*, The Symbolic Challenge of Contemporary Movements. *Social Research* 52, Nr. 4 (1985) 789–816, doi:10.2307/40970398.
- Alberto *Melucci*, The new social movements: A theoretical approach. *Social Science Information* 19, Nr. 2 (1980) 199–226, doi:10.1177/053901848001900201.
- Dieter *Mersch*, Ökologie und Ökologisierung. *Internationales Jahrbuch für Medienphilosophie* 4, Nr. 1 (2018) 187–220, doi:10.1515/jbmp-2018-0011.
- Ferenc *Miszlivetz*, Civil Society in Eastern Europe? The case of Hungary. *World Futures* 29, Nr. 1–2 (04.04.1990) (04.04.1990) 81–94, doi:10.1080/02604027.1990.9972168.

- , *Emerging grassroots movements in Eastern Europe: toward a civil society? State and Civil Society*, 1989, 99–113.
- Emil *Mosonyi*, *Magyarország elméleti vízerőkészlete [Theoretische Wasserkraftressourcen Ungarns]*. *Magyar Technika*, Nr. 5 (1946) 165–166.
- Michael G. *Müller*, *Die Historisierung des bürgerlichen Projekts – Eurorpa, Osteuropa und die Kategorie der Rückständigkeit*. *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 29 (2000) 163–170.
- Mari *Nakamichi*, *The International Court of Justice Decision Regarding the Gabčíkovo-Nagymaros Project*. *Fordham Environmental Law Review* 9, Nr. 2 (2017) 337–372.
- Daniela *Neubacher*, *Gegenstimmen – Transnational activism beyond the Iron Curtain*. *Der Donauraum* 59, Nr. 1–2 (2019) 25–46.
- Miklós *Persányi*, *A környezetvédelem közgazdasági, jogi eszközei – és a politikai gyarkorlat [Die wirtschaftlichen und rechtlichen Instrumente des Umweltschutzes - und die politische Praxis]*. *Társadalmi Szemle* 39, Nr. 2 (1984) 25–38.
- Donatella *della Porta*, *Manuela Caiani*, *Europeanization from below? Social movements and Europe*. *Mobilization: An International Quarterly* 12, Nr. 1 (2007) 1–20.
- Allan *Pred*, *Place as Historically Contingent Process: Structuration and the Time- Geography of Becoming Places*. *Annals of the Association of American Geographers* 74 (1984) 279–297.
- Tamás *Rozgonyi*, *In memoriam Zsille Zoltán*. *Társadalomkutatás* 20, Nr. 3–4 (2002) 187–189, doi:10.1556/Tarskut.20.2002.3-4.1.
- Jan Aart *Schlote*, *Cautionary Cautionary Reflections on Seattle*. *Millenium. Journal of international Studies* 29, Nr. 1 (2000) 115–121.
- Detlef *Siegfried*, *Das Subversive retten. Eine Denkfigur der 1980er*. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65, Nr. 46 (2015) 13–18.
- László *Sólyom*, *A társadalom részvétele a környezetvédelemben*. *Medvetánc*, Nr. 4 (1985) 217–242.
- , *Hungary: Citizens' participation in the environmental movement*. *ifda dossier* 64, Nr. March/April (1988) 23–34.
- Jan *Stankovsky*, *Österreichs Osthandel im Umbruch*. *WIFO Monatsberichte* 63, Nr. 6 (1990) 365–377.
- Susan *Strange*, *Transnational Relations*. *International Affairs* 52, Nr. 3 (1976) 333–45.
- Štefan *Šutaj*, *Transfer of Hungarians from Slovakia in Czechoslovak Politics before Paris Peace Conference 1946*. *Central European Papers* 3, Nr. 1 (2015) 63–87,

doi:10.25142/cep.2015.005.

Sidney *Tarrow*, Outsiders inside and insiders outside: Linking transnational and domestic public action for human rights. *Human Rights Review* 11, Nr. 2 (2010) 171–182, doi:10.1007/s12142-009-0115-5.

Kateřina *Vnoučková*, The Iron Curtain Could Stop People, But Not the Environment. *Der Donauraum* 59, Nr. 1–2 (2019) 47–58.

Christian *Wenkel*, Barbara *Lambauer*, Entstehung und Entwicklung transnationaler Kommunikationsträume in Europa zu Kriegszeiten, 1914-1945. Special issue of *Comparativ* 28, Nr. 1 (2018).

Charles W.J. *Withers*, Place and the „spatial turn“ in geography and in history. *Journal of the History of Ideas* 70, Nr. 4 (2009) 637–658.

10.2.3 Monografien, Handbücher und Sammelbände

John *Agnew*, *Place and Politics* (Boston 1987).

John A. *Agnew*, James S. *Duncan*, *The Power of Place* (RLE Social and Cultural Geography) (2014), doi:10.4324/9781315848617.

Martin *Albrow*, *The Global State and Society Beyond Modernity* (Cambridge 1996).

Svetlana *Alexievich*, *Voices from Chernobyl: The Oral History of a Nuclear Disaster*. US edition. (2005).

Swetlana *Alexijewitsch*, aus dem Russischen von Ingeborg *Kolinko* (Hg.), *Tschernobyl: eine Chronik der Zukunft* (Berlin 1997).

An die Nationalversammlung und die Regierung der Ungarischen Volksrepublik! *Vízejel*, Nr. 2. Oktober (1986).

Richard N. L. *Andrews*, *Environmental Policy in the Czech and Slovak Republic*. In: *Environment and Democratic Transition*, herausgegeben von Anna Vari, Pal Tamas, 5–48 (Dordrecht 1993), doi:10.1007/978-94-015-8120-2.

Hannah *Arendt*, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Frankfurt am Main 2008).

———, *The Origins of Totalitarianism* (New York 1955).

Bálint *Balkay*, *Die Energiewirtschaft Ungarns* (Wien 1981).

György *Baló*, Iván *Lipovecz*, *Tények könyve* [Buch der Tatsachen] (Budapest 1990)

Jan C. *Behrends*, Friederike *Kind*, Vom Untergrund in den Westen: Samizdat, Tamizdat und die Neuerfindung Mitteleuropas in den Achtzigerjahren. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, 45:427–448, 2005.

Csaba *Békes*, Hungary and the Prague Spring. In: *The Prague Spring an the Warsaw Pact*

- Invasion of Czechoslovakia in 1968, herausgegeben von Günter Bischof, Stefan Karner, Peter Ruggenthaler, 371–396 (Plymouth 2010).
- Sándor *Békési*, Verklärt und verachtet. Wahrnehmungsgeschichte einer Landschaft: Der Neusiedler See (Frankfurt am Main 2007).
- Georg M. *Berrisch*, Construction and Operation of Variant C of the Gabčíkovo-Nagymaros Project under International Law. Legal Study for the World Wide Fund for Nature (WWF) (Hamburg, Berlin, Brüssel, Dresden, Rostock 1992).
- Günter *Bischof*, Stefan *Karner*, Peter *Ruggenthaler*, Introduction. In: The Prague Spring an the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968, herausgegeben von Günter Bischof, Stefan Karner, Peter Ruggenthaler, 3–34 (2010).
- Petr *Blažek*, Typologie von Opposition und Widerstand gegen das kommunistische Regime. In: Die samtene Revolution: Vorgeschichte - Verlauf - Akteure, 110–131 (Frankfurt am Main 2009).
- Beata *Blehova*, Von Brežnev zu Gorbačev, von Štrougal zu Adamec: Die wirtschaftlichen Reformideen in der Tschechoslowakei und der sowjetische Einfluss. In: Die samtene Revolution: Vorgeschichte - Verlauf - Akteure, 57–70 (Frankfurt am Main 2009).
- Włodzimierz *Borodziej*, Jerzy *Kochanowski*, Joachim *Puttkamer* (Hg.), "Schleichwege" (Köln 2010), doi:10.7788/boehlau.9783412213060.
- Andrea Brait*, Michael *Gehler*, Grenzöffnung 1989 - Offene Grenzen? In: Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, herausgegeben von Andrea Brait, Michael Gehler, 9–44 (Wien, Köln, Weimar 2014), doi: 10.7767/boehlau.9783205793236.9.
- Karl-Werner *Brand*, Neue soziale Bewegungen: Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz (Opladen 1982), doi:10.1007/978-3-322-85982-2.
- Fritz *Breuss*, Auswirkungen der Osteöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft. In: Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich, herausgegeben von Andrea Brait, Michael Gehler, 67–108 (Wien, Köln, Weimar 2014).
- , Die österreichische Wirtschaft seit der Ostöffnung. In: Der „Ostfaktor“ - Österreichs Wirtschaft und die Ostöffnung 1989 bis 2009, herausgegeben von D. Stiefel, 115–157 (Wien, Köln, Weimar 2010).
- , Wirtschaftliche Auswirkungen von „1989“ auf Österreich. In: Österreich und die Folgen von 1989, 124–154 (Wien 2016).
- Emil *Brix*, Austria and Central Europe. In: Global Austria. Austria's Place in Europe and the World, herausgegeben von Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka, Alexander Smith,

- 20:200–211 (Innsbruck 2011).
- Ernst *Bruckmüller u.a.* (Hg.), *Bürgertum in der Habsburgermonarchie* (Wien, Köln 1990).
- Erhard *Busek*, Emil *Brix*, *Projekt Mitteleuropa* (Wien 1987).
- Anne *Buttimer*, David *Seamon*, *The Human Experience of Space and Place* (London 1980).
- Rachel *Carson*, *Silent spring*. *Encyclopedia of Toxicology*. First Mari. (Boston, New York 1962).
- Edward *Casey*, *Getting Back into Place: Toward a Renewed Understanding of the Place-World* (Bloomington 1993).
- , *The Fate of Place: A Philosophical History* (Berkeley 1998).
- Nikolaj *Stepanovič Černyh*, *Očerki istorii Kujbyševskoj organizacii KPSS* (1967).
- Andra-Octavia *Cioltan-Draghiciu*, „Gut gekämmt ist halb gestutzt“: Jugendliche im sozialistischen Rumänien (Münster 2019).
- Blanka *Císařovská*, Vilém *Prečán* (Hg.), *Charta 77: Dokumenty 1977-1989*. 1. Aufl. (Prag 2008).
- Jean L. *Cohen*, Andrew *Arato*, *Civil Society and Political Theory*. 4. Aufl. (Cambridge, London 1997).
- Eckart *Conze*, *Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik*. In: *Geschichte der internationalen Beziehungen*, herausgegeben von Eckart Conze, Ulrich Lappenküper, Guido Müller, 15–44 (Köln/Weimar/Wien 2004).
- Eckart *Conze*, Ulrich *Lappenküper*, Guido *Müller* (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen: Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin* (Köln 2004).
- Chris *Corrin*, *Hungarian Women's Lives, 1960s-1990s* (London 1994).
- Tim *Cresswell*, *Place: a short introduction* (Malden, Oxford, Carlton 2004).
- , *Ungarn: Die intellektuelle Formierung der Opposition seit den 1970er Jahren*. In: *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975-1989*, 61–64 (Köln/Weimar/Wien 2007).
- Nicole *Doerr*, Simon *Teune*, *Visual Codes in Movement. When the Protest Imagery Hits the Establishment*. *European Protest Movements*, 2008, 157–170, online unter <https://protestkuriosa.files.wordpress.com/2008/05/doerr-teune.pdf>.
- P. *Dörfner*, J. *Hoffer*, *Assessment of alternative electricity system expansion strategies for Hungary*. In: *Electricity, health and the environment: Comparative Assessment in support of decision making*, 698–712 (Wien 1996).
- Dietrich *Dörner*, *Die Logik des Mißlingens: Strategisches Denken in komplexen Situationen* (Reinbek bei Hamburg 1989).

- Michael *Edwards*, *The Oxford Handbook of Civil Society* (Oxford, New York 2011).
- Christof E. *Ehrhart*, *Transformation in Ungarn und der DDR: Eine vergleichende Analyse* (Wiesbaden 1998).
- Kathrin *Fahlenbrach*, Martin *Klimke* (Hg.), *Protest, Culture & Society*, 21 Bände (New York, Oxford).
- Barbara J. *Falk*, *The Dilemmas of Dissidence in East-Central Europe* (Budapest, New York 2003).
- Helmut *Fehr*, *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen: Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR* (Wiesbaden 1996).
- , *Von der Planungseuphorie zur systemischen Organisationsberatung - Alte und neue Probleme des "Interventionismus". Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis*, herausgegeben von Aida Bosch, Helmut Fehr, Clemens Kraetsch, Gert Schmidt (Wiesbaden 1999) 53–70.
- Murray *Feshbach*, Alfred Jr. *Friendly*, *Ecocide in the USSR: Health and Nature Under Siege* (New York 1992).
- Marina *Fischer-Kowalksi*, *Sozialer Wandel in den 1970er Jahren*. In: *Österreich 1945-1995: Gesellschaft, Politik, Kultur*, herausgegeben von Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos, 200–212 (Wien 1995).
- John *Fitzmaurice*, *Damming the Danube. Gabčíkovo and Post-Communist Politics in Europe* (Oxford 1998).
- Robert *Foltin*, *Und wir bewegen uns doch: Soziale Bewegungen in Österreich* (Wien 2004).
- Adrian *Forty*, *Concrete and culture: a material history* (London 2012).
- Michel *Foucault*, *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings, 1972–1977* (Brighton 1980).
- Christine *Frantz*, Holger *Kolb* (Hg.), *Transnationale Zivilgesellschaft in Europa. Traditionen, Muster, Hindernisse, Chancen* (Münster 2009).
- Walter *Fremuth*, *Auf der Bühne und hinter den Kulissen. Mein Leben als Troubleshooter* (Wien 2012).
- Judit *Galambos*, *An International Environmental Conflict on the Danube: The Gabčíkovo-Nagymaros Dams*. In: *Environment and Democratic Transition*, herausgegeben von Anna Vári, Pál Tamás, 176–226 (Dordrecht 1993), doi:10.1007/978-94-015-8120-2.
- Markus *Gamper*, Linda *Reschke*, Marten *Düring* (Hg.), *Knoten und Kanten III: Soziale Netzwerkanalyse in Geschichts- und Politikforschung* (Bielefeld 2015).
- Till *Geiger*, *Europeanization on the Periphery: Irish Elite Responses to European Integration*,

- 1929 – 1963. In: *Europeanization: institution, identities and citizenship*, herausgegeben von Robert Harmsen, Thomas M. Wilson, 105–134 (Amsterdam u.a. 2016), doi: 10.1163/9789004333369_007.
- Alexander C.T. *Geppert*, Forschungstechnik oder historische Disziplin. Methodische Probleme der Oral History. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*. Bd 45 (1994) 303, online unter http://www.geschkult.fu-berlin.de/e/fmi/arbeitsbereiche/ab_nolte/geppert/Geppert_-_Oral_History.pdf.
- Jürgen *Gerhards*, Friedhelm *Neidhardt*, Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, (1990) 1–56, online unter <http://skylia.wzb.eu/pdf/1990/iii90-101.pdf>.
- András *Gerő*, *Modern Hungarian Society in the Making. The unfinished Experience* (Budapest 1995).
- Klaus *Gestwa*, *Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus* (Oldenbourg 2010), doi:10.1524/9783486707250.
- Benjamin *Görge*, Matthias *Grundmann*, Björn *Wendt*, *Gesellschaft von unten: Grassroots-Praxis in Bewegung*. In: *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Ansätze, Methoden und Forschungspraxis*, herausgegeben von Ingmar Hagemann, Johanna Leinius, Judith Vey, 123–137, 2019.
- Benjamin *Görge*, Björn *Wendt*, Stephan *Lessenich* (Hg.), *Formierungsprozesse zivilgesellschaftlicher Initiativen. Impulse aus sozialisationstheoretischer Perspektive. Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.*, 2017, 1–10, online unter http://publikationen.sozioogie.de/index.php/kongressband_2016/issue/view/17.
- Johann *Götz*, *Die Hauptstufe des Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun der Tauernkraftwerke A.G.* (Zell am See 1951).
- Giorgio *Grimaldi*, Will Europe Ever Become „Green“? The Green Parties’ Pro-European and Federalist Turning Point since the 1990s. In: *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies*, herausgegeben von Christian Wenkel, Eric Bussière, Anahita Grisoni, Hélène Miard-Delacroix, 181–194 (Armonk, London 2020).
- Jürgen *Habermas*, *Strukturwandel der Öffentlichkeit Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Mit e. Vorw. zur Neuaufl. (Berlin 1990).
- Jörg *Hackmann*, *Zivilgesellschaft und die osteuropäische Geschichte - einführende Bemerkungen zur Forschungsdiskussion*. In: *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart*, herausgegeben von Jörg Hackmann,

- Klaus Roth, 9–28 (München 2011).
- Jörg *Hackmann*, Klaus *Roth* (Hg.), *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart. Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart* (München 2011).
- A. D. *Hall*, R. E. *Fagen*, *Definition of Systems*. In: *General Systems*, 1. Aufl., 18–28 (Ann Arbor 1956).
- Paula *Hamilton*, Linda *Shopes* (Hg.), *Oral History and Public Memories* (Philadelphia 2008).
- L'udovit *Haraksim*, *Slovak Slavism and Panslavism*. In: *Slovakia in history*, herausgegeben von Mikuláš Teich, 101–119 (Cambridge, London 2011).
- Péter *Hárdi*, *The Hardi Report. Summary for the Council of Ministers of an expert review concerning the ecological, environmental, technical, economic, international and legal issues of the Bos-Nagymaros Barrage System* (Budapest 1989).
- Peter *Haslinger*, *Hundert Jahre Nachbarschaft: Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1985-1994* (Frankfurt am Main; Berlin; New York u.a. 1996).
- Václav *Havel*, *Am Anfang war das Wort: Texte von 1969 bis 1990* (Hamburg 1990).
- D. *Hellema*, *The Global 1970s: Radicalism, Reform, and Crisis* (New York 2018).
- Ulrike v. *Hirschhausen*, Kiran Klaus *Patel*, *Europeanization in History: An Introduction*. In: *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, herausgegeben von Martin Conway, Kiran Klaus Patel, 1–18 (2010).
- Georg *Hoffmann-Ostenhoff*, *Ohne Gott*. In: *Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach*, herausgegeben von Raimund Löw, 151–176 (Wien 2007).
- Richard *Hufschmied*, „Weißes Gold“ in der Donaumonarchie. In: *Wasserkraft, Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld*, herausgegeben von Oliver Radkolb, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler, 27–55 (Wien 2012).
- Michail *Iljin*, *Berge und Menschen. Erzählungen von der Umgestaltung der Natur* (Wien 1946).
- Akira *Iriye*, *Culture and International History*. In: *Explaining the History of American Foreign Relations*, herausgegeben von Michael J. Hogan und Thomas G. Paterson (Cambridge 2004), 241–256 (2004).
- Jiří *Janáč*, *European Coasts of Bohemia: Negotiating the Danube-Oder-Elbe Canal in a Troubled Twentieth Century* (Amsterdam 2012).
- Barbara *Jancar-Webster*, *Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis. Environmental Action in Eastern Europe: Responses to Crisis* (Armonk, London 1993), doi:10.4324/9781315486932.
- Ralph *Jessen*, Sven *Reichardt*, *Einleitung*. In: *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19.*

- und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Ralph Jessen, Sven Reichardt, Ansgar Klein, 7–28 (Wiesbaden 2004).
- Stefan *Jordan*, Theorien und Methoden der Geschichtswissenschaft (Paderborn, München, Wien, Zürich 2009).
- Pieter M. *Judson*, Habsburg: Geschichte eines Imperiums. Aus dem Englischen übersetzt von Michael Müller (München 2017).
- Margaret E. *Keck*, Kathryn *Sikkink*, Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics (New York 1998).
- Astrid Mignon *Kirchhof*, John R. *McNeill*, Introduction: Environmentalism, Environmental Policy, Capitalism, and Communism. In: Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945-1990, herausgegeben von Astrid Mignon Kirchhof, John McNeill, 3–14 (Pittsburgh 2019).
- (Hg.), Nature and the Iron Curtain: Environmental Policy and Social Movements in Communist and Capitalist Countries, 1945-1990 (Pittsburgh 2019).
- Árpád von *Klimó*, Ungarn seit 1945 (Göttingen 2006).
- Hubertus *Knabe*, Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen (Köln 1993).
- Jürgen *Kocka*, Zivilgesellschaft aus historischer Perspektive. In: Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Ralph Jessen, Sven Reichardt, Ansgar Klein, 29–44 (Wiesbaden 2004).
- Martin *Kohli*, Die Entstehung einer europäischen Identität: Konflikte und Potentiale. In: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Hartmut Kaelble, Martin Kirsch, Alexander Schmidt-Gernig, 111–134 (Frankfurt am Main 2002).
- György *Konrád*, Antipolitik: Mitteleuropäische Meditationen (Frankfurt am Main 1985).
- Reinhart *Koselleck*, Einleitung. In: Geschichtliche Grundbegriffe, herausgegeben von Otto Brunner, Werner Conze (Stuttgart 1979).
- Hara *Kouki*, Eduardo *Romanos* (Hg.), Protest Beyond Borders. Contentious Politics in Europe since 1945 (Oxford, New York 2011).
- Dusan *Kovac*, The Slovak political programme: from Hungarian patriotism to the Czechoslovak state. In: Slovakia in history, herausgegeben von Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown, 120–136 (Cambridge, London 2011).
- Eva *Kowalská*, The Enlightenment and the beginnings of the modern Slovak nation. In: Slovakia in history, herausgegeben von Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown,

- 87–100 (Cambridge, London 2011).
- Robert *Kriechbaumer*, Franz *Schausberger*, Nur ein Zwischenspiel (?). Die Grünen in Österreich von den Anfängen bis 2017 (Wien 2018).
- André *Krischer*, Barbara *Stollberg-Rilinger*, Hillard *Thiessen*, Christian *Windler* (Hg.), Externa: Geschichte der Außenbeziehungen in neuen Perspektiven (Köln o. J.).
- Éva *Kuti*, The nonprofit sector in Hungary (Manchester 1996).
- Christian *Lahusen*, Die Organisation kollektiven Handelns - Formen und Möglichkeiten internationaler Kampagnen. In: Vernetzt und Verstrickt. Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, herausgegeben von Elmar Altwater, 175–194 (Münster 1997).
- Martin *Langwiler*, Praxisbuch Geschichte: Einführung in die historischen Methoden (Zürich 2011).
- Henri *Lefebvre*, La production d'espace (Paris 1974).
- Hannes *Leidinger*, Lenins Traum. In: Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, 159–171 (Wien 2012).
- Claire *Lemercier*, Formal network methods in history: why and how? Social Networks, Political Institutions, and Rural Societies, 2015, 281–310, online unter <<https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00521527/document>>.
- Miroslav *Liška*, »Sypte!« – vývoj a riešenie sporu MR a SR o plnenie Zmluvy 77 o výstavbe a prevádzke Sústavy vodných diel Gabčíkovo-Nagymaros [»Schüttet!« – Entwicklung und Lösung des Streites zwischen der Ungarischen und Slowakischen Republik über die Erfüllung des Vert (Bratislava 2009).
- Miroslav *Liška*, Vorhersage und Wirklichkeit Auswirkungen des Gabčíkovo Projekts auf die Natur der Donau (Bratislava 1994).
- Martina *Löw*, Raumsoziologie (Frankfurt am Main 2001).
- Raimund *Löw*, Der Charme der Widersprüche. In: Die Fantasie und die Macht. 1968 und danach, herausgegeben von Raimund Löw, 81–126 (Wien 2007).
- John *McNeill*, Something New Under the Sun: An Environmental History of the 20th-Century World (New York 2000).
- Donella H. *Meadows*, Dennis L. *Meadows*, Randers *Jorgen*, William W. III *Behrens*, The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind (New York 1972).
- Freda *Meissner-Blau*, Die Frage bleibt: 88 Lern- und Wanderjahre (Wien 2014).
- Wolfgang *Merkel*, Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in

- der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung, herausgegeben von Wolfgang Merkel (Opladen 1996).
- Jan-Henrik *Meyer*, Umweltpolitik. In: Die Europäische Kommission 1986-2000: Geschichte und Erinnerungen einer Institution, herausgegeben von Éric Bussière, Piers Ludlow, Federico Romero, Dieter Schlenker, Vincent Dujardin, Antonio Varsori, 403–421 (Luxemburg 2019).
- G. *Migani*, Varsori *A.*, Europe in the International Arena during the 1970s. L'Europe sur la scène internationale dans les années 1970 (Brüssel 2011).
- Ján *Mlynárik*, Ekológia po slovensky. Otázky životného prostredia na Slovensku [Ökologie auf Slowakisch- Umweltfragen in der Slowakei] (1948-1988) (Prag 1994).
- Melanie *Nagel*, Polarisierung im politischen Diskurs: Eine Netzwerkanalyse zum Konflikt um „Stuttgart 21“ (Wiesbaden 2016).
- Friedrich *Naumann*, Mitteleuropa (Berlin 1915).
- Oskar *Negt*, Alexander *Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung: zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit (Frankfurt am Main 1972).
- Fedor Ja. *Nesteruk*, Razvitie gidroenergetiki SSSR (Moskau 1963).
- Daniela *Neubacher*, Mitteleuropa von unten. In: Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen. Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, herausgegeben von Réka Szentiványi, Béla Teleky, 269–292 (Wien 2017).
- Max *Nicholson*, The Environmental Revolution: A Guide for the New Masters of the World (London 1970).
- Guillermo *O'Donnell*, Philippe C. *Schmitter*, Laurence *Whitehead*, Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives (1986).
- Andreas Kuchler *Oliver Rathkolb*, Hannes *Leidinger*, Richard *Hufschmied*, Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft : Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Wien 2012).
- Kiran Klaus *Patel*, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte. In: Weltgeschichte: Basistexte, herausgegeben von Jürgen Osterhammel, 67–90 (Stuttgart 2008).
- Harald *Payer*, Der Nationale Umweltplan (NUP) für Österreich. In: Nationale Umweltpläne in ausgewählten Industrieländern, herausgegeben von Martin Jänicke, Alexander Carius, Harald Payer, 121-139 (Berlin; Heidelberg; New York 1997)
- Anton *Pelinka*, Die Kleine Koalition. In: Österreich 1945-1995: Gesellschaft, Politik, Kultur, herausgegeben von Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos, 279–289 (Wien 1995).
- Michel *Perottino*, The Green Party: An undeserved success? In: Social Movements and Public

- Action : Lessons from Environmental Issues, herausgegeben von Pascal Marty, Sandrine Devaux, 55–71 (Prague 2009).
- Niklas Perzi, Einleitung. In: Die samtene Revolution: Vorgeschichte - Verlauf - Akteure, 17–56 (Frankfurt am Main 2009).
- Niklas Perzi, Ota Konrád, Hildegard Schmoller, Václav Šmidrkal (Hg.), Nachbarn. Ein österreichisch-tschechisches Geschichtsbuch (Weitra 2019).
- Niklas Perzi, Václav Šmidrkal, Die langen 1970er Jahre: Die Sattelzeit an der Systemgrenze zwischen „Ost“ und „West“. In: Nachbarn. Ein Österreich-Tschechisches Geschichtsbuch, herausgegeben von Niklas Perzi, Hildegard Schmoller, Ota Konrád, Václav Šmidrkal, 265–290 (Weitra 2019).
- Dieter Pesendorfer, Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik. Von den Anfängen der Umwelt- zu einer Nachhaltigkeitspolitik: Modellfall Österreich? (Wiesbaden 2007).
- Wolfgang Petritsch, Bruno Kreisky: Die Biografie. 4. Aufl. (St. Pölten, Salzburg 2010).
- Donatella della Porta, Social Movements & Europeanization (Oxford, New York 2009).
- Donatella della Porta, Mario Diani, Social Movements: An Introduction. 2. Aufl. (Boulder, CO 2004).
- Donatella della Porta, Hanspeter Kriesi, Dieter Rucht (Hg.), Social Movements in a Globalizing World. Social Movements in a Globalizing World (London 1999), doi:10.1007/978-1-349-27319-5.
- Joachim von Puttkamer, Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert (München 2010).
- Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte (München 2011).
- Shalini Randeria, Geteilte Geschichte und verwobene Moderne. In: Zukunftsentwürfe: Ideen für eine Kultur der Veränderung, 87–96 (Frankfurt am Main 1999).
- Oliver Rathkolb, Einleitung. In: Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft: Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld, Kremayr &., 21–26 (Wien 2012).
- Manfried Rauchensteiner, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien, Köln, Weimar 2017).
- Edward Relph, Place and placelessness (London 1976).
- Andreas Resch, Österreichische Privatbanken von 1919 bis 1945. In: Geschichte der österreichischen Privatbanken, 81–211 (Wiesbaden 2018).
- Donald A. Ritchie, Doing Oral History: A Practical Guide. 2. Aufl. (Oxford 2003).
- Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel, Die demokratische Frage. 1. Aufl. (Frankfurt am Main 1989).
- Ignác Romsics, Hungary in the Twentieth Century (Budapest 1999).

- Christopher *Rootes*, *A Limited Transnationalization? The British Environmental Movement. Transnational Protest and Global Activism*, 2005.
- Ray *Rühle*, *Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR* (Münster, Hamburg, London 2003).
- Anja *Schlottmann*, *RaumSprache. Ost-West-Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie* (Stuttgart 2005).
- Martin *Schmid*, Ortrun *Veichtlbauer*, Hubert Christian *Ehalt* (Hg.), *Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik. Österreich-Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive*. 19. Aufl. (Wien 2007).
- Andreas *Schmidt-Schweizer*, *Politische Geschichte Ungarns 1985-2002. Von der liberalisierten Einparteiherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase*. 132. Aufl. (München 2007).
- Erich *Schmidt*, *Längerfristige Aspekte der Energieversorgung* (Wien 1982).
- Hans-Dietrich *Schultz*, „Natürliche Grenzen“ als politisches Programm. In: *Grenzenlose Gesellschaft?*, herausgegeben von Claudia Honegger, Stefan Hradi, Franz Traxler, 1. Aufl., 328–343 (Opladen 1999).
- Ingo *Schulz-Schäeffler*, *Akteur-Netzwerk-Theorie. Zur Koevolution von Gesellschaft, Natur und Technik*. In: *Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, herausgegeben von Johannes Weyer, 187–210 (Oldenbourg 2000), online unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/12215>.
- John *Scott*, *Social Network Analysis: A Handbook*. 2. Aufl. (London, Thousand Oaks, New Delhi 2000).
- Adam *Seligman*, *The Idea of Civil Society* (New York 1992).
- Walter *Siebel* (Hg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik: Stadtentwicklung durch große Projekte* (Wiesbaden 1993).
- Brian *Sloccock*, *The East European Environment Crisis: its extent, impact and solutions* (London 1992).
- Edward K. *Snajdr*, *Nature Protests: The end of Ecology in Slovakia* (Washington 2008).
- Arnošt *Štanzel*, *Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus. Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus*, 2017, doi:10.13109/9783666301841.
- Stefan *Sutaj*, *The Magyar minority in Slovakia before and after the Second World War*. In: *Slovakia in history*, herausgegeben von Mikulas Teich, Dusan Kovac, Martin D. Brown, 269–283 (Cambridge, London 2011).

- Štefan Šutaj, *Key Issues of Slovak and Hungarian History : a View of Slovak Historians* (Prešov 2011).
- Nigel Swain, *Hungary: The Rise and Fall of Feasible Socialism* (London, New York 1992).
- Viktoria Szirmai, *The Structural Mechanisms of the Organization of Ecological-Social Movements in Hungary*. In: *Environment and Democratic Transition*, herausgegeben von Anna Vári, Viktor Pál, 146–156 (1993).
- Viktória Szirmai, György Enyedi, *Environmental movements and civil society in Hungary*. In: *Environment and Society in Eastern Europe*, herausgegeben von Andrew Tickle, Ian Welsh, 146–155 (London 1998).
- Jakob Tanner, *Motions and Emotions*. In: *1968 in Europe: A History of Protest and Activism, 1956-1977*, herausgegeben von M. Klimke, J. Scharloth, 71–80 (New York 2008).
- Sidney Tarrow, *The New Transnational Activism*. (Cambridge 2005).
- Verta Taylor, Mark Traugott (Hg.), *Repertoires and Cycles of Collective Action*. (Durham NC. 1995).
- Simon Teune, *The Transnational Condition. Protest Dynamics in an Entangled Europe* (New York, Oxford 2010).
- Paul Thompson, Joanna Bornat, *The Voice of the Past: Oral History*. 4. Aufl. (2017).
- Nick Thorpe, *Die Donau: eine Reise gegen den Strom* (Wien 2003).
- Charles Tilly, *Big structures, large processes, huge comparisons* (New York 1984).
- Rudolf Tőkés, *Hungary's Negotiated Revolution. 1957–1990* (Cambridge, Mass. 1996).
- Alexander Tollmann, *Desaster Zwentendorf* (Wien 1983).
- Andrew S. Tompkins, *Better Active than Radioactive! Anti-nuclear protest in 1970s France and West Germany. Better Active than Radioactive!* (Oxford 2016), doi:10.1093/acprof:oso/9780198779056.001.0001.
- Heinrich Treichl, *Fast ein Jahrhundert* (Wien 2003).
- Yi-Fu Tuan, *Space and place: The Perspective of Experience* (Minneapolis 1977).
- , *Topophilia: A Study of Environmental Perception, Attitudes and Values* (Englewood Cliffs, N.J. 1974).
- Herbert et. al. *Tumpel*, *Umweltpolitik* (Wien 1986).
- Miroslav Vaněk, *Nedalo se tady dýchat. Ekologie v českých zemích v letech 1968–1989* [Man konnte hier nicht atmen: Ökologie in den Böhmischen Ländern in den Jahren 1968 bis 1989]. *Historia Nova* (Prag 1996).
- Janos Vargha, *Vízerő és politika*. In: *A hágai döntés*, 221–287 (Budapest 1997).
- János Vargha (Hg.), *A Magyar Kormány Nyilatkozata az 1977-es zezödés megszüntetéséről*.

- In: *A hágai döntés*, 107 (Budapest 1997).
- Judit *Vásárhelyi*, *The Anatomy of the Slovak-Hungarian Underground Protection of the Danube in the Eighties*. In: *Transboundary Symbiosis over the Danube: EU integration between Slovakia and Hungary from a local border perspective*, herausgegeben von Osamu Ieda, 27. Aufl., 127–133 (Sapporo 2014).
- Ortrun *Veichtlbauer*, *Donau-Strom. Über die Herrschaft der Ingenieure*. In: *Graue Donau, Schwarzes Meer*, herausgegeben von Christian u.a. Reder, 171–173 (Wien 2008).
- Tomáš *Vilímek*, *Das magische Jahr 1989: Zu den Ursachen des Sturzes des kommunistischen Regimes in der ČSSR*. In: *Österreich. Tschechien. Unser 20. Jahrhundert: Begleitband zum wissenschaftlichen Rahmenprogramm der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009 „Österreich. Tschechien. geteilt - getrennt - vereint“*, 137–142 (Wien 2009).
- , *Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989*. In: *Das Revolutionsjahr 1989: Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur*, 105–122 (Göttingen 2011).
- Herwart *Vorländer* (Hg.), *Oral History: Mündlich erfragte Geschichte* (Göttingen 1990).
- Jessica *Wardhaugh*, Ruth *Leiserowitz*, Christian *Bailey*, *Intellectual Dissidents and the Construction of European Spaces, 1918-1988*. In: *Europeanization in the Twentieth Century. Historical Approaches*, herausgegeben von Martin Conway, Kiran Klaus Patel, 21–43 (New York 2010).
- Hans-Ulrich *Wehler*, *Die Zielutopie der „Bürgerlichen Gesellschaft“ und die „Zivilgesellschaft“ heute*. In: *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, 85–92 (Göttingen 2000).
- Elisabeth *Wehling*, *Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht* (Köln 2016).
- Reinhard *Weißhuhn*, *Die ungarische demokratische Opposition und ihre Kontakte zur DDR-Opposition*. In: *Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur*, herausgegeben von Bernd Florath, 187–196 (Göttingen 2011).
- Christian *Wenkel*, Eric *Bussière*, Anahita *Grisoni*, Hélène *Miard-Delacroix*, Editors' Introduction. In: *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies*, herausgegeben von Christian Wenkel, Eric Bussière, Anahita Grisoni, Hélène Miard-Delacroix, 1–16 (Cambridgeshire, UK 2020).
- (Hg.), *The Environment and the European Public Sphere: Perceptions, Actors, Policies* (Cambridgeshire, UK 2020).
- Julius *Wilczynski*, *Comparative Monetary Economics* (London 1978).

Jeffrey *Wimmer*, (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses (Wiesbaden 2007).

Lieselotte *Wohlgenannt*, Arm und reich: Österreich auf dem Weg zur Zweidrittelgesellschaft.

In: Österreich 1945-1995: Gesellschaft, Politik, Kultur, herausgegeben von Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos, 253–267 (Wien 1995).

Andreas *Wörgötter*, Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren. In: Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren, herausgegeben von Michael Chaloupek, Günther; Mesch, 1. Aufl., 79–98 (Wien 1993).

Anthony *Zito*, Environmental Policy and Governance: Bringing the State Back In (Again)? In: Varieties of Governance: Dynamics, Strategies and Capacities, herausgegeben von Giliberto Capano, Michael Howlett, M. Ramesh, 74–100 (London 2015).

11 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Wirtschaftszentren.....	88
Abbildung 2 Plakatsujet „Frühstück in der Au“.....	138
Abbildung 3 „Pressekonferenz der Tiere“	138
Abbildung 4 Aufkleber.....	138
Abbildung 5 G. Nenning am Titelblatt.....	138
Abbildung 6 PolizistInnen versuchen die DemonstrantInnen auseinanderzuzerren.....	140
Abbildung 7 Arbeit und Wirtschaft spezial.....	155
Abbildung 8 Duna-Kör-Mitglieder 1989 nach Berufsgruppen	173
Abbildung 9 Demonstration am Donauknie bei Nagymaros, 1989	174
Abbildung 10 Duna-Kör-Mitglieder 1989 nach eigenen Angaben des Geschlechts	175
Abbildung 11 Duna-Kör Mitglieder 1989 nach Wohnort (Komitat).....	176
Abbildung 12 UmweltschützerInnen versammeln sich am Batthyany tér.....	182
Abbildung 13 Anzeige ung. AktivistInnen,16. April 1986, Die Presse.....	185
Abbildung 14 Ausschnitt aus „Die Presse“, 1. Juli 1986.....	188
Abbildung 15 Nagymaros News	188
Abbildung 16 WWF-Informationsbroschüre	189
Abbildung 17 Aufruf zur Demonstration am 26.05.1989	192
Abbildung 18 Protestzug u.a. mit „Hálózat“-Transparent	195
Abbildung 19 Flyer für die Demonstration am 12.09.1988	196
Abbildung 20 Vorlage für einen Protestbrief.....	197
Abbildung 21 Zentrale Slogans.....	197
Abbildung 22 Solidaritäts-Schrift der Grünen Nationalratsabgeordneten mit Ungarn.....	198
Abbildung 23 Aufruf des Nagymaros-Komitees.	198
Abbildung 24 Hinweisplakat zur Unterschriftensammlung.....	199
Abbildung 25 Még nem késő [Es ist nicht zu spät].....	200
Abbildung 26 Michael Köcher (Hg.), Nagymaros (Wien/Budapest 1987).....	213
Abbildung 27 Nachruf auf Michael Köcher.....	216
Abbildung 28 Offener Brief österreichischer UmweltschützerInnen zu GNV	228
Abbildung 29 Karikaturist Michael Unterleitner alias MUCH.....	229
Abbildung 30 Protestplakat (Design: inconnu).....	231
Abbildung 31 Cover-Sujet der Broschüre "Válaszol a Kék Lista és a Duna Kör"	235
Abbildung 32 Virus-Vereinslogo	235

Abbildung 33 Anstecker der Donaubewegung	236
Abbildung 34 Anstecker der Donaubewegung	236
Abbildung 35 Demonstration am Donauknie bei Visegrád, 1989	241
Abbildung 36 Einladung zur Einweihung der Gedenktafel	242
Abbildung 37 Zentrale Phasen des Transnationalisierungsprozesses	247

12 Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Original	Übersetzung
ÁBTL	Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára	Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste
AdR	Archiv der Republik	
AG	Aktiengesellschaft	
AKW	Atomkraftwerk	
ALÖ	Alternativen Liste Österreichs	
APA	Austria Presse Agentur	
ARGE	Arbeitsgemeinschaft	
ARGE	Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf	
BGBI	Bundesgesetzblatt	
BME	Budapesti Műszaki és Gazdaságtudományi Egyetem	Technische- und Wirtschaftswissenschaftliche Universität
BMH, GuI	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	
BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten	
CA	Creditanstalt	
CIA	Central Intelligence Agency	Zentraler Nachrichtendienst
CMEA / RGW	Council for Mutual Economic Assistance / Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe	
ČSSR	Československá socialistická republika	Tschechoslowakische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik	
DOKW / DoKW	Österreichischen Donaukraftwerke AG	
E-Wirtschaft	Elektrizitätswirtschaft	
EKA	Ellenzéki Kerekasztal	Runder Tisch
ENGO	Environmental Non- Governmental Organization	
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége	Ungarischer Bürgerbund

FKgP	Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt	Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	
GKT	Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH	
GNV	Gabčíkovo–Nagymaros Vízlépcső	Gabčíkovo–Nagymaros Wasserstufe
GRM	Gruppe Revolutionärer Marxisten	
HGÜ	Gleichstromkurzkupplung	
HNF	Hazafias Népfrent	Ungarische Volksfront
HVG	Heti Világgazdaság	Wöchentliche Weltwirtschaft
IAEO	Internationale Atemenergie- Organisation	
ICALD	International Coalition Against Large Dams	Internationale Allianz gegen große Dämme
IWF	Internationaler Währungsfonds	
Kčs	Koruna česko-slovenská	Tschechoslowakischen Kronen
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt	Christlich-Demokratische Volkspartei
KOR	Komitet Obrony Robotnikow	
KPÖ	Kommunistischen Partei Österreichs	
KSČ / KPTsch	Komunistická strana Československa	Kommunistische Partei der Tschechoslowakie
kV	kilo Voltage	
KW	Kraftwerk	
LMP	Magyarország Zöld Pártja	Ungarische Grüne Partei
MDF	Magyar Demokrata Forum	Ungarisches Demokratisches Forum
MNB	Magyar Nemzeti Bank	Ungarische Nationalbank
MNL/MOL	Magyar Nemzeti Levéltár / Magyar Országos Levéltár	Nationalarchiv Ungarns/ Ungarisches Nationalarchiv/
MSZMP / USAP	Magyar Szocialista Munkáspárt	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
MSZP	Magyar Szocialista Párt	Ungarische Sozialistische Partei
MTA	Magyar Tudományos Akadémia	Ungarische Akademie der Wissenschaften
MVMT	Magyar Villamos Művek Tröszt	Ungarische Elektrizitätswerkstiftung
MW	Megawatt	

MZP	Magyarországi Zöld Párt	Ungarische Grüne Partei
NATO	North Atlantic Treaty Organization	Nordatlantikpakt-Organisation
NGOs	Non-Governmental Organisations	
NOIJ	Napi operatív jelentések és információk	Tägliche Betriebsberichte und Informationen
ÖAW	Akademie der Wissenschaften	
ÖBK	Österreichisch-Bayrischen Kraftwerke	
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv	
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeKB	Österreichische Kontrollbank	
OF	Občanské fórum	Ziviles Forum
ÖGB	Österreichischen Gewerkschaftsbundes	
ÖH	Österreichischen Hochschülerschaft	
OKTH	Országos Környezet- és Természetvédelmi Hivatal	Nationales Amt für Umwelt- und Naturschutz
OMFB	Országos Műszaki Fejlesztési Bizottság	Nationales Komitee für Technische Entwicklung
ÖNB	Österreichische Naturschutzbund	
ÖNB	Österreichische Nationalbank	
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries	Organisation der erdölexportierenden Länder
ORF	Österreichischer Rundfunk	
ös	Österreichische Schilling	
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv	
ÖVG	Österreichische Verbundgesellschaft	
OVH	Országos Vízügyi Hivatal	Nationales Wasseramt
OVIBER	Országos Vízügyi Beruházási Vállalat	Nationale Wasserinvestitionsgesellschaft
ÖVP	Österreichische Volkspartei	
REC	Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe	
RFE	Radio Free Europe	Freies Radio Europa

RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe	
SAV	Slovenská akadémia vied	Slowakische Akademie der Wissenschaften
SOAL	Sozialistische Alternative	
SOK	Sozialistische Osteuropakomitee	
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs	
ŠtB	Státní bezpečnost	Staatssicherheit
SZ	Strana zelených	Partei der Grünen
SZDSZ	Szabad Demokraták Szövetsége	Bund Freier Demokraten
SZETA	Szegényeket Támogató Alap	Armenhilfefonds
SZKH	Szabad Kezdeményezések Hálózata	Netzwerk freier Initiativen
SZOPK	Slovenský zväz ochrancov prírody krajiny	Slowakische Union für Natur- und Landschaftsschutz
TVA	Tennessee Valley Authority	
UCPTE	Union for the Co-ordination of Transmission of Electricity	Union für die Koordinierung des Transports von Elektrizität)
UdSSR / USSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken / Union of Soviet Socialist Republics	
UNO / VN	Organisation der Vereinten Nationen / United Nations	
USA / US	United States of America	Vereinigte Staaten von Amerika
VGÖ	Vereinte Grüne Österreich	
VHJ	Výrobně hospodářská jednotka	Produktionswirtschaftseinheit
VIRUS	Verein Projektwerkstatt für Umwelt und Soziales	
Viti	Vízerőmű-tervező Iroda	Büro für Wasserkraftdesign
VÍZITERV	Vízügyi Tervező Vállalat	Wasserplanungsunternehmen
VPN	Verejnosť proti násiliu	Öffentlichkeit gegen Gewalt
VSStÖ	Verband Sozialistischer Studenten in Österreich	
WUK	Arena oder das Werkstätten- und Kulturhaus	
WWF	seit 1986 World Wide Fund For Nature, davor World Wildlife Fund	